

**PAGE NOT
AVAILABLE**





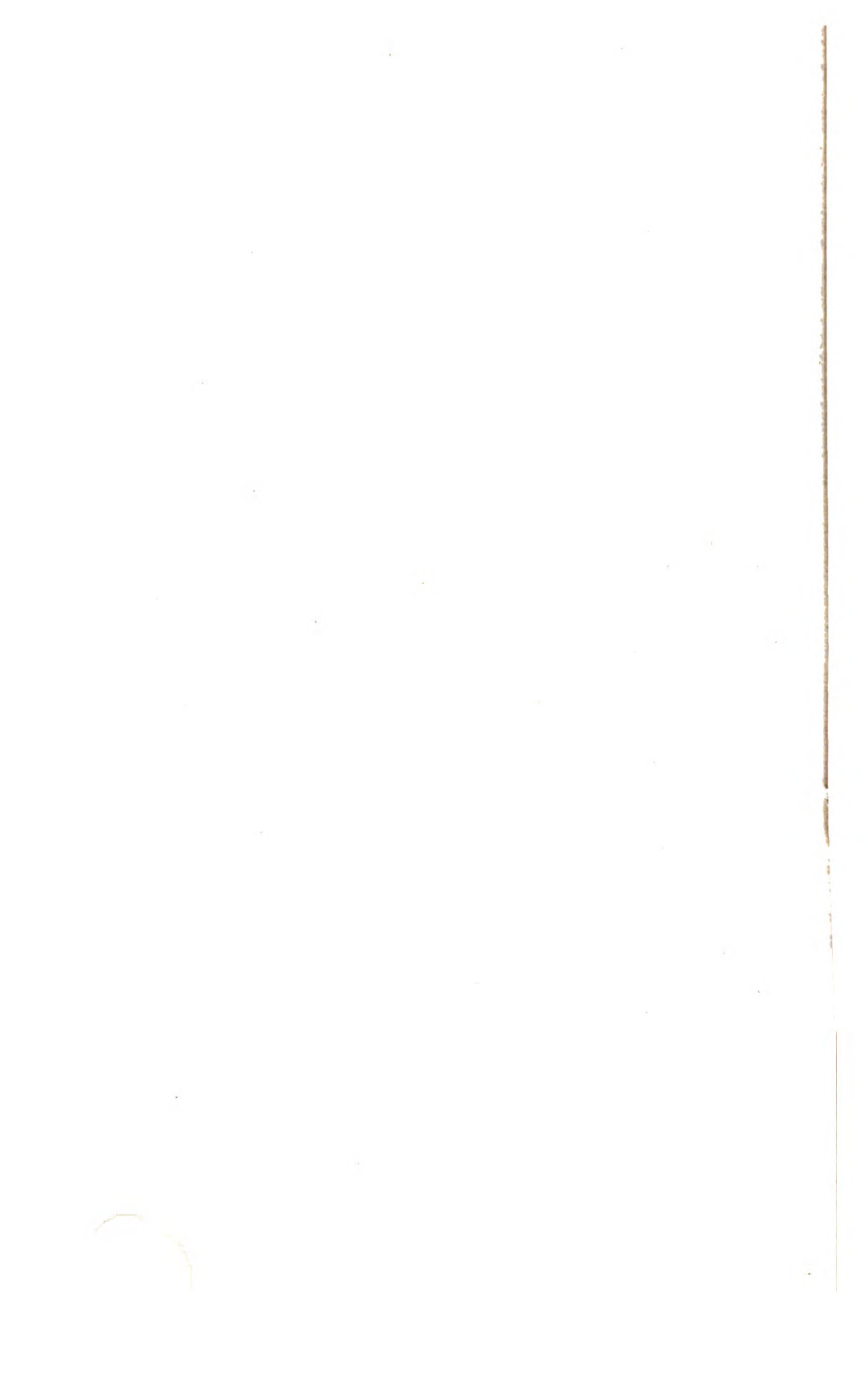
UNIVERSITY OF CALIFORNIA - LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

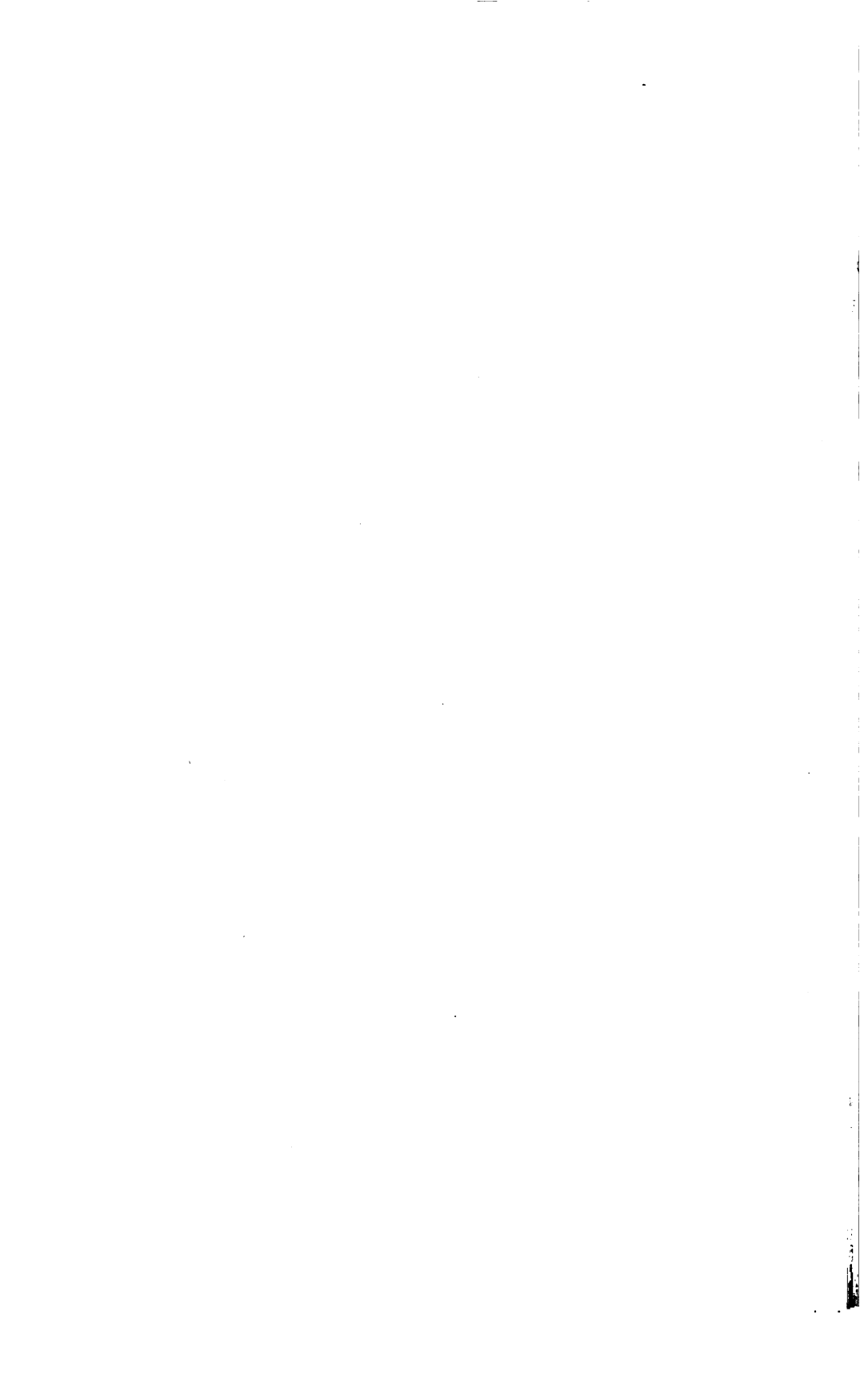


UNIVERSITY OF CALIFORNIA - LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA



UNIVERSITY OF CALIFORNIA - LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA





Die Glocke

BEGRÜNDET VON PARVUS

Inhalt:

<i>Rud. Breitscheid:</i>		
Die Kölner Gefahrenzone		1293
<i>Franz Klühs:</i>		
Eduard Bernstein		1297
<i>Robert Breuer:</i>		
<u>Antwort an Stresemann</u>		1300
<i>Heinrich Löffler:</i>		
„Landesverrat!“ (Schluß)		1304
<i>Staatsanwalt Marx:</i>		
Der Sinn der Laienbeteiligung in den Strafgerichten und ihre Ausgestaltung		1308
<i>Walther G. Oschilewski:</i>		
Vom neuen Typus		1311
<i>Arthur Eloesser:</i>		
Moritat		1315
<i>Paul Westheim:</i>		
„Odaliske“ und „Olympia“		1318
Die deutsche Automobilindustrie und ihre Leistungen		1320
Die Verwesung f Im Namen des Volkes f Pfarrer Koch f Lokal-Anzeiger f Blaß - dünn - verstaubt		

P-Buche
10:40-52
Jan.-Mar.
1925
(neu)
(J. Müller)

LIBRARY
APR 30 1959
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin NW 68 Lindenstr. 114



Preis 30 Pfennig

SCHRIFTEN VON PARVUS †

Parvus: Aufbau und Wiedergutmachung

Sammlung der wichtigsten Aufsätze

die Parvus anlässlich der Auseinandersetzung mit den Alliierten in der „Glocke“ und im 8-Uhr-Abendblatt erscheinen ließ. Zugleich ein Neudruck der schon während des Krieges bzw. vor dem Versailler Verträge erschienenen Schriften „Die soziale Bilanz des Krieges“ und „Der Friede und der Sozialismus“. Diese Schriften beweisen besonders die große politische Voraussicht des Verstorbenen.

**Ein
stattlicher Band in
Halbleinen**

Preis nur 2.90 Mark · Erschienen im Jahre 1921

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW68

HX6
G56
V. 10. 40. 52

Die Kölner Gefahrenzone

Von Rud. Breitscheid

Man soll das Jahr nicht vor dem Silvesterabend loben. Wir sind alle mehr oder weniger geneigt gewesen, das Jahr 1924 als den Ausgangspunkt einer Periode friedlicher Verständigung unter den Nationen Europas zu preisen und es damit in einen ruhmvollen Gegensatz zu seinen Vorgängern zu bringen. Die Uebernahme der englischen Regierung durch die Arbeiterpartei, die französischen Kammerwahlen vom 11. Mai, die Ersetzung Poincarés durch Herriot, das Sachverständigen-gutachten, die Londoner Sommerkonferenz, die Annahme der Dawes-Gesetze durch den deutschen Reichstag, die Völkerbundstagung im September, — alles das waren Tatsachen und Symptome, die uns zu schönen Hoffnungen berechtigten. Aber dann traten in den letzten Monaten Rückschläge ein: der Sieg der englischen Konservativen, der trotz dem schönen Erfolg der Sozialdemokraten unbefriedigende Ausgang der deutschen Dezemberwahlen, und nun der Beschluß der Botschafterkonferenz, nach dem die sogenannte Kölner Zone am 10. Januar 1925 nicht geräumt werden soll — haben sich wieder dichte Nebel auf den Weg gelegt. Bevor das Jahr zu Ende ging, ist der Optimismus verflogen. Die Schwarzseherei triumphiert, wir scheinen zurückgeworfen in die Zeit vor 1924.

Der Sieg Baldwins ließ Befürchtungen entstehen, die ziffernmäßige Stärkung der deutschen Rechtsparteien, die die Anhänger der Bürgerblockidee ermutigen mußte, machte die Besorgnisse wachsen, aber die Entscheidung der Alliierten in der Räumungsfrage ist der erste greifbare Beweis dafür, daß wir die Gefahrenzone noch nicht hinter uns gebracht haben. Sie hat aufs neue erregte internationale Auseinandersetzungen heraufbeschworen. Scharfe deutsche Proteste werden mit nicht minder heftigen Rekrimationen von der andern Seite beantwortet, und wenn wir auch im einzelnen nicht wissen, wie schließlich der Streit enden wird, so steht doch soviel fest, daß sich die Atmosphäre wieder vergiftet, daß der Nationalismus hüben und drüben wieder Nahrung und Spielraum erhält, und daß es im besten Falle eine ganze Weile dauern wird, bis sich die Wolken verzogen haben und die Bahn für die Verständigungsarbeit wieder frei wird. Selbstverständlich schiebt jeder die Schuld an dieser verhängnisvollen Entwicklung erbittert dem andern zu, und es ist eine undankbare Aufgabe, bei einer solchen Erhitzung der Gemüter sich um die Feststellung des objektiven Tatbestands zu bemühen. Aber selbst auf die Gefahr hin, von beiden Parteien geprügelt zu werden, muß der Versuch gemacht werden.

Da ist zunächst vor einer falschen Einstellung auf deutscher Seite zu warnen. Wenn eine Reihe von Blättern schlechthin von einem Bruch des Versailler Vertrages sprechen, so ist das nicht nur abwegig, sondern

birgt auch die Gefahr in sich, daß wir uns von vornherein selbst in eine unhaltbare Position hineinmanövrieren. Der Vertrag sieht keineswegs eine automatische Räumung der nördlichen Rheinprovinz nach Ablauf von fünf Jahren vor, sondern er macht in seinem Artikel 429 ausdrücklich zur Voraussetzung, daß „die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrags durch Deutschland getreulich erfüllt werden“. Nicht eine Verletzung der Vertragsbestimmungen, sondern der Wortlaut des Vertrags ist der Ausgangspunkt des Unheils. Selbst ein besonderer deutscher Sympathien so wenig verdächtiges Organ wie das „Journal de Genève“ wies dieser Tage darauf hin, daß es bei genügendem bösen Willen immer verhältnismäßig leicht sein werde, einen deutschen Vorstoß gegen einen der zahllosen Artikel des Versailler Instruments zu konstruieren. Deutschland ist eben bis zu einem sehr hohen Grade auf die Loyalität der Ausleger angewiesen, und die Ausleger sind die Verfasser.

Nun können wir uns natürlich nicht von vornherein auf den Standpunkt stellen, alle Anschuldigungen, die die Alliierten wegen Vertragsverletzungen gegen Deutschland erheben, seien an den Haaren herbeigezogen und von Hause aus als heuchlerische Vorwände anzusprechen. Wenn tatsächlich, wie behauptet wird, die interalliierte Kontrollkommission schwere Verfehlungen gegen die Bestimmungen über die Abrüstung festgestellt hat, so besitzt die Botschafterkonferenz das Recht, den Räumungstermin hinauszuschieben, und wir kommen auch mit der Berufung auf die Dementis des Reichswehrministeriums schon deshalb nicht sehr weit, weil man den Versicherungen dieser Behörde nach gewissen Erfahrungen der Vergangenheit nicht gerade allgemeines Vertrauen entgegenbringt. Aber zu scharfer Abwehr fordert ein Verfahren auf, das darin gipfelt, daß man uns der uns aus dem Vertrag zustehenden Rechte beraubt, ohne daß uns gleichzeitig die Gründe einwandfrei vortragen werden. Man fällt ein Urteil gegen Deutschland, ohne dem Angeklagten durch genaue und amtliche Bekanntgabe seiner „Verbrechen“ Gelegenheit zur Rückäußerung und Verteidigung gegeben zu haben. Ganz im allgemeinen wird von Rüstungen und Vorbereitungen zu Rüstungen gesprochen, man läßt die Presse unkontrollierbare Mitteilungen und Andeutungen über Einzelheiten verbreiten und zieht sich im übrigen auf die Verzögerung in der Fertigstellung des Berichts der Kontrollkommission zurück. Das ist eine Methode, die mit Verständigungswillen nichts mehr zu tun hat.

Freilich erklärt man diese Verzögerung eben mit dem passiven Widerstand, den die in Frage kommenden deutschen Stellen den Untersuchungen entgegengesetzt hätten. Auch für diese Resistenz fehlt einstweilen der Beweis, und wenn sie wirklich vorhanden war, wäre es da nicht am Platze gewesen, daß Frankreich und England bereits vor Wochen oder Monaten die deutsche Regierung auf die Schwierigkeiten, die ein so törichtes Verhalten für die rechtzeitige Räumung mit sich bringen müsse, aufmerksam gemacht hätten? Uns ist von einem solchen Schritt nichts bekannt geworden. Wir stehen einfach vor der Tatsache: es wird nicht geräumt, die Gründe werden später bekannt gegeben. Die zwischen London und Paris bestehenden Meinungsverschiedenheiten über Charakter und Tendenz der Deutschland zu überreichenden Note sind dabei von untergeordneter Bedeutung. So oder so: der 10. Januar wird nicht innegehalten.

Man wird es drüben begreifen müssen, daß ein solches Verfahren nicht gerade danach angetan ist, die Stellung der Verständigungsfreunde und derer, die das Versailler Diktat auch in seinen Vorschriften über die militärischen Rüstungen ehrlich erfüllt wissen wollen, zu stärken. Zumal da die Frage nach den Gründen für die Nichtinnehaltung des Räumungsdatums mit dem Hinweis auf deutsche Vertragsverletzungen keineswegs ausreichend beantwortet ist.

Der Termin des 10. Januar 1925 wurde nämlich in demselben Augenblick in Zweifel gerückt, als die französischen Truppen das Ruhrrevier besetzten. Ganz abgesehen von der von Poincaré vertretenen Auffassung, die Räumungsfristen hätten überhaupt noch nicht zu laufen begonnen, war von dieser Stunde an ein Zusammenhang zwischen der Evakuierung der Kölner Zone und der der Ruhr gegeben. Gerieten England und Frankreich nicht in einen unüberbrückbaren Gegensatz, so war es klar, daß die nördliche Rheinprovinz entweder von englischen oder von französisch-belgischen Armeen besetzt bleiben würde, solange französische und belgische Soldaten östlich des Rheins ständen, da im andern Falle die Ruhrtruppen, wie man ganz mit Recht sagte, „in der Luft schweben“ würden. Alles kam also darauf an, auch das rechtsrheinische Gebiet bis zum 10. Januar zu befreien. Da das auch auf der Londoner Konferenz nicht erreicht wurde, war zum mindesten für die Franzosen die Ueberschreitung der vertragsmäßigen Frist nahezu eine Selbstverständlichkeit. Darüber ist in London auch ausdrücklich gesprochen worden, und Ende Juli — also vor dem Eintreffen der deutschen Delegation — berichteten die Blätter von einer Anregung Herriots und Nolleys, die Besetzung der Kölner Zone durch englische Truppen bis zu dem Zeitpunkt zu verlängern, an dem die militärische Räumung des Ruhrreviers beendet sei. Es wurde dabei auch der 15. April 1925 als Kompromißtermin genannt. Wenn es gleichzeitig hieß, MacDonalld schein einem solchen Vorschlag nicht abgeneigt zu sein, so können wir annehmen, daß der britische Premier damals noch mit der Möglichkeit einer Zurückziehung der Ruhrbesetzung bis zum 10. Januar rechnete, auf jeden Fall aber war die Abhängigkeit des einen Datums von der Festsetzung des andern nun offen konstatiert, und die Frage drängt sich auf, ob denn die Zone aufgegeben worden wäre, auch wenn gar keine Vertragswidrigkeiten auf deutscher Seite aufzudecken gewesen wären. Oder anders formuliert: Hat die militärische Untersuchung nur deshalb Belastendes ergeben, weil die Alliierten eine nachträgliche Rechtfertigung für einen ohnedies feststehenden Entschluß brauchten?

Daß ein solcher Einwand naheliegt, werden Franzosen und Engländer nicht bestreiten können und ebensowenig, daß denen, die entschlossen sind, etwaige Verstöße des Reichswehrministeriums nach Gebühr zu verurteilen, die Arbeit nicht erleichtert worden ist. Hier indessen setzt auch die große Schuld der deutschen Regierung ein. Soviel wir wissen, ist amtlich mit ihr in London über die Räumung der Rheinprovinz nicht verhandelt worden, aber daß der 10. Januar ein kritischer Termin sein werde, mußte auch ihr sonnenklar sein. Sie kannte die Zusammenhänge genau so gut wie die Gegenseite. Sie wußte, daß Köln und der dazugehörige Bezirk an dem vorgesehenen Tage nicht freigegeben würden, wenn nicht zur gleichen Stunde auch die Ruhrbe-

setzung beendet sei, sie konnte ferner nicht darüber im ungewissen sein, daß Herriot die Evakuation der Ruhr bereits am 10. Januar schon mit Rücksicht auf die Unsicherheit der innendeutschen Verhältnisse nicht wagen konnte, aber sie ließ die Dinge ruhig an sich herankommen und protestiert und entrüstet sich jetzt, als ob ein Blitz aus heiterem Himmel auf sie niedergefahren sei. Wäre es nicht ihre Aufgabe gewesen, von allem Anfang an die deutsche Öffentlichkeit über den Stand der Dinge aufzuklären und gleichzeitig Verhandlungen mit den Alliierten anzuknüpfen, die, wenn die Befreiung beider Gebiete am 10. Januar nicht zu erreichen war, zum mindesten die Anerkennung jenes schon in London genannten Datums vom 15. April als gemeinsamen Termin für den Rückzug aus der Ruhr und der nördlichen Rheinprovinz zum Gegenstand gehabt hätten?

Von solchen Verhandlungen ist nichts verlautet worden. Man verharnte in einer unverantwortlichen Passivität. Warum? Wartete das Auswärtige Amt auf ein Wunder? Erhoffte es vielleicht von den privatkapitalistischen Verständigungsversuchen der Industriellen eine günstige Rückwirkung auf die Lösung der Räumungsfrage? Oder hat es am Ende gar Leute gegeben, denen der Gedanke an ein solches Hineinschliddern in eine neue schicksalsschwere Krisis deshalb nicht unsympathisch war, weil sich auf diese Weise eine bessere Aussicht für die Verwirklichung bestimmter innenpolitischer Wünsche eröffnete? Wir hören es ja jetzt verkünden: die durch die brutale Machtpolitik der Gegner geschaffene Lage erfordert die Zusammenfassung aller „nationalen“ Elemente, und dabei kann natürlich auf „die Kräfte, die in der Deutschnationalen Partei brach liegen“, nicht verzichtet werden. Vernimm es, Zentrum! Der Bürgerblock allein wird uns Rettung bringen. Wie das geschehen soll, wie wir vor allem durch die Mitwirkung der Westarp, Schiele, Hergt usw. zu dem jetzt einzig noch möglichen Kompromißtermin gelangen sollen, wird nicht gesagt. Aber das Feuerchen brennt, auf dem die Parteitöpfe der Rechten kochen können.

So haben glücklich wieder die höchst beklagenswerte Politik der Alliierten und die nicht minder bedenkliche Passivität der deutschen Regierung zusammengewirkt, um eine Situation zu schaffen, die uns mit trüben Ahnungen für das Jahr 1925 erfüllen muß. Wir zweifeln nicht daran, daß beide Teile um Entschuldigungen nicht verlegen sind. Die einen werden sagen, sie müßten wegen der zu befürchtenden reaktionären Entwicklung in Deutschland auf ihrer Hut sein, die andern werden über Illoyalität klagen. Sie haben beide recht und sind doch beide im Unrecht. Eine offene Aussprache, als es noch Zeit war, und der mutige Verzicht auf die Berücksichtigung innenpolitischer Unannehmlichkeiten im eigenen Lande und bestimmter Möglichkeiten für parteipolitische Konstellationen hätte uns die Gefahren ersparen können, in die jetzt wieder ganze Nationen hineingerissen werden. Und sie wären schließlich auch dem Ruf und dem Ansehen gewisser Staatsmänner ersprießlicher gewesen als eine Politik der listigen Spekulation und der kleinlichen Intrige.

Eduard Bernstein

Zu seinem 75. Geburtstage

Von Franz Klühs

Im Jahre 1901 kehrte Eduard Bernstein aus England in die deutsche Heimat zurück. Fast ein volles Dutzend von Jahren nach dem Fall des Sozialistengesetzes! Die Steckbriefe gegen Bernstein, als den Redakteur des „Sozialdemokrat“, und gegen den „roten Postmeister“ Motteler waren mit echt preußischer Gründlichkeit Jahr für Jahr erneuert worden, obschon das Zentralorgan der Partei längst nicht mehr in London, sondern in Berlin herauskam, obschon die „verbotene“ Parteiarbeit, wegen derer sie verfolgt wurden, längst in eine legale sich verwandelt hatte. In Deutschland wirkten tausende sozialdemokratischer Agitatoren. Schon 1890 die stärkste Partei mit rund 1,4 Millionen Stimmen, wuchs die Sozialdemokratie dauernd bei allen Wahlen, eroberte Position für Position und rüstete sich weiter zu dem größeren Siege, den ihr die nächsten Reichstagswahlen bringen sollten. Aber der Steckbrief gegen Bernstein und Motteler lief mit der Regelmäßigkeit eines Uhrwerks weiter. Bis er endlich im Jahre 1901 abgelaufen war und die beiden aus dem Exil heimkehren durften in das Deutschland Wilhelms des Prahlstüchtigen!

Am 30. Oktober des Jahres seiner Heimkehr lernte ich Eduard Bernstein persönlich kennen. Er war auf Einladung des Sozialdemokratischen Vereins nach Breslau gekommen, um in einer öffentlichen Versammlung zu sprechen. Der Tag war ein Tag der Vorbedeutung. Denn gerade am 30. Oktober hatte Bruno Schönkank, der Abgeordnete für Breslau-West, in Leipzig seine Kämpferlaufbahn abgeschlossen. Die telegraphische Meldung von seinem Abgang zur großen Armee war eben eingetroffen, und die Versammlung stand zunächst ganz unter dem Eindruck dieser Trauerkunde. Eduard Bernstein aber, der Redner dieses Abends, ward wenige Wochen später auf Vorschlag Paul Löbes als Kandidat für die Nachfolgerschaft in Breslau-West proklamiert. Im Frühjahr 1902 wählten ihn die Breslauer Arbeiter mit großer Mehrheit in den deutschen Reichstag ...

Das war ein besonderes Vertrauensvotum. Denn es galt nicht nur dem Manne, der eben erst aus jahrelang dauerndem Exil zurückgekehrt war. Es galt gleichzeitig dem streitbaren Vorkämpfer eines positiven Sozialismus. Denn gerade damals stand Eduard Bernstein im Brennpunkt der theoretischen Auseinandersetzungen, die unter dem Sammelnamen der Kämpfe um den „Revisionismus“ bekannt geworden sind.

In einer Artikelserie in der „Neuen Zeit“ hatte er die Probleme des Sozialismus erörtert, wie sie sich aus dem Widerspruch neu

festgestellter Tatsachen und dem Festhalten an überkommenen Schlagworten ergaben. Diese von London aus unter dem Eindruck der englischen Wirtschaftserscheinungen niedergeschriebenen Aufsätze hatten in der deutschen Partei vielfach scharfen Widerspruch hervorgerufen, um so mehr, als sich die bürgerliche Presse ihrer bald bemächtigte, um den theoretischen „Vernichter des Marxismus“ zu feiern. Aus dem Vorstoß der kapitalistischen Presse nahmen dann immer größere Parteikreise den Anlaß, nun ihrerseits gegen Bernstein mit dem Vorwurf zu operieren, daß er die Partei ihrer Grundlagen beraube und damit ihren Gegnern diene. Besonders einige aus dem Zusammenhang gerissene Sätze, wie der: „Das Endziel ist mir nichts, die Bewegung alles“, wurden zu einem Verleugnen der sozialistischen Grundsätze und sozialistischen Strebens umgedeutet.

In Wirklichkeit ging seine „Kritik des Marxismus“ aber nicht darauf hinaus, eine neue Religion zu gründen. Vielmehr war ihre deutlich erkennbare Absicht, die Sprache und Haltung der Partei mit den wissenschaftlichen Tatsachen, wie er sie sah, in Einklang zu bringen und der positiv-praktischen Tätigkeit eine breitere Bahn zu brechen.

Wenn man ehrlich bleiben will, muß man zugestehen, daß es keine falschere Bezeichnung je gegeben hat, als die eines „Bernsteinianers“, trotzdem sie lange Zeit üblich war. Die Partei war von großer, entscheidender Verantwortung in Reich und Staat so gut ausgeschaltet wie von der bescheideneren in der Gemeinde- oder Kreisverwaltung. Wer nun auch nur rein gefühlsmäßig auf den Standpunkt sich stellte, daß die freie Nachprüfung der Lehrsätze eine Notwendigkeit gerade in einer Bewegung sei, die für sich die Wissenschaftlichkeit ihres Programmgebäudes betonte, der galt schlechthin schon als „Bernsteinianer“. Nicht überall war das als Ehrenbezeichnung gedacht. Und doch haben die eigentlich theoretischen Arbeiten Bernsteins in der breiten Masse kaum je den Widerhall gefunden, den man vielfach anzunehmen geneigt war. Sie hatten ihr hohes Verdienst, schon indem sie die kritischen Gegenäußerungen hervorriefen, zum Vergleich herausforderten und das theoretische Denken anregten. Aber so recht zum Gemeingut konnten sie schon um deswillen nicht werden, weil sie in ihrer wissenschaftlichen Gründlichkeit für den Durchschnittssozialisten jener Zeit oft unverständlich blieben.

„Bernsteinianer“? Nein, das waren nicht viele von denen, die dafür galten. Aber sie standen mit ihm in einer Kampflinie und hielten ihm die Treue, ohne seinen theoretischen Deduktionen in allen Punkten folgen und zustimmen zu können. Sie bildeten den Stamm derer, die nach einer positiveren Betätigung der Sozialdemokratie verlangten, denen das teils gewollte, teils aufgezwungene Nichts-als-Agitieren auf die Dauer unerträglich, weil

unfruchtbar schien. Was Bernstein populär machte im besten Sinne des Wortes, waren nicht nur seine kritischen Auseinandersetzungen, das war vor allem sein praktisches Eingreifen in die Tagespolitik der Partei. Er war, wenn nicht der erste, so doch einer der ersten, der auf die Notwendigkeit der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen aufmerksam machte, der die ungeheure Bedeutung der Aufrüttelung Preußens rechtzeitig erkannte. Man weiß, daß sehr bekannte Führer der Partei das Dreiklassenpreußen in sich selbst verfaulen lassen wollten, während Bernstein — noch von London aus — die Anregung gab, die Sozialdemokratie müsse auch unter dem niederträchtigen öffentlichen Dreiklassenwahlrecht versuchen, durch das Gewicht ihrer Stimmen Einfluß zu gewinnen. Der Kölner Parteitag von 1893 lehnte den Vorschlag noch ab. Unter dem Eindruck einer von dem Junker v. d. Recke geplanten weiteren Verschlechterung des preußischen Vereinsgesetzes gab vier Jahr später der Parteitag zu Hamburg den preußischen Genossen wenigstens freie Hand zu einem Versuche...

Lebhaftesten Anteil nahm Bernstein auch an der Führung des Kampfes um das gleiche Wahlrecht in Preußen. Er gehörte zu den ersten Anregern der großen Wahlrechtsdemonstrationen, die seit dem Jahre 1906 in immer verstärktem Umfange in dem sonst so polizeifrommen Preußen Platz griffen. Er hatte — unter dem Einfluß seiner englischen Erfahrungen — wohl zuerst das Wort Straßendemonstration ausgesprochen und damit nicht nur in den Köpfen eines in seinem Vorrecht gesicherten Bürgertums Verheerungen angerichtet. Aber so schroff der Gedanke an Straßendemonstrationen auch zunächst abgelehnt wurde, es dauerte nicht lange, da gehörten sie auch in den Vorkriegszeiten schon zum festen Bestande der Partei.

*

Nun vollendet Eduard Bernstein sein 75. Lebensjahr. Er hat vor kurzem in dem Sammelbande „Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen“ (Verlag Felix Meiner, Leipzig) eine überaus lesenswerte selbstbiographische Skizze seines Werdeganges geschrieben. Sie vermittelt auch denen, die das Wirken Bernsteins nicht durch Jahrzehnte verfolgt haben, einen ausgezeichneten Einblick in seine geistige Entwicklung. Aus engen proletarischen Verhältnissen stammend, hat er sich in steter Arbeit für die Sache der Arbeiter zu einem der größten und angesehensten Wissenschaftler emporgerungen, dessen Name nicht nur in unserer Partei und nicht nur in Deutschland einen bedeutungsvollen Klang hat. Weit über die engen Partei- und Landesgrenzen hinaus reicht sein Ruf. Oft im heißesten Kampfe stand er, und nicht immer war sein Weg der der Gesamtbewegung. Aber von welcher Seite auch immer er in seiner Politik oder in seiner Theorie angefochten

werden mochte, immer war die Ueberzeugung der Angreifer, daß ein untadeliger Mensch vor ihnen stand. Das Menschliche ist mit das Stärkste an dem lebensfrohen Mann im Silberhaar. Wer je mit ihm sich unterhalten hat, weiß, wie unerschöpflich der Quell an Erinnerungen und Anekdoten sprudelt, die in diesem ernsten Wissenschaftler haften blieben. Niemand der heute Lebenden kennt so viele charakteristische Einzelheiten aus den Jahrzehnten des Kampfes, die hinter uns liegen, wie Eduard Bernstein. Niemand wohl auch so viele Persönlichkeiten, die aus der Vergangenheit in die Gegenwart ragen, und soviel des Bezeichnenden von jedem unter ihnen.

Dem Fünfundsiebzigjährigen wenden sich die Wünsche aller zu, die von ihm in dieser oder jener Form haben lernen dürfen. Sie alle hoffen, daß er noch sehr lange die Möglichkeit habe, in geistiger Frische den Kampf um den Fortschritt mitzukämpfen. Und hier sei der bescheidene Wunsch hinzugefügt: die nächsten Jahre sollten nicht vergehen, ohne daß uns der heutige Jubilar durch eine Sammlung seines Schatzes an Erinnerungen und Geschichten erfreut hätte! Sie würden sicher ein wertvolleres Hilfsmittel zum Verständnis vergangener Jahrzehnte bilden als mancher dickleibige Wälzer, den andere uns bescherten!

Antwort an Stresemann

Von Robert Breuer

Im „Hamburger Fremdenblatt“ hat Herr Stresemann wieder einmal ausführlich dargelegt, warum er die Deutschnationalen in die Regierung hinein haben will. Am Schluß dieses Artikels erklärt Herr Stresemann sich zum Waffenkreuzen mit jedermann, der ihm sachlich entgegenetrete, bereit. Diese Erklärung muß erprobt werden.

Zunächst bestreitet er überhaupt, einen Rechtsblock zu wollen. Er will nicht die Rechte gegen die Linke ausspielen, will nicht die Scheidung in zwei Deutschland; er will nur „die Zusammenfassung aller staatsbejahenden bürgerlichen Kräfte“. Warum will er nicht die staatsbejahenden Kräfte der Sozialdemokratie? Bestreitet er deren Vorhandensein und Wirken? Will er behaupten, daß die acht Millionen sozialdemokratischer Wähler, den Staat, den heute allein existierenden Staat der deutschen Republik, verneinen. Sind für Herrn Stresemann die von der Sozialdemokratie herausgestellten Männer, die Ebert, Otto Braun, Severing, Hörsing und hunderte andere Verneiner dieses einzig existierenden Staates. Und umgekehrt, seit wann bejahen die Deutschnationalen, die Herren Hergt und Westarp, Schlange-Schöningen und wie sie alle heißen mögen, diesen einzig existierenden Staat der deutschen Republik. Die Art der Staatsbejahung, wie sie die Deutschnationalen üben möchten, ist doch gerade die Verneinung des existenten Staates; der Staat, den sie bejahen, ist nicht mehr vorhanden, und den vorhandenen zu ver-

nichten, ist die Hauptabsicht bei ihrem Drängen in die Regierung. Herr Stresemann braucht bloß zu lesen, was Westarp noch vor wenigen Tagen in der „Kreuzzeitung“ geschrieben hat: Tod der Republik, und alle Kräfte an die Wegbereitung für den antiparlamentarischen, monarchistischen Staat. Wie kann Herr Stresemann also sein politisches Ziel die Zusammenfassung aller staatsbejahenden Kräfte nennen? Schon diese erste Formulierung zeigt, wie undurchdacht und unehrlich Herr Stresemann operiert. Acht Millionen staatsbejahender Sozialdemokraten stößt Herr Stresemann zurück, um mit den Deutschnationalen, die grundsätzlich den existenten Staat verneinen, eine „staatsbürgerliche Regierung“ herbeizuführen. Gewiß, es wäre vorstellbar, daß die heutigen Deutschnationalen irgendwann einmal zu der Einsicht kämen, den Kampf gegen die Republik, gegen die Weimarer Verfassung, gegen die Demokratie, gegen das Selbstbestimmungsrecht der breiten Massen, aufzugeben. Das wäre dann möglicherweise der „Zeitpunkt“, der geeignet wäre, zu prüfen, ob die Deutschnationalen auch weiterhin von der Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen bleiben sollen. Aber ist dieser Zeitpunkt heute gekommen? Wäre er gekommen, dann wären die Deutschnationalen eben nicht mehr die, die sie sind, die Partei der Todfeinde des gegenwärtigen Staates. Herr Stresemann soll darum nicht faulen Zauber steigen lassen: was er anstrebt, ist der Rechtsblock, ist die Auslieferung der Republik an ihre Zerstörer, ist die Ausschaltung der zuverlässigsten Republikaner, ist die Zurückweisung von acht Millionen den neuen Staat wollenden Proletariern, Proletariern des Kopfes und der Hand, der Arbeiterschaft und des Mittelstandes. Herr Stresemann tut so, als wolle er die durch das deutsche Volk nun einmal gehende unüberbrückbare Kluft zwischen denen, die den alten Staat wollen und denen, die den neuen Staat wollen, überspringen. Er will nicht den Kampf zwischen dem alten und dem neuen Deutschland; er will den Brückenschlag vom alten zum neuen Deutschland. Das klingt sehr verführerisch. Aber der Brückenschlag, wie ihn sich Herr Stresemann vorstellt, besteht eben in nichts anderem als in der Ausschaltung aller derer, die das neue Deutschland wollen, besteht zum mindesten in der Ausschaltung von acht Millionen, die es entschieden und unter allen Umständen wollen. Herr Stresemann ist ein seltsamer Brückenschlager: er sägt den einen Pfeiler ab und sagt dann: die Brücke steht.

Herr Stresemann teilt uns mit, daß er schon während des Kaiserreichs unmutig darüber gewesen wäre, die Sozialdemokratie nicht zu den Zwecken der Regierung und der Verwaltung herangezogen zu sehen. Herr Stresemann hätte also gestattet, daß sozialdemokratische Nachwächter eingestellt worden wären; vielleicht hätte unter ihm sogar ein leibhaftiger Regierungsrat den „Vorwärts“ lesen dürfen. Wir sind durchaus bereit, im Sinne des Herrn Stresemann tolerant zu sein. Wir fürchten nicht, auch monarchistisch gesinnte Beamte einzustellen. Wenn wir das übrigens fürchteten, wie viele der Beamten, besonders der höheren und mittleren, müßten wir dann so behandeln, wie im wilhelminischen Zeitalter auch nur einprozentige Sozialdemokraten behandelt worden wären. Darum handelt es sich aber nicht, darum nicht, daß die Republik sich soviel Kraft zutraut, auch Nichtrepublikaner in Amt und Macht zu bringen. Hinter der Politik, die Herr Stresemann anstrebt, steht etwas ganz anderes, steht die Schwächung und Unterhöhnung

der Republik, steht die Auslieferung des neuen Staates an die Verwesung des Gestrigen. Herr Stresemann wird doch wohl wissen, daß auch unter Braun und Severing ungezählte Nichtrepublikaner an maßgebenden Stellen als Beamte tätig sind; will er uns einreden, daß unter einer Regierung Hergt und Westarp, der unseretwegen noch ein Stresemann angeschwänzt sein mag, aufrechte Republikaner als Beamte bestehen bleiben werden. Herr Stresemann scheint die eigentlichen Ziele der Deutschnationalen fortzuleugnen zu wollen. Aber solcher Versuch ist sinnlos, denn Tag für Tag lassen uns die Deutschnationalen wissen, warum und weshalb sie die Macht erstreben. Die Deutschnationalen in die Regierung und in die Verwaltung hineinlassen, heißt nicht, deutschnationale Persönlichkeiten an der Regierung und an der Verwaltung beteiligen, heißt vielmehr, die Republik, die Verfassung, die Demokratie hinausfegen und den existenten Staat unterhöheln. Herr Stresemann will durch die Hinzuziehung der Deutschnationalen pädagogisch wirken; wenn diese Herren sich erziehen lassen wollten, so hätten sie sich auch schon durch das bisherige Ausmaß ihrer Heranziehung erziehen lassen können. Das pädagogische Experiment des Herrn Stresemann ist uns zu kostspielig. Herr Stresemann möchte jenen Deutschnationalen, die zur freudigen Hingabe an das heutige Deutschland bereit sind, nicht den Weg verbauen. Wer verbaut solchen Kräften denn den Weg? Wo ist denn der Deutschnationale, der auch nur ein einziges Mal erklärt hat, daß er sich dem heutigen Deutschland freudig hingeben wolle? Das alles sind nur Grimassen, mit denen Herr Stresemann verdeckt, daß die zwei Deutschland nun einmal bestehen, das von gestern und das von heute, und daß er das Deutschland von gestern, die Verwesung dieses Deutschlands, umarmen möchte.

Herr Stresemann ist bescheiden; es genügt ihm bereits, daß auch in der deutschnationalen Partei „führende Köpfe sind, die staatspolitisch denken und staatspolitische Notwendigkeiten anerkennen“. Und solche Köpfe gibt es in der Sozialdemokratie keinen einzigen? Es genügen Herrn Stresemann schon einige Köpfe, um eine ganze Partei ihm sympathisch zu machen. Herr Stresemann scheint vergessen zu haben, daß die Deutschnationalen die Partei der fünfzig Prozent sind; er scheint vergessen zu haben, daß gleich nach der Abstimmung über das Dawes-Gutachten fast einmütig von den Jasagern scharf abgerückt wurde, daß der letzte Wahlkampf gegen diese Jasager geführt worden ist und daß das Wort, das Herrn Stresemanns helles Entzücken erregt: „Die Dawes-Gesetze sind bindendes Recht“, von den Deutschnationalen nicht ohne den Nachsatz ausgesprochen worden ist: „Aber wir wollen's ändern.“ Einige Köpfe genügen Herrn Stresemann, um für die Gesamtheit der Deutschnationalen, inbegriffen die fünfzig Prozent derer, die die bisherige deutsche Außenpolitik, auch die des Herrn Stresemann, verneinen, inbegriffen die schrankenlose Agitation, wie sie den Gesamtkörper der Deutschnationalen tagaus tagein neu vergiftet. — Herrn Stresemann genügen einige Köpfe, um die Partei der „Pommerschen Tagespost“, der „Bergisch-Märkischen Zeitung“, die Partei der „Deutschen Tageszeitung“ und die der „Kreuzzeitung“ für regierungsfähig zu erklären. Ueber den wahren, auch ihm gewiß nicht unbekanntem Zustand der deutschnationalen Partei, tröstet sich Herr Stresemann mit einigen führenden Köpfen hinweg und opfert hierfür acht Millionen, von

denen er wissen muß, daß jeder einzelne staatspolitisch denkt und staatspolitische Notwendigkeiten erkennt. Herr Stresemann hält es für nobel, auf die sozialdemokratischen Unstimmigkeiten in Sachsen zu verweisen. Fünfzig Prozent, Herr Stresemann, der deutschen nationalen Fraktion haben gegen Sie gestimmt und ungezählte Prozente der von Ihnen so heiß umschwärmten Partei sind gegen Sie. Die sächsische Bagatelle, mehr eine Angelegenheit der inneren Parteidisziplin als des politischen Programms, ändert gar nichts an dem Umstand, daß acht Millionen Staatswilliger, Staatsbehänder von Ihnen mit den Füßen getreten werden. Das aber nennt Herr Stresemann „innere Konsolidierung“.

Herr Stresemann behauptet, daß die Probleme, die gegenwärtig im Reich zur Erörterung stehen, für eine sozialistisch-bürgerliche Koalition nicht zu lösen seien. Dadurch, daß Herr Stresemann derartiges behauptet, ist es noch längst nicht wahr. Aber Herr Stresemann scheint gar nicht zu merken, daß er durch solche unerhörte Behauptung die acht Millionen Nichtbesitzer wissen läßt, daß die Verteilung der aus dem Dawes-Gutachten sich ergebenden Lasten, daß die kommende Steuer-, Wirtschafts- und Zollpolitik das Diktat der Besitzenden sein soll. Woher will er wissen, daß ein Kompromiß zwischen den verschiedenen Interessenvertretern diesmal unmöglich ist. Hat die Sozialdemokratie nicht mehr als vielleicht für sie gut und erträglich gewesen ist, dem Umstand Rechnung getragen, daß die kapitalistische Wirtschaft ihre Opfer fordert. Und wenn kein Kompromiß zustande kommen könnte, aus welchem Recht heraus beansprucht Stresemann den acht Millionen Proletariern das Diktat des Besitzes auferlegen zu dürfen. Herr Stresemann scheint nicht nur primitiv, sondern äußerst naiv zu sein, wenn er mit dergleichen Argumentationen den Rechtsanspruch und den Machtwillen der acht Millionen glaubt abwehren zu können. Herr Stresemann behauptet, daß die Sozialdemokratie für das Dawes-Gutachten schwärme, andererseits aber indirekte Steuern und Arbeitssteigerung ablehne. Alles drei Behauptungen, ebenso oberflächlich wie schief. Die Sozialdemokratie hat niemals für das Dawes-Gutachten geschwärmt; sie hat mit dem Dawes-Gutachten sich zu gewissen indirekten Besteuerungen bekannt, und sie hat wahrlich alles getan, um die Arbeitsleistung Deutschlands zu fördern, hat es bis zur Forcierung ihrer Unpopularität getan. Aber Herr Stresemann geht lieber mit denen, die die Lasten restlos von sich abwälzen und keinen Vermittlungsversuch wollen. Herr Stresemann möchte diktieren, vielleicht wohlwollend diktieren, aber er möchte eben doch als Vertreter des Hoheitsrechtes des Besitzes die acht Millionen zu Untertanen machen.

Die acht Millionen aber wollen mitregieren und werden mitregieren. Der Staat, an dem Herrn Stresemanns Herz noch immer schwarz-weißrot hängt, ist am 9. November 1918 zusammengebrochen; es hat sich niemand gefunden, der diesen Staat verteidigt hätte. Hätte dieser Staat noch Kraft gehabt, so hätte er die Revolution im Blut ersticken können. Er war fertig. Der neue Staat aber ist nicht fertig; er wird nicht wehrlos fallen und wird alles das tun, was der alte morsche Staat nicht mehr tun konnte. Herr Stresemann kämpft für die Verwesung des Alten gegen die Kraft des Neuen. Er wird sich nicht wundern können, wenn er an einer Infektion, die Verwestes leicht bereitet, eingeht.

„Landesverrat!“

Von *Heinr. Löffler*

(Schluß)

III.

Die Gewerkschaften hatten mit ihrer Voraussage, daß der am 26. Juni 1918 auf den Gruben von Giesches Erben ausgebrochene Streik erbittert sein und lange dauern könnte, leider nur zu recht. Nachdem die Belegschaft bereits fünf Tage im Streik verharret hatte und sich die Streikbewegung auf andere Gruben übertrug, wurden die Giesche-Gruben für militarisiert erklärt. Den heerespflichtigen Arbeitern wurde eröffnet, daß sie sich als zum Kriegsdienst einberufen zu betrachten hätten. Für Kleidergebrauch und Verpflegung in der Familie sollten 2,50 M. je Tag gezahlt werden. Die Angehörigen sollten die im Kriege übliche Familienunterstützung erhalten. Die nicht heerespflichtigen Arbeiter wurden auf Grund des Belagerungszustandgesetzes zur sofortigen Arbeitsaufnahme bei Vermeidung strengster Bestrafung aufgefordert. Für die heerespflichtigen Arbeiter wurde eine Kontrollversammlung auf den 2. Juli 1918, früh um 6 Uhr, auf dem Zechenplatz festgesetzt. Ein Offizier vom Bezirkskommando hielt eine echt militärische Rede, die unter „Stillgestanden!“ anzuhören war. Der Vorwurf des Vaterlandsverrats wurde abgelöst durch die Androhung kriegsgerichtlicher Bestrafung im Falle der Gehorsamsverweigerung. So ging es in echt militärisch fließender Rede zwanzig Minuten lang. Dann erscholl das Kommando: „Wegtreten!“ Und die Arbeiter traten weg. Aber nicht zum Schacht, um einzufahren, oder an den Arbeitsplatz über Tage, sondern zum Zechentor hinaus, die Militärs mit langen Gesichtern zurücklassend. So etwas war ihnen noch nicht passiert. Der erste Akt des Dramas war beendet.

Nun wurden Gestellungsbefehle vom Bezirkskommando zur Arbeitsaufnahme auf den Giesche-Gruben an die militärpflichtigen Arbeiter erlassen. Die nicht militärpflichtigen Arbeiter wurden einberufen auf Grund des Belagerungszustandgesetzes. Die Sache sollte unter allen Umständen militärisch, zur Warnung an die Belegschaften anderer Gruben, die nun auch schon in den Streik getreten waren, und an die Gewerkschaften geschmissen werden. Umsonst! Den Gestellungsbefehlen und den Aufforderungen zur Arbeitsaufnahme wurde nicht nachgekommen. Dann ist sogar versucht worden, die Arbeiter durch Soldaten einzufangen und zur Grube zu bringen. Auch das war erfolglos, weil sie sich in den nahegelegenen Wäldern versteckten oder sich aufs Land zu Anverwandten begaben. Ja, es war eine „herrliche Zeit“, in der Töpfe zerschlagen wurden.

Am 5. Juli 1918 haben wir im Kriegsamt, im Beisein des Genossen Bauer von der Generalkommission und des Abg. Genossen Sachsen, des Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, gegen das stellvertretende Generalkommando des VI. Armeekorps den Vorwurf erhoben, daß, wenn es diese Zustände nicht direkt bewußt herbeigeführt habe, dann aber ganz allein schuldig sei.

Im Kriegsamt erklärte nach unsern Darlegungen General Scheüch, daß das Generalkommando angewiesen werden würde, uns auf Verlangen Versammlungsfreiheit zu geben, um mit den Arbeitern zu verhandeln.

Ausgenommen sollten nur die Arbeiter der Giesche-Gruben sein. Die militärische Disziplin erfordere, daß diese Angelegenheit auf dem einmal beschrittenen Wege erledigt werde. Aber man hatte wohl auch im Kriegsamt das Gefühl, daß das Generalkommando in Breslau eine recht unglückliche Hand gehabt hatte.

Vom Generalkommando wurde uns dann noch eröffnet, daß es unzulässig sei, sich über das Generalkommando beim Kriegsamt zu beschweren. Beschwerden über das Generalkommando seien nur beim Generalkommando anzubringen. Onkel Bräsig würde gesagt haben: „Daß du die Nase im Gesicht behältst!“ Wir haben dem Generalkommando geantwortet, daß es dem Zivilisten überlassen sei, sich zu beschweren, wo er es für angebracht halte.

Mit den Arbeitern anderer Gruben, die zwar in den Streik getreten, aber noch nicht militarisiert waren, wurden wir sehr leicht fertig. Nach zugesagter Lohnaufbesserung und Versammlungsfreiheit waren die Streiks durch unser Eingreifen in wenigen Tagen erledigt. Nur auf den militarisierten Giesche-Gruben saß die Militärgewalt noch bis zum 18. Juli 1918 ohne Arbeiter. Erst als die zur vollen Verzweiflung getriebenen Menschen dem Verhungern nahe waren, kehrten sie zur Arbeit zurück. Das Generalkommando hatte gegen die Gewerkschaften eine Schlacht verloren und es war außerdem als eine unfähige Behörde beim Kriegsamt erkannt worden. Dafür galt es Vergeltung zu üben. Der Monatsbericht für Juli an das Kriegsministerium wurde hierfür benutzt. Wir erhielten Kenntnis von folgendem Bericht:

Kriegsministerium. Kriegsamt.

Tgb. Stab M 3a I Nr. 30313/18. G.K.

Berlin, 10. 8. 18.

Betr. Monatsbericht vom 1. Aug. 1918.

Bezug: Abt. IIf 2 Nr. 906/7. 18.

In dem angezogenen Bericht äußert sich das stellvertretende Generalkommando bei der Besprechung des Streiks der Bergarbeiter (S. 3—4) folgendermaßen:

„Der ganze Ausstand stellt sich als eine überaus geschickte Mache dar. Wenn auch von den Arbeitern Ernährungs- und Lohnfragen vorgezogen worden sind, so ist doch letzten Endes der Streik auf das Wirken der großen Arbeiterorganisation zurückzuführen. Die Bemühungen der Arbeitersekretäre, die Arbeiter zur Arbeit zurückzubringen, dürften als Manöver, ihre Unentbehrlichkeit, ihre Machtstellung und ihren Einfluß auf die Arbeiter zu beweisen, anzusehen sein. Diese Bemühungen können keinesfalls als ein Zeichen von Ehrlichkeit gelten, denn die Berichte über die vielen Gewerkschaftsversammlungen ergeben, daß, wenn auch nur selten eine direkte Verhetzung zutage getreten ist, doch die Redner sich auch niemals bemüht haben, Zufriedenheit in die Arbeiter hineinzutragen.

Bei der allgemeinen schwierigen Lebenshaltung müssen gerade die Lohn- und Ernährungsverhältnisse der Bergarbeiter als verhältnismäßig gute bezeichnet werden. Der Streik wird deshalb überall als ein denkbar frivoler angesehen, der der vaterländischen Sinnesart der Arbeiter ein recht ungünstiges Zeugnis ausstellt. Im großen und ganzen ist der Streik inzwischen

beendet, wenn auch auf einzelnen Gruben einzelne Leute noch nicht regelmäßig zur Arbeit kommen.

Um das Verhalten der Gewerkschaften richtig beurteilen zu können, ist es für das Kriegsamt von größtem Wert, klaren Einblick in die vom stellvertretenden Generalkommando nur kurz gezeichneten Umstände zu bekommen. Das Kriegsamt wäre daher für eine eingehende Äußerung und für die Mitteilung der vorhandenen Unterlagen dankbar.

gez. Scheüch.“

An das stellvertr. Generalkommando des VI. A.K.

Das Vertrauen des Kriegsministeriums zu diesem Generalkommando mußte infolge der anhaltenden Beschwerden immerhin schon erschüttert gewesen sein; denn im allgemeinen wurde doch den Angaben einer solchen Behörde blindlings geglaubt. Hier wurden Unterlagen für die Behauptung eingefordert. Dadurch wurde das Generalkommando in die größte Verlegenheit gebracht, wie sein nachstehender Bericht beweist:

VI. Armeekorps

stellv. Generalkommando

Breslau, den 13. August 1918.

Abt. II f 1 I f 2 Nr. 2070 11/18

An den Herrn Regierungspräsidenten in Oppeln.

Persönlich!

Der in vorstehendem Schreiben auszugsweise angenommene Bericht des stellvertretenden Generalkommandos fußt zum größten Teil auf Angaben, die bei gelegentlichen Besprechungen zwischen Hauptmann Nebelung und Vertretern der beteiligten Zivilbehörden sowie der Arbeitgeber ersterem gemacht worden sind und stellt sich dar als ein Niederschlag der Erfahrungen und Bemühungen der letzten Zeit.

Um in der Lage zu sein, gegebenenfalls den Gewerkschaften entsprechend entgegenzutreten, bedarf das Kriegsamt jedoch bestimmter Tatsachen, auf Grund deren es die in dem oben wiedergegebenen Berichtsauszug enthaltenen allgemeinen Schlüsse jederzeit den Gewerkschaften gegenüber mit Belegen versehen kann.

Um baldgefällige Mitteilung entsprechender bestimmter Tatsachen im Sinne des angezogenen Berichts wird gebeten.

Vs. d. st. G.K. Der Chef des Stabes.

gez. v. Bernaut, Oberstleutnant.

Ein gleichlautender Brief war an die Unternehmerorganisation, den Berg- und Hüttenmännischen Verein in Kattowitz, ergangen. Dieser wieder richtete ein Rundschreiben an seine Mitglieder, worin er um Material zur Stützung des Berichts ersuchte. In einer besonders einberufenen Vorstandssitzung der Unternehmerorganisation ist auch der Versuch gemacht worden, „Material“ zu konstruieren. Es half alles nichts. Beweise waren nicht zu finden. Noch ehe auch nur in einem Falle dem Ersuchen des Generalkommandos nach Belegen für die Behauptungen entsprochen worden war, befand sich eine Beschwerde in dem Besitz des Kriegsministeriums, worin mitgeteilt wurde, daß sich das Generalkommando in höchster Not befinde, da es keine Beweise

für seine Behauptungen im Monatsbericht habe. Gleichzeitig wurde natürlich schärfster Protest gegen die unerhörte Verdächtigung der Gewerkschaften erhoben. Damit war das Lügennetz zerrissen und der Racheplan gegen die Gewerkschaften vereitelt. Das Generalkommando suchte dann weniger nach Material, aber um so mehr nach der Quelle, durch welche wir in den Besitz der Aktenstücke gelangt waren. Diese Neugierde konnte natürlich nicht gestillt werden.

Gegen die Arbeiter wütete dann die Militär- und Strafjustiz. Aus einem Bericht der Landwehr-Inspektion Breslau, Amtsstelle Kattowitz, ersahen wir, daß gegen 1692 Arbeiter Tatbericht erstattet und ein anderer Teil zum Heeresdienst eingezogen worden war. Die Angelegenheiten der nicht heerespflichtigen Arbeiter wurden zur Aburteilung dem außerordentlichen Kriegsgericht in Beuthen überwiesen, da die Strafvollstreckung gegen sie der Staatsanwaltschaft oblag. Gegen 1250 Wehrpflichtige wurde das Verfahren vor dem Kriegsgericht in Kattowitz durchgeführt. In einem Bericht vom 30. 9. 1918 an das Generalkommando in Breslau führte der Hauptmann und militärische Hilfsrichter Kahtz beim Kriegsgericht in Kattowitz aus, es würden von den wehrpflichtigen Arbeitern „rund 1090 zu Gefängnisstrafen von 2 bis 3 Monaten und rund 160 zu 2 bis 6 Wochen mittlerem Arrest“ verurteilt werden. Für die Verurteilung sorgen wir, das Kriegsgericht in Kattowitz, und nun Sorge du, Generalkommando, für Gefängnisse. Das war der Sinn des Berichts dieses militärischen Hilfsrichters, wie folgende wörtlich wiedergegebene Stelle beweist:

„Nach einem Schreiben des Garnisonkommandos in Neißë vom 15. September 1918 (J. Nr. 6498 St.) können dort gleichzeitig 430 Mann die Strafe verbüßen. Neißë wird etwa am 8. Oktober voll belegt sein. Es werden daher bis zu dem am 27. Januar 1919 zu erwartenden Gnadenerlaß zweimal 430 Mann je 2 bis 3 Monate dort verbüßen können; allerdings werden bei einem Teil der zweiten Rate vielleicht noch rund acht Tage an der ganzen Strafzeit am 27. 1. fehlen, so daß diesen Leuten durch den Gnadenerlaß einige Strafen erlassen würden. Können sonach in Neißë 860 Mann die Strafe verbüßen, wobei für die zweite Rate nur Leute mit höchstens zwei Monaten Gefängnis gewählt werden müßten, so müßten noch für 230 Mann mit Gefängnisstrafen von 2 bis 3 Monaten und für 160 Mann mit Strafen von 2 bis 6 Wochen mittlerem Arrest Räume bereitgestellt werden. Hierzu könnte die Striegauer Kaserne benützt werden, ihr Fassungsvermögen geht aus dem Schreiben nicht hervor. Die Vollstreckung dieser Strafen müßte so geregelt werden, daß bis zum 27. 1. 1919 alles vollstreckt ist. Die Vollstreckung könnte spätestens Anfang November beginnen. Urteile mit Arreststrafen sind auch jetzt schon rechtskräftig.“

Soweit der gemütvollte Bericht des militärischen Hilfsrichters. Die Militärjustiz hat wochenlang geklappert. Täglich hatten 40 bis 60 Mann vor dem Kriegsgericht in Kattowitz und dem außerordentlichen Kriegsgericht in Beuthen zu erscheinen, um die im voraus schon feststehenden Strafen zu vernehmen. Die Prozeßführung bestand nur noch in Formalien. Es war ein Jammer, da Zuhörer zu sein.

Am 27. September 1918 wurde der erste Transport zur Strafverbüßung eingelocht. Die „Sträflinge“ hatten sich beim Bezirkskommando

in Kattowitz zu stellen und laut Anweisung einen Eßlöffel mitzubringen. Die Gewerkschaften erwirkten dann nach dringenden Vorstellungen eine Milderung für die Verurteilten. Der erste Transport wurde nach vier Wochen Strafverbüßung am 26. Oktober 1918 entlassen, und der zweite Transport wurde am 30. Oktober 1918 einberufen. Nach wenigen Tagen befreite sie dann die Revolution. Sie machte auch der Strafkomödie ein Ende.

An den wiederholten und bitteren Streiks in der oberschlesischen Rüstungsindustrie während des Krieges waren die Unternehmer und das Generalkommando schuld. Die Unternehmer, weil sie auf Vorstellungen der Gewerkschaften nicht reagierten und Lohnaufbesserungen nur zustanden, wenn sie durch eine Streikbewegung angestoßen wurden, und das Generalkommando, weil es die Gewerkschaften in ihrer Betätigung behinderte oder ganz auszuschalten versuchte, wie unwiderleglich aus unserer Darstellung ersichtlich ist. All diese Zustände haben die späteren staatspolitischen Ereignisse in Oberschlesien zuungunsten Deutschlands beeinflußt. Sind nunmehr die Trabanten der deutsch-monarchistischen Partei bereit, gegen die genannten Stellen den Vorwurf des Landesverrats zu erheben?

Der Sinn der Laienbeteiligung in den Strafgerichten und ihre Ausgestaltung

Von Staatsanwalt Marx

Auf den ersten Blick möchte es scheinen, es sei das in der Ueberschrift genannte Problem ein Thema, das doch eigentlich über den Kreis der Fachjuristen hinaus kein Interesse beanspruchen könne und dessen Erörterung an dieser Stelle keine Berechtigung habe. Wer indessen bei dieser Meinung beharren wollte, würde damit nur beweisen, daß er noch nicht begriffen hat, daß die Rechtsgestaltung, besonders die Gestaltung der Gerichtsverfassung, eine hochpolitische Angelegenheit ist, die durchaus nicht, wie es gewisse Kreise aus politischer Naivität oder aus parteipolitischer Berechnung heraus wahr haben möchten, den Vorbehalt des engen Kreises von Fachleuten bildet. Wenn es schon nicht richtig ist, daß Rechtsanwendung völlig frei sein kann von politischer Anschauungsweise, weil, wie Tönnies in seiner Kritik der öffentlichen Meinung in scharfsinniger Analyse nachgewiesen hat, jedes Urteil in sich ein ausgesprochen voluntaristisches Element enthält, so kann es noch weniger stimmen für die Rechtssetzung, die in aller Regel der Niederschlag bestimmter politischer Auffassungen zu sein pflegt. Diesen aber zum Durchbruch, zur Verwirklichung zu verhelfen, ist nicht und kann nicht sein die Aufgabe allein von fachjuristischen Kräften. Die Stellungnahme der öffentlichen Meinung spielt dabei eine bedeutende, nicht selten entscheidende Rolle.

Wohl auf keinem Gebiete des Rechts findet die allgemeine politische Ueberzeugung einer Zeit einen so deutlichen und sichtbaren Niederschlag wie im Strafrecht und in der Strafgerichtsordnung im weiteren Sinne. Das sehr verständliche Korrelat hierzu bildet die Tatsache, daß die großen Lehrer gerade auf den genannten beiden Rechtsgebieten in besonderem Maße Repräsentanten des Geistes ihrer Zeit gewesen sind. Kommt im Strafrecht mehr die soziale Struktur einer Zeit zum Aus-

druck, so ist die Strafgerichtsordnung mehr das Spiegelbild der formalen Struktur des Staatslebens.

Diese Zusammenhänge werden heute von den Fachjuristen leider so gut wie vollständig außer acht gelassen. Ihre Betrachtungsweise ist entweder rein dogmatisch oder von den Interessen der Praxis derart beherrscht, daß sie darüber die soziologischen und politischen Gesichtspunkte vernachlässigen. Wenn das Ansehen der Rechtswissenschaft in unserer Zeit gelitten hat, ist dies nicht zum wenigsten auf diesen Mangel zurückzuführen. Seine Nachteile zeigt besonders anschaulich die Behandlung, die dem Problem der Laienbeteiligung in den Strafgerichten neuerdings zuteil wird.

Wenn heute Fachjuristen das Thema erörtern — man hat es neulich gelegentlich der Tagung des 33. Deutschen Juristentags in Heidelberg deutlich beobachten können —, pflegen sie die Tatsache der Laienbeteiligung mit einem Achselzucken, das in vielen Fällen alles andere als Zustimmung bedeutet, als nun einmal unabänderlich anzuerkennen. Die Frage nach dem Warum dieses Zustandes unterlassen sie jedoch aufzuwerfen, obgleich ihre Beantwortung, die den Sinn des ganzen Rechtsinstituts klarlegen würde, ungemein aufschlußreich wäre für das gesamte Problem der Ausgestaltung der Laienbeteiligung in den Strafgerichten.

Die absolute Staatsgewalt kennt keine Beteiligung der Laien in den Strafgerichten. Für sie ist das Volk schlechthin Objekt, beherrschte Masse, über die ein gelehrtes Richtertum zur Bestrafung, die als Vergeltung für verübtes Unrecht gedacht ist, eingesetzt ist. Die Laienbeteiligung ist wenigstens in den kontinentalen Staaten eine Errungenschaft der demokratischen Entwicklung, die für den europäischen Kontinent mit der französischen Revolution ihren Anfang genommen hat. Erst mit dem Augenblick, in dem die Herrschaft der absoluten Staatsgewalt gebrochen ist und die Demokratie ihren Vormarsch antritt, wird der im Grunde ja uralte Gedanke der Beteiligung der Laien im Strafgericht wieder Wirklichkeit. Rechtsfindung im Strafrecht wurde von jeher vom Volke als eine Sache der Gemeinschaft empfunden und gefordert. Dieser Anspruch war nur in der Zeit der Entrechtung des Bürgertums unter der Herrschaft des Territorialfürstentums zurückgedrängt. Es ist charakteristisch, daß man die Beteiligung der Gemeinschaft an der Rechtsfindung zunächst in der Form des Schwurgerichts wieder lebendig werden ließ, das zwar unmittelbar dem englischen Rechtsleben entnommen war, aber deutlich die Erinnerung an eine Zeit an sich trug, in der die Souveränität der Volksgemeinschaft bestand.

Bei dem engen Zuständigkeitsbereich der Schwurgerichte in Deutschland, der sich von vornherein nur auf die schwersten Delikte erstreckte, konnten sie einer der wichtigsten Funktionen der Laienbeteiligung nicht gerecht werden. Die Korrektur der Anschauungen des gelehrten Richters durch die in der Volksgemeinschaft sich neu durchsetzenden Auffassungen, die rechtsschöpferische Kraft, die im Volke ruht, konnte auf diese Weise nicht entscheidend genug zur Geltung gebracht werden. Dazu war eine weitgehende Durchdringung auch der übrigen, die Mehrzahl der Strafsachen aburteilenden Strafgerichte mit dem Laienelement erforderlich. Der Anfang hierzu wurde in einzelnen Teilen Deutschlands schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts mit der Einrichtung der Schöffengerichte gemacht. Die Forderung nach Laienbeisitzern auch in den Gerichten höherer Ordnung und in der Berufungsinstanz war eine konsequente Folge.

Mit dem Fortschreiten des demokratischen Gedankens ist dieser Forderung zum größten Teil Genüge geleistet worden. Es ist dies allerdings unter dem Gesichtspunkt geschehen, das Vertrauen der Justiz in den breiten Massen des Volkes zu festigen. So wichtig dieses Moment

sein mag, so ist doch darin nicht die Wurzel zu erblicken, aus der die Beteiligung der Laien in den Strafgerichten erwachsen ist. Sie liegt in dem Bedürfnis, die Rechtsfindung in Strafsachen in der Rechtsüberzeugung der Volksgemeinschaft zu verankern, dadurch die rechtsschöpfenden Kräfte, die in der Gesellschaft ruhen, fruchtbar zu machen und so die Rechtsprechung vor einer Entfremdung von dem Rechtsempfinden der Gesamtheit zu bewahren. Das Vertrauen zur Strafjustiz bleibt Folge dieses sehr gesunden Gedankens, die man aber mit der Ursache nicht verwechseln darf, wenn man sich vor der Gefahr, für die Praxis falsche Schlüsse zu ziehen, bewahren will.

Bei der praktischen Ausgestaltung der Laienbeteiligung muß stets der Gedanke leitend sein, Formen zu schaffen, die dem ihr zugrunde liegenden Sinne entsprechen. Denn nur solche Formen können von Nutzen sein. Alle andern krankten an einem inneren Widerspruch, der vom Volke, das seine aus dem allgemeinen Zeitgeist erhobene Forderung nicht erfüllt empfindet, instinktiv erfaßt wird und sein Mißtrauen auslöst. Ein Exempel dafür bietet die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ergangene Emmingersche Verordnung vom 4. Januar 1924, durch welche die Laienbeteiligung in den Strafgerichten neu geregelt worden ist. Diese Verordnung leidet an einer bedenklichen inneren Unwahrhaftigkeit. Sie erweckt zwar dem Wortlaut nach den Eindruck, die Laienbeteiligung verstärken zu wollen, tatsächlich aber bedeutet sie deren Abschwächung. Die Berufungsinstanzen werden zwar mit Laienbeisitzern ausgestattet. Indem aber die Verordnung den größten Teil aller Strafsachen erstinstanzlich wieder dem gelehrten Richter allein ausfolgt, bedeutet sie Reaktion im schlimmsten Sinne des Wortes. Das gesunde demokratische Empfinden des Volkes wehrt sich aber entschieden dagegen und verlangt nach Wiederherstellung des Schöffengerichts mit seiner früheren Zuständigkeit. Ein Gesetzgeber, der den Sinn der Zeit und ihrer Einrichtungen verstand, hätte eine derartige Verordnung nicht geschaffen.

Was hier vom Gesetzgeber gesagt ist, gilt auch für die Rechtslehrer und Praktiker, die neuerdings unter den Schlagworten der Sparsamkeit und der besseren Ausnutzung der Kräfte, die schon bei der Verordnung vom 4. Januar 1924 eine Rolle gespielt haben, den Vorschlag machen, die Schöffen nicht in jeder Sitzung wechseln zu lassen. Die Schöffen sollen möglichst oft zu den Sitzungen herangezogen werden, manche befürworten sogar die Wahl weniger, ein ganzes Jahr amtierender Schöffen. Man erwartet von der Verwirklichung dieser Vorschläge eine sachliche Hebung des Wertes der Schöffengerichtsverfassung, da die Laienbeisitzer eine gewisse Schulung erhielten, die sie in die Lage setze, selbständiger und richtiger zu urteilen. So verführerisch diese Argumentation auch scheinen mag, so verfehlt und abwegig ist sie. Eine derartig perennierende Gestaltung des Schöffenamtes würde dem Grundgedanken des Schöffengerichts geradewegs zuwiderlaufen. Sein Wert liegt doch gerade darin, daß neben dem Berufsrichter Persönlichkeiten sitzen, die keine Routiniers sind. Durch die allzu häufige oder gar über ein ganzes Jahr hinweg erfolgende Zuziehung bestimmter Schöffen — was übrigens, nebenbei bemerkt, eine gefährliche plutokratische Tendenz in sich birgt — würde ein Halbjuristentum geschaffen werden; dem die juristische Unbefangenheit, die wir als eine der wesentlichsten Eigenschaften des Laienrichters, die seinen Wert bedingen, schätzen, fehlen würde. Es kommt ja beim Schöffen nicht auf seine juristische oder richterliche Schulung an, sondern auf das Maß von Kenntnissen und Erfahrungen in seinem eigenen Lebensbezirk, die er dem Richter vermitteln soll. Die Schöffen sollen das Medium sein, durch das der Richter mit den Anschauungen weitester Schichten des Volkes in Kontakt bleibt. Dafür aber besteht nur dann eine Gewähr, wenn ein häufiger Wechsel der Laienbeisitzer stattfindet.

Man könnte vielleicht einwenden, daß sich auch in den Schlichtungsausschüssen und ähnlichen Stellen die ständige Heranziehung bestimmter Laienbeisitzer durchaus bewährt habe. Dieser Vergleich ist jedoch innerlich nicht berechtigt wegen der durchaus verschiedenen Funktionen, die den Laienbeisitzern im Strafgericht und im Schlichtungsausschuß zukommt. Hier sitzt er als Vertreter einer bestimmten Interessengruppe, eine Funktion, die mit steigender Uebung besser und sachgemäßer wird ausgeübt werden können. Der Laienbeisitzer, in dessen Votum die vox populi zum Ausdruck kommen soll, wird seiner Aufgabe um so besser gerecht werden können, je weniger er durch besondere juristische Kenntnisse voreingenommen ist. Die Forderung, daß, wer in der Berufungsinstanz zum Schöffenamte berufen werde, zuvor durch eine öftere Tätigkeit in einem erstinstanzlichen Gericht Erfahrung gesammelt haben müsse, hat deshalb ebenfalls keine Berechtigung.

Auf das Verhältnis der Zahl der Laien- zu der der Berufsrichter wird vielfach ein übergroßes Gewicht gelegt. Wenn die Forderung der durchgängigen Laienbeteiligung in den Tatsacheninstanzen erfüllt wird, rückt sowohl diese Frage wie die der Wiederherstellung des alten Schwurgerichts in zweite Linie. Die Geschworenenbank wird man vielleicht sogar als die frühere und unreifere Form der Laienbeteiligung bezeichnen können. Genauere Prüfung ergibt, daß bei der Anhänglichkeit an das alte Schwurgericht ein gut Teil rechtspolitischer Romantik eine Rolle spielt. Wenn man sich aber mit der Ersetzung des Schwurgerichts durch ein großes Schöffengericht einverstanden erklärt, wird man andererseits verlangen müssen, daß die Auswahl der Schöffen nach möglichst demokratischen Grundsätzen erfolgt.

Es ist zu wünschen, daß die Ordnung der Strafgerichte möglichst bald ihre endgültige Gestalt erfährt. Der jetzige Zustand ist gerade deshalb, weil er allgemein als vorübergehend betrachtet wird, dem Ansehen der Justiz abträglich. Von Dauer aber können nur solche Institutionen der Justiz sein, die mit dem Geiste einer Zeit übereinstimmen. Deshalb muß die Laienbeteiligung in den Strafgerichten demokratisch gestaltet werden.

Vom neuen Typus

Von Walther G. Oschilewski

I.

Es wird Leute geben, die es für voreilig halten, im Sterben Europas vom künftigen Gesicht zu sprechen. Es werden die Literaten und Intellektuellen sein, denen das Unerhörte der Umwertung aller Werte den Strom abschnitt — ihre Weiden wurden dürr. Die Oberlehrer für den Geschichtsunterricht an den höheren Lehranstalten werden unserer Unruhe spotten und in ihrer Selbstsicherheit, die ebenso starr wie dumm ist, sagen, daß die Bäume auch fortan nicht in den Himmel wachsen. Wenn wir auch alle Freundlichkeit besitzen, dies zu bestätigen, weil wir gelernt haben, Selbstverständlichkeiten anzuerkennen, so können wir es doch nicht unterlassen, die Rede vom kommenden Typus mit allen uns zur Verfügung stehenden Vokabeln unterstützen zu helfen. Ernste Menschen, die uns etwas zu sagen haben, können uns zur Duldsamkeit ermahnen, Parteiführer und sogenannte „Oeffentliche“ als Vertreter nur anerkannter „Realitäten“, uns warnen lehren — wir wagen es doch! Denn wir glauben, daß eine Zeit, in der jeder Rest von Fundament geschwunden ist, eine Zeit, die über ihre eigene Unfähigkeit greift, alles Recht hat, Gesetze der Biologie zu beachten, auch auf die Gefahr

hin, einem langweiligen Darwinismus zu verfallen und heute noch mit Häckel identifiziert zu werden. Was zwischen Ende und Anfang eines jeden Jahrhunderts ist, das, was wir Verbindung und Uebergang nennen, schreit uns förmlich an, einen Anschluß zu suchen. Einen Anschluß, der aber ein organischer sein muß — denn Abstraktionen dörren genug bei den Philosophien; eine Gegenwart, die lebendig sein will, bedarf ihrer nicht. Diesen Anschluß durch Kraft zu befestigen, Anfang und Ende einer Epoche unwichtig, Tradition und erfülltes Erfordernis des Augenblicks einen Weg sein lassen, ist der heutigen Jugend geschenkt; die Aussicht auf Gefahr und Tapferkeit sollte sie reizen, aus dem Sterben des heutigen Europas ihr Tempo auf das trotzende Leben des Neuen einzustellen. Wenn Nietzsche sagt: „Verbrennen mußt du dich wollen in deiner eigenen Flamme. Wie wolltest du neu werden, wenn du nicht erst Asche geworden bist?“, so haben wir die Antwort bereit, die da sagt, daß unser Schicksal den Grad seiner Forderung bis zum Aeußersten erreicht hat: wir verbrannten uns in Europa — zwischen den Argonnen, Fritz von Unruh und 1918 fließt Blut genug; die halbe Welt ist ein Aschenhaufen. Wir wollen jetzt den Wind!

II.

Einige Betrachtungen werden genügen, um die Zersprengungen der heute Lebenden zu bestätigen: Der Blick in die Gegenwart sagt, daß der Mensch schwankt. Das heißt, er pendelt. Wohin will er? Das Ungefähr genügt ihm, die unorganisierten Zufälligkeiten erquicken seine Seele und wenn das nicht, so schmort weltverloren in Akademien und Bibliotheken sein Sinn. Die „Krise“ Europas mimt er tragisch, schwerfällig — der Rest kümmert ihm nicht. Entweder grinst er „seelisch“, strindbergisch, clownhaft oder eitel, eifersüchtig. Entweder ist er ernst, beamtenhaft, provinzial oder oberflächlich, hohl und dumm. Reichstags-sitzungen, Straßenbahnfahrten, Feuilletons usw. mögen der Hinweis sein. Aus diesen Beobachtungen machen die Geschichtsschreiber und Philosophen ihre Weltbilder und sagen, daß sie schauerhaft sind. Sie haben recht. Denn sie wollen Kultur. Die aber ist schon längst sterben gegangen. Und es gibt Leute, die weinen ihr nicht nach' . . .

Man wird sagen, daß man mit diesen Feststellungen einverstanden sein könnte, wenn als Ende dieser vorgängigen Tragik 1923 gesetzt wird. Wir glauben diesen Kalender nicht! Es ist richtig: Die „gebildete, Welt“ hat eingesehen, daß es doch allzu gewagt ist, die Quadratwurzeln aus den kubistischen Gemälden zu ziehen oder rhythmisch zu sein, da man bei der Beurteilung der modernen Künste verunglücken und sich blamieren könnte; sie hat ganz richtig herausgefunden, daß ihr Geld auch anderswo genommen wird. Das ist sicher eine Veränderung; (der Schluß des Anteils der „Gebildeten“ an die Kunst — der Expressionismus wurde keine Volksbewegung). — Aber was sagt dies gegen das unerhörte Weiterwursteln, gegen die chronische Schwerfälligkeit des nächsten Jahres? Die vielen Traktätchen bekamen andere Politur, neue kamen hinzu, man spricht viel vom Rhein und der Frau Germania — aber man wippt immer noch zwischen 1 und 10.

III.

Auf die Mitte aber kommt es an. Sie ist nicht allein das Demokratische und nicht der Kompromiß. Sie liegt sogar äußerst links, wenn man unter Radikalität das Absolute und Unbedingte versteht. Das Alte wollen wir tot sein lassen — wir danken für einen Aufgub der Gotik —,

und das Neue ist noch nicht. Die uns den „Neuen Menschen“ einreden wollen, diese aufdringlichen jugendbeweglerischen Jesusse mit langen Haaren und Sandalen, finden nur das Lachen einer Schicht, die sich trotz alledem den gesunden Instinkt bewahrt hat. Wo aber ist der Wurf aus dem Heute, darauf es ankommt?

Viele werden sagen: woraus soll eine Generation die Kraft nehmen, sich neu zu konstituieren? Die Frage, wenn es eine ist, ist vielleicht berechtigt. Wir wissen genau, daß aus Schutthalden kein neues Leben blüht. Nur ein Dichter konnte das sagen. Aber wir behaupten, daß aus dem Rhythmus der Zeit die Möglichkeit abgefangen werden kann, die Keime trägt. Man sollte sich weniger dilettantisch aus vergangenen Sphären Nahrung holen; wir können es näher haben — das Neue wird so nah, wie eindeutig und einfach sein. Unter dem Untergang des Abendlandes ward der Strich gesetzt: ein Pfeil, der nach Westen zeigte. Wohin? Nach Westen! wo Amerika liegt, das Land des neuen Gottes!

IV.

Wir sehen im Amerikanischen sicher nicht die Endgültigkeit des Menschlichen. Diese Vorsicht zu haben, ist schon Beweis von der Tragik und vom Distanzgefühl der deutschen Seele. Wir können uns ja steigern. Oder vertiefen. Aber es ist die Richtung, darin wir gehen müssen, wenn wir nicht wollen, daß Europa stirbt.

Die Hinwendung nach dem Westen heißt aber nicht, durch Frankreich gehen! Die Anpreisungen französischer Tradition mit „ihrem“ Rationalismus und Klassizismus sind nicht die Speisen, die Europa erhalten können, ebensowenig wie der Osten mit seiner slawischen Gefühlstranszendenz dem „europäischen Gott“ den Halt zu geben vermag. Der Halt kann nur aus der Anerkennung des Unabwendbaren und aus dem Willen des Zukünftigen abgezogen werden; beide Möglichkeiten sind Interpunktionen einer ökonomischen Idee. Die Sachlichkeit der letzten Architektur, der Formwille der Kunst, der Siegeszug der Technik, das Werden der modernen Arbeiterbewegung, sind uns Beweise jener Anfänge des neuen Grades.

Das Amerikanische auf Europa (und damit auf Deutschland) zu übertragen, ist somit keine Anleihe aus der Dürftigkeit allein, es ist das Schicksal und die Verwandtschaft zweier Kontinente. Das Amerikanische: die Primitivität seiner Lebensäußerung, die nicht gewollt wird, sondern aus der Logik, Naivität und Gesundheit eines Landes hervorwächst und sich darin von den Kinderzeichnungen unserer Dreißigjährigen unterscheidet, das Unklompizierte seines Denkens, das größere Produktivität ermöglicht, die wenigen Umwege, das Geradezu, das Auf-dem-Sprung-sein und Auf-der-Lauer-liegen, sind Beiträge, die uns erziehen helfen könnten. Wir Deutschen gehen immer von hinten herum, wir fahren nach München über Hamburg, nur weil eine nette Dame im Kupee sitzt, nehmen Sentimentalitäten für Gefühls-erklärungen — und kommen dabei immer zurück. Es wird einmal ein Ende sein müssen, da sich ein Volk diese Ausgabe nicht mehr leisten kann. Wir glauben, es ist so weit.

V.

Sehen wir den Anschluß. Lassen wir das Tor die frische Erkenntnis sein, daß von Mystiken und Sekten keine Welt mehr leben kann, da auf der Brücke der Zukunft Telegraphendraht liegt.

Uns Jungen ist keine Ritterromantik, kein Piratentum, keine Lyrik gegeben, aber wir können Ingenieure, Bauern, Werkmänner, Sportsleute, Journalisten, Organisatoren sein. Das Volk der Dichter und Denker sollte sich einmal bewußt werden, daß zur Konzeption des 20. Jahrhunderts nicht allein das Dichten, sondern das Denken gehört. Nicht jenes Finger-an-die-Nase-legen, wohl aber die Oekonomie des Geistes, der sich organisiert hat und das erreichen will, was aus einer gesunden Produktivität des Möglichststen zu erreichen geht. So kann uns Amerika die Sprache geben, die Luft, Form und Aspekt ist und für Europa den Stil schafft, der seine Gestalt beweist.

VI.

Wir sprachen somit noch nicht vom neuen Mythos, wir sprachen nur vom neuen Typus, vom kommenden Gesicht des deutschen Menschen, wie es sich richten muß, um richtig zu sein. Das ist keine Weissagung der vielen Weissagungen, die uns seit einem Jahrzehnt überfallen, es ist nur die nüchterne Folge aus dem A-B-C dieser Zeit. Den neuen Mythos, das neue religiöse Weltbild kann erst der Ausgleich des Parallelogramms der Kräfte schaffen. Aber diese Uebereinstimmung von Gesinnungen, Gefühlen und Individualitäten wird dann nicht griechisch sein, im Sinne der Harmonie, auch nicht demokratisch im Sinne der stehenden Wage römischer Statik, sondern das Gesetz der Zukunft: die Kollektivität, die Mathemazität, die straffe Organisation eines neuen Europas!

Wir glauben an sein Kommen. Wir glauben an seine Schönheit und Endgültigkeit, wie unsere Vorfahren an Meister Eckhart und Goethe glaubten. Wir glauben auch an Eckhart und Goethe, an Kultur und den tausend Geschichten einer Geschichte, wir wissen aber, daß jetzt der Zivilisation die gesündeste Mannschaft des Kontinents gehört, da aus den Fragwürdigkeiten des Ostens, aus den Vergangenheiten des Vergangenen nicht der Ruf kommt, der die Bindung zwischen dem Schicksal der Völker und der Erkenntnis seiner Geborenheit zum ewigen Marsch organisch herstellt.

Zum Schluß sei gesagt: Wenn wir einem Europäer, der ein guter Deutscher ist, glauben wollen, so müssen wir auf Otto Flake hören. Die heutige Generation wird bei ihrer Zucht und Selbsterziehung Lehrmeister nicht zu vergessen haben. Wir können trotz der Verpflichtung zur Sparsamkeit ruhig diesen einen nennen. Wir brauchen nicht viel mehr. Flakes hygienisches Ideal ist eben die Wendung zum Amerikanischen unter gleichem Vorbehalt. Er sieht dort „alle Mittel trainiert“, sieht den gesteigerten Körper, der willens ist, das zu können, was man will. Und das heute zu Wollende, wird das unbedingt Notwendige sein.

Die ewigen Jünglinge mögen sterben gehen. Sie gelten nicht mehr. Auch die „jüngsten Tage“ sind vorüber. Flake sagt: „Hinter Pubertät liegen die unerschöpflichen Möglichkeiten des Mannes.“

Das Jahrhundert wird ein starkes sein müssen, der neue Typus ein männlicher.

Streut „ih r“ Blumen in die Lüfte, wir bauen.
Nur dem Bauenden gehört die Zeit.

Moritat

Von Arthur Eloesser

Im vorigen Jahre wurde das Schauspielertheater in der Friedrich-Wilhelmstadt, an dem alles, auch die republikanische Verfassung, unecht war, mit Eduard II., von Christopher Marlowe, eröffnet. Dieser Mißgriff ließ sich nur dadurch erklären, daß die Bühne dem dramatischen Expressionismus gewidmet war, den ich gern zulasse, insofern er eine Selbstverständlichkeit ist und in der großen Kunst immer existiert hat. Aber nicht als Richtung. Auf der Bühne wird nun einmal von Menschen gespielt, die wir nicht kubistisch oder sonstwie konstruieren können, und wenn die Gestalten der antiken Tragödie die Würde von Sakralfiguren gehabt haben, so sind sie nichtsdestoweniger Menschen gewesen. Der Expressionismus als Richtung verachtet mit erhabener Vornehmheit das psychologische Interesse, das wir schwerlich aus dem europäischen Drama ausschalten können, und für das sich ebensogut das Wort Seele einsetzen läßt, die nun einmal etwas Zusammengesetztes und etwas Fließendes ist. Der Expressionismus erlaubt nur fertige Situationen ohne Vorbereitung, ohne Verbindungen und Uebergänge, und ein Othello etwa, der sich nicht mit völlig fertigem Mordentschluß auf die schlafende Desdemona stürzt, wäre in seinem Sinne ein naturalistischer Sündenfall. Wir haben das erlebt. Diese Richtung, die alle Unabhängigkeitsverhältnisse des Menschen von Natur und Geschichte kündigte, und die nicht gestalten konnte, weil der Mensch wie jedes Geschöpf nur als ein werdendes erscheinen kann, mußte das begünstigen, was man sonst die Moritat genannt hat. Das Drama war gar nicht mehr Existenz, nur noch Bewegung, und bestand aus lauter Höhepunkten. Fortschritte sind oft greuliche Rückschritte. Der alte Marlowe war einfach deshalb willkommen, weil er, wenn auch mit großem Talent, Schauerdramen geschrieben hat; seine Dramatik ist noch ein Guckkasten, den dann der Vollender, Shakespeare, zerschlug. Shakespeares Werk ist Natur in der Natur, Schöpfung in der Schöpfung; mit ihm konnte ein so modernes und von der Kritik mit großem Kredit ausgestattetes Theater kaum noch eröffnen.

Bertold Brecht hat Eduard II. noch einmal geschrieben, und zwar mit dem betriebsamen Herrn Lion Feuchtwanger, der einen großen Teil der dramatischen Weltliteratur von Sakuntala an verbessert und wieder herausgegeben hat. Jener Eduard II. war einer der nichtswürdigsten Könige von England, er wurde abgesetzt, weil er von seinem Günstling Gaveston nicht lassen wollte, schlimmsten Erniedrigungen ausgesetzt und schließlich auf Veranlassung des Rebellenführers Mortimer ermordet, was sich in der Form des Tottrampels vollzog. Shakespeare hat diesen Eduard II. mit seinem Zwilling Richard II. unmöglich gemacht, welche Tragödie vom rasenden Gottesgnadentum für uns wieder fürchterlich aktuell geworden ist. Richard II. steht unter den Renaissance-menschen Shakespeares vielleicht als die einzige Figur, die man als christlich bezeichnen kann, die einzige, die ihre Würde aus dem Leiden empfängt, die sich eine Dornenkrone erwirbt. Marlowe scheint manches nur versucht zu haben, damit Shakespeare es besser machen konnte. Es

ist bezeichnend, daß der wildgeniale oder wenigstens genialische Karl bei einem Wirtshausstreit erstochen wurde; ganz große Leute pflegen so nicht zu enden.

Was geht den modernen Dichter ein alter König von England an? Ich habe gesagt, daß die jungen Leute von heute, wenn sie wirklich die jungen sind, ein großes Gelfüst auf Moritaten haben, und sie pflegen ihre superlativischen Erfindungen oder Nacherfindungen auch gern mit der robusten Tatsächlichkeit des Films zu rechtfertigen. Ein homosexueller König, der wie ein wildes Tier jahrelang an einer Kette geschleppt, der in einer Kloake gefangen gehalten und schließlich totgetrampelt wird! Wenn uns selbst Brechts Bearbeitung die Tischplatte erspart, unter der das geschieht, es blieb auch für den größten Appetit noch eine Menge übrig. Immerhin mußte mit dem alten Marlowe nun irgend etwas angestellt werden. Unser Zeitgenosse Bert Brecht berichtete ihn dadurch, daß er hinter ihn zurückging, daß er ihn an Primitivität überbot, daß er die Entwicklung des Dramas annullierte, zu der Shakespeares bedeutendster Vorgänger recht erheblich beigetragen hat. Marlowe überlieferte dem Größeren eine fertige Form des Dramas, wenigstens des germanischen Dramas, das sich zwischen der Gebundenheit der antiken Tragödie und der kunstlosen Freizügigkeit des mittelalterlichen Mysteriums ungefähr in die Mitte gestellt hat. Ein so verflucht moderner und nicht unbegabter Kerl wie Bertold Brecht machte sich zum Vater, wenigstens zu einem der Väter des aus dem Mittelalter in die Renaissance springenden englischen Dichters.

„Hier wird öffentlich vorgeführt die Historie von der unruhigen Regierung Eduards II., Königs von England, und sein jammervoller Tod / Sowie Glück und Ende seines Günstlings Gaveston / Ferner das wirre Schicksal der Königin Anna / Desgleichen Aufstieg und Untergang des großen Earl Roger Mortimer / Was alles sich ereignete in England, vornehmlich zu London, vor nunmehr sechshundert Jahren.“ Der lange und ehrwürdige Satz stammt von dem Besitzer und Erklärer eines Guckkastens; dieser zeigt uns eine Menge noch sorgfältig datierter Bilder, die sich über einen Zeitraum von zwanzig wirklichen Jahren der wirklichen englischen Geschichte hinziehen. Da die Moritaten nicht einfach aneinandergereiht werden konnten, wurden sie in Stimmung getaucht, so wie man im Guckkasten ein Schlachtenbild etwa durch eine rote, eine nächtliche oder gespenstische Szene durch eine dunkle Scheibe sehen mußte. Die Stimmung wird mit der Sprache gemacht, mit einem balladenhaften Vortrag, wobei ich nicht leugne, daß der Verfasser von „Trommeln in der Nacht“ immer noch ein gewisses musikalisches Talent bewährt, um uns wenigstens durch die leise Variation einer Monotonie auf den Nerven zu spielen. Jürgen Fehlings Aufführung am Staatstheater, die Agnes Straubs Theaterblut für die Königin und Werner Kraus' Dämonie für den Mortimer aufrief, hat diesen Stimmungsreiz durchaus eingefangen, der aber schließlich nicht vorhalten und nur einem auf artistische Befriedigungen eingestellten Premierenpublikum Vergnügen machen konnte. Ueber das Schicksal eines Stückes, das nicht nur unterhalten will, entscheidet immer wieder die von ihm gewährte Möglichkeit menschlicher Teilnahme, die auch bedeutende Darsteller nur einen Augenblick uns aufzwingen oder einbilden

können, da es nun einmal nicht nur darauf ankommt, wie etwas gesagt wird, sondern was gesagt wird.

Ach, Mortimer, über uns ein Krieg zieht her,
Der stürzt am End' die Insel ins Weltmeer.

Wir haben es eigentlich nicht mehr nötig, uns solche und manche andere Verse gefallen zu lassen, mit denen Brecht gern am Ende einer Szene bänkelsängert. Wenn man einen König hat, der bis zu seinem elenden Ende immer gezeißelt und verhöhnt wird, dazu eine Königin und einen Rebellen, die sich sehr primitiv benehmen dürfen, so ist es gar nicht so schwer, Stimmung zu machen. Für einen gescheiten Menschen stehen alle möglichen Vorlagen, auch die erhabensten, zur Verfügung. „Und dem ich dann das Handtuch reiche, der ist es“, sagt der Hofmann, der den Märtyrer seiner Laster den Häschern ausliefert, aber er ist klug genug hinzuzufügen, daß er aus dem Evangelium Belehrung für Judaskinder entnommen hat. Alles was gut ist oder was gut klingt, ist schon einmal literarisch gewesen, nur daß es sich auf diesen Weisen noch einmal schaukelt, die alle denselben monotonen Pendelschlag haben. Die Leute gebrauchen ein Metronom, und wenn heute nicht von den Heiligkeiten des „Raumes“ die Rede ist, so wird der Rhythmus als das andere Ding an sich gefeiert, der aber markiert werden kann, manchmal mit Schnauben, manchmal mit Knarren, manchmal mit Peitschenknallen. Unsere modernen Dramatiker lieben die Gewalttat; das fing schon mit Hasenclever und Kornfeld an. Zu dieser Praxis sagt die Theorie, sagt eine schnell liefernde Dogmatik: das ist das Tempo unserer Gegenwart mit Film und Radio und Grammophon und Ueberwindung von Raum und Zeit. Die Kunst wird Technik, das Prinzip ist gut, und unsere jungen Dichter sind auch gut: laßt sie nur so weiter machen. Die Dogmatik besagt uns eigentlich, daß unsere Zeit ihre eigene Genialität hat, und daß jeder von ihr erst Ergriffene, entschlossen Zugreifende sich ein Stück herauschneiden kann. Ich habe nichts dagegen, daß unsere Theaterdirektoren jeden Versuch machen, wenn wir nur nicht immer gleich bewundern und das gloriose Ende der Dinge anerkennen müssen. Ich für mein armes Teil muß zwei hauptsächlich Irrtümer feststellen. Die Heutigen glauben an die Wiederkehr des ewig gleichen. Wir haben als junge Leute auch einmal gehofft und geharrt, aber wir hatten Glück, weil die Tolstoi, Ibsen, Hauptmann, Strindberg und noch manche andere kamen. Es muß dem Weltgeist vorbehalten bleiben, ob er wieder dramatisch zu sprechen beliebt; vielleicht will er lieber erzählen oder musizieren oder philosophieren, vielleicht will er überhaupt nicht. Seien wir also klar genug und seien wir streng genug, um Erwartung nicht für Erfüllung zu halten; der Kritiker ist nicht der liebe Gott und nicht der heilige Geist, so oft er jetzt auch ausgegossen wird. Der Kritiker soll ferner nicht sagen: laßt diesen jungen Menschen erst in die Dreißig oder Vierzig kommen, und ihr werdet die richtigen Wunder erst erleben. Die Kunst und besonders die Dramatik fängt nämlich mit dem Wunder an, und wir erleben ein noch größeres Wunder nur, wenn nach zehn oder zwanzig Jahren von dem Kerl noch etwas übrig ist. Oder nach fünf Jahren. Das reicht heute schon aus zum Vergessenwerden. Es kommt nicht darauf an, ob einer „richtig“ schreibt, sondern nach wie vor auf den Einsatz an Persönlichkeit; das Gefühl dafür scheint uns etwas verloren gegangen.

„Odaliske“ und „Olympia“

Von Paul Westheim

Ein Kolorismus, der sich romantisch-subjektiv und eigenwillig ins Stimmungshafte zu steigern, der physisches Erleben rein durch die Farbe oder auch mittels der „reinen Farbe“ auszudrücken versucht, gehört zu den charakteristischsten Strebungen heutiger Kunst. Nicht wenig mag Kandinsky, dessen Farbklänge als eine Art gesteigerter Impressionismus anzusehen sind, dazu beigetragen haben, diese Tendenzen zu bestärken; selbst da, wo man ihm auf den Weg zur Abstraktion nicht gefolgt ist. Gefühlserlebnisse (die oft sowohl echt wie stark waren) suchte man umzusetzen in Farbelemente. Man steigerte die Farbigkeit, suchte und sucht nach immer stärkerer, rauschenderer Skala. Gelegentlich schien es, als ob man das Rot und Blau, das Gelb und Grün nicht ursprünglich, nicht leuchtend, nicht unvermischt genug bekommen könnte. Und mitunter will es fast scheinen, als ob man keinen anderen Ausweg mehr wüßte, als die Grundfarben so ins Bild zu bringen, wie sie aus der Tube herauskommen. Auch in der französischen Malerei — Matisse, die „Fauves“ — hat es Ansätze zu solchem Kolorismus gegeben; aber die immer entschiedener Einstellung auf das, was man in Paris den „esprit constructif“ nennt, hat mit dem Verzicht auf alle anderen Stimmungs- und Stimulierungsmittel zu einem anderen Wertsystem mit der Farbe geführt. Man wollte aus dem subjektiv Psychischen ins objektiv Sachliche kommen. Man wollte und will ordnen, bauen, feststellen, festlegen. Als „architectures vivantes“ werden die Bilder eines Seurat geschätzt, der als Vorläufer und Wegbereiter angesehen wird. Man spricht vor seinen Versuchen von „lumière picturale“, von einer Farbe, die weder optischer Eindruck (Valeur), noch Expression, sondern — wie alles andere auch — eine Wesensqualität der Dinge ist. Genau so, wie man als Qualitäten eines Gegenstandes feststellt: rund, Glas, durchsichtig usw. wird auch der Charakter seiner Farbigkeit festgestellt. Und wie innerhalb des Bildorganismus alle Mittel aus ihrer konstruktiven Wertigkeit heraus aufgeboten werden, so wird auch die Farbe rein als konstruktives Element genutzt. Von diesem Standpunkt aus ist das — zunächst paradox erscheinende — Wort zu begreifen, daß die „Odaliske“ von Ingres „farbiger“ sei als Manets „Olympia“. Im Louvre, wo diese beiden wichtigen Dokumentationen der Kunst des 19. Jahrhunderts gegenüberhängen, wird man zunächst festgehalten von der Delikatesse dieser Manetschen Malerei, die in ihrem Schwarz-Weiß, mit dem kühn eingefügten Farbbukett so differenziert, so reich, so sprühend und geistreich anmutet. Es ist richtig, daß der Ingres dieses Einschmeichelnde und Bestrickende nicht hat. Auf den ersten Blick erscheint die „Odaliske“ daneben farblos, hart, kalt, unmalerisch. Hierin wäre der impressionistischen Aesthetik recht zu geben — sofern es gestattet ist, ein Bild und einen Künstler auf den ersten Blick hin zu werten. Denn, sofern man sich mit solcher ersten Impression nicht begnügt, wenn man mit solcher Schöpfung des Geistes sich ernsthaft und immer wieder auseinandersetzt, wenn man sie nicht oberflächlich, sondern von Grund auf zu erfassen trachtet, dann kann es geschehen, daß das, was zunächst hier als spröde erscheint, sich offenbart als — eine große Verhaltnheit. Diese Odaliske ist als Malerei eher Vestalin als Odaliske, keine kokette Schöne, eine von

jenen unnahbaren Frauen, die ihre Glut bis zur Stunde der Erfüllung in sich speichern. Es gibt Augen, klar wie ein Spiegel — so ist diese Malerei. Nichts „Interessantes“, nichts Unbestimmtes, vielmehr alles übersichtlich, überlegt, in sich ruhend und gefestigt. Regel und Methode sind nicht greifbar wie in einem Akademikerwerk; Ingres war auch Akademiker, z. B. in dem großen „Homer“, aber nicht hier, nicht in dem Türkenbad, nicht in dem Badenden oder gar in der einzigartigen „Venus Anadyomene“ von Chantilly. In dieser Malerei oder soll man sagen: dieser Architektur entwickelt sich eins aus dem anderen, ruht alles in allem. Wie der Stein im Strebebogen, der als Masse Last und als Kraft zugleich Träger der Masse ist. An ein straff gebautes Romanwerk wie die „Madame Bovary“ könnte man denken, wo alles wie die Zahnung eines Zahnrads ineinandergreift, alles weithin vorbereitet und am gegebenen Platz wie selbstverständlich dann da ist. Solche „harte“ Linie, wie sie den Akt umreißt, ist sie nicht eigentlich melodiose Bewegtheit? Ist es überhaupt möglich, solchen Kontur isoliert zu betrachten, herauszubrechen aus dem Ganzen, das ein Auf und Ab, ein geschlossenes System von an- und abschwellenden Akkorden ist? Die Bogenlinie der Vorhangfalte schwingt weiter in dem Armkontur und ist zugleich Auftakt oder Echo für die weit ausladende Rückenkurve. So ist es immerfort, eins strebt zum anderen, eins gibt und findet Halt in allem anderen. Die gleiche Strategie in der Anlage der Farbgebung. Als stärkster Ton ist unten in der rechten Bildecke, oberhalb des einen Fußes und wirksam kontrastiert durch den fahlen Fleishton, ein kleiner roter Fleck, das Rot eines Pfeifenkopfes. Ein abgedämpftes Rot, das japanischer Lacke. Dieses Rot steht nicht ganz allein und für sich da in der Fläche. Es strahlt aus oder ist vorbereitet in ein paar roten Tupfen, die an dieser Seite als Stickerei in das Blau des Vorhangs eingesetzt sind. Auf der Gegenseite der Diagonale, die der Frauenkörper durch die Fläche entwickelt, ist Abschluß wiederum das kalte Blau eines Vorhangzipfels. Zwischen diesem Rot und diesem Blau schwebt gleichsam die ganze Skala: Blau, Weiß, Grau, Mattgold, Rot. Im einzelnen jeder Ton verhalten, gewollt kühl. Aber auch hier wieder durch die Rapports, durch Relation und Kontrast überraschende Steigerung. Kaltes Weiß wird gegen ein noch kälteres Blau gestellt. Wie ist die Wirkung? Das Weiß wirkt nicht mehr frostig, sondern, gemessen an dem Blau, an dem noch kälteren Ton, nimmt es für das Gefühl Wärme an. Was ganz natürlich ist. Es ist so, wie wenn man bei schneidendem Frost unversehens mit der Hand an ein Eisengitter gerät. Man zuckt zurück, meint, die Luft, die einem vordem noch so eisig vorkam, sei doch immer noch viel wärmer als jenes Eisen. Und so — gewissermaßen auf einer Skala, die ganz unten einsetzt — steigert sich allein durch die Kontrastierung alles bis zu einem Gipfelpunkt: jenem Rot. Ist das Farblosigkeit? Es ist eine Intensivierung des Koloristischen, die verzichten kann auf das primitive Mittel, durch stark sprechende Farben starke Wirkung zu erzielen. Es ist nicht aus dem Impuls heraus organisiert. Eine höhere Einsicht, ein wahrhaft künstlerisches Bewußtsein hat den Maler bestimmt, sich eine Zurückhaltung aufzulegen, die nicht Verzicht ist, sondern Wille zur Steigerung. Es wird mit begrenzten Mitteln nicht Farbglut erreicht, sondern — Intensität. Man könnte sagen, das Entscheidende sind hier überhaupt nicht mehr die Mittel, vielmehr die meisterhafte Strategie, die großartige

Oekonomie, womit hier planmäßig, zielsicher auf die Steigerung der Wertigkeit hingearbeitet worden ist.

Man hat Ingres einen Realisten genannt, auch Courbet, auch Monet nennt man Realisten. Es war Daniel Henry, der darauf aufmerksam machte, wie hier wieder einmal mit dem gleichen Wort sehr verschiedenartige, geradezu gegensätzliche Inhalte charakterisiert werden sollten. „Ingres“, schreibt er, „war Frankreichs größter Realist. Wenn aber Courbet und Monet die Realisten des Zufälligen waren, so verdient Ingres, der Realist des Dauernden genannt zu werden“.

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Die deutsche Automobilindustrie und ihre Leistungen

Die Automobilausstellung am Kaiserdamm Wohl selten wurde eine Ausstellung so beachtet und hatte eine solch hohe Besucherzahl zu verzeichnen, wie die der deutschen Automobilindustrie am Kaiserdamm. Ueber eine halbe Million Besucher sollen die weiten Hallen durchschritten haben. Darin zeigt sich das außerordentlich hohe Interesse, das diesen modernen Verkehrs- und Transportmitteln in den weitesten Kreisen der Bevölkerung entgegengebracht wird. Die deutsche Automobilindustrie sollte aus solchem lebhaften Interesse, das ihrer Ausstellung entgegengebracht wurde die Lehre ziehen, ihre anerkennenswerten Versuche, ein „Auto für jedermann“ zu schaffen, mit verdoppelter Energie fortzusetzen. Dazu ist vor allem notwendig, daß die Erzeugnisse in Kleinautos sich noch mehr verbilligen, damit sie erworben und Gemeingut der Bevölkerung werden können. Die billigsten Wagen, die auf der Ausstellung gezeigt wurden, kosten etwas über 4000 Mark. Also immerhin noch ein Preis, der für Arbeiter und Angestellte unerschwingbar ist. Hervorgehoben zu werden verdient, daß die Automobilindustriellen und die Händler sich zum Teil zu ratenmäßiger Abzahlung aufgeschwungen haben, wodurch die Anschaffung zweifellos erleichtert wird. Die Erfolge der Ausstellung waren überraschend gut, soweit sich dies in den Verkäufen während der Ausstellung ausgedrückt hat. Eine ganze Reihe von Fabriken sind bis in den Sommer mit Aufträgen versehen. Einige haben ihre Erzeugnisse vom Jahre 1925 bereits abgesetzt. Aufnehmer war in der Hauptsache der deutsche Innenmarkt. Nach dem Auslande wurden wenige Personewagen, aber Omnibusse und Lastkraftwagen abgesetzt.

Die Organisation unserer Automobilindustrie Die Stärke Fords beruht in der bis zur letzten Konsequenz durchgeführten Konzentration der Produktion. Die Fordschen Fabriken sind Riesenbetriebe, die allein in Amerika 120 000 Arbeiter beschäftigen und in der Lage sind, pro Tag 10 000 Autos zu erzeugen. Hier offenbart sich eine kontinuierliche Produktionsweise, wo ein Rädchen in das andere greift, wo Arbeiter und Maschine gewissermaßen an einem Transportband hängen, das die fertigen Produkte unaufhörlich hinausschleudert. Wie sieht es dagegen in der deutschen Automobilindustrie aus? Nach einer Erhebung des Metallarbeiter-Verbandes zählt diese 157 Betriebe, wovon die Hälfte obendrein zu den Kleinbetrieben zu rechnen sind. Daß in dieser Zersplitterung ein Teil der Konkurrenzunfähigkeit liegt, dürfte erklärlich sein. Auch die verflossene Ausstellung ließ diese Zersplitterung deutlich erkennen. Doch ist auch bei uns ein bemerkenswerter Zug zur Konzentration zu verzeichnen. So entstand die „Gemeinschaft deutscher Automobilfabriken“ (G.D.A.), die die Nationale Automobilgesellschaft,

Berlin, die Brennabor-Werke in Brandenburg und die Hansa-Lloyd-Werke in Bremen umfaßt. Unter der Bezeichnung „Deutscher Automobilkonzern“ (D.A.K.) haben sich die Daimler-Automobilwerke A.-G., die Prestowerke A.-G. und die C. D. Magirus A.-G. zusammengefunden. Die Daimler-Werke bilden mit der bekannten Firma Benz & Co. und der Rheinischen Automobil- und Motoren-A.-G. eine Interessengemeinschaftsgruppe, die auch ihre Ausläufer im Ausland hat. Bemerkenswert waren die Zusammenschlußbestrebungen, die von dem durch die Inflation emporgewirbelten Autohändler Schapiro ausgingen. Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß die Großkonzerne in der Autoindustrie Fuß zu fassen vermochten. So kontrolliert der Stinnes-Konzern die Büsing-Automobilwerke in Braunschweig, die Dinos-Automobilwerke in Berlin und die Aktiengesellschaft für Automobilindustrie (Aga), Berlin. Ferner ist die AEG im Autofach vertreten und andere. Zu beachten sind ferner die Großbetriebe wie Krupp, die Deutschen Rheinmetall-Werke usw., die sich ebenfalls mit dem Bau von Kraftwagen erfolgreich befassen. Recht rühmig sind auch die Opel-Werke in dem Bemühen, die Produktion und den Handel zusammenzufassen. — Also Ansätze sind genügend vorhanden, mit einer durchgebildeten Serienfabrikation zu beginnen. Es wäre zu begrüßen, wenn es gelänge, die Vielheit der bei uns vorhandenen Typen auf wenige zusammenzudrängen, damit sich einige in Technik und Verbrauch hervorragende Wagen, die außerdem billig sein müßten, anschicken könnten, einen Absatzmarkt zu erobern. Als die Robert Bosch A.-G. und die Eisemann-Werke A.-G. in Stuttgart, die sich beide mit der Fabrikation von Autozubehörteilen befassen, zu einer Interessengemeinschaft zusammenschlossen, wurde dies u. a. mit folgenden Worten begründet: „Der Weg, den wir zu gehen haben, wird nur dann zum Erfolg führen und uns das nötige Auskommen wieder sichern, wenn wir es fertig bringen, die Gesteungskosten unserer Erzeugnisse herabzusetzen, wenn es uns auf die Dauer gelingt, unsere Waren, ohne daß sie an Leistung und Güte verlieren, zu solchen Preisen auf den Markt zu bringen, daß die Absatzmöglichkeit nicht durch die Preise gefährdet wird. Die Mittel, deren wir uns dabei hauptsächlich bedienen, sind Vereinfachung und Verbilligung jedes Teiles unserer Organisation, Abkürzung des Weges vom Rohstoff zur Fertigware und des Weges, der diese zum Verbraucher bringt, Herabsetzung der immer noch zu großen Zahl der Arten und Formen unserer Erzeugnisse, um Massenanfertigung in möglichst großem Maße zu erreichen.“ Wenn dieser Grundsatz, der auch Ford leitete, im Automobilfach überall sich durchsetzt, dann wird es auch gelingen, die deutsche Automobilindustrie auf eine gesicherte Höhe zu bringen. Jedoch muß hierbei noch ein Faktor in Rechnung gestellt werden: die Preisgestaltung der Rohstoffe. Die Automobilindustrie leidet nicht nur unter den hohen Eisenpreisen, sondern sie ist auch noch der Diktatur des kleinen, aber mächtigen Aluminiummonopols ausgesetzt. Da das Reich bei letzterem Einfluß besitzt, wäre es notwendig, hier nach dem Rechten zu sehen.

Muß die Automobilindustrie durch Zölle geschützt werden? Diese Frage spielt gegenwärtig eine hervorragende Rolle. Die Unternehmer behaupten, daß die Industrie von der ausländischen Konkurrenz ohne weiteres erdrückt würde, wenn die Grenzen geöffnet würden. Wenn man ein Beispiel hierzu heranziehen will, so könnte man auf die englische Autoindustrie verweisen, wo die Aufhebung der sogenannten Mac-Kenna-Zölle nicht eine Erddrosselung der dortigen Industrie zur Folge hatte, sondern diese, angespornt durch die freie Zugluft internationaler Konkurrenz, jeden Nerv anspannte, um Sieger zu bleiben. Der Erfolg war frappant: die Preise konnten wesentlich herabgesetzt und die Produktion auf breiterer Stufenleiter fortgeführt werden. Diesen Weg müßten auch die Autoindustriellen

hierzulande gehen. Denn letzten Endes sind doch die Erfolge, welche am Kaiserdamm erzielt wurden, darauf zurückzuführen, daß Hannibal vor den Toren stand. Die Angst, niederkonkurriert zu werden, hat also ihre Wirkung schon jetzt nicht verfehlt. Deshalb muß die Forderung, einen Fordwagen, der für 1800 Mark zu haben wäre, mit 3200 Mark zu besteuern, als ein Wahnsinn bezeichnet werden. Wo bleibt da die soviel gerühmte deutsche Unternehmerinitiative, wenn sie nur hinter hohen Zollmauern gedeihen kann? Lassen wir das! Man spanne alle Kräfte an, dann soll und muß es gelingen, den deutschen Konsumenten ein billiges Auto und den deutschen Automobilarbeitern Brot und Arbeit zu geben. In jedem Direktionszimmer einer deutschen Autofabrik müßten folgende Worte Fords hängen: „Wenn wir nur klar sehen wollen, so müssen wir erkennen, daß jede Depression auf dem Wirtschaftsmarkt einen Ansporn für den Produzenten bedeutet, mehr Gehirn in sein Geschäft zu stecken — durch Umsicht und Organisation zu gewinnen, was andere durch Drücken der Löhne zu gewinnen suchen.“

Mercur

RANDBEMERKUNGEN

Kleine Wahrheiten

Die Verwesung

Es ist schon mehrfach auf die Anmaßung der sogenannten Deutschnationalen verwiesen worden: sich in einem besonderen Grade deutsch und in einem besonderen Maße national zu nennen. Man sollte sich solcher schlechten Uebung enthalten und diese Rudimente des Staates von gestern nach dem benennen, was sie sind, nämlich eben: das Gestrige, schaler Rückstand, Verwesung. National handeln, heißt, der Gesamtheit des Volkes dienen wollen. Die sogenannten Deutschnationalen wollen gerade umgekehrt nur ihren eigenen Interessen nützen. Sie opfern alles, wenn es gilt, Dreiklassenwahlrecht, Gesindeordnung und hohe Getreidepreise zu gewinnen. Diese Art des Nationalismus, des Eigennutzes um der Herrschaft willen, ist überwunden worden, als im November 1918 die breiten Massen den Sturz des Reiches, das von seinen feudalen Führern verlassen worden war, auffingen. Von da an ist das Volk der Träger der Nation, und antinational ist, wer gegen den Volksstaat rebelliert. Wer aber gar den Volksstaat wieder zertrümmern und aus den verfaulten Abfällen des Obrigkeitsstaates eine neue Götzenfratze zu-

sammenkleistern möchte, der dient der Verwesung. Darum sollten die wieder aufsattelnden Raubritter künftighin nicht anders als die Verwesung genannt werden und darum dürfen sie auch nicht in die Regierung hineinkommen, weil an solchem Eindringen der Verwesung das Reich pestkrank werden müßte.

*

Im Namen des Volkes

„Im Namen des Volkes“ steht auch über dem Magdeburger Urteil zu lesen. Das aber ist eine Lüge, ist nur ein Vexierbild. Wenn man genau zuschaut, und wenn man besonders durch die Schielgläser der Magdeburger Spießromantik zu sehen weiß, liest man: im Namen des heimlichen Kaisers, dem dies Urteil den Weg bereiten soll. Solch Hosianna scheint uns Art und Namen jedes kommenden Monarchen vollkommen zu erschöpfen. Es bleibt immerhin die Frage offen: ob die Nichtabsetzbarkeit der Richter auch weiterhin wird gelten dürfen. Und fest steht jedenfalls, daß es immer noch besser ist, unter die Räuber zu fallen, als in die Hände eines unbegabten, nichtskönnenden, sich aber gar für bedeutend haltenden Richters.

*

Pfarrer Koch

Die evangelische Kirche verliert immer mehr an Anhängern und an Wirkung. Sie kann sich nicht darüber wundern. Sie hat nach dem Verlorengehen ihres Summus Episcopus noch weniger als früher verstanden, das Vertrauen der breiten Massen zu gewinnen. Sie ist noch heute kaiserlich oder königlich und weiß nichts von der Republik, nichts vom jungen Volksstaat. Der Pfarrer Koch ist nur ein Symptom. Ein herrlicher Christ, dem man gar nicht oft genug Bergpredigt und Korinther-Brief, das Evangelium von der Liebe zum Feinde und von der Liebe, die niemals aufhört, vorlesen kann. Aber er ist eben leider nur einer von den vielen evangelischen Priestern, die in der Republik so etwas wie ein Satanswerk und in der Monarchie das Heil erblicken. Wir wollen nicht davon sprechen, wieviel klüger und wieviel weiser und weitsichtiger die katholische Kirche sich verhalten hat. Man kann auch nicht verlangen, daß ein Mann von der charaktervollen Klugheit des Nuntius Pacelli gleich so ohne weiteres unter den evangelischen Konsistorialräten vorrätig sein müsse. Dazu mangelt es dieser Gattung zumeist gar zu sehr an Bildung und Weiterföhrung, an Takt und an guten Manieren. Immerhin, wenn die evangelische Kirche in ihrer infamen Borniertheit gegenüber dem Volksstaat zu beharren gedenkt, werden die Republikaner, die für ihre religiösen Empfindungen der christlichen Symbolik und eines kultischen Apparates bedürfen, sich wehren müssen. Es gibt Auswege, um dem niedrigen Trotz der evangelischen Geistlichkeit zu entgehen, des Evangeliums aber teilhaftig zu bleiben. Zunächst wäre die entschlossene Beteiligung an den Kirchenwahlen zu erwägen, eine Sperrung der Kirchensteuern bliebe zu prüfen; dann aber könnte man sich daran erinnern, daß in den großen republikanisch und parlamentarisch regierten Ländern das Gemeinschaftsleben eine große Rolle spielt. Es würde auch in Deutschland ohne weiteres mög-

lich sein, außerhalb der unbelehrbaren Landeskirche Gemeinden zu organisieren, die christliche Lehre und christlichen Kult pflegen, ohne die republikanische Gesinnung durch störrische Priester verletzt zu sehen. Schließlich bliebe auch der Ausweg einer Konvertierung zum Katholizismus. Jedenfalls: wenn die Priester der evangelischen Kirche fortfahren, die Republik zu besudeln, werden sie sich nicht wundern können, wenn die Republikaner, soweit sie christlich sein wollen, solchen ungeschickten Dienern den Laufpaß geben und sich aus der evangelischen Freiheit heraus eine neue Gemeinschaft schaffen. Dann wird der Typ Koch sich seines Werkes freuen können.

*

Lokal-Anzeiger

„Berliner Lokal-Anzeiger“, das ist nur ein verschämter Deckname für Kloake. Jetzt sprudelt's in dieser Senkgrube wieder einmal besonders üppig: Blasen platzen und vergiften weithin Luft und Erde. Jedes Wort, es ist ein Nachtkopf und kein leerer. Die kriminellen Vorkommnisse in der Preußischen Staatsbank entlocken diesem edlen Preßorgan das Nachstehende:

„In unser Staatsleben hat sich eben ein System eingeschlichen, das die Nation des Vertrauens zu ihren öffentlich-rechtlichen Funktionären nach und nach beraubt hat. Wenn die politische Rechte erklärt, daß es ihr vor allen Dingen darauf ankomme, den Staat sauber zu machen, so haben wir hier ein typisches Beispiel dafür, was gemeint ist.“

Es verlohnt sich nicht, darauf zu verweisen, daß die Beamten, die sich bei diesen Vorgängen, soweit man jetzt zu übersehen vermag, strafbar gemacht haben, insgesamt sogenannte alte Beamte sind, die es schon im Kaiserreich zu hohen Posten gebracht hatten. Worauf der Ton gelegt werden muß und was nur mit Ohrfeigen beantwortet werden kann, das ist die Frechheit: „den Staat sauber zu machen“. Wo bleibt da der Staatsgerichtshof? Vielleicht denkt er: laßt die Kloake gurgeln. *Breuer*

Blaß — dünn — verstaubt
(Pfitzner in der Staatsoper)

Pfitzners Rose vom Liebesgarten (eine Dichtung von James Grün) hat allen Staub der Vergangenheit aufgewirbelt. Wenn Pfitzner heute noch leidenschaftliche Attacken zu Ehren seines Textdichters reitet (in den Blättern der Staatsoper), so ist das nicht mehr Charakter, den man bei aller Verschiedenheit der Meinung achten müßte, sondern Starre, die sich einer ganzen Entwicklung zu einem seiner Aufgaben bewußteren Leben widersetzt. Auch Kreneks Erlöseroper, „Die Zwingburg“, ist gewiß noch intellektuell verwolkt, das Lebendige von erdachtem Symbol wie von Schlingpflanzen gedrosselt. Aber um wieviel näher kreist Kreneks Wollen und Gefühl um Erden-schicksal und Lebensqual, wieviel näher geht es uns an! Bei Pfitzner-Grün gilt Abkehr vom menschlich Nahen als künstlerische Tugend, als märchenbildend. Die Zeit steht noch bei der Verachtung des Alle-Verbindenden. Weiß man aber, wie innig die überlieferte (also allen gemeine) Märchenwelt mit der Phantasiearbeit des unbewußten Triebens ganzer Phasen in der Geschichte der Menschheit zusammenhängt, so wird man diese in den Leib menschlicher Schatten gefahrene Gedankenphilosophie überhaupt nicht künstlerisch bewerten können. Aus aller Verdickung durch Frühlingsteste, Elfen-tänze, Waffen- und Sangesmeister-gestalten schält sich die Idee vom Liebesopfertod, der entsöhnen und wieder lebendig machen kann, heraus. Es ist charakteristisch für die Angst vor der Lebensnähe (die als Reaktion den von Pfitzner mit Recht bekämpften Reißer erst hervorgerufen hat), daß Edeling und Elfe, Nippesfiguren einer problemblinden Zeit, Träger der Handlung sind, und aufschlußreich für die dramatische Instinklosigkeit, daß Symbole und Reden alle treibenden Impulse verdanken.

Die Musik Pfitzners wirkt in dem Vorspiel (Frühlingsfeier und Blütenwunder vor der Sternengjungfrau und dem Sonnenkind) und

in der Liebeszene zwischen Siegnot, dem Hüter am Tor des Gartens, und Krimhilde, der Elfe, wie die Zeichnungen von Fidus. Sie hat denselben unterstrichen germanischen Charakter von der Volks-tümlichkeit bis zum Ueberschwarz betonter Reinheit. Sie steigert sich später zu sehr schönen Stellen, wo Romantik ohne Verbohrtheit und gewollte Begrenzung das musikalische Mitempfinden aufruft. Aber so eigenartig Stimmen und Instrumente sich untereinander verweben, Klage- und Gnadenmelodien sich entfalten, so modern die Unterweltchöre die Wagnerschen Musikresiduen unterbrechen, symphonische Tonmalereien interessieren — es fehlt die menschliche Substanz, es fehlt die rhythmische-eindeutige Gestaltung des musikalischen Gedankens (eben mit Ausnahme der Unterweltchöre). Der Zuhörer behält dieser Musik gegenüber — bei der die Frage genialer Geistigkeit entfällt — das für das Kunstwerk tödliche Gefühl der stärkeren menschlichen Erfahrung.

Der Dirigent ist Zell, er steht über der Partitur, will ihr mit Eindringlichkeit, beredten Pausen, instrumentaler Leuchtkraft den unterirdisch treibenden, dramatischen Atem einflößen. Dagegen gibt die Regie alles preis, was in den letzten Jahren an künstlerischer Möglichkeiten der Bühne aufgedeckt worden ist. Die Körper verborgen unter gerafften Mänteln und Schleiergewändern, der Kostümtypus karikiert mit Lockenperücken und Stirnreifen, die man gehofft hat, nie mehr wiederzusehen. Das göttliche Sonnenkind ein Ballettmädelchen, verschminkt, abgerichtet, in Gold, blonden Locken und Wachspuppenhautfarbe. Nirgends eine prägnante Geste, eine den geheimen Sinn enthüllende Bewegung und Gegenbewegung. Es ist eine Reaktion, die man nicht mehr für möglich gehalten hätte. Hoffentlich ist sie nicht symptomatisch für einen Dauerzustand in der Staatsoper, auf den sie sich wieder einstellt, weil die in szenischer Darstellung höchst aktiv gewesene Volksoper außer Gefecht gesetzt ist.

Elsa Kolliner

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

H·G·WELLS
Grundlinien
der
Weltgeschichte



Verlag für Sozialwissenschaft · Berlin SW.

670 Seiten, viele Abbildungen. Holzfreies Papier. Ganzleinen

Verlangen Sie Prospekte vom Verlag!

Preis geb. 20 Mark

SCHRIFTEN VON PARVUS †

Der Staat, die Industrie und der Sozialismus

(Erschienen 1919)

In Ganzleinen 1.00 Mark ... Broschiert 0.70 Mark

KAPITEL-ÜBERSCHRIFTEN:
Das soziale Problem unserer Zeit: Produktion und Konsumtion in der kapitalistischen Gesellschaft — Volksbedarf und Volkskraft — Der Kapitalüberschuß und dessen Verwendung. — *Die Banken, der Staat und die Industrie:* Das Bankkapital und die Industrie — Die neue Bankpraxis und die Industrie — Die inneren Beziehungen und der Konzentrationsprozeß — Die Bank-Konzerne und die Kartelle — Die Kartelle und die gesellschaftliche Produktion

Die Verstaatlichung der Banken und der Sozialismus

(Erschienen 1919)

In Ganzleinen 1.00 Mark .. Broschiert 0.70 Mark

KAPITEL-ÜBERSCHRIFTEN:
1. Das Bankgeschäft des Staates. 2. Das Wirtschaftssystem des Staates, der Kommunen und der Banken. 3. Die Vorteile der Produktionszusammenfassungen. 4. Die sozialen Folgen der Verstaatlichungen. 5. Das Staatsproblem des Sozialismus. 6. Soziale Revolution.
Anhang: a) Ein Komplott gegen das deutsche Volk und das Deutsche Reich. b) Energetik und Volkskraft.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW68

Die Glocke

BEGRÜNDET VON PARVUS

Inhalt:

Robert Breuer:
Die Verteidigung der Mitte 1325

Hermann Schützinger:
Deutschland und die Völkerbundpolizei 1328

Curt Rosenberg:
Justiz und Politik 1333

Otto Bellmann:
Der entblätterte Fridericus 1336

Kurt Heinig:
Eisenpolitik 1341

Procurator:
Unsere Mörder 1346

Dr. Bruno Tiegs:
Elektrizität, Elektrotechnik und Sozialismus 1349

Erwin Frehe:
Masse! 1352

Arthur Eloesser:
Luigi Pirandello 1352

Schwarz-weiß-rote Pressebanditen

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin SW 68

Lindenstr. 114



Preis 30 Pfennig

SCHRIFTEN VON PARVUS †

Parvus: Aufbau und Wiedergutmachung

Sammlung der wichtigsten Aufsätze

die Parvus anlässlich der Auseinandersetzung mit den Alliierten in der „Glocke“ und im 8-Uhr-Abendblatt erscheinen ließ. Zugleich ein Neudruck der schon während des Krieges bzw. vor dem Versailler Verträge erschienenen Schriften „Die soziale Bilanz des Krieges“ und „Der Friede und der Sozialismus“. Diese Schriften beweisen besonders die große politische Voraussicht des Verstorbenen.

Ein stattlicher Band in Halbleinen

Preis nur 2.90 Mark · Erschienen im Jahre 1921

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW68

Es ist Zeit, mit dem Klinger zu klingen!

Tyll Ulenspiegel

Die Verteidigung der Mitte

Von Robert Breuer

Es gibt nicht wenige Leute, die meinen, daß das deutsche Volk die Leidenstation eines Rechtsblocks nicht wird vermeiden können, und daß es, darum nützlich gewesen wäre, gerade im Zeichen der nicht-geräumten Kölner Zone solchen Rechtsblock mit der Verantwortung und mit der für ihn doppelt schweren, wenn nicht von vornherein unlösbaren Aufgabe zu belasten. Diese Leute sind möglicherweise klug, aber es fehlt ihnen vielleicht doch an Verantwortlichkeit; denn gerade wenn man annimmt, daß für einen Rechtsblock die deutsche Außenpolitik mit verzehnfachter Gefahr geladen ist, wird man es für notwendig erhalten müssen, das deutsche Volk vor solcher Gefahr zu bewahren, als durch deren Auslösung den Rechtsblock ein für allemal zu zerschlagen. Solch Entschluß ist um so dringender, als mit unbedingter Sicherheit angenommen werden muß, daß eine sogenannte nationale Regierung, bestehend aus den Parteien des Herrn Hergt und des Herrn Stresemann, um zu beharren, sich jedem Druck der von außen kommenden Forderungen beugen würde. Wunder und Zeichen könnten nämlich auch diese sogenannten Nationalen nicht verrichten; auch ihre Außenpolitik würde zwangsläufig sich vollziehen. Nur wirkte das größere, den sogenannten Nationalen entgegengebrachte Mißtrauen größere Forderungen der Vertragsgegner und größere Kapitulationen. Zu solchen Kapitulationen aber — das steht fest — wird die Fraktion, die dem tausendfach verfluchten Dawes-Gutachten zu fünfzig Prozent zustimmte, unbedingt zu haben sein, wenn sie nur die Möglichkeit behält, ihre innenpolitischen Pläne, Monarchie und Brotgetreidepreise, zu sichern. Solche Erkenntnis reicht vollkommen aus, um das Experiment einer Regierung Hergt-Stresemann — so reizvoll es für die republikanischen Parteien sich gestalten dürfte — unter allen Umständen zu vermeiden. Die wahrhaft nationalen Forderungen verlangen größtes Mißtrauen gegen die sogenannten Nationalen, verlangen rücksichtsloseste Ausschaltung dieser, die nationalen Interessen nur belastenden, den Vernichtungswillen unserer Gegner geradezu herausfordernden Verwesungsrudimente von Mächten, die weder von Deutschland noch von Europa neu geduldet werden können.

Wer glaubt, daß Herr Hergt irgendeine Regierung, die sich bereit erklärt, die Kölner Frage zu lösen, stürzen würde? Das Programm, nach dem Herr Hergt verfahren wird, ist vollkommen durchsichtig. Er wird jede Lösung, die sich zeigen sollte, für eine Vernichtung Deutschlands, und jeden Versuch, zu einem Ausgleich zu kommen, für einen neuen Dolchstoß erklären. Fünf Minuten vor der Abstimmung aber wird er die erforderliche Stimmenzahl seiner Mannschaft anbieten, vorausgesetzt, daß er dafür hinlänglich Macht im Innern, Obrigkeitsprivilege und Steuerfreiheiten gezahlt bekommt. Es gibt eben keine andere Partei, für

die nationale Belange, wie diese Herren sagen, so gleichgültig sind wie die sogenannten Nationalen. Für Gesindeordnung und Dreiklassenparlament begeht diese Gattung jeglichen Hochverrat, begeht sie erst recht das, was sie aus demagogischer Taktik heraus Hochverrat nennt, was aber leider nur die Gesetzmäßigkeit geschichtlichen Ablaufs ist.

Herr Stresemann sorgt aber nicht zuerst für die Befreiung der Kölner Zone. Er denkt viel eifriger daran, daß — wie er es auffaßt — die Lastenverteilungen aus dem Dawes-Gutachten und all die Wirtschafts- und Steuerpolitik, vorzüglich die Sozialpolitik, nicht durch einen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, vielmehr nur durch ein Diktat der Herren gemacht werden kann. Herr Stresemann scheint sich vom Außenminister in den Säkelbewahrer der Industrie- und Agrarbarone verwandelt zu haben. Sein Plan war: im Reiche der Rechtsblock, in Preußen die große Koalition. Jetzt aber hat gerade seine Partei die preußische Koalition zerschlagen. Vielleicht sagt uns Herr Stresemann, welche preußischen Aufgaben nicht gelöst werden können, solange die Sozialdemokratie auf die Regierung Einfluß hat. Wir sind gern bereit, ihm solche Antwort zu erleichtern. Hier sind diese Aufgaben: die Vernichtung der republikanischen Verfassung; die Wiederherstellung des Dreiklassenwahlrechts; die Neuaufrichtung des Herrenhauses; die Beseitigung des Koalitionsrechts, ganz besonders für die Landarbeiter und das Gesinde. Herr Stresemann wird beschwören, seine sämtlichen Hände heben, und vielleicht wird sogar Herr Hergt zur abwehrenden Windmühle: nichts dergleichen. Mit Verlaub, man wird es nicht so nennen, wie wir es eben nannten; aber das Ergebnis wird das sein, was den Instinkt der Massen mit Grauen, Ekel und unausrottbarem Haß auffahren läßt, wenn das Gespenst des Rechtsblocks sich zeigt.

In einem Lande, das, etwa wie England, parlamentarische Traditionen hat, und in dem kein vernünftiger Mensch daran denkt, Verfassung zurückzuredigieren und Millionen von Staatsbürgern zu entrechten, kann die Regierungsexekutive reibungslos von einer Partei zur andern übergehen. In einem Lande, wo die Geschlagenen von gestern nur darauf lauern, dem Neuen und Heranwachsenden den Hals umzudrehen, ist dies nicht möglich. Wenn die sogenannten Nationalen auch nur einen Funken von wahrer Vaterlandsliebe besäßen, so würden sie stillschweigend bis auf weiteres verzichten und zur Seite stehen. Es spricht doch sehr gegen die politische Begabung des Herrn Stresemann, daß er gegen solch schwerwiegendes Unwägbares wie ein Blinder anrennt, und daß er all die taktische Geschicklichkeit, die er darauf verwendet, Unmögliches zu gestalten, nicht vielmehr dazu nutzt, der gesunden, für jeden Sehenden klar erkennbaren Entwicklung des deutschen Volkes den Weg zu bereiten. Die Verwesungselemente des alten Staates müssen aus solcher Entwicklung ausgeschaltet bleiben; die Staatswilligkeit von acht Millionen Deutschen, die nichts oder jedenfalls nicht sehr viel mehr als ihre Arbeitskraft besitzen, muß in dieser Entwicklung eingeschaltet bleiben. Alles andere ist Experiment, Verwirrung und Verbrechen.

Kein vernünftiger Mensch will heute wilde Sozialisierungsversuche, noch glaubt irgendein Einsichtiger an die Möglichkeit, die kapitalistische

Wirtschaftsordnung heute oder morgen durch eine sozialistische verdrängen zu können. Was verlangt wird, ist die Anerkennung, daß Arbeitskraft nicht weniger wert ist als Kapital, und daß darum auch Arbeitskraft mitzureden und mitzubeschließen hat. Was verlangt wird, ist die Erkenntnis, daß Arbeitskraft nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt der Gesetzgebung und Verwaltung zu sein hat. Was verlangt wird, ist, daß die Interessen des Kapitals sich modifizieren an den Lebensbedürfnissen der Arbeitskraft. Es ist das gewaltige, von der Kurzsichtigkeit des Herrn Stresemann völlig übersehene Ergebnis der Reichstagswahlen, daß acht Millionen sich zu solcher Politik des Interessenausgleichs, der Produktionssicherung und der Stabilisierung eines erfüllenden und doch aufsteigenden Deutschlands bekannt haben. Es wird also nicht, wie Herr Stresemann predigt, unmöglich sein, die Lastenverteilung und was damit zusammenhängt, gemeinsam mit der Sozialdemokratie zu vollziehen; im Gegenteil, es gibt gar keine andere Möglichkeit, die für Deutschland erforderliche Lösung all der hierher gehörenden Fragen zu finden, als gemeinsam mit der Sozialdemokratie. Das ist nicht nur eine politische, das ist auch eine sittliche Erkenntnis, und es ist darum nicht gar so verwunderlich, daß sie wohl zum geistigen Besitz des Zentrums gehört, aber der Deutschen Volkspartei bisher verborgen blieb.

Es vergißt auch kein Vernünftiger, daß der neue Staat noch jung ist und die Republik noch keine lange Geschichte hat. Jeder Einsichtige begreift, daß die Erinnerung an das Gewesene, die Erinnerung an große Zeiten, an Zeiten, da das kaiserliche Deutschland innerhalb der Welt sich maßgebend einzuschalten versuchte, nicht ohne weiteres aus dem Gedächtnis der Nation ausgeschaltet werden kann. Es verlangt ebensowenig irgendein Vernünftiger die vollständige, radikale Auswechslung sämtlicher Beamten und der gesamten Machtverteilung. Aber so viel muß verlangt werden, muß gerade um der Ehre und nebenbei auch um des Lebensbedürfnisses der Masse willen verlangt werden: daß der junge Staat unbefleckt bleibe von der Verwesung des zusammengebrochenen Staates, daß nicht gerade die Todfeinde der Republik in ihr die Macht ergreifen, und daß nicht gerade die Republikaner bis zum letzten Mann ausgeschaltet werden. Es muß verlangt werden, daß, wer im Staate und in der Verwaltung der Republik mitarbeiten will, dies in der Gesinnung tut, den Volksstaat, die Demokratie und die Verfassung, den Geist des neuen Deutschlands zu fördern. Hier ist wiederum zu sagen, daß solches nicht nur eine sittliche, sondern auch eine politische Erkenntnis ist, und wiederum ist festzustellen, daß es uns nicht verwundern kann, solche Moralerkenntnis wohl beim Zentrum zu finden, bei der Deutschen Volkspartei aber zu vermissen.

Es gehört zu den Pflichten der Volksführer, daß sie die vorhandenen Kräftespannungen nicht überlasten. Sonst kann es zu Explosionen oder — was vielleicht für ein Volk noch weit schlimmer ist — zum Zusammenbruch des sittlichen und nationalen Wollens, der Anteilnahme am Staatsleben kommen. Die Kraft eines Volkes aber summiert sich aus der Kräftehingabe jedes einzelnen seiner Millionen. Und hier wiederum gilt eine junge, unverbrauchte, aufwärts dringende Schicht mehr als eine

Schicht, die schon jahrhundertlang hindurch die Herrschaft ausgeübt hat und die nur, von giftiger Gier angestachelt, Unwiederbringliches festhalten möchte. Nichts liegt den Vertretern des neuen Staates ferner, als die hohle Revolutionstrommel zu rühren; aber darauf zu achten, daß aus dem Kollektivgehirn der Masse, diesem empfindsamen und letzten Endes sicher blickenden Instrument, nicht Verzweiflung und Groll aufflammen, gehört zur Verpflichtung eines jeden, der das Vaterland über die Interessen des einzelnen stellt. Deutschland muß den Mittelweg gehen, mitten durch, zwischen zwei Extremen, zwischen zweien, die den neuen Staat nicht anerkennen wollen, die den neuen Staat nicht begreifen und das neue Wollen nicht wollen. Das Verlassen dieses Mittelwegs bedeutet das Abirren in das Chaos, kann für die Unbelehrbaren des Gestrigen vielleicht für einen Augenblick wie ein Erfolg erscheinen, wird ihnen aber schneller als gehaut blutige Reue schaffen. Der unbedingte Entschluß, solche Krisen zu vermeiden, er ist die eigentliche Kraft des Blocks der Mitte, der, selbst unbekümmert um parlamentarische Mehrheit, feststehen wird, und der selbst dann bleibt, wenn vorübergehend die Sturmwellen der Zersetzung gegen ihn anprallen.

Eins aber muß man wissen: acht Millionen staatswilliger Proletarier haben bis heute, und werden auch morgen noch, die von ihnen bestellten Führer den Weg, den der Volksstaat gehen muß, suchen und sichern lassen. Dessenungeachtet werden diese acht Millionen staatswilliger Proletarier nicht vergessen — daß sie marschieren, und daß sie wie eine Lawine alles zermalmern können, was sich zwischen sie und den neuen Staat stellt.

Deutschland und die Völkerbundpolizei

Von Hermann Schützinger

Die deutsche Reichsregierung hat mit ihrer jüngsten Völkerbundnote über die Neutralisierung des deutschen Reichsgebietes bei künftigen Völkerbundkonflikten in das Nervenzentrum der Befriedung Europas gestoßen. Tatsächlich bedeutet die Verwirklichung der „Völkerbundexekutive“ und die Eingliederung Deutschlands in den Rahmen der künftigen europäischen Völkerbundpolizei zufolge des sog. „Protokolls für die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten“ den Kernpunkt einer praktischen Friedenspolitik.

Leon Jouhaux hat auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf 1922 die Worte gebraucht: „Der Widerstand gegen den Krieg hat sich bisher weit mehr auf dem Gebiet des Gefühls betätigt, als in einer wirklichen Friedensorganisation Ausdruck gefunden. Die Zeit der Pazifistenkongresse und der schönen Entschliefungen ist vorbei. Alle, die wahrhaft den Frieden wollen, müssen für eine über den Nationen stehende Autorität eintreten. Eine derartige übernationale Autorität aber setzt eine internationale Wehrmacht voraus.“

Erfreulicherweise hat Jouhaux bei den republikanischen Militärs der europäischen Kulturstaaten lebhaften Widerhall gefunden und eine fruchtbare Diskussion über die Schaffung einer Völkerbundarmee aus-

gelöst. Der Militär pflegt, soweit er im Weltkrieg zur Vernunft gekommen ist, nach nüchternen und realen machtpolitischen Maximen unter Berücksichtigung der ihm wohl bekannten militärischen Krafradien und der von ihm meist richtig eingeschätzten seelischen Gewalt der „Kriegspsychose“ zu denken. So sagt der ehemalige Stabschef einer türkischen Armee, Major a. D. E n d r e s, in seiner Schrift „Das wahre Gesicht des Krieges“: „Der Pazifismus muß da anfangen, wo angefangen werden muß! Und das ist bei der Organisation der übernationalen Gemeinschaft, die mit großer Macht und vielen Kanonen, zunächst gar nicht ‚pazifistisch‘, die Räuber totschießt und dann erklären kann: Nun gibt es keine Räuber mehr; nun kommen alle Waffen weg!“

Die Organisation der Friedensmacht! Das ist das Entscheidende. Es ist falsch, wenn Pazifisten glauben, man könne die Menschen ausschließlich durch Lehren und Ueberzeugung zur Vernunft bringen. Es muß erreicht werden, die überwältigende Macht zu schaffen, die die Welt zum Frieden zwingt. Ist das erreicht, dann gibt es keine „Raubkriege“, keine Kriege „aus verletzter Ehre“ mehr. Es darf nur mehr Kriege des Völkerbundes geben gegen unbotmäßige Völkerbundmitglieder oder „Angreifer“ zufolge des obigen „Protokolls“. Diese werden in dem Maß zu reinen Polizeiexekutionen werden, in dem die militärische Macht des Völkerbundes jede Macht der Einzelstaaten übersteigt. So allein kann der „waffenlose Zustand“ der Völker erzwungen werden.

Selbstverständlich müssen wir uns davon freihalten, das Problem der Abrüstung und des Völkerbundes nur vom militärischen Gesichtspunkt aus zu betrachten. Die Generale Sarrail, Percin und Maurice haben in ihrer heimischen Presse dem „cahier de la ligue de droit de l'homme“ und in der „Headway“ die „Völkerbundarmee“ künstlich zu konstruieren versucht, mit bunt gemischten Regimentern und Brigaden im Stil der „Fremdenlegion“, und im „Impartial français“ ergreift allwöchentlich ein „brevet“, ein Generalstäbler, das Wort, um sich neue „Völkerbundgarnisonen“ und „Völkerbund-Artilliereregimenter“ mit Fernschießaufträgen und phantastischen Völkerbundexpeditionen zu suggerieren.

Im großen und ganzen scheinen mir diese sämtlich der Friedensbewegung nahestehenden Offiziere ihr Ziel etwas zu weit zu spannen. So ist der General Sarrail der Ansicht, man könne eine unter Beseitigung der „Militärhoheit“ der europäischen Großstaaten, unter völliger Lösung seiner Völkerbundbrigaden von allen territorialen Schranken, eine Armee des Völkerbundes etwa in der Gegend von Lüttich und eine zweite etwa in der Gegend von Basel stationieren, um mit Hilfe dieser „staatenlosen“ Verbände einem neuen deutsch-französischen Zusammenprall in die Arme zu fallen.

Nun zeigt uns gerade die neue deutsche Völkerbundnote die Schwierigkeiten dieses ganzen Problems wieder auf und beweist uns von neuem, daß wir in dieser Kernfrage der praktischen Völkerbundpolitik uns mit größter Behutsamkeit Schritt für Schritt vortasten müssen und froh sein können, wenn es uns in den nächsten Jahrzehnten gelingt, eine mobile, jederzeit verwendungsfähige Expeditionsarmee des Völkerbundes in der Form zu verwirklichen, daß dem Völkerbundrat eine Kommandostelle angegliedert und diesem Befehlsstab eine gewisse Zahl von Truppenverbänden unterstellt wird, die im Rahmen ihrer National-

staaten, noch völlig losgelöst von ihrem eigentlichen Zweck, in den Garnisonen ihrer Heimatstaaten ausgebildet und erzogen werden.

So weltfremd und utopisch dieses Projekt im Augenblick auch klingt, möchte ich doch darauf hinweisen, daß in den letzten Jahrzehnten vor Albanien, Montenegro, Venezuela und Kreta, in China und in Albanien internationale Flotten oder Armeen, mit und ohne „Weltmarschall“, der öffentlichen Meinung der Welt durch ihre Kanonen und Bajonette den nötigen Nachdruck verliehen haben — im Namen irgendeiner internationalen „Konferenz“. Was für einen kleinen Schritt bedeutet es nun, wenn wir daran gehen, diese Expeditionsarmeen nicht mehr von Fall zu Fall zu improvisieren, sondern sie, in ihren Nationalstaaten garnisoniert, zur Verwendung durch einen vorbereiteten Truppenstab in der bei internationalen Konflikten üblichen kurzen Zeit an der richtigen Stelle bereitzuhalten?

Welche völkerrechtlichen und militärtechnischen Unterlagen soll nun das „Genfer Protokoll“ für die Praxis der „Völkerbundexekutive“ erbringen?

Der Artikel 16 des Völkerbundpaktes sieht vor, daß im Fall eines gegen die Artikel 12, 13 und 15 verstoßenden widerrechtlichen Angriffs alle Bundesmitglieder verpflichtet sind, den „wirtschaftlichen Boykott“ gegen diesen Angreifer durchzuführen. Weiter heißt es in Absatz 2 des Artikels 16:

„In diesem Fall ist der Rat verpflichtet, den verschiedenen beteiligten Regierungen vorzuschlagen, mit welchen Land-, See- und Luftstreitkräften jedes Bundesmitglied für sein Teil zu der bewaffneten Macht beizutragen hat, die den Bundesverpflichtungen Achtung zu verschaffen bestimmt ist.“

Die Bundesmitglieder sagen sich im übrigen jegliche wechselseitige Unterstützung zu und gestatten und erleichtern der Völkerbundexekutive den Durchmarsch durch ihre Territorien.

Das Genfer „Protokoll für die friedliche Regelung internationaler Konflikte“ hat den Artikel 16 lediglich vertieft und interpretiert, die sog. „obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit“ und die „Feststellung des Angreifers“ herausgearbeitet und den Rat ermächtigt, „die Verpflichtungen der Staaten entgegenzunehmen, die im voraus die Kräfte zu Land, zur See und in der Luft bestimmen, welche diese Staaten unmittelbar eingreifen lassen könnten“.

Dieses Protokoll, das — nebenbei bemerkt — kein Wort von dem ursprünglich geplanten Völkerbundgeneralstab enthält, stellt ein nach langen, schweren Kämpfen in Genf zustande gekommenes französisch-englisches Kompromiß dar, das wir zweifellos zerstören werden, wenn wir mit t ä p p i s c h e n H ä n d e n und mit der Ueberspannung des „sacro egoismo“ danach greifen.

Es ist richtig: Bei der Beurteilung des im Genfer Protokoll niedergelegten sog. „Garantiepaktes“, des Planes einer künftigen militärischen Völkerbundexekutive, gab es in Genf zwei Parteien: Auf der einen Seite unter Englands Führung die nicht direkt am mitteleuropäischen Brandherd gelegenen nordischen und außereuropäischen Staaten, — auf der andern Seite unter Frankreichs Leitung die durch eine deutsche „Revanche“ gefährdeten zentraleuropäischen Staaten der einstigen großen und der jetzigen kleinen Entente.

Diese Zweiteilung ist wohl in erster Linie in der militärgeographischen Lage dieser Staaten und in dem hieraus abzuleitenden verschiedenartigen „Sicherheitsbedürfnis“ begründet. In der gesamten angelsächsischen Welt und in den unserm zentraleuropäischen Landkriegschauplatz entrückten Ländern ist man sich einig in der strikten Ablehnung der „Völkerbundarmee“ und beschränkt sich auf die Diskussion der Völkerbund-Marine- und Luftflotte und deren Einsatz gegen den „Angreifer“, den Friedensbrecher.

Die zweite Gruppe der Völkerbundstaaten, Frankreich und die der französischen Auffassung sich nähernden Völker, handeln offenbar ebensosehr unter militärgeographischen Gesichtspunkten wie die andern — zweifellos in dem ehrlichen Streben, das Uebergangsstadium (bis zur geistigen Einbürgerung des neuen Völkerrechts) durch einen zwischenstaatlichen militärischen Krafftaktor, die „Völkerbundarmee“, überbrücken zu helfen. Leider wird diese an und für sich klare Scheidung der beiden Mächtegruppen des Völkerbundes nun verwischt durch imperialistische Strömungen im Lager der Frankreich nahestehenden Kontinentalstaaten, denen der Ersatz der im Augenblick faktisch bestehenden kontinental-europäischen Mächtegruppe unter französischer Führung, der Ersatz der kontinentalen „Interessenten“ des Vertrags von Versailles durch eine ebenso mächtige, mit derselben Autorität und Schlagkraft ausgestattete Völkerbundorganisation vor Augen schwebt, durch eine neue Mächtegruppe, welcher das Odium des Diktatfriedens nicht mehr anhaftet, und welche mehr in die Zukunft wie in die Vergangenheit orientiert ist.

Es ist kein Zufall, daß der Vater des „Garantiepakts“ Herr Benesch ist, der Sachwalter der Tschechoslowakei, die in einer außerordentlich ungünstigen militär-geographischen Lage im Zentrum Europas liegt, als Hauptnutzerin des Versailler Vertrags.

Der Gedanke der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit hat ja glücklicherweise das Fundament geschaffen für eine lebendige Organisation zwischen den Völkern. Die Hemmnisse zur Verwirklichung der Friedensmacht aber bestehen nach wie vor als Bremsklötze machtpolitischer und militärgeographischer Art.

Die Schiedsgerichtsbarkeit in Ehren — was geschieht aber, wenn im Herzen Europas gegen Recht und Gesetz ein neuer „Ueberfall“ akut wird? Konstruieren wir einen Fall: Ein am Boden des Balkans erstarkendes Bulgarien, ein am Boden des alten Oesterreich erstarkendes Ungarn zerreißt eines Tages die Fesseln der Europa zerschnürenden Verträge und fällt über seine Nachbarn her, günstige Bündnis- und Neutralitätsverträge mit diesem oder jenem Nachbarn in der Tasche. Die moralische, ökonomische und maritime „Völkerbundexekutive“ setzt ein — die militärische tritt nicht in Kraft, da sie nicht existiert. Was dann? Ein militärisch geschulter, sich selbst genügender Agrarstaat des Kontinents ist zweifellos imstande, monate-, wenn nicht jahrelang auf die Autorität des Völkerbundes zu pfeifen. Was dann? Ein neuer Weltbrand? Ein endgültiges Fiasko des Völkerbundes?

Weiter: Sowjetrußland betrachtet den auf den „kapitalistischen“ Demokratien ruhenden Völkerbund als seinen Todfeind im Ringen um die „Weltrevolution“ des Proletariats. Es wird notwendig sein, aus diesen Gründen den Nachbarstaaten Rußlands erhöhte Waffenrüstungen zuzu-

gestehen. Die Nachbarn dieser Staaten werden sich aber ihrerseits wieder hiervon bedroht fühlen und auch wieder Forderungen auf Ausnahmebehandlung ihres Rüstungsstandes erheben. — Ja, und wenn es den Sowjets gelingt, am Balkan, in Kleinasien, in Indien, in Persien Fuß zu fassen? Was dann?

Ohne Macht kein Recht; auch für das Völkerleben gilt dieser Grundsatz. Die angelsächsische Abneigung gegen die Verwirklichung der militärischen Völkerbundexekutive, die Verquickung dieser Frage mit dem Machtproblem von Versailles stellt der Befriedung Europas gewaltige Hemmnisse in den Weg. Ihre Ueberwindung wird wohl nur möglich sein durch die Trennung der beiden Funktionen der Völkerbundexekutive für die Uebersee und für den europäischen Kontinent, durch die angelsächsische „Seepolizei“ und die kontinentale, europäische „Landpolizei“ des Völkerbundes.

In dieses fein gesponnene und geknüpftete Netz widerstreitender, sich überschneidender und unter sich verflochtener Interessen fällt mit hartem Schlag die neue deutsche Note über die Völkerbundexekutive an den Völkerbund.

Es ist richtig, was Stresemanns Note sagt: Für Deutschland, den seit Jahrtausenden prädestinierten zentraleuropäischen Kriegsschauplatz, ist die Oeffnung seiner 5000 km Landgrenzen im Zustand der eigenen radikalen Entwaffnung angesichts seiner in Waffen starrenden Nachbarn als Durchmarschland und als Kriegsschauplatz der von allen europäischen Wirren in Anspruch genommenen „Völkerbundexekutive“ einfach unmöglich! Jeder Streit zwischen Polen—Rußland—Estland—Kurland, der Tschechei würde unsere schwächlich geschützten Grenzprovinzen mit Völkerbundtruppen überschwemmen und der Gefahr einer Invasion durch Völkerbundgegner aussetzen.

Es ist vollkommen unmöglich für Deutschland, mit dem militärischen Zwangskorsett des Versailler Vertrags am Leib, seine Grenzen und seine Bahnen dem Ringen des Völkerbundes um die zwischenstaatliche Macht zur Verfügung zu stellen. Trotzdem schreit ja alles förmlich nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und nach der Teilnahme Deutschlands an der europäischen „Landpolizei“. England wird für eine aktive Mitwirkung an der kontinentalen „Völkerbundarmee“ nicht zu gewinnen sein; Englands Interessen liegen am Meer und auf Uebersee. Die europäische „Landpolizei“ aber wird nie und nimmer den Charakter eines Organs des öffentlichen Rechts zwischen den Völkern erhalten — solange Deutschland an ihr nicht beteiligt ist. Bis zu der Stunde, in der wir maßgebenden Einfluß auf diese Institution, das einzige praktisch durchführbare Instrument eines neuen Völkerrechts besitzen, wird Frankreich — in den Augen der Welt — der Gendarm Europas sein. Erst durch uns bekommt die europäische „Landpolizei“ die Legitimation des internationalen Rechts.

In dieser Erkenntnis liegt eine gewaltige Triebkraft für Deutschlands Entfesselung aus den Stricken des Vertrags von Versailles und für seine Führerrolle beim Wiederaufstieg und bei der Befriedung des friedlosen Europa.

Wir haben angesichts unserer Aufnahme in den Völkerbund zwei Wege machtpolitischer Art vor uns liegen: Entweder wir versteifen uns

auf die Heiligkeit und die ewige Neutralität unseres Territoriums und verschanzen uns hinter dem Wehrmachtsdiktat von Versailles, dem 100 000-Mann-Söldnerheer. Dieser Weg führt in die Isolierung und zur Verewigung von Rache und Haß.

Oder wir packen mit heißem Herzen mit an — an der Schaffung und Verlebendigung des Rechtsgedankens über Europa — als freudige Partner des Völkerbundgedankens und als aufrichtige Kämpfer um unser eigenes Recht. Das Endziel auf diesem Wege muß die Teilnahme an der „Völkerbundexekutive“ unter gleichgestellten Partnern, unter Abgleichung des Rüstungsstandes zwischen den europäischen Großstaaten nach den Gesichtspunkten der Bevölkerungszahl und der Besonderheiten soziologischer und militärgeographischer Art sein.

Die „Ere nouvelle“ schrieb kürzlich zu diesem Vorschlag, den ich einem ihrer Vertreter machte: Einverstanden. Aber wir unterstreichen die Worte „militärgeographisch und soziologisch“, eine Frage von Bedeutung auch für Frankreich mit seiner abnehmenden Bevölkerung.

Und die Arbeiterklasse?

Auch das Industrieproletariat der alten Welt hat erkannt, daß der „Weltstaat der Zukunft“ nicht von heute auf morgen vom Himmel fällt, sondern erkämpft werden muß in Etappen von Generationen, in Etappen, von denen die Gliederung nach „Kontinenten“ als Vorstufe zum Völkerstaat wohl die nächste ist. Die realpolitische und machtpolitische Fundierung eines neuen Europa muß demnach das nächste Ziel der deutschen, englischen und französischen Arbeiterklasse sein. Gelingt es uns, beizutragen zur Befriedung dieses zerrissenen Kontinents durch Niederschlagung des imperialistischen Expansionsgedankens in unsern Ländern, dann haben wir auch der Arbeiterklasse eine neue Stufe geschlagen für ihre Befreiung und ihren Aufstieg.

Zur Morphologie der Methoden des politischen Kampfes durch die Justiz

Von Dr. Curt Rosenberg

Der Magdeburger Prozeß, den man passend als einen Prozeß gegen Ebert bezeichnen kann, lenkt neuerdings wieder die Aufmerksamkeit auf die Natur der deutschen Justiz in politischen Prozessen. Er ist kein Einzelfall, sondern nur ein Glied in einer Kette gleichartiger Erscheinungen. Wir können feststellen, daß seit der Staatsumwälzung die Justiz dauernd als ein neues politisches Kampfmittel gegen die Republik benutzt wird. Die Methoden, nach denen dies geschieht, gleichen sich auffallend, so daß typische Erscheinungen ähnlicher Art immer wieder bemerkbar werden. Man soll diese Dinge weder schmähen, noch loben, sondern man soll sie zu verstehen suchen. Von diesem Gesichtspunkt aus könnte man — um einen jetzt sehr beliebten wissenschaftlichen Ausdruck zu brauchen — eine Morphologie der juristischen Formen aufstellen, unter denen der Kampf durch das Mittel der Justiz gegen

die Republik in die Erscheinung tritt. Würdigt man die Dinge auf diese Art, so wird man die einschlägigen Urteile unserer Gerichte weit unbefangener bewerten und insbesondere zu der Ueberzeugung gelangen, daß sie für die Ehre der dadurch Betroffenen keinerlei Bedeutung haben können. Dies ist deswegen wichtig, weil der politische Kampf mit dem Werkzeug der Justiz seine Waffen gerade gegen die Ehre des Betroffenen richtet. Diese Waffen sind die Kniffe eines mit virtuoser Technik ausgebildeten Gerichtsverfahrens. Die dabei von den Urhebern solcher politischen Prozesse angewendete Methode scheint moralisch tiefer zu stehen, wie das in den gleichen Kreisen beliebte Kampfmittel des Meuchelmordes. Der politische Mörder zeigt wenigstens einigen persönlichen Mut. Der Verleumder, welcher sein Opfer zur Anstrengung eines politischen Prozesses zwingt, oder der irgendeine Denunziation gegen ihn schleudert, braucht für sich selbst nicht das mindeste zu fürchten.

Die häufigste Form des politischen Justizkampfes ist der Verleumdungsprozeß. Sein klassisches Beispiel ist der Erzberger-Fall. Der politische Gegner wird durch immer wiederholte öffentliche Schmähungen gezwungen, eine Verleumdungsklage anzustrengen. Es folgt nun das Beweisverfahren, indem die Parteipollen vertauscht und dem Verleumdeten die Rolle des Angeklagten zugewiesen wird, der sich von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu reinigen hat. Sein Privatleben wird mit ungeheurem Aufwand an Mitteln bis in die fernste Vergangenheit durchforscht. Gelingt die Widerlegung der verleumderischen Behauptungen in irgendeinem Punkte nicht, so wird bei der Urteilsfällung vom Gericht erklärt, der Wahrheitsbeweis sei dem Verleumder wenigstens in einigen Punkten gelungen. Der Verleumdete wird bemakelt, der Presse wird ein weiterer Freibrief für neue Verleumdungen ausgestellt. Bei der Urteilsverkündung werden Werturteile über seine Gesamtpersönlichkeit gefällt, die ihn herabwürdigen und gegen die er völlig wehrlos ist. Die Hetze kann danach der Urteilsfällung in derselben Art weitergehen, bis der Angegriffene gesundheitlich und politisch erledigt ist. Daß die Hetze wie im Falle Erzberger Meuchelmörder auf ihn zieht, ist nicht immer notwendig, aber für ihre Urheber eine gewiß nicht vollständig unerwünschte Nebenwirkung. Natürlich wäscht man nachher die Hände in Unschuld. — Die Technik dieser Verleumdungsprozesse führt dahin, daß der Verleumdete dem Publikum nach den Prozeßberichten als Angeklagter erscheint, daß er als solcher wochenlang mit hämischen Nebenbemerkungen durch die Presse geschleift wird, daß jeder Prozeßbericht zu seinen Ungunsten tendenziös entstellt wird. Als politisches Kampfmittel ist ein solcher Prozeß unter allen Umständen überaus wirksam.

Die Wirkung kann aber noch erhöht werden durch angehängte Meineidsprozesse. Zunächst wird der Verleumdete, falls er sich in amtlicher Stellung befindet und deswegen für ihn die öffentliche Klage erhoben wird, als Zeuge vernommen. Die Vernehmung dauert — wie im Erzberger-Prozeß — wochenlang und erstreckt sich auf alle möglichen fernliegenden Nebenpunkte. Läßt sich der Verleumdete bei dieser Tortur irgendeine Ungenauigkeit zu schulden kommen, oder färbt er seine Aussage zu seinen Gunsten, was menschlich durchaus begreiflich ist, so erfolgt Meineidsanzeige. Gegen Erzberger war bereits ein Mein-

eidsverfahren eingeleitet worden und er ist weiterem Unheil durch ein solches Verfahren nur durch seinen Tod entgangen.

Aber nicht nur den Verletzten selber bedroht man mit derartigen Meineidsverfahren, ebenso die übrigen Zeugen, die irgend etwas zu seinen Gunsten aussagen. Das Material sowohl für die Verleumdungen, wie für die Meineidsanzeigen wird durch eine weitverzweigte Organisation gesammelt, die namentlich in allen Amtsstellen ihre Spione sitzen hat, die ohne Rücksicht auf den Bruch des Amtsgeheimnisses den Inhalt der ihnen anvertrauten Akten preisgeben. Ein schauerliches Beispiel für solche Meineidsprozesse ist das Verfahren gegen den sozialdemokratischen Stadtrat Wittrock in Cassel. Man kann sagen, daß kaum ein republikanischer Politiker vor solchem Unglück gesichert ist. Viel zu wenig wird in diesen Fällen das Opfer wenigstens moralisch von seinen Parteigenossen genügend in Schutz genommen. Der Gnadenweg, der ja möglich wäre, wird sehr selten beschritten.

Ein anderer Tatbestand, der im politischen Justizkampfe eine Rolle spielt, ist der des Amtsvergehens. Das Strafgesetzbuch hat in den §§ 331 ff. eine Reihe von verwickelten Vorschriften über die Amtsvergehen, welche meist nicht angewendet werden. Dennoch ist nichts leichter, als einem Beamten, wenn man seine Amtsführung durch parteigenössische Spione genau überwachen läßt, irgendeine strafbare Unkorrektheit nachzuweisen. Man denke an den Prozeß gegen die thüringischen Minister. Die Amtsurkundenfälschung, welche in diesem Prozeß eine Rolle spielt, ist besonders ergiebig. Sie wird gemäß §§ 348, 349 Str.G.B. mit Gefängnis nicht unter einem Monat und, falls ein Vermögensvorteil für sich oder einen anderen damit beabsichtigt wird, mit Zuchthaus bestraft. In dem Thüringer Fall handelt es sich um die Vordatierung von Anstellungsurkunden. In diesem Falle war Zuchthausstrafe möglich, da dabei unter Umständen ein Vermögensvorteil für den anzustellenden Beamten in Frage kam. Ein anderes Amtsvergehen, welches hierher gehört, ist die Nötigung durch Amtsmißbrauch (§ 339 Str.G.B.) und die Anwendung von Zwangsmitteln zur Erlangung von Geständnissen (§ 343 Str.G.B.). Auf Grund der letzten Vorschrift wurde im Januar 1921 ein Verfahren gegen den sozialdemokratischen Landeschulrat Stölzel in Braunschweig eingeleitet, der in einem Disziplinarverfahren Beamte, die gegen ihn konspirierten, vernahm und dabei etwas scharf anfaßte. Er ist dabei nicht anders vorgegangen, als dies täglich in derartigen Verfahren üblich ist. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt gegen ihn eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und drei Monaten. Das Gericht erkannte wegen Vergehens gegen § 339 Str.G.B. auf zwei Monate Gefängnis. In diesem Falle war die Braunschweiger Regierung so vernünftig, das Urteil im Gnadenwege zu korrigieren und den Verurteilten in seinen Aemtern zu belassen.

Im Falle Zeigner hat man mit Hilfe der nicht energisch genug zurückgewiesenen Weihnachtsgans gar den Bestechungsparagraphen (§ 331 Str.G.B.) zur Anwendung gebracht. Es sei endlich noch auf den Tatbestand des Landesverrats (§ 92 Str.G.B.) und die Vergehen gegen das Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juli 1893 hingewiesen, welches neuerdings mit Erfolg gegen Pazifisten angewendet worden ist, die irgend etwas über republikfeindliche bewaffnete Organisationen in die Öffentlichkeit brachten. Man kann — außer

an Fechenbach — an die Fälle Quidde und das jetzt in diesem Sinne gegen den unglücklichen Zeigner immer noch schwebende Verfahren erinnern. Es ist hier ein weites Feld für Denunzianten gegeben, und die politischen Verteidiger werden das hier angeführte Material beliebig ergänzen können und wirklich imstande sein, eine umfassende Morphologie der in Frage kommenden Tatbestände zu geben.

Welche praktischen Folgerungen soll man aus den so gewonnenen Resultaten ziehen:

1. Man soll unermüdlich dahin streben, für die Rechtsprechung in politischen Sachen Gerichte zu erhalten, deren Zusammensetzungen dafür sorgen, daß sie nicht einseitig mit antirepublikanisch gesinnten Richtern besetzt sind. Es wird in dieser Beziehung auf die ausgezeichneten Ausführungen des demokratischen Richters und Reichstagsabgeordneten Brodauf in der „Vossischen Zeitung“ vom 27. Dezember 1924, Abendausgabe, verwiesen.

2. Bis dies erreicht ist, soll von Verleumdungsprozessen grundsätzlich Abstand genommen werden. Man hat bisher an der Fiktion festgehalten, daß es auch für den republikanisch gesinnten Politiker möglich sei, vor deutschen Gerichten objektiv Recht zu finden. Die subjektive Gutgläubigkeit der Gerichte soll damit nicht angegriffen werden. Auf Grund dieser Fiktion haben gerade die eigenen Parteigenossen in vielen Fällen ihre politischen Freunde zur Anstrengung solcher Verleumdungsprozesse genötigt. So ging es dem unglücklichen Erzberger, der vielleicht heute noch lebte, wenn man diesen Zwang nicht auf ihn ausgeübt hätte. Jetzt endlich sollte man einsehen, daß solche Prozesse unter allen Umständen politisch nur schädlich wirken. Die republikanischen Parteien sollten eine gemeinsame eindrucksvolle Kundgebung veröffentlichen, in welcher der hier eingennommene Standpunkt klargelegt wird. Gleichzeitig sollten zur Untersuchung von Verleumdungen gegen republikanische Politiker besondere Untersuchungsausschüsse eingesetzt werden, auf deren Objektivität man vertrauen kann.

3. Bei Verurteilungen wegen Meineids, Amtsvergehens und Landesverrats gegen Anhänger republikanischer Parteien soll, wenn irgend möglich, der Gnadenweg beschritten werden und es soll, falls der Tatbestand dazu geeignet ist, dem Betroffenen von den zuständigen Stellen eine öffentliche moralische Rechtfertigung zuteil werden.

Der entblätterte Fridericus

Von Otto Bellmann

Fridericus Rex, den der Lorbeerkrantz ziert . .
W. Alexis, Cabanis.

„ . . . es muß weiter gerauft werden! Wofür?
Um uns einen Namen zu machen!“
Friedrich II. 1758 zu de Catt.

Die innere Unsicherheit und Verlegenheit unserer Reaktionäre ist so abgrundtief, daß sie nicht einmal die Namen der letzten Träger des alten Regimes noch zu berufen wagen. Kein noch so überzeugter oder interessierter Monarchist nennt ernsthaft und laut Wilhelm II. oder den Exkronprinzen als Wiederhersteller der alten Herrlichkeit. Nur geistige oder

körperliche Skrofulose begeistert sich noch für Ludendorff als den Führer und Vollender des neuen Freiheitskrieges. Selbst der allenthalben kanonische Bismack ist etwas aus der Übung gekommen, seitdem sich die bisher patentierte Lösung von Blut und Eisen doch nicht als recht haltbar erwiesen hat. Statt dessen haben sich die diversen Schwarz-Weiß-Roten mit und ohne Hakenkreuz auf den alten Fritzen geeinigt, dessen Taten einmal weit in den Dämmer der Geschichte zurückreichen und der anderseits in dem historischen Kostüm, mit Adlerblick und Krückstock, so ungemein dekorativ wirkt. Er war das echte und rechte Vorbild für den starken Mann, der uns fehlte, für den Diktator, den die Reaktion trotz allen Gebelfers doch nicht aus eigenen Reihen liefern konnte. Genau genommen war uns diese Fridericus-Renaissance aus der habsburgischen Konkursmasse überkommen. Erst sahen wir einen lyrischen, schicksalstiefen Friedrich, wie sich der kleine Walter (von Molo) in Wien den kaltschnäuzigen Potsdamer Kobold vorgestellt hatte. Dann brachten uns einige geschäftlich erwachte Magyaren den diesbezüglichen Film, der teilweise wieder auf Molo zurückging, und schließlich gab die Zirkusmanege der Heldengestalt die stärkste Lebendigkeit und höchste Weihe. Nun war Fridericus für jedes nationalistische Hetzblatt und Wahlplakat genügend popularisiert, und nur bei der schlotternden Angst unserer Bürgerlinken vor dem nationalistischen Maul wagt kein noch so Kundiger den leisesten öffentlichen Widerspruch gegen diese dreiste aller geschichtlichen Fabeln.

Vor nunmehr einem Menschenalter ist Franz Mehring in seiner leider allzu rasch vergessenen „Lessinglegende“ zum erstenmal auch der Friedrichslegende entgegengetreten, der geschichtlichen und literarischen Fälschung, die Friedrich II. als Vorkämpfer der bürgerlichen Freiheiten in Anspruch nehmen wollte, eine Rolle, die in Wahrheit u. a. eher Lessing zukam. Mehring hatte ein ganz klar umrissenes Bild der demokratischen Legende vor sich, gegen das er sich wenden konnte: Der Fürst als erster Diener des Staats, der König der Armen, Presse- und Glaubensfreiheit (Gazetten dürfen nicht genieret werden und in meinen Staaten kann Jeder nach seiner Fassung selig werden). All diese schönen Grundsätze geistiger, bürgerlicher und sozialer Freiheit hat Friedrich II. in Wirklichkeit nie praktiziert und Mehring hat das denn auch, auf Grund des allerauthentischsten Materials, in durchschlagender und vorbildlicher Weise nachgewiesen.

Mit der jüngsten Fridericuslegende ist es nicht ganz so einfach, weil sie völlig verschwommen und von geradezu kindlicher Auspinselung ist. Dieser Buntdruck-Friedrich an dem sich die völkische wie volksparteiliche Männlichkeit gleich stark erregt, ist vor allen Dingen ein Kerl wie drei, aus Eisen, ohne Nerven, von der europäischen Uebermacht überfallen wie nur 1914 das Reich, der aber seine Leute in der Hand hatte und sich deshalb weder einen Dolchstoß noch einen Schandfrieden gefallen zu lassen brauchte. Ein Spartaner, der sich selbst nichts gönnte, sondern lediglich seiner hohen vaterländischen Aufgabe lebte, dafür aber auch von seinem Land, das gern alle Lasten auf sich nahm, und von seinen Soldaten, die mit selbstverständlicher Bereitwilligkeit ihr Leben für ihn hingaben, alles verlangen konnte. Außerdem im Hintergrund ein Künstler, Kunstkenner, Philosoph, soweit man in Potsdam dafür Verwendung hat, und vor allem doch der große Staatsmann, der erkannt hatte, daß man des vergangenen Deutschen Reiches Herrlichkeit nur von Preußen aus wieder aufrollen konnte. (Niemals hätte er die Große Koalition geduldet.)

Gegenüber dieser Propagandafigur, die man nur einer durch die heutige akademische boshafte Servilität verblödeten Jugend aufschwätzen kann, darf auf ein unlängst erschienenenes, ebenso umfangreiches wie krauses Werk verwiesen werden, dessen Verfasser sich Manfred Maria Ellis nennt. Neben diesem Buch wirkt die Kritik Mehrings, der ja ein echter Marxist auch in seiner wissenschaftlichen Methode war, beinahe wie eine Ehrenrettung Friedrichs; denn Ellis atomisiert sozusagen den legendären Friedrich derartig, daß von ihm geistig, produktiv und moralisch besehen nicht viel mehr als ein boshafter Zwerg übrigbleibt. Daß die große bürgerliche Presse sich dieser auffallenden Veröffentlichung bisher nicht angenommen hat, erklärt sich wohl durch die Äußerung eines „angesehenen deutschen Tagespolitikers, dessen Namen der Herausgeber verschweigen möchte, der jedoch weder ganz rechts noch sehr weit links steht!“ „Ellis mag recht haben mit seinem vernichtenden Urteile über den alten Fritz. Aber meine Partei ist zu oft der „zersetzenden Kritik“ beschuldigt worden, als daß es klug für uns sein könnte, das nationale Idol Friedrichs II. anzutasten.“ Auf deutsch: man fürchtet die beliebten Argumentierungen mit Blausäure und Eisenlaschen auf den Schädel, wenn man der Reaktion ihre letzte Reklamefigur zerlöchert.

Vielleicht haben solche Rücksichten auf diese nationalistischen geistigen Waffen auch die merkwürdig verschnörkelte Form des Werkes, dessen Lektüre über den Inhalt hinaus keine reine Freude ist, beeinflußt. Der angebliche, von einer österreichischen Mutter stammende Amerikaner M. M. Ellis, der als Autor dieses ersten, gegen 650 Seiten starken Bandes „Deutscher Schriften“*) zeichnet, erscheint in Wirklichkeit als Teilnehmer an oder Initiator von Dialogen, die er im Jahre 1913 auf seinem Landsitz bei Neapel mit einer Reihe der bekanntesten literarischen Persönlichkeiten wie Georg Brandes, Bernard Shaw, Hoffmannsthal, Thomas Mann usw. führt und an denen auch der vorgebliche Herausgeber der Schriften, der in Städtebaufragen bestens bekannte Berliner Architekt Dr. Werner Hegemann, teilnimmt. Sobald man aber festgestellt hat, daß diese mündlichen Äußerungen der Brandes, Shaw, Hoffmannsthal und Mann in Wahrheit wortwörtlich ihren nach 1913 erschienenen Schriften entnommen sind, kommt man leicht zu der Vermutung, daß Ellis und Hegemann ein und dieselbe Person, letzterer wohl als Autor des Ganzen anzusehen ist. Jedenfalls ist sein Friedrichsbildnis aus der Nachkriegsperspektive angelegt und bildet deshalb eine wertvolle Rektifizierung der jüngsten tagespolitischen Legende. Zugute kommt ihm dabei, daß er sich bei seiner Beweisführung fast ausschließlich auf authentische Quellen stützt, auf Friedrich selbst, auf amtliche Veröffentlichungen, auf Äußerungen der unbedingten Anhänger des Königs. Mit Hilfe dieses Materials sei die Legende in ihren Hauptzügen analysiert — und damit aufgelöst.

Der Mann.

Friedrich II. hatte, soweit bekannt, keine Kinder, weder eheliche noch außereheliche. Ellis nennt ihn impotent. Friedrichs Schwester Wilhelmine, nachmalige Markgräfin von Bayreuth, deren Glaubwürdigkeit man getrost zur Hälfte preisgeben kann, erzählt in ihren berichtigten Erinnerungen sowohl von den Erlebnissen ihres 16jährigen Bruders am Dresdener Hofe

*) Berlin 1924 im Sanssouci-Verlag des Deutschen Verlags-Instituts G. m. b. H.

mit den beiden natürlichen Töchtern Augusts des Starken als auch von seinen weiteren Liebesabenteuern in Küstrin, Ruppın und Rheinsberg, nachdem er sich mit dem Vater wieder ausgesöhnt hatte und auf dessen Befehl sich anschickte, mit der Braunschweigerin ins Ehebett zu steigen. Der Berliner österreichische Gesandte Seckendorff, von dem sich der preußische Kronprinz Friedrich bekanntlich seine Schulden bezahlen ließ, berichtete über diesen Punkt an den Prinzen Eugen, „daß die Kräfte des Körpers die Neigung des bösen Willens nicht genug sekundieren, folglich der Kronprinz in seinen Galanterien mehr einen eiteln Ruhm sucht als eine sündliche Neigung“ und ein preußischem Junkertum hinreichend unverdächtiger Kronzeuge wie Bismarck spricht in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ ganz offen von Friedrichs „Beifallsbedürfnis, das sich früh im Kleinen verriet. In seinem Briefwechsel mit dem Grafen Seckendorff suchte er diesem alten Sünder durch Exzesse auf dem geschlechtlichen Gebiet und darauf folgende Krankheiten zu imponieren“. Diese von dem alten Dr. Zimmermann aufgebraute, von Nicolai wiederum bestrittene Behauptung von einer Operation, wird auch heute noch von Th. Mann für bare Münze genommen: „... von diesem Zeitpunkt an war irgend etwas kupiert in seiner Natur ... das Weib hatte seine wenig ehrenvolle Rolle in seinem Leben ausgespielt“. Der Vater Friedrich Wilhelm I. mußte übrigens auf Verlangen des Schwiegervaters Friedrich zu eifriger Ausübung seiner ehelichen Pflichten anhalten. Der Erfolg war auf die Dauer der, daß die Königin Elisabeth, nachdem Friedrich den Thron bestiegen hatte, in einer Art Gefangenschaft in Niederschönhausen gehalten wurde, während Friedrich in Potsdam und Sanssouci in einem reinen Männermilieu residierte.

An seiner sechsundvierzigjährigen Regierungszeit ist denn auch nur ein einziges Abenteuer noch bekannt geworden, das mit der italienischen Tänzerin Barbarina, von der Voltaire sagte, Friedrich habe sich für sie interessiert, weil sie die Beine eines Knaben habe. Von Voltaire stammen wohl auch die Mitteilungen über die merkwürdigen Schäferstunden, die der Philosoph von Sanssouci mit jungen Pagen oder Fähnrichs nach dem Essen unter vier Augen abzuhalten pflegte. In dieser Richtung gingen zweifellos, wenn auch nicht seine Veranlagung, so doch später seine Neigungen, und wahrscheinlich auch nicht ohne das Bedürfnis einer gewissen Renommisterei. Die Homosexualität verstieß damals nicht im mindesten gegen den besten Ton. Die kernige Liselotte von der Pfalz erzählt, daß Prinz Eugen und der große Turenne als junge Leute „oft die Dame agierten“ und sich in ihrer Geldnot an ihre Kameraden für einen Taler verkauften, daß der große Condé und der Marschall Villars, den Friedrich II. einmal über Alexander stellte, sich im Feld ganz an den Umgang mit Knaben gewöhnt hatten, daß gerade der deutsche Gesandte Zinzendorf diese „Mode“ in Paris verbreitete, und Friedrichs berühmter Schützling Dr. Bardt berichtet, daß die gesamte Knabenwelt der Fürstenschule Schulpforta vom „griechischen Laster geschändet“ sei. Auf keinen Fall aber durfte der normale Verkehr in eine Ehe ausarten: seinen Offizieren war sie grundsätzlich verboten.

Ebenso vorurteillos war Friedrich auch in bezug auf die Nachkommenschaft des eigenen Hauses. Der diesbezügliche Klatsch ging mindestens einen vornehmen Weg. Friedrichs Bruder Heinrich hat Katharina von Rußland zu folgender Aufzeichnung (mitgeteilt in den „Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte“) veranlaßt: „Als Friedrich Wilhelm (II.), der spätere König, durch den Tod seines Vaters (1758) Kronprinz von Preußen wurde, hatte er nur ein Kind, und zwar eine

Tochter. Auch sie dürfte er kaum sein eigen nennen; von der Kronprinzessin selbst wurde sie nur die kleine Moller genannt; Moller war Trompeter im Regiment des Kronprinzen.“ Angesichts dieser Dinge soll der König nach einem Bericht Dampmartins einen tüchtigen Offizier in das Bett der Kronprinzessin kommandiert haben. Aehnliches wird über ihn in bezug auf die Ehe seines jüngsten Bruders Ferdinand behauptet, dessen Nachkommen, die Prinzen Louis Ferdinand und August, der König nie anders als die „verfluchte Schmettau'sche Rasse“, nach dem vermeintlichen Vater General Graf Schmettau nannte. Heinrich war ja, trotzdem er verheiratet war, völlig seinen männlichen Günstlingen ausgeliefert, und darum versteht man, daß Friedrich mit der Zeit jedes Mittel recht war, um die Dynastie ohne eigenen Bemühungen am Leben zu erhalten.

Der Spartaner.

Die Schulden, die sich der preußische Kronprinz Friedrich vom österreichischen Hofe bezahlen ließ, machte er größtenteils für seine luxuriöse Kleidung; er durfte sie nur hinter dem Rücken des Vaters, aber mit Einverständnis der welfischen Mutter tragen, welche ihrerseits wieder zur Deckung ihrer Spielschulden ausländischer Beihilfe bedurfte. Daß Friedrich am Ende seines Lebens Kleider von demselben Schnitt trug wie zu Beginn seiner Regierung, ist kein Beweis für seine Sparsamkeit, sondern nur der prägnante äußere Ausdruck für sein Unvermögen und seine Unlust, auf irgendeinem seiner Art und Stellung zugewiesenen Gebiete einen Fortschritt zu bekunden. Die alten Groschenbilder der Legende zeigen ihn gern in der abgetragenen zugeknöpften Felduniform. In der Tat hat er mit den Jahren seine Kleidung und sein ganzes Äußere stark vernachlässigt; aber nicht aus Sparsamkeit, sondern aus Unsauberkeit. Zu seinem Schweizer Vorleser de Catt sagte der König einmal: „Eins könnte besser sein. Nämlich mein Gesicht, das immer ganz mit spanischem Schnupftabak vollgeschmiert ist. Das ist eine verwünschte Angewohnheit, die ich da an mir habe. Sagen Sie selbst, sehe ich nicht ein bißchen wie ein Schwein aus?“ Friedrich soll den Tabak nicht mit den Fingerspitzen geschnupft, sondern mit vollen Händen eingeschaufelt haben, so daß der aus den Taschentüchern gesammelte teure Tabak von dem Kammerdiener wieder in den Handel gebracht wurde. Seine Uniform war stets davon übersät; besonders widerlich muß der Anblick gewesen sein, als er 1770 Joseph II. zu Ehren eines Besuchs die weiße österreichische Uniform angelegt hatte und auch diese nicht einmal sauber halten konnte. Diese scheinbare Aeußerlichkeit ist kein unwesentlicher Zug in seinem Gesamtbilde.

Friedrich hinterließ 130 Tabaksdosen, mit Brillanten und Edelsteinen besetzt, im Werte von anderthalb Millionen Taler. Zum Vergleich diene der gesamte Jahresetat für die vier preußischen Landesuniversitäten nach dem glorreichen siebenjährigen Kriege, der 43 362 Taler betrug. Völlig verschwenderisch war er aber als Bauherr. Friedrich führte das Leben eines Junggesellen, sah seine Minister einmal im Jahr, vermied so oft wie möglich, ausländische Diplomaten zu empfangen. Er besaß das für unsere Zeit noch recht repräsentative Berliner Schloß; das ebenso stattliche Potsdamer Stadtschloß war eben aufs kostspieligste umgebaut worden, Sanssouci 1747 neu errichtet, und dennoch hatte er unmittelbar nach dem siebenjährigen Kriege nichts anderes zu tun, als aus dem durch eben diesen Krieg vollständig ausgebeutelten Lande den enormen Betrag von etwa 10 Millionen für den Bau des Neuen Palais herauszupressen. Seinem Vertrauten

Lucchesini gegenüber hatte er diesen Bau selbst als Protzerei (fanfaronade) bezeichnet, also eine unverantwortliche Geste ganz im Stil eines modernen Kriegsgewinners, um dem Auslande blauen Dunst vorzumachen. Dabei klagte er gleichzeitig darüber, daß er kein Geld für Invalidenversorgung oder Findelhäuser habe.

Aber er verzehrte sich doch in der Arbeit? In keinem der zeitgenössischen Berichte ist etwas anderes zu finden, als daß Friedrich die gesamten Staatsgeschäfte in höchstens anderthalb Stunden des Vormittags erledigte. Die Minister sah er, wie gesagt, gewöhnlich nur einmal im Jahr persönlich. Dafür hatte er aber um so mehr Zeit für die Tafelfreuden und seine sonstigen Neigungen zur Verfügung. Eben jener Graf Lucchesini, der zu Friedrichs täglichem Tischkreis gehörte, und Zeit seines Lebens sein Bewunderer blieb, berichtet gelegentlich seiner Aufzeichnungen über die königlichen Tischgespräche: „Ein Gelage von mehr als vierstündiger Dauer“ oder „Eine Sitzung von fünfeinhalb Stunden“ oder „Mittagstafel von beinahe sechs Stunden“. Aehnlich wie Lucchesini und de Catt gibt auch Voltaire den täglichen Stundenplan des Königs wieder: „Nach dem Mittagessen zog sich der König zurück und machte Verse bis fünf oder sechs Uhr. Dann kam der französische Vorleser. Das Konzert begann um sieben Uhr.“ (Schluß folgt.)

Eisenpolitik

Bemerkungen zu den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

Von Kurt Heinig

„Ein Gebiet wie Lothringen wirft heute seine Produktion auf den Weltmarkt und verdirbt auf diese Weise die Preise.“
Fritz Thyssen im Dezember 1924.

I.

Da sich niemand einigen konnte, weder die deutsche mit der französischen Regierung noch die Eisenleute aus Rheinland und Westfalen mit denen aus Nord- und Südostfrankreich, ganz zu schweigen von den Textilmännern und den Chemikalienfabrikanten, so „einigte“ man sich auf Vertragslosigkeit, wenn nicht noch in den letzten vierundzwanzig Stunden ein sogenannter provisorischer Zustand erreicht wird.

Es ist schon richtig, daß an diesem skandalösen deutschfranzösischem Trauerspiel gleichermaßen staatspolitische Beschränktheit und weder nach rechts noch nach links blickende rücksichtslose Interessenten schuldig sind. (Ueberdies: Wo bleiben die Parteien, die berufenen Vertreter des Volkes?) Es hieße aber an der Oberfläche bleiben, wenn die deutschfranzösischen Handelsvertragsverhandlungen nur gewissermaßen vom Trendelenburg-Turm aus betrachtet würden. Die Wurzeln der Schwierigkeiten liegen tiefer, sie holen ihre Nahrung nicht einmal in erster Linie aus dem Boden, der nun zehn lange Jahre mit Eisen, Blut und Haß gedüngt worden ist. Du mußt noch weiter schürfen, erst dann decken sich die Urgründe dieses beschämenden Zustandes auf, daß zwei große Nationen nicht zu einem geordneten friedlichen Warenaustausch kommen können.

Das verwunderlichste ist, wie passiv die Völker und in Deutschland die eben erst in der Wahlschlacht gewesenen Parteien es dulden, daß mit Hilfe von Hochschutzzöllen ab 10. Januar 1925 zwischen Deutschland und

Frankreich Handelskrieg geführt, daß die gemeinsame Grenze wieder zum trennenden Niemandsland gemacht wird, daß auf beiden Seiten Zollbeamte mit geschulterten Paragrafen und hinter ihnen das schwere Geschütz bücherdicker Deklarationsformulare den Frieden verhindern. Natürlich machen die Zeitungen einigen Lärm, wie es so ihre Aufgabe ist, aber soweit sie — im besonderen bei uns —, nicht durch die Interessenten informiert werden, fahren sie zumeist mit der Stange im Nebel herum. Das deutsche Parlament war bisher von den Handelsvertragsverhandlungen ausgeschaltet, und es bleibt eine sehr offene Frage, wann es sich einschalten wird. Im übrigen wird in Deutschland von der Bureaucratie mit den berühmten nationalen Notwendigkeiten operiert, die bekanntlich Schweigsamkeit verlangen; hinter solchen sogenannten nationalen Belangen haben sich auch gigantische Dummheiten schon mit Erfolg verborgen.

Außerdem ist bei uns „alles in bester Ordnung“, denn die interessierten Sachverständigen — man kann auch sachverständige Interessenten sagen —, handeln und verhandeln in leidlichem Einvernehmen mit und neben den verantwortlichen Stellen. Als die deutschen Gewerkschaften meinten, daß sie doch auch da seien und gehört werden müßten, wurden sie von den Beamten des Auswärtigen Amtes mit der bekannten vorbildlichen Höflichkeit behandelt und mit einem, na, sagen wir — Dreimonatswechsel nach Hause geschickt. Es erscheint uns sicher, daß die Gewerkschaften dieses Regierungsakzept zu den übrigen legen und dazu übergehen werden, selbständige Handelsvertragspolitik zu treiben, ebenso wie die Unternehmer. Die Zusammenkunft mit den französischen Gewerkschaften in Köln ist der Auftakt dieser Aktion, der weitere folgen müssen.

II.

Die deutschfranzösischen Handelsvertragsverhandlungen durchschneiden nahezu sämtliche großen Nachkriegsprobleme. Es seien hier nur die Probleme genannt, die sich daraus ergeben haben, daß

1. der europäische Produktionsapparat heute um fünfzig Prozent größer ist als vor dem Weltkrieg,
2. die nichteuropäische Welt sich während des Krieges industriell stark und erfolgreich verselbständigt hat,
3. der Weltmarkt ein neues Gesicht bekommen hat,
4. die europäische Konsumkraft erheblich vermindert worden ist,
5. die europäischen Produktionsmittel durch das Diktat von Versailles unter politischen Gesichtspunkten neu aufgeteilt worden sind,
6. der Dawes-Plan diese Veränderungen zu stabilisieren versucht.

Dazu kommen, von uns aus gesehen, noch eine Reihe innerer Probleme, so die Frage der Ablösung der sich frei auswirkenden Konzernbewegung durch Kartellbestrebungen, die Frage der bewußten Verdrängung der Staatsmacht aus der äußeren Wirtschaftspolitik, die Frage einer Umbildung der technisch und organisatorisch zurückgebliebenen Wirtschaft, die sich hinter Hochschutzzollmauern gegen den Ansturm der modernen Weltkonkurrenz verbergen will, die Frage der Zukunft Lothringens und des Saarreviers und noch einiges andere.

III.

Wie sieht die europäische Eisenproduktion aus?

Vor dem Kriege leistete Deutschland rund zwanzig Millionen Tonnen Stahl und Eisen. England, Frankreich, Belgien und Rußland produzierten

zusammengenommen nicht ganz die gleiche Menge. Das dritte Drittel der Weltproduktion warf Amerika auf den Markt. Nach dem Kriege vermag die Welt infolge des künstlichen Ausweitungsprozesses, den die Eisenwirtschaft durchgemacht hat, rund hundert Millionen Tonnen Jahresleistung zu repräsentieren. Von der tatsächlichen Erzeugung — 60 Millionen Tonnen — leisteten die Vereinigten Staaten vor zwei Jahren rund zwei Drittel. Seither hat sich das Schwergewicht wieder etwas zugunsten Europas verschoben, ohne die Tendenz jener Entwicklung zu verändern. Man rechnet für 1924 mit 75 Millionen Tonnen Welterzeugung.

Die Umbildungen in der deutschen und in der französischen Eisenwirtschaft entspringen in erster Linie aus dem Besitzwechsel, den Lothringen über sich ergehen lassen mußte.

Deutschland hatte 1913 ohne Lothringen 7,5 Millionen Tonnen Erzförderung, Lothringen lieferte über 21 Millionen Tonnen. Frankreich hatte damals eine Eigenerzförderung von 22 Millionen Tonnen. Die lothringische Kapazität muß jetzt der französischen Leistungsfähigkeit zugezählt werden.

Naturgemäß wird die Eisenwirtschaft eines Landes nicht ausschließlich durch den Umfang des eigenen Erzbesitzes bestimmt. Die Entwicklung hat Deutschland für die Richtigkeit dieser Annahme zum Schulbeispiel gemacht. Wir leben jetzt in erster Linie von schwedischen, spanischen, kanadischen, aber auch von französischen Erzen. Frankreichs Eisenwirtschaft leidet unter dem Druck einer möglichen Eisenerzförderung von über 50 Millionen Tonnen, für die nicht nur Kohle und Koks, sondern auch ausreichende Absatzgebiete fehlen.

Der Zwang der Verhältnisse und die technische Entwicklung haben es dahin gebracht, daß Deutschlands Eisen- und Stahlerzeugung ihre Erzbasis im wesentlichen außerhalb der Landesgrenzen hat. Die Wabanaerze sind nun mal besser als die des Dill- und Lahngebietes, so stirbt dieses, während jenes im fernen Kanada mit Siebenmeilenstiefeln in eine große Zukunft hineinmarsihiert. Die deutschen Kapitalisten sind Opportunisten. Deswegen wird es niemand wundern, wenn wir hier feststellen können, daß eines ihrer bekanntesten Blätter, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, am jüngsten Jahrestage des Waffenstillstandes schrieb, daß die deutsche Eisenindustrie das Erzbecken von Longwy und Briey — überhaupt nicht benötige! Sie geht sogar noch weiter und meint, daß wir auch die lothringischen Erze nicht benötigten. Es heißt da wörtlich: „Deutschland kann der Naturschätze Frankreichs entbehren.“ Wer erinnert sich nicht, daß die nordfranzösische Eisenindustrie bis 1915 gegen die „Wiedergewinnung“ Lothringens war, weil sie die dort stehenden Hochöfen als Belästigung empfand.

Die deutschfranzösische Eisenfrage ist auch eine englische Stahlangelegenheit. Dort ist der Produktionsapparat ebenfalls um 50 Prozent größer als vor dem Kriege; es stehen wegen Beschäftigungsmangel rund 70 000 Arbeiter — 25 Prozent der Beschäftigten — vor den Fabrikatoren der Schwerindustrie. Von nahezu 500 Hochöfen sind nur etwa 200 in Betrieb.

England exportierte 1913 rund 5 Millionen Tonnen Stahl und Eisen, es kamen $2\frac{1}{4}$ Millionen Tonnen herein, die Importziffer für 1924 ist gestiegen; sie beträgt voraussichtlich 2,4 bis 2,5 Millionen, die Exportziffer weist gegenüber 1913 einen Rückgang um rund eine

Million Tonnen auf. Das sind sehr ernste Vorgänge; die Englands russenfreundliche Außenpolitik verständlich machen; man hofft auf ein großes Absatzgebiet.

IV.

Die Kartellierungsbestrebungen haben von Deutschland aus der europäischen Eisen- und Stahlindustrie starken Impuls gegeben. So einfach, wie sich das manche Uberschriftenredakteure denken, ist die Sache aber dennoch nicht. Wenn Herr Dr. Vögler auf der Tagung der Deutschen Eisenhüttenleute (am 30. November 1924) plötzlich von den Vereinigten verschuldeten Staaten von Europa spricht, die Amerika gegenüberstünden und dann eine internationale wirtschaftliche Verständigung für wünschenswert hält, so ist das noch kein paneuropäischer Stahlwerksverband. Vögler waren wohl die Einigungsreden aus seiner Arbeit bei der Verbandsleitung der deutschen Eisenindustrie so geläufig, daß ihm jene Formulierungen nicht schwerfielen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß unsere Industriekapitäne ihre Gedanken mitunter hinter Worten verbergen. Das Wichtigste bleibt, wenn jene Worte ernst genommen werden sollen, daß in Frankreich und England in absehbarer Zeit kaum von einer nationalen Eisenkartellierung im deutschen Sinne gesprochen werden kann. (Deutschland ist eben „in der Welt voran“.) Das Comité des Forges darf nicht mit der deutschen Rohstahlgemeinschaft verglichen werden. In Frankreich sind drei geographisch getrennt liegende Eisengruppen zu unterscheiden, deren Interessen häufig noch sehr weit auseinandergehen. Außerdem wird sich die französische Eisenmacht mit der deutschen wohl kaum einigen oder verständigen, wenn nicht zugleich die Koksfrage mit geregelt wird.

Die englische Schwerindustrie ist in kontinentaleuropäischen Sinne überhaupt nicht kartelliert. Einer ihrer Führer, Lord Furness (Herr der Cargo Fleet Iron Co. und der South Durham Steel and Iron Co.) predigt jetzt angesichts der deutschen Neukartellierung und der Verhandlungen mit den Franzosen zwar die Kartellierung, aber doch mehr als Abwehr als aus dem dringenden Bedürfnis, zu einem europäischen Rohstahlkartell zu kommen. Die englische Schwerindustrie hofft zudem darauf, daß mit dem 10. Januar die deutschen Eisenleute einen Zoll auf die lothringische Einfuhr nach Deutschland durchsetzen werden — diese Möglichkeit ist sehr groß —, aus diesem deutschfranzösischen Eisenkonflikt würde sich für die Engländer eine Entlastung ergeben.

Es ist selbstverständlich schwer, festzustellen, welche realen Absichten sich hinter den Freundschafts- und Verständigungsgedanken unserer rheinisch-westfälischen „Schwerarbeiter“ verbergen, sicher scheint zu sein, daß sie im besonderen das lothringische billige Eisen nicht in Deutschland haben wollen und daß sie den deutschen Markt allein beherrschen möchten. Sie sind deswegen ebenso schutzzollbegeistert wie unsere eisenverarbeitende Industrie besorgt ist, daß ihr das Fell über die Ohren gezogen werden wird. Schutzzölle gegen billiges Auslandseisen bedeuten für sie Zwang zur Angliederung an die Schwerindustrie, zumal diese sowieso schon weit in die verarbeitende Industrie eingedrungen ist.

Das Angebot der deutschen Schwerindustrie, jährlich eine Million Tonnen Eisen aus Lothringen abzunehmen, hat wohl den Zweck, die französischen Produzenten erst einmal von ihren süddeutschen und südwest-

deutschen Abnehmern zu trennen. Im übrigen darf natürlich nicht vergessen werden, daß es vor dem Kriege schon internationale Abkommen für Schienen, einen internationalen Halbzeugverband und eine internationale Trägervereinigung gab.

Die plötzliche Kartellierung der deutschen Rohstahlinteressen hat aber nicht nur ihre Ursache in der Absicht, eine geschlossene Aktivfront nach außen zu bilden, man fühlt sich außerdem, wenn man auf sich selbst angewiesen ist, nicht mehr allzuwohl, es wird die freie Konkurrenz gefürchtet. Nicht ohne Bedeutung ist, daß es gerade die Thyssen, Vater und Sohn, sind, die jetzt fanatisch die eiserne Einheitsfront predigen, obwohl sie es waren, die seinerzeit dieses selbe Kartell zerschlugen und noch kürzlich bei der Neubildung des Kohlensyndikats sehr viel Schwierigkeiten machten. Mit dem „freien Ausschwärmen“ in die deutsche Wirtschaft, wie es noch im vorigen Jahre empfohlen und getan wurde, ist's vorbei. Die Rohstahlgemeinschaft und ihre Fortsetzungen, Grobblechverband usw. sollen schwache Produktionsstellen schützen. Deswegen ist die neue Kartellierung der Schwerindustrie in unserer industriellen Entwicklung ein reaktionäres Element (was nicht jede Kartellbewegung zu sein braucht).

Die Kartellverteidiger betonen immer wieder, Verbandsbildungen seien schon deswegen nicht verbraucherfeindlich, weil sie stabile Preise brächten. Dieses Argument muß etwas genauer betrachtet werden. Tatsächlich haben wir unter der Herrschaft des Stahlwerksverbandes von 1905 bis 1915 Preise gehabt, die mit 90 Mark begannen und mit 110 Mark endeten; höher als 110 Mark ist man nie gekommen. (Von Veränderungen der Konditionen sehen wir ab.) Formeisen stand während jener Jahre zwischen 105 und 126 Mark. Das sind tatsächlich stabile Preise, wenn man von ihrer Steigerung um immerhin über zwanzig Prozent absehen will. Aber diesen um zwanzig Prozent gestiegenen Preisen steht eine ungeheuerliche Entwicklung gegenüber.

Wir wollen hier nur das Beispiel des Hochofens anführen. Als der Stahlwerksverband gegründet wurde, faßten die Hochofen einige hundert Kubikmeter, 1914 dagegen bis nahezu 1000 Kubikmeter. Die Beschickung ist seither völlig mechanisiert worden, an die Stelle der Handbeschickung ist die automatische Chargiereinrichtung getreten, die Brennstoffausnutzung hat riesige Fortschritte gemacht, die Hochofengase werden heute als elektrische Kraft verwertet, das Gichtgasgebläse wurde üblich, die Technik der Abfallverwertung führte zu Schlackensteinen und Eisenportlandzement usw. Diese gigantische Entwicklung ist in Deutschland seit nunmehr zwanzig Jahren im Eisen- und Stahlpreis als verbilligendes Moment nicht zum Ausdruck gekommen!

Die neue Rohstahlgemeinschaft wird dafür sorgen, daß dies auch in Zukunft nicht geschieht!

V.

Unsere Kutiskerfresser mit dem traditionellen preußischen Staatsbankhorizont verkünden selbstverständlich, daß wir Frankreich überhaupt nicht brauchen. Wir zeigten schon wie falsch das für die eisenverarbeitende Industrie ist. Im besonderen die Landwirtschaft hat, wie sie mit Recht immer betont, an billigem Eisen höchstes Interesse. Um das zu erhalten, brauchen wir das lothringische Material. Aber auch sonst liefert uns Frankreich nicht nur Luxusartikel wie Parfüm, Seide und Wein — obwohl es in

der reaktionären Presse ständig so gesagt wird. Im ersten Halbjahr 1924 führte Frankreich z. B. bei uns auch ein:

Häute und Felle	64 424	Dz.
Wolle	35 290	„
Tafelobst	206 377	„
Rohbaumwolle	32 431	„
Chemische Erzeugnisse	1 743 000	„
Wollgarne	22 816	„
Baumwollgarne	76 777	„
Baumwolistoffe	154 191	„
Wollstoffe	32 634	„
Häute, bearbeitet	35 749	„
Rauchwaren	693	„
Wagen und Kraftwagen	39 274	„ (4153 Stück)
Konfektionswaren	3 175	„

Die Zahlen sind die des Halbjahres, in dem die Ruhrbesetzung noch bestand. Sie zeigen, wie man auch zu ihnen stehen mag und welche Fehler sie auch haben mögen, daß sie nicht einfach ausgewischt werden können. Wir brauchen die Verständigung — ebenso nötig wie Frankreich.

Vorläufig wird der Verhandlungskrieg, nachdem alle Interessenten-Einigungsversuche gescheitert sind, wieder so geführt, daß unsere Interessenten den Franzosen vorwerfen, daß deren Maximal- und Minimaltarif heute viel höher sei als jemals vor dem Krieg. Und die Franzosen erklären — überdies ebenfalls mit Recht —, daß unser ehemaliger Zolltarif auf dem Verordnungswege des öfteren verschlechtert worden sei, und daß deswegen unsere Meistbegünstigungsversprechen recht zweifelhaften Wert besäßen.

Die Gefahr besteht, daß zuletzt die Interessenten, da sie in ihren Ländern genügend Einfluß auf die Regierungen zu haben glauben, sich in irgendeiner Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit doch noch einigen. Das würde bedeuten, daß der Plebs einschließlich der Eisenverarbeiter und der Bürokraten (jedes Volk hat die Bürokraten, die es verdient) zählt. Und dazu kommt dann die ungesunde Atmosphäre des deutschfranzösischen Gegensatzes, von der wir eigentlich die Nase voll haben sollten. Es ist deswegen auch eine vermehrte Aktivität der sozialdemokratischen Partei notwendig. Ihre Anhänger haben gleicherweise die Lasten einer deutschfranzösischen Eisenmännerverständigung wie die Kosten des Handelskrieges zu tragen. Und dazu ist die sozialdemokratische Bewegung denn doch zu schade, daß sie die anderen den Karren erst in den Dreck fahren läßt, um dann — zum vierten oder fünften Male seit 1918 — ihn unter der Kritik aller Herumstehenden wieder mühselig herauszuziehen.

Unsere Mörder

Von Procurator

Vor einigen Wochen meldete die „Humanité“, daß der Jaurès-Mörder Villain zurzeit in den Spielsälen des Kasinos von Zoppot als Croupier beschäftigt sei. Jean Jaurès' Gebeine sind von dem Frankreich Herriots ins Pantheon überführt worden, während sein „patriotischer“ Mörder den Staub seines Vaterlandes von den Füßen schütteln mußte, um in der Fremde unterzutauchen und seine Schande zu verbergen.

Frankreich hat diesen einen politischen Mörder, wir in Deutschland sind daran reicher: die Zahl der nationalistischen Attentäter und Mordgesellen ist so groß, daß wir die einzelnen sicher aus den Augen verlieren würden, wenn sich die Herren nicht immer selbst wieder gewaltsam in Erinnerung brächten. Jener Oberleutnant Vogel, der wegen seiner Beteiligung an der Ermordung von Rosa Luxemburg verurteilt wurde, und unter eigenartigen Umständen aus seinem Berliner Gefängnis entflohen, hat immer wieder die Öffentlichkeit beschäftigt. Er hatte das Glück — oder war es eine Folge hoher Protektion? — kurz nach seiner Flucht in den holländischen Staatsdienst übernommen zu werden, wo er als Flieger bei der Küstenvermessung tätig war. Nicht etwa auf eine deutsche Intervention hin, sondern erst weil man in der holländischen Kammer Lärm schlug, endete dieses Idyll. Nun ist, nach freilich unkontrollierbaren Nachrichten, dieser seltsame Vogel in Brasilien aufgetaucht, wo er im Dienste einer revolutionären Provinzialregierung eine deutsche Legion aufstellte. Die armen Teufel, die seinem Rattenfängerlied folgten, haben es blutig büßen müssen. Das Pronuziamento mißlang, die Regierung von Rio siegte. Da die armen deutschen Landsknechte nicht in ihrem Vaterlande einen Kapp-Putsch inszeniert, sondern in einer wirklichen Republik Revolution gespielt hatten, gab es für sie zum Entgelt keinen Ehrensold und keine Staatsanstellungen, nicht einmal Ehrenhaft oder Bewährungsfrist. Da man da unten gar keinen Spaß versteht, hatte man nichts für sie übrig als eine tödliche Ehrensalve und das Grab an der Mauer. Der Vogel, der sie gelockt, war bei dem blutigen Ende freilich nicht mehr dabei. Er ist schon aus anderen Käfigen entflohen.

Ein Graf Arco, Sohn einer Oppenheim, erschöß im Jahre 1919 vor dem Tore des bayerischen Außenministeriums am Promenadenplatz in München den Sozialisten Kurt Eisner. Dieser Graf, den ein Gnadentakt der bayerischen Regierung aus einem milden ritterlichen Gefängnis befreite, ist längst zum Nationalhelden der bayerischen Monarchisten und Spießbürger geworden. Der Jüngling, Ehrenmitglied des Königsbundes und von hohen Gönnern gefördert, darf auf Rundreise den Schülern staatlicher Bildungsanstalten in Bayern Vorträge über Staatsbürgerrecht und vaterländische Politik halten und wird dabei in Weilheim und Dingolfing unter den gehißten weißblauen Flaggen von in Hochachtung ersterbenden Rektoren, Bürgermeistern und Kriegervereinsvorsitzenden in schwungvoller Rede begrüßt und als Vorbild der Jugend gefeiert.

Nicht ganz so gut geht es den Mördern in Preußen. Schon früher ist ein fein gesponnenes Fluchtplänchen des Rathenaumörders Techow (der immerhin 15 Jahre Zuchthaus abzubrummen hat!) mit rauher Hand zerstört worden. Und vor kurzer Zeit passierte einem anderen O.-C.-Mörder, dem ehrenwerten Herrn Hustert, der wegen des Attentats auf Scheidemann für 10 Jahre der Freiheit entzogen wurde, ein kleiner Fehlschlag in der Abendstunde, dadurch, daß auch sein Befreiungsprojekt aufgedeckt und vereitelt wurde. So sind der Dichter Freksa und der Verlag Scherl um eine schöne Verdienstmöglichkeit gekommen. Aus den Memoiren von Techow und Hustert mit pikanten Einzelheiten über ihre Flucht aus den Bleidächern von Sonnenburg und Lichtenberg hätte sich doch wieder ein sensationeller Fortsetzungsroman machen lassen. Hustert und Techow hätten das Geld sicher ebensogut brauchen können wie Kapitän Ehrhardt die vierzigtausend Goldmark (nebst Prozenten!), die er, wie man sich erzählt, für seinen Hintertreppenroman bekommen hat.

Also in den preußischen Gefängnissen ist es augenblicklich nichts mit den Fluchtversuchen. In Bayern ist das Gottseidank anders. Da braucht ein braver Rechtsbolschewist und Mörder, wenn er das Pech hat, erwischt und alsdann feierlich zum Tode verurteilt zu werden, noch lange nicht für sein Leben zu fürchten. Da heißt es nicht „Kopf runter!“, sondern Kopf hoch! Das sieht man an dem Beispiel des Studenten Zwengauer, der auf der Bogenhauser Brücke seinen Tschekakollegen Bauer von hinten erschossen und in die Isar geworfen hatte. Dieser Held wurde zum Tode verurteilt, von der baerischen Regierung aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Er scheint indessen eine so lange Unterbrechung seines Studiums als für sein Fortkommen hinderlich empfunden zu haben und sah deshalb zu, daß er fortkam. Er entfloh und ward nicht mehr gesehen. Niemand weiß, wie das geschehen konnte, wer die Schuld daran trägt und wer ihm dabei geholfen hat!

Wer wird sich darüber aufregen? Die deutsche öffentliche Meinung nimmt solche Dinge bereits ganz ohne Kommentar, wie eine Selbstverständlichkeit zur Kenntnis. Ein Mörder mehr in Freiheit! Wie viele laufen sonst noch frei herum? Nicht nur die, die man kennt, wie Vogel, Zwengauer, Berchtold, die Erzberger-Mörder Heinrich Schulz und Heinrich Tillesen. Die Verhaftungs- und Auslieferungskomödie, die um die beiden letztgenannten in Budapest gespielt wurde, war grotesk. Inzwischen sind sie noch einmal in Belgrad verhaftet und auf Intervention einer fremden (welcher?) Macht wieder entlassen worden. Gegenwärtig sind sie in Konstantinopel, wo sie sicher ebenso wie in München, Wien, Budapest und Belgrad hohe und höchste Gönner gefunden haben. Wer in Deutschland einen republikanischen Minister umgebracht hat, für den ist überall auf der Welt aufs Beste gesorgt. Eine solche Tat ist die beste Empfehlung, die den Weg zu den Türen einflußreicher und zu den Scheckbüchern wohlhabender Zeitgenossen ebnet. Das haben mit feiner Witterung Betrüger und Hochstapler erkannt. Zeitweise wimmelte es im Ausland geradezu von falschen Erzberger- und Rathenaumördern, die dort auf diesen Ehrentitel reisten und brave, ehrenwerte Landsleute hineinlegten, die selbstverständlich ihr gutes Geld gerne für deutsche Mörder, aber nicht gerne für gewöhnliche deutsche Betrüger opferten.

Einer von den unfreiwilligen politischen Auslandsreisenden ist vor einigen Wochen leise und heimlich wieder in seine Heimat zurückgekehrt, nachdem er vorher ein Waffenstillstandsabkommen mit den Gerichtsbehörden abgeschlossen hatte. Es ist dies der Herr Fabrikant Küchenmeister aus Chemnitz, gegen den seit Juli 1922 ein Steckbrief der Oberreichsanwaltschaft besteht wegen Begünstigung der Rathenaumörder. Küchenmeister hat das Automobil zur Verfügung gestellt, das Techow in Berlin führte, und von dem aus Kern und Fischer am Morgen des 24. Juni 1922 die tödlichen Schüsse auf den Minister Rathenau abgaben. Küchenmeister ist, nachdem die Spur der Mörder und die Herkunft des von ihnen benützten Kraftwagens aufgedeckt war, ins Ausland entflohen. Wenn er jetzt nach zweieinhalb Jahren zurückkehrt und bereit ist, sich dem Gericht zu stellen, so ist anzunehmen, daß er sich Sicherheit darüber verschafft hat, daß ihm nichts allzu Uebles wegen seiner „verdienstvollen“ Tat zustoßen wird.

Und in der Tat, nachdem die staunende Mitwelt den letzten O.-C.-Prozeß in Leipzig, wo die engsten Freunde und Genossen der Erzbergermörder, Rathenaumörder und Schemmemannattentäter als Angeklagte vor Gericht

saßen, erlebt hat, wird man es verständlich finden, daß Herr Küchenmeister neuen Mut gefaßt hat. Sollte ihn das Plädoyer des Oberreichsanwalts, in dem Minister, Polizei- und Gerichtsbehörden, Presseleute und Politiker, kurz, die ganze Welt angeklagt wurde, nur nicht die Angeklagten selbst, nicht ermutigt haben? Wer kann sich mehr wünschen als einen so gnädigen Staatsanwalt? Und einen so milden Gerichtshof, der sich eine solche Anklagerede ohne Protest mit anhört, der zwar über die minimalen Strafanzträge des Oberreichsanwaltes im Urteil hinausgeht, aber dafür diesen Berufsputschisten für ihre geringen Strafen auch noch Bewährungsfrist zubilligt? Wenn das den Kapitänen Hoffmann, Kautter, Killinger und Abendroth so glücklich abgegangen ist, so wird sich ja Johannes Küchenmeister um das bißchen Autoverleihen auch noch herumschwindeln.

Mit Küchenmeister zusammen wird in diesem Monat ein anderer Ehrhardtoffizier und O.-C.-Verschwörer, der „Student“ Alfred Günther, vor dem Staatsgerichtshof abgeurteilt werden. Günther hat nicht nur beim Rathenau-Mord, sondern auch beim Scheidemannattentat eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Ihm ist es gelungen, trotz bestehenden Haftbefehls und trotz der polizeilichen Fahndungen, sich zwei Jahre lang der Verhaftung zu entziehen. Daß er dann doch erwischt wurde, ist wohl darauf zurückzuführen, daß er sich bei einflußreichen Leuten irgend wie mißliebig gemacht hat. Das ist Pech, denn sonst hätte er es vielleicht ebenso gut getroffen wie sein hoher Chef, der Kapitän Ehrhardt. Dessen vor dem Staatsgerichtshof schwebendes Hochverrats- und Meineidsverfahren ist, wie vor wenigen Tagen offiziell mitgeteilt wurde, „wegen Abwesenheit des Angeklagten vorläufig zur Einstellung gelangt“. Sieht diese Formulierung nicht so aus, als ob die hohe Justiz sich über sich selbst lustig machen wollte?

Jagow ist frei, Roßbach ist frei, Ehrhardt und Hitler sind frei! Das Gesetz zum Schutz der Republik besteht zwar noch, aber nachdem die O. C. durch den Oberreichsanwalt als ein vaterländisches Wohltätigkeitsunternehmen öffentlich belobt worden ist, wird nunmehr nur noch gegen Kommunisten verhandelt. Unsere Mörder und Putschisten im In- und Ausland aber sind guten Mutes und wünschen sich gegenseitig ein recht gesegnetes neues Putschjahr! Wobei sie auch dankbar und hoffnungsvoll Herrn Stresemann gedenken, der keine größere Sehnsucht kennt, als die Partei der politischen Berufsmörder regierungsfähig zu machen.

Elektrizität, Elektrotechnik und Sozialismus

Von Dr. Bruno Tiegs, Berlin-Steglitz

Wir haben das sogenannte allgemeine Sozialisierungsgesetz vom 23. März 1919 (R.G.Bl. S. 341). Wir haben außer einer Reihe ähnlicher Gesetze, die sich mit anderen Teilgebieten der Sozialisierung befassen, das „Gesetz, betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vom 31. Dezember 1919“ (R.G.Bl. 20 S. 19). Alle diese Gesetze, man mag sie vom sozialistischen Standpunkt beurteilen, wie man will, sie als Kompromißprodukte einer Koalition ablehnen oder wenigstens als Anfänge begrüßen, stehen lediglich auf dem Papier und haben keinerlei

praktische Bedeutung. Im übrigen stellen sie nur Rahmen dar, und noch dazu in ziemlich verschwommenen Umrissen. Es war beabsichtigt, das dazugehörige Bild erst noch durch besondere Ergänzungsgesetze zu schaffen. Inzwischen hatte sich jedoch die innenpolitische Konstellation geändert. Es kam zu keiner weiteren einschlägigen Gesetzgebung. Wir müssen sagen, Gott sei Dank, denn etwas Gutes im Sinne des Sozialismus wäre nicht dabei herausgekommen. Die Arbeit an den entsprechenden Entwürfen ging in aller Stille und unter Ausschluß der Sozialdemokratie vor sich. So arbeitete z. B. der damalige Reichsschatzminister v. Raumer — im Zivilberuf vielfaches Aufsichtsratsmitglied, vor allem aber Geschäftsführer des „Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie“ — an dem Ergänzungsgesetz zu dem oben erwähnten Elektrizitätsgesetz. Einen ersten Entwurf, der übrigens der Öffentlichkeit nicht zugänglich war und nur einem „kleinen interessierten Kreise“ zur Begutachtung vorgelegt wurde, erhielt der Reichsschatzminister zurück, da er noch allzu viele „Giftzähne“ aufweisen sollte. Diese „Giftzähne“ wurden dann auch auftragsgemäß gezogen, so daß der zweite umgeänderte Entwurf nun die Zustimmung der Interessenten fand, wenn man auch selbstverständlich seine grundsätzlichen Bedenken hatte. Man wird sich ungefähr vorstellen können, wie dieses „Sozialisierungsgesetz“ ausgesehen haben mag, wenn es sogar von seinen ausgesprochenen Gegnern als annehmbar bezeichnet wurde. Man wird sich ohne Bedauern damit zufrieden geben können, daß es in den Akten verschwand, und daß Herr v. Raumer seine Gastrolle als Reichsschatzminister beendete, um wieder zu seinem „Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie“ zurückzukehren.

Uebrigens hat der deutsche Staat weder vor noch nach dem gescheiterten Versuch aus dem Jahre 1919 es unternommen, Einfluß auf die Elektrizitätswirtschaft zu gewinnen, wenn man von unglücklichen Steuerprojekten (1908) und den gleichfalls meistens unglücklichen Kriegsmaßnahmen absieht. Andere Länder — man denke vor allem an die Schweiz und die nordischen Staaten — haben sich in dieser Beziehung weitaus aktiver gezeigt, indem sie von der richtigen Erkenntnis ausgingen, daß derjenige, der die Elektrizität beherrscht, gleichzeitig entscheidenden Einfluß auf die gesamte Wirtschaft besitzt und sie fast in Einzelheiten zu regeln vermag. Je straffer die Organisation der Elektrizitätswirtschaft, desto geringer die Gestehungskosten, desto niedriger der Preis, desto größer der Verbrauch, der seinerseits wiederum die Unkosten herabsetzt. Rathenau prägte für diese Wechselbeziehungen das Schlagwort: „Die Elektrizität hat keinen Preis“.

In diesem Zusammenhang verdient ein Vortrag Erwähnung, der auf der letzten Tagung des „Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie“ gehalten wurde. Er hat bei der Zusammensetzung der Versammlung sicherlich nur eine kapitalistische Tendenz, ist aber auch gerade vom sozialistischen Standpunkt höchst bemerkenswert, weil die Ausführungen in vielen Punkten die Richtigkeit der sozialistischen Wirtschaftsauffassung beweisen. Das Thema lautete: „Welcher Maßnahmen in technischer und kaufmännischer Beziehung bedarf es zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen elektrotechnischen Industrie auf dem Weltmarkt?“

Der Referent ging davon aus, daß das Auslandsgeschäft, das früher einen wesentlichen Teil der Produktion absorbierte, infolge der jetzigen hohen Preise völlig unbefriedigend wäre, und prüfte sodann die Frage der Möglichkeit einer Preisherabsetzung. Bei den für die Preisbildung maßgeblichen Faktoren erscheinen Ersparnisse am Gewinn und an den Löhnen (!) überhaupt nicht mehr möglich, dagegen müßte eine Ermäßigung der Steuern und der Bankzinsen angestrebt werden. Ebenso wären auch die Kosten für gewisse inländische Rohstoffe noch zu hoch. Letzten Endes wäre aber die bei diesen Faktoren erreichbare und überhaupt denkbare Ersparnis nur verhältnismäßig geringfügig. Von wesentlicher Bedeutung wäre es dagegen, wenn es gelänge, die Aufwendungen für die Fabrikationsunkosten (einschließlich der Löhne), bezogen auf die Gewichtseinheit der Fertigprodukte, herunterzudrücken, d. h. mit den aufgewandten Unkosten mehr zu produzieren, als bisher. Hierfür sei unerläßlich: Folgerichtiger Fabrikationsgang, Mechanisierung der Betriebe, Beschränkung in der Zahl der zu produzierenden Varianten. Zu diesem Zweck wird ein so enger Zusammenschluß der gesamten Elektro-Industrie befürwortet, daß folgende Endziele erreichbar erscheinen: Konzentration der Konstruktionsabteilungen, Massenfabrikation auf Grund einfacher und normalisierter Konstruktionen, Konzentration und Vereinfachung des Ein- und Verkaufs.

Man muß gestehen, daß man derartige Gedankengänge auf einer Industrietagung noch nicht gehört — und schon lange vermißt hat. Es wurde gemeinhin die alte Platte abgeleiert, die das Bild sang von der Arbeitszeitverlängerung und Lohnherabsetzung, ein Lied, das vielleicht vorübergehend einmal aktuell gewesen sein mochte, dessen ewige Wiederholung jedoch fast schon langweilig wirkte, zumal der Text im Laufe der Entwicklung nicht an innerer Wahrhaftigkeit und damit an Ueberzeugungskraft gewonnen hatte. Auf der vorjährigen Tagung des Zentralverbandes wurde gleichfalls die Feststellung gemacht, daß in dem Preis für die Gewichtseinheit elektrotechnischen Fertigprodukts ein allzu hoher Prozentsatz an Löhnen enthalten wäre. Damals zog man die Folgerung, die Löhne sind zu hoch und die Arbeitszeit ist zu kurz. Daß der Grund auch ein anderer sein könnte, wurde gar nicht ernstlich erwogen. Der Referent wandte sich lediglich mit der rein rhetorisch aufzufassenden Frage an die Versammlung: „Oder glaubt etwa einer der Herren, daß unsere Fabrikationsmethoden hinter denen des Auslandes zurückstehen?“ Das glaubte natürlich niemand, wenigstens wurde kein Widerspruch laut, und so war denn das Thema erledigt.

Daß man sich jetzt — wenigstens theoretisch — zu einer anderen Auffassung bekehrt hat, ist gewiß erfreulich. Trotzdem wird man kaum hoffen können, daß die vom sozialistischen Standpunkt begrüßenswerten Ausführungen ohne staatliche Zwangsmaßnahmen in absehbarer Zeit eine praktische Erfüllung finden werden. Immerhin bilden sie für den Wirtschaftler, aber auch für den Politiker, wertvolles Material.

Masse!

Von Erwin Frehe

Zuerst warst du ein plätscherndes Wasser.
Schwalben riefen mit blau-weißer Brust.
Grünlaub fächelte wiegende Lieder.
Schlafend umgab dich der Chöre süße Lust.

Bis die Flut zaudernd ihr Dennoch spülte;
Dann gischte die Brandung wütend herauf.
Dann kam aus Ohnmacht ein Zucken und Beben,
Aus den Tiefen standen Titanen auf.

Ein Urwald warf seine schwarzen Glieder:
Die Augen, die Stirnen, die Schläfen, die Faust!
Heulewind flog mit Zyklopengefieder.
Ein Orkan stob aus Abgründen auf.

Aufrührerisch blinkten die Wolken am Himmel.
Rot brannte mit Schwärze. Ein Mensch fiel ins Licht.
Gott beugte sein Antlitz zur Endlichkeit nieder.
Wir fügten kein Amen zu seinem Gesicht.

Wir sind die Masse aus Ewigkeitstagen,
Und Ewigkeitshunger steigt auch mit uns herauf.
Wir sind die Fetzen von vielen Fahnen;
Nur eine brennt aus den Schädeln heraus.

Sturzwellen zerstoßen die steinernen Ufer;
In allen Ländern wächst unser Haus.
Buchten zerbrechen. Posaunen ertönen.
Gottes Vorhut ist auf dem Marsch.

Luigi Pirandello

Von Arthur Eloesser

Die meisten modernen Dramatiker haben damit angefangen, den Leuten den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Ibsen vernichtete die Lebenslüge, Wedekind kehrt die sexuelle Moral um, Shaw die soziale, soweit ein Engländer sich das erlauben kann, Strindberg löst gar das Ich auf und begegnet sich als Doppelgänger. Die Expressionisten gehen gleich unter die Gespenster. Die erste Frage lautete ungefähr: was ist Sittlichkeit?, die zweite: was ist Wahrheit?, die dritte: was ist Wirklichkeit? Wobei ich gleich hinzufügen möchte, daß ein richtiger Dichter, indem er Werte zerstört, sie auch sofort ersetzt, weil er sich selbst einsetzt, weil er selbst das Positive ist, die andere Sittlichkeit, die andere Wahrheit, die andere Wirklichkeit. Wenn man von einer Frage zur anderen durchaus eine Entwicklung annehmen will, aber beileibe keinen Fortschritt — denn das ist alles schon einmal dagewesen, — so kann man sagen, daß die ursprüngliche Frage sich aus dem Moralischen in das Erkenntnistheoretische hinüber philosophiert hat, weshalb man sie auch so steigern könnte: 1. Wie bin ich? 2. Wo bin ich? 3. Bin ich? Der Mensch überlegte als moralisches oder soziales Wesen, ob er gut sei, als religiöses, ob er sterblich oder unsterblich

oder beides zusammen sei, als philosophisches Wesen, ob er überhaupt sei. Gerade die Bühne, obgleich sie von dem Bilde des Menschen leben will, läßt ihn sehr relativ, oder verdammt „als ob“ erscheinen.

Der Italiener Luigi Pirandello, der heute 47 Jahre alt und erst gestern berühmt geworden ist, hat diese Frage auf die Spitze getrieben. Man versichert uns auf Grund seiner früheren, nicht sehr bekannt gewordenen Erzählungen, daß er durch folgende Ueberlegungen sehr pessimistisch geworden sei. Es ist unmöglich, mit unseren überlieferten Begriffen den dunklen Strom des Lebens wirklich einzufassen, unbewußtes Leben sich bewußt zu bestätigen. Jedes Individuum konstruiert sich eine Scheinwelt mit Puppen und Gespenstern, statt wirklicher Ichs oder Lebenseinheiten, die überhaupt nicht erkannt werden können. Jedes Individuum ist ein Ding an sich, ein trauriges Ding, weil es sich dem anderen auf keine Weise bestätigen kann. Da Pirandello uns für Gespenster hält, in den Träumen der anderen wie im eigenen Traum, so wäre er ein rückfälliger, ein dramatisierender E. T. A. Hoffmann, wenn er im Märchen lebte, wenn er zaubern könnte. Schon in seinem ersten Stück „Es ist so — ist es so?“ wies er sich aber vielmehr als ein Rechner als ein Konstrukteur aus, der Wirklichkeiten behende vertauscht, ohne die Wirklichkeit aufzugeben. Ein Hin- und Herrechner, nicht ein Hin- und Hergeworfener wie Strindberg, der sich halluzinatorisch zerspaltet oder verdoppelt. Eine ungemein geschickte Aufmachung wickelte das Problem ein, ob die Frau eines kleinen Beamten seine erste oder seine zweite Frau, ob ihre Mutter verrückt ist, die das eine, oder ob der Mann verrückt ist, der das andere glaubt. Der Dramatiker des „Als ob!“, den übrigens Hans Vachinger, der Philosoph des „Als ob!“ mit einer Studie beehrt hat, kam wohl zu dem Schluß, daß sie für jeden das ist, was sie ihm scheint. Mehr Wahrheit gibt es nicht. Dieses Stück ist mit einiger Sensation eben nur an uns vorübergegangen, und ich gestehe, daß es mir nicht recht lohnend schien, ein Wunderknäuel um ein Rätsel herum zu spinnen, das vom Register des Standesbeamten hätte gelöst werden können, wenn die Papiere nicht verloren gegangen wären.

Pirandellos zweites Stück „Sechs Personen suchen einen Autor!“, von Max Reinhardt in der Komödie meisterlich inszeniert, wird bei uns wie in Wien, wie in London und New York einen großen Publikumserfolg haben. Der ingeniose Italiener hat sich zu einem außerordentlichen Jongleur entwickelt, der mit sechs und mit mehr Bällen zugleich in einer wirklichen und in einer unwirklichen Sphäre spielt, der mystische Hintergründe wenigstens aufzuschließen scheint und der das Publikum verführt, nicht nur zu rechnen, was ihm kein Vergnügen macht, sondern auch ein irgend etwas, ein „Als ob!“ zu errechnen und zu erfüllen, fast zu greifen und zu begreifen. Darauf kommt es für den Erfolg an. Wenn der Zuschauer nicht in einen Gesichtskomplex hineingeworfen wird, der ihn trägt, der ihn schwimmen läßt, wenn er nicht am eigenen Leibe verspürt, daß mit ihm etwas geschieht, so ist die dramatische Arbeit umsonst gemacht. Pirandello ist vor allem unterhaltender geworden und dieser Gewinn resultiert aus Mitteln, die sich wahrlich nicht zum ersten Male bewährt haben. Wenn der Vorhang aufgeht, aber er ist gar nicht aufgegangen, man sieht viel-

mehr in die offene Bühne hinein, auf der gerade ein Stück von Pirandello probiert werden soll. Der Beleuchter arbeitet am Scheinwerfer, der Theatermeister markiert eine noch unfertige Dekoration, der Inspizient hält die Schauspieler zusammen, die Schauspieler notieren die ersten „Stellungen“ für irgendeine blödsinnige Liebesszene und der Direktor, bevor er anfängt, lehnt noch ebenso schnell wie hochachtungsvoll ein Dutzend Stücke von jungen Autoren ab. Max Pallenberg in ungewohnter Zurückhaltung macht das sehr famos, indem er in seiner fahrlässigen Mutwilligkeit und aus der stummen Leidenschaftlichkeit seines Meisters Reinhardt die Synthese eines Direktors und eines Menschen schafft.

In dem mysteriösen Halbdunkel der Probe sind plötzlich die sechs Personen aufgetaucht, die einen Autor suchen, sechs Personen aus einer ganz anderen Dimension, von einem ganz anderen Leben getrieben, gespannt, gesperrt, Mann und Frau, zwei große und zwei kleine Kinder, die sich von Schuld und Unschuld in ein bis zur Kitschigkeit scheußliches Familiendrama verstricken lieben. Sie verlangen Erlösung dadurch, daß ihnen ihr Drama zu Ende gedichtet wird. Auf ihre Seite hat Max Reinhardt die stärkeren Schauspieler gestellt, Max Gülstorff, überrealistisch gespenstisch in seinem Schicksal, versteinert als ein unglücklicher Kleinbürger, der auf Abwegen seine Stieftochter in einem galanten Hause trifft, diese in ihrer hysterischen Fahrigkeit außerordentliche Dirne von Franziska Kinz und die fast leichenhaft erstarrten Mutter von Lucie Höflich, groß im stummen wie im schreienden Schmerz, eine Atridemutter in kleinstädtischer Fassung. Die Gespenster aus der Wirklichkeit, wenn die Bühne nicht Gespensterei ist, spielen dem Direktor die Hauptscenen aus ihrer unglücklichen Geschichte vor, höchst unvollkommen, nach seinem Urteil, das in den fachmännischen Regiebemerkungen sehr komisch wirkt. Der Direktor läßt die Szenen von seinen Leuten nachspielen, er kürzt, er ändert, er steigert, wie er es an tausend dramatischen Banalitäten gelernt hat, sehr zum Mißvergnügen der Gespenster aus der Wirklichkeit, die sich nicht mehr verstanden fühlen.

Die Tollheit der Erfindung pocht auf einen doppelten Boden. Da ist eine Satire auf das Theater, auf die Komödianterei, die alle Lebenstragik nach uralten Konventionen banalisiert, die Menschennöte für den eiteln Effekt berechnend, umlügt. Und da ist noch etwas anderes, nämlich die Pirandello eigene pessimistische Klage, daß die Menschen sich mißhandeln müssen, weil sie sich mißverstehen müssen. Niemand ist vor sich wie vor den anderen und wer ist er wirklich? Der Direktor wird mehr als ein Regent der Bühne, wenn er Schicksale zu korrigieren sucht. — Warum haben Sie Ihrer Frau damals nicht gesagt, daß . . . und daß . . . ? — Ja, konnte ich denn? Sie verstand mich ja nicht, sie hörte ja nicht einmal. — Sie hätten die Szene so und so beenden müssen. — Die armen Gespenster versuchen es, das ist das feinste am Stück, aber es gelingt ihnen nicht; sie verstricken sich wieder in das alte Schicksal und der kleine blasse Junge, an allem sehr unschuldig, muß sich wiederum erschießen. Den armen Menschen ist nicht zu helfen, sie kommen aus ihrer Haut nicht heraus, wie weh sie ihnen auch tut.

Am Theater wird das Leben, am Leben das Theater nicht ohne Geist gemessen. Aber Pirandello zeigt sich ingenieuser. Die Gespenster aus der Wirklichkeit in die Gespensterei des Theaters anders hinein- als aus ihr herauszubringen. Wenn der glänzende Veranstalter auch ein naiver Kerl,

einer mit Märchensinn wäre, hätte er einer zweiten Erklärung der armen Teufel nicht bedurft, die eben da sind, und für die wir ein Ursprungszeugnis nicht verlangen. Pirandello macht sich noch einen neuen, einen dritten Boden, indem er sie als erdichtete Geschöpfe erklärt, die von ihrem Autor im Stich gelassen worden sind und die plötzlich die höhere, die ästhetische Wirklichkeit von ideellen Figuren beanspruchen. Damit verkleinert sich das Problem wieder, damit schrumpft es lediglich zu einer Kritik an der Bühne ein, die den schöpferischen Geist in echte handfeste Routine herunter zwingt. Pirandello hat an seinen Figuren einmal zuviel gedreht, und da nun des Zuschauers Traum durch den Verstand gefährdet wird, läßt er seinen Direktor geträumt haben. Die Probe geht weiter; der Alte war wohl einen Augenblick gestört. Auf der Bühne darf wahrlich nicht jeder träumen, was er will. Der in seinem Metier so sichere, in alle Banalitäten der Routine so fest eingefahrene Prinzipal scheint durchaus nicht der Kerl zu sein, der solchen Träumen am Vormittag, der solchen halluzinatorischen Störungen ausgesetzt sein müßte. Irgendein Ureignes, ein Dichterisches ist verloren gegangen, ein Schimmer aus der Tiefe hat sich wieder verflüchtigt und es bleibt ein ernst unterhaltendes Theaterstück, eine höchst ingenöse Erfindung, die sich allerdings eine stille Nachwirkung nun kaum noch sichern kann.

RANDBEMERKUNGEN

Schwarz-weiß-rote Pressebanditen

Am 7. Januar bringt die Nacht Ausgabe des „Tag“ ein Bild zur „Eröffnung des Reichstags“. Nach der Unterschrift sollen wir zu sehen bekommen, wie der Alterspräsident Bock den neuen Reichstag eröffnet. Was uns jedoch gezeigt wird, ist eine Szene aus dem alten Reichstag: der Reichskanzler Marx redet, die Regierungsbank ist voll besetzt und vor dem Präsidentenstuhl ist deutlich die maliziöse Silhouette des Herrn Wallraf zu erkennen. Der „Tag“ schwindelt also; er tut, als wäre er auf der Höhe der Berichterstattung und bringt in Wirklichkeit einen alten Ladenhüter. Er zeigt damit zugleich, was er seinem Publikum bieten kann; denn, wenn dieses auch nur halbwegs zu lesen wüßte, so könnte ihm doch nicht unbekannt sein, daß um die Regierungsbildung der Streit einigermaßen heftig tobt, und daß unmöglich ein komplettes Kabinett bei der Eröffnung dieses Reichstags sich niedergesetzt haben konnte. Die

Sache wäre an sich belanglos, wenn sie nicht symptomatisch wäre. „Tag“ und „Lokal-Anzeiger“ lügen aus Beruf. In der gleichen Nachtausgabe wird unter der fetten Ueberschrift „Beifall des Auslandes“ berichtet, daß nach der Wahl Löbes zum Reichstagspräsidenten fremde Diplomaten, die in der Diplomatensloge saßen, Beifall geklatscht hätten. Das ist gelogen. Das kann auch kein Irrtum sein, denn auf der Journalistentribüne, wo der Vorfall, um den es sich hier handelt, ganz genau beobachtet worden ist, hat jedermann mit eigenen Augen sehen können, daß das Händeklatschen nicht aus der Diplomatensloge kam, vielmehr aus der danebenliegenden Loge, und daß der Beifallklatscher ein weithin bekanntes Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses gewesen ist. Dem Berichterstatter des „Tag“ bleibt also nur übrig, zu wählen: entweder ist er ein unverwendbarer Trottel oder ein schamloser Betrüger und Hetzer. Er wird sich für das letztere entscheiden.

Es gibt überhaupt nichts Verlogeneres, als die schwarz-weiß-roten Pressebanditen. Der preußische Minister des Innern mußte sich gegen die infamsten Verdächtigungen in der Angelegenheit der Herren Barmat wehren. Die „Deutsche Zeitung“, die sich an diesen Sudeleien naturgemäß beteiligt hat, unterschlägt bei dem notwendig gewordenen Abdruck dieser Erklärung Severings eine für sie und ihren Anhang allerdings sehr peinliche Bemerkung, nämlich die, wo Severing mitteilt, daß unter der Führung eines Abgeordneten der Rechtsparteien bei ihm Versuche unternommen worden seien, Lebensmittelgeschäfte zwischen Ostaländern und Angehörigen höchster deutscher aristokratischer Kreise zu fördern. Sie lügen und trügen eben, wo sie können. Es wäre geradezu eine Garantie auf Gesundung der deutschen politischen Verhältnisse, wenn es gelänge, die Leser der schwarz-weiß-roten Zeitungen darüber aufzuklären und davon zu überzeugen, daß alle diese Blätter grundsätzlich die Unwahrheit sagen, daß sie die klarsten Tatsachen auf das frivoleste verdrehen, daß sie alle unbequeme Wahrheit verschweigen, kurz, daß sie nicht das sind, wofür diese armen Leser sie halten, Pioniere des Deutschtums, vielmehr: stinkende Kloaken.

Am 6. Januar wurde von zuständiger Seite erklärt, daß der Reichspräsident Ebert weder in seiner Eigenschaft als Reichspräsident noch als Volksbeauftragter oder als Abgeordneter oder als Bremer Bürgerschaftsmitglied oder überhaupt irgendwann Beziehungen zu Barmat unterhalten hätte. Das hindert die „Preußische Kreuzzeitung“, führendes Blatt der Deutsch-

nationalen, nicht, am 7. Januar aus einem holländischen Winkelblättchen einen ganzseitigen Artikel abzudrucken, in dem, völlig unkontrollierbar, ohne jeden weiteren Beweis, frech und wahrscheinlich auch gottesfürchtig, wie diese Banditen es zu sein vorgeben, behauptet wird: „Mit Ebert ist Barmat eng befreundet.“ Und auf seinem Schreibtisch steht ein Bild mit der Aufschrift: „Ebert seinem lieben Barmat“. Ist es zu viel, was gegen solch Gelichter — Parteiprogramm hin, Parteiprogramm her — Auspeitschung auf öffentlichen Plätzen gefordert wird?

Diese selbe „Kreuzzeitung“ gestattet Herrn Fernandes, einem ihrer qualifizierten Schmierfinken, die Mitglieder des Zentrums zu besudeln. Feige und dumm, wie diese Burschen sind, wird dem Zentrum geraten, bei der Präsidentenwahl im preußischen Landtage gegen etwaigen Fraktionsbeschluß für den deutschnationalen Kandidaten zu stimmen; das könne ruhig geschehen, denn, so spricht diese perverse Verlogenheit: „die Wahl wird mit gleichfarbigen Stimmzetteln vorgenommen... Da der Wahlzettel nur den Namen des Kandidaten trägt, entfällt auch jede spätere Feststellung darüber, wie die einzelnen Abgeordneten gestimmt haben.“ Dieser Kreuzritter (traurigster Gestalt) will also die Zentrumsmitglieder zur Infamie des Betrugers ihrer eigenen Fraktion gegenüber verleiten. Das Zentrum wird auch ohne solche Ferkelei wissen, was es von der „Kreuzzeitung“ und den Deutschnationalen zu halten hat. Herr Stresemann aber scheint bis heute den Charakter dieser von ihm so heiß umworbenen Exkrememente noch nicht erkannt zu haben.

Breuer

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

H·G·WELLS
Grundlinien
der
Weltgeschichte



Verlag für Sozialwissenschaft · Berlin SW.

670 Seiten, viele Abbildungen. Holzfrees Papier. Ganzleinen

Verlangen Sie Prospekte vom Verlag!

Preis geb. 20 Mark

SCHRIFTEN VON PARVUS †

Der Staat, die Industrie und der Sozialismus

(Erschienen 1919)

In Ganzleinen 1.00 Mark .. Broschiert 0.70 Mark

KAPITEL-ÜBERSCHRIFTEN:
Das soziale Problem unserer Zeit: Produktion und Konsumtion in der kapitalistischen Gesellschaft — Volksbedarf und Volkskraft — Der Kapitalüberschuß und dessen Verwendung. — *Die Banken, der Staat und die Industrie:* Das Bankkapital und die Industrie — Die neue Bankpraxis und die Industrie — Die inneren Beziehungen und der Konzentrationsprozeß — Die Bank-Konzerne und die Kartelle — Die Kartelle und die gesellschaftliche Produktion

Die Verstaatlichung der Banken und der Sozialismus

(Erschienen 1919)

In Ganzleinen 1.00 Mark .. Broschiert 0.70 Mark

KAPITEL-ÜBERSCHRIFTEN:
1. Das Bankgeschäft des Staates. 2. Das Wirtschaftssystem des Staates, der Kommunen und der Banken. 3. Die Vorteile der Produktionszusammenfassungen. 4. Die sozialen Folgen der Verstaatlichungen. 5. Das Staatsproblem des Sozialismus. 6. Soziale Revolution.
Anhang: a) Ein Komplott gegen das deutsche Volk und das Deutsche Reich. b) Energetik und Volkskraft.

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW68

Die Glocke

BEGRÜNDET VON PARVUS

Inhalt:

Robert Breuer:

Die Nationalverderber . . . 1357

Veit Valentin:

Wie Tirpitz Geschichte schreibt . . . 1361

Robert Grötzsch:

Der sächsische Parteikonflikt . . . 1364

Otto Bellmann:

Der entblätterte Fridericus 1369

Albin Michel: Der streitbare Islam . . 1374

Josef Maria Frank: Hochbetrieb! . . . 1376

Senator Dr. Gerth:

Hohenzollern als Landesverräter . . 1376

*Dr. Berger: Der Montanmarkt als Kon-
junkturbarometer 1380*

Adolf Behne: Der Anti-Bibliophile . . . 1383

*Völk-Partei — Man baut Kasernen! — Mit dem Kurbelkasten
um die Erde*

*Die französische Aufklärungsphilosophie — Der Militarismus
der preußischen Schulaufsichtsbehörden — Ein Nietzscheroman*

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin SW 68



Lindenstr. 114

Preis 30 Pfennig

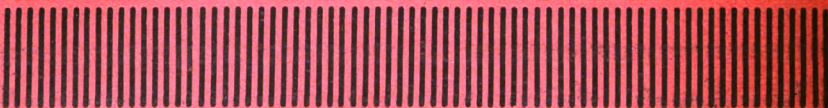
WIR GEHEN IN FRONT



*Der Schamlosigkeit der Reaktion stellen wir vier
Kampf-Schriften entgegen:*

- 1. Für Volk und Vaterland**
von Ph. Scheidemann, 8 Bogen, kart. M 2,50
- 2. Der Prozeß
des Reichspräsidenten**
von Brammer, 8 Bogen, kartoniert M 2,50
- 3. Die Finanzskandale des
Kaiserreichs**
von Kurt Heinig
- 4. Die
unmöglichen Kohlenzollern**

Verlag für Sozialwissenschaft · Berlin SW 68



Es ist Zeit, mit dem Klinger zu klingen

Die Nationalverderber

Von Robert Breuer

Die große Sehnsucht des Herrn Stresemann ist erfüllt; er ist Mitglied einer Regierung, die durch ihr bloßes Vorhandensein die Außenpolitik Deutschlands schwer belastet, den Vertragsgegnern zu neuen und härteren Forderungen ein willkommener Anlaß ist und die Welt mit neuem Mißtrauen gegen die Eingliederung Deutschlands in die Großstaaten der Demokratie erfüllt. Derartiges zustande gebracht zu haben, nennt dieser Herr Außenminister nationale Politik. Wir heißen es — frei nach Magdeburg — zwar nicht im juristischen, wohl aber in politischem Sinne: Landesverrat. Es wird nicht lange dauern und Stresemann wird Mühe haben zu verbergen, daß das, worum er so hart gerungen hat, dem deutschen Volke neues Verderben bringt. Schon grollen die Stimmen des maßgebenden Auslands zu uns herüber. Selbst Herr Stresemann wird nicht behaupten wollen, daß es nützlich sein kann, wenn die Gegner darauf verweisen, daß hinter dem deutschen Verhandlungsführer die deutschnationalen Ministerkollegen als Antreiber stehen, die Mitglieder einer Partei, die unproduktiven Revanchetraum nicht austräumen darf, wenn sie ihre Schafherden nicht zersprengen will. Ferner: Künftighin wird alles, was Herr Stresemann dem Ausland an schwarz-weiß-roten Worten mitzuteilen hat, diesem von vornherein fünfzigprozentig erscheinen; in London und in Paris wird man sich in jeder entscheidenden Stunde daran erinnern, daß das monumentale Nein des Herrn Hergt zerspringen kann. Die angeblich starke Regierung, die sich Herr Stresemann zugefügt hat, wird nur den Forderungsappetit der Gegner reizen; in Paris und London weiß man, daß die Fünfzigprozentigen immer wieder alles erfüllen werden, um zu verhüten, aus der Regierung, in die sie sich nach unsäglichen Mühen hineingezwängt haben, wieder herausgestoßen zu werden. Nie hat Deutschland eine national schwächere Regierung gehabt, als diese mit Deutschnationalen durchseuchte. Nie eine Regierung, der das Ausland weniger Verständnis entgegenbringen konnte.

Als das Magdeburger Urteil schwarz-weiß-roter Geschichtsverfälschung den Reichspräsidenten Ebert für einen Landesverräter erklärte, war Herr Stresemann klug genug, solch Unheil durch einen Demonstrationsgang zu paralisieren. Heute sitzt er mit denen, die dieses Urteil anbetend umtanzen, in einer Regierung, die angeblich Deutschlands Stellung festigen soll. Er scheint nicht gelesen zu haben, daß der bekannte Anschlusspolitiker Dr. Theodor Müller aus Oesterreich mitzuteilen hat: „Das Urteil würde, wenn es nicht sofort moralisch desavouiert worden wäre, die deutsche Anschlussbewegung schwerer geschädigt haben als irgendeine feindliche Zwangsmaßregel.“ Man wird weder in Oesterreich

noch sonst in der Welt die schillernde Facettenseele des Herrn Außenministers begreifen können. Heute stützt er sich mit sämtlichen Gliedmaßen auf die Partei, die das Magdeburger Urteil zu bestätigen versucht, indem sie dem Mitglied, dem sie durch die Wahl zum Vizepräsidenten besonderes Vertrauen aussprach, befiehlt, dem Reichspräsidenten den Antrittsbesuch zu verweigern und ihn als Landesverräter neu zu brandmarken. Welches Vertrauen soll das Ausland zu einem Außenminister haben, der selbst in Fragen des simplen politischen Anstands permanent Rutschbahn fährt. Welches Vertrauen soll das Ausland zu einem Außenminister haben, der sich nicht geniert, neben einem Mann zu sitzen, der sich bisher als Weihesprecher bei Rebellenfahnen betätigte, mit den Rathenau-Mördern Ellbogenföhlung hatte und noch gestern den Eid auf die Verfassung der Republik verweigert hat, der aber heute solchen Eid leistet, weil der Ministerfauteuil bereit steht. Fünfzig Prozent wird man in London und Paris frohlocken: mit diesen Herren und Helden läßt sich alles erreichen! Welchen Respekt soll das Ausland vor einem Außenminister haben, der sich zusammensetzt mit einer Partei, deren Mitglieder den schamlosen Auszug aus dem preußischen Abgeordnetenhaus inszenierten und so den Protest Preußens gegen die Vergewaltigung Kölns zu einer lächerlichen Farce entarten ließen. Deutschlands Schicksal ist besiegelt, wenn die Nationalverderber nicht schnellstens wieder aus der Regierung entfernt werden. Welches Vertrauen muß das Ausland zu einem Außenminister haben, der in solch Verhängnis hineinbockt, weil er es für höchsten Ausdruck politischer Moral hält, mit der Partei der Nichtbesitzenden Erfüllungspolitik zu machen, bei der Verteilung der Lasten aber, die sich aus solcher Erfüllung ergeben, acht Millionen Arbeitender mit den Füßen zu treten. Es bleibt eine Unsicherheit in solcher Operation; man wird in Paris und London nicht ganz davon überzeugt sein, daß solche Honorierung mit dem Geld der andern auch prompt wird erfolgen können. Es bliebe immerhin die Möglichkeit, daß die acht Millionen und manche Million darüber hinaus sich weigern, aus ihrem Portemonnaie nach dem Diktat der Besitzenden zahlen zu lassen. Dies alles aber nennt Herr Stresemann nicht etwa Nationalverderbnis, sondern vaterländisch. Vaterländisch, wie er es auffaßt: ministrabel gewordene Syndikuspolitik.

An den Prozeß gegen den Reichspräsidenten schloß sich als zweiter Akt zur Vorbereitung der demnächst fälligen Präsidentenwahl der Barmat-Skandal. Man fühlt sich sehr gedrungen, den Herrn Außenminister zu fragen, wie er die Wirkung dieser Inszenierung auf Deutschlands Wertschätzung beurteilt. Man muß sich diese Frage aber ersparen, wenn man den Herrn Außenminister Seite an Seite mit den Regisseuren dieser Schändung des deutschen Ansehens sitzen sieht. Wobei man von weitergehenden Vermutungen Abstand nehmen darf.

Auch diese nationale Großtat zeigt die innere Unehrllichkeit, zugleich die anmaßende Dummheit unserer fünfzigprozentigen Nationalverderber. Sie wollen die Republik, wollen deren zuverlässigste Stütze, die Sozialdemokratie, mit Korruptionswolken umnebeln; sie scheinen vergessen zu haben, daß die Geschichte des Kaiserreichs übergelaufen ist von ungezählten Skandalen, deren jeder in vollem Format das war, wozu die Barmat-Affäre aufgeblasen werden soll. Es gehört auch zu der nationalen Klugheit der neuen Freunde des Herrn Außenministers, daß

sie es geradezu erzwingen, an solche kaiserliche Schande deutscher Geschichte neu zu erinnern. Für heute nur einen Tropfen solchen Fegefeuers:

Im Jahre 1904 wurde gegen den Konzern der Pommernbank verhandelt. Hofbank der Kaiserin, die sich der Staatsaufsicht durch die kgl. preußische Regierung — auf Briefbogen und Plakate gedruckt — bediente, um ungezählte Millionen einzuheimsen und verschwinden zu lassen. Wenige Tage nach der Verleihung des Hofbanktitels zahlten die Direktoren Schultz und Romeick 50 000 Mark in die Kasse des „Kleinen Journals“, das dem Freiherrn v. Mirbach, seines Zeichens kaiserlicher Oberhofmeister, als publizistisches Organ diente. Der Geh. Staatsrat a. D. Justus Budde teilte unter Eid während des Prozesses mit, daß der größte Teil des für Wohltätigkeitszwecke durch die Pommernbank vergebundenen Geldes an den Freiherrn v. Mirbach gelangt sei, eingezahlt auf das „Konto K“. Der Freiherr hatte aber nach der eidlichen Aussage des Geheimen Staatsrats noch ein eigenes, persönliches Konto, auf dem er Geschäfte machte. Darf man fragen, was die neuen Freunde des Herrn Stresemann und deren beamtete und nichtbeamtete Regiehelfer und Vigilanten angestellt hätten, wenn auch nur ähnliches vom Hauspfortner des „Vorwärts“-Gebäudes hätte berichtet werden können?

Herr Schultz, Pommernbänkler, ist Kommerzienrat geworden, und zwar gegen den Wunsch der zuständigen Standesorganisation. Herr Sanden wurde gleichfalls Kommerzienrat, und als er wegen Betrugs verhaftet werden sollte, war gerade ein neuer Orden an ihn unterwegs. Auch Herr Schmidt, Pommernbänkler, nannte sich Hofbankier der Kaiserin.

Der Geheime Staatsrat Budde dachte naiv und vom Glauben an kgl. preußische Redlichkeit erfüllt, es müsse sich von den, den armen Gläubigern der Hypothekenbank geraubten Summen dem kaiserlichen Oberhofmeister wieder etwas abjagen lassen. Er besuchte den Minister für Landwirtschaft, der damals die Hypothekenbanken beaufsichtigte; Herr v. Podbielski aber konnte nur feststellen, daß das Geld längst ausgegeben worden sei. Einem andern preußischen Landwirtschaftsminister, dem Herrn v. Hammerstein-Loxten, war es einige Jahre zuvor gelungen, der Pommernbank neue Opfer zuzutreiben, indem er im Landtag feierlich erklärte: „Gegen die Sicherheit der Hypothekpfandbriefe können begründete Bedenken nicht erhoben werden.“ Damals kriselte es bereits in der Pommernbank; aber der Titel des Hofbankiers und die vielfachen Kommerzienräte und Herrn Mirbachs Segen ließen jeden Zweifel schwinden. Der Herr v. Hammerstein-Loxten wird in bestem Glauben gehandelt haben; aber darf man fragen, was die Busenfreunde des Herrn Stresemann von einem sozialdemokratischen Minister behaupten würden, wenn er so freundlich die Geschäfte der Herren Barmat empfohlen hätte? Damals durften die Pommernbänkler im Landwirtschaftsministerium aus- und eingehen, und währenddessen wurden phantastische Taxen auf überlastete Grundstücke gelegt und wurden immer wieder Dumme und Preußengläubige betrogen. Eugen Richter erklärte im Landtag: „Ich habe mir die Liste der Treuhänder der Berliner Hypothekenbanken geben lassen und daraus erfahren, daß man hier neue Sinekuren für die Vortragenden Räte aus den Ministerien einrichten zu können geglaubt hat. Vortragende Räte aus dem Finanzministerium, dem Landwirtschaftsministerium, der Zentralgenossenschaftskasse, der Seehandlung, sind hier

mit einbegriffen.“ Die Seehandlung hatte also schon 1904 die Fähigkeit, höhere Beamte an korruptes Kapital abzugeben. Was sagt Herr Stresemann zu dem Geschrei, das seine neuen Freunde über die Konsequenz der Seehandlung erheben? Man sieht, wie die Republik verwüstend in der Hierarchie des preußischen Beamtentums gewütet hat. Man sieht zugleich, welche Parade der Korruption kaiserlichen Deutschlands den heutigen Nationalverderbern vorgeritten werden kann; die Reserven, auf die wir verweisen können, sind unerschöpflich, wobei man nicht einmal des oben schon so munter erwähnten Herrn Podbielski v. Tippielskirch zu gedenken brauchte. Für heute wollen wir es mit dieser Herzenslabung genug sein lassen; um die Nationalheuchler aber in vollen Zügen Erinnerung trinken zu lassen, haben wir den Genossen Heinig gebeten, in einem Buch, dessen Fertigwerden wir eifrig betreiben, den Finanzskandalen des Kaiserreichs ein schwarz-weiß-rotes Denkmal zu setzen.

* * *

Man darf sagen, daß den nationalen Schlammfluten, wie sie gegen die Republik, gegen die Sozialdemokratie, gegen deren beste Männer — nicht zuletzt gegen den Reichspräsidenten — vorgetrieben werden, rücksichtsloser, wirksamer hätte entgegengetreten werden können, wenn vom ersten Tage an die Schleusen vor dem gestauten Schmutz des Kaiserreichs fortgezogen worden wären.

Wir sind überhaupt der Ansicht, daß der Kampf der Republik gegen ihre Verleumder mit viel größerer Offensivkraft und mit brutaler Härte geführt werden müßte. Unsere Zurückhaltung ist gewiß ein gutes Zeichen. Wir sind, wenn man uns irgendeines Deliktes beschuldigt, gleich so verängstet, daß wir uns beinahe scheu umschaun, ob nicht vielleicht doch irgendwo, irgendwie, irgendwann aus Unerfahrenheit oder wenigstens für das Mikroskop der Mißdeutung ein Atom der Vorwürfe wahr sein könnte. Ein Papier, bei Herrn Barmat gefunden, aus dem hervorgeht, daß in irgendeiner nichtigen Angelegenheit einmal ein Schriftwechsel zwischen dieser Firma und einem sozialdemokratischen Minister stattgefunden hat, macht beinahe die Republik zittern. Was hätten bei solcher Empfindsamkeit die Minister des Kaiserreichs, die Hofschranzen und selbst Ihre Majestät die Kaiserin tun müssen! Sie waren nicht hellsehend und vermochten den Pommernbänklern nicht ins Herz zu sehen, flüstern die Nationalen. Akzeptiert; warum aber wird Hellsehen von Republikanern verlangt?

So ist zum Beispiel festgestellt worden, daß der Genosse Franz Krüger, 1919, als Leiter des Büros des Reichspräsidenten, einem der Barmats eine Einreiseerlaubnis verschafft hat. Diese Handlung ist sofort preisgegeben, als „eigenmächtig und mißbräuchlich“ gekennzeichnet worden. Es ist gewiß zu verstehen, daß das heutige Büro des Reichspräsidenten von solcher Unordnung nichts wissen will; aber darf man daran erinnern, daß in den ersten Monaten des Jahres 1919 in Deutschland und auch in Berlin alles noch darunter und darüber ging. Der Instanzenweg war noch nicht festgelegt, die Zuständigkeit noch nicht vollkommen geklärt. Man mußte sich zu helfen wissen, wenn man nicht dazu beitragen wollte, die Maschine zum Stillstand zu bringen. Auch wurde auf den Straßen noch geschossen; heut gab es kein Licht und morgen keinen Verkehr. Da konnte wohl schon das furchtbare Unglück passieren, daß eine Empfehlung, ein Ausweis, ein Paß gegen die Ge-

setze der Bürokratie verstieß, vielleicht sogar einem Unwürdigen gegeben wurde. Aber darf man zugleich darauf verweisen, daß der Paß, mit dem Herr Lindström sein verwirktes Leben vor gerechter Volksstrafe rettete, auch eigenmächtig und mißbräuchlich ausgestellt worden ist, daß er sogar eine strafbare Paßfälschung darstellte? Die Nationalverderber sollten etwas vorsichtiger werden. Wir könnten — um sie und ihr Pressegesindel zum Schweigen zu bringen — noch mancherlei Register ziehen: wo blieben die Ruhrkredite, die Arbeitslöhne darstellen sollten und Effektenhaussen verursachten? Wie heißen die Firmen der Schwerindustrie, die während der Inflation bei der Reichsbank und bei der Seehandlung durch Wechselkredite Vermögen gewannen und die deutsche Mark immer stärker in den Abgrund stießen? Wie stand es eigentlich um Eitel Schieberich, der doch gewisse Beziehungen zu einem ausländischen Winkelbankier gehabt hat? Um wieviel vermehrte sich während des Krieges das Hausvermögen Wilhelms, des Flüchtlings?

Was dieses nationalverderbliche Pressegesindel übrigens betrifft, so wollen wir uns heute einen dieser neuen Trabanten des Herrn Außenministers herausgreifen, Herrn Friedrich Hussong. Diesen Herrn trieb der vaterländische Ehrgeiz, das geflügelte Panama durch Schwanenwerder zu ersetzen. Dabei geriet er an Parvus, ein Zwerg an einen Riesen, ein belangloser Schreibling an einen der hervorragendsten politischen Denker der Gegenwart. Parvus hätte, wenn ihm solch Exkrement vor Gesicht gekommen wäre, eine halbe Handbewegung gemacht: das armselige Kerlchen hat schwer, sein Brot zu verdienen! Wir sind nicht so tolerant. Wir schlagen zurück. Wir schlagen Leichenschänder, wie sich's gebührt. Herr Hussong nennt Parvus einen „östlichen Großschieber und Auspowerer Deutschlands“. Was Herr Hussong sonst über Parvus mitzuteilen hat, ist uns vollkommen gleichgültig. Aber dieses Urteil, von dem wir annehmen müssen, daß ein Mann von dem Range, den Herr Hussong sich selbst zusprechen dürfte, es nur aus genauer Sachkenntnis abgibt, das möchten wir gern belegt haben. Wir nehmen an, daß Herr Hussong nicht — wie der Staatsanwalt im Falle Barmat — erst verhaftet und dann nach den Gründen sucht; solch Verfahren würde der Würde, die wiederum Herr Hussong für sich selbst fordern dürfte, kaum entsprechen. Wir fordern ihn auf, uns die Tatbestände eindeutig und auf das genaueste zu nennen, aus denen heraus er zu seinem Urteil gekommen ist: daß Parvus ein östlicher Großschieber und Auspowerer Deutschlands gewesen ist. Wir warten bis zum Abschluß des nächsten Heftes unserer Zeitschrift, also bis zum Mittwoch, den 21. Januar d. J.

Wie Tirpitz Geschichte schreibt

Von Veit Valentin

Das neueste Buch des Großadmirals von Tirpitz (Politische Dokumente von A. von Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht, Stuttgart und Berlin 1924, Cottasche Buchhandlung) ist von berufener Seite deshalb als „ein großer öffentlicher Skandal“ bezeichnet worden, weil er ohne amtliche Ermächtigung eine Reihe der wichtigsten Geheimdokumente der deutschen Vorkriegsgeschichte veröffentlicht hat. Tatsächlich haben wir bisher etwas derartiges noch nicht erlebt; selbst Fürst Bismarck hat doch den Rückver-

sicherungsvertrag ohne das ganz geheime Zusatzprotokoll in die Presse gebracht, und in seinen Gedanken und Erinnerungen hat er angesichts der reichen Bestände der Friedrichsruher Archive große Zurückhaltung geübt. Ein zweiter Band des Tirpitzschen Werkes ist zu erwarten — wird sich die deutsche Republik zum zweiten Mal einen solchen „großen öffentlichen Skandal“ — vielleicht einen größeren? — gefallen lassen?

Darum haben sich die Politiker zu kümmern. Tirpitzens Verfahren wird an Ungeheuerlichkeit noch bei weitem übertroffen durch Form und Inhalt des Buches selbst.

*

Quellenkritisches.

Der Name „Politische Dokumente“ ist irreführend. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Tirpitzsche Darstellung der deutschen Flottenpolitik, und diese Darstellung führt zahlreiche Dokumente im Wortlaut an. Großer und kleiner Druck hebt in durchaus willkürlich-tendenziöser Weise einzelne Stellen heraus, während er andere verschwinden läßt. Manches fällt auf und erweckt Verdacht. So ist der Bericht des Kabinettschefs von Müller (31. August 1908) in indirekter Rede angeführt, aber genau so gedruckt wie sonst die wörtlichen Zitate (S. 85). Der Bericht Ballins von 1910 (S. 92) ist ohne Datum gegeben und mit ersichtlicher Absicht zurechtgestrichen.

S. 99 ist ein Privatbrief Sir Charles Hardinges an „einen in Berlin wohnenden Engländer, der einen Artikel schreiben soll“ abgedruckt; es handelt sich offenbar um einen Pressevertreter, dessen Namen und Blatt sicher nicht ohne Grund verschwiegen worden ist.

Außerst verdächtig ist die Tatsache, daß ein Brief des Fürsten Bülow vom 11. Juni 1922 nur in indirekter Rede angeführt wird. Da es sich um eine zusammenfassende Beurteilung der Seekriegspolitik seit 1914 handelt, in der Bülow mit seinem alten Mitarbeiter Tirpitz übereinzustimmen scheint, wäre ein wörtliches Zitat recht nötig gewesen. Oder ist Bülow auch manchmal nicht Tirpitzscher Meinung?

Unbegreiflich erscheint es, daß das englische Memorandum über den Nachrichtenaustausch zwischen den beiden Regierungen vom Sommer 1911 nicht im Wortlaut abgedruckt ist. Es heißt darüber: „Der Inhalt des englischen Memorandums läßt sich so zusammenfassen“ — und dann kommen drei klein gedruckte Zeilen mit völlig ungenügenden Angaben.

Die Zahl solcher Auffälligkeiten läßt sich noch sehr vermehren: Berichte ohne Quellenangabe, ohne Datum, in „gekürzter“ Form, aber dann ohne Auslassungszeichen! Was heißt es, wenn hochwichtige Aufzeichnungen über den Staatssekretär von Jagow vom Januar 1913 als „von unterrichteter Seite aufgezeichnet“ charakterisiert werden? Wahrscheinlich handelt es sich um eine Niederschrift des Marineattachés in Rom — warum wird das verschwiegen? Sicher, um den schlechten Eindruck zu verwischen, den der Klatsch des Attachés über seinen Vorgesetzten, den Botschafter, machen muß. Es war ja leider üblich, daß die Marineattachés, deren amtliche Berichte durch die Botschaft den Dienstweg gingen, eine sogenannte „Privat“korrespondenz mit einer dafür besonders bestimmten Persönlichkeit im Reichsmarineamt führten und dabei alles auspackten, was sie amtlich nicht berichten konnten oder durften — denn politisch zu berichten war ihnen ausdrücklich untersagt.

Noch ein Beispiel für die Geheimnistuerei des Tirpitzschen Buches. S. 386 heißt es: „Eine politische Persönlichkeit, die sich um ein besseres Zusammenarbeiten zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichsmarineamt bemühte, hat . . . folgende Aufzeichnungen gemacht.“ Diese an sich recht wertvollen Aufzeichnungen können natürlich erst in ihrer geschichtlichen Tragweite beurteilt werden, wenn der Name des Verfassers bekannt ist. Welchen Sinn kann heute noch ein derartiges Verschweigen haben?

Man wundert sich, daß ein Historiker wie Professor Fritz Kern mit seinem ja freilich schon ramponierten Ansehen diese Tirpitzsche Art, ein Buch zu machen, mitdeckt. Interessant wäre es zu wissen, wer von beiden auf S. 181 zu dem Worte non-valeur die klassische Uebersetzung „Nichtkombattant“ geliefert hat. Ich rate auf Kern — denn Tirpitz dürfte über diese beiden Begriffe Bescheid wissen.

Der Geist des Buches.

Trotz alledem: wir sind Herrn von Tirpitz recht dankbar für dieses Buch. Seinem klassischen Selbstporträt „Erinnerungen“ haben noch manche Züge gefehlt. Man sieht sie jetzt ganz deutlich. Der alte Großadmiral hat Angst vor der Geschichte. Er will ihr rechtzeitig noch in den Arm fallen. Sein Glück ist ja, daß er sich darauf versteht, unbequeme Gegner zu überleben: Bethmann Hollweg, Holtzendorff . . . Von der früheren recht respektablen Klugheit Tirpitzens ist freilich nicht mehr viel übrig geblieben. Das andauernde Schimpfen gegen Bethmann und seinen Kreis wird nicht dadurch sympathischer, daß es sich durchweg gegen Verstorbene richtet. Wie kann man die Militärattachéweishheit, der Abg. Haußmann könne als „vaterlandsloser englischer Agent“ bezeichnet werden, mit einer bestätigenden Anmerkung abdrucken! Belustigend ist das gelegentliche Tirpitzsche Bedürfnis, sich als ressortfromm aufzuspielen. Er, dessen ganzes Leben schließlich die große Politik wurde, der mit allen seinen Kräften den engen Kreis eines an sich sekundären Reichsamtes, der Marine, sprengte — er hält es für nötig, jetzt die Nachwelt zu belehren, er habe da und dort von der Behandlung dieser oder jener Angelegenheit Abstand genommen, denn „sie gehörte in den Entscheidungsbereich des Reichskanzlers, in den ich nicht eingreifen durfte“.

Warum so bescheiden, wenn man früher den Mund so gern recht voll nahm! Klassisches Beispiel: Aeußerung zum neuen englischen Marineattaché: „Wir können natürlich eine ebenso große Marine bauen wie England, . . . aber . . .“

Die Angst vor der Unerbittlichkeit der geschichtlichen Wahrheit bringt Tirpitz gelegentlich zu charakteristischen Versuchen nachträglicher Irreführung. Bülow schrieb am 11. Januar 1909, es sei ihm als Laien aufgefallen, daß Frankreich und England im Mai 1908 bereits 49 bzw. 43 Unterseeboote fertig hatten, während nach der Ansicht des Großadmirals kein Staat vor 1907 ein für die Nordsee geeignetes Unterseeboot gehabt habe. Dazu macht Tirpitz die klassische Anmerkung:

„Tatsache ist, daß keines dieser früheren U-Boote im Weltkrieg zur Verwendung gekommen ist, weil sie technisch unzureichend waren, was unsere Schreier nach U-Booten nicht beurteilen konnten. Der Schreier gilt aber leider in Deutschland mehr als der Experte.“

Der Trugschluß ist deutlich! Wenn im Jahre 1909 der Krieg ausgebrochen wäre, hätte Deutschland dank der Tirpitzschen Vernachlässigung

dieser Waffe überhaupt kein Unterseeboot. Daß im Jahre 1914 auch bei den Gegnern vollkommenere Typen im Gebrauch waren, ist bei dem Versuchscharakter der neuen Waffe ja selbstverständlich. Tirpitz ist schlau genug, diesen sehr schwachen Punkt seines Systems zu merken, und er meint durch eine praktische Anmerkung den Leser darüber hinwegtäuschen zu können.

In dem Abschiedsgesuch Bethmann Hollwegs vom 6. März 1912 heißt es: „Eurer Majestät Marine wird sich auf das heldenmütigste schlagen, aber nach den Mitteilungen, die mir der Staatssekretär des Reichsmarineamtes wiederholt gemacht hat, kann auf ihren Sieg über die englische und französische Flotte nicht gerechnet werden.“ Hierzu merkt Tirpitz an: „Für Frühjahr 1912 zutreffend, war diese Ueberzeugung des Kanzlers im Herbst 1914, wo wir acht Großkampfschiffe mehr besaßen, nicht mehr am Platz und ist zu unserem Verhängnis geworden. Ich konnte deshalb 1914 diese Auffassung des Kanzlers bekämpfen.“ Wenn Bethmanns Ansicht 1912 richtig war, dann war sie es auch 1914 — denn England baute ja bekanntlich auch Großkampfschiffe, und wenn wir in diesen zwei Jahren acht Schiffe in Dienst stellen konnten, dann brachte England mindestens zwölf zustande. Tirpitz weiß genau, daß hier der andere so überaus schwache Punkt seines Systems liegt. Sein „Risikogedanke“ war eben von Grund auf verfehlt — England brauchte zu keinem Zeitpunkt den Kampf mit der deutschen Flotte zu fürchten, besonders wenn die französische und die russische Flotte der englischen als Reserven dienten. Diesen Tatbestand, den er notgedrungen bis zum Kriegsausbruch in amtlichen Gutachten, wenn auch nicht in der Öffentlichkeit, zugegeben hat, möchte Tirpitz jetzt nachträglich verwischen, um den Fluch eines getäuschten, ins Elend gestoßenen Volkes von sich abzuwenden und sich seinen Landsleuten auch in Zukunft in der Pose des getreuen Eckart angelegentlich zu empfehlen.

Gesamtbild: ein polternder geschwätziger Greis, heute viel mehr Querulant als Kämpfer, ordinär an Gesinnung und Mitteln wie von jeher, aber ungeschickt geworden in der Schaumschlägerei, in der er sonst ja die Meisterschaft besaß. (Schluß folgt.)

Der sächsische Parteikonflikt

Von Robert Grötzsch

Wir geben den folgenden Artikel des Genossen Grötzsch über den bedauerlichen sächsischen Parteikonflikt gern wieder, um unsere Leser über die Meinung der einen der streitenden Richtungen zu unterrichten. Vorbehaltlich einer eingehenderen Besprechung des Streitfalls von der anderen Seite möchten wir aber schon jetzt die Auffassung der Mehrheit der Landtagsfraktion wenigstens mit einigen Worten kennzeichnen, die uns auf unseren Wunsch ein Anhänger der Fraktionsmehrheit übermittelt:

In den Artikeln, die jetzt vielfach in der sächsischen Parteipresse gegen die 23 „Disziplinbrecher“ erscheinen, haftet man so gut wie ausschließlich an den Folgeerscheinungen des Konflikts, während man seiner tieferen Ursache ausweicht. Eine Mehrheitsregierung im sächsischen Landtage war nur durch Zusammengehen der sozialdemokratischen Fraktion entweder mit den Kommunisten oder mit Demokraten und Deutscher Volkspartei zu bilden. Das Zusammengehen mit Kom-

munisten in der Aera Zeigner ist traurig mißglückt und hat der Gesamtpartei schweren Schaden zugefügt. Die von der Landesorganisation geforderte Auflösung des Landtags hätte, wie auch das Ergebnis der Reichstagswahl am 7. Dezember zeigt, die Partei in Sachsen wiederum vor den Zwang zu derselben Koalition wie der bisherigen gestellt, wenn die Partei nicht etwa freiwillig eine Rechtsregierung ermöglichen wollte. Es war und ist in Sachsen immerhin eine Regierung vorhanden, wie sie im Reiche durch die Auflösung von unserer Partei erstrebt wurde, deren Erreichung aber selbst im günstigsten Falle gänzlich unwahrscheinlich war. So mußte die Auflösung des Landtags der Fraktionsmehrheit als völlig sinnwidrig und parteischädlich erscheinen. Aus so ausschlaggebenden Gründen hat die Fraktionsmehrheit von dem ihr durch das Organisationsstatut der Gesamtpartei gegebenen Recht Gebrauch gemacht, den Beschluß der Landesorganisation abzulehnen und an den Parteivorstand und die Gesamtpartei zu appellieren. Die Landtagsmehrheit ist der Ueberzeugung, daß sie den Auffassungen und Beschlüssen der Gesamtpartei die Treue gehalten hat, während die Landesorganisation, infolge Verkenennung der zurzeit bestehenden tatsächlichen politischen Machtverhältnisse, in ein nicht nur für die sächsische, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung sehr gefährliches linksradikales Fahrwasser geraten ist.

Wenn scheinbar die sächsischen Parteiorganisationen gegen die Fraktionsmehrheit gesonnen sind, so dürfte sich dies auch dadurch erklären, daß die Parteigenossen der gemäßigten Richtung seit langer Zeit systematisch von der Vertretung ihrer Ansichten in der Parteipresse ausgeschlossen werden.

Ganz unerhört ist es, wenn jetzt zahlreiche altbewährte Parteigenossen aus der Partei ausgeschlossen werden, weil sie die Politik der deutschen Gesamtpartei vertreten und den Empfehlungen des Parteivorstandes Folge geleistet haben.

Die Lösung des sächsischen Parteikonfliktes kann nur durch völlige Klärung der ihm zugrunde liegenden Probleme durch den nächsten Reichsparteitag erfolgen.

Der sächsische Konflikt ist nunmehr über ein Jahr alt. Seinen Drehpunkt bildet die Frage: Landtagsauflösung oder nicht. Der Streit darum hat im Laufe dieses Jahres eine Verschärfung erreicht, der die Reichspartei nicht gleichgültig zusehen darf, und hat Prinzipienfragen aufgerollt, die ebenfalls die ganze Partei angehen. Zur Beurteilung des ganzen Streitkomplexes ist es nicht nötig, an dieser Stelle mit Einzelheiten aufzuwarten; es genügt, die Umrisse des Konflikts zu geben und die grundsätzlichen Punkte herauszuheben.

Der Streit begann damit, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Sachsen am 4. Januar 1924 die große Koalition einging, in der vier Sozialdemokraten, zwei Volksparteiler und ein Demokrat sitzen. Die Fraktionsmehrheit mißachtete damit einen Beschluß, der von einem sächsischen Landesparteitag unter ihrer Mitwirkung gefaßt wurde und besagte, daß vor Bildung einer Koalition ein Landesparteitag einzuberufen sei. Am 6. Januar fand diese Landesversammlung statt; sie erklärte sich gegen diese Koalition, verurteilte das Verhalten der Fraktionsmehrheit als einen Disziplinbruch und forderte die Auflösung des Landtages. Die weiteren Auseinandersetzungen machten die Stellung der sozialistischen Minister noch schwächer, als sie es schon ohnehin war. Die Politik der sächsischen Regierung entwickelte sich höchst unerfreulich, wurde von der übergroßen Mehrheit der sächsischen Genossen abgelehnt

und im politischen Kampfe desavouiert. Der Berliner Parteitag, den man in der Streitsache anrief, setzte zur Prüfung und Schlichtung eine Sachsenkommission ein, die eine vermittelnde Resolution durchsetzte, in der es heißt:

„Höher als alle Vorteile und Nachteile der Koalitionspolitik und einer Koalitionsregierung steht uns die Einigkeit der Partei.

Für die Politik in den Landtagen sind die Landtagsfraktionen den Landesparteiversammlungen und dem Reichsparteitag verantwortlich. Die Entscheidungen der Landesparteiversammlungen sind für die Fraktionen bindend.

Nicht berührt hiervon wird das Recht des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, die Ausführung von Landesbeschlüssen bis zur Entscheidung eines Reichsparteitages zu suspendieren, wenn diese Beschlüsse der Reichsparteitage zuwiderlaufen oder die Interessen der Gesamtpartei schwer schädigen.“

Damit war der Konflikt vertagt. Der Landtag ging in die Ferien, die Gemüter beruhigten sich in dem Bewußtsein, daß im Herbst eine Landesversammlung über die weiteren Richtlinien der sächsischen Politik und über Forderungen an die Koalitionsregierung beschließen sollte. Doch die Personalpolitik des Kabinetts Heldt gab der Unzufriedenheit immer neue Nahrung. Wir verloren mehrere wichtige politische Positionen. Uebertreibungen auf beiden Seiten verschärfen den Streit. Die bürgerliche Presse erklärte sich mit der Koalitionspolitik durchaus zufrieden, während namentlich die Personalpolitik von der gesamten sozialdemokratischen Presse Sachsens angegriffen und abgelehnt wurde. Die sozialistischen Minister antworteten mit einer ganzen Broschüre, in der die Personalpolitik des vorherigen Kabinetts Zeigner in peinlicher Weise bloßgestellt und sozialistische Beamte in unparteiigenössischer Weise preisgegeben wurden. Die Deutschnationalen erkannten den Wert dieses Büchleins richtig, als sie es in Massen nachdrucken und verbreiten ließen. Ministerpräsident Heldt aber erließ einen gerichtlichen Inhaltsbefehl, um die Verbreitung seines eigenen, von ihm mit Namen gezeichneten Machwerkes zu unterbinden! Schon diese Episode genügt hinreichend, um das Niveau zu kennzeichnen, auf das sozialistische Minister durch diese Art der Koalitionspolitik geraten sind. Kein Wunder, daß Genosse Heilmann, der nünmehr vom Parteivorstand zur Untersuchung des Parteiskandals nach Sachsen geschickt wurde, die Reichstagsauflösung für die sächsische Partei als ein „Geschenk des Himmels“ bezeichnete, weil damit ein äußerst günstiger Termin für sächsische Wahlen gegeben war. Um den Kampf möglichst geschlossen führen zu können, wurden Vereinbarungen angenommen, die der Fraktionsmehrheit auf der künftigen Liste der Landtagskandidaten eine reichliche Zahl von Vertretern sicherten. Eine Zahl jedenfalls, die im umgekehrten Verhältnis zu der geringen Schar ihrer Anhänger im Lande stand. Der am 25. und 26. Oktober tagende sächsische Parteitag nahm diese Vereinbarungen an, forderte Landtagsauflösung und Zusammenlegung der sächsischen Landtagswahlen mit den Reichstagswahlen. Niemand sprach dagegen. Die Fraktionsmehrheit nahm diese Entscheidung widerspruchslos hin.

Und nun geschah das Unerhörte: der Parteivorstand empfahl in einer Unterredung mit den Vertretern der Fraktionsmehrheit in Berlin, die Landtagsauflösung erst vorzunehmen, wenn die Vereinbarungen durchgeführt seien, während die Fraktionsmehrheit die Durchführung der Vereinbarungen

einfach unmöglich machte. Sie vertagte den Landtag, noch ehe Bezirkstage die endgültige Wiederaufstellung der Kandidaten vornehmen konnten und ließen durch ihre Vertreter erklären, es käme ihnen gar nicht auf die Mandate an, sondern sie seien gegen die Auflösung des Landtages. Sie können sich also heute nicht einmal mehr auf die Empfehlung des Parteivorstandes berufen, der weder den Leipziger Beschluß anfocht, noch die Nichtauflösung empfahl, sondern auf Vereinbarungen bestand, die die sächsische Partei im Interesse der Einheit der Bewegung durchzuführen willens war, obgleich vom demokratischen Standpunkt dagegen schwere Bedenken sprachen.

Dieser erneuten Provokation durch die Fraktionsmehrheit, die sich von 25 auf 23 vermindert hatte, folgten die Ausschlußanträge in den Organisationen. Gegen die 23 standen 17 Genossen der Fraktionsminderheit und sämtliche sächsische Bezirke. Die Außenseiter hatten seit dem 4. Januar nie viel hinter sich gehabt, aber nach Vertagung des Landtages am 8. November schrumpfte ihre Anhängerschaft auf ein Nichts zusammen. Der einzige Bezirk, der bis dahin noch zu ihnen stand, Chemnitz-Stadt, nahm eine der schärfsten Resolutionen gegen den Disziplinbruch an. Nun reisen die Vertreter der Dreiundzwanzig im Lande umher und arrangieren Sonderversammlungen, mit denen sie beweisen wollen, daß sie doch etwas hinter sich haben. Alle diese krampfartigen Veranstaltungen tragen den Charakter der Sonderbündelei und man muß sich nur darüber wundern, daß bis heute der Parteivorstand noch nicht dagegen eingeschritten ist. Die Bürgerlichen aber gebärden sich dreister denn je und drohen in ihren Blättern gelegentlich mit der Landtagsauflösung, um die Dreiundzwanzig gefügig zu erhalten. Die kapitalistischen Gralshüter erklären unverfroren: die Koalition sei nicht mit der Sozialdemokratischen Partei Sachsens, sondern eben mit den 4 Ministern und den 23 Abgeordneten geschlossen worden. Unsere sächsische Fraktionsmehrheit erhebt gegen solche Deklarationen keinerlei Widerspruch und trägt damit zur völligen Diskreditierung des Koalitionsgedankens bei. Das „Hamburger Echo“ traf den Nagel auf den Kopf, als es zu den sächsischen Skandal kürzlich erklärte: „Mögen die Gründe der betreffenden „rechten“ Genossen sachlich noch so viel für sich haben; wenn es ihnen nicht gelingt, die Massen der hinter ihnen stehenden Partei von der Richtigkeit ihrer Anschauung zu überzeugen, dann müssen sie eben ihr Spiel preisgeben. Wir müssen ganz offen erklären, daß uns der sächsische Vorgang weder mit demokratischen noch mit sozialistischen Grundsätzen vereinbar erscheint. So kann man keine Politik machen!“

*

Wir betonen, daß man dem sächsischen Konflikt nicht mit der Richtungsschablone, nicht mit Unterscheidung zwischen rechts oder links beikommt, sondern zahlreiche Genossen und Mitgliedschaften, die sachlich auf dem Boden des rechten Flügels der Gesamtpartei stehen, erklären sich rundheraus gegen das Verhalten der Dreiundzwanzig. Glaubt jemand, daß eine solche Situation für die Sozialdemokratie tragbar, eine solche Koalition haltbar und eine so diskreditierte, zerrissene sozialdemokratische Fraktion noch arbeitsfähig ist?

Auf die sehr anfechtbare Rolle, die der Parteivorstand in diesem Konflikt gespielt hat, soll hier nicht eingegangen werden. Es erscheint auch zwecklos,

darauf zu verweisen, daß sich vor der jetzigen Regierungsära die sozialdemokratische Linke in Sachsen diesen oder jenen Fehler zuschulden kommen ließ, sondern es kommt darauf an, in Sachsen die Einheit und Schlagkraft der Partei wiederherzustellen, und das ist nur möglich, wenn Grundsätze anerkannt werden, die bisher als Grundlagen unseres Parteilebens galten. Zwei Prinzipienfragen treten da besonders hervor. Die erste: Kann eine Fraktion dauernd eine Politik gegen den Willen des erdrückenden Teiles der Mitgliedschaften betreiben? Im sächsischen Fall: Kann die sozialdemokratische Fraktion eines Einzelstaates dauernd gegen die Beschlüsse der Landesorganisationen verstoßen? Einer Fraktion muß selbstverständlich jene Bewegungsfreiheit gelassen werden, ohne die im parlamentarischen Leben nicht auszukommen ist. Es gibt da Fragen, die plötzlich auftauchen, rasch beantwortet werden müssen und nicht immer vorher durch einen Parteitag zu klären sind. Aber eine Fraktion muß fühlen, was möglich ist und was nicht, was die Mitgliedschaften zur Not verstehen und was sie unheilbar verwirren muß! Unmöglich ist auf die Dauer eine Koalition, die nicht nur den Widerstand der gesamten Landesorganisationen findet, sondern in die man mit einem Disziplinbruch und einer dadurch zersplitterten Fraktion geht. Das ergibt für die beteiligten Sozialdemokraten von vornherein eine so schwache Position, daß selbst eine Parlamentsauflösung unter ungünstigen Umständen immer noch das kleinere Uebel ist. Und in solchem Falle behält der Grundsatz der österreichischen Parteigenossen recht, wonach eine falsche Politik, die getragen ist vom Willen der breiten Anhängerschaft, immer noch richtiger ist, als eine richtigere Politik, die die Parteimehrheit gegen sich hat. Die Fraktionsmehrheit in Sachsen beging ein Drittes: Sie trieb eine falsche Politik gegen den Willen der erdrückenden Mehrheit der Mitgliedschaften.

Die zweite Frage: Darf die Kandidatenfrage derart zum Mittelpunkt des — sagen wir milde — Verständigungsbemühens werden, wie das in den durch den Parteivorstand vorgeschlagenen Vereinbarungen geschehen ist! Die Kandidatenaufstellung ist das vornehmste Recht der Mitgliedschaften. Die Mitglieder geben ein Vertrauensamt, das weder erblich noch pachtweise verliehen wird. Ist es zur Ueberbrückung von Gegensätzen nötig, so wird eine kluge Organisationsleitung möglichst auch Kandidaten einer Richtung berücksichtigen, die wenig Anhänger in den Mitgliedschaften hat, sofern diese Kandidaten von Mitgliedschaften ordnungsgemäß vorgeschlagen sind. Darum wäre es zu verstehen, wenn die oberste Parteileitung in diesem Sinne kritische Fälle beeinflußt. Was aber besagten die Vereinbarungen, deren Durchführung der Parteivorstand zur Voraussetzung der sächsischen Landtagsauflösung machte? Von dreiundzwanzig Sitzen sollten der Fraktionsmehrheit mindestens fünfzehn wieder zufallen, und die Bezirksvorstände verpflichteten sich, in diesem Sinne zu wirken. Die Bezirksvorstände sind bekanntlich nicht allmächtig. Wenn dieser oder jener Abgeordnete von den Mitgliedschaften nicht mehr als vertrauenswürdig befunden, nicht wieder aufgestellt wird, so kann kein Bezirksvorstand die Aufstellung erzwingen. Was aber in diesem Falle geschehen sollte, darüber schweigen sich die Vereinbarungen aus — und das war ihr schwächster Punkt. Sehr oft dürfte den Mitgliedern diese Art der Vergebung von Mandaten nicht zugemutet werden, denn es muß zu unhaltbaren Zuständen führen und zur Diskreditierung des Parlamentarismus wie der

Demokratie, wenn die höchsten Vertrauensämter des Volkes und der Partei derart zum Objekt eines Streites werden.

*

Es geht hier um Grundsätze der Demokratie, die eine sozialistische Partei nicht mit Füßen treten lassen darf, will sie nicht alle Gefahren der Desorganisation heraufbeschwören. So gesehen ist der sächsische Konflikt nicht nur ein Streit um unangenehme Koalitionsergebnisse oder um die Zweckmäßigkeit einer Landtagsauflösung. Da sich die Gesamtpartei mit dem Konflikt wird befassen müssen, seien die prinzipiellen Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt, zumal auch die Landesorganisationen anderer Einzelstaaten stark an der Frage interessiert sind, wie weit sie die elementarsten politischen Angelegenheiten ihres Landes durch ihre Mitgliedschaften bestimmen lassen dürfen und wie weit nicht. Der sächsische Parteistreit allerdings wird durch Diskussionen allein nicht bereinigt; er verträgt keine weitere Entwicklungen mehr und läßt keinen anderen Ausweg offen als die Landtagsauflösung, denn je länger der gegenwärtige Zustand dauert, desto ungünstiger werden für uns die Chancen einer kommenden Wahl, desto kritischer die Zuspitzung in der Partei.

Der entblätterte Fridericus

Von Otto Bellmann

(Fortsetzung)

Der Philosoph.

Zwischen Regieren, Dejeunieren, Versemachen und Flötespielen fand Friedrich noch Muße und Drang, sich der Philosophie zu ergeben. Philosophie war damals nicht ödes, engabgegrenztes Fachwissen, sondern allumfassende Weltweisheit, Wissen und Künden um alle und die letzten Dinge.

Es gibt ein recht beißendes, zeitgenössisches Urteil über diesen philosophierenden König, das 1755 in einer Unterhaltung zwischen einem dreißigjährigen Gelehrten und einem angeblichen „Hofmusikus des Königs von Polen“ zum Ausdruck kam. Dieser, der „mit solcher Zungenfertigkeit und in so selbstgewissem Tone über Politik, Philosophie, Religion, verschiedene europäische Regierungen und Könige“ sprach, gab auch vor, den König von Preußen nicht leiden zu können, und erwiderte auf die diesbezügliche Frage des andern: „Weil ein König, der schriftstellert, ein anspruchsvolles Wesen ist, mit dem sich schwer auskommen läßt, das oft den Wissenschaften zu Liebe seine Staatsgeschäfte vernachlässigt, die doch an erster Stelle alle seine Sorgfalt und alle seine Aufmerksamkeit verdienen . . .“ Dieser Hofmusikus war Friedrich selbst, der damals in dieser Vermummung nach Holland reisen wollte, und sich selbst auf diese schlagende Weise abkonterfeite hat. Sagt doch auch wiederum Bismarck, daß Friedrich „die Politik im Stile einer durch Generale ausgeführten Königlichen Ordre betrieb“.

Aber verdunkelte der Philosoph denn den tätigen Staatsmann? Ueber den siebzigjährigen König schreibt der treuergebene Lucchesini: „Im allgemeinen verfährt er, auch wenn er als Schriftsteller spricht, doch als König. Da er in seinem Lande Despot ist, so gibt er sich auch allein die Gesetze in der Kunst und in der Wissenschaft, und deshalb ist er Despot als auch

Dichter, Redner, Geschichtsschreiber und Philosoph: so unumstößlich ist die Wahrheit, daß man den Werken eines Schriftstellers die Lebensstellung, in der sich ihr Verfasser befindet, doch sehr anmerkt“.

Mit dieser Kennzeichnung der Form will Lucchesini keineswegs auch den Gehalt der von Friedrich vorgetragenen Wissenschaften gutheißen. Der Italiener stammte selbst aus einer alten Gelehrtenfamilie, kam aus der strengen Schule der Humanistik, während Friedrich sich seine Kenntnisse als Jüngling stets nur auf der Flucht vor den väterlichen Prügeln hatte erwerben können. So sagt Lucchesini in seinen wiederkehrenden Vermerken über wissenschaftliche Unterhaltungen am 18. April 1781: „Mittags-tafel. Von den Naturwissenschaften versteht der König wenig, von Lenné hat er keine große Meinung und auf einen Scherz La Mettrie's hin behandelt er ihn als Charlatan“. — Oder von Astronomie: „20. Juni 1783. Die Rede kam auf Naturkunde, wovon er nichts versteht; so hat er auch von den Bestrebungen andrer keine Achtung. Von dem System der Welt macht er sich sehr oberflächliche Vorstellungen“. — Oder über Geographie am 5. Mai 1781: „Ich hörte mit Erstaunen, daß der König Groß-Tibet in die Nähe von Kamtschatka verlegte“; oder am 8. Juli 1781: „Der König bekannte seine Unwissenheit bezüglich der Geographie von Asien und der europäischen Niederlassungen in Indien. Er zeigte sich wenig bewandert in der Geschichte dieser Länder und glaubt an die alten Geschichten. Ich habe ihm dies entgegengehalten“. — Oder über Mathematik am 19. Juni 1782: „Da er nichts von Mathematik versteht, fällt es ihm schwer, den Vertretern dieser Wissenschaft großen Ruf zuzusprechen. Es machte ihm wenig Kummer, Euler abgehen zu sehen, und das Verdienst von La Grange schlägt er nicht eben hoch an . . . Auf die wirtschaftlichen Schätzungsangaben des Königs ist kein Verlaß . . .“ — Am 30. Juni 1783: „Törichte Erörterungen über den Nutzen oder die Nutzlosigkeit der Geometrie. Ich erkühnte mich, dem König zu widersprechen“. — Am 2. August 1783 schreibt Lucchesini: „Sein mangelhaftes Wissen in den Elementen der Mechanik veranlaßt ihn zu dem Glauben, daß diese Wissenschaft sehr wenig wert sei. In diesem Fache ist er voll von Vorurteilen“.

Auch mit der wissenschaftlichen Seite der von Friedrich praktisch betriebenen Tätigkeiten scheint es nicht zum besten bestellt. Seine, wenn auch erfolglosen Bemühungen um die Schaffung einer preußischen Handelsflotte werden durch seine diesbezügliche Unwissenheit einigermaßen erklärt, wenn Lucchesini am 13. September 1783 schreibt: „Die Mittagstafel dauerte lange und die Gespräche wechselten. Gegen Schluß wurde von Schifffahrt gesprochen, wobei sich Gelegenheit bot, des Beistandes zu gedenken, den Geometrie und Astronomie jener Kunst geleistet haben. Der König versteht von beiden Wissenschaften nichts, will aber seine Unwissenheit mit seiner Geringschätzung derselben rechtfertigen und behauptet deshalb, diese Wissenschaften hätten der Schifffahrtskunde keinen Beistand geleistet. Um diesen Widersinn aufrecht zu erhalten, gebrauchte der König jeden Kunstgriff, und zeigte überhaupt, daß er gar nicht weiß, was Schifffahrt eigentlich heißt, und worin die Elemente eben der Wissenschaften, die er nicht anerkennen will, bestehen . . .“ — Schließlich am 9. Mai 1783: „Der König behauptet, ein Ingenieur zu sein; es ist aber nur eine Stimme, daß er nichts davon versteht. Er möchte für einen Geometer gelten und hat auch von der Hypotenuse eine klare Vorstellung; aber er verachtet die Geometer, woraus hervorgeht, daß er den Wert der Wissenschaft nicht kennt“.

Entscheidend bei diesem beständigen geistigen Getummel war für Friedrich, daß er ein Publikum hatte. Lucchesini hat seine Gunst dadurch gewonnen, daß er sich anfangs die königlichen Dichtungen tagtäglich vom Verfasser selbst vorlesen ließ. Die Aufzeichnungen des Vorlesers de Catt stimmen durchaus mit Lucchesini überein. Mitten im Siebenjährigen Krieg, in dem Friedrich — allerdings sehr öffentlich — mit dem Selbstmord spielte, an demselben Tage, an dem er bedauerte, daß „dieser Unglückskrieg ihn zwingt, die inneren Verwaltungsangelegenheiten ihren eigenen Gang gehen zu lassen“; „es bleibt mir nicht so viel Zeit übrig, an alles zu denken und allem zu steuern“ — an demselben Tage berichtet de Catt: „Nach Tische spielte der König eine Viertelstunde Flöte, diesmal, wie er sagte, zur Verdauung. Dann ging er wieder an seine schriftstellerische Arbeit vom Vormittage oder verbesserte ältere Arbeiten und die während des Feldzuges entstandenen Sachen. Um 5 Uhr wurde ich befohlen und blieb bis 7. Während der zwei Stunden, die ich bei ihm saß, sprach der König über sein schriftstellerisches Pensum vom Morgen und Nachmittag und las mir dann wohl eine Leichenrede oder ein philosophisches Werk vor. Das gab dann Anlaß zu Bemerkungen, bisweilen auch zu einigen Debatten. Die Regeln der Debatte wurden oft nicht allzu genau eingehalten. Man gewährte volle Redefreiheit, aber man gestattete sich selbst das größere Maß davon, wodurch jene huldvoll geleistete Freiheit mitunter gleich null wurde. Entweder verweigerte man die verlangten Begriffsbestimmungen, oder man fand eine Begriffsbestimmung schlecht, sobald sie nämlich einen Widerspruch, in den man sich mit seinem Raisonement hineingeredet hatte, an den Tag brachte; oder man schnitt das Wort kurz ab mit der einfachen Erklärung: das ist falsch . . .“

Der Literat Friedrich suchte nicht nur geduldige Zuhörer und widerspruchslose Bewunderer, er wollte erbarmungslos jeden andern gleichsam vor sich zu Boden sehen. So berichtet der französische Gesandte du Mesnil: „Es gefiel ihm, von niemandem etwas Gutes zu sagen, alle Welt zu verurteilen und sich selbst zu bewundern“. Katharina von Rußland schrieb (in ihrer Ausgabe von Deninas Essai über Friedrich) an die Stelle über seine während des Krieges gedichteten „Elegien“: „Prinz Henri behauptete, daß sein königlicher Bruder immer solche Verse vorbereitete und in schwierigen Lagen aus der Tasche zog, damit man darüber erstaunen möge, wie er sich doch immer noch genug Geistesgegenwart bewahrt habe, ergötzliche Dichtungen zu verfassen“. Und Bismarck abermals erinnert daran, daß Friedrich aus dem Felde Gedichte versandte mit der Unterschrift: „Nicht übel für den Vorabend einer großen Schlacht“.

Man sieht ihn förmlich dabei im Spiegel — den Vater des Vaterlands. O nein: nur den „einsamen“ Schönggeist!

Der Held.

Friedrich erhielt gewiß bereits zu Lebzeiten den Beinamen des „Großen“; aber es war nicht das treue, ergebene und dankbare Preußenvolk, das ihm mit dieser Betitelung seinen Dank abstattete. Nein, es war der „Erbfeind“, der Franzose, der ihm nach der berühmten Schlacht bei Roßbach, wo Reichsarmee und Franzosen in drei Stunden „besiegt“ wurden, begeistert so nannte, genauer die französische Bigotterie und der ihr verbundene Pariser Straßenpöbel, der die antipreußische Politik der Pompadour bekämpfte und damit verhöhnen wollte. Auch in London, im schnöden

Albion, hat man ihm den Ehrennamen beigelegt. In Preußen selbst hatte es damit wohl noch gute Weile.

Man versteht Friedrich überhaupt nur als Menschen und Herrscher in allen Bezirken, wenn man weiß, daß er Zeit seines Lebens den Blick wie fasziniert auf Paris gerichtet hielt. Er hat sich, um in bedrohlichen Zeiten Frankreichs Gunst und besonders Friedenswilligkeit zu erkaufen, nicht gescheut, jahrelang die literarische Komödiantenrolle des Lebensmüden zu spielen. (Ellis ist so boshaft, ihn deshalb mit erster Miene den Vorläufer Werthers zu nennen, trotzdem er weiß, daß die Selbstmörderrolle Friedrichs als etwas höchst Zweckdienliches angelegt war.) In der Korrespondenz, die an Voltaire unmittelbar oder über die Schwester Wilhelmine mittelbar ging, mit der ausgesprochenen Absicht, alles darin Enthaltene in Paris breitzutreten, gibt er seinem Verlangen nach Selbstmord unausgesetzt in Prosa und Versen Ausdruck. Der ganze pompös-antike Wortschatz aus Voltaires Tragödien „Brutus“ und „Cäsars Tod“ marschiert auf. All das, um Frankreich auf die Erhaltung des treuesten Bundesgenossen, den fortgesetzt nach dieser Stellung zurückverlangt, hinzuweisen. Denn während er die Todeslegien singt, läßt er gleichzeitig durch Bevollmächtigte um Frieden in Paris unterhandeln. London, für dessen Rechnung — „Subsidien“ — er gegen Frankreich kämpft, wird mißtrauisch und vermahnt ihn; aber er schlüpft bei seinem Doppelspiel mit ebenso dreisten wie pathetischen Ausflüchten hindurch. Am 6. September 1757, im zweiten Jahr des Krieges, zwei Monate vor dem glorreichen Roßbach, winselt er in einem Brief an den französischen Oberbefehlshaber, den Marschall Richelieu, um Frieden: „Es handelt sich um eine Kleinigkeit, mein Herr: Frieden zu schließen, wenn man ihn will . . . ich kann mich nicht überzeugen, daß eine Verbindung, die sechzehn Jahre gedauert hat, keine Spuren in den Gelstern hinterlassen hätte; vielleicht beurteile ich andre nach mir selbst. Wie dem schließlich auch sei, ich ziehe es vor, meine Interessen dem Könige, Ihrem Herrn, viel eher anzuvertrauen, als jedem andern“. So der deutsche Kurfürst Friedrich von Brandenburg!

Aber zu diesem Ende läßt er nicht nur das Gemüt erklingen, sondern greifbarere Argumente. Die Pompadour, die für Friedrichs ungesunde Politik des deutschen Bürgerkrieges gegen Sachsen, Mitteldeutsche und Oesterreicher nichts übrig hatte, verzichtete auf seine hundertfach angebotene Bundesgenossenschaft. Wenige Wochen nach dem Schreiben an Richelieu ließ er der Pompadour das Fürstentum Neufchatel auf Lebenszeit als ihren Besitz anbieten. Als auch das nicht verfiel, schimpfte er dann nach Art Unreifer hinter ihr her, indem er — Halbmann, der er war — die Pompadour, Katharina von Rußland und Maria Theresia, die Mutter von sechzehn Kindern, als „die drei ersten Huren Europas“ bezeichnete. Friedrichs unerwiderte Liebe gegen Frankreich war sicherlich sein tragischstes politisches Erlebnis. Denn Preußens oder gar Deutschlands Schicksal ließ ihn im Grunde eiskalt.

Man verfolge nur diese große Linie: Am 1. Oktober 1757 schreibt Friedrich an den Minister Graf Finckenstein: „Wir sind verloren; aber ich werde untergehn, den Degen in der Faust“. Eine Woche später war er von Voltaire mit leisem Spott zu männlichem Ausharren ermahnt worden; aber wie ein unter dem Tisch feixender Junge schreibt er der Schwester Wilhelmine: „Ich habe über die Ermahnungen des Patriarchen Voltaire gelacht; ich nehme mir die Freiheit, Dir die Antwort zu schicken“. In dieser Antwort stehen die berühmten Zeilen, von denen sich die geistige

Leibgarde der Hohenzollern, wie sie sich selbst nannte, die Treitschke und Erich Schmidt in devoter Männlichkeit überschlugen:

„Pour moi, menacé du naufrage,
Je dois en affrontant l'orage,
Penser, vivre et mourir comme Roi.“

Also etwa — der Autor selbst hätte es sicher schlechter übersetzt — :

„Mir, dem vom Schiffbruch bedrohten,
gilt's, dem Sturme die Stirn geboten,
als ein König zu denken, leben und sterben.“

Man soll es ihm nicht verübeln, daß er's beim ersten Pulverriechen, ebenso wie viele andre, mit der Angst bekam. Aus seiner ersten und „siegreichen“ Schlacht bei Mollwitz 1740 riß er bekanntlich aus und hatte durch seine eigene Haltlosigkeit bereits so viel Verwirrung gestiftet, daß erst nach seiner Entfernung Schwerin das Treffen wiederherstellen und zum Erfolge führen konnte. Friedrich soll überhaupt nie während des Kampfes eine überlegene Ruhe bewahrt haben. Aber das sind ja mehr oder minder Kommißtugenden. Entscheidend ist es nur, wie er „als ein König, dem Sturme trotzend, starb“. Im Jahre 1759, als es ihm militärisch nicht wesentlich schlechter ging als 1757, hat er selbst einen Friedensentwurf aufgestellt, der ungefähr die Bedingungen des sogenannten Tilsiter Schmachtfriedens von 1807 enthält. Darin ist er bereit, seine westlichen und östlichen Besitzungen abzutreten, also die Wacht am Rhein an die Franzosen und das Ostpreußen der Deutschritter an die Russen. Dafür hoffte er allerdings entschädigt zu werden, wie er sich in seinem Sechsdreier-Französisch ausdrückte: „La Saxe . . . soit enfein quel pais lon voudra pourvu quil ait de l'ongand pour la brulure“. Also: „Sachsen . . . oder welches Land man sonst will, vorausgesetzt, daß es nur eine Salbe für die Wunde ist“. Als man ihm die Aussichtslosigkeit auf diese deutsche Wundsalbe nahelegte, rief er aus: „Kann ich denn keinen Tauschhandel machen und das Herzogtum Cleve, das preußische Geldern und das Fürstentum Mörs gegen Mecklenburg eintauschen?“

Nach der Niederlage von Maxen, während der er mit dem Dichten einer „Parodie auf den Prediger Salomonis, in Anlehnung an Voltaire“ beschäftigt war und in der neun Generale, 35 Schwadronen, 18 Bataillone, 66 Kanonen und ungezählte Fahnen verloren gingen, rief er seinem Vorleser de Catt zu: „Die Ehre, mein Lieber, die Ehre ist ein Verlust, der sich nicht messen und sich nicht wieder gutmachen läßt. Dazu sind Jahrhunderte nötig, um diesen Verlust und diesen Schandfleck auszulöschen“ und zitierte einige tragische Verse Racines. Aber schon am nächsten Tage hatte er sich mit der Lage so weit abgefunden, daß er sich persönlich durch Abdankung in Sicherheit bringen wollte. Zu de Catt bekannte er: „Wenn ich eines Tages aus diesem entsetzlichen Gewirr herauskommen kann, mein Freund, dann wüßte ich wohl, wie ich den mir vom Geschick zugemessenen Rest meiner Tage verbringen möchte. Ich würde mir eine Provinz vorbehalten, deren jährliche Einkünfte sich auf 100 000 Taler belaufen müßten. . . . Meine Mahlzeit würde sehr einfach sein. Zwölf-tausend Taler jährlich sollten für meinen Tisch genügen, zwanzigtausend würde ich auf meine Lieblingslaunen verwenden und der Rest bliebe für meine Gefährten, die auch nach meinem Tode etwas bekommen sollten, um sich bisweilen meiner zu erinnern . . .“ Er zeigte mir den RiB eines

Wohnhauses für sich und sechs Freunde — fährt de Catt fort —, den er am Morgen entworfen hatte, und schloß mit den Worten: „Adieu, mein Lieber, ich will mich zu Bette legen. Denken Sie an mich und meinen hübschen Abdanckungsplan. Gute Nacht!“ — Penser, vivre et mourir comme roi!

Ellis meint, Friedrich habe auch schon bestimmte Oertlichkeiten im Auge gehabt, England oder eine englische Insel, vielleicht habe er auch (bei seiner freien religiösen Schmählust) damals schon an das duldsame Holland gedacht. — Ja, sie hat Tradition, diese Familie! (Forts. folgt.)

Der streitbare Islam

Von Albin Michel

In den Völkerschaften des Islams gärt und brodelt es. Wie sich in den letzten Jahren vielfach Ansätze zu einer panislamitischen Bewegung gezeigt haben, die sich von Nord- und Mittelafrrika bis nach Britisch-Indien und China, weiter darüber hinaus bis nach Holländisch-Indien und bis zu den Philippinen ausdehnt, so machen sich wieder in den einzelnen mohammedanischen Völkern und in den Ländern, wo Mohammedaner in größerer Zahl wohnen, Stimmungen und Aktionen bemerkbar, die auf eine Konzentration der Mohammedaner im kleinen hinausgehen. Fast überall, wo Anhänger Mohammeds in größerer Zahl und dichter zusammengedrängt leben, zeigen sich Unruhen und Widerstandsgeist gegen die europäischen Herrscher. Im ganzen Nordafrika bis hinunter zum Blauen Nil im Sudan, in Arabien, in Mesopotamien, in Syrien, Transjordanien, Palästina und Britisch-Indien, überall zeigt die mohammedanische Welt schon seit Jahren eine außergewöhnlich große Aktivität. In vielen dieser Bewegungen mag oft noch eine recht große Unklarheit stecken, sie mögen sich selbst bekämpfen, wie es zwischen den Volksstämmen in Arabien geschieht, sie laufen aber alle darauf hinaus, die Herrschaft der Europäer abzuschütteln.

Dabei gehört der Islam zu den Hauptreligionen, die in der gegenwärtigen Zeit noch die meisten Anhänger gewinnt. Die Anhängerschaft des Islamismus nimmt zu in Mittelafrrika, er dringt in Abessinien vor, ebenso wie in Sibirien, in China und Holländisch-Indien. Sogar in einigen Gebieten des europäischen Rußlands, in der Wolgagegend, hat er in den letzten Jahren die Zahl seiner Anhänger vermehrt. Mit diesem Vordringen und mit dem Aufkommen des Gedankens einer islamitischen Konzentration verliert der Mohammedanismus auch vieles von seiner Unduldsamkeit und von seinem Fanatismus. Nicht überall im Islam herrscht mehr die Starrheit, die Gebundenheit und der Mangel an Anpassungsfähigkeit wie bei den Senussi, bei den Wahabiten und bei den afrikanischen Berbern. Zumindestens von Asien kann gesagt werden, daß der Islam im allgemeinen um so geschmeidiger und anpassungsfähiger wird, je mehr er vom mohammedanischen Kernland, von Arabien, entlegen ist. Schon die Bewohner Persiens sind weit entfernt von jener Starrheit und von jenem Fanatismus, der so bei den Sektierern im Innern Arabiens und bei den mohammedanischen Bruderschaften im Norden Afrikas hervortritt, noch weniger neigt der Moslem Britisch-Indiens oder gar Holländisch-Indiens zur Orthodoxie.

Fast alle Völker, die sich zum Mohammedanismus bekennen, sind unter fremde Herrschaft gekommen. Die Engländer, die Franzosen, die Russen,

die Holländer, die Italiener, die Nordamerikaner (auf den Philippinen), sie alle haben in größerer oder geringerer Zahl mohammedanische Völker in ihren Kolonien. Auch in Jugoslawien, in Bulgarien und Albanien wohnen Mohammedaner. Der Islam bläst nun wieder zum Sammeln, er zeigt die Tendenz, seine Kräfte von neuem anzuwenden. Daß daneben zwischen mohammedanischen Völkerschaften selbst Differenzen bestehen, daß die Türkei mit Persien und Mesopotamien Grenzstreitigkeiten hat, daß Ibn-Saud, der Führer der Wahabiten, aus dem Innern Arabiens vordrängt und sich eine mächtigere Stellung schaffen will, und daß zwischen den Sunniten und Schiiten immer noch Unterschiede bestehen, sind Nebenerscheinungen, die in den Hintergrund treten. Auch die Abschaffung des Kalifats hat im Islam nicht jene unterminierende Wirkung gehabt, wie in Europa vielfach angenommen worden ist. Gewiß, es gibt noch fromme Anhänger Mohammeds, die in der Abschaffung dieser dreizehnhundert Jahre alten Einrichtung einen schweren Verstoß gegen Allahs Gebote sehen, aber auch diese Ansicht wird mit der Zeit, hier früher, dort später, anderen Auffassungen Platz machen. Auf keinen Fall kann aber heute noch ein Kalif eine über seine weltliche Macht hinausgehende Bedeutung erlangen, der von einer europäischen Macht abhängt oder eingesetzt ist. Auch innerlich hat sich der Islam in den letzten Jahren gefestigt. In der Türkei sind vielfach im Staat, in der Gesellschaft, in der Erziehung, im wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Leben Umänderungen eingeführt worden, bei denen man zweifelhaft sein kann, ob die Völker Anatoliens schon dafür reif sind. Der Fatalismus vergangener Zeiten ist vielfach der politischen Aktivität und einer starken geistigen Beweglichkeit gewichen. Von Aegypten angefangen bis hinüber nach Syrien, der Türkei und Persien und bis hinter nach Afghanistan und Britisch-Indien haben sich die Zeitungen der Mohammedaner überall stark vermehrt, und diese mohammedanischen Zeitungen haben oft eine Auflagehöhe erreicht, die früher undenkbar war.

Bisher hat sich der Islam staatlich und politisch ein Zentrum geschaffen, das die Türkei, Persien und Afghanistan umfaßt. In diesem durch politische Verträge verbundenen Zentrum, das vom Mittelländischen Meer bis an die Uebergangspässe des Hindukusch reicht, sehen Mohammedaner, die über das rein Religiöse hinausblicken, das Kernstück einer neuen Konzentration des Islams. Weltmächte sind weder die Türkei, noch Persien und Afghanistan, aber als Gesamtheit und für Asien stellen sie doch immerhin eine ansehnliche Macht dar. Was diesen Ländern an militärischer und wirtschaftlicher Kraft abgeht, wird teilweise ersetzt durch das innere Verbundensein mit mehr als 200 Millionen Glaubensgenossen in anderen Gebieten. Gleichzeitig wirkt das Bestehen dieses mohammedanischen Staatenblocks in Asien stimulierend auf die Mohammedaner in anderen Ländern ein. Wie heute ein unfreundlicher Akt gegen einen mohammedanischen Staat in den Außenbezirken des Islams, in Nordafrika so gut wie in Indien, anders aufgenommen wird als noch vor einem Jahrzehnt, so haben auch Vorkommnisse in diesen mohammedanischen Außenbezirken in den Zentren des Islams viel andere, schnellere und schärfere Wirkungen als vordem. Trotzdem die Voraussetzungen dafür fehlen, daß der Islam noch einmal in einem einheitlichen Staatswesen gesammelt werden kann, wird er künftig doch wieder eine größere Geltung erlangen als in den beiden letzten Jahrhunderten.

Hochbetrieb!

Von Josef Maria Frank

Was tut sich nur auf dem kleeneen Globus bloß —!
Wenn man ganz nüchtern, per Lupe sich das so betrachtet,
fühlt man sich schließlich ganz merkwürdig geistig umnachtet —
denn: es *ist* schon „was“ los —!

Zum Bleistift: z. Zt. hauen sich die Chinesen,
die Russen bandeln mit dem ollen Dalai-Lama und Tibet an,
in Revolutionen machen Georgien, Persien, Afghanistan,
von Indien werden wir nächstens lesen,

sogar Afrika fühlt ein kannibalisches Wühlen,
es wackelt im Süden, es kracht im Sudan, in Tripolitaniem,
fern im Süd das riviera-durchsäuselte, schöne Spanien
schlägt sich herum mit den Rifkabylen,

Mussolini fühlt des Meeres und des Hasses Wellen,
in den Sèvre-Porzellanladen klirrt mit Pengpeng die Türkei,
in Aegypten schreit man „Da capo!“ und wäre auch gern dabei,
in old Germany wärmt man olle Kriegsschuldkaemellen,

im südlichen Balkan bezieht sich der Himmel mit rötlichen Borden,
im heroischen Griechenland meckert der Geist der Zicke Antike,
in Sowjetrußland bleibt sie dito nicht harmlos und stike,
sogar am Nordpol ist einer verrückt geworden,

auch oberfaul ist es im Staat Sao Paul,
es stänkert schon wieder das südamerikanische Frauenzimmer,
auch Uncle Sam riskiert, so liest man noch immer,
gegen Jap eine Lippe wie'n Droschkengaul,

kurz: in Ost, West, Süd, Nord, überall sprießen
freiweg Bajonette, krachen Granaten und Mauserpistolen,
will einer den andern verkeilen und prima versohlen,
ist eine Hausse in sehr duften Krisen!

Was sich alles nur tut auf dem Globuskloß —!
Überall Hochbetrieb! Mindestens Erdbeben, Ueberschwemmungen,
Wirbelstürme, Pleiten, Hungerkrawalle, Morde u. ä. Hemmungen!
Überall — (*nur* in Genf is nicht los...!)

Hohenzollern als Landesverräter

In französischem Sold gegen den deutschen Kaiser — Sie verkaufen das Elsaß

Von Senator Dr Gerth

Die jetzt so zahlreichen Landesverratsverfahren verfolgen, wie ihre Vorgängerinnen, die Majestätsbeleidigungen unseligen Angedenkens, offenkundig politische Zwecke. Linksorientierte Politiker, denen im offenen politischen Kampfe nicht beizukommen ist, sollen durch entsprechende Auslegung des Strafgesetzbuches auch politisch zu Fall gebracht werden. Bei rechtsstehenden Deutschen jedoch, die oft sich und ihre Söhne vor dem Heldentod zu schützen wußten, die Getreide nicht abliefern oder ihr Feld überhaupt nicht bestellen, wird dennoch niemand landesverräterische Gedanken vermuten. Haben dagegen sozialdemokratische Politiker von drei Söhnen zwei im Felde verloren, sind sie immer in Wort und Schrift für die Verteidigung des Vaterlandes eingetreten, so sind sie

noch lange nicht vor dem Verdacht des Vaterlandsverrates sicher. Die Rechtsprechung in den Händen rechtsorientierter Richter ist eben bei uns zur Magd der Politik geworden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle diese Verfahren deutschnationalen Interessen entspringen. Aber gerade diese Partei sollte bei ihrer monarchischen Einstellung vorsichtig mit dem Vorwurf des Landesverrates sein. Denn wer hat in der langen deutschen Geschichte mehr und krasser Landesverrat getrieben als deutsche Fürsten? Es ist eins der traurigsten Kapitel der deutschen Geschichte, wie deutsche Fürsten ihre separatistischen Bestrebungen und ihre Hausmachtinteressen selbst mit dem Landesfeind auf Kosten des Reiches zu verwirklichen suchten. Wieviel könnte darüber geschrieben werden! Hier seien jedoch nur zwei Fälle herausgegriffen, die die Hohenzollern betreffen.

Im Anfang des Jahres 1552 war es, als der bekannte Reichswehrrhauptmann Sebastian Schärtlin unter großen Vorsichtsmaßnahmen am französischen Hof einen „Paul von Biberach“ einzuführen suchte. Nach langen Verhandlungen war es ihm gelungen. Schärtlin und Paul von Biberach sollten sich dem französischen Könige vorstellen. Als der tapfere Sebastian in den Vorzimmern des französischen Königs Heinrich II. erschien, verbeugten sich die Hofleute tief vor ihm. „Paul von Biberach“ aber kam hinter Sebastian gleich wie ein Untergebener. Wer mochte Paul von Biberach sein? so ging es durch die Reihen der Hofschranzen. Niemand kannte ihn. Nur der französische König wußte um das Inkognito seines hohen Gastes, ging ihm entgegen und begrüßte den „teuren Vetter“, den Hohenzoller Markgraf Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Culmbach. Ein Inkognito hatte er gewählt, um den hochverräterischen Plan, Frankreich zum Kampf an der Seite deutscher Fürsten gegen den deutschen Kaiser Karl V. zu gewinnen, besser zur Ausführung zu bringen. Mit Moritz von Sachsen hatte er diesen Plan gefaßt. Beide deutsche Fürsten waren nicht davor zurückgeschreckt, die Hilfe und das Geld Frankreichs in Anspruch zu nehmen. Lange Zeit gingen die Verhandlungen zwischen dem französischen König und dem Hohenzoller hin und her. Bald in Blois, bald in Orleans, bald in Paris. Meistens wurde nachts verhandelt. Albrecht stellte dem König von Frankreich vor, „wie enge verknüpft die Aufrechterhaltung der deutschen Freiheit mit den Interessen und der Sicherheit Frankreichs sei“. Bei den Verhandlungen rühmte sich der französische König, daß seine „Vorfahren den Deutschen viel Liebes und Gutes getan hätten“. Endlich war ein Vertrag zwischen dem Landesverräter und dem Landesfeind vereinbart. Heinrich II. unterzeichnete ihn auf dem Jagdschloß Chambord bei Blois. Und Markgraf Albrecht beschwor ihn am 2. Februar 1552. So wurde eine der schlimmsten Hochverrätereien in der deutschen Geschichte vereinbart. Deutsches Land: Metz, Toul und Verdun mit ihrer Umgebung wurde um fürstlicher Privatinteressen willen verschachert; sie sollten den Kaufpreis darstellen für die Hilfe in einem Kampf, den der französische König führen sollte „als Retter der deutschen Freiheit, nicht seines eigenen Vorteils wegen, sondern lediglich um der Dankbarkeit der Deutschen und des eigenen Nachruhms willen“.

Doch in diesem Kriege und danach zeigt Albrecht sich von seiner schlimmsten Seite. Sein anfänglicher Kampfgenosse Moritz von Sachsen

war nach unblutigem Kampfe bald von Albrecht abgefallen und einen Vergleich mit dem Kaiser eingegangen. Nur der Markgraf, der von Schulden bedrängt, im Kriege sein Glück zu machen gehofft hatte, wollte dieser Vereinbarung nicht beitreten. So zog er denn mit Tausenden von Kampf-, Mord- und Raubgenossen durch die Gaue des Mains. Er plünderte und brandschatzte die Bischöfe von Bamberg und Würzburg, besonders aber die „Pfeffersäcke“. Er wollte ihnen „weidlich ins Maul greifen“. Die Roheiten Albrechts übertrafen die des Bauernkrieges.

Der „teure Vetter Albrecht“ wird wegen seiner Vertragstreue von Heinrich II. gelobt: „So sollet Ihr Albrecht in guter Treue sagen,“ trug er dem Bischof von Bayonne auf, „daß wir seine Standhaftigkeit, seine herrlichen tapferen Taten vor allem hochhalten und preisen, ihm dagegen auch unsere ewige Freundschaft und geneigten Willen verheißen, uns erbietend, solches jederzeit mit Gnade und Freundschaft zu erkennen“*). Als Albrecht sich an der Spitze seiner Mordhaufen nicht mehr in Deutschland halten konnte, flüchtete er nach Frankreich.

Die Reformation begann politisch eine Zeit der Loslösung vom Reiche einzuleiten. Der Dreißigjährige Krieg vollendete diese Entwicklung. Die Schweiz und die Niederlande lösten sich los, das Elsaß kam zu Frankreich. Richelieus Werk gedachte Ludwig XIV. zu vollenden und das französische Gebiet mitten im Frieden durch Reunionen zu erweitern, wenn seine Armeen einer Atempause bedurften. Gegen diese Eroberungssucht Ludwigs XIV. hatte jahrelang auch Friedrich Wilhelm, der „Große“ Kurfürst gekämpft. Er änderte jedoch seine Politik und schlug einen franzosenfreundlichen Kurs ein, als er im Frieden von 1679 glaubte, vom deutschen Kaiser hintergangen zu sein. Von da an treibt er offenen Landesverrat, der Mann, der im Kampf gegen Ludwig XIV. noch das Wort geprägt hatte: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist!“, der bei Unterzeichnung des Friedens sich einen Rächer aus seinen Gebeinen gewünscht hatte und diesen Rächer dann ausgerechnet in dem französischen Sonnenkönig gefunden zu haben glaubte. Es begannen die Zeiten eines mit französischem Gelde erkauften Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Preußen und Frankreich gegen das Deutsche Reich. Dieser Hochverrat brachte dem Hohenzoller viel französisches Gold ein. Daher hielt er an ihm fest trotz der Mißstimmung im Reiche darüber. Der französische Gesandte am Berliner Hofe arbeitete mit Gold und Geschenken. Vom Kammerdiener Kornmesser und der Zofe, dem adligen Fräulein Wangenheim bis hinauf zum Generalfeldmarschall Grumbkow und der Kurfürstin Dorothea und sogar bis zum Kurfürsten selbst war alles empfänglich für das französische Gold. So erhielt Kornmesser, der erste Kammerdiener des Kurfürsten, 2000 Livres, Fräulein Wangenheim, Ehrendame und Vertraute der Kurfürstin, 4000 Livres, Generalfeldmarschall und Minister Grumbkow 6000 Livres, des Kurfürsten Sohn aus der Ehe mit Dorothea, Markgraf Philipp, ein Pferd, der Thronfolger und seine Geschwister „verschiedene Geschenke“. Die vier Jahre in Berlin, 1680 bis 1684, kosteten Rebenac, dem französischen Gesandten, insgesamt 160 000 Livres für Geschenke. Die Kurfürstin bekam im März 1680 zwei Ohrgehänge und ein Geschmeide in Form einer Rose, mit Diamanten besetzt; Wert 60 000 Taler. Dorothea dankt überschwänglich

*) Die deutschen Städte hatte Albrecht auf seinen Raubzügen sogar dem französischen König huldigen lassen, um zu zeigen, daß die „deutsche Treue und Anhänglichkeit noch nicht ausgestorben sei.“

und verspricht, die „vollkommene Freundschaft“ zwischen dem Könige und ihrem Gemahl für immer zu pflegen. Das waren die Geschenke, die neben den vertragsmäßigen französischen Geldspenden hergingen; diese selbst betrugten mehrere 100 000 Livres.

Ludwig wußte, wofür er sein Geld hergab. Und Straßburg wußte, was ihm bevorstand. Am 30. September 1681 Einzug der französischen Truppen. Die freie Reichsstadt hat aufgehört zu sein. Am 9. Oktober trifft die Nachricht in Berlin ein. Der französische Gesandte wagt den Kurfürsten nicht sofort zu sprechen; erst am 12. oder 13. Oktober wird er „etwas ernster als gewöhnlich“ empfangen. Der Kurfürst spricht anfangs vom Bruch des Westfälischen Friedens, stimmt dann den Gründen zu, die Rebenac vorbringt, um schließlich „mit so guter und heiterer Laune wie noch nie“ und unter Beteuerungen seiner unauslöschlichen Freundschaft ihn zu entlassen. Auch öffentlich ehrt er Frankreichs Gesandten durch einen Degen mit Diamanten. Als man dem französischen Gesandten drohte, ihn wegen Straßburg mit Steinen zu bewerfen, konnte er triumphierend ausrufen, daß „bereits der Kurfürst ihn mit Steinen beworfen habe. Es seien allerdings sehr wertvolle — — — Edelsteine. Drei Tage nach der Nachricht vom „Raub“ Straßburgs habe er sie erhalten“. Ludwig zeigte sich nicht undankbar für die unveränderten freundschaftlichen Gefühle. Rebenac bietet 1683 in Ludwigs Auftrag der Kurfürstin eine Garnitur Tische, Spieltische und Spiegel an. 1684 herrliche Toilettensachen in Silber und Gobelins im Werte von mehr als 100 000 Livres. Diese Sendung erlitt bei Hamburg Schiffbruch und wurde aus der Elbe wieder aufgefischt. Die Bewunderung war aber nicht geringer. Madame Rebenac mußte die Kurfürstin im Gebrauch der „unendlich vielen Dinge für die Toilette“ unterweisen; man kannte sie bis dahin noch nicht in Berlin. Der Kurfürst wurde nicht vergessen; im November 1683, zwei Jahre nach Straßburgs Fall, erhielt er 100 000 Livres als außerordentliches Geschenk. Groß waren die Gegenleistungen Friedrich Wilhelms bei solchen Geldbeträgen und Geschenken. Er mußte im Kriegsfall Soldaten für Frankreich stellen, ohne die Kriegsursachen untersuchen zu dürfen, also auch gegen den deutschen Kaiser konnten die Truppen verwendet werden. Rebenac berichtet von einer Unterredung mit Friedrich Wilhelm über den Kriegsfall mit Oesterreich. Friedrich Wilhelm sagte: „Wenn der König Oesterreich bekriegen will, dann erkläre ich auch dem Kaiser den Krieg; er hat nur zu befehlen.“

Worauf Rebenac erstaunt erwidert: „Wollen Sie, daß ich dies dem Könige berichte?“

Friedrich Wilhelm: „Ich bitte darum; sagen Sie ihm noch, daß ich es aus vollem Herzen sage.“

Ludwig war mit hohenzollerisch-brandenburgischer Hilfe an den Rhein gelangt. Er sah sich als den Nachfolger Karls des Großen an. Was lag näher, als auch die äußere Zier der Macht zu erstreben, die er schon ausübte? Der Bourbone wollte auch den Thron des Deutschen Reiches einnehmen, nicht nur das Zepter führen. Und Friedrich Wilhelm versprach seine Stimme Ludwig oder einem anderen französischen Kandidaten.

Dies landesverräterische Treiben finden wir nicht nur beim Großen Kurfürsten, sondern auch andere Fürsten stellten ihre Interessen über die der Nation. Ernst Moritz Arndt sagt im „Geist der Zeit“ ihnen treffend die Wahrheit: „Ihr schreit in eurer Not zur deutschen Nation, ihr gebärdet

euch, als wenn ihr an eine solche glaubtet. Verbrecher an ihr, ihr habt sie nie geglaubt, sie nie geliebt noch gekannt. Von deutschen Fürsten war vielfach die Rede, nie und nirgends vom deutschen Volke. Ihr sprecht von Pflichten der Völker gegen ihre Führer und Fürsten, ihr die ihr euch und deutsches Blut und deutsche Ehre sogleich verkauft und ausginget, Deutsche zu vertilgen, wenn durch viel Blut und mehr Schmach einige Quadratmeilen Land zu gewinnen waren. Der Tag der Rache wird kommen, schnell und unvermeidlich, und ohne Tränen wird das Volk die unwürdigen Enkel besserer Väter vergehen sehen.“

Der Montanmarkt als Konjunkturbarometer

Von Dr. Georg Berger, Bochum

Neben der Lage des Kapitalmarktes sind die Märkte für die Grundstoffe der industriellen und gewerblichen Produktion, ganz besonders der für Kohle, für die Beurteilung der Konjunkturgestaltung wesentlich. Wenn es auch richtig ist, daß die Bewegungstendenz der Konjunktur in den einzelnen Branchen, ja schließlich auch in den verschiedenen Gebieten der Volkswirtschaft nicht immer einheitlich ist, so läßt doch eine Betrachtung der Märkte, welche die ganze Wirtschaft in horizontaler Richtung durchziehen, wie beispielsweise der Kohlenmarkt, gewisse Leitlinien der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung erkennen.

Seit Monaten befindet sich der deutsche Bergbau in Absatznöten. Diese Tatsache steht in auffallendem Gegensatz zu der jahrelangen, beinahe chronisch gewordenen Kohlennot in unserem Lande, und man könnte vermuten, daß die Schwierigkeiten hinsichtlich der Kohlenmenge und der Qualität etwa durch die beträchtliche Steigerung der Steinkohlenförderung nummehr behoben seien. Das trifft jedoch nur bedingt zu. Wohl ist die verfügbare Kohlendecke augenblicklich wegen der noch immer anhaltenden Uebergangskrise und der dadurch verminderten industriellen Brennstoffnachfrage, wie auch wegen der ins Gewicht fallenden Beschränkung der Kohlenreparationslieferungen in Auswirkung der Londoner Vereinbarungen als ausreichend zu bezeichnen; immerhin ist noch nicht abzusehen, ob die Produktionskapazität unseres Steinkohlenbergbaus später vermehrten Ansprüchen unserer Wirtschaft, wie auch für Reparationszwecke gewachsen sein wird. Hält man sich bei solcher Abschätzung der Bedarfsdeckungsmöglichkeiten die enormen Verluste an Kohlenvorkommen durch den Versailler Vertrag, die die in den Notjahren erzwungenen und, weil rationell beibehaltenen Kohleneinsparungen der Verbraucher ganz zweifellos überwiegen, vor Augen, so wird man eine Ueberproduktion an jenen schwarzen Diamanten kaum behaupten wollen. Der Montanmarkt reflektiert vielmehr, und zwar in besonders drastischer Weise, nur das Darniederliegen der Gesamtwirtschaft, die Disproportionalität zwischen Produktion und kaufkräftiger Konsumtion.

Darüber hinaus jedoch spielen für die Absatzlage einige besondere Momente eine Rolle. Die Absatzfähigkeit des Fördergutes der einzelnen Reviere ist stark frachtbedingt, und da die Gütertarife den Friedensstand um ein Beträchtliches übersteigen (vor dem Kriege betrug die Fracht

Gelsenkirchen—Hamburg 5,30 Mk., heute 11,50 Mk.), ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Kohle gegen Importkohle erheblich behindert, um so mehr, da während der Ruhrbesetzung fremde Kohle in weitem Umfange in den deutschen Markt, und zwar nicht nur in die auch im Frieden belieferten Küstengebiete, eingedrungen ist. Auch die nach dem Genfer Vertrag vorgeschriebenen Kohlenabnahmen aus Polnisch-Oberschlesien schmälern die Absatzbasis der deutschen Kohlenproduktion. So wurden in den ersten 10 Monaten des Jahres 1924 rund 11 Millionen Tonnen Steinkohle, hauptsächlich aus England, eingeführt. Bestehen für die Kohleneinfuhr aus Polen völkerrechtliche Bedingungen, so dürfte es doch möglich sein, durch weitere Ermäßigung der Kohlenfrachten, wie sie bereits in Aussicht gestellt wurde, den deutschen Markt in den umstrittenen Gebieten der deutschen Kohle in größerem Ausmaße wieder zu erschließen.

Die gegenwärtige Flüssigkeit des Kohlenmarktes hat auch die Konkurrenz der Reviere untereinander, wie auch der Steinkohle gegen die Braunkohle, ja während der Lockerung der syndikalischen Bedingungen im Westen, der einzelnen Werke bzw. Konzerne untereinander wieder aktuell gemacht. Damit sind für die Braunkohlenindustrie wie für den Steinkohlenbergbau neue absatzorganisatorische Probleme aufgetaucht, deren Lösung mannigfachen Schwierigkeiten begegnet. Man wird aus volkswirtschaftlichen Gründen wünschen müssen, daß sich dieser Konkurrenzkampf in Formen hält, der der Begrenzung des mineralischen Rohstoffvorkommens im Hinblick auf die Zukunftsversorgung der Wirtschaft Rechnung trägt. Dazu wird es einer großzügigen Absatzzone-Regelung bedürfen, die wegen der Unterschiede in der Qualität und Frachtlage allerdings kaum eine vollkommene werden kann, jedoch eine Aufgabe darstellt, um welche sich die berufenen Organe, Reichswirtschaftsministerium und die Kohlenwirtschaftskörper, bemühen sollten.

In diesem Zusammenhange ist auch der jetzt in der Handelspresse aufgeworfene Streit um die Stellung der großen vertikalen Konzerne innerhalb der Kohlensyndikate zu erwähnen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die gesteigerte Quotenmacht der Konzerne ihnen bedeutende Vorteile in der Kohlenversorgung sowohl nach Qualität wie nach Preis gewährt. Die tiefere Wurzel des Streites liegt in der Verschiedenheit der Zielsetzung zwischen Kartellierung und Konzentration. Die Kartellpolitik ist abgestellt auf möglichste Ausschaltung der Konkurrenz unter den Beteiligten, der Konzern hingegen ist eine Waffe des Konkurrenzkampfes. Beide Streben kreuzen sich und stoßen gerade im Ruhrrevier hart aufeinander. Hier befinden sich über 80 Prozent der Gesamtbeteiligung der Ruhrkohle A.-G., des früheren Kohlensyndikats, in den Händen von 12 meist vertikalen Konzernen, und dieser Umstand begründet deren Vorrangstellung, die jetzt von der nicht konzernierten verbrauchenden Industrie wie auch von den dem Syndikate zwangsweise angeschlossenen konzernfreien Bergwerken so heftig angegriffen wird. Ob der angerufene Wirtschaftsgendarm, die Regierung, hier wirklich nachhaltig helfen kann, ist, da es sich um konstitutive Gegensätzlichkeiten handelt, recht fraglich. Die Debatte über die Umformung des angefochtenen Syndikatsvertrages wird allgemeinem Interesse begegnen.

Der zusammengeschrumpfte Absatz hat bewirkt, daß fast in allen Revieren ein nicht unerheblicher Teil der Förderung auf Halden gestürzt werden mußte, und auch eine Anzahl von Werkstilllegungen und

Felerschichten zu verzeichnen war. Die Eindeckung des Wintervorrats und eine gewisse vermehrte industrielle Nachfrage brachte kürzlich vorübergehend eine leichte Geschäftsbelebung, die sich leider als kurzatmig erwies. Es wäre naheliegend, von einer weiteren Kohlenpreissenkung eine absatzbelebende Wirkung zu erhoffen, doch ist die Neigung dazu in den beteiligten Kreisen nicht allzu groß, es sei denn, daß eine anhaltende Stagnation mangels anderer Wege (Produktionseinschränkungen) einen Abbau der das Weltmarktniveau immer noch leicht übersteigenden deutschen Rohstoffpreise erzwingt. So werden beispielsweise im Exportgeschäft nach Holland die englischen Preise um Beträge bis zu 2 Gulden unterboten; neuerdings machen auch die Franzosen unter Hinweis auf solche Preisunterbietungen Vorhaltungen wegen der Preisfestsetzung für Reparationskohle, die ja nach dem Versailler Verträge auf den deutschen Inlandspreisen basiert. Bedauerlicher Weise sind die von Zeit zu Zeit, besonders bei Lohnbewegungen, verlautbarten Selbstkostenberechnungen so undurchsichtig und unbestimmt, daß sie exakte Schlüsse nicht erlauben.

Der Außenhandel für Kohle begegnet einer recht schwierigen Weltmarktsituation. Infolge der schlechten industriellen Lage zeigen die wichtigsten kohlenproduzierenden Länder, vor allem England, ein vermehrtes Ausfuhrbedürfnis, das einen verstärkten Wettbewerb auf den, durch den wesentlich erhöhten amerikanischen Anteil ohnehin verschobenen Weltkohlenmarkt auslöst. Auf die Dauer wird, wenn nicht Zollschränken dies künstlich hindern, dieser Wettbewerb nicht ohne Einfluß auf die Preislage der europäischen Kohlenprodukte bleiben.

Die Marktberichte des Bergbaus sind durchweg auf Moll gestimmt. In etwas macht hiervon die Kaliindustrie eine erfrischende Ausnahme, deren Absatz als durchaus befriedigend bezeichnet wird, insbesondere nach dem Auslande. Geradezu trostlos sieht es jedoch im Erzbergbau aus. Die schwachen Zeichen der Wiedergesundung nach dem Fallen der Ruhr-grenzen, wodurch die Absatzmöglichkeiten für deutsche Erze erweitert wurden, sind übertönt von den ernstesten Warnungs- und Hilferufen aus den Notstandsgebieten im Siegerland, im Lahn- und Dillgebiet und in Oberhessen. Die ganze Trostlosigkeit dieses Wirtschaftszweiges kommt in der Arbeitsmarktlage zum Ausdruck: im Siegerland sind nur 50 Prozent aller Bergarbeiter, im Lahn- und Dillgebiet und Oberhessen sogar nur rund 36 Prozent beschäftigt. Bedeutungsvoll für mögliche Besserungen ist hauptsächlich die Frachtgestaltung für Erze.

Welche Ergebnisse für die künftige allgemeine Konjunkturgestaltung sind nun aus der vorstehenden Montananalyse zu ziehen? Man tut gut bei der Bewertung solcher repräsentativen Beispiele vorsichtig zu sein. Mit dieser Einschränkung läßt sich folgendes sagen: Die Hauptstörungsmomente der mangelnden Gleichgewichtslage zwischen Produktion und Absatz liegen auf seiten des Konsums. Die Ausbalanzierung dieser beiden Faktoren wird eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes bringen, der auch innerhalb der kartellierten Industrien besonders wegen der gegensätzlichen Zielsetzung zwischen Konzern und Kartell in Erscheinung tritt. Obwohl erfahrungsgemäß jede im Wirtschaftsleben vorhandene Tendenz Zeit zu ihrer Auswirkung braucht, kann die gegenwärtige Preislage von dem Ringen um Absatz nicht unberührt bleiben, wie ja auch im Auslandsgeschäft Unterschreitungen

der Inlandspreise deutlich feststellbar sind. Allgemeine Schutzzölle werden diese Tendenz hemmen, wie andererseits freiheitliche Handelsverträge sie fördern werden. Sehr viele der gegenwärtig drückend ins Gewicht fallenden Schwierigkeiten (Frachtteuerung, Kreditnöte u. dgl.) sind vorübergehender Natur und rechtfertigen daher den so weit verbreiteten und in wirtschaftspsychologischer Hinsicht schädlichen Wirtschaftspessimismus nicht. Die Besserung wird sich nicht gradlinig und einheitlich durchsetzen, vielmehr in ihrem Verlaufe einer Spiralwelle folgen, die bei engem Drehwinkel zeitweilig auch nach unten neigt. Ueber alledem sollte man aber nicht vergessen, daß die Wunden, die Kriegsausgang und Inflation unserer Wirtschaft geschlagen, noch längst nicht vernarbt sind.

Der Anti-Bibliophile

Von Adolf Behne

Stellen wir das Inventar auf die Werte, die bei der Gestaltung des Buches zur Verfügung stehen — wenigstens der wichtigsten — so finden wir: Papier (Struktur, Ton, Stärke usw.), (Drucktype (eine? mehrere? welche?), Proportionierung der Abstände von Letter zu Letter, von Zeile zu Zeile, vom Spiegel zum Rand (oben, seitlich, unten), Farbunterschiede im Druck, Größenwechsel der Type, Einschubung freier Räume, Richtungswechsel der Zeilen (horizontal, schräg, vertikal), Versetzung der Zeilen, Staffellung der Zeilen vom vorderen Rand aus — gewiß genügt schon dieser Hinweis, um erkennen zu lassen, ein wie unerhört feines, bewegliches Werkzeug die Setzmaschine im Dienste eines Geistes zu sein vermag, der alle ihre Differenzierungsmöglichkeiten bewußt ausnutzt, um einer Entwicklung von Begriffen die räumlich-optische Entsprechung zu geben, die die Aufnahme dieser Begriffe erleichtert — einfach schon deshalb, weil alles Gegliederte, Artikulierte, Gestaltete leichter erfaßt werden kann, als das Amorphe. Wenn doch der Gedanke mit der Schrift, erst recht aber mit dem Drucke, sich in die Sphäre der Optik begibt, so sollte es ihm dann selbstverständlich sein, alle Gesetze und Möglichkeiten dieser Optik zu erfüllen.

Wie wenig aber ist das bisher geschehen!

Der Satz kennt heute nur ein Schema. Gleichviel, ob die Einladung zu einer Ausstellung, ein Gedicht, eine öffentliche Bekanntmachung, eine Todesanzeige, eine wissenschaftliche Abhandlung, oder ob Telegramme der Presse gedruckt werden, wir finden die schematische Aneinanderreihung Letter an Letter, Zeile nach Zeile — eine pedantische Paradeaufstellung, unbedingte Symmetrie, Stellung um eine Achse.

Hat denn aber nicht jede Mitteilung ihre besondere geistige Struktur? Jenes Schema ist ganz passend für eine fortlaufende Erzählung. „Es war einmal ein König, der hatte eine Tochter, die war wunderschön. Da kam ein Prinz, der war jung und reich“ usw. usw. usw. Aber muß ich dieses Schema „wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie heute noch“ auch anwenden, wenn ich auf einer Karte dem Empfänger etwas zurufe oder kurz in Erinnerung bringe, wie Thema, Ort und Stunde eines Vortrages, neue Preise von Briketts, Programm eines Tanzabends? Für solche Mitteilungen stellt sich jener Normal-Satz als sachlich wenig geeignet heraus, weil er die paar Stichworte, auf die es hier ankommt, einhüllt — statt sie herauszustellen. Jener Satz ist Feind der Artikulation. Er gibt jedem Wort ohne sachliche, sprachliche Wertung die gleiche Bedeutung — wie das in einer Erzählung, einem Berichte gut ist, schlecht

aber für einen Zuruf. Gebe ich einem solchen seine optische Form, so werde ich bestimmte Worte prägnant herausheben, andere zurückstellen, und es kann sogar vorkommen, daß ich einiges in seiner Lesbarkeit absichtlich dämpfe, etwa durch abseitige Stellung im Raum, vielleicht sogar durch Schräg- oder Vertikalstellung. Nicht zu billigen freilich ist es, derartige Differenzierungen ohne sachliche Notwendigkeit, aus Laune vorzunehmen.

Allein in dem konventionsfreieren Gebiet der Reklame, im Plakat und im Inserat, haben sich typographische Neuerungen durchgesetzt. Sie haben aber ihre Bedeutung durchaus auch für „seriöse“ Geistesprodukte.

Eine andere unausgenutzte Möglichkeit betrifft die Einordnung des Klischees.

Die Einordnung der Bild-Klischees in den Text ist kaum irgendwo als Problem erkannt, geschweige denn gelöst worden, obwohl sie bei jedem illustrierten Buche immer wieder akut wird, und obwohl jeder das Unbefriedigende des jetzigen Zustandes fühlt. Jeder kennt das elende Herumblättern auf der Suche nach der Abbildung, die zu einer Textstelle Seite 74 gehört. Auf Seite 109 hat man sie endlich gefunden — Finger zwischen die Seiten — ständiges Umschlagen, um die Ausführungen am Bilde kontrollieren zu können. Wird etwa noch ein zweites oder drittes Bild, auf den Seiten 57 und 92, herangezogen, so kann von einer nützlichen Lektüre nicht mehr die Rede sein.

Warum sollte es denn nicht möglich sein, jedesmal die Abbildung dort einzusetzen, wo sie unmittelbar im Texte gebraucht wird?

Es ist möglich, wenn man sich nur von gewissen ganz unklaren antiquarischen Vorstellungen von dem Sinn der „Illustration“ frei macht. Weil man noch immer vom miniaturengeschmückten Buche des 12. Jahrhunderts her die Meinung hat: die Beigabe von Bildern macht das Buch „illuster“, d. h. zu einem „Prachtwerk“, so sieht man allgemein den Wert einer Abbildung in ihrer Größe. Wenn man sich aber einmal klar macht, daß die Abbildung heute meist nur den Beleg geben soll für eine im Texte aufgestellte Behauptung, so genügt (um einmal speziell vom Kunstbuche zu sprechen) in den weitaus meisten Fällen ein Ausschnitt aus dem Bilde. Um es zu wiederholen: es handelt sich der Funktion nach gar nicht um eine gute Repräsentation des Raffael-Bildes. Diese Aufgabe kann das Buch doch nicht lösen! Gute Reproduktionen herzustellen bleibt eine Sache für sich. Es handelt sich im Buche um ein Zitat aus dem Bilde. Wenn ich z. B. einiges über die Form der Tiara auf der „Sixtina“ im Texte Gesagte belegen will, brauche ich wirklich nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Bilde zu zitieren, kann also das Klischee klein halten (und gleichzeitig doch die hier wichtige Einzelheit größer als sonst geben!) und sie infolgedessen unmittelbar dort im Text einsetzen, wo ich sie brauche. Es ergibt sich dann im Zusammenhange von Text und Klischee ein ganz neues Satzbild, das mit den äußerlichen Repräsentativ-Gepflogenheiten der Symmetrie usw. aufräumt und wesentlich praktischer ist — aber es ergibt sich zugleich eine Rückwirkung auf die Disziplin des nun nicht mehr nur „Schreibenden“, sondern des „sich mit allen Mitteln des Buches Mitteilenden“. Denn jetzt erst bei unmittelbarem Zusammen von Wort und Bild schärft sich das Empfinden für die bisherige Ungereimtheit, daß man die sachlich gegebene Arbeitsteilung „Text: Bild“ nicht bewußt und ökonomisch auswertet. Sollte es nicht Prinzip werden, das, was das Klischee zu vermitteln vermag, nicht noch einmal in Worten zu sagen — und umgekehrt? Das Bild werde ein Mittel, durch richtige Stellung im Raume und Präzisierung des Ausschnitts, den Text zu entlasten. Ein Beginn, das Bild durch bewußte Ordnung und differenzierende Stellung im Raum sprechend zu machen,

war das „Buch der neuen Künstler“, das die ungarische Zeitschrift „Ma“ herausgab.

Ich bin überzeugt, daß wir von dem logisch-optisch durchdachten Bild-Buch her in nicht allzuferner Zeit den Uebergang finden werden zu einem neuen Typ des Films, der stärkste Durchdringung von Abstraktion und Anschaulichkeit sein wird. Im „Bauhaus“-Buch, das typographisch selbst nicht unbedingt glücklich ist, hat Moholy Nagy in einem Beitrage über Typographie bereits auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Die erste Arbeit, in der man die Tendenz erkennen kann, ist vielleicht das Flugblatt Le Corbusiers „Recherche des principes fondamentaux d'urbanisme moderne“.

Nicht unerwähnt freilich darf die merkwürdige Uninteressiertheit der meisten und gerade der größten Verleger bleiben, die lieber das Buch der Renaissance und des Barock in neuen Prachtbildern kopieren, statt sich voller Ehrgeiz den Problemen des neuen Buches zuzuwenden. Tatsächlich: schaue ich in ein Verkaufsfenster der AEG., so sehe ich ein Stück der Welt von morgen. Bei Wertheim sehe ich wenigstens die Welt von heute: Kleidung, Sport, Verkehr. Aber prüfe ich in den Auslagen der Buchhändler die Gestaltung der „neuen“ Bücher, so erblicke ich die Welt von gestern.

RANDBEMERKUNGEN

Volks-Partei

Fürst v. Bismarck
 Graf zu Eulenburg-Gallingen
 Graf v. Westarp
 Graf v. d. Schulenburg
 Graf v. Merveldt
 Graf v. Garnier
 Frhr. v. Freytag-Loringhoven
 Frhr. v. Stauffenberg
 Frhr. v. Richthofen
 Frhr. v. Mirbach
 v. Waldthausen
 v. Gersdorff
 v. Plehwe
 v. Tresckow
 v. Winterfeld
 v. d. Osten
 v. Watter
 v. Kries
 v. Rohr
 v. Lindeiner
 v. Kemnitz
 v. Keudell
 v. Sperber
 v. Dewitz
 v. Goldacker
 v. Tirpitz
 v. Dryander
 v. Dittfurth
 v. Tiling
 v. Rechenberg.

Ein Fürst, fünf Grafen und zwei volle Dutzend Barone und Ritter

Ist das vielleicht der Offiziersverein eines kaiserlichen Garde-Kavallerie-Regiments oder eine Vertreterversammlung der brandenburgisch-preußischen Adelsgenossenschaft? Oder sind es etwa die Mitglieder einstigen erlauchten Herrenhauses? Mit nichten! Dieser feudale Katalog gibt lediglich eine kleine Auswahl der von deutschen Wählern am 7. Dezember als Kandidaten der Deutschnationalen in die Parlamente geschickter Herren. Daher der Name Volkspartei. Oder vielmehr: weil das Volk am 9. November 1918 die Guillotine nicht spielen ließ, kann die feudale Reaktion wieder Panzerfaust zeigen.

Procurator

Man baut Kasernen!

Deutschland ist seit dem verlorenen Krieg um ein ganz Teil kleiner, sein Heer ist von etwa 600 000 Mann Friedensstärke auf die 100 000 Mann Reichswehr reduziert. Die Kasernen aus der wilhelminischen Zeit der Militärmönarchie müßten also längst ausreichen, und die 600 000 Mann waren doch zweifellos auf alle

Städte verteilt, die nur irgendwie als Garnisonorte in Frage kommen konnten — selbst wenn auch nur das Bedürfnis niederrheinischer Fabrikantentöchter nach Tänzern und geldheiratenden Bräutigamen zur allergnädigsten Verlegung eines Husarenregiments nach Crefeld Anlaß gab. Nun wird — aus welchen Gründen, entzieht sich unserer Kenntnis — ein Reichswehr-Reiterregiment nach Weimar verlegt. Dort ist eine große Kaserne von früher her vorhanden, der betreffende Großherzog mußte doch natürlich Gelegenheit haben, Paraden abzunehmen. Aber die Kaserne reicht nicht, und so werden einige noch nötige Gebäude von der Stadt neu errichtet.

Offenbar weiß die Bürgerblockmehrheit von Weimar gar nicht mehr, wohin mit den viel zu vielen Geldern in der Stadtkasse, zu deren Verbrauch alle Fürsorge- und Volksbildungs-Einrichtungen, alle Gehaltserhöhungen für die städtischen Angestellten und Arbeiter nicht mehr imstande sind. Auch gibt es für Weimar jedenfalls nichts mehr, was als produktive Arbeitslosenfürsorge neu zu bauen wäre, keine Wohnungen, keine Schulen, und darum muß man eben Kasernements errichten. Vielleicht werden dann bei der Eröffnungsfeier — nach dem lichten Vorbild Wilhelms bei der Eröffnung der von der Stadt Berlin erbauten Alexanderkaserne — die Soldaten aufgefordert, die Weimarer, wenn sie sich wieder einmal frech und unbotmäßig gegen ihren Fürsten erheben sollten, mit der Spitze ihrer Bajonette zu Paaren zu treiben!

Stichler

Mit dem Kurbelkasten um die Erde

Der Film des passionierten Weltreisenden Colin Roß unterscheidet sich vom herkömmlichen Landschafts- und Reisefilm etwa ebenso wie die extemporierte Rede des geborenen Volksredners vom wohl-einstudierten Vortrag des Schauspielers: bei jedem Satz des Red-

ners sagt sich der Hörer, daß der Schauspieler viel besser „sprechen“ könne — und doch wirkt der vom schauspielerischen Standpunkt aus oft direkt „falsch“ sprechende Redner weit stärker auf sein Publikum. Das Geheimnis der Persönlichkeit . . . Hier haben wir einen Film — wohl den ersten —, hinter dem nicht die Persönlichkeit des Schauspielers oder des Regisseurs, sondern die des Operateurs steht, eines Operateurs, der zugleich sein eigener Regisseur ist. Es gibt zweifellos Freilichtoperateure, die an Geschicklichkeit des Kurbelns, in der Herstellung eines technisch einwandfreien Films den Weltreisenden Colin Roß um Haupteslänge übertreffen. Aber Colin Roß stellt sie als Persönlichkeit in den Schatten, und wenn er uns als Führer für eine in zwei Filmstunden konzentrierte Reise um die Welt begleitet, so fühlen wir bald, daß wir uns keinem kurbelnden Kommis, keinem Cookschen Sprechautomaten, sondern einem Manne mit klarem Blick, mit Verständnis für die großen Kultur- und Rassefragen, für weltwirtschaftliche, soziale und politische Probleme anvertraut haben. Die Persönlichkeit eines Forschers und Reisenden von Geblüt gibt diesem Film sein Gesicht, würde es noch mehr tun, wenn einige Konzessionen an den herkömmlichen platten Filmgeschmack — namentlich im ersten Teil — unterblieben wären. (Wen interessiert es, ob zufällig die Geigenvirtuosin X. oder der Maler Y. auf dem Hapagdampfer nach Amerika mitreisen?!) Aber wenn sich dann im Fluge Wunderwelten erschließen, wenn Amerika, Japan, China, Hinterindien vorübergleiten, und in unerhörter Schönheit der Film in der Paradieseswelt der Malaien-Insel Bali gipfelt und endet, dann begreift der Zuschauer, daß es nicht nur auf das Mitreisen, sondern auf Geführtwerden ankommt. Daß Colin Roß den im Ufapalast am Potsdamer Platz rollenden Film persönlich erläutert, steigert den Wert der Führung. E. Kuttner

B Ü C H E R S C H A U

Die französische Aufklärungsphilosophie

behandelt der 25. Band einer Philosophiegeschichte in Einzeldarstellungen von Oskar Ewald (Verlag Ernst Reinhard, München). Man kann, so sagt der Verfasser selbst in dem Schlußwort, die Philosophie eines jeden Zeitalters unter zweierlei Gesichtswinkeln betrachten: einmal als Stück der Philosophie, dann als Stück ihres Zeitalters. Der Verfasser ist beiden Gesichtspunkten gerecht geworden. Dem ersteren insofern, als eine plastische Darstellung die Linien herausarbeitet, die vom Sensualismus Condillacs über Montesquieu, Voltaire, die Enzyklopädisten, die Gesellschafts- und Natur-Philosophen zum Höhepunkt des Materialismus führt (eines bewußten, gegen die von Staat und Kirche betriebene Heimlichtuerei mit Autorität und Glauben gerichteten Materialismus), um in Rousseau ihre Lösung — und Auflösung zu finden. Denn eine Auflösung, eine zunehmende philosophische Verflachung kennzeichnet den gesamten Prozeß der französischen Aufklärungsphilosophie. Daß sie übrigens als Ganzes für die Lösung der philosophischen Hauptprobleme nicht sehr viel und am wenigsten zu deren Vertiefung geleistet habe, dies Urteil Ewalds ist zu hart. Es kommt darauf an, was man als Hauptprobleme der Philosophie zu bezeichnen gewillt ist. Schließt man die Psychologie so gut wie aus, dann ist der philosophische Ertrag der französischen Aufklärungsepoche minimal. Macht man sich aber die Probleme der Denkpsychologie zu eigen, wie sie um die Wende unseres Jahrhunderts von Külpe systematisch aufgeworfen und von Husserl (Phänomenologie) und neuerdings auch von dem Breslauer Philosophen Hönigswald in seinen denkpsychologischen Forschungen zu besonderer Vertiefung gebracht worden sind, dann wird man in

der psychologisierenden Denkrichtung der französischen Aufklärer, in den feinsinnigen Beziehungsetzungen etwas von Sprache und Denken in Condillacs „Langue des Calculs“ eine Reihe von fruchtbaren Anregungen finden.

Die psychologisierende Denkrichtung ist aber typisch gerade für die französische Aufklärungsphilosophie. Ihre sämtlichen Vertreter (das Psychologische ist im Gegensatz zu der abstrakten Begrifflichkeit dem pulsierenden Leben näher verbunden) sind, mit Abwandlungen natürlich, zunehmend auf das Praktische und die brennendsten Zeitfragen ihrer Nation gerichtet. Ihre Denkleistungen kennzeichnet Aktivität, Elan, Umsturz. Und so ist die an philosophischer Tiefe gemessen fallende Linie der Denker eine steigende an Aktivität und Breitenwirkung. Ihre erste Höhe erklimmte sie in der ungeheuern Auflage der Enzyklopädie, des unter der Flagge eines bildungsvermittelnden Wörterbuches über Wissenschaften, Künste und Gewerbe segelnden bildungsrevolutionären Werkes hauptsächlich Diderots und d'Alemberts, um in Rousseau, dem glutvollsten Verkünder der Umkehr und des Umsturzes, ihre steilste Höhe, freilich an philosophischer Systematik auch ihren niedrigsten Punkt, zu erreichen.

Man hat heute andere Abstände und sieht in der französischen Revolution nicht sowohl ihre Scheußlichkeiten, als den endlichen Sieg eines neuen Zeitalters, der seinen Einfluß auch auf die übrigen europäischen Kulturvölker nicht verfehlte. So typisch national (man könnte versucht sein, „völkisch“ zu sagen), so typisch französisch aber der „Elan“ der Revolution war, so typisch französisch ist auch der Elan der französischen Denkrichtung, wie sie in der Philosophie der Aufklärung ihren Niederschlag gefunden hat. Vom Standpunkt der deutschen philosophischen Exakt-

heit gewiß zu verwerfen, wenn gleich suggestiv genug, um einer nur akademischen Denkrichtung die Vorteile solchen Elans ans Herz zu legen.
Dr. F. Gericke.

Dr. E Witte: Der Militarismus der preußischen Schulaufsichtsbehörden. „Entschiedene Schulreform“, herausgegeben von Paul Oestreich, Heft 21. Verlag Ernst Oldenburg, Leipzig 1924. 100 S. 1,20 M.

Witte zieht mit großer Sachkenntnis gegen den in der preußischen Schulpolitik und Schulverwaltung (heute mehr denn je) herrschenden Grundsatz zu Felde: „Recht ist Instrument der Macht.“ (Wüßten wir das nicht nur allzugut, so hätte der Fall Paulsen uns jüngst wieder daran erinnern können.)

Witte stellt im Hauptteil seiner Schrift an Hand krasser Beispiele die Verhältnisse dar, wie sie sind, und macht mit Treffsicherheit deutlich, warum sie so sind. Daß er dabei der Erörterung seiner persönlichen Erfahrungen, seines eigenen Berufsleids größeren Raum widmet, wird ihm niemand verargen; die Frage ist nur, ob das taktisch klug ist. Sachlich ist gegen seine Ausführungen nicht das geringste einzuwenden. Er hat mit seiner Polemik, auch was seinen eigenen Fall betrifft, durchaus recht — leider!

Der fünfte und der letzte Abschnitt bringen Anregungen zur Reform der Schulaufsicht. Diese Anregungen sind unbedingt gut und könnten bessern, was heute verderblich ist. Aber man muß bedauernd sagen, daß sie zurzeit wohl nur theoretischen Wert haben. Auf diesem Gebiet, wie auf manchem andern, war das erste Revolutionsjahr eine Epoche unverzeihlicher Versäumnisse. Und die ihrer gewährten Macht händereibend frohen hochbourgeois, monarchistischen Unterrichtspolitiker werden

sich hüten, nach vorerst erfolgreicher Überstandenem Ansturm des neuen Geistes jene von ihnen so sorgsam und raffiniert geretteten gesellschaftlichen Machtinstrumente preisgeben, die es ihnen ermöglichte ihre 1918 arg erschütterte Stellung zur Bastion auszubauen. Sie haben ihren malleus maleficarum und exorzisieren, würdige Inquisitoren des 20. Jahrhunderts, den „jüdischen Ungeist von Weimar“ aus Schule und Volk; wenigstens versuchen sie es. Das wird auf die Dauer nicht gelingen, sagt Witte; der Geist von Weimar wird sich einmal durchsetzen. So gewiß das wahr ist, so gewiß ist es auch gegenwärtig der etwas platonische Trost des Schwächeren, der vor fünf Jahren, als er der Stärkere war, vergessen hat, ... es zu zeigen.
Th. Geiger

Ein Nietzsche-Roman

Unter allen Romanen, die Dichter oder Philosophen zum Stoff nehmen, hat der Roman von Walter v. Hauff „Im Siegeswagen des Dionysos“ (Concordie, Deutsche Verlagsanstalt, Berlin 1924) den Vorzug, kein Roman zu sein. Er ist ein Monolog, in dem Nietzsche seinen geistigen Entwicklungsgang psalmodierend-dithyrambisch deklamiert. Die eingestreuten Dialoge mit symbolischen Figurinen — Einsamkeit, Weisheit, Leben, Geist der Schwere, in seinen verschiedenartigen Kostümierungen — geben Nietzsches männlicher Lehre ein feminin traumhaftes Gepräge. — Es mag immerhin möglich sein, daß solche Jüngerschaft von den erhabenen Nietzschen Archivaren in Weimar goutiert wird. Nietzsche selbst hätte wahrscheinlich zur Peitsche gegriffen. — Das Buch ist auf gletscherweißes Papier gedruckt, aber es atmet nicht die Höhenluft von Siels-Maria.

K. O.

PARVUS

VON KONRAD HAENISCH

*mit zwei Bildern und zwei Faksimiles in
Kupfertiefdruck und farbigem Umschlag
auf starkem, holzfreiem Papier gedruckt
in Halbleinen gebunden Preis Mark 2,50
Kartoniert Preis Mark 0,75*

Soeben erscheint:

KÖNIGE DER INFLATION

VON PAUL UFERMANN

Dritte Auflage

Die wahren Finanzskandale der Republik

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW68

H·G·WELLS
Grundlinien
der
Weltgeschichte



Verlag für Sozialwissenschaft Berlin SW.

670 Seiten, viele Abbildungen. Holzfrees Papier. Ganzleinen

Verlangen Sie Prospekte vom Verlag!

Preis geb. 20 Mark

Die Glocke

BEGRÜNDET VON PARVUS

Inhalt:

Robert Breuer:	
Die Erfüllungsregierung	1389
Victor Schiff:	
Heuchelei u. Landesverrat	1394
Veit Valentin:	
<i>Wie Tirpitz Geschichte schreibt (Schluß)</i>	1398
Ratisbonensis:	
<i>Rupprecht will Kaiser werden! . . .</i>	1400
Otto Bellmann:	
Der entblätterte Fridericus	1403
Albin Michel:	
<i>Der Balkan</i>	1409
J. Krüger:	
<i>Ein neuer Köller-Kurs</i>	1412
Dr. Hermann Hieber:	
<i>Aus Stahlhelmstadt</i>	1414
C. F. W. Behl:	
<i>Oscar Wildes Lebensbeichte</i>	1418
Erich Kuttner:	
<i>Anschauungsunterricht gegen den Krieg</i>	1419
<i>Schwarz-weiß-rote Benimme — Unwahrscheinliche Anekdoten</i>	

Verlag für Sozialwissenschaft

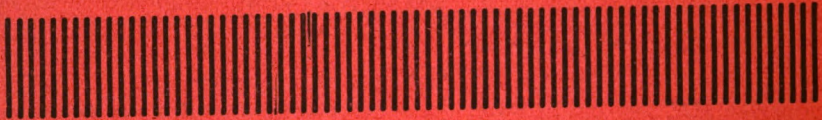
Berlin SW 68

Lindenstr. 114



Preis 30 Pfennig

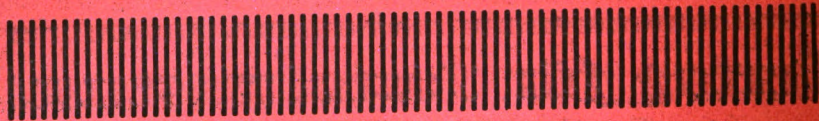
WIR GEHEN IN FRONT



*Der Schamlosigkeit der Reaktion stellen wir vier
Kampf-Schriften entgegen:*

- 1. Für Volk und Vaterland**
von Ph. Scheidemann, 7 Bogen, kart. M 2,50
- 2. Der Prozeß
des Reichspräsidenten**
von Brammer, 13 Bogen, kartoniert
- 3. Die Finanzskandale des
Kaiserreichs**
von Kurt Heinig
- 4. Die unmöglichen
Kohenzollern**

Verlag für Sozialwissenschaft · Berlin SW 68



Es ist Zeit, mit dem Klfinger zu klingen

Der Mitarbeiter des „Berliner Lokal-Anzeigers“ Hussong hatte am 12. Januar in dem von ihm bedienten Blatt den verstorbenen Genossen Parvus „den Urtypus des östlichen Großschiebers und Auspowerers Deutschlands“ genannt. Wir haben Hussong in unserer Nummer vom 17. Januar aufgefordert, uns die Tatbestände zu nennen, die ihn zu solchem Urteil berechtigt haben. Hussong hat geschwiegen. Er bestätigt uns also, daß er solche Tatbestände nicht vorzulegen hat, und beweislos einen Toten pöbelhaft zu beschimpfen wagte. Wir erklären nunmehr den Mitarbeiter des „Lokal-Anzeigers“ Hussong für einen feigen Verleumder.

Robert Breuer

Die Erfüllungsregierung

Von Robert Breuer

Seit Jahr und Tag, seitdem die sogenannten Nationalen, die Nationalverderber, sich anstrengen, in die Reichsregierung einzudringen, haben wir hier erklärt, daß, wenn solch unseliges Bestreben Wirklichkeit würde, Paris alle Ursache hätte, Triumph zu flaggen. „Vor Poincaré werden sie wie die Hunde kuschen, um nach innen treten zu können“, so schrieben wir hier immer und immer wieder; „sie werden erfüllen, wie keine Regierung erfüllt hat, sie werden sich allen Bedingungen der Entente beugen, sie werden zum mindesten fünfzigprozentig — nach dem Beispiel der Dawes-Abstimmung — auch vor neuen, aus dem Mißtrauen der Entente geborenen, schwereren Forderungen zu Kreuze kriechen, um nur nicht gezwungen zu sein, die Regierungsmacht wieder abzugeben, um nur nicht gehindert zu werden, ihre eigentlichen Absichten verwirklichen zu können: die Wiederherstellung des Obrigkeitsstaates, die Neuvergoldung des Feudalismus, die Sicherung hoher Getreidepreise.“ Nun ist es soweit, und in vollem Umfange bestätigt sich schon heute, daß diese von Nationalverderbern verseuchte Regierung die eigentliche Erfüllungsregierung, die Regierung der Vollkapitulation nicht nur sein wird, nein sein will. Die Taktik, nach der die Entente gegenüber dieser Regierung der Nationalverderber verfahren wird, ist offenkundig. Sie nutzt die nationalistischen Deklamationen, mit denen die Herren um Hergt und Westarp jahrelang umhergereist sind, um die Stimmung der französischen, aber auch die der englischen und amerikanischen Massen neu aufzuputzen; die Entente tut so, als müßten solche, von Revancheidiotie und Zeitfreiwilligenklimbim durchtobten Deklamationen ernst genommen werden, als würde jetzt solche Revanche aufmarschieren: so schafft sich die Entente neuen Sprungboden und neue, feste Operationsbasis. Lächelnd hört sie, wie diese gefährlichen Nationalen, die noch die letzte Reichstagswahl unter der Parole, daß der Vertrag von Versailles zerrissen werden müsse, geschlagen haben, heute durch ihren Parteausschuß, wie ihn die Regierung des Herrn Luther darstellt, sich als getreue Erfüller vorstellen. Nun weiß man also in Paris, daß es in Deutschland niemanden mehr gibt, der nicht erfüllen will, und niemand

wird mehr französische und englische Staatsmänner darauf verweisen können, daß eine gefährliche, vom Befreiungsglauben erfüllte nationale Opposition in der Entwicklung ist, auf die Rücksicht genommen werden müsse, die jeden Augenblick der Regierung verhängnisvoll werden könne, die darum der Bewilligungswilligkeit der Regierung eine unübersteigbare Grenze setze. Als sogenannte nationale Opposition hatten die Deutschen immerhin eine Aufgabe zu erfüllen; nun, da sie vor der Erfüllung restlos kapituliert haben, weiß man in Paris und London Bescheid. Man mimt dort Mißtrauen und rüstet sich, die gute Gelegenheit zur Ernte auszunutzen, solange sie reicht. Dahin hat es die Klugheit unseres Herrn Außenministers gebracht, dahin sein mißgünstiger Trotz und seine Syndikusgeschäftigkeit. Die nationale Front, die er zustande gebracht hat, sichert ihm den Dank der Entente, die von dieser wahren Erfüllungsregierung, von der sie genau weiß, daß sie — koste es was es wolle — aus innenpolitischen Gründen beharren möchte, fordern wird und fordern muß, was zu fordern sie sich gehütet hätte, solange man immerhin annehmen konnte, daß die Schwarz-weiß-roten ihre Nichterfüllungsdeklamationen ernst meinen könnten.

Die Stimmungsmache der Entente ist im vollen Gange, ihre Zeitungen blasen Alarm. Es ist sehr kennzeichnend, daß das Amt des Herrn Stresemann glaubt, solche Alarmwellen dem deutschen Volke fernhalten zu sollen. Man kann ja begreifen, daß W.T.B. und die amtlichen Pressestellen der jeweiligen Regierung zu Dienst sein müssen; aber dabei darf doch nicht vergessen werden, daß die gegnerische Presse unter Kreuzband oder sonstwie schließlich doch nach Deutschland kommt, und — was viel wichtiger ist — die Wirkung der fremden Presse auf die fremde Bevölkerung wird dadurch nicht gemildert, daß Herr Stresemann eifrig bemüht ist, dem deutschen Publikum fernzuhalten, was in Paris und London — nicht über die Regierung der hundertprozentigen Erfüllung gedacht, wohl aber aus taktischen Gründen über sie geschrieben wird.

Es ist notwendig, einige dieser fremden Pressestimmen festzuhalten. Der „Temps“ nannte die Erklärung des neuen Reichskanzlers ein Werk kompletter Banalität . . . Das ganze Kabinett Luther sei vom Geiste der Reaktion beseelt. Das Vertrauen des französischen Volkes könne nur einem demokratischen Deutschland gegenüber aufrecht erhalten werden. Seitens Frankreichs sei alles geschehen, um eine demokratische Entwicklung des deutschen Volkes zu erleichtern, aber dies alles sei — wie das Kabinett Luther zeige — vergeblich gewesen. Die Regierung dieses Kabinetts, die mit Zweideutigkeiten beginne, werde mit Widerstand enden, und so könne man dies Kabinett nur eine Herausforderung Europas und eine Herausforderung jeder Friedenspolitik nennen. Die „Liberté“ erklärt, daß die Regierungserklärung des Herrn Luther, gemessen an den Persönlichkeiten seines Kabinetts, viel zu gemäßigt klinge, um aufrichtig sein zu können. Wiederm der „Temps“: Weder von Luther noch von Stresemann, weder von Schiele noch von Neuhaus könne man eine loyale Anstrengung im Sinne des Versailler Vertrags und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erwarten. Frankreich sehe sich nunmehr einem Schuldner gegenüber, der noch mehr als gestern zu fürchten sei, da er sich weigere, abzurüsten, und da er seine Geschäfte einem

Ministerium anvertraue, das die Reaktion, die Wiederherstellung des alten Regimes und die Revanche gegen seinen Besieger wolle. „Peuple“ erklärt: Mit dem Ministerium Luther könnten weder normale noch gar freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten hergestellt werden. Dies Kabinett erleichtere gewiß nicht die Aufgabe derer, die auch seitens der Alliierten eine beschleunigte Aufhebung der territorialen Besetzungen erreichen möchten. Deutschland könnte dieses reaktionäre Regiment teuer zu stehen kommen. „Ere Nouvelle“: Das Kabinett Luther wird es den Gegnern Herriots erleichtern, ihm den Mißerfolg seiner Versöhnungspolitik vorzurechnen . . . Vergessen wir nicht, daß die Ruhrbesetzung noch andauert und daß die Alliierten immer noch Köln besetzt haben, und daß unsere Truppen noch in Westfalen stehen. Wiederum „Le Peuple“: Das Kabinett Luther wird die reaktionärste Regierung sein, die die Geschäfte Deutschlands seit dem November 1918 geführt hat. Der „Avenir“: Eine Wiederaufnahme des Kabinetts Cunow; eine Verurteilung der Politik des Verzichts, wie sie von der Regierung Herriot verfolgt worden ist. Der „Gaulois“: Von der Zusammensetzung des Kabinetts Luther könnte sogar Wilhelm II. befriedigt sein, denn keine Regierung dokumentiere mehr als diese monarchistische Doktrin und imperialistische Politik. Es sei festgestellt, daß sich dieses Deutschland schon so unabhängig fühlt, daß es glaubt, sein wahres Gesicht enthüllen zu dürfen. „Petit Parisien“: Der vollkommenste Triumph der Politik der reaktionären Intrigen von Stresemann. Vergeblich sucht man in der Ministerliste auch nur einen einzigen Demokraten oder einen einzigen Minister, der eine Linksorientierung garantiert. „Le Journal“: Gestärkt durch die Unterstützung seitens der Reichswehr, bei der man in der letzten Zeit eine Verdoppelung der antirepublikanischen Tätigkeit festgestellt habe, und noch mehr gestärkt durch die effektive Mitwirkung der illegalen militärischen Vereinigungen könne die Regierung Luther schon morgen den ältesten Sohn des Kronprinzen auf den Thron seiner Väter setzen. Die Regierung Luther, nationalistisch und reaktionär, werde völlig unter dem Einfluß der Konservativen stehen. Sechs Jahre nach der Revolution seien die Schwerindustrie und die preußischen Junker restlos zur Regierung gekommen. Die demokratische Idee sei im Geist der Volksmasse nur noch eine Erinnerung. „Journalée Industrielle“: Im Laufe der nächsten Monate werde die demokratische Mehrheit, die Frankreich regiert, in einen schweren Gewissenskonflikt geraten, durch das Ergebnis des 11. Mai und die Pflichten, die ihr durch die Anstrengung eines nationalistischen Deutschlands auferlegt werde. „Homme libre“: Das Kabinett Luther ist eine Herausforderung an die internationale öffentliche Meinung. „Daily Mail“: Heute abend war die alte Bande, die Europa in den Krieg gestürzt hat, in Deutschland wieder an der Macht . . . Das Ausscheiden von Marx sei auf Intrigen Stresemanns zurückzuführen, ebenso der Umstand, daß die Männer des Kaisers wieder zur Macht gebracht worden seien. „Daily Telegraph“: Eine reaktionäre Körperschaft. Es sei seltsam für eine Republik, daß fast alle diese Minister im Herzen Monarchisten seien. „Morning Post“: Eine Regierung jener Parteien, die das Vorkriegsregime wieder herstellen wollen. „Daily Express“: Ein Sieg der Nationalisten und Junker und ebenso der Großindustriellen.

Diese Proben mögen genügen, um zu zeigen, in welchem verhängnisvollen Umfange die Regierung der deutschen Nationalverderber dazu

gedient hat, die nationalistischen Leidenschaften der Ententevölker neu aufzupeitschen. Es kann und wird nicht ausbleiben, daß, von solcher Leidenschaft gestoßen, die Regierungen der Entente ihre gegen Deutschland gerichteten Forderungen versteifen und verschärfen werden. Daß daran auch eine noch so freundliche und erfüllungswillige Haltung der Regierung des Herrn Luther nichts ändern wird, zeigt sehr deutlich eine Auslassung des „Petit Journal“: Es sei nicht zu bezweifeln, daß die neue deutsche Regierung sich zunächst freundlich und willfährig hinstellen werde, daß sie versuchen werde, Frankreich davon zu überzeugen, daß mit der Rechten ebensogut, ja noch besser als mit der Linken verhandelt werden könne. Man dürfe sogar nicht erstaunt sein, wenn sich bald herausstellte, daß der Führer der deutschen Handelsvertragsdelegation im Auftrag der neuen Regierung ein viel geschmeidigerer Unterhändler sein werde, als er es unter der Regierung Marx gewesen ist. Indessen solle Frankreich sich nicht täuschen lassen. Nie habe es wachsamer sein müssen als heute; Franzosen, Belgier und Engländer dürften sich nicht durch zeitweilige und berechnete Konzessionen, noch durch Zahlungen aus dem Dawes-Plan, selbst wenn sie am richtigen Termin erfolgten, einschläfern lassen. — Der Erfolg der Nationalverderber ist demgemäß vollkommen: sie wollen erfüllen, sie werden erfüllen, und werden wesentlich mehr als jede ihnen vorangegangene zwifach verruchte Erfüllungsregierung erfüllen müssen, weil selbst ihre größte Bereitwilligkeit nicht hinreichen wird, das von neuem aufgepeitschte Mißtrauen der Entente zu beruhigen, weil die Entente-regierungen auf der Grundlage ihrer neu aufgepeitschten Völker nun erst die Sicherheit haben, daß vollkommene Leistung erfolgt. Darum: in Paris und London steigen die Flaggen, weil die bisherigen Verweigerer der Erfüllung in die Knie gesunken sind und anbetend die gefüllten Hände heben: Nehmt von uns, wir geben gern, wir haben das Rezept gefunden, wonach uns die Erfüllung nichts mehr kostet. Wir, die Nationalen, die hundertprozentigen Erfüller, verteilen die Lasten.

Das war alles, was Herr Luther auf die vielen Fragen, warum eigentlich ein Regierungswechsel habe stattfinden müssen, wenn doch Erfüllung und Republik garantiert wären, zu antworten hatte: Weil wir, die Beauftragten von Industrie- und Agrarkapitalismus, die Verteilung der Erfüllungslasten vornehmen wollen. Eine noble Gesinnung; genau das, was man erwarten konnte.

Herr Luther sollte das Amt eines Obermeisters der Friseurinnung angetragen bekommen, der Theater- und Kokottenfriseur. Er legt dick schwarz-rot-gold auf die Fratze des Feudalismus und des Obrigkeitsstaates. Er weint förmlich, daß es ihm nur darum zu tun gewesen wäre, eine Mehrheitsregierung zu schaffen; er glaubt selbst Zahlen fortzutäuschen zu können, oder vermag er nicht zu errechnen, daß doch zum mindesten die große Koalition eine garantierte Mehrheit gewesen wäre. Also nicht die Frage der Mehrheitsbildung war das Problem, sondern die Frage, warum die Deutsche Volkspartei eine Mehrheit nur mit den Deutschnationalen bilden wollte. Und die Antwort auf diese, diese einzige Frage, ist wahrlich nicht mit einem Kabinettsbeschuß zu beantworten, der erklärt: daß die Staatsform nicht geändert werden solle. Die Naivität, mit der Herr Luther sich ob dieses Kabinettsbeschlusses spreizte, erinnerte mehr als verdächtig an die groteske Komik des Herrn

Michaelis. Ein Kabinett der Republik, das solche Selbstverständlichkeit beschließen muß, ist von vornherein gerichtet, muß es notwendig haben, seine eigentliche Natur durch eine Larve zu verdecken. Glaubt Herr Luther wirklich, daß solch Beschluß, der im Zeichen der Republik beinahe wie eine Schamlosigkeit wirkt, geeignet sein könnte, das grenzenlose Mißtrauen gegen ihn und seine nationalistischen Zureiter zu mildern? Diese ganze Regierung und ihre Hintermänner sind patentierte Kulissenschieber. Oder was ist es sonst, wenn nicht Kulissenschieberei, was ist es sonst, wenn die Rechtspresse den Zwischenruf des Herrn Everling heftig verdammt, der mit einem „Gott sei Dank“ die Erklärung Breitscheids, daß die Regierung Luther nur eine Etappe zur Monarchie sei, begrüßte, oder was ist es sonst, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ sogar den Fraktionsredner Westarp tadelt: „Vielleicht hätte er sich darauf beschränken sollen, noch mehr lediglich anzudeuten, als er es tat.“ Also Graf Westarp hat noch zu offen gesprochen, hat noch zu wenig verdeckt, was eigentlich gemeint und gewollt wird, hat noch zu wenig Republikshminke aufgelegt, obgleich er beinahe alles vergessen hatte, was seine Mannschaften, die Stahlhelmlaute, und wie der sonstige nationalistische Pöbel heißt, von ihm zu hören gewohnt sind und auch morgen noch werden hören wollen.

Es könnte die Republik immerhin mit einigem Stolz erfüllen, daß die Monarchisten und Todfeinde der Demokratie es für notwendig erachten, sich republikanisch und volksfreundlich zu verummnen, während sie dabei sind, ihren Raubzug zu beginnen. So viel bedeuten Republik und Demokratie also doch, daß man sich, so verhaßt es einem auch sein mag, in das schwarz-rot-goldene Gewand einhüllt, wenn man sich auf Diebesfahrt begibt. Aber die Republik verzichtet gern auf solche Respektserklärung; sie reißt das erheuchelte Gewand denen von den Schultern, die nichts anderes sind als die Schmieresteher der Verwesung, die den jungen Volksstaat vergiften will. Herr Luther mag sich tausend Masken vorbinden und aus seinem Kabinett tausend republikfreundliche Beschlüsse extrahieren, er bleibt für jeden Republikaner und jedenfalls für die acht Millionen staatswilliger Sozialdemokraten der Feind, der mit allen Mitteln niederzukämpfen ist.

Herr Luther ist in jeder Beziehung ein Gefangener, ein Gefangener des Erfüllungszwanges, ein Gefangener des Stahlhelmgeschwätzes, ein Gefangener des Zentrums. Es war köstlich, aber doch noch weit mehr kläglich anzusehen, wie Herr Luther unter der Erklärung des Herrn Fehrenbach zusammenschrumpfte. Solch eine Zustimmungserklärung dürfte einzig in der Geschichte der Parlamente aller Staaten sein. Eine Zustimmungserklärung mit geschwungener Rute und gut gedrehtem Hanfstrick. Schon sieht man Herrn Luther baumeln. Er muß sehr viel zu gewinnen hoffen, wenn er die moralische Aechtung, die das Dekret des Zentrums für jeden Empfindsameren bedeuten müßte, artig auf sich nimmt. Mag sein, daß das Zentrum es ernst meint, wenn es an seine Arbeiter, an seine Jugend denkt, wird es wohl gezwungen sein, sein Bekenntnis zur Republik und Demokratie ernst zu meinen. In solcher Auffassung wollen wir uns auch durch den Umstand, daß Herr Wirth seine in Aussicht genommene Rede nicht gehalten hat, vorläufig nicht beirren lassen. Eins aber ist gewiß: die Deutschnationalen, die die Mitglieder der Gustav-Adolf-Vereine, des evangelischen

Bundes und der sonstigen Ligen verewigten Kulturkampfes stellen, werden an katholischen Vorrechten, an Jesuiten und an sonstigen römischen Forderungen mancherlei zu schlucken haben. Am Ende dürfte die Heuchelei, hinter der dieser Zentrumsgefangene Herr Luther sich verbirgt, doch zerreißen und dürfte das Zentrum begreifen, daß seine berechtigten Wünsche auf religiöse Freiheit und kirchenpolitische Ansprüche von der Sozialdemokratie besser und ehrlicher erfüllt werden können, und daß selbst das Reichsschulgesetz gemeinsam mit der Sozialdemokratie fester gefügt werden könnte als unter der Aufsicht einer scheelen Konkurrenz, die eben doch, wenn sie nicht schließlich auch noch ihr eigenes Seelenheil verraten will, im Papst den Antichrist sieht. Vielleicht liest Hans einmal darüber bei Martin nach.

Heuchelei und Landesverrat!

Von Victor Schiff

Diejenigen, die am 4. Mai und am 7. Dezember 1924 ihre Stimme den Deutschnationalen gaben, haben es sich wohl kaum träumen lassen, daß die erste unter der offiziellen Mitwirkung ihrer Führer entstandene Regierungserklärung so aussehen würde wie die Programmrede Luthers: Schutz der republikanischen Verfassung; Aufwertung nur im Rahmen des Möglichen; Verständigung mit Frankreich über die Entwaffnungsforderungen zwecks Räumung der Kölner Zone; keine grundsätzliche Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie ... Auf dem Altar der heiligen Futterkrippe werden wahre Hekatomben von Grundsätzen, Idealen, Forderungen und Parolen geopfert.

Je größer die Würdelosigkeit und Gesinnungslumperei, desto eifriger der Ruf nach Abkehr vom Materialismus und Rückkehr zur christlichen Weltanschauung. Die ersten Christen, die sich im römischen Kolosseum am lebendigen Leibe verbrennen oder von Raubtieren auffressen ließen, ehe sie ihre Ueberzeugung preisgaben, würden sich für solche Hüter der christlichen Weltanschauung bedanken, die um ein paar wacklige Ministerstühle ihre politische „Ueberzeugung“ verschachern.

Aber die Westarp, Schiele, Hergt und Genossen wissen, daß sie sich diese Erniedrigung ohne Gefahr für die Zukunft ihrer Partei leisten können: sie haben es durch ihre jahrelange Hetze glücklich so weit gebracht, daß die Fähigkeit zur Bewertung der elementarsten politischen und moralischen Begriffe bei ihren Anhängern auf den Nullpunkt gesunken ist. Der 7. Dezember war für sie die Probe auf das Exempel vom 29. August: die Deutschnationalen haben zu ihrer freudigen Ueberaschung festgestellt, daß die schändliche Abstimmungskomödie bei der Verabschiedung der Dawes-Gesetze ihnen keinerlei Abbruch getan hat; sie haben sogar im Gegenteil noch einen Stimmenzuwachs verzeichnet. Und nun denken sie mit einigem Recht: solchen Wählern kann man alles, aber auch alles zumuten. Es hat daher von jetzt an ebensowenig Zweck, mit einem Deutschnationalen über Ehre, Anstand und Würde zu diskutieren, wie mit einem Blindgeborenen über Farben.

*

Aber gerade in dieser absoluten moralischen Unempfindsamkeit der Deutschnationalen liegt ihre größte Stärke, liegt die größte Gefahr für

die Republik und für Deutschland überhaupt. Eine Partei, die sich jede Ehrlosigkeit, jede Unständigkeit, jede Würdelosigkeit leisten darf, ohne daß ihre Anhänger ihr den Rücken kehren, eine Partei, deren Wählern jedes Gefühl für Logik, Wahrheitsliebe und Lächerlichkeit abhanden gekommen ist, gewinnt damit automatisch einen ungeheuren Vorteil gegenüber den andern; denn eine solche Partei kann nicht nur gegen alle Begriffe der Moral ungestraft handeln, sie kann auch darüber hinaus alle diese Begriffe für sich allein in Anspruch nehmen. Sie kann die schwersten, offenbarsten Schädigungen des vaterländischen Interesses bewußt begehen und dabei gleichzeitig und um so lauter mit nationalen Phrasen operieren; sie kann denjenigen, die diese Schädigungen abwenden wollen, als Landesverräter und bezahlte Agenten Frankreichs beschimpfen; sie kann den sozialen Frieden predigen und zugleich den schärfsten Klassenkampf von oben führen; sie kann sich zum Anwalt der Unbemittelten aufspielen und zugleich das Brot der Aermsten durch Schutzzölle verteuern; sie kann die christliche Weltanschauung preisen und zugleich Bürgerkrieg, Pogrome und Revancheschlächtereien erstreben; sie kann den Schutz der Verfassung von Weimar versprechen und zugleich deren Sturz vorbereiten; sie kann jeden Eid auf die Republik leisten mit dem Hintergedanken, daß nur der Eid auf den Monarchen gilt, da die Republik ihre Entstehung einem Verbrechen verdanke. Dagegen versagen einfach alle üblichen Methoden der Diskussion, der Belehrung und der Bekehrung.

Nebenbei bemerkt: in dieser Verneinung aller bisherigen Moralbegriffe liegt auch die Stärke der Kommunisten. Das Lügen und Verleumden ist den kommunistischen Führern nicht nur von Partei wegen gestattet, sondern sogar — als das von Lenin einst empfohlene Mittel zur Bolschewisierung der Arbeiterklasse — zur Pflicht gemacht. Indessen steckt im deutschen Arbeiter doch erheblich mehr Urteilsfähigkeit, kritischer Geist und Selbstbewußtsein als im deutschen Spieß und Bauer. Und deshalb wird es schon eher möglich sein, mit der Zeit den Leser der „Roten Fahne“ zur Besinnung zu bringen, als den Leser des „Lokal-Anzeigers“, der „Pommerschen Tagespost“ und der ostpreussischen Kreisblätter.

*

Man ist, wie gesagt, gegen die politische Amoralität der Deutschnationalen ziemlich machtlos. Es gibt dagegen nur ein einziges sicheres Abwehrmittel: die Trennungslinie. Und es ist die unverzeihliche Sünde der Fraktionsmehrheit des Zentrums gewesen, daß sie durch ihre Nachgiebigkeit diese Trennungslinie verwischt hat. Die Folgen haben sich gleich bemerkbar gemacht: die deutschnationale Unehrlichkeit hat sich auf die Regierung des Deutschen Reiches automatisch übertragen. Die Programmrede Luthers ist eben wegen ihrer scheinbaren Unverfänglichkeit eine Ungeheuerlichkeit: denn niemand in Deutschland, niemand in der Welt schenkt ihr auch nur ein Mindestmaß an Glauben. Man steht vor dem Dilemma: Entweder man hält die nicht-deutschnationalen Minister für aufrichtig, und dann beleidigt man ihre intellektuellen Fähigkeiten; oder sie sind es nicht, dann beleidigen sie durch ihre Unaufrichtigkeit die ganze republikanische Bevölkerung Deutschlands. Entweder sie reden sich selbst ein, daß man mit Monarchisten die Republik schützen kann, daß man mit Maulhelden der Revanche Ver-

ständigungspolitik treiben kann, daß man mit Scharfmachern der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes soziale Gerechtigkeit üben und erstreben kann, und dann müssen sie einem leid tun; o d e r sie wollen das alles dem deutschen Volke einreden, und dann unterschätzen sie gewaltig die Urteilsfähigkeit der nicht-deutschnationalen Teile unseres Volkes.

Da uns aber nichts ferner liegt, als die neuen Minister dadurch zu beleidigen, daß wir ihnen eine beinahe polizeiwidrige Naivität unterstellen, und da wir im Gegenteil in letzter Zeit nur allzuviel Beweise von Gerissenheit, Charakterlosigkeit und Unaufrichtigkeit bei dem Haupttreiber zum Bürgerblock, Stresemann, feststellen mußten, so bleibt nur die andere Erklärung übrig, daß die scheinbar so harmlose Regierungserklärung Luthers einen plumpen Täuschungsversuch, sowohl des Inlandes wie des Auslandes, darstellt.

Herr Scholz, der Handlanger Stresemanns bei allen von der Deutschen Volkspartei erzwungenen Regierungskrisen, hat in seiner Reichstagsrede mit süffisantem Lächeln den Sozialdemokraten ungefähr folgendes entgegengehalten: Ihr sagt, die Luthersche Regierungserklärung hätte ebensogut von Marx stammen können, und ihr fragt, warum denn überhaupt Marx erst gestürzt werden mußte; ich aber frage: Warum wollt ihr dann nicht für das Vertrauensvotum zugunsten der Programmrede Luthers stimmen?

Der hochintelligente Herr Scholz, von dem seit Jahresfrist das geflügelte Wort: „... mit Eichenlaub und Schwertern“ im Reichstag kursiert, hält die Sozialdemokratie entweder für so dumm wie volksparteiliche Oberlehrer oder für so amoralisch wie seine deutschnationalen Koalitionsbrüder.

Hätte die Bürgerblockregierung Luther ein ihrer Zusammensetzung entsprechendes Kampfprogramm der Reaktion entwickelt, so würden wir zwar diese Herausforderung mit der entsprechenden Energie beantwortet haben, wir würden jedoch innerlich Achtung vor solchen Gegnern, die mit offenem Visier kämpfen, empfinden. Aber gegenüber der Feigheit, mit der die Deutschnationalen in der Rechtsblockregierung ihre Ziele verschweigen, gegenüber der Unaufrichtigkeit, mit der die neuen Minister den Zweck des Regierungswechsels verbergen und den Charakter ihres Kabinetts zu beschönigen versuchen, können wir nur Ekel und Verachtung empfinden.

Aber so sehr die neue Reichsregierung alle Merkmale der Unwahrhaftigkeit trägt, so ist das nicht einmal der Hauptgrund, der uns veranlaßt, in rücksichtslose Opposition zu ihr zu treten. Viel wichtiger sind uns die außenpolitischen Gründe. Mag Herr Luther noch so feierlich beteuern, daß der außenpolitische Kurs seines Vorgängers Marx auch die Richtlinie seiner Politik sein werde, mag er es sogar persönlich aufrichtig meinen, ihm wird das von keinem Menschen im Auslande geglaubt werden. Das Vertrauen, dieser unentbehrlichste aller Faktoren der Außenpolitik, besonders in der gegenwärtigen Lage Deutschlands, ist restlos zerstört. Es war zwar Herrn Stresemann bereits in den letzten Monaten durch seine Quertreibereien gelungen, dieses Vertrauen, das nicht er, sondern Marx auf der Londoner Konferenz erungen hatte, zu erschüttern. Aber, solange Marx an der Spitze der Regierung stand und solange er sich auf seine außenpolitische Unter-

stützung durch die Sozialdemokratie berufen konnte, da war die Lage Deutschlands in der Welt einigermaßen gesichert.

Jetzt ist's damit vorbei. Marx ist von Stresemann und Luther gestürzt, den Deutschnationalen geopfert worden — der letzte Rest von Vertrauen ist dahin. Deutschland ist wieder völlig isoliert. Dabei war es oft genug gewarnt worden, besonders von denen, die es aufrichtig mit dem deutschen Volke meinen. Herriot — dessen Aufrichtigkeit und guten Willen kein anderer als Stresemann wiederholt bezeugt hat — hatte es in seiner Regierungserklärung deutlich genug gesagt und seitdem mehrmals betont: „Verständigungsbereitschaft gegenüber der deutschen Demokratie, Unnachgiebigkeit gegenüber einem rechtsgerichteten Deutschland.“

Die Schöpfer des Bürgerblocks haben dennoch alles daran gesetzt, Herriot auf die Probe zu stellen. Sie haben sich sogar dafür gerade den Augenblick ausgesucht, wo Deutschland in der Entwaffnungsfrage Konzessionen im Interesse einer schleunigen Räumung des Ruhrgebiets und der Kölner Zone erwirken muß.

Das alles wissen die Stresemann, Luther und Genossen. Dennoch haben sie alle Minen gegen Marx springen lassen. Und hier steht man wiederum vor einem Dilemma: Entweder waren diese Führer des Bürgerblocks einfach nicht mehr fähig, die einfachsten außenpolitischen Wirkungen ihres Treibens zu erkennen, oder sie haben sich bewußt und leichtfertig über diese unvermeidliche Schädigung der nationalen Interessen Deutschlands aus rein innenpolitischen und klassenwirtschaftlichen Gründen hinweggesetzt.

Heutzutage, besonders seit dem Magdeburger Urteil, ist der Begriff des „Landesverrats“ so mißbraucht und entwertet, daß wir uns instinktiv scheuen, dieses Wort unsererseits zu gebrauchen. Wenn den Deutschnationalen im Reichstag von Republikanern arg zugesetzt wird, dann brüllen sie entweder: „Barmat!“ oder „Landesverrat!“ In den Augen der Rechtsparteien sind wir Republikaner samt und sonders „Landesverräter“. Wir können diese Bezeichnung seit dem Magdeburger Urteil sogar mit einigem Stolz beanspruchen, nachdem die bekanntesten Juristen festgestellt haben, daß der Landgerichtsdirektor Bewersdorff Landesverrat mit Landesrettung verwechselt hat.

Wenn indessen der Begriff des „Landesverrats“ überhaupt noch einen Sinn hat, so ist es der einer zumindest objektiven Schädigung der Interessen des Vaterlandes. Dieser objektiven Schädigung, dieses Landesverrats klagen wir die Regierung Luther an und lassen es nur dahingestellt, inwieweit die Treiber zum Bürgerblock sich dieser Schädigung subjektiv bewußt gewesen sind.

Diese Regierung ist ein nationales Unglück; je länger sie dauert, desto größer die Gefahr, daß dieses nationale Unglück Dimensionen annimmt, die nicht wieder gut zu machen sind. Der Kampf gegen diese Regierung bis zu ihrer Beseitigung ist das höchste nationale Gebot des Augenblicks. Besonders unter dem Gesichtspunkt der Befreiung der Westmark vom Druck der alliierten Truppen ist die Unterstützung der Regierung Luther Verrat des besetzten deutschen Landes, ihre Niederringung ist Landesrettung!

Wie Tirpitz Geschichte schreibt

Von Veit Valentin

(Schluß)

Die Arbeit des „Maestro“

Kaiser Wilhelm II. fand für seine Umgebung manchmal treffende Namen. Den Großadmiral von Tirpitz nannte er „Maestro“. Stimmt das nicht? Die Pose und das Klappern, die ewige Empfindlichkeit, verkannt zu sein, die Sorge um den Nachruhm, der unaufhaltsame Drang zur Bühne, und bis zum letzten, allerletzten Auftreten Schmiß und Schmalz . . . Der Kaiser und sein Admiral paßten zueinander. Daß Wilhelm gerade diesen Mann für sein Flottenphantom gefunden hat, der dabei seine eigenen Machtinstinkte rücksichtslos ausleben konnte — wie heute seinen kaiserlichen Herrn schonungslos preiszugeben, weil man ja vielleicht noch Präsident der deutschen Republik und Hohenzollern-restaurator werden kann —, darin liegt eine historische Ironie, über die vielleicht unsere Enkel werden lächeln können, uns ist noch etwas schlecht zumute bei dem Anblick.

„Ebenbürtigkeit mit England, Einschüchtern der ersten Seemacht der Welt“ — das ist die Parole: „eine große nationale Frage daraus machen“ — es gibt kein schlagenderes Wort, als dieses spätere Tirpitzsche (S. 21). Es ist keine nationale Frage, man macht aber daraus etwas — weil die Nation einen neuen Stoff haben muß. Bismarck und 1870 reichen nicht mehr aus. Resultat: Flottengesetz von 1900. Schon das erweckt in England Unbehagen, Lord Fisher geht zu den Dreadnoughts über. Diesen großen Fehler, durch den der ältere englische Bestand wertlos wird, nutzen der Kaiser und Tirpitz aus. Es kommen die Novellen 1905/06 und 1908. Hier zeigt sich schon das System: das Flottengesetz von 1900 ist gewissermaßen heilig, es wird im In- und Auslande als unantastbar bezeichnet — den Engländern besonders wird immer wieder gesagt: an einem deutschen Reichsgesetz ist nicht zu drehen und zu deuteln. In Wirklichkeit bedeutet jede neue Novelle eine Wesensverwandlung des Flottengesetzes selbst. Zum Beweis halte man nebeneinander: 1. das Flottenprogramm nach der Novelle von 1908 laut Schreiben des Großadmirals an den Reichskanzler vom 17. Dezember 1908. Das Entscheidende dabei war, daß bis 1911 vier Neubauten, von 1912 bis 1917 zwei Neubauten begonnen werden sollten. Dies wurde als großes Zugeständnis an England frisiert. 2. Die Tirpitzsche Darstellung S. 196: Agreement mit England auf Grundlage 2:3 nur möglich, wenn das Dreiertempo (also der ursprünglich vorgesehene Jahressatz von drei Neubauten) wieder eingeführt wird, und zwar wollte Tirpitz nicht das Zweiertempo dauernd in das Dreiertempo umwandeln, sondern das Zweiertempo dann und wann (!) durch ein Dreiertempo unterbrechen. Hier kann man die Tirpitzsche Taschenspielererei mit Händen greifen: Parlament und Ausland wurden tatsächlich beständig genasführt; die feierlichsten Versprechungen wurden schlankweg gebrochen und so immer wieder Unruhe in die Welt gebracht.

Die Rückkehr zum Dreiertempo war der Hauptzweck der Novelle von 1912, die Tirpitz mit dem angeblichen politischen Mißerfolg des Marokko-Kongo-Abkommens Kiderlens von 1911 begründete. (Dabei schreibt sein nächster Mitarbeiter, Admiral Capelle, am 10. August 1911:

„Die geplanten Abtretungen sind nicht annähernd so gut, wie wir zuerst hofften, aber auch nicht so schlecht, als wir zwischendurch fürchteten: das berühmte Kompromiß.“) Der Kampf um diese Novelle, die in England als schwere Herausforderung aufgefaßt wurde, ist reich an dramatischen Spannungen. Das zähe Ringen Bethmanns, die Warnungen des Londoner Botschafters, die englischen Tastversuche, besonders Haldanes Mission, zuletzt das Eingreifen der sonst so gänzlich unpolitischen Kaiserin zugunsten der Novelle — mit dem Tirpitz, wie er hoch und heilig schwört, nichts zu tun gehabt haben will... (woraus zu schließen ist, daß er es wahrscheinlich via Kronprinz angeregt hat...).

Der Staatsmann, der Tirpitz völlig durchschaute und deshalb seine Entlassung empfahl, ist Kiderlen-Waechter gewesen — der starb bekanntlich Ende Dezember 1912 — für Tirpitz sehr gelegen. Der gesunde Menschenverstand und der Humor Kiderlens waren Tirpitz unheimlich; durch Enthüllung von Klatschgeschichten und kleinen politischen Intrigen rumänischer Herkunft versucht Tirpitz deshalb den toten Kiderlen jetzt herunterzusetzen — selbst die Freunde des Großadmirals werden sich wohl über den geringen Anstand dieses Verfahrens wundern.

Die politische Methode des Maestro läßt sich vielleicht am übersichtlichsten in den folgenden Thesen zusammenfassen:

1. Wenn England sagt, es hat Angst vor der deutschen Flotte, so ist das Schwindel. Die englische Mißstimmung kam vom „Handelsneid“.

(Schließlich mußte England selbst am besten wissen, was es bedrohlich fand... Daß die Flottenpolitik die Situation der englischen Gegnerschaft „sehr verschärft hat“ — gibt Tirpitz in einem erleuchteten Augenblick wenigstens einmal zu — Schreiben vom 6. Mai 1909 —, fügt aber jetzt, sehr bezeichnend! — eine abschwächende Anmerkung bei.)

2. Jedes Angebot Englands ist eine „Falle“.

3. Jeder deutsche Diplomat, der die englische Stimmung objektiv wiedergibt, ist von den Engländern eingeseift, hat keinen „Machtsinn“, benimmt sich schlapp ihnen gegenüber, vertritt englische Interessen, statt deutsche (Graf Wolff Metternich).

4. Deutsche Diplomaten, die Verständigung in würdiger Form mit England suchen, wollen „ihre Eitelkeit befriedigen“ (Kühlmann).

5. Englands Anerbietungen (Kolonialsachen, Orient) sind wertlos — seine Absicht ist, die Flotte zu „verkrüppeln“ (vor der es doch keine Angst hat! — vergl. 1), Deutschland durch „Drohungen“ zu demütigen. (Vergl. Feststellung Bülow's vom 11. Januar 1909: „Von Drohungen auf englischer Seite ist nicht die Rede gewesen. Die Engländer sind weit eher in der Rolle von Bittenden an uns herangetreten.“)

6. England macht wegen der „Novelle“ keinen Krieg (oder wegen ein paar Kreuzern oder wegen Baubeschleunigung...). Macht es ihn doch, dann war er schon vorher beschlossene Sache, also nicht zu vermeiden. Wir können also bauen, soviel wir wollen... .

7. Wer Einwendungen gegen die Flottenpolitik macht, ist entweder ein Laie oder ein Intrigant oder ein Sonderling (so wird Admiral Galster bezeichnet, und zwar ohne Namensnennung, S. 51) oder ein Dummkopf („die Front ist dumm“ — dies berühmte Wort des Großadmirals bezog sich auf die in der Marine herrschende Stimmung, man solle nicht noch mehr Schiffe bauen, sondern die vorhandenen Schäden erst ausbessern;

v. Holtzendorff wurde ihr Wortführer) oder ein Heuchler (wie Wermuth der seine Sparsamkeit mit Vaterlandsliebe begründet...).

8. Politische Gegner des Großadmirals sind kleinlich (wenn sich Bethmann Einmischungen in die Politik verbittet) oder schwächlich („Weltpolitik ohne Krieg“) oder sie haben einen engen kontinentalen Gesichtskreis (dabei will Tirpitz gerade die Russenfreundschaft und ist gegen das zentralafrikanische Reich!).

Folgerung: Wer ist der edle, weitblickende, überall sachverständige, der wahrhaft geniale Staatsmann? Der „liebe alte Tirps“ natürlich, wie sich der Großadmiral mit Stolz von seinem blauen Couleurbruder, dem Admiral Fisher, nennen läßt. Das ist auch eine Internationale, und keine besonders friedliche.

Ein Volk mit politischem Instinkt würde den Großadmiral von Tirpitz rechtzeitig dahin gejagt haben, wo er hergekommen ist — nämlich zum Teufel... (Orden und Pension werden selbstverständlich nachgeschmissen...).

Ein Volk mit politischem Temperament würde ihn als Volksverderber vor einen Staatsgerichtshof stellen.

Bei uns hat er es nach kurzer Pause schon wieder zum Ehrenvorsitzenden der Deutschen nationalen Volkspartei gebracht!

Also — Glückauf — „lieber alter Tirps!“

Rupprecht will Kaiser werden!

Von Ratisbonensis

Ministerpräsident Held hat vor kurzem erklärt, daß das bayerische Volk zwar monarchistisch gesinnt sei, daß es aber nicht Bayern allein zur Monarchie zurückführen werde, sondern erwarte, bis auch im Reiche die Mehrzahl der Deutschen wieder zum Kaisertum zurückkehren wolle. Ob Herr Held das selbst glaubt, oder ob diese Redewendung nur eine staatsmännische Form einer Ermahnung an die allzu eifrigen bayerischen Königsmacher sein sollte, ist schwer festzustellen. Sicher ist, daß die Schrittmacher der Wittelsbacher gar nicht daran denken, bis auf den „Sankt Nimmerleinstag“ zu warten. Der „Miesbacher Anzeiger“, der durchaus kein Witzblatt ist, sondern das Sprachrohr einer nicht nur in Oberbayern sehr einflußreichen Gruppe, schreibt am 3. Januar nachfolgendes Pronunziamento, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt:

„Praktisch liegt die Sache so, daß die Rückkehr zur Monarchie nicht im Reichstag erfolgen kann, sondern innerhalb der bayerischen Grenzpfähle. Die Wiederherstellung der bayerischen Staatspersönlichkeit aus eigenem Recht kommt durch bayerischen Staatsakt und nicht durch Mehrheitsbeschluß des Weimarschen Parlaments. Es ist das eine innenpolitische Angelegenheit Bayerns, die, theoretisch betrachtet, für das Reich zwar einige Unannehmlichkeiten hat, aber einer Regelung entgegengeführt werden könnte, die keine ernstliche Schwierigkeit für den inneren Zusammenhang im alten Reichsgebiet bedeuten muß.“

Das Berliner Regiment findet sich dann eben mit der Tatsache ab, daß Bayern Königreich ist, und ändert die Weimarer Verfassung etwas um, indem einige staatsrechtliche Reservate dort für Bayern aufgenommen werden.

Wir haben diese Lösung eine theoretische genannt, weil bei ihr noch nicht in Rechnung gestellt ist, daß der Berliner Zentralismus und der Fanatismus der Partei-Republikaner auf jeden Kampf mit Bayern und in Bayern verzichtet.

„Wenn dieser Verzicht nicht erfolgt, dann natürlich gibt es nur zwei Lösungen, entweder die Bayern verzichten auf die Wiederherstellung der Monarchie im eigenen Lande, setzen also das fort, was sie bisher schon getan haben, ohne damit der gesamten nationalen Entwicklung in Deutschland irgendwie förderlich zu sein, oder sie nehmen den Kampf auf und erzwingen unter Mithilfe aller außerbayerischen Gegner der obrigkeitslosen Parlamentswirthschaft im Reich die Abänderung der Weimarschen Verfassung, nicht unter Beschränkung auf bayerische Reservate, sondern in positiv föderalistischem Sinn.

Dann ist das Stadium erst eingetreten, bei dem die zweite taktische Formel keinen hemmenden, sondern einen aktiven Sinn bekommt, nämlich den, daß unter Vortritt Bayerns die Wiederkehr zur Monarchie eine Reichsangelegenheit wird.

Irgendwo muß einmal angefangen werden, und man kann auf die Dauer den Bayern nicht zumuten, daß sie bei sich nicht den Anfang machen, weil es anderswo im Reich noch nicht geht, denn die bayerischen Monarchisten, das ist der überwiegende Teil des bayerischen Volkes, können es sich auf die Dauer nicht gefallen lassen, daß man ihnen den Entschluß zur Tat nicht zutraut, und daß sie, zwar an sich die Errettung Deutschland aus Not und Versklavung in der Hand haben, daß sie aber von dieser Berufung keinen Gebrauch machen, vor allen Dingen aber auf die bessere Staatsordnung im eigenen Lande bis zum Nimmerleinstag verzichten.

Wir in Bayern sind reif für die Monarchie und wir sind durchaus bereit und entschlossen, dies auf dem legalen Wege, unter Verzicht auf jegliche revolutionär erscheinende Tendenz durchzuführen, es kommt also nicht auf uns, sondern auf die norddeutschen Volks- und Regierungskreise an, wie sie sich zu einem solchen bayerischen Staatsakt stellen wollen.“

Was der „Miesbacher“ hier ausspricht, entspricht der Denkweise und Stimmung eines großen Theiles des satten bayerischen Bürgertums südlich der Donau und atmet durchaus die engstirnige Ueberheblichkeit und politische Weltfremdheit, die diesen Kreisen eigen ist. Weil die Honoratioren von Rosenheim und Straubing, von Ingolstadt und Passau ihren angestammten König wiederhaben wollen, der für ihr beschränktes politisches Denkvermögen ein unentbehrliches Requisite ist, ohne das sie sich in ihrer kleinen Welt nicht zurechtzufinden vermögen, deshalb muß die Mehrheit des bayerischen Volkes die Restauration der Wittelsbacher wollen! In Nordbayern, das bis vor etwa hundert Jahren noch in buntem Durcheinander von Fürstbischöfen, Aebten, Reichsrittern, freien Städten und Duodezfürsten aus dem Hause Hohenzollern regiert wurde,

hat das Haus Wittelsbach keine Tradition und auch heute nur geringe Anhängerschaft; ebenso liegen die Dinge in der Rheinpfalz. Ob also wirklich die bayerischen Monarchisten „der überwiegende Teil des Volkes“ sind, ist sehr fraglich. Selbst wenn mehr als die Hälfte der Bayern, also vielleicht zwei Millionen der Stimmberechtigten bei einer Abstimmung für die Rückkehr König Rupprechts eintreten würden, so kann doch unmöglich verlangt werden, daß wegen dieser zwei Millionen bayerischer Monarchisten die sechzig Millionen der übrigen Deutschen begeistert zu ihren 22 angestammten Fürstenhäusern einschließlich Reuß-Greiz-Lobenstein zurückkehren. Diese Lösung wollen die Leute vom bayerischen Königsbund aber erzwingen. Sie wissen, daß das deutsche Volk niemals gutwillig diesen Bruch der Verfassung hinnehmen wird und suchen deshalb die gewaltsame Lösung. Die Monarchisten und Antiparlamentarier in Preußen und den übrigen Ländern werden als Bundesgenossen geworben. Die Weiß-Blauen zählen auf die Hilfe der Schwarz-Weiß-Roten in den Parteien und Bündeln. Das war schon der Plan des rupprechtstreuen Generalstaatskommissars v. Kahr, als er zusammen mit den vaterländischen Verbänden des Professors Bauer den Marsch auf Berlin propagierte, ein Plan, der kurz vor der Verwirklichung durch den Hitler-Putsch vom 9. November zum Scheitern kam. Heute liegen die Verhältnisse anders. Es ist gelungen, den bayerischen Volkshelden Hitler zum Bruch mit Ludendorff zu treiben. Hitler wird künftig ein gefügiges Werkzeug der weiß-blauen wittelsbachischen Politik in Bayern sein.

Der Bürgerkrieg Rupprechts von Wittelsbach und Wilhelms von Hohenzollern gegen das deutsche Volk wird vorbereitet. Die Bürgerblockregierung öffnet den Weg zur Rückkehr zur Monarchie. An der Seite der Fürsten und Ritter kämpfen Schwerindustrie und Großkapital gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht und den Volksstaat, gegen Budgetrecht des Reichstags und die parlamentarische Verantwortung der Regierungen.

Die föderalistische Lösung des deutschen Problems, wie sie den Bayern vorschwebt, bringt die Verkleinerung Preußens mit sich. Die welfischen Ansprüche auf Hannover werden von den Wittelsbachern aus Legitimitätsgründen selbstverständlich anerkannt. Es sei nur an das Telegramm des bayerischen Ministers Schweyer an die Welfen vor der letzten Abstimmung über die Loslösung Hannovers aus dem preussischen Staatsverband erinnert! Wird nun Rupprecht von Wittelsbach, der glaubt, nicht nur sich selbst, sondern allen anderen kleindeutschen Dynastien wieder zum Thron verhelfen zu können, den Herrscher über ein verkleinertes Preußen als Kaiser anerkennen wollen? Sein Ehrgeiz geht weiter! Wenn er nicht, durch Uebereinkunft der Fürsten selbstverständlich, die Kaiserwürde dem Hause Wittelsbach überhaupt sichern kann, so will er wenigstens die wechselweise Uebertragung der Kaiserwürde auf Hohenzollern und Wittelsbach durchsetzen. Auf alle Fälle will er, Rupprecht von Bayern, als gekrönter Führer der Gegenrevolution Anspruch auf die Kaiserwürde erheben. Sind das Phantasien? Gewiß, aber gefährliche Phantasien!

Der entblätterte Fridericus

Von Otto Bellmann

(Fortsetzung)

Der Feldherr

Lucchesini, dessen Aufzeichnungen die einzigen überlieferten über die Gespräche des Kreises von Sanssouci zu sein scheinen, gibt im April 1781 in seinem Tagebuch an: „Gespräche über Befestigungswesen, worin der König nach Aussage der Sachverständigen irrt.“ So urteilt ein Kenner wie der Graf Pinto, so urteilen Friedrichs eigene Generale über den siebzugjährigen ruhmreichen Feldherrn. In Wirklichkeit war er wohl auf diesem Sondergebiet ebenso verknöchert und fortschrittsfeindlich wie in der ganzen Kriegskunst (und sonst übrigens überall).

Friedrich war in seiner Zeit ein so konservativer Heerführer, daß er sich geradezu entschuldigt, wenn er einmal von den kanonischen Regeln der Kriegskunst abweicht, die in Condé und Turenne die höchsten Vorbilder sah.

Friedrich hat den Schwedenkönig Karl XII., der sich noch mit seinem Vater Friedrich Wilhelm I. beim Rückzuge aus der Türkei herum-schlug, der sein Land allein um des tollsten militärischen Abenteuers ausbeutelte bis aufs letzte, wegen seiner blutigen wertlosen Siege einen „Hanswurst im Gräblichen“ genannt. Auf ihn selbst trifft das Wort genau so zu. Torgau war ein auf das teuerste erkaufter Scheinsieg, der die Oesterreicher nur um drei Tagemärsche zurückwarf und ihnen das umkämpfte Dresden beließ. Er soll hier 14- bis 20 000 Mann verloren haben. „Es kostet mir meinen Kopf, wenn die Zahl bekannt wird“, sagte der König zum Dessauer. Bei Sedan 1870 verlor Moltke 3000 Tote und hatte 6000 Verwundete. Die Verluste von Kunersdorf schätzt Delbrück auf „19 000 Mann und die Artillerie“; dabei war hier „nur die Hälfte des preußischen Heeres geschlagen worden“.

Die modernen Kriegshistoriker sind im Durchschnitt sachkundig genug, um Friedrichs Fehler richtig zu sehen, wagen es aber unter dem Druck der Legende und dem gesellschaftlichen Zwang des alten Regimes nicht auszusprechen. Darum gehen sie immer mit geheimnisvollen Erklärungen um die Sache herum, wenn Friedrich versäumt hatte zu kämpfen, wo er sich hätte überlegen machen können, oder wenn er kämpfte, ohne sich genügend stark zu machen und so sein gutes Heer oft unbegreiflicher- und leichtsinnigerweise an die Schlachtbank lieferte; „seine treffliche Armee — wie Goethe sagt — ganz unnützerweise aufgeopfert hat“. Die Halbierung der Armee bei Kunersdorf rügte später auch Napoleon, dem es unbegreiflich schien, daß Friedrich nicht gewagt hatte, beide Hälften seines Heeres auf eine Karte zu setzen und „vereint zu schlagen“, statt sich schlagen zu lassen. Daß Friedrich aber trotz vorhandener Ueberlegenheit so erstaunliche Mißerfolge wie Kolin, Hochkirch oder Kunersdorf, so außerordentlich verlustreiche Siege wie Prag, Zorndorf oder Torgau erlebte, kann zum Teil — wenn man sich de Catts Tagebücher erinnert — nur aus einem Uebermaß poetisierender Zerkfährtheit erklärt werden.

Hat denn der Erfolg wenigstens das Feldherrngenie Friedrichs gerechtfertigt? Und dann wurde der sechsundvierzigjährige Bürgerkrieg (wie Ellis ihn nennt), mit dem er seit dem Dreißigjährigen Kriege

Deutschland wieder überzog, ja gar nicht durch ihn siegreich beendet. Zunächst hat er trotz der weit überlegenen, schon von seinem Vater erzielten militärischen Schulung des preußischen Heeres ebensoviel Schlachten verloren als gewonnen. Die Engländer entwickelten sich als erstaunliche Bundesgenossen, ihre Heere unter Ferdinand von Braunschweig und Westfalen schlugen die Franzosen, so daß Friedrich sich ungestraft seine Niederlagen von Hochkirch, Kunersdorf, Maxen und Landshut leisten konnte, und mit dem Tode der Kaiserin Elisabeth, der seinen „schönen Abdankungsplan“ verhinderte, verwandelten sich die Russen aus Feinden in Bundesgenossen. Auf diese Weise blieb Friedrich „Sieger“.

Die „Welt von Feinden“ hat in Wirklichkeit nur kurze Zeit gegen Friedrich bestanden, nämlich nach dem englisch-französischen Verträge von Kloster Zeven. Aber auch damals zogen sich die Russen auf das verfrühte Gerücht vom Tode Elisabeths zurück. Die englische Regierung hat den Vertrag von Zeven nie anerkannt; ihr war Friedrich als Englands Degen auf dem Festland viel zu wertvoll. Denn mit derselben geschickten Kombination, mit der England im Weltkriege seinen Bundesgenossen Rußland, der in Wirklichkeit sein asiatischer Rival war, durch Deutschland schwächen ließ, ließ es durch Friedrich seine Kolonialrivalen in Europa schwächen und sich dadurch mittelbar Amerika und Indien auf den Schlachtfeldern des deutschen Bürgerkrieges erobern.

Was aber war Friedrichs eigenes Ziel? In der ersten, von Voltaire überlieferten Fassung des Werkes „Geschichte meiner Zeit“ gibt Friedrich als Motiv seines Losschlagens gegen Maria Theresia an: „Der Ehrgeiz, das Interesse, der Wunsch, von mir reden zu machen, rissen mich hin, und der Krieg wurde beschlossen.“ (Mehring hat übrigens nachgewiesen, daß der Krieg um Schlesien gegen Oesterreich bereits vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm genau für den Zeitpunkt beschlossen war, zu dem ihn Friedrich anfang: in dem Erbfolgefalle, und erinnert daran, daß die ganze militärische Ruhmeslaufbahn Friedrichs mit Recht als eine dynastische Rauferei um eine Provinz bezeichnet worden ist.) Bismarck nimmt diese eigene Erklärung Friedrichs jedenfalls für bare Münze, und wenn noch Zweifel daran beständen, in welchem Geiste Friedrich seinen Ruhm gesucht hat, so werden diese durch sein Wort zu de Catt mitten im Siebenjährigen Kriege zerstreut: „... es muß weiter gerauft werden! Wofür? Um uns einen Namen zu machen!“

Das Volk in Waffen

Die Friedrich-Legende täuscht vor, an dieser Rauferei „um sich einen Namen zu machen“, sei das preußische Volk irgendwie freiwillig und innerlich beteiligt gewesen. Das ist blutiger Hohn. Die friderizianische Armee bestand zum Teil aus geworbenen Ausländern, d. h. vielfach mit List und Gewalt festgehaltenen Nichtpreußen, aus Abenteurern oder Deklassierten, wie sie heute in die Kolonialarmeen gehen, und aus ausgehobenen Landeskindern, die vorwiegend der leibeigenen Bauernschaft und von Städtern nur den allerärmsten Klassen angehörten. Boyen, einer der militärischen Reformatoren der Freiheitskriege, nannte diese Rekrutierung „eine an der Armut ausgeübte Gewalttat“. Er nannte aber auch gleichzeitig die friderizianischen Offiziere in berechtigtem Zorn „wuchernde Krämer“, insofern, als sie über die

für die Truppe bestimmten Bezüge unverantwortlich verfügen durften und durch langfristige Beurlaubungen oder schamloses Knausern an den großen Monturstücken diese Bezüge in die eigene Tasche stecken konnten.

Friedrich sah in der Anstellung bürgerlicher Offiziere „den ersten Schritt zum Verfall des Staates“. Im Grunde war er gezwungen, nur adlige anzustellen. Das waren ja die landjunkeralichen Familien, die ihm das Menschenmaterial von den Gütern für seine Raufereien lieferten, und nur, wenn er sich mit ihnen stellte, durfte er auf hinreichende Auffüllung der Kaders rechnen. Der Leutnant als Halbgott geht auf ihn zurück. Mit Bezug auf einen von ihm anerkannten und bewunderten Kopf wie Voltaire, den er zum Kammerherrn gemacht hatte, war er offenherzig genug, zu erklären: „In meinen Staaten gilt ein Leutnant mehr als ein Kammerherr!“ Ueber den Kulturgrad dieser Halbgötter einige Zeugnisse. Der Berliner Hofhistoriograph Koser berichtet, daß „noch 1769 der pommersche Adel an das Berliner Kadettenkorps Baronensöhne lieferte, die weder schreiben noch lesen konnten“. Friedrich wollte den berühmten Casanova als Erzieher eigens für diese adligen Analphabeten anstellen; dieser erzählt jedoch mit Entsetzen in seinen Erinnerungen, wie der König selbst diesen Edelknaben den Gebrauch gewisser hygienischer Einrichtungen, die ihnen augenscheinlich nicht bekannt waren, nahelegen mußte, als sie ihr Bedürfnis ohne jede Rücksicht auf die primitivste Reinlichkeit erledigen wollten. Boyens Zeitgenosse Freiherr vom Stein hatte für diese besondere preußische Art den richtigen Riecher, als er sagte: „Da weht schon zu viel polnische und russische Luft herüber. Das ist kein ritterlicher Reichsadel, kaum ein halbdeutscher Adel zu nennen, es ist ein *genus hybridum**), in welchem noch ein Stück von einem wilden, längst ausgestorbenen vorsintflutlichen Tier steckt.“ Und der englische Gesandte am Berliner (also: verbündeten) Hofe, Lord Malmesbury, schreibt 1776 über den preußischen Adel: „Friedrichs Untertanen sind meist arm, eitel, unwissend und ohne Grundsätze. Wären sie reich, dann hätte der König seinen Adel nimmermehr dazu vermocht, mit Eifer und Leidenschaft als Subaltern-Offiziere zu dienen... Ihre Unwissenheit erstickt in ihnen jede Vorstellung von Freiheit und Widerspruch, und ihre Grundsatzlosigkeit macht sie zu willigen Werkzeugen, die jeden beliebigen Befehl ausführen, ohne zu überlegen, ob der Befehl sich rechtfertigen läßt oder nicht. Der König hat wohl verstanden, aus dieser Geistesverfassung Vorteil zu ziehen, indem er auch die Adligen in strenger Entfernung von sich und in so ehrfurchtsvollem Schauer hält... Sie betrachten ein Wort oder ein Lächeln von ihm als ein Geschenk; ... und obgleich sie die eiserne Härte fühlen, mit der sie beherrscht werden, wagt keiner aufzumucken.“

Und wie die Offiziere vor ihm, so mußten die Soldaten vor den Offizieren erzittern. In sein geheimes Testament für seinen Nachfolger von 1768, also nach den Erfahrungen der drei „Bürgerkriege“, schrieb dieser Soldatenkönig: „Was den Soldaten anlangt, ... so muß er seine Offiziere mehr fürchten als die Gefahren, denen man ihn aussetzt; sonst wird ihn niemand

*) Im ostelbischen Junkerjargon wohl am richtigsten mit „Promenadenmischung“ wiederzugeben.

zum Angriff durch ein Unwetter von dreihundert Kanonen führen können, die gegen ihn losdonnern. Der gute Wille wird niemals den gemeinen Mann in solchen Gefahren fortreiben; es muß die Furcht sein.“ Der bereits erwähnte Malmesbury schrieb ein Jahr vorher in sein Berliner Tagebuch: „Es gibt für einen Offizier kein besseres Mittel, des Königs Wohlgefallen zu erregen, als die vom König verhängten Strafen der Soldaten zu verschärfen und fünfhundert Schläge zu geben, wo der Befehl auf vierhundert lautete. Die grausamsten Offiziere sind sicher, befördert zu werden.“

Friedrich, den die Legende als den liberalen Vorkämpfer auf allen Gebieten feiert, hat allerdings gleich nach seinem Regierungsantritt die Folter aus der zivilen Strafuntersuchung verbannt. Aber deswegen wurden die mittelalterlichen Roheiten bei der Armee, das Werbesystem und die Prügelstrafe, noch keineswegs abgeschafft. Eine erst nach dem Siebenjährigen Kriege erlassene Kabinettsorder, die den Offizieren das Prügeln von Bürgern ausdrücklich verbot, deutet darauf, daß das militärische Prügeln auch über den Kasernenhof und die „Bursche“, wie die Gemeinen hießen, hinausgriff. Das klassische Memoiren-Werk über Verfassung und Behandlung der friderizianischen Soldaten, das von einem ihresgleichen, dem ehemaligen Hallischen Magister Lauckhardt, stammt, schildert die unsäglich brutale Strafe des Gassenlaufens, bei der der Delinquent wie ein gehetztes Tier die einander gegenüberstehenden Reihen der blind dreinschlagenden „Kameraden“ auf- und ablaufen mußte, bis ihm die Kleidung in Fetzen hing, er von Blut überströmt war und schließlich ohnmächtig zusammenbrach, um womöglich am nächsten Tage weiter malträtirt zu werden. Dieses altpreußische Erziehungsmittel bestand bis 1806 und hatte in den unausrottbaren Soldatenmißhandlungen unter der allgemeinen Wehrpflicht ihre „mildere“ Nachfolge gefunden. Voltaire gibt an, daß Friedrich während seiner berühmten Verdauungs- und Schäferstunden ein besonderes Vergnügen daran fand, vom Fenster seines Schlosses dem Spießbrutenlaufen zuzusehen.

Das Gassenlaufen stand auf solchen Vergehen, Desertion oder schwere Insubordination, wegen der sonst Todesstrafe verhängt worden wäre. Aber der Soldat war ja eine lebende Handelsware. Deswegen begnügte man sich vielfach mit Verstümmelungen, mit Abschneiden von Nase und Ohren. Wenn Friedrich auch nicht mehr die irrsinnigen Liebhaberpreise zahlte wie sein Vater, der für lange Irländer bis auf 1300 Pfund Sterling pro Mann hinaufging, so ging wiederum bei Friedrichs Engrosumsatz der Preis für gewöhnliche Ware doch nicht unter 15 Taler das Stück herunter. Wie sich Friedrich inmitten dieser seiner „blauen Kinder“ fühlen mußte, soll er ebenso einsichtig wie zynisch ausgesprochen haben: „Das Wunderbarste für mich ist, daß ich unter diesen Leuten in Sicherheit bin; jeder von ihnen ist mein unversöhnlicher Feind, und doch hält sie die Heereszucht in Schranken.“ Daß diese Stimmung bis in die Kreise der Hofkreaturen reichte, beweist Goethes Bemerkung anlässlich seines Berliner Besuches: „Ich hab' über den großen Menschen seine eigenen Lumpenhunde rasonieren hören.“

Nicht Roß, nicht Reiske — nein, es war allein eine mit asiatischem Geist und Mittel erzeugte Furcht, die Friedrichs steile Höh' sicherte.

Der Deutsche — als Staatsmann

Die Werbung außerhalb der preußischen Grenzen war im Grunde nichts anderes als Jagd auf weiße Sklaven. Ein Edikt der hannöverschen Regierung von 1731 verordnet gegen die preußischen Werber, sie „ohne Ansehn von Stand und Würden sogleich zu arretieren und, wenn sie sich in starker Zahl einfinden, durch Läutung der Sturmglocken zu verfolgen, auch Miliz aufzubieten... Sie sollen als Straßen- und Menschenräuber, Störer des Landfriedens und Verletzer der Landesfreiheit traktiert und, wenn sie schuldig befunden, am Leben gestraft werden“. Auf die Weise machte Preußen unter Friedrich II. und seinem Vater moralische Eroberungen in Deutschland.

So schickte Friedrich im Bayerischen Erbfolgekrieg auch Husaren ins Weimarische, um Rekruten in preußische Dienste zu pressen. Das kleine Land mit seinem Heer von 600 Mann konnte sich gegen diese Sklavenjagd natürlich nicht ernsthaft zur Wehr setzen, und der damalige Kriegsminister Goethe fühlte bitter die Schmach dieser Vergewaltigung und klagte, so laut er durfte, seinem Herzog Karl August über das „schaamvolle“ dieser „Zumutung“. Goethe entwarf damals den Plan eines Bundes der kleinen deutschen Fürsten gegen die Uebergriffe Friedrichs, und auch Karl August betrachtete — dem Goethe-Biographen Bielschowsky zufolge — „den Bund als Mittel zur Wiedergeburt des Gesamtvaterlandes und zur Wiederbelebung seines beinahe erloschenen Gemeingeistes und seiner tief gesunkenen Gesamtkraft“. Unterstützt wurde Goethe darin von dem badischen Minister Edelheim, und von Dalberg, dem späteren Erzkanzler. Jener setzte zusammen mit Goethe seltsam genug „Vierzehn Punkte“ auf, auf denen der neue Bund ruhen sollte; dieser wirkte besonders dafür, „daß der Fürstenbund ein Bund des Kaisers und des Reiches werde“. Diese „Verschwörung“ wurde jedoch Friedrich verraten, wahrscheinlich durch den allzeit geldbedürftigen Thronfolger, der ursprünglich daran teilgenommen hatte, so daß Friedrich auch den Ruhm beanspruchen kann, nicht nur den Dichter Goethe, sondern auch den deutschen Staatsmann überwunden zu haben. Sein eigener Fürstenbund aber, den er 1785 gründete und der von den Hohenzollern-Historikern stets als die erste Form des Bismarckschen Reichs bezeichnet wird, war ein Bund gegen den Kaiser, also gegen das damalige Reich, und damit, wie Friedrichs Biograph Carlyle recht ahnungslos feststellt, der Vorgänger des Napoleonischen Rheinbundes.

Ob Bayern kaiserlich werden sollte oder nicht, war die Frage, um die Friedrich in den bayerischen Erbfolgekrieg eingriff, um die Goethe seinen Fürstenbund für das Reich und gegen den preußischen Partikularismus plante, um die aber auch der von Friedrich gestiftete Fürstenbund wiederum gegen den Kaiser aufgerufen wurde. 1752 in einem seiner „Testamente“ hat Friedrich als das Wesen der preußischen Politik erklärt: „Schulter an Schulter mit Frankreich kämpfen und so das Gegengewicht gegen die kaiserliche Macht bilden ... Preußen darf nicht erlauben, daß man den Franzosen Elsaß oder Lothringen wegnimmt ... Die französische Politik hat von altersher Machtzuwachs und Herrschaft der deutschen Kaiser bekämpft. Preußen verfolgt dieselben Ziele.“ In seinem politischen

Testament von 1782 setzt Friedrich voraus, daß nach der Thronbesteigung seines Neffen und Nachfolgers das Reich sich wieder von der preußischen Reichsfeindschaft erholen und die verlorenen Provinzen zurückerobern würde. Die Gegenseite bestätigte diese Auffassung; denn schon 1755 erklärte der österreichische Staatskanzler Kaunitz: „Frankreich können wir nimmermehr Lothringen aus den Händen ringen, wenn wir nicht vorher Preußen ecrasieret haben.“ Der treue Lucchesini, der nach Friedrichs Tode in mehreren entscheidenden diplomatischen Stellungen Preußens wirkte, hat diese Politik mit all seiner Begabung und Energie vertreten, bis ihr Napoleon ein Ende machte. Sein Schwager Bischoffswerder, der allmächtige Günstling Friedrich Wilhelms II., schrieb bei den Vorverhandlungen zum Basler Frieden 1795, mit dem Preußen Oesterreich mitten im Kriege gegen Frankreich verließ und das linke Rheinufer preisgab: „Der König wird dem historischen System des brandenburgischen Hauses und den politischen Zielen Friedrichs II. nicht auf die Dauer fern bleiben; er wird sich bereifinden lassen, mit Frankreich gegen den Erbfeind Oesterreich Hand in Hand zu gehen.“

Das sind zeitgenössische authentische Interpretationen der Politik Friedrichs. Die Niederlage von Jena und die ihr vorhergehende, Frankreich unwedelnde Politik, die ausschließlich dem angeblich entarteten Geschlecht von 1800 zur Last gelegt werden, hat in Wirklichkeit Friedrich II. mit seiner Prügelsoldateska, die den Revolutionsarmeen an innerer Freiheit nicht gewachsen war, und sein Franzosenenthusiasmus auf allen Gebieten, der sich im Staatsleben am schwersten ausrotten ließ, verschuldet. Wurde doch in Bayern und Württemberg anlässlich der Schlacht von Jena Viktoria geschossen; in beiden Ländern waren die Landesfürsten „groß“ geworden, weil sie „mit Frankreich Schulter an Schulter gekämpft“ hatten. Nach dem leuchtenden Vorbild der „deutschen Politik“ Friedrichs hat die preußische Geschichtstradition das geringste Recht, die Rheinbundfürsten wegen ihrer Haltung zu be-makeln.

Der zünftige Historiker wird gewiß von der hohen Warte des „geschichtlich Gewordenen“ diese Betrachtung ablehnen: Das heutige oder, richtiger, gestrige Reich habe nichts mit dem römischen Reich deutscher Nation zu tun, das 1806 verschied. Friedrich kämpfte nicht gegen das Deutsche Reich, sondern gegen die Habsburgische Hausmacht. Ja, war denn Habsburg, trotz slawischer Länder, nicht in erster Linie eine deutsche Macht? Bismarck wenigstens war dieser Ansicht. Und wofür kämpfte Friedrich denn? Doch unbestritten für Frankreich, und wenn auch dies nur Mittel zum Zweck gewesen wäre, so doch auch nur wieder für die Hohenzollernsche Hausmacht. Sein Preußen, seine „Staaten“, wie sie bezeichnend genannt wurden, diese zusammengeerbten und zusammengeraubten Landketzen waren doch damals alles andere als eine Nation. Der Ellissche Gedankengang ist keineswegs so ungeschichtlich und politisch abwegig, wie die Zünftigen wahrmachen wollen. Bismarck mag wiederum hier herhalten: „Auch der preußische Partikularismus ist entstanden in Auflehnung gegen das gesamtdeutsche Gemeinwesen, gegen Kaiser und Reich, im Abfall von beiden, gestützt auf päpstlichen, später französischen, in der Gesamtheit welschen Beistand, die alle dem deutschen Gemeinwesen gleich schädlich und gefährlich waren.“

Die offizielle preußische Geschichtsschreibung verteidigt dennoch todesmutig Friedrichs französisches Vasallentum. Als der französische Historiker Herzog von Broglie ihn einen schlechten Bundesgenossen der Franzosen nannte, wurde er in den „Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte“ (Bd. II, 2 S. 1ff.) unwillig darauf hingewiesen, daß „das erneute Eingreifen Friedrichs in den österreichischen Erbfolgekrieg zu einer Zeit erfolgte, als die französische Armee von den Oesterreichern auf das empfindlichste bedrängt, dem Feinde schon das Elsaß kaum mehr streitig machen konnte... Die Erhebung Friedrichs hatte Frankreich aus einer sehr gefährlichen Lage befreit; die weitere Tätigkeit Friedrichs hatte, indem sie die österreichischen Heere in Deutschland festhielt, die französischen Erfolge in Flandern erst ermöglicht“.

Selbst im brennendsten Kriege mit den Franzosen vermag er sie nicht als Feinde zu behandeln. Nach Roßbach läßt er die französischen Gefangenen „cajolieren“, allerdings auf Kosten derer von der deutschen Reichsarmee, die ihre guten Quartiere an die Franzosen abgeben müssen. Und die Plünderungen seines Freundes Richelieu in Hannover rächt er dadurch, daß er (Januar 1758) seinem Bruder Heinrich und dem Marschall Keith Erlaubnis erteilt, künftig plündern zu lassen — zwar nicht in Frankreich, aber in Sachsen! Und da die Franzosen als Freunde nicht kommen wollten, zog er sie schließlich als Feinde ins Land, als Feinde des Volkes jedenfalls, indem er nach Friedensschluß 3000 französische Steuerbeamte in Preußen anstellte, um aus dem gänzlich verarmten, wirtschaftlich und kulturell darniederliegenden Lande die nötigen Steuern herauszuholen. Der eigenen Beamtenschaft traute er entweder nicht oder auch konnte er ihr die brutale Rücksichtslosigkeit, die für dieses mit seiner „Regie“ verbundene Erpressungs- und Spionagesystem notwendig war, nicht zumuten.

Schon damals hatten wir trotz des „Siegfriedens“ eine französische Regie im Lande — aber eine königlich preußische!

(Schluß folgt.)

Der Balkan

Von Albin Michel

Nach den Friedensschlüssen wurde namentlich in Frankreich und England oft behauptet, eine gute Folge der Friedensabmachungen sei auch die Befriedung des Balkans, die Einbeziehung der verschiedenen Völkerschaften des Balkans in ihre „natürlichen“ Grenzen. Wohl aus Unkenntnis über das Völker- und Religionsgewirr dieses Gebiets glaubten die zünftigen Diplomaten, sie hätten das staatliche Gefüge vom Aegäischen Meer bis nördlich weit über die Donau hinaus mindestens auf Jahrzehnte einigermaßen sicher geregelt. Gewiß, Bulgarien war als Bundesgenosse der mitteleuropäischen Mächte bei der Länderverteilung zu kurz gekommen, und Griechenland hielt sich nicht genügend berücksichtigt, wollte den Traum von der Errichtung eines Großgriechenlands noch nicht aufgeben. Aber das waren kleine Schönheitsfehler, die mit in Kauf genommen werden mußten und die gewiß hinter den Aufgaben, die alle Staaten im Balkangebiet zu lösen hatten, bald verschwinden würden.

Aber auch hier hat sich erwiesen und zeigt sich jeden Tag von neuem, daß viele der Berechnungen falsch waren, die die Diplomaten mit ihrem großen Korps von Sachverständigen auf ihren Kongressen gemacht hatten. Nicht eine Befriedigung und nicht eine Konsolidierung ist auf dem Balkan erreicht worden, sondern eher hat sich dort die Unsicherheit noch vergrößert, schon deshalb, weil das Balkangebiet über sich selbst hinausgewachsen ist, weil sich der Interessenkreis, der früher die Balkanstaaten umschloß, um vieles erweitert hat. Griechenland hatte vor den Balkankriegen einen Umfang von 63 000 qkm und 2 631 000 Einwohner, heute macht das griechische Staatsgebiet einen Umfang von 127 000 qkm aus und zählt mehr als 5 Millionen Bewohner. Das Gebiet Serbiens hatte einen Umfang von 48 000 qkm, und in ihm wohnten noch nicht 3 Millionen Menschen. Das Jugoslawien von heute ist annähernd 249 000 qkm groß und hat über 12 Millionen Einwohner. Rumänien hatte eine Ausdehnung von 131 000 qkm; sein Umfang beträgt heute 294 000 qkm, die Einwohnerzahl ist gestiegen von rund 6 Millionen auf mehr als 16 Millionen.

Verloren früher Balkanfragen nördlich der Donau und nördlich der Save ihre größte Schärfe und Reizbarkeit, so scheint es heute, als ob die Lage im Norden der Donau nicht weniger kompliziert geworden ist als südlich davon. Hauptsächlich dadurch, daß Rumänien Bebarabien in sein Gebiet eingegliedert hat, ist nördlich des Balkans ein schwelendes Feuer entstanden, denn Rußland wird kaum jemals auf Bebarabien verzichten wollen. Der Balkan hört heute nicht mehr an der Donau und an der Save auf, sondern er dehnt sich aus bis zu den Transsilvanischen Alpen, bis zum Karpathenhochland und bis zum Dnjestr.

Die Annexion Bebarabiens hat das ganze staatliche Leben Rumäniens in eine Zwangslage gebracht. Nach Verbündeten Ausschau zu halten, die bereit sind, Rumänien die Zugehörigkeit Bebarabiens zu garantieren, darin besteht seit Jahr und Tag die wichtigste Tätigkeit der rumänischen Regierung. Dabei ist wohl auch die rumänische Regierung kaum darüber im unklaren, daß in Bebarabien nur eine kleine Oberschicht der Bevölkerung für das Verbleiben bei Rumänien ist. Hätte die Regierung Rumäniens eine andere Ansicht, so würde sie die von Rußland geforderte allgemeine Abstimmung über die Zugehörigkeit Bebarabiens zulassen. In Jugoslawien hören vor allem die innenpolitischen Sorgen nicht auf. Dort scheint die Staatskrise zu einer Dauererscheinung zu werden. Paschtsch, der vor einigen Monaten von der Regierung zurückgetreten war, ist abermals an die Spitze der Staatsleitung gestellt worden. Damit sind die Gegensätze zwischen den Zentralisten und den Föderalisten, im ganzen betrachtet, zwischen den Serben auf der einen Seite und zwischen Kroaten und Slowenen auf der anderen, auf die Spitze getrieben, und es ist gar nicht abzusehen, wie diese Krise schließlich einmal enden wird. Die Kroatische Bauernpartei ist gänzlich verboten worden, ihr Führer Raditsch wurde verhaftet. Dabei darf nicht verkannt werden, daß Raditsch nur kroatischer Nationalist ist und daß auch sein politischer Radikalismus, insbesondere seine Hinnéigung zu den Kommunisten nichts weiter als ein politischer Trick ist, um den Großserben und der Regierung Paschtsch Schwierigkeiten zu machen. Die Großserben wiederum schießen weit über das Ziel hinaus, wenn sie glauben, allein gestützt auf das von großserbischen Ideen erfüllte Offizierkorps, im Handumdrehen einen rein zentralistisch groß-

serbischen Staat errichten zu können. Die Serben allein haben auf die Dauer auch mit der größten Gewaltanwendung nicht die Macht, die Minderheiten an die Wand zu drücken. In Bulgarien haben sich die verschiedenen Parteien noch nie so feindselig und kampfbereit gegenübergestellt wie jetzt. Zurzeit herrscht dort die verschleierte Militärdiktatur. Auch Griechenland befindet sich in einem Zustand der Verwirrung. Dabei hat dieses Land gerade jetzt eine große Kulturaufgabe zu erfüllen. Zu Hunderttausenden wandern jetzt Griechen aus Kleinasien fort, um sich in Griechenland anzusiedeln. Diese Massenwanderung, die aus den Friedensverträgen entstanden ist, in eine geregelte Bahn zu bringen, wird noch eine geraume Zeit dauern.

Albanien hatte wieder eine Revolution. Der bisherige Ministerpräsident Teophanos (Fan) Noli mußte nach Italien flüchten, und Achmed Zogu hat die Regierung übernommen. Von außen betrachtet kann man diesen Systemwechsel als einen Sieg Jugoslawiens über Italien ansehen; denn Zogu kann mehr als der Schützling Jugoslawiens, Fan Noli mehr als der Italiens bezeichnet werden. Wahrscheinlich werden wir in absehbarer Zeit in Albanien eine neue Revolution beobachten können, bei der Fan Noli, lies Italien, wieder nach oben kommt. In den inneren Verhältnissen wird durch diese Revolutionen kaum etwas geändert, solange nicht die Bodenbesitzverhältnisse geändert sind, solange es 18 bis 20 großen Grundherren möglich ist, den besten Boden zu behaupten und die Bauern als Pächter am Gängelbände zu halten.

Hat so jedes Land auf dem Balkan seine eigenen Sorgen, so kommt noch eine Sorge hinzu, die allen Staaten gemeinsam ist — die kommunistische. Die Bolschewistenregierung in Moskau betrachtet die Balkanstaaten schon seit Jahren als ein sehr günstiges Agitationsfeld, und sie hat mit ihrer Agitation zweifellos auch einige Erfolge gehabt. Selbst in Bulgarien und Jugoslawien, die als reine Bauernländer angesehen werden können, haben die kommunistischen Parteien einen verhältnismäßig großen Zulauf erhalten. Ebenso ist die Anhängerschaft in Rumänien und Griechenland ziemlich groß. Dieser Kommunismus in den Balkanstaaten ist ganz gewiß ein Kommunismus ohne Theorie, es ist ein Kommunismus, der nur als äußerste Betonung der Feindschaft gegen gewisse Parteien und Regierungssysteme angesehen werden kann, und es ist ein Kommunismus, der sich vielfach nur als solcher ausgiebt, weil er auf diese Weise in Rußland Unterstützung findet, aber er bildet doch für alle Balkanstaaten ein Element der Unruhe.

Auch wenn man einen Teil der Unsicherheit und der Unausgeglichenheit in den Balkanstaaten als Begleiterscheinung der Kriege und der großen Zunahme von Land und Leuten ansieht, bleibt noch sehr viel Stoff zu Konflikten innerer und äußerer Natur übrig. Jedenfalls sieht es ganz so aus, als ob das erweiterte Balkangebiet ein mindestens ebenso gefährlicher Wetterwinkel geworden ist, wie es das enger begrenzte Gebiet, das vordem als Balkan galt. Neuerdings schwirren auf dem Balkan mancherlei Bündnispläne hin und her, Außerlich sollen sich diese Bündnisse nur gegen den Kommunismus richten, aber vielfach sprechen dabei auch andere Gründe mit. Jede der jetzigen Regierungen in den Balkanstaaten will sich nach außen Bewegungsfreiheit schaffen, um im Innern „stark“ auftreten und die Gegner unterdrücken zu können.

Ein neuer Köller-Kurs

Von J. Krüger

Ende 1923, unter dem glorreichen Ausnahmezustande, der so vieles decken mußte oder enthüllte, wurde im preußischen Schleswig ein Verbot gegen drei Zeitungen erlassen, die zwar in deutscher Sprache erschienen, aber dänischer Gesinnung verdächtig waren. Dieses Verbot erging mit der Begründung etwa, daß diese Zeitungen planmäßig Losreißungsbestrebungen vom Reich und von Preußen entfalteten, d. h., daß sie die Politik der sogenannten Eiderdänen trieben, die die jetzige deutsch-dänische Grenze noch weiter nach Süden verlegen möchten. Ob diese Begründung berechtigt war, ist schwer zu entscheiden; denn hier in Kopenhagen sind diese Blättchen ebensowenig einem Menschen jemals zu Gesicht gekommen, wie vermutlich dem Wehrkreiskommandanten in Stettin, bevor er das Verbot mit seinem Namen decken mußte. Die Bestrebungen der Blätter, sowohl in Stettin wie in Berlin bei den entscheidenden militärischen Stellen, eine Aufhebung des Verbots zu erzielen, wurden auch nicht einmal durch eine abgegebene Loyalitätserklärung, daß sie sich solcher verbotenen Bestrebungen völlig enthalten würden, gefördert. Erst nach Monaten, und zwar durch die „Schuld“ des hiesigen deutschen Gesandten v. Mutius, wie die „nationale“ Presse zu wissen glaubte, wurde das Verbot aufgehoben. Inzwischen hatte dieses Kanonenschießen auf Spatzen sozusagen den ganzen publizistischen Norden, der sich außerhalb Dänemarks mit der schleswigschen Frage sehr wenig befaßt hatte, mobil gemacht. Besonders die schwedische Presse trat, ungeachtet der Parteirichtung, nicht nur in der Verbotsangelegenheit, sondern in der ganzen Grenzfrage für Dänemark ein und in der Ersten schwedischen Kammer versuchte der mehr idealistische als praktische Genosse Lindhagen eine Interpellation über die ganzen angeblichen Uebergriffe und herausfordernde Aeüßerungen deutscher und preußischer Beamter einzubringen. Das Bedenken der Ersten Kammer, sich damit in innendeutsche Verhältnisse einzumischen, brachte die Anfrage allerdings zu Fall.

Nun erfahren wir plötzlich in breitester Oeffentlichkeit, was man schon immer vermuten konnte, daß der wahre Grund des damaligen Zeitungsverbots nicht etwa die verfassungswidrige Haltung der Blätter gewesen sei, die im einzelnen nachzuweisen trotz mehrfachen Ersuchens an die Militärbehörden diesen offenbar nie gelungen ist, sondern vielmehr das brutale Bestreben, die Blätter, nur weil sie dänischer Gesinnung waren, wirtschaftlich zu ruinieren. Der „Hamburgische Correspondent“ (vom 14. Januar), der in dem ganzen Grenzkampf mit die übelste Rolle spielt, plaudert in einem „Rückblick“ auf das vergangene Jahr nämlich folgendes aus:

„Zu Beginn des Jahres stand das Blattverbot, das die Militärbehörde gegen die drei deutschgeschriebenen Dänenblätter, ‚Neue Flensburger Zeitung‘, ‚Neue Schleswiger Zeitung‘ und ‚Der Schleswiger‘ erlassen hatte, im Mittelpunkt des Interesses. Es war die Zeit, als die Dänen sich mit zahlreichen Gesuchen an General v. Tschischwitz in Stettin und General v. Seeckt in Berlin wandten, um eine Zurücknahme des Verbots zu erreichen, was denn auch am 28. Januar erfolgte; nachdem

die Verhältnisse sich nach den schwierigen Zeiten des Uebergangs von der Papiermark zur Rentenmark etwas mehr gefestigt hatten. Die deutschen Behörden mochten bei ihren Ueberlegungen davon ausgehen, daß mit dem Ende der Inflationszeit auch die beste Zeit dieser künstlichen Inflationsblüte dahin sei. Die Zeit hat diese Annahme bestätigt: Die drei deutschgeschriebenen Dänenblätter haben kaum ein Viertel ihrer Abonnentenzahl halten können. Die Zahl ihrer Bezieher kann augenblicklich auf etwa 3000 geschätzt werden.“

Also die hochverräterische Tendenz, die doch wohl in „Losreißungsbestrebungen“ zum Ausdruck kommt, stört in 3000 Exemplaren nicht mehr so wie in 12 000. Man hat die Blätter ja wirtschaftlich stark schädigen können. Was würde sich wohl für ein Wutgeheul bei der nationalistischen Presse erheben, wenn dänische Behörden unter so fadenscheinigen Vorwänden die deutschen Blätter nördlich der Grenze ähnlich schikanierten. Man komme nicht immer mit dem Einwand des „Hamburger Correspondenten“, das ehemalige preußische Schleswig, das jetzt nördlich der Grenze liegt, sei „geraubtes“ Land. Gewiß sitzen dort 30 bis 40 000 Deutsche wider Willen; aber südlich der Grenze sitzen vielleicht auch noch 6000 Dänen wider Willen, und wenn außerdem dort noch andere Leute die deutschsprachigen Dänenblätter gelesen haben, so muß das wohl triftigere Gründe gehabt haben als solche, die sich durch ein Verbot beseitigen lassen.

Aber die politischen Folgen dieses Verbots gibt der „Hamburger Correspondent“ selbst offen zu: „Die Folge des Blattverbots war eine vermehrte deutschfeindliche Propaganda der Flensburg-Dänen und der diesen nahestehenden Presse im Auslande, sowohl in den skandinavischen Nachbarländern als auch im westlichen Europa . . . In Schweden wurde sogar, nachdem verschiedene Artikel in ‚Stockholms Tidning‘, ‚Skaanska Dagblad‘ und ‚Göteborgs Handels- og Sjöfartstidning‘ vorangegangen waren, von dem Bürgermeister Lindhagen-Stockholm in der Ersten Kammer eine Anfrage gestellt, dahingehend, ob nicht gegenüber der wiederholt erhobenen deutschen Forderung nach einer Wiedereroberung Nordschleswigs die schwedische Regierung dazu berufen sei, zu vermitteln und die jetzige Grenze gegen jeden Angriff zu schützen. Der Lindhagensche Antrag wurde zwar mit einer großen Mehrheit abgelehnt, aber als ein Symptom für die Stellung eines großen Teils des schwedischen Volkes zur schleswigischen Grenzfrage verdient er festgehalten zu werden. Eine weitere Folge des durch die dänische Presse in Skandinavien neu erweckten einseitig dänisch orientierten Interesses für Schleswig war eine groß angelegte Enquete der skandinavischen Zeitung ‚Det nye Nord‘. In dieser ergriffen bedeutende und bekannte Männer wie Erzbischof Nathan Söderblom, Hjalmar Branting und Professor Edv. Lehmann-Lund das Wort und traten für die Rechtmäßigkeit der 1920 gezogenen Grenze ein . . .“

Diese Feststellung wird aber den „Hamburger Correspondenten“ und seine Gesinnungsgenossen nicht hindern, von französischer Propaganda in Dänemark und Schweden zu schwafeln, ebenso wie er jetzt schon von dänischer einseitiger Propaganda in Schweden spricht, als ob die andere Seite, nämlich das Wehrkreiskommando Stettin, mit seinem Zeitungsverbot uns Anhänger in den Ländern der überlieferten Pressefreiheit werben könne. Die Frage bleibt nur, wer ist letzten Endes an diesen Rückfällen in die schlimmste Köller-Politik schuld? Es ist kaum anzunehmen, daß

das Oberpräsidium des Genossen Kürbis in Kiel, geschweige das Innenministerium des Genossen Severing diese Dinge gebilligt hätten. Man muß also eine direkte Fühlungnahme gewisser Flensburger und Schleswiger Stellen, deren Chauvinismus in jedem Sinne keine Grenzen kennt, mit den Militärbehörden vermuten. Was sie außenpolitisch damit angerichtet haben, gesteht ja jetzt ihr Hamburger Sprachrohr ahnungslos genug selbst ein.

Aber mit diesem Streich nicht genug. Während der Kopenhagener Schulverhandlungen, die letzten Oktober zwischen dänischen und preußisch-deutschen Vertretern stattfanden, spielten offenbar diese selben Kreise unsern Unterhändlern ebenfalls einen angenehmen Streich. Flensburger Dänen hatten ihre Kinder in die dortige dänische Realschule eingeschult. Kurz vor Beginn des Schuljahres prüfte eine städtische Schulkommission mit einem Schulrat an der Spitze diese dänischen Kinder auf ihre dänischen Kenntnisse hin und erklärte diese für ungenügend zum Besuch der dänischen Realschule. Die dänischen Eltern, die ihre Kinder nicht in eine deutsche Schule schicken wollten, ließen ihnen daraufhin Privatunterricht geben, da die Kinder die Grundschule absolviert hatten. Hiergegen wurde vom Amtsgericht Flensburg Anklage wegen unerlaubter Schulversäumnis erhoben; der Amtsanwalt beantragte gegen 30 Eltern je 100 Mark Geldstrafe. Die Verhandlung stand gerade an, als die deutschen Vertreter in Kopenhagen mit den dänischen am Verhandlungstische saßen, und wurde ihnen denn auch tüchtig unter die Nase gerieben. Das Urteil fiel allerdings milder aus; nur einige der „Angeklagten“ wurden, außerdem zu einer geringen Buße, verurteilt. Aber die Tatsache bleibt doch bestehen, daß man mit solchen Mitteln versucht, die gerade von deutscher Seite emphatisch geforderte kulturelle Autonomie für die deutschen Minderheiten im Auslande den nationalen Minderheiten innerhalb des Reichsgebietes durch Verwaltungs- und Gerichtsmaßnahmen zu nehmen.

Das Flensburger Vorgehen enthält einen ausgesprochenen Plan, die Kinder dänischgesinnter Eltern in eine deutsche Schule zu zwingen. Man stelle sich vor, welchen Einfluß diese Kreise im Grenzgebiet erst gewinnen würden, wenn Preußen mit der Nachahmung des „überparteilichen“ Reichskabinetts beglückt werden würde und wieviel außenpolitisches Porzellan dann von diesen Helden zerschlagen werden würde. Uns genügt bereits das, was sie bis jetzt angerichtet haben; denn wir Auslandsdeutschen empfinden es ganz anders als diese Herrschaften hinter der schützenden Grenze.

Aus Stahlhelmstadt

Von Dr. Hermann Hieber

Die Feier der Bismarckschen Reichsgründung und der 6. Frontsoldatentag wurden am 18. Januar gemeinsam begangen. Wo? In der Stadt, die das „Urteil“ im Rothardt-Prozeß geboren hat, in Magdeburg. Es fielen also allerhand Erinnerungen und Anlässe zum Feiern zusammen. Sollen wir überhaupt keine Feste mehr begehen? Warum nicht? Jede Gemeinschaft braucht Erhebung, Ausdruck des Gemeingefühls. Wohl ihnen, wenn sie in die Zukunft weisen,

dem Aufbau und Aufstieg dienen. An ihren Symbolen sollt ihr sie erkennen.

Der Stahlhelm behauptet ja immer noch dreist und gottesfürchtig, dem Aufbau des Reiches zu dienen, und zwar „politisch neutral“. Und wie erweist er diese Absicht? Indem er schwarz-weiß-rot flaggt. Die Hauptstraße von Magdeburg, der Breite Weg, sieht genau so aus wie ehemals an des ausgeflogenen Wilhelm Geburtstag. Als Lüttich, Antwerpen, Riga genommen waren, herrschte keine solche Hochstimmung, waren nicht soviel Kriegsflaggen zu sehen wie heuer. Es sollen gegen zwanzigtausend Front- und Etappenkrieger, solche, die es aus geschäftlichen Gründen nicht werden konnten, und solche, die es gern noch werden möchten und nur durch die Windeln in der Betätigung ihres Frontgeistes gehindert waren, mitgerechnet.

Was war denn nun eigentlich zu feiern? Das Bismarck-Reich aus Blut, Phrasen und Eisen, das zwanzig Jahre nach seines Begründers Tode zusammengekracht ist, ebenso prompt wie der unbesiegbare friderizianische Despotenstaat? Oder die Siegfried- und Hindenburg-Front, die die Wacht am Rhein mit liebenswürdiger Bereitwilligkeit den Engländern, Belgiern und Franzosen überlassen hat? Sollte man es glauben? — Diese Tapferen gröheln, sobald ihr „Front-Heil“ ein bißchen mit Alkohol angefeuchtet wird, bald die „Ehrhard-Lied — das politisch neutrale natürlich —, bald die „Wacht am Rhein!“ Die Marokkaner und Senegalneger, die Irländer und Schotten werden sich gewiß durch diese Ovation auf die weiße, schwarze und braune Schmach geschmeichelt fühlen.

Das Fest selber nahm den üblichen Verlauf. Es tauchten die bekannten wohlgemästeten Gestalten auf, denen die Landwirtschaft in den Hungerjahren so vortrefflich bekommen ist, jene Volksgenossen, deren Hintern und Bäuche im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Gehirnmasse stehen. Daneben kümmerliche Männlein, von ihren Arbeitgebern zwangsweise in die schlotternde Windjacke gesteckt, die ihnen samt Koppel und Mütze von ihrem Jammerlohn abgezogen wird: das Kropfzeug der Mannschaften. Aber die Offiziere überwogen, nicht nur an Lebendgewicht, sondern auch der Zahl nach. Die feldgrauen und die Friedensuniformen konnten wieder einmal gelüftet werden, Sporen schepperten und Schleppsäbel, Spieße wurden auf dürre Häupter gepflanzt, und auf den Heldenbrüsten klapperten unwahrscheinlich viele Orden und Ehrenzeichen, auch solche, für die die ehrenvolle Herkunft seit den Stürmen des Umsturzes von 1918, die so vielen Urkunden das Leben gekostet haben, nicht mehr nachgewiesen werden kann. Wozu sind schließlich die Klempnerläden da?

Der Uniformen und Abzeichen werden es immer mehr — kein Mensch findet sich mehr durch. Die Jungstahlhelmer tragen einen Dolch am Kragen, denselben, mit dem die Oberste Heeresleitung, das Idol dieser Wackeren, die hungernde Heimbevölkerung in den Jahren nach den verpaßten Friedensgelegenheiten abgemurkst hat. Wer noch schärfer und strammer draufgeht, ist mit einem Totenschädel und gekreuzten Knochen geschmückt: junge Menschen, die ins Leben eintreten wollen und mit dem Stahlhelm vereint für den Aufbau ihres Vaterlandes demonstrieren!! Im Festzug tragen diese Totengräber ein Leichentuch mit herum, einen schwarzen

Lappen mit weißen Schädeln und Beinen, in der Ecke ein blutiges W. Kann man diese Sippschaft beißender charakterisieren, als sie selber es tun?! Was diese Mannen und Knaben taten? Sie hielten sich an das Deutschlandlied, das sie so dröhnend von sich gaben: Deutscher Wein, deutscher Sang, deutsche Frauen. Die deutsche Treue freilich, soweit sie ehrlich ist, ließen sie vor den Mauern Magdeburgs, denn viele, viele von ihnen zogen, selbst mit Fahnen bewehrt, in die stillen, aber gastfreundlichen Liebesgäßchen, wo Schilder mit „Willkommen, ihr Helden!“ über den Türen prangten. Von diesen molligen Quartieren ging es dann frisch am Sonntag früh zum Gottesdienst in den nahen Dom. Für alle Bedürfnisse war gesorgt, aber auch für alle.

Aber glaubt ja nicht, daß die ernste Arbeit darüber versäumt worden wäre. O nein — es gab Sitzungen und Beratungen, bei denen selbstverständlich „volle Einmütigkeit erzielt“ wurde. Als Ehrengäste erschienen solche Edelexemplare wie der Orgesch-Escherich und der Baltikum-Roßbach. Unter Mitwirkung solcher Helden kam denn eine „Entschließung“ zustande, die sich mit dem Rothardt-Prozeß befaßte, und die folgendermaßen lautete:

I.

Die deutschen Frontsoldaten haben mit Entrüstung wahrgenommen, in welcher gewissenloser Weise die sozialdemokratische und demokratische Presse und Politiker dieser Parteien in das schwebende Gerichtsverfahren wegen Landesverrats des Reichspräsidenten Ebert einzugreifen versucht haben. Die deutschen Frontsoldaten haben ein hervorragendes Interesse an einer einwandfreien und unparteiischen Feststellung, ob an dem landesverräterischen Munitionsarbeiterstreik des Jahres 1918, den zahlreiche Frontkameraden mit dem Tode, Verwundung und Gefangenschaft büßen mußten, der jetzige höchste Reichsbeamte beteiligt gewesen ist.

Wir lehnen aber jede Beeinflussung des schwebenden Gerichtsverfahrens ab. Dagegen erwarten wir, daß nach bewährter Tradition preußischer Justiz das nunmehr zuständige Gericht auch vor der Person des Reichspräsidenten nicht Halt macht, wenn das Verfahren ergibt, daß er während des Weltkrieges Landesverrat begangen hat.

II.

„Die alten Frontsoldaten erwarten mit Bestimmtheit, daß durch gesetzgeberische Maßnahmen schärfer als bisher Landesverratsvergehen bestraft werden. Landesverrat ist das fluchwürdigste aller Verbrechen. Unter seinen Folgen leidet das ganze Volk. Es darf auf diesem Gebiet weder aus politischen, noch aus pazifistischen Gründen eine mildere Auffassung zugelassen werden.

Wir alten Frontsoldaten haben im Weltkriege unter den Folgen des schleichenden und offenen Landesverrats international eingestellter Männer und Frauen am eigenen Leibe schwer gelitten. Hunderttausende unserer Kameraden haben darum umsonst den Tod erlitten

müssen. Der deutsche Landesverrat brachte selbst nach Zeugnissen feindlicher Heerführer das Vaterland um den sicheren Sieg und stürzte das deutsche Volk in Knechtschaft und Elend.

Im Namen unserer toten Kameraden und zur Wahrung der Zukunft unseres Volkes fordern wir, daß die deutsche Regierung gegen den immer wieder auftretenden Landesverrat mit den schärfsten Maßnahmen vorgeht.“

Das fluscht! Mit „Enrüstung“ protestieren die Schwerindustriellen, die den Stahlhelm finanzieren, gegen den Landesverrat, das „fluchwürdigste aller Verbrechen“, nachdem sie selber an den Feind durch das neutrale Ausland deutschen Stahl verschoben haben gegen prompte Barzahlung. Und mit derselben „Enrüstung“ fordern die Begünstiger des Erzberger- und Rathenau-Mordes, die Paten des O. C. und Totfeinde der Republik die Regierung eben dieser deutschen Republik auf, gegen den Landesverrat „mit den schärfsten Maßnahmen vorzugehen“. Was würde wohl aus diesem Gelichter und ihren Organisationen, mit dem der Stahlhelm unzweifelhaft sympathisiert, werden, wenn die Regierung diese „Entschliebung“ in die Tat umsetzte?!

Wie faul und widerwärtig, wie stinkend verlogen ist das alles! Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wird den Burschen vom Stahlhelm und ihren Spießgesellen am 22. Februar auf demselben Boden, in eben diesem Stahlhelmstedt, eine Antwort geben, die „Hörner und Zähne“ haben soll.

RANDBEMERKUNGEN

Kleine Wahrheiten Schwarz-weiß-rote Benimme

Als Breitscheid Herrn Luthers Unschuldsbukett zerpfückte und dabei an dessen Immortelle, Herrn Geßler, geriet, den er „Reichswehrminister von Ewigkeit zu Ewigkeit“ nannte, erhob sich derselbige von der vollgefüllten Ministerbank und verbeugte sich dreimal gegen das Parlament. Das war wohl ein kleiner Nervenzusammenbruch, der aber gerade einem Reichswehrminister schlecht ansteht. Im Unterbewußtsein, das anscheinend die Beinmuskulatur des Herrn Geßler verführt hat, sprach der parlamentarische Gentleman, wie ihn Herr Kardorf meint: Du kannst mich ...; ich steh' im Schutze meiner Kohorten. Aber ein wenig knabenhaft wirkte diese Demonstration

trotz alledem; auch sank Herr Geßler damit auf das Niveau des Herrn Helfferich, der, einst vor dem Untersuchungsausschuß wegen Ungebühr zu einer Geldstrafe verurteilt, mit pöbelhafter Geste in die Brusttasche griff, um die Bagatelle gleich zu erledigen. Helfferich besann sich damals; Geßler konnte seinen Trieb nicht zügeln. Immerhin: er verbeugte sich bauchwärts und blieb darin hinter eben genanntem Helfferich zurück, der ein andermal dem Parlament die edlere Seite seiner glorreichen Persönlichkeit zur Betrachtung vorwies. In der schwarz-weiß-roten Benimme wird Herr Geßler also, bevor er als ganz zuverlässig gelten kann, noch Fortschritte machen müssen.

*

Unwahrscheinliche Anekdoten

Es wird erzählt, daß nach dem Bekanntwerden des Testaments von Hugo Stinnes sich eine Deputation von Mißvergnügten zu dem damaligen Finanzminister Dr. Luther begeben habe, um ihn zu interpellieren, ob solche Vererbung auf die nicht steuerpflichtige Frau vielleicht eine Steuerhinterziehung sei, da doch nicht angenommen werden könne, daß die ausgewachsenen Kinder . . . Herr Luther soll gütig lächelnd erklärt haben, er sei solcher Meinung keineswegs, denn er selbst habe soeben erst ein ganz ähnliches Testament gemacht.

Es wird erzählt, daß einige Tage nach dem Metropolitball den Beamten des Auswärtigen Amts ein

Tadel ausgesprochen werden sollte, das heißt nur denen, die diesen 10. Januar — den Trauertag Deutschlands — nicht hinlänglich respektiert und dem Tanzbein im Zeichen der Nichträumung Kölns keine Schonung gegeben hatten. Der Tadel soll aber nicht gerade zerschmetternd gewirkt haben, da die Hellsichtigkeit, mit der Mitglieder des A. A. unter allen Umständen gesegnet sind, auf jenem Metropolitball den Herrn Außenminister höchstselbst wahrgenommen haben will.

Unwahrscheinliche Anekdoten und darum eigentlich in diese Rubrik der kleinen Wahrheiten nicht hineingehend.

Procurator

B Ü C H E R S C H A U

Oscar Wildes Lebensbeichte

„Die Kunst behandelte ich als die oberste Wirklichkeit, das Leben nur als einen Zweig der Dichtung.“ — Dies ist vielleicht der wahrhaftigste Satz blutender Selbsterkenntnis, den Oscar Wilde in jenem langen, aus Bitterkeit und Wollust des Leidens gemischten Briefe an den Dämon seines Lebens, Lord Alfred Douglas, in der Einsamkeit des Zuchthauses zu Reading niederschrieb. Unter dem Titel „De Profundis“ sind die künstlerisch bedeutenden, die gewissermaßen blühenden Partien dieser seltsamsten Epistel des Schmerzes der Oeffentlichkeit längst vertraut. Nun ist, nachdem biographische Bücher, insbesondere die Aufzeichnungen seines Freundes Frank Harris, die Lebenstragödie Oscar Wildes und seine schicksalhafte Begegnung mit Alfred Douglas aus dem Halbdunkel geheimnistuerischen Klatsches erlöst haben, der ganze Brief aus Kerker und Ketten („Epistola e carcere et vinculis“ — wie Wilde ihn noch

selber benannt hatte) ungekürzt publiziert worden. Bei S. Fischer, Berlin, ist er soeben in der sorgfältigen, sprachlich meisterhaften Uebertragung von Max Meyerfeld erschienen.

Neue Enthüllungen, Sensationen vermag er der niederen Neugierde kaum zu bieten. Aber in seiner Totalität ist er nun eines der tiefsterschütternden Dokumente menschlichen Schicksals. Es offenbart sich in ihm das verzweifelte Ringen eines in dämonische Verstrickung geratenen Menschen um Befreiung. Diese Beichte ist zugleich Selbstanklage und Anklage, Abrechnung und — oftmals kleinliche — Vorrechnung. Sie ist in jedem Sinne menschlicher, als die bisher aus ihr losgelösten dichterischen Kostbarkeiten erkennen ließen. Ein Mann, der sich der verhängnisvollen Schwäche seiner Natur in grübelnder Verlassenheit bewußt wurde, unternimmt seine innere Läuterung. Es geht dabei nicht ohne die peinlichsten Bitterkeiten gegen den Mann ab, dem Oscar

Wildes schwacher Wille tragisch versklavt war. Er weiß nun, — der jähe Sturz aus glanzvollster Höhe in Erniedrigung und Schmach hat es ihm offenbart — daß er nur das Opfer des fürchterlichen und unmenschlichen Familienhasses geworden ist, der Lord Alfred Douglas mit seinem Vater entzweite. Er ist sich jetzt klar darüber (oder vielmehr: glaubt es zu sein), daß der schöne und bestrickende, aber im tiefsten seiner Seele „phantasielose und seichte“ Jüngling stets das Schöpferische in ihm gelähmt und ihm, der nur hinter apollinischer Maske geborgen dem Leben gewachsen war, allen dunklen Gewalten in seinem Inneren schutzlos preisgegeben hatte . . . Und in schmerzhaftem Selbstläuterungsprozeß versucht er sein Dasein von dem dämonischen Freundes abzulösen. Doch wiederum wird das Tragische seiner Natur wirksam. Er bindet sich nun eine neue, die Maske der Demut, die Maske des Leides vor. Er berauscht sich allmählich immer stärker an einem Pathos des Schmerzes, das unversehens in die Klagen, Anklagen, Vorwürfe und Vorrechnungen einfließt. Die Rhetorik reißt ihn schließlich dahin. In seiner Phantasie blüht die Hybris eines vermessenen Gleichnisses auf: er sieht sich als Jesus und Douglas als Judas . . . Der querulierende Schriftsatz, den ebensogut auch eine im Scheidungsprozeß liegende Frau hätte verfassen können, schließt mit einer von verführerischer Sprachgloriole umstrahlten Apotheose des Menschenleids. Das Auge des wissenden Lesers aber, der das düstere Ende Oscar Wildes, sein unlösbares Verfallensein kennt, muß mit Schrecken gewahren, wie zwischen den Zeilen dieser Lebensepistel der künftige schicksalsnotwendige Ablauf der Tragödie bereits Wurzeln geschlagen hat. Und das ist wahrhaft die innere Tragik dieses ganzen Briefes. Er wurde ja nur geschrieben, weil Douglas jahrelang schwieg, und weil der Eingekerkerte, den die lauterste Liebe treuester Freunde umhegte,

das Schweigen des „Judas“ nicht zu ertragen vermochte, weil er sich inbrünstig nach dem Dämon seiner Verderbnis sehnte, — weil die Zuversicht in ein neues, schmerzgeläutertes Leben der verhängnisvollste Selbstbetrug eines Menschen war, der sein Dasein — innerstem Zwange seiner Natur gehorsam — immer nur wieder als „Zweig der Dichtung“ behandeln konnte. Oscar Wildes Lebensbeichte ist darum nichts anderes als Dichtung, in die seine Lebensohnmacht sich flüchtete. Als er aus den Mauern des Zuchthauses und den Phantasmagorien der Einsamkeit in sein wirkliches Dasein hinaustrat, war er der Tragödie wiederum verfallen, zu der sein Leben sich selber dichtete. Denn das ist die letzte Tragik dieses sehend blinden Oedipus: daß er schauend Augen, doch mit gefesseltem Willen erleiden mußte, was größer und tiefer war als all seine Dichtung: das Leben.

C. F. W. Behl

Anschauungsunterricht gegen den Krieg

Otto Dix und Willibald Krahn

Im Sprechzimmer eines Arztes fielen mir jüngst wieder jene halbvergessenen Hefte „aus großer Zeit“ in die Finger, die 1914 in keinem „deutschen Heim“ fehlen durften. Langeweile ließ mich blättern, bis die Verlogenheit dieser „harmlosen“ Bilder plötzlich bewirkte, daß ich das Heft wütend von mir schleuderte. Und das haben jahrelang Millionen Menschen für das wahre Gesicht des Krieges gehalten: Parade-Attacken hoch zu Roß mit geschwungenem Pallasch und lichtbündelweise aus den Augen blitzenden Heldenmut, Sturmangriffe mit Gesang und Musikkapelle, Anton von Wernersche Quartiers-Idyllen, Wennerbergsche Gesellschaftsdamen in Krankenschwestertracht als „Engel der Soldaten“ (jawohl, vom Leutnant aufwärts, dann aber auch Engel bis zum letzten . . .). Und wo

blieben der Hunger, der Drill, das Sklaventum, die Verwesung, die Läuse, der Dreck, die Lumpen, der Kot...?

Heute bemühen sich ehrliche Künstler, das Verbrechen ihrer Zeitgenossen zu tilgen. Der Anschauungsunterricht der George Grosz, Karl Holz und mancher anderer gegen den Krieg bedeutete ein wichtiges Stück Volksaufklärung. Im abgelaufenen Jahre 1924 sind namentlich Otto Dix und Willibald Krain zum zehnjährigen „Jubiläum“ des Weltkrieges als Ankläger hervorgetreten. Dix mit unerhörter, künstlerisch oft noch ungestalteter Wucht unmittelbarsten Erlebens, Krain intellektueller, gedanklicher. Die Krainsche Mappe „Nie wieder Krieg“ (sieben Visionen, dem Gedächtnis der Weltkriegsopfer gewidmet, Verlag Der Berg, Berlin), geht weniger von äußeren, male-rischen Eindrücken aus als vom inneren Erlebnis, sie bringt nicht die Dinge selbst, sondern ihre Umgestaltung in der Phantasie des Künstlers. Insofern bei den Zeichnungen der „Einfall“ eine wesentliche Rolle spielt, mag man sie von rein artistischen Gesichtspunkten kritisieren. So wandeln sich z. B. — an sich eine starke Idee — die aus den Häusern hängenden Sieges-fahnen bei Krain in die baumelnden Leichen der Söhne und Männer, die der Sieg gekostet hat. Dix hätte das nicht gemalt. Er gibt die Leichen der Gefallenen, ihre stinkende Verwesung in nackter schauerlicher Wirklichkeit. Am Ende ist dieser Realismus doch das Packendere. Auch Krain begreift dies, und in den Gestalten des

Kriegskrüppels, des im Stachel-draht Verfaulenden kehrt er von der Vision in die nackte Wirklichkeit zurück. — Aber rein artistische Wertung scheint mir heute ebenso überlebt wie das ganze *l'art pour l'art*-Prinzip einer gesättigten (richtiger: übersättigten) Epoche, deren Kunst im wesentlichen die Verdauungsgeschäfte der zufriedenen Besitzenden besorgte. Uns Heutigen muß — wollen wir nicht lebendig verfaulen — das starke Gefühl, das Ringen um ein besseres Dasein im Kunstwerk wesentlich sein, wobei wir allerdings verlangen, daß die Wucht dieses Gefühls sich nicht in der Wahl des Stoffes, nicht im Einfall und Motiv erschöpfe, sondern zur künstlerischen Sprache, zur Gestaltung werde. Hier liegt der Punkt, wo Krain noch Entwicklung braucht. Die Sprache, in der das unsagbar Entsetzliche vorgetragen wird, muß von Grund auf anders klingen als die Sprache des talentvollen Illustrators der „B. I. Z.“, muß unendlich härter, dämonischer, ungebändigter sein. Wir wollen es Krain als Verdienst anrechnen, daß er über den Unterhaltungszeichner hinausstrebt, daß er sich durch Ernst und Charaktertiefe von den Gotha-Köchen unterscheidet: aber das höhere Ziel verlangt auch höhere Mittel. Nicht, daß Krain diesen nicht zustrebte, aber der Abstand gegen den Illustrator ist noch nicht weit, nicht klar genug. So können wir das mutige, sympathische Werk mit dem Wunsch willkommen heißen, daß ein kräftigeres, heißeres, durchglühteres folgen möge.

Erich Kuttner

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernrut: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

PARVUS

VON KONRAD HAENISCH

*mit zwei Bildern und zwei Faksimiles in
Kupfertiefdruck und farbigem Umschlag
auf starkem, holzfreiem Papier gedruckt
in Halbleinen gebunden Preis Mark 2,50
Kartoniert Preis Mark 0,75*

Soeben erscheint:

KÖNIGE DER INFLATION

VON PAUL UFERMANN

Dritte Auflage

Die wahren Finanzskandale der Republik

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW68

H·G·WELLS
Grundlinien
der
Weltgeschichte



Verlag für Sozialwissenschaft · Berlin SW.

670 Seiten, viele Abbildungen. Holzfreies Papier. Ganzleinen

Verlangen Sie Prospekte vom Verlag!

Preis geb. 20 Mark

Die Glocke

BEGRÜNDET VON PARVUS

Inhalt:

Ph. Scheidemann:
Was ist Landesverrat? . . . 1421

Robert Breuer:
Die Almosenregierung . . . 1428

Prof. Dr. H. Sinzheimer:
Juristenreform - nicht nur Justizreform 1431

H. Francke:
Die Berliner Kirchenwahlen 1433

Alfons Fedor Cohn:
Branting 1435

Otto Bellmann:
Der entblätterte Fridericus (Schluß) . 1440

Otto Grautoff:
Jean Giraudoux 1443

Arthur Eloesser:
Lustspiele 1444

Paul Westheim:
Die Rebellion des Spießers 1447

*Die tausend Lügen des „Lokal-Anzeiger“ — Fürsten an der
 Futterkrippe*
Trust zur Zerstörung Europas

Verlag für Sozialwissenschaft
 Berlin NW 68  Emdenstr. 114

Preis 30 Pfennig

Soeben erscheint:

**DER
PROZESS
DES
REICHSPRÄSIDENTEN**

V O N K A R L B R A M M E R

206 Seiten, Halbleinen, Preis 4 Mark

*

Enthält neben dem
ausführlich. Prozeß-Bericht
den
**vollen Wortlaut der schrift-
lichen Urteils - Begründung**
und
unveröffentlichte Gutachten
von: Vizekanzler a. D. Fr. v. Payer
Reichsjustizminister a. D. Schiffer
Reichsjustizminister a. D. Radbruch
Universitäts - Prof. Dr. Sinzheimer

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. • Berlin SW 68

Was ist Landesverrat?*)

Von Philipp Scheidemann

Graf Oppersdorf — Pfarrer Gaigalat u. a. — Der Januschauer — Daimler-Bilanz — Straubinger — Dr. Heim und die Bauern — Die Kohlwache — General Kehlens Geheimbefehl

Wenn die Nationalisten, gleichviel welcher Spielart, Landesverrat und Landesverräter brandmarken wollen, dann werden sie bei der Sozialdemokratie vergeblich nach entsprechenden Sünden und Sündern suchen. Aber sie brauchen über ihre eigenen Parteigrenzen auch gar nicht hinauszugehen, wenn sie den abscheulichsten Landesverrat feststellen und geißeln wollen. In einer Rede, die der Verfasser am 11. März 1924 im Reichstag gehalten hat, sagte er den nationalistischen Herrschaften, die plötzlich die Sprache selbst zu dem bescheidensten Zwischenruf verloren hatten, dieses:

„Wo saß denn der Landesverräter Graf Oppersdorf, nachdem ihn das Zentrum hinausgeworfen hatte? Er, der ganz Oberschlesien nach Polen hinübergewollte, saß drüben rechts als Ihr Hospitant! Wo saß denn der Pfarrer Geigalat, dem Litauen auf Kosten Deutschlands nicht groß genug gemacht werden konnte? Er war deutschnationaler Abgeordneter im preussischen Landtag. Wo saß der sächsische Landtagsabgeordnete Barth, der die ganze Wendei an die Tschechoslowakei geben wollte? Er war Ihr Freund! Für wen kandidierte der neulich ermordete Heinz Orbis? Zu den Leuten, die hinter ihm standen, um ihm ein Mandat zu verschaffen, gehörten auch Ihre Leute! Ich erinnere Sie an die Enthüllungen in dem Prozeß Fuchsmachaus, in dem festgestellt wurde, daß mit französischem Gelde Fahnenweihen eines vaterländischen Bundes ‚Blücher‘ gefeiert wurden.“

Ein krasses Beispiel übelsten Verhaltens gab der bekannte Herr von Oldenburg-Januschau, der sich durch folgenden Brief an den früheren preussischen Innenminister von Loebell für alle Zeiten selbst an den Pranger gestellt hat:

Liebste Exzellenz Fritz!

Im Begriff, nach Polen auf meinen Posten zurückzukehren, danke ich Gott, die Schererei mit den Gütern und der Zivilverwaltung los zu sein. — Es ist auf dem Lande jetzt tatsächlich unerträglich mit den täglich wechselnden Verordnungen. Ich bestelle 500 Morgen überhaupt nicht, und so mache es viele. Weil die Unsicherheit der Ernte und der Bestimmungen zu groß ist. Die Sache mit den Kartoffeln ist jetzt

*) Ein Kapitel aus der soeben (im Verlag für Sozialwissenschaft) erschienenen Schrift Scheidemanns „Für Volk und Vaterland“. Eine handfeste Sammlung von Auszügen aus Reden und Erklärungen der Sozialdemokratischen Partei; ein Beweis für die gewaltige Kriegslleistung der Arbeiterschaft; ein Rechtstitel für die Republik; eine unerblittliche Anklageschrift gegen die sogenannten Nationalen.

einigermaßen vernünftig, von den Schweinen wird die Hälfte in der Pökeltonne verfaulen. Die Erbitterung auf dem Lande ist sehr groß und wird sich nach dem Kriege entladen. Dazu kommt, daß das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung in allen Kreisen immer mehr schwindet. Daß das Vertrauen zur Obersten Zivilleitung längst fehlt, weißt Du. — Nun aber Schwamm drüber.

Der Brief ist geschrieben und verschickt worden am 15. April 1915. Das war die Zeit der furchtbarsten Wirkungen der englischen Blockade! Herr v. Oldenburg ist auch heute noch ein eifriges Mitglied der Deutschnationalen Partei. Wie viele, lieb auch er sein Land unbestellt liegen, weil die Zwangswirtschaft seine riesigen Kriegsprofite verminderte. Mochte der Krieg verloren und das Vaterland zugrunde gehen — der Profit über alles!

Von der Vorführung weiterer derartiger „nationaler“ Persönlichkeiten kann indessen Abstand genommen werden. Es dürfte vollkommen genügen, „Typisches“ anzuführen.

A.

Die Industrie

Wir wollen damit beginnen, aus dem Bericht der Prüfungskommission des preußischen Kriegsministeriums in Sachen Daimler-Motoren-Gesellschaft einige Stellen anzuführen:

„... Auf diesen Mangel an vorausschauenden wirtschaftlichen Maßnahmen ist es nach Ansicht der Prüfungskommission zu einem erheblichen Teil zurückzuführen, wenn sich im Verlaufe des Krieges im Lieferungswesen für den Bedarf der Heeresverwaltung Mißstände herausbildeten, die bei den breitesten Schichten des Volkes Aergernis erregt haben, indem sie die Not des Vaterlandes zu einer Quelle ungeheuren Reichtums für eine stattliche Reihe berufener und unberufener Einzelpersonen und Unternehmungen werden ließ, während weitaus größere Kreise der Berufsstände und der Bevölkerung überhaupt die Früchte früherer arbeitsreicher Jahre opfern mußten und in arge Bedrängnis gerieten...“

Einer der bekannteren „Landesverräter“ ist es gewesen, der diese Dinge aufgedeckt und zur Sprache gebracht hat. Das wird in dem angeführten Bericht, der von dem vereidigten Buchprüfungssachverständigen unterzeichnet ist, ausdrücklich festgestellt:

„Es ist das Verdienst des damaligen Reichstagsabgeordneten, nachmaligen Reichswehrministers Noske, diese Tatsachen öffentlich erörtert zu haben...“

Im ganzen handelt es sich um das bekannte Bild des seitens der Gesellschaft beliebten Verfahrens, die Allgemeinheit völlig im Dunkel über ihr Vermögen und ihre Verpflichtungen zu lassen. Es braucht an dieser Stelle kaum besonders betont zu werden, daß dieses Verfahren geradezu ein Hohn auf den Willen des Gesetzgebers bedeutet, durch die Gegenüberstellung der Aktiva und Passiva den Aktionären einen klaren Einblick in die Verhältnisse des Aktienunternehmens zu verschaffen. Dieser Verfahren ist bereits im Jahrgang XIV Nr. 1—2 vom Juni 1916 der Mitteilungen des Verbandes Deutscher Bücherrevisoren e. V. eingehend geißbilligt worden. Dort heißt es u. a.:

Bei Daimler ist fast jeder Bilanzposten das Resultat einer Zusammenwürfelung und Aufrechnung verschiedener Hauptbuchsalden, die kaum wesensverwandt, geschweige denn gleichwertig sind. Außerdem lassen bedeutende, jahraus, jahrein sich wiederholende Unterbewertungen die Bilanzzahlen vollständig in der Luft schweben. Verschwommene Bezeichnungen und willkürliche Zahlen — das ist die Daimler-Bilanz!

Trotz dieser Verhältnisse berichtet am 6. Juni 1918 die Revisionskommission des Aufsichtsrates der Daimler-Motoren-Gesellschaft:

„Dem gewordenen Auftrage zufolge haben wir heute das Hauptbuch der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim mit der daraus gezogenen Bilanz und der aus derselben zusammengestellten Druckbilanz per 31. Dezember 1917 verglichen und alle Posten in Uebereinstimmung gefunden, was wir hiermit bestätigen.“

Es hätte der Heeresverwaltung ein leichtes sein müssen, einer ungesunden Entwicklung, insbesondere aber solchen Widersprüchen auf Grund eines Notgesetzes durch Entsendung fachkundiger Delegierter in die Aufsichtsräte der Gesellschaften entgegenzuwirken. Damit wäre zugleich einem längstempfundenen Bedürfnis der Aktionärsminderheiten der Weg zur Berücksichtigung geöffnet worden.“

Es genügt vollkommen, aus dem amtlichen Bericht, der dem Reichstag offiziell als Drucksache zugegangen ist, nur noch einige Sätze zu zitieren:

„... so beträgt in 1917 der von der Prüfungskommission errechnete Fabrikationsgewinn 15 Millionen Mark mehr, als die Gesellschaft ausgewiesen hat.“

„Aus dieser Berichtsanlage (Anlage 20a und 20b) ergibt sich, daß der Gewinnunterschied, den die Prüfungskommission gegenüber den veröffentlichten Abschlußziffern ermittelt hat, sich für die vier Geschäftsjahre 1914—1917 auf nicht weniger als 81,7 Millionen Mark beläuft. Darin sind insgesamt 11 Millionen Mark Rückstellungen — siehe Anlage 20, Position d — enthalten, welche der Beschlußfassung der Generalversammlungen vorbehalten bleiben und deshalb in den veröffentlichten Reingewinnen enthalten sind, von der Prüfungskommission aber nicht anerkannt werden konnten. Der ermittelte Gewinnunterschied muß als niedrig gerechnet gelten, und zwar aus den Gründen, die im Bericht angeführt und im wesentlichen dahin zusammenzufassen sind, daß es mangels ausreichender verwaltungstechnischer Einrichtungen nicht möglich war, noch tiefer in die Materie einzudringen, als es seitens der Prüfungskommission geschehen ist.“

Zu diesem Gewinnunterschied von rund	81 700 000 M.
treten als Mehrgewinn unter Umständen, d. h. wenn sie für die gedachten Zwecke nicht in Anspruch genommen werden, die im Kontokorrent zugunsten der Inspektion der Fliegertruppen, Berlin, zurückgestellten rund	6 900 000 M,
und die gleichfalls im Kontokorrent erfolgte Rückstellung zur Deckung sämtlicher Risiken aus Lieferungen an das neutrale und feindliche Ausland in Höhe von	7 500 000 M,
Das wären zusammen	96 100 000 M,

In den Schlußfolgerungen des Berichts der Prüfungskommission des preußischen Kriegsministeriums in Sachen Daimler-Motoren-Gesellschaft, der am 5. September 1919 erstattet worden ist, heißt es u. a.:

„Die Prüfungskommission zieht aus ihren gesamten Feststellungen den Schluß, daß in den besprochenen, mindestens 81 bzw. 96 Millionen Mark Mehrgewinn jene Wirtschaftspolitik ihren Ausdruck findet, die im Zusammenhang mit den organischen Fehlern der auftragerteilenden Stellen zu einem wesentlichen Teil dazu beigetragen hat, die Teuerung auf allen Gebieten heraufzubeschwören, unter denen das deutsche Volk seit Jahren ächzt... Wenn die Geschäftsleitung auf Erzielung hoher Preise für Heereslieferungen bedacht war, so geschah es mit Recht, soweit dabei vorsichtigerweise die Tendenz der steigenden Materialpreise und Arbeitslöhne, wie auch die vielen andern Risiken des Krieges und die Kosten der Wiedenumstellung des Kriegsgeschäfts auf das Friedensgeschäft zu berücksichtigen waren, mit Unrecht, soweit ein gesunder, kapitalistische Interessen übersteigender Ueberschuß erzielt wurde, der in diesem Falle von dem in einer Notlage befindlichen auftraggebenden Staate zu tragen und infolgedessen von den steuerzahlenden Staatsbürgern aufzubringen war.

Ueber die Grenze zwischen Recht und Unrecht, hier gleichbedeutend mit mäßigen und übermäßigen Gewinnen, läßt sich streiten, solange die angewandten Mittel unanfechtbar sind.

Darüber, daß sich die Geschäftsleitung ihrer aus der Notlage des Reichs zu folgernden Verantwortung nicht oder wenigstens nicht voll bewußt war, bestand bei der Prüfungskommission keine Meinungsverschiedenheit. Darin bildet die Daimler-Motoren-Gesellschaft aber nicht eine einzelne Erscheinung, sondern nur ein typisches Beispiel für eine große Menge der für Rüstungszwecke herangezogenen Unternehmen, und es wäre nach Ansicht der Prüfungskommission ein Unrecht, wenn diese eine Gesellschaft anders behandelt und beurteilt werden würde wie jene große Zahl der im Kriege besonders begünstigten Geschäftskreise und Einzelpersonen.“ ...

Also: In der Ausplünderung des hungernden Volkes, was gleichzusetzen ist der Zermürbung der Widerstandskraft des Volkes, d. h. der Vorschubleistung feindlicher Interessen, war die Daimler-Motoren-Gesellschaft typisch (!!)

für eine große Menge der deutschen Rüstungsindustrie! Und wie milde werden diese „patriotischen“ Deutschen beurteilt von der Prüfungskommission des preußischen Kriegsministeriums!

Die für die meisten Kriegsrüstungs-Unternehmungen in der Geschäftsgebarung „typische“ Gesellschaft war sich „ihrer aus der Notlage des Reichs zu folgernden Verantwortung nicht oder wenigstens nicht voll bewußt“.

B.

Die Landwirtschaft

Typisch für viele ländliche Bezirke ist das Vorkommnis in Straubing, das Scheidemann in einer Reichstagsrede geschildert hat. Als die ermittelten hunderte Zentner verborgenes Mehl behördlich beschlagnahmt werden sollten, verbarrikadierten sich die Straubinger!

Dr. Heim über die Bauern

Dr. Heim, der bekannte Führer bayerischer Bauernvereinigungen, schreibt im „Fränkischen Bauer“ (Nr. 11, 1916), dem Wochenblatt des christlichen Bauernvereins für Franken:

„Leider muß ich auf Grund von Berichten, die ich von einwandfreier Seite erhalten habe, konstatieren, daß es auch im Bauernstand Leute gibt, die die Zeit und die Notlage des Krieges ausnützend, für ihre Produkte Wucherpreise verlangen. Wohl sind es nur einzelne, aber ihr Verhalten schädigt den ganzen Bauernstand für jetzt und für die Zukunft . . . Diese Nimmersatten gereichen ihrem Stand zu einem solchen Schaden, daß sie es gar nicht verantworten können. Wenn die Nahrung der Aermsten der Armen, die Kartoffel, zum Gegenstand von Preiswucher gemacht wird, so ist das himmelschreiend, und ich stehe nicht an, zu sagen, daß solche Erzeuger oder Grundbesitzer, die Kartoffelwucher treiben, eine Schande für den ganzen Bauernstand sind. Die Kartoffeln haben nach dem Gesetz vom 28. Oktober einen Höchstpreis von 3,05 Mark. Dieser Höchstpreis gilt noch. Aber jeder Käufer, der eine Ausweiskarte der Reichskartoffelstelle hat, darf 1,50 Mark mehr zahlen, bis zu 4,55 Mark. Diese Bestimmung gilt erst seit Mitte Februar. Der Preis ist ein vorzüglicher und kann jeder Bauer damit zufrieden sein und seine Rechnung finden. Sollte man es da für möglich halten, daß es Bauern gibt, die erklären, sie gäben ihre Kartoffeln nur als Saatkartoffeln her um 5,6 und 7 Mark. Das ist unerhörter Preiswucher.“

C.

Aus dem Heere

Hunderttausende deutscher Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften führten während der Dauer des ganzen Krieges ein Schmarotzerdasein in den Etappen und daheim. Es wird niemals abzuschätzen sein, in wie starkem Maße dadurch Verbitterung an den Fronten und auch in den Etappen und der Heimat heraufbeschworen worden ist. Die skandalösen „Fälle“, die den Reichstagsabgeordneten aus den Etappen zur Kenntnis gebracht worden sind, Fälle, die Empörung, Zorn und maßlose Erbitterung hervorgerufen haben, zählen nach vielen Tausenden. Mit Rücksicht auf die Stimmung daheim und die Auswirkungsmöglichkeiten im Auslande wurden stets nur „harmlose“ Vorkommnisse im Reichstag vorgetragen. Immerhin genügten zumeist auch diese, um den Eingeweihten mancherlei erklärlich zu machen, was die Gutgläubigen, die die Schwindelberichterstattung der Obersten Heeresleitung für bare Münze genommen haben, bis auf den heutigen Tag noch nicht verstehen.

Ein Beispiel für den groben Unfug, der mit deutschen Soldaten verübt worden ist, führte in der 132. Reichstagsitzung vom 22. Februar 1918 der Abgeordnete Schöpflin an:

„. . . Wer will bestreiten, daß in unsinniger Weise im Inlande Soldaten zum Dienst verwendet werden, daß es einfach lächerlich ist! Nur ein Exempel dafür. Ich habe hier Wachmeldungen von Swinemünde, wo ein Bataillon Fußartillerie steht. Gestatten Sie mir, zwei Wachmeldungen zu verlesen:

Swinemünde, ... September 1917.

Kohlwache. — Parole Wesel.

Die Wache wurde um 8 Uhr übernommen. (10 Kohlköpfe, Eigentum des Herrn Major.) Die Wache ist stark: 1 Gefreiter, 4 Mann. (Es folgt die Angabe, wie die Posten 1 [am Wege] und Posten 2 [an der Wiese] besetzt worden sind.)

Swinemünde, ... August 1917.

Kohlwache. — Parole Kowel.

Wache um 9 Uhr richtig übernommen. (23 Kohlköpfe, Eigentum des Herrn Major.) Die Wache ist stark: 1 Obergefreiter, 4 Mann. (Es folgen die Angaben der Postenverteilung.)

Bei solchen militärischen Dienstleistungen hört denn doch schließlich alles auf. — Ja, es hat sich so abgespielt. — Um die Kohlköpfe des Majors zu bewachen, ist ein Gefreiter und 4 Mann notwendig. Kohlköpfe — das gebe ich zu — sind ja jetzt ein teurer Artikel. Aber, meine Herren, ich bitte Sie: in einer Zeit, wo Deutschland um seine Existenz ringt, da stellt man die strammen Swinemünder Kanoniere hin, damit sie die Kohlköpfe des Herrn Major bewachen! . . .“

Diese Kohlwache erscheint wie eine harmlose Humoreske, wenn man sie vergleicht mit den verwüstenden Beispielen, die der wirkliche erste Heerführer, General Ludendorff, wiederholt den Soldaten und der Heimat gegeben hat, indem er mit dem Rücktritt drohte, wenn es nicht nach seinem absolut unpolitischen Kopfe ging. Er erzwang die Entlassung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg durch seine Drohung mit dem Rücktritt und er brachte den Außenminister v. Kühlmann zu Fall, wiederum durch seine Rücktrittsdrohung. Wie faßten das die Soldaten und Arbeiter auf? Wie eine Streikdrohung! Mitten im tollsten Kriege droht der Heerführer damit, daß er gehen will! Wenn der schon „streiken“, nämlich den Führerposten aufgeben will, wer will es dann uns verargen können, wenn wir zur Verweigerung der Arbeit für drei Tage streiken, um einen Druck auf die Reichsregierung auszuüben! Das war eine Redewendung, die man zu gewissen Zeiten im Kriege immer wieder von Arbeitern und Soldaten, die sich nach Brot und Frieden sehnten, hören mußte!

Gerade die, die am meisten auf die Arbeiter, die deutschen Frauen, auf Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten schimpften, um die Spuren von sich selbst abzulenken, haben unermeßliche Schuld auf sich geladen, indem sie aus Habgier, Herrschsucht und allgemein reaktionärer Gesinnung die Widerstandskraft des Volkes untergruben, Soldaten und Arbeiter gleichermaßen zermürbten. Als typisch für große Teile der Schwerindustrie, der Landwirtschaft und der Creme des Offizierkorps werden die Namen Daimler, Straubing und Ludendorff allzeit unvergessen bleiben.

Und noch ein Beispiel:

„Wer hat die Front erdolcht?“

Geheim!

In meiner heute an die Bevölkerung erlassenen Kundgebung (K.K.V.Bl. vom 26. 10. 1918 Nr. 430) habe ich darauf hingewiesen, daß es in erster Linie Pflicht der in gehobener Lebensstellung befindlichen Personen ist, in hingebender Vaterlandsliebe zu wetteifern und den ihrer Obhut anvertrauten Untergebenen ein leuch-

tendes Vorbild selbstloser Opferfreudigkeit zu sein. Diese Pflicht erwächst aber besonders den militärischen Vorgesetzten — Offizieren und Unteroffizieren.

Schon mehrfach habe ich — in schriftlichen Befehlen und mündlich — eindringlich hierauf hingewiesen und es den Kommandeuren zur heiligen Pflicht gemacht, ihre Unterführer darauf zu erziehen und zu beaufsichtigen. Trotzdem kann ich mich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß diesen Pflichten vielfach zuwider gehandelt wird, und zwar leider ganz, besonders von Offizieren. Die in letzter Zeit vorgekommenen zahlreichen Verstöße gegen die Manneszucht, der immer mehr bei einem Teil der Mannschaften zutage tretende Mangel an vaterländischer Gesinnung haben nicht zum mindesten hierin ihre Ursache.

Ein großer Teil der Vorgesetzten besitzt nicht die erforderliche Achtung und das Vertrauen der Untergebenen. Die große Zahl der ehrengerichtlichen Verhandlungen ergibt den erschreckenden Beweis von mangelndem Pflicht- und Ehrgefühl bei vielen Offizieren. Aber auch sonst mehren sich die Klagen über mangelnde Fürsorge der Vorgesetzten für die Mannschaften, verständnislose, oft unwürdige Behandlung der Untergebenen, namentlich älterer Leute durch jüngere Vorgesetzte, ferner über anstößigen Lebenswandel vieler Vorgesetzter, unlauteren Verkehr mit Frauenzimmern und der Sucht, inmitten der darbenenden Bevölkerung und unter den Augen ihrer nur notdürftig ernährten Untergebenen sich in Trank und Speise gut zu tun und sich Lebensmittel auf unrechtmäßigem Wege zu beschaffen.

Vorgesetzte, die so handeln, schädigen nicht nur die Manneszucht und untergraben die Dienstfreudigkeit ihrer Untergebenen, sie versündigen sich auch dadurch am Vaterlande in dieser Zeit seiner größten Not. Solch unverantwortlichem Handeln von Vorgesetzten muß, wo Belehrung nicht hilft, mit aller Rücksichtslosigkeit entgegengetreten werden. Gegen jeden Offizier und Unteroffizier, der es an der nötigen Fürsorge für seine Untergebenen mangeln läßt, der ihnen durch seinen Lebenswandel ein schlechtes Beispiel gibt, muß mit aller Strenge eingeschritten werden. Es ist aber auch Pflicht der militärischen Vorgesetzten aller Grade, schlechte Gesinnung und Verzagtheit, wo sie ihnen auch entgegentritt, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen, erziehend, aufklärend und aufrichtig zu wirken.

Die Brigadekommandeure, Inspekture usw. haben nochmals die Bataillonskommandeure usw., diese ihre Offiziere und Unteroffiziere im Sinne dieser Verfügung und meiner Kundgebung an die Bevölkerung zu belehren. Gleiches gilt für die Chefärzte und die Vorstände der Militärbehörden. Häufige und schwere Verstöße gegen die Manneszucht können nur da vorkommen, wo die Vorgesetzten es nicht vermocht haben, durch sachliche Tüchtigkeit, Pflichtbewußtsein, Gerechtigkeitssinn, Bedürfnislosigkeit und untadelhaften Lebenswandel sich die Achtung und das Vertrauen der Untergebenen zu erwerben. Daß solche Vorgesetzte nicht länger in ihrer Dienststelle belassen werden, dafür mache ich die Truppenbefehlshaber aller Grade, die Chefärzte und die Vorstände der Militärbehörden persönlich verantwortlich.

Cassel, den 24. 10. 1918.

Der Kommandierende General.
gez.: v. Kehler, G.-Lt.

Die Almosenregierung

Von Robert Breuer

Das deutsche Volk lernt etwas gar zu prompt die Nützlichkeit seiner neuen Regierung kennen. Die letzten Reden des Herrn Herriot, die wohl nicht nur (wie die Reden deutscher Nationalisten) Wortmacherei bleiben dürften, hinter denen vielmehr Zwang zum Handeln steht, sind als erste Etappe auf dem glorreichen Wege der Befreiungspolitik, den uns das Rechtskabinett führen wollte, recht respektable Erträgnisse. Die Woche fängt schlecht an — sagte der Raubmörder, als am Montag morgen der Henker bereit stand. Ähnliches wird wohl Herr Luther bei sich murmeln. Ob er es laut zu sagen wagt, bleibt bei dem Chor, der schwarz-weiß-rot hinter ihm lauert, unwahrscheinlich. Es ist so; ist es so?

Es sollte doch wohl durch die sogenannte starke Regierung die Kriegsschuldflüge aus der Welt gestoßen werden; auch sprach man davon, daß die Befreiung von Ruhr und Rhein in ein schnelleres Tempo gebracht werden sollte, und schließlich sollten sinnlose Demütigungen, wie die der Militärkontrolle endgültig ausgeschaltet werden. Nun scheint ungefähr das Gegenteil von alledem einzutreten, und es wird Herrn Luther schwer fallen, zu beweisen, daß die Brutalität, mit der der französische Ministerpräsident in allen diesen Fragen sein grausames Nein spricht, nicht hervorgerufen worden ist durch die stupide deutsche Innenpolitik. Herr Luther mag sich drehen und wenden wie er will, die neue Welle der landschädigenden französischen und — man darf wohl sagen — ententistischen Vertragsexekutive und Vertragsverschärfung ist und bleibt an seinen Namen gebunden. Die Woche fängt schlecht an. . . . Bedauerlich bleibt nur, daß der Delinquent das deutsche Volk sein soll.

Was zunächst die Kriegsschuldflüge betrifft, so sind wir gespannt, wie Herr Luther oder — falls Herrn Stresemann das Reden wieder gestattet werden sollte — der Außenminister der beinahe zynischen Geste des Herrn Herriot, mit der dieser jede Debatte über dies Problem verweigerte, entgegnet wird. Was die Räumung angeht, so müßten die fast annexionistischen Aeußerungen des Herrn Herriot einen beschleunigten Tatzenschlag der nationalen Helden veranlassen. Und schließlich — aber noch lange nicht endlich: die Sicherung. Man könnte schadenfroh, wenn es nur nicht das deutsche Volk angehe, auf die furchtbaren Schwierigkeiten verweisen, die Herriots Rede am Horizont grausam aufsteigen läßt. Von einer Beendigung der Kontrolle vermögen wir nichts zu hören, wohl aber wird ein neuer, schwerer Angriff auf die kläglichen Reste deutscher Wehrmacht und darüber hinaus auf die deutsche Schutzpolizei sichtbar. Nun, Doktor Luther, heraus mit Eurem Flederwisch! Ihre Verlegenheit dürfte groß sein, und wenn Sie mit Engelszungen redeten, Sie werden in jedem Augenblick fürchten, daß Ihnen aus Paris oder London die Antwort wird: Aber die Regierungspresse! Sie haben eine recht manierliche Note nach Paris gesandt; weder Herr Marx, noch Herr Wirth, noch Herr Müller oder Herr Scheidemann hätten sie zahmer abfassen können. Aber der Beigesang, den die Presse des Herrn Hergt ihr folgen ließ, wird kaum geeignet

sein, Ihrer artigen Note beflügelnde Wirkung zu verleihen. Diese Presse des Herrn Hergt ist allerdings zu beklagen; wie konnte sie früher so tapfer schmähen, und wie wäre sie heute, wenn sie ihre Leser nicht so belügen müßte, selber der Lüge bloß. Aber aufgepeitschte Instinkte lassen sich nicht gleich wieder kalmieren, und so schreibt die deutschnationale Presse heute wie gestern von: bodenloser Unverschämtheit des Herrn Herriot, die man sich verbitten müsse und von Henkersknechten und von Lügenberichten der Schnüffelkommission und von einem Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland, wie ihn die französische Amtspolitik betreibe. Herr Luther wird pffiffig lächeln: demagogische Belanglosigkeiten! Schon recht; aber in Paris wird man's anders lesen: die Presse der Herren, die neben Herrn Luther und Herrn Stresemann in der neuen deutschen Regierung sitzen. Und wie wohlgerundet auch immer der neuen Regierung zwangsläufig geführte Notenfeder sein mag: der französische Chauvinismus wird dafür sorgen, daß auf den sachlichsten, und selbst auf den sanftesten Text ein Giftschatten, die schwarz-weiß-rote Silhouette der inzwischen zwar entzahnten, aber doch nun einmal für Frankreich nützlich stigmatisierten Revanchepolitiker fällt. Ohne die Hergtianer würde Herr Luther sich jedenfalls wohler fühlen. Wie aber wird er seine Nachbarn erst zum Teufel wünschen, wenn das, was jetzt in Paris in schauerlichen Umrissen entsteht, zur vollen Gestalt gelangt sein wird. Der Trümmerhaufen, den uns diese Regierung hinterläßt, dürfte eine Sehenswürdigkeit sein, wenn er nur eben nicht für die Gesamtheit des deutschen Volkes neues Elend und neuen Zusammenbruch bedeuten müßte. Das ist kein Heldenstück, was diese schwarz-weiß-roten Herren zu spielen beginnen; doch die Bühne heißt Deutschland. Was aber ist ihnen Deutschland, wenn nur, und sei es auch nur für einen Geschichtsaugenblick, die Feudalen einen Parteierfolg notieren.

*

Es ist nun durchgesickert, warum Herr Stresemann durchaus die Deutschnationalen in die Regierung hineinziehen wollte. Er möchte sie schwächen. Er hat beobachtet (man staune!), daß die Deutschnationalen als Partei wachsen, und daß ihnen nicht einmal die fünfzig Prozent des Dawes-Gutachtens geschadet haben. Solch Phänomen machte ihn für sich und seine Partei fürchten. Er besann sich auf die hinlänglich bekannte Tatsache, daß regierende Parteien Mitgliederschwind zu erleiden pflegen, und so beeilte er sich, Herrn Hergt dringlichst einzuladen. Ein probates Mittel — für den Parteichef; ein verheerender Irrtum für den Außenminister. Die Nationalen, die Nationalverderber werden schon zahm werden, wenn sie erst unter den Druck der Verantwortung kommen. Sie werden schon lernen, daß es viel leichter ist, bardenhaft Frankreich zu erobern, als mit Herrn Herriot zu verhandeln, zumal dann, wenn er im Reflex auf Schwarz-Weiß-Rot poincaristisch anläuft. Insofern kann Herr Stresemann sich als ein ausgezeichnete Erzieher nationalistischer Großmüligkeit erweisen. Aber der Nutzen, den solche Krallenbeschneidung, vollbracht an den Deutschnationalen, darstellt, ist eben doch geringer als der Schaden, der sich daraus ergibt, daß die überspitzte Innenpolitik des Herrn Stresemann dem französischen Chauvinismus und nicht nur diesem, der Ententepolitik überhaupt neue und gefährlichere Krallen wachsen läßt. Herr Stresemann kalkuliert auf eine

Spaltung der Deutschnationalen; die Unentwegten — so denkt er — werden rechtswärts abmarschieren. Herr Stresemann vergaß aber an die Sammlung des Nationalismus jenseits des Rheins, der nicht abmarschiert, sondern im Gegenteil neuen Vormarsch beginnt. Die Deutschnationalen hätten wir in all ihrer Glorie getrost ertragen können, wenn wir sie nur dort festgebannt hätten, wohin sie gehören: auf dreißig Jahre außerhalb jeder deutschen Regierung. Die Ententereaktion auf Stresemanns innenpolitischen Trick wird Deutschland schwerer ertragen können.

*

Die Erfüllungsregierung will das schwere Los, das sie Deutschland auferlegt, durch Almosen mildern. Mit täppischer Naivität versprach sie bereits Sicherung der Verfassung; sie verhiess auch soziale Wohlfahrt. Sie vergaß eins: daß nämlich das deutsche Volk kein Untertanenvolk mehr sein möchte, und daß es darum Sicherung der Verfassung nicht als Gnade und erträgliche Lebenshaltung, Achtstundentag und was dazu gehört, nicht als Almosen empfangen will. Das deutsche Volk hat sich alle diese politischen Realwerte erkämpft und hat es nicht nötig, sie sich von denen, die ihm Staat und Recht stehlen wollen, aus Angst und Schläue schenken zu lassen. Wir können uns wohl denken, daß die Herren Demokratenfresser und Brotpreisverteuerer beieinander von allerlei Kandierungen flüstern: Wie sag ichs meinem geliebten Pöbel? Aber wir verzichten, wir bitten, sich die Mühe sparen zu wollen: wir wollen weder Sicherung der Republik noch soziale Wohltat aus den Händen derer entgegennehmen, die für uns Todfeinde sind und für uns Todfeinde bleiben sollen, die wir hassen und doppelt hassen, wenn sie sich uns im patriarchalischen Maskenbart nähern.

Uebrigens gehört auch dieses Kapitel zu dem Katzenjammer, den Herr Stresemann seinen Deutschnationalen bereiten möchte. Sie sollen selber zuschauen, was es mit der Aufwertung, mit dem Abbau der Steuerpolitik und dem Aufbau einer gesegneten Lebenshaltung auf sich hat. Die große Offenbarung des Herrn v. Schlieben, daß das Leistungsvermögen der Wirtschaft die natürliche Grenze für jede Aufwertung bilde, eine Offenbarung, wie sie schlimmer auch Herr Hilferding nicht hätte geben können, wird auf die hergtgläubige Vertrottelung etlicher hunderttausend Spießbürger schon wie ein recht empfindsamer Wasserstrahl wirken. Sie dürften es sich anders gedacht haben und dürften schwankend werden. Darin also hat Herr Stresemann abermals recht behalten; aber die Beunruhigung der deutschen Entwicklung, und die Einschaltung des nationalverderblichen Fremdkörpers, der Monarchisten in die Republik, der Verwesung in das junge Staatsleben, wiegt eben doch schwerer als die Sicherung der Deutschen Volkspartei gegen das Vorkommen der Deutschnationalen. In heimlichen Nächten soll Stresemann, wie es heißt, vom Volkskaiser schwärmen. Die Kaiser-Geburtstags-Exzesse seiner neuen Regierungspresse dürften dem Herrn Außenminister vielleicht zu Gemüte geführt haben, daß die von ihm besorgte Aktivierung der Vergangenheit bei den Republikanern nur neue Entschlossenheit, bei Herrn Herriot nur neuen Anspruch hervorruft.

*

Man muß es gesehen haben, wie Herr v. Campe mit der Mißtrauenkarte winkte und die Kommunisten sich von ihm dirigieren ließen,

um den preußischen Ministerpräsidenten — immerhin einen Sozialdemokraten — zu Fall zu bringen. Man muß das Gelächter der beiden sogenannten Volksparteien gehört haben, das einsetzte, als Eberlein auf Brauns Platz den Trauerkranz legte. Die Deutsche Volkspartei, die Partei der feinen Leute, Arm in Arm mit Knüppelrowdies und Messerstechern: das ist wahrlich deutsche Wiedergeburt. Ob die Deutschnationalen und die deutschen Volksparteiler der Provinz wohl ganz genau wissen, daß die „Mehrheit“, die den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten stürzte, auf kommunistischen Krücken erschlichen worden ist? Müßten die Herren, die doch sonst immer vom Ethos in der Politik sprechen, ob ihrer infamen Heuchelei nicht allerlei Aengste bekommen? Aber vielleicht haben diese Herren innerlich viel mehr Verwandtschaft mit den Kommunisten, als uns möglich dünkt. Es will gewiß nicht viel bedeuten, wenn die kleine Belanglosigkeit des Herrn Buchhorn von einer bevorstehenden Staatskrise faselt; aber das Wort kehrt etwas häufig in den schwarz-weiß-roten Leitartikeln wieder und immer wieder. Kehrt so häufig wieder, daß man beinahe schon den Stahlhelm klirren hört, und die Zeitfreiwilligen zu ihrer eigentlichen Arbeit aufmarschieren sieht. Vielleicht hat Herr v. Campe sich schon eine Ritterrüstung bauen lassen. Hoffentlich hat er dabei nicht des Sitzfleischschurzes vergessen. Es dürfte sonst die Gerbung, die ihm und allen anderen Staatskrislern das preußische Volk verabreichen würde, allzu fühlbar werden.

Die Erfüllungs- und Almosenregiererei scheint sich auch als ein Vereklungsinstrument demonstrieren zu wollen. Es wird vergeblich sein. Die Sozialdemokraten werden sich den Staat, den sie sich schufen, nicht verekeln lassen; sie werden ihn sich aber auch nicht stehlen lassen. Sie werden ihn zu halten wissen, und wenn es notwendig sein sollte, werden sie ihn wiedergewinnen. Denn die Bürger dieses Staates sind die deutschen Arbeiter und nicht die schwarz-weiß-roten Diebsfahrer, die weder deutsch noch national sind, noch Staatsbürger der Republik sein können.

Juristenreform — nicht nur Justizreform *)

Von Prof. Dr. Sinzheimer

Was bei dem Magdeburger Urteil zunächst in die Augen fällt, ist seine Bedeutung für die politische Kultur unserer Zeit. Es genügt nicht, daß der politische Gegner durch Revolver und Gift beseitigt wird, es genügt auch nicht, daß man den politischen Gegner öffentlich beschimpft und verleumdet. Das Magdeburger Urteil zeigt, daß es auch noch ein anderes Mittel des politischen Kampfes gibt, um den politischen Gegner, wie man glaubt, politisch unschädlich zu machen. Es ist die „gerichtliche Feststellung“ einer „juristischen“ Schuld in politischen Handlungen, die der Gegner in irgend-

*) Aus dem soeben (im Verlag für Sozialwissenschaft) erscheinenden mehr als 200 Seiten starken Band „Der Prozeß des Reichspräsidenten“, bearbeitet von Karl Brammer. Diese Veröffentlichung enthält neben der politischen und juristischen Vorgeschichte des Prozesses eine aktentmäßige Darstellung der Verhandlung und die bisher unveröffentlichte, sehr umfangreiche schriftliche Urteilsbegründung. Angefügt sind zahlreiche juristische Gutachten, darunter die bisher gleichfalls unveröffentlichten von Friedrich v. Payer, Gustav Radbruch, Eugen Schiffer und Hugo Sinzheimer. Diese Prozeßdarstellung ist ein bleibendes Dokument für die Geschichte der Justiz im sechsten Jahr der deutschen Republik.

einer Zeit als politisch zweckmäßig angesehen hat. Man bedient sich der Justiz, von der man erwartet, daß sie durch „juristische“ Erwägungen solche Handlungen „juristisch“ verurteilt. Diese „juristische“ Verurteilung ist dann die Grundlage für einen mit allen Mitteln der Demagogie hemmungslos geführten Kampf, der nicht mit offenen politischen Argumenten gegen den politischen Gegner geführt wird, sondern mit den persönlich gehässigen Mitteln der menschlichen Verunglimpfung, für die man sich in einem formalen Urteil den scheinbaren Rechtfertigungsgrund zu erstreiten versucht hat. Es ist selbstverständlich, daß Ebert und seine politische Auffassung ein Gegenstand des politischen Kampfes ist und sein muß. Aber so selbstverständlich ein solcher politischer Kampf ist, so unmöglich und untragbar für die politische Kultur eines Volkes ist ein Kampf, der dem offenen politischen Austrag ausweicht, um dafür den Seitenweg der persönlichen Verunglimpfung zu gehen. Diejenigen, die einen solchen Kampf führen, nennen sich national. Daß sie aber durch die Art ihres Kampfes die innere nationale Würde, den anständigen Verkehr der Volksgenossen untereinander, mit Füßen treten, kommt ihnen entweder nicht zum Bewußtsein oder ist ihnen gleichgültig.

Wie es ihnen auch offenbar gänzlich gleichgültig ist, ob durch die Methode ihres Kampfes, die die Justiz als Mittel des politischen Kampfes zu gebrauchen beginnt, der Rechtsgedanke im Volke zerstört wird oder nicht. Denn diese unheilvolle Wirkung auf das Ansehen und die Schätzung der Rechtspflege im Volke ist durch das Magdeburger Urteil nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Diese Wirkung wird bleiben, auch wenn die kleinen Geister und großen Geldbesitzer, die den Ebert-Prozeß in Magdeburg angestiftet, geführt und finanziert haben, schon längst vergessen sind. Das Magdeburger Urteil beleuchtet blitzartig die Gefahr eines Verfalls des juristischen Geistes in Deutschland. Deswegen ist es nicht Ebert, der aus diesem Prozeß als Leidtragender hervorgehen wird. Es ist die deutsche Justiz im allgemeinen, die Rechenschaft darüber abzulegen hat, ob sie heute noch den Anforderungen genügt, die an eine Rechtspflege als einer unerschütterlichen und geistig unbestechlichen Macht, auf die ein jeder im Volke mit unbedingter Sicherheit vertrauen kann, gestellt werden müssen. Schon lange drängt es in den Tiefen unseres Denkens zu ernster Kritik des heutigen Rechtswesens. Schon vor dem Kriege blitzten die Gedanken durchgreifender Reform an Haupt und Gliedern der Justiz auf. Immer klarer wurde es, daß es sich nicht nur um eine gewöhnliche Reform handeln könne, die irgendwie eine Prozeßordnung ändert oder eine neue Gerichtsverfassung einführt, daß das Uebel viel tiefer sitzt, nämlich in den Menschen selbst, die richten. Das Magdeburger Urteil zeigt mit einer an die Gewissen rüttelnden Kraft, daß die Frage der Juristenreform — nicht nur der Justizreform — nicht weiter vertagt werden kann, wenn überhaupt noch die Sorge um Recht und Gerechtigkeit im Volke lebendig ist.

Die Berliner Kirchenwahlen

Von H. Francke, Pastor in Berlin

Am vergangenen Sonntag, den 25. Januar, fanden in den evangelischen Gemeinden Berlins (fast gleichzeitig übrigens auch in der Provinz) Kirchenwahlen statt. In der Hauptsache haben sie nicht etwa eine Bekundung des Volkswillens, sondern geradezu eine Irreführung der öffentlichen Meinung gebracht. Worum ging es denn? In fast sämtlichen Gemeinden, in denen überhaupt gewählt und nicht hinter verschlossenen Türen von den Eingeweihten eine sogenannte Einheitsliste vereinbart wurde, ging es um den Gegensatz von Positiv und Liberal. Hoffentlich zum letzten Male. Denn dieser Gegensatz ist der denkbar ungeeignetste, um die wirklich vorhandenen Gegenströmungen in unserem Volk offenbar zu machen. Drei Viertel derer, die sich positiv nennen, sind im Grunde ihres Herzens liberal, sie stehen mit ihren religiösen Ueberzeugungen durchaus auf liberalem Standpunkt. Sie denken nicht daran, die Lehre der „Bekenntnisse“ über solche Dinge, wie Hölle und Teufel, Prädestination und Gnadenwahl, dreieinigen Gott und dergleichen für wahr zu halten. Sie kennen die Bekenntnisse gar nicht. Sie haben keine Ahnung, was in ihnen steht. Aber sie glauben den orthodoxen Theologen, daß die Bekenntnisse den Geist der Unterwürfigkeit unter herkömmliche Gewalten atmen, daß sie die Weltzustände der Vergangenheit als gottgewollt sanktionieren, und daß sie die Aufgabe haben, jede konservative Tendenz zu stärken. Und sie glauben den orthodoxen Theologen auch — Gott sei's geklagt! —, wenn diese dasselbe von der Bibel, vom Neuen Testament und von der Lehre Christi behaupten. Das aber ist eine so ungeheuerliche Unwahrheit, daß man es nahezu den größten Betrug der Weltgeschichte nennen könnte. Das Neue Testament verwirft mit derselben Entschiedenheit, wie die Prophetenbücher des alten Bundes, die Fehlentwicklung der Menschheit, die dazu geführt hat, daß Reiche und Arme sich scharf geschieden gegenüberstehen, daß Ungerechtigkeit und Unterdrückung die Schwachen heim sucht, daß hoffärtige und stolze Naturen die Herrschaft über Staaten und Völker an sich gerissen haben, daß die enterbten Massen diesen „Häuptern“ huldigen, daß sie die Mächtigen in Devotion vergöttern, von ihnen das Heil erwarten und darin den Ratschluß der Gottheit verkennen. Der Ratschluß der Gottheit — das ist geradezu die Grundtendenz des Neuen Testaments — war, die Erlösung der Welt nicht einem „Vornehmen“ anzuvertrauen, nicht einem Hohenpriester, nicht einem der Könige oder Fürsten dieser Erde, sondern einem der Geringsten und Verachtetsten, die je über diese Erde gewandelt sind, dem Menschensohn. Deshalb fordert das Christentum Weltumwandlung, Weltenerneuerung. Und es steht mit dieser Forderung vor den Pforten unserer Zeit genau so, wie einst vor den Pforten der römischen Kaiserzeit. Denn dieser ähnelt die Gegenwart noch zum Erschrecken, in ihrer ganzen sozialen Struktur, in ihren Klassenunterschieden, Besitzverhältnissen und ihrer Machtverteilung. Dem allen gegenüber ist das Christentum eine Umsturzmacht, genau in demselben Sinne, wie die Sozialdemokratie. Es ist Karikatur und Hohn, wenn man die Lehre Jesu umprägen will zu einer Beschwichtigungslehre gegen berechtigten Zorn

über soziale Ungerechtigkeit. Es ist Unfug, wenn man ihr die Rolle überträgt, das Bestehende zu rechtfertigen.

Bei diesem Tatbestande ist es unbegreiflich, daß sich als Parteien im Kampf um die Kirche Positive und Liberale gegenüberreten, d. h. angeblich Dogmengläubige und angeblich freier Denkende, und nicht vielmehr konservativ Gesinnte und ehrlich vorwärts Drängende, die dem Geist Christi Bahn brechen wollen in einer selbstsüchtigen, von Machtvergötterung beherrschten Gesellschaft. Und es ist noch unbegreiflicher, daß in diesem Kampf nicht längst diejenigen Sozialdemokraten, die Führung übernommen haben, die als religiöse Menschen neben ihrem Sozialismus auch eine Weltanschauung*) haben, einen Glauben an eine weltumfassende Gottesmacht, die allein unserem Leben und Daseinskampf auf dieser Erde einen Sinn zu geben vermag. Diese christlich gerichteten Sozialdemokraten wären die Berufensten, um aus der Kirche das zu machen, was sie ihrem Sinn nach sein soll, eine Organisation zur Darstellung des Christentums. Aber sie resignieren; sie schrecken zurück vor der Berührung mit dem Kirchlichen. Und sie begründen das damit, daß sich die Kirche unabhängig vom Christentum, gleichsam abseits von ihm entwickelt habe als eine Institution, die ihrer eigenen Gesetzlichkeit folge. Die Kirche sei eine Rechtsinstitution, die ihre Statuten habe, z. B. Bekenntniszwang; und wer sich in diese Statuten nicht schicken könne, der möge vielleicht ein sehr guter Christ sein, aber in der Kirche habe er nichts zu suchen. Das ist falsch. Das ist ein fundamentaler Irrtum, der die Kirche nach Analogie irgendeiner Vereinsgründung beurteilt. Denn das ist die Kirche wahrhaftig nicht. Es gehört zu ihrem Wesen, daß sie nicht sich selbst dienen und Selbstzweck sein will, sondern sie hat dem Christentum zu dienen. Die grundlegende Bestimmung aller Reformationskirchen ist, daß sie nur auf dem Grunde des Evangeliums bestehen können. Die christliche Kirche besteht nach dieser Anschauung überhaupt nur da, wo das Evangelium getrieben wird. Wo das nicht der Fall ist, da mögen noch soviel Konsistoriäbräte, Synoden, Pfarrämter ihr Wesen haben, die Kirche ist bei denen, die die Gesinnung Christi haben und im Leben bewähren, und wenn es auch nur ein paar ganz vereinsamte, scheinbar angesehene, proletarische Sozialdemokraten sind, die mit unerschrockenem Mut den Krieg verwerfen, die Menschenverherrlichung des Monarchismus bekämpfen und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Fehde ansagen.

Wenn unsere Arbeitermassen das wüßten, würden sie die Interesselosigkeit abstreifen, die ihnen bei Kirchenwahlen den Stimmzettel gleichgültig erscheinen läßt. Sie würden sich an der Reform beteiligen, die unserer Kirche an Haupt und Gliedern nottut. Und sie würden nicht sagen: diese Reform ist hoffnungslos. — Denn bei aller berechtigten Kritik an den Schäden der Kirche sollte man eins nicht übersehen: sie hat jenen Hauptgrundsatz der Reformation nicht außer Kraft gesetzt, daß sie nicht um ihrer selbst willen existiert, sondern um des Christentums willen. Während des Krieges hat man ihr tatsächlich zugemutet, sie sollte sich vom Christentum lossagen oder es wenigstens so weit verwässern und reduzieren, daß es zur „Belebung des Patriotismus“ zu verwenden wäre. In der Praxis ihres Amtes haben das einzelne Pfarrer

*) Die Gleichsetzung von Sozialismus mit Weltanschauung ist unlogisch. Der Sozialismus hat es mit zeitgeschichtlichen Dingen, Weltanschauung mit kosmischen Dingen zu tun.

getan, die Gesamtkirche in der Theorie, im Prinzip hat sie es nicht getan. Soweit hat sich die Kirche nicht verirrt, daß sie das Evangelium offiziell verleugnet hätte. Und das war ihre Rettung.

Auch das sollten unsere Genossen nicht außer acht lassen, daß es die Kirche verstanden hat, in ihren Amtshandlungen und Gottesdiensten sinnvolle Kultformen zu gestalten, die trotz des Aergernisses, das sie dem Wahrhaftigen durch manchen Widerspruch zu modernem Welt-erkennen bieten, dem Gemütsbedürfnis des weitaus überwiegenden Teils unseres Volkes entsprechen.

Denn dieser größere Volksteil will eben nicht nur seinen Wahrheitsdrang, seinen Intellekt befriedigen, sondern er will auch Gefühlswerte haben. Und das wird man ihm mit aller Aufklärung nicht ausreden können.

Es ist gefährlich, die beherrschende Macht, die die Kirche damit über große Massen unserer Bevölkerung ausübt — übrigens heutzutage weit mehr wieder in der Stadt, als auf dem Lande! —, in den Händen der Reaktion zu einem Machtmittel werden zu lassen, mit dem sie ihre trüben Zwecke verwirklicht, statt daß daraus eine Segensmacht gestaltet wird, die zur Befreiung des Menschengeschlechts aus menschenunwürdigen Zuständen helfen könnte.

Branting

Von Alfons Fedor Cohn

Durch schwere Krankheit und Erschöpfung gezwungen, hat Branting sein Amt als Ministerpräsident niederlegen, seine Lebensarbeit vor der Zeit unterbrechen, vielleicht gar abbrechen müssen, eine Arbeit, deren letzte vierzig Jahre in unablässigem, gläubigem Streben und Mühen allein der Sache der sozialen Gerechtigkeit gewidmet waren. In einem Alter, das für ihn persönlich die moralische Rechtfertigung seines Werkes bedeutete, ihm das letzte Ziel jedoch erst in der Ferne aufdämmern ließ. Branting hat dreimal ein rein sozialdemokratisches Kabinett bilden können, nachdem er sich schon vorher (Oktober 1917) an dem liberal-sozialdemokratischen Kabinett Edén als Finanzminister beteiligt hatte: im Frühjahr 1920, im folgenden Jahre und schließlich im Oktober letzten Jahres nach den Wahlen zur Zweiten Kammer. Er ist damit — was man meistens vergißt, oder nie recht betont hat — der erste sozialistische Ministerpräsident der Erde gewesen, der auf parlamentarischem Wege diesen Posten errang. Denen bei uns, die den „westlerischen“ Parlamentarismus als dem deutschen Volkscharakter fremd bezeichnen und gleichzeitig von allen Völkern gerade dem schwedischen die allernächste Stammesverwandtschaft aufdrängen wollen, darf man entgegenhalten, daß dieser so verpönte Parlamentarismus in Schweden eine mindestens so hohe und wirkungsvolle Geltung besitzt, wie in den westlichen Mutterländern des Parlamentarismus, daß ein Politiker und Staatsmann wie Branting diesem System ebenso sehr sein eigenes öffentliches Werden und Wirken verdankt, wie er wiederum an dessen Ausbau und Festigung in seinem Lande erheblichen Anteil gehabt hat. Die politische Laufbahn Brantings und ihre Rückwirkung auf das

öffentliche Leben Schwedens darf geradezu als vorbildlich, als eine Schule des guten politischen Tons für seine Partei wie für seine Gegner hingestellt werden.

Branting ist, wie mancher andere Vorkämpfer des schwedischen Sozialismus, kein Proletarier. Seine väterliche Familie, die sich bis in die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts zurückverfolgen läßt, weist Soldaten und kleine Beamte auf. Sie stammte aus der südlichen Provinz Smaaland, deren Bewohner von je als ebenso bedürfnislos wie lebenskräftig galten. „Setzt einen Smaaländer auf einen Stein im Meere,“ sagt ein schwedisches Sprichwort, „er wird sich schon durchbeißen.“ Etwas von dieser unerschütterlichen Zähigkeit ist Brantings bestes Erbteil geblieben. Der Vater, Professor Gabriel Branting, war der Schüler Lings, des Schöpfers der schwedischen Heilgymnastik, und später Leiter des Gymnastischen Zentral-Instituts in Stockholm, daneben ein geschätzter Komponist. Auch der Mutter Emma af Georgii wurde eine mehr als gewöhnliche musikalische Begabung nachgerühmt; doch wird man weder den Hygieniker noch den Musiker in dem Sohne, anders als in einem sehr übertragenen Sinne, wiederfinden. Hjalmar Branting bezog mit acht Jahren (geboren war er am 23. November 1860) das Beskowsche Privatgymnasium seiner Vaterstadt, auf dem auch die Söhne Oskars II., darunter der jetzige König, ihre Ausbildung erhielten. War er auch äußerlich ein richtiger Draufgänger, so weckten doch, wie sein damaliger Mitschüler, der bekannte spätere Bildnismaler Richard Bergh, angibt, besondere Sympathie, sein „Mut, sein tiefes Rechtsgefühl und dazu eine hier und da sichtbar werdende, fast weibliche Zartheit, die sein sonst so ausgeprägtes männliches Wesen ergänzte“.

Man hat es einigermaßen schwer, sich nach dem Branting der letzten dreißig Jahre, der wie ein Universitätslehrer oder der wissenschaftliche Leiter eines großen technischen Werkes aussieht, mit seinen buschigen Augenbrauen, dem hängenden Schnauzbart, dem scheinbar ermüdeten Blick und der gebeugten Haltung, den frühreifen idealistischen Schüler vorzustellen. Ellen Key, die damals als Lehrerin am Institut des alten Branting ausgebildet wurde, gibt eine etwas überschwengliche Schilderung davon: „Jedesmal, wenn er vorbeischoß, wurde ich an die Gestalten junger Erzengel erinnert, durch die die Künstler der Renaissance die Jünglingsschönheit verherrlichten. Keiner dieser Künstler hätte ein besseres Vorbild zu einem Michael bekommen können, als diesen schlanken Burschen mit dem bleichen, von üppigem, roggelblondem Haar umrahmten Angesicht. Ein Angesicht, dessen reine, feste Züge streng gewirkt hätten, wenn nicht ein Paar träumerischer Augen unter dunklen Brauen und Wimpern den tiefen Ernst des jungen Gesichts gemildert hätten.“

Branting ist von Jugend auf von einem alles beherrschenden Ethos be-seelt gewesen, das bestimmend für seine politischen Sympathien und Tendenzen werden mußte; das äußere Bildnis, das sich aus den Erinnerungen Richard Berghs und Ellen Keys zusammenfügt, bestätigt das nur. In seinem Abiturientenaufsatz, den er mit sechzehn Jahren schrieb und der später in der „Pädagogischen Zeitschrift“ Aufnahme fand, beantwortete er die Frage: „Welche Bedeutung hat der lebhaftere Verkehr unserer Tage für das geistige und materielle Leben der Völker?“ bereits mit Hinweisen auf das zunehmende Gefühl der Solidarität und der Zu-

sammengehörigkeit der Völker, mit der Hoffnung auf ein Aufgehen der verschiedenen Nationalitäten in eine höhere Einheit. Seltsamerweise war dieser scheinbare Utopist in Wirklichkeit schon damals ein außerordentlich exakter Kopf. Seine erste Liebe war, wie R. Bergh wieder sagt, der Sternenhimmel, der ihn zum rationalistischen Denker machte. In den nächsten sieben Jahren nach Schulabschluß studierte Branting Astronomie in Upsala oder tat am Stockholmer Observatorium Dienst. Mit vierundzwanzig Jahren tritt er in die politische Publizistik ein, zunächst bei der Zeitung „Tiden“, die noch verschiedene heterogene Strömungen mit der jungen Arbeiterbewegung vereinigen will, seit 1886 aber bei dem kurz vorher gegründeten „Social-Demokraten“, den er als Chefredakteur erst nach mehr als dreißig Jahren, zum Finanzminister des Kabinetts Edén ernannt, verlassen sollte.

Branting ist vom philosophisch-literarischen Radikalismus hergekommen, Buckle, die Brüder Brandes, die junge Literatur Norwegens und Dänemarks der siebziger Jahre beeinflussten ihn. Als Redakteur von „Tiden“ nahm er nicht nur die Außenpolitik, sondern auch die Theaterkritik wahr; für das damals unerhörte Zeilenhonorar von 30 Oere bat er Strindberg um Mitarbeit, mit dem er bis an den Tod menschlich eng verbunden blieb, wenn er ihm auch in den Perioden der religiösen und sozialen Umkehr nicht zu folgen vermochte. Dogmatiker war Branting trotzdem nie, Marx lernte er verhältnismäßig spät, den Sozialismus überhaupt erst auf einer Auslandsreise kennen. Aber zur praktischen Betätigung gemäß seiner Ueberzeugung drängte ihn von jeher seine Natur. Als der Stockholmer Magistrat der neugegründeten Arbeiterbildungsschule, aus nebensächlicher Antipathie gegen den Gründer, den erforderlichen Zuschuß versagte, stiftete auf einer deshalb einberufenen Volksversammlung der eben mündig gewordene Hjalmar Branting als Grundstock den Betrag von 3000 Kronen. Ebenso übernahm er die Zeitung „Tiden“, die durch Leichtsinn und Sorglosigkeit anderer in Schwierigkeiten geraten war, auf eigene Mittel und hielt sie so über Wasser.

Die schwedische Sozialdemokratie war 1889 noch keine politische Partei, sondern nur ein Verein, späterhin eine Gewerkschaftsorganisation. Erst 1897 gelangten ihre Anhänger in die Volksvertretung, vorher war es ihnen nur möglich, durch Presse und Versammlungen zu wirken. Und dennoch fand auch hier der Sozialistenschreck seinen Ausdruck in einem kleinen Sozialistengesetz von 1887, einer Verschärfung des geltenden Preßgesetzes, die wegen angeblicher Vergehen gegen die Religion, wegen Erregung öffentlichen Aergernisses, wegen Verächtlichmachung des Reichstages, wegen Aufforderung zu Gewalttaten u. dgl. mehr, gegen die aufkommende Bewegung eingriff. Heute wirken diese obrigkeitlichen Verrenkungen zum großen Teil nur lächerlich, wie z. B. die gegen Branting gerichtete Anklage wegen Erregung öffentlichen Aergernisses, als der Chefredakteur des „Social-Demokraten“ August Palm bei der Rückkehr aus dem Gefängnis öffentlich begrüßt wurde. Zwei Polizisten wollten auf ihren Eid nehmen, daß Branting bei dieser Gelegenheit Hurra gerufen hätte, mußten sich aber auf mehrere Zivilzeugen hin dahin einschränken, daß sie gesehen hätten, wie „Brantings Schnurrbart sich bewegt habe“. In anderen Fällen setzte es doch mehrfach Gefängnisstrafen von mehreren Monaten.

Nicht nur dieses persönliche Eintreten für seine Ueberzeugung, sondern vielleicht noch mehr der unerschütterliche Glaube an die Zukunft seiner Partei verschaffte ihm bald die rückhaltlose Anhänglichkeit und Verehrung seiner Anhänger, wie sie in diesem Maße vielleicht nur Bebel und Jaurès besessen haben. Sie griff aber naturnotwendig auch in das Lager seiner Gegner über, wo sie als Hochachtung seiner Ueberzeugung und Tatkraft allmählich Geltung gewann. Seine politischen Gegner haben Selbstachtung genug besessen, um sich im Kampfe gegen ihn nicht der anderswo beliebten Mittel der kriminellen Verleumdung oder gar des bewaffneten Angriffs aus dem Hinterhalt zu bedienen; sie wußten, daß sie mit solchen Versuchen, eine erwiesene Begabung des eigenen Landes zu beseitigen, nur dieses Land selbst geschädigt und geschändet hätten. Als Beispiel dafür sei die Stimme eines Rechtsliberalen angeführt, eines Politikers, der nicht nur nicht mit der Sozialdemokratie in parlamentarischer Koalition oder nur Nachbarschaft steht, wie unsere Demokraten das getan haben, sondern der ausgesprochen antisozialistisch denkt — des Professors Torgny Segerstedt in „Göteborgs Handelstidning“. Er schreibt: „Branting hat vollständig uneigennützig einer großen Sache gedient. Das muß ihm viel Selbstüberwindung gekostet haben. Seine persönliche Anlage bestimmte ihn nicht für das Milieu, dem er sich assimiliert hat. Er hat jedoch niemals seinen Leitstern aufgegeben. In allen Wechselfällen des Lebens verblieb er treu. Das alte Wort kommt einem unwillkürlich in den Sinn, dem, der treu ist, soll schließlich die Krone des Lebens werden. Hjalmar Branting ist sie geworden. Seine Treue ist mit einer seltenen Liebe aus den Reihen belohnt worden, deren Dolmetscher er in unserem Lande war und noch ist. Er ist geliebt wie keiner von seinem Volke. Instinktmäßig hat der Gemeine im Gliede gefühlt, daß nicht aus selbstüchtiger Berechnung der alte Führer der Partei sein Leben ihrem Dienst geweiht hat. Er war von Anfang an dabei, als keine Vorteile zu erringen waren. Er ist grau geworden an der Spitze seiner Scharen. Es ist kein Wunder, daß sie ihn lieben. Diese Ergebenheit vor dem Mann, die vielen Hunderttausende hinter ihm, deren Streben er verdolmetscht hat, haben ihm seinen beherrschenden Platz in unserm politischen Leben während des letzten Menschenalters gegeben . . .“ Erst 1897 war Branting zum ersten Male als einziger Vertreter seiner Partei mit Hilfe der Liberalen in den Reichstag gelangt, und abermals erst nach fünf Jahren folgten ihm drei weitere Genossen, darunter der jetzt abgebaute Finanzminister Thorsson und der jetzige Verkehrsminister Viktor Larsson. Bei den letzten Wahlen hat die schwedische Partei von den 230 Sitzen der Zweiten Kammer 104 besetzt.

Branting ist in seiner Taktik von Anbeginn Politiker gewesen, hat nie Katastrophen der bürgerlichen Gesellschaft als Faktoren in seine Rechnung eingestellt, sondern sich der Evolution und den erreichbaren Machtmitteln anvertraut. Darum hat er das allgemeine und gleiche Wahlrecht, auch für Schweden erst eine Errungenschaft der letzten Jahre, für wichtiger gehalten, als alle Götterdämmerungen der Zukunft, deshalb zögerte er nicht, 1917 mit drei Kollegen in ein bürgerliches Kabinett der Monarchie einzutreten und hätte auch jetzt bei längerer Wirksamkeit, als ihm vergönnt war, ganz bestimmt keine Maßnahmen getroffen oder Gesetze vorgeschlagen, für die er nicht eine Unter-

stützung bei der bürgerlichen Nachbarpartei, der freisinnigen Volkspartei, gefunden hätte.

Die internationale Rolle, die Branting innerhalb der Partei und der großen Politik, hier besonders auch als Vertreter Schwedens im Völkerbundsrat, gespielt hat, ist allen Interessierten zur Genüge bekannt. Daher sei vielleicht noch ein Wort gestattet über die Art, wie er auf seine eigenen Landsleute zu wirken verstand. Die Zahl seiner Zeitungsartikel, die er in den dreißig Jahren in „Social-Demokraten“ geschrieben hat, muß sicherlich die von vielen Tausenden erreichen; denn manchmal war seine Signatur täglich im Blatte zu finden. Er hatte einen eigenen, zunächst altmodisch anmutenden Stil, lange verschlungene Perioden, deren Rhythmus man gleichwohl allmählich herausföhlte. Er war belehrend, aber nicht doktrinär, sachlich, aber nicht kalt, und seine scheinbare Breite entwuchs dem Bedürfnis nach Vollständigkeit und Allseitigkeit, das im letzten Motiv bei ihm auch ein ethisches Bedürfnis zu sein schien. Er wollte, wenn er auch Menschen bekämpfen mußte, den Dingen, die doch von der Menschheit getragen werden mußten, gerecht werden, und darum gab er einem Satz nochmals eine Abrundung, deshalb kehrte er noch einmal an den Ausgangspunkt zurück, um die Kette lückenlos zu schließen. Am Ende verstand man, wie lebendig und für ihn persönlich bezeichnend sein Stil war, und daß seine Artikel im Grunde doch gesprochene und nicht nur für das Papier bestimmte Worte waren.

Sein innerstes Wesen, und seine tiefste Wirkung begriff man aber erst, wenn man ihn in Volksversammlungen erleben konnte. Das war mir das erstmal vor elf Jahren vergönnt, als ich ihn in den Tagen des sogenannten Bauernzuges, einer glänzend arrangierten Veranstaltung der Rechtsparteien zum Zwecke der Rüstungsvermehrungen gegen die vermeintliche Russengefahr, in einem Zeltzirkus der Stockholmer Südstadt vor Arbeitern sprechen hörte, während gleichzeitig auf der „Schanze“ bei Feuerschein und Musik sich die militaristische Begeisterung romantisch-theatralisch berauschte. Das Publikum, vor dem Branting in dem schwelenden winterlichen Dunst des Zirkus sprach, konnte nach unseren Vorstellungen, nach Kleidung und Gehaben, nur auf die einfachsten Schlagworte und die gröbsten agitatorischen Mittel reagiert haben. Statt dessen ließ er sich von verschlungenen Deduktionen über Fragen des Verfassungsrechts fesseln, aktuell durch den Rücktritt des damaligen liberalen Kabinetts Staaff, das mit dem König in Differenzen geraten war, durch nuancierende und beinahe objektive Abgrenzungen, die zwar Recht forderten, aber ebenso weit von der Gewalt wie von der Phrase entfernt waren. Diese Zuhörer, die vielfach nicht über dem Existenzminimum stehen konnten, verrieten eine Schulung in bezug auf Ausdauer, Andacht und Verständnis, die man bei einer Volksversammlung damals wo anders vergeblich gesucht hätte. Und man hatte das sichere Gefühl, daß der Persönlichkeit Brantings vor allem diese Hebung der öffentlichen Meinung in langer zäher Arbeit gelungen war. Er war das, was man in der Sprache seines Landes noch heute „hövding“ nennt, was mit dem Worte „Hauptling“ zu primitiv, mit dem Worte „Oberhaupt“ zu farb- und konturlos gefaßt wird, der primus inter omnes, der ebenso freiwillig als selbstverständlich erkorene Volksführer.

Der entblätterte Fridericus

Von Otto Bellmann

(Schluß.) Der Deutsche — als Kulturträger

In Friedrichs „Abhandlung über die deutsche Literatur“ von 1780, die jedoch mindestens 30 Jahre früher verfaßt war und worin er Goethes „Götz“ u. a. als „abgeschmackte Plattheiten“ ablehnt, verhöhnt er auch die „pedantische Eitelkeit“ der deutschen Gelehrten, sich nicht der deutschen Sprache zu bedienen. Man muß gerade bei Friedrich über diesen Vorwurf einigermaßen erstaunt sein, bei ihm, der Französisch als alleinige Hofsprache duldete, der Leibnizens deutsche Berliner Akademie rücksichtslos französisiert hatte und von sich selbst eingestehen mußte, daß er deutsch nicht besser als ein „Fuhrknecht“ spreche — eine Aeußerung, die der Berliner Professor der deutschen Literaturgeschichte Erich Schmidt „launig“ fand. Trotzdem kokettierte er auf seine alten Tage gelegentlich mit einem Interesse für die deutsche Literatur, nannte sich einen Moses, der ihr gelobtes Land von ferne sehe, ohne es betreten zu dürfen. Oefter jedoch gab er seine Gleichgültigkeit, ja seine Verachtung gegen sie zu. Wenn er Mirabeau, der ihm kurz vor seinem Tode besuchte, und ihn wegen seiner Verständnislosigkeit für die deutsche Literatur ansprach, erwiderte: „Welch größeren Dienst hätte ich der deutschen Literatur erweisen können, als mich gar nicht um sie zu kümmern und ihre Bücher nicht zu lesen?“, oder wenn er die Anstellung Lessings als Bibliothekar mit den Worten ablehnte: „Ich kann auch ohne Deutsche auskommen!“ — so ergänzt das nur sein Bild auf andern Gebieten: dieselbe geistige Verknöcherung, dieselbe Flucht vor unangenehmer Verantwortung und der geradezu krankhafte Haß gegen das innerlich Nationale.

Goethe hat bekanntlich ein großes Unheil mit seiner Bemerkung in „Dichtung und Wahrheit“ angerichtet: „Der erste wahre und höhere eigentliche Lebensgehalt kam durch Friedrich den Großen und die Taten des Siebenjährigen Krieges in die deutsche Poesie.“ Mehring sieht ja auf diesem Goetheschen Wort die ganze demokratische Friedrichs-Legende beruhen, die er in seiner „Lessing-Legende“ abtut. Auch Ellis gibt eine immerhin plausible Auslegung jenes Goethe-Wortes: „Es will sagen, daß die friderizianischen Kriege zwar Dichterlingen vom Schlage der Gleim und Ramler und Karschin einen höheren Gegenstand lieferten als das Lustlager des Königs von Sachsen oder die Nachahmung Anakreons, daß diese Kriege an Bedeutendem nur die ‚Minna von Barnhelm‘ anregen konnten, die aber im Berlin Friedrichs II. zum geistigen Tode verdammt war; so daß ‚das Dichtergenie sich seine eigenen Verhältnisse selbst schuf und den Grund zu einer unabhängigen Würde legte.“ Das ist das entscheidende: ob Friedrichs Taten wirklich dies oder jenes Werk angeregt haben mögen, gewürdigt oder verstanden hat er nichts von Wert, gefördert hat er keinen einzigen deutschen Geist von eigener Prägung und Zukunftshoffnung. Die „Minna“ wurde denn auch auf Französisch auf dem Berliner Hoftheater gegeben.

Friedrich, der der stauenden Welt angekündigt hatte, er wolle Berlin „zum Tempel der großen Männer“ machen, ließ Lessing ziehen. Gottsched hatte sich aus seiner preußischen Heimat vor preußischen

Werbern nach Sachsen retten müssen. Der Ostpreuße Herder saß zusammen mit den Reichsstädtern Goethe und Wieland in Weimar. Der Märker Winckelmann nannte seinen König „den Schinder der Völker“; er rief aus: „Mein Vaterland ist Sachsen, ich erkenne kein anderes, und ist kein Tropfen preußischen Blutes in mir.“ Der sächsische Wahlpreuße Treitschke dagegen verbindet mit seiner knarrend männlichen Gesinnung zur Rettung des deutschfremden Preußenkönigs folgende Blumigkeit des Stils: „Ein echter Sohn des achtzehnten Jahrhunderts, dieser selbstgefälligsten aller Zeiten, wiegt sich Friedrich stolz und sicher auf den hochdahergehenden Wogen der neuen Bildung, die von Frankreich einströmt.“

In den Tagen der Selbstmorddrohungen und Friedenssüchte hatte Friedrich Voltaire wiederum um Hilfe angefleht und dieser ihm geantwortet: „... Eure Majestät drohen, daß Sie, wenn man Sie zum Aeußersten treibt, schließlich noch Unheil anrichten und ein Taugenichts werden: ja ist denn das eine Neuigkeit?! Was seid Ihr denn sonst, Ihr Herren der Erde? ...“ Aber schon dieser Scherz ist dem König zu despektierlich: „Lernen Sie doch endlich in Ihrem Alter, in welcher Art Sie mir zu schreiben haben! Merken Sie es sich, daß es für Schriftsteller und Schöngeister erlaubte Freiheiten und unerträgliche Unverschämtheiten gibt!“ Und wenn er selbst Voltaire gegenüber solch einen Ton anschlug und ihn in Frankfurt einfach wochenlang festsetzen ließ, so nimmt es kein Wunder, wenn er einen lumpigen deutschen Zeitungsschreiber wegen eines Angriffs in der „Kölnischen Zeitung“ durch gedungene Leute verprügeln ließ und den Leiter des Blattes sogar zwang, dem Chef der Exekution, einem preußischen Obersten, eine Quittung darüber auszustellen. Eine bezeichnende Strafe für Pressevergehen war die zwangsweise Enrollierung, gleich schmeichelhaft für Presse wie für Armee. Der „landfremde“ Sachse Lessing faßt denn auch seine Erfahrungen über die friderizianische Geistesfreiheit in ein sehr herbes Urteil an Nicolai zusammen (1769): „Sagen Sie mir von Ihrer Berlinischen Freiheit zu denken und zu schreiben, ja nichts; sie reduziert sich einzig und allein auf die Freiheit, gegen die Religion soviel Sottisen zu Markt zu bringen, als man will. Lassen Sie es doch aber einmal einen versuchen, über andere Dinge so frei zu schreiben, als Sonnenfels in Wien geschrieben hat; lassen Sie es ihn versuchen, dem vornehmen Hofpöbel die Wahrheit zu sagen; lassen Sie einen in Berlin auftreten, der für die Rechte der Untertanen und gegen die Aus-saugung und den Despotismus seine Stimme erheben wollte, wie es itzt sogar in Frankreich und Dänemark geschieht, und Sie werden bald die Erfahrung haben, welches Land bis auf den heutigen Tag das sklavischste Land von Europa ist.“

Friedrich hat sich gerühmt: „Die Sorge für die Erziehung ist eine wichtige Pflicht der Fürsten, die sich bei mir bis auf die Dörfer erstreckt. Das ist das Steckenpferd meines Alters ...“ Ueber das preußische Volksschulwesen bis zum Tode Friedrichs sagt der Münchener Historiker Heigel: „Bis zu dem Schulgesetz von 1787 lag das Schulwesen in ärmlichen Anfängen; es gab nur 195 Schulmeisterstellen, die Einkommen über 100 Taler abwarfen. 30 Lehrer hatten Einkommen von weniger als 80 Taler; nicht selten war der Hirte oder Nachtwächter im Besitz des Schulamtes; seit 1779 waren viele Invaliden

angestellt worden, darunter solche, die selbst nicht lesen und schreiben konnten.“ Von dem Etat der vier Landesuniversitäten war schon die Rede. Lamprecht gibt an: „Gefördert wurde an den Universitäten höchstens die Philosophie; im übrigen mußte Halle mit einem Etat von 18116 Talern, Königsberg gar mit einem solchen von 6100 Talern auskommen.“ Das Studium seiner „Untertanen“ auf fremden Universitäten suchte er auf jede Weise, sogar durch strenge Strafen, zu verhindern (ebenso wie er das Reiseverbot für Preußen, wenn auch nicht mehr wie in seiner eigenen Jugend mit dem Tode ahndete, so doch unter Strafe stellte und die Landstrafen verfallen ließ, um das Reisen zu erschweren und auf diese Weise „das Geld im Lande zu halten“!). Er fühlte sich angesichts dieses vortrefflichen Unterrichtswesens denn auch berechtigt zu erklären (Testament von 1768): „Diese Nation ist plump und faul und unwillig zu lernen“, oder später (1781) an d’Alembert resigniert zu schreiben: „Sie würden mich auslachen, wenn Sie wüßten; wieviel Mühe ich mir gegeben habe, um eine Ahnung von gutem Geschmack und von attischem Salz dieser Nation beizubringen, die bisher nichts verstand als zu essen, zu trinken, faire l’amour und sich zu schlagen; aber ich wollte mich eben nützlich machen.“

In Wirklichkeit war sein kultureller Erfahrungskreis außerordentlich gering. Friedrich ist niemals im Ausland gewesen, hatte nie eine Großstadt gesehen und war dem Bildungswesen und vor allem der Sprache seiner eigenen Heimat völlig fremd. Macaulay sagt denn auch sehr kennzeichnend: „Friedrich beherrschte keine einzige Sprache vollkommen . . . Selbst wenn er die dichterischen Gaben besessen hätte, die ihm in so hohem Maße fehlten, der Mangel einer Sprache würde ihn verhindert haben, ein großer Dichter zu sein und edle Werke der Einbildungskraft zu schaffen . . .“ Und weiter: „Es ist schwer zu sagen, ob das Tragische oder das Komische vorherrschte in den eigenartigen Auftritten, die sich damals abspielten . . . Der König ist umgeben von Feinden, er trägt Verzweiflung im Herzen und hält Gift in Bereitschaft, aber ihm entsprudeln hunderte und hunderte von Versen, Göttern und Menschen ungenießbar, der schale Bodensatz der Voltaireschen Quelle . . . Wir kennen kaum ein ähnlich überraschend groteskes Beispiel der Stärke und der Schwäche der menschlichen Natur als den Charakter dieses trotzens, wachsam, entschlossenen, scharfsinnigen Blaustrumpfs . . ., der sich mit einer Unze Gift in der einen Tasche und einem Bündel schlechter Verse in der andern, einer Welt von Feinden entgegenstemmt.“

So widerspruchsvoll in seinen Gaben und Interessen sah ihn bereits einer seiner ersten europäischen Biographen, dem noch Verehrung die Kenntnis des umfangreichen, damals verschlossenen Materials ersetzen mußte. Wieviel schärfer sehen wir jetzt den Philosophen von Sanssouci.

*

Wir beschließen hiermit die in Heft 41 begonnenen Auszüge aus den „Sieben Gesprächen über das Königsopter“. (Zweiter und dritter Teil des ersten Bandes der von *Werner Hegemann* im Sanssouci-Verlag des Deutschen Verlagsinstituts in Potsdam herausgegebenen „*Deutschen Schriften von Manfred Maria Ellis*“.)

Jean Giraudoux

(Der neue Pressechef im Auswärtigen Amt in Paris)

Von Otto Grautoff

Im allgemeinen wird die Neubesetzung des Leiters der Presseabteilung am Quai d'Orsay kein Grund sein, in Deutschland den neuen Mann zu charakterisieren. In diesem Falle lohnt es sich. Jean Giraudoux ist ein Schriftsteller von Rang und nimmt unter dem Nachwuchs des Gide-Kreises eine einflußreiche Stellung ein. Nicht nur das. Er ist als Freund von Jean Cocheau, Jacques de Lacretelle, Max Jacob, Raymond Radiguet aus der radikalen Jugend hervorgegangen. Man stelle sich vor, daß ein deutscher Außenminister sich aus dem Kreise von Herwarth Walden oder Fritz von Unruh einen Schriftsteller als Pressechef holte. Ein Schauern wird die Geheimräte bei diesem Gedanken überlaufen. Gott sei dank, das ist sechs Jahre nach dem Umsturz nicht mehr möglich. Das Beamtentum hat sich wieder konsolidiert und ist seitdem allen Außenseitern hermetisch verschlossen.

Giraudoux begann etwa fünf Jahre vor dem Kriege mit Prosawerken, in denen er mit zarter Melancholie und sanfter Ironie Kindheitserlebnisse von Knaben und Mädchen schilderte: *La nuit de Chateaudouroux* und *Simon le Pathétique*. Keine besondere Themenstellung; aber eine unpathetische, überlegene, betrachtsame Einstellung dem Leben gegenüber, die die Menschen wie Schachfiguren wertet und ihr oft unwahrscheinliches Verhalten mit mildem Lächeln begleitet. Giraudoux hat mit Anatole France die Kontemplative gemein; aber ihn beschwert die klassische Bildung nicht. Seine Augen waren von Anfang an auf die Gegenwart gerichtet. Mitten hinein in die Zeit riß ihn der Krieg. Das große Erlebnis packte ihn und warf ihn bald als Soldat, bald in irgendeiner Mission als Diplomat durch viele fremde Länder. 1919 machte er den Abzug der Deutschen und den Einzug der Franzosen in Zabern mit und berichtete darüber im „*Mercure de France*“. Der Aufsatz sticht ab von allen ähnlichen Arbeiten seiner Zeitgenossen, ist geschrieben wie von einem Wanderer, der von einem anderen Planeten kommt. Nichts von nationalen Gegensätzen, nichts von dem Zusammenbruch der einen und der Aufrichtung der anderen Herrschaft; überhaupt nichts, was der deutsche oder französische Historiker verwerten könnte. Sein Auge fing nur das Nebensächliche, Unscheinbare, Verborgene auf und wob daraus ein Spitzentüchlein, in dem die Wellen der Volksbewegung bald in dickeren, bald in loseren Fäden auf- und niederwogen. So sind auch in seinen drei Kriegsbüchern: „*Lectures pour une ombre*“, „*Adorable Clio*“ und „*Adieu à la guerre*“ einzelne Bilder und Empfindungen, Fleck auf Fleck, nebeneinandergereiht. Er hat den Krieg als Abenteurer mitgemacht und dankt ihm die endgültige Zeitverbundenheit: „O Krieg, verzeih' mir, dich, so oft ich konnte, liebkost zu haben,“ schreibt er einmal. Giraudoux hält nicht wie Anatole France das Leben für eine tragische Absurdität, sondern für eine absurde Komödie, greift alle Absurditäten auf, stürzt sich hinein, fängt, verwirrt sich in ihnen und, wenn er von vielen Kreuzfahrten einmal wieder zurückgekehrt ist, webt er einen Teppich des Lebens, in dem das Absurde die ornamentale Belebung darstellt. Seltsam überzeitlich sind seine aus Gegenwartsein-

drücken entstandenen Bücher dadurch geworden. Seine Dichtungen sind Reihensetzungen von Impressionen, verbunden durch ein Humanitätsgefühl, das das Menschlich-Allzumenschlich faßt und deutet. Aus dem Unterbewußtsein steigt das auf. Als geheimnisvoller Unterton gleitet es mit. Von einer offiziellen Mission durch Amerika brachte er ein Buch mit, das er „Amica America“ betitelte, und das in zart andeutender Form ein Fernbild der neuen Welt, gesehen von einem alten Europäer, entwirft: Die Phantasmagorie eines französischen Neuklassizisten. Irgend etwas Altes klingt aus der Tiefe seines Wesens auf. Erinnerungen an die nachsichtige Güte und das verhüllte Lächeln der Madame de Lafayette werden wach. Wiederum denkt man an Anatole France. Wenn irgend jemand sein Fortsetzer genannt werden kann, so Jean Giraudoux. „Der Tod ist so alt, daß man zu ihm lateinisch spricht.“ Diesen ironischen Satz könnte Anatole France geschrieben haben. Aber Giraudoux' Kunst ist phantasiereicher, abenteuerlicher, sublimierter. Auch seinen widersinnigen, obstrusen, sich unentwirrbar überschneidenden Phantasien wohnt ein Zauber inne, der fesselt, der Tiefenblicke eröffnet, wie Manetsche Bilder, die auch das Unendliche ahnen lassen. Das alles trifft zu auf den merkwürdigen Roman: „Siegfried et le Limousin“, in dem er von dem großen humanistischen und poetischen Deutschland erzählt, das heute selbst den meisten Deutschen verschlossen bleibe. „Ich aber habe noch nichts Gleichwertiges auf dieser Erde gefunden!“ Eine seltsame Apotheose des Deutschtums, die sich unter humoriger Gaukelei verbirgt. Das Buch konnte nur ein Franzose schreiben, aber einer, der E. T. A. Hoffmann gelesen hat. Es ist gleichzeitig der Dank eines französischen Germanisten, der einst in der Ecole normale supérieure in den Geist des deutschen Wesens eingeführt wurde, für das Erlebnis, das ihm Deutschland bedeutete, als er es bereiste. Durch „Siegfried et le Limousin“, das in Frankreich einen starken Erfolg hatte, sind viele Franzosen von neuem auf den deutschen Geist hingelenkt worden. Sein Verfasser hat jetzt im Alter von einigen vierzig Jahren in der jungfranzösischen Literatur eine so bedeutende Stellung, daß man eine Reihe der Jüngsten als seine Schüler bezeichnet.

Lustspiele

Von Arthur Eloesser

Der Deutsche, der wenig beachtliche Lustspiele geschaffen, der Weltliteratur kaum eins geschenkt hat, pflegt sich damit zu trösten, daß er von der Sache selbst das tiefste und schönste Ideal im Busen trägt. Unsere Dichter, unsere Kritiker, unsere Aestheten schwärmen in Ergüssen, die sich von leichten Artikeln bis zu gelehrten Büchern verdicken, von dem Mimus, weniger wissenschaftlich gesagt, von dem alten Clown, der in allen komischen Hervorbringungen steckt. Der im Altertum ein Satyr war, der auf dem Rücken einen Schlauch Wein und vorn auf unbekümmert antike Weise einen Phallus trug. Europa hat seit der Renaissance nur zwei Arten großer Komödien, die Molièresche, die die Entwicklung des lateinischen Dramas abschließt, und die Shakespearesche, die für uns frisch und unversehrt geliebt ist, weil sie den Menschen nicht aus der Natur herausnimmt. Shakespeares Komödien sind

Märchen, sind ebenso schön, ebenso kindhaft und unsinnig, und unsere Romantik hat mit ihnen ebenso literarisch wie vergebens gewetteifert, als die Tieck und Brentano aus altem Märchengold ihre Filigranarbeiten drehten. Der Sommernachtstraum ist aus Mondschein, aus Waldesrauschen und Quellenflüstern gemacht, Was ihr wollt aus blauem Himmel, aus wärmerer südlicher Luft, ein Wunder am hellen Tage, unter der Mittagssonne. Dieses Ideal hat uns immer wieder gelockt, während Molières lateinische Komik für uns etwas vertrocknete in der Stubenluft, in logischer Grammatik, in etwas zu viel Zivilisation.

Wir haben in Deutschland zwei Komödien von Saft und Kraft, den „Zerbrochenen Krug“ und den „Biberpelz“, wir haben sie dadurch gewonnen, daß das Schauspiel überhaupt zu sozial niedrigeren Typen herunter ging, die der Natur näher stehen und die noch etwas Erde an den Stiefeln haben. Wenn durchaus nach dem alten Mimus geforscht werden soll, er steckt in dem geilen Dorfrichter Adam, der eine Jungfernschaft stehlen will und so schön lügen kann, er steckt in der Mutter Wolff'n, die einen Biberpelz stiehlt und auch so schön lügen kann. Wenn man hier etwa mit Wedekind und dem Marquis von Keith fortsetzen wollte, so möchte ich bemerken, daß solche Figuren mehr Literatur als Humor im Leibe haben, wenn man ihnen einen Leib überhaupt zusprechen kann. Wedekind ist nie Volk gewesen. Unsere Lustspieldichter, die, wie alle ihres Schlages, sehr ernsthafte Leute sind, haben in den letzten Jahrzehnten bittere Anstrengungen gemacht, um uns mit Komik zu versorgen. Am energischsten hat Carl Sternheim gearbeitet und der Satiriker des „Bürger Schippel“, wenn er sich auch allein für den deutschen Molière hält, soll nicht unterschätzt werden, oder war wenigstens zu schätzen, solange er eine fröhliche Angriffs-laune hatte. Sternheims Komödien haben sich immer mehr des Unrechts schuldig gemacht, daß sie nicht lustig sind, und dieser Defektiv-Effekt kommt wahrscheinlich daher, daß ihm die Phantasie des Herzens oder eine Art Brüderlichkeit mangelt, wenn er sich auch zugleich für einen neuen Rousseau hält. Zu dem komischen Ingenium — seht nur auf den Iren Shaw — gehört eine Harmlosigkeit, eine Begeisterung für den Unsinn an sich, eine Jungenhaftigkeit, die sich mit viel Weisheit verträgt. Gehört ein Kind, während sich an der Literatur der Sternheim, der Kornfeld, der Rehfisch, der Angermayer die kahle Platte sehr bald bemerkbar machte.

Unsere Lustspieldichter beklagen sich seit Jahrzehnten, daß sie nicht fröhlich sein können, wenn man sie hungern läßt, wenn die deutschen Bühnen sich nur von den Franzosen bedienen lassen. Unsere Lustspieldichter haben zweimal Gelegenheit gehabt, die deutschen Bühnenleiter, die Kritik und das Publikum ins Unrecht zu setzen, das eine Mal während des Krieges und das andere Mal während der Ruhrbesetzung, als die französischen Autoren ausgeschossen waren. Während dieser Schonzeit haben die deutschen Lustspieldichter versucht, mit den überschätzten Welschen an Erfindung, an Witz und besonders an Unanständigkeit zu wetteifern. Ich bin nicht prude und möchte gleich bemerken, daß die Unanständigkeit da anfängt, wo der Witz aufhört. Der Witz lichtet eine erotische Atmosphäre, wo sie trübe zu werden droht, und das Lachen ist eine geistige Funktion, mindestens so geistig, daß es den Anschlag nur sensorischer Nerven neutralisiert. Das richtige

Lachen erkennt man überdies daran, daß es aus freiem Halse geschieht, während erotische Verdampfung die Kehle zuschnürt. Das Schlimmste, was uns, was uns gerade von deutschen Autoren zugemutet wurde, haben wir nun allerdings hinter uns. Das Publikum hat sich schließlich, auch ohne Zensur, wider die literarische Halbnacktkultur erklärt. Aber wir haben anderes noch nicht hinter uns, nämlich die Zumutung von Voraussetzungen, die komisch sein sollen und statt dessen klobig sind. Die Einfädelung eines Lustspiels der letzten Zeit kam dadurch zustande, daß ein braver Beamter ein Bordellchen erben soll. Wir sind nicht sittlicher als andere Völker, aber derartige Häuser gehören bei uns nicht zum nationalen Besitzstand, sie sind für unser Leben nicht charakteristisch, auch wo sie existieren sollten, und zu den Voraussetzungen der Komödie gehört nun einmal eine gewisse Geläufigkeit der Motive, eine Art Harmlosigkeit, die sie sich durch die Selbstverständlichkeit ihrer Existenz erworben haben. Diesen Winter sahen wir ein Lustspiel mit vier Liebhabern einer Frau, die schon vor dem ersten Akt gestorben ist, zugrunde gegangen an einer Abtreibung, die sie sich als Proletarierin nicht aseptisch genug leisten konnte. Wie man mit diesen Voraussetzungen vergnügt sein konnte, habe ich nicht recht begriffen. Alle Komödien, die sich je behauptet haben, sind menschlich gewesen, sie mögen es an Tollheit und Frechheit so weit treiben, wie ihre Laune reicht, aber irgendeine Unschuld haben sie sich immer bewahrt. Die richtige Komik ist immer noch eine Art und nicht die schlechteste von Humanität.

Die Komik ist aber auch unter einer gewissen Höhe national gebunden. In Reinhardts Komödie sahen wir „Dardamelle der Betrogenen“ sanft durchfallen, obgleich das Stück einen Franzosen zum Verfasser und einen richtigen Einfall zum Anlauf hat. Noch bevor der Vorhang aufgeht, hört man die pikante Francine zehnmal „Hahnrei“ schreien. Dardamelle läßt sich das nicht das elfte Mal sagen, er verkündet seine neue Würde jedem Besucher, ruft sie zum Fenster hinaus, und die ganze Stadt feiert ihn, bis alle Männer, die in seiner Lage, und alle Frauen, die in der von Francine sind, ihn bitten, die Weltordnung, das Familienleben, die erschütterte Staatsordnung wiederherzustellen. So kommt die Frau zu ihrer Begnadigung, nach diesem merkwürdigen Beispiel männlicher Rache, um ungefähr mit Schiller zu sprechen. Ich will nicht darauf zurückkommen, daß dieser Einfall sich totläuft, weil er keinen zweiten und keinen dritten erzeugt. Denn was geht uns der Verfasser Herr Mazand an? Es ist aber ein großer Unterschied, ob man auf Französisch Cocu oder auf Deutsch Hahnrei ruft. Der Unterschied besteht hauptsächlich darin, daß dieser Titel im Deutschen überhaupt nicht mehr verliehen wird, daß auf dem Orden der Hahnrei oder Gehörnten bei uns überhaupt nicht ein Schimmer von der der Romanen geläufigen Komik ruht. So wirken im Stück auch alle Bewegungen albern, die die Hörner andeuten sollen. Alles das ist für uns nur übersetzt und ethnologisch fremd. Darüber hat uns auch eine ungemein starke Leistung von Max Pallenberg nicht hinweggebracht. Etwas blieb draußen, etwas, was in seine, in unsere Sprache trotz einer ausgezeichneten Uebersetzung nicht hineinging.

Unsere deutschen Dramatiker haben vor kurzem einen Boykott gegen diejenigen ausgesprochen, die das Geschäft des Stückeschrei-

bens mit dem des Kritikerschreibens fahrlässig durcheinander bringen. Unsere deutschen Dramatiker sollten endlich auch einmal dagegen protestieren, daß die Schauspieler sich selbst Stücke schreiben, statt ihre Rollen aus den Händen der zünftigen Meister zu empfangen. Das mit dem Kurt Götz wird nun fast zu einem Unfug. Nachdem er in den Kammerspielen hundertmal seine „Tote Tante“ gegeben hat, steht er im Verdacht, sich als Schauspieler und Regisseur mit dem „Lampenschirm“ wieder ein Jubiläumsstück gewidmet zu haben. Als Paul Lindau sich einmal mit einem Epigramm in ein Album eintragen sollte, schrieb er: Es ist merkwürdig, wie oft man keinen Einfall hat. Götzens Idee war, ein Stück ohne Idee und ohne Handlung zu schreiben. Oder vielmehr das Stück schreibt sich erst, während es gespielt wird. Ich will dem Schauspieler-Dichter nicht nachsagen, wie er die Figuren um ihn in die Handlung der Nichthandlung hineinbringt, ihm auch nicht nachrechnen, wie er am Schluß zu zwanzigtausend Mark und anderen Resultaten kommt. Die leichte Arbeit verträgt das nicht. Aber ich habe gelacht über einen Theaterintendanten, dem Kurt die Perücke abreißt, die Theaterperücke eines perfiden Kollegen, und über einen Briefträger, der Prügel bekommt, und an dem sich die Haare wie die Geldtasche schließlich echt erweisen. Alles in allem, es war nicht viel, aber das Wenige war lustig, worauf es für ein Lustspiel besonders ankommt. Man hat das nur vergessen. Unsere dramatischen Dichter aber sollen dem Kurt Götz verzeihen, weil er immerhin bewiesen hat, daß ein deutscher Autor mit einem kleinen Einsatz das Spiel gewinnen kann, das ein französischer mit einem großen Einsatz verliert. *Faites vos jeux, messieurs.*

Die Rebellion des Spießers

Von Paul Westheim

Wie im Politischen, Wirtschaftlichen und Sozialen in Deutschland sich eine Rückorientierung vollzieht, so auch im Geistigen und Künstlerischen. Eine Entwicklung, die nicht seit heute und gestern einsetzt. Von langer Hand hat man die *Suggestion* zu verbreiten gesucht und mit einem gewissen Erfolg auch verbreitet, es sei aus mit der neuen Kunst, es sei alles nur Spuk oder Schwindel gewesen. Das, woran man sich halten könne, sei das bewährte Alte, der „solide, alte Stil von vor dreißig Jahren . . .“ Nach der Aufführung von Brechts „Dickicht“ oder Bronnens „Katalaunischer Schlacht“ sagt man nicht, die beiden Stücke taugen nichts, sagt auch nicht, es ist nichts mit diesen beiden Dichtern, sondern man sagt: die ganze junge Generation ist impotent, spricht sogar von — Schwindelgeneration.

Der Bürger will, wie damals nach 48, wieder seine Ruh' haben. Es war zu viel des Neuen, des Aufregenden. Nach all den Ungemütlichkeiten will man was fürs Herz. Die Leute, die sich wieder auf dem Sofa bequem gemacht haben, haben auch wieder die Sehnsucht nach dem Sofabild . . . Ein agiler Kunsthändler wie *Flechtheim*, der sich auf sein Publikum versteht, der in Düsseldorf sich einmal als Vorkämpfer versucht hat, versorgt jetzt die Leute mit gefälligen Sachen: netten Bildchen von Rudolf Levy, spielerisch graziösen Bibelots der Sin-

tenis, eindeutigen Naturalismen von Fiori. Natron für den verdorbenen Kunstnagen.

Symptom, auch dafür, wie Künstlerisches mit Politischem vermennt wird, ist der Abbau des Weimarer Bauhauses. Es ist im einzelnen schon berichtet worden, wie und warum die Meister des Bauhauses sich gezwungen sahen, der nach den vorjährigen Landtagswahlen rechts eingestellten thüringischen Regierung aufzusagen. Das Bauhaus, im ersten Revolutionsjahr, man möchte sagen: im ersten Revolutionsfieber begründet, hat gewiß künstlerisch nicht das gehalten oder noch nicht das verwirklicht, was wir, die wir gegenüber der Verbildung in Akademien und Kunstgewerbeschulen einen neuen Geist auch in die Kunsterziehung zu bringen hofften, erwünscht und erwartet hatten. Man kann sogar sagen, daß mancherlei an Verstiegenheit, mancherlei auch an Ungeist, die sich hier in Weimar auswirkten, eine sehr schwere Belastung der neuen Kunstbewegung gewesen sind. Aber, was in Weimar zum Abbau des Bauhauses führte, waren nicht künstlerische Gründe, war nicht das Bestreben, aus dem Bauhaus, wirklich und entschieden, eine Musterschule künstlerischer und handwerklicher Erziehung zu schaffen, sondern die Rebellion des Spießers, der es nicht länger ertragen konnte, in seinem Weimar eine Kunstschule zu haben, die die jungen Leute nicht abrichtete auf den Bedarf für die gute Stube: das gefällige Blumenstück oder den obligaten Sonnenuntergang. Damit in dem Land Thüringen auch diese Seite des Kunstschaffens nicht zu kurz komme, hat man vor zwei oder drei Jahren schon in dem gleichen van de Velde-Bau, in dem das Bauhaus untergebracht ist, mit ein paar Malern und Bildhauern, die man in Weimar zur Hand hatte, die alte frühere Akademie wieder installiert. Ein kuriose Bild. Der gleiche Staat läßt in dem gleichen Haus auf der einen Seite zu Modernität und auf der anderen zu antiquarischer Unkunst erziehen. Wohl in der geheimen Hoffnung, daß eines Tages dieses seichteren Publikumsinstinkten schmeichelnde Akademikertum das ganze Bauhaus verdrängen würde. Da man auf dem Umweg nicht zum Ziel kam, hat man mit verwaltungstechnischen Kniffen den Bauhäuslern die Weiterarbeit unmöglich gemacht. Beseitigt ist damit die „Errungenschaft der Revolution“, die das Bauhaus war, die die Rechtsparteien, die zurzeit im thüringischen Landtag den Ausschlag geben, nicht dulden wollen, weil es für sie parteipolitisch Errungenschaften der Revolution nicht geben darf.

In gleicher Linie liegt der Kampf, den seit drei Jahren schon die Berliner Akademie gegen die andere Errungenschaft der Revolution: das Kronprinzenpalais, mit größter Zähigkeit führt. Als „neue Abteilung der Nationalgalerie“ hat Justi im Jahre 1919 in dem ehemaligen Kronprinzenpalais eine neue Galerie organisiert, die ausschließlich die Kunst der Lebenden zeigen sollte. Ein ausgezeichnete Gedanke, durch den Berlin ein Museum erhalten hat, das schon einzigartig genannt werden darf. Während fast allenthalben in den staatlichen und städtischen Galerien die Kunst der Zeit, die junge Kunst der Gegenwart, nur so nebenbei und fast widerwillig mitberücksichtigt wird, ist hier ein Museum entstanden, das durch seine Ankäufe und eine sehr rege Ausstellungstätigkeit ganz auf das Schaffen der Gegenwart eingestellt ist. Ein Gedanke übrigens, der vom großen Publikum aufs freudigste aufgenommen worden ist; die ganzen Jahre über war und ist das Kronprinzen-

palais das Museum in Berlin, das die größte Besucherzahl aufzuweisen hat. Obgleich Justi ein mehr als konzilianter Kunstpolitiker ist, obgleich er, was kaum im Interesse der Sache gelegen sein dürfte, den größten Teil des Hauses den älteren Richtungen eingeräumt hat, hat er damit den Widerwillen aller derer erregt, die Künstler wie Marc, Kokoschka, Nolde, Kirchner, Heckel, Feininger, Lehbruck usw. nicht durch eine staatliche Galerie präsentiert sehen möchten. Die Akademie, die bei der Revolution aufzulösen vergessen worden ist, die unter der sehr zielbewußten Leitung Liebermanns es verstanden hat, weit über ihre Berechtigungen hinaus ihre Machtpläne auszudehnen, hat seit drei Jahren, eben von dem Augenblick an, als die allgemeine Rückwärtsorientierung einzusetzen begann, den Versuch gemacht, entscheidenden Einfluß auf das Kronprinzenpalais zu erlangen, der die gefährliche Tendenz: die Anerkennung der jungen und jüngsten Kunst durch ein staatliches Museum beseitigen sollte. In einem langwierigen Aktenkrieg, der schließlich ausgeartet ist zu einer heftigen persönlichen Preßfehde zwischen Liebermann und Justi, hat die Akademie das Verlangen gestellt, in einer neu zu bildenden Ankaufskommission mindestens die Hälfte der Stimmen zu haben. Und diese Kommission, mit der man Justi lahmlegen wollte, sollte auch über die Ausstellungen der Galerie, die auszustellenden Leihgaben, sogar über die Hängung der Bilder entscheiden. Justi, der ein überaus geschickter Kunstpolitiker ist, hat es bisher verstanden, diese Aspirationen abzuwehren und hat dabei — bis jetzt wenigstens — die Unterstützung des Ministeriums gefunden, das die Berliner Nationalgalerie doch nicht einer neuen Aera Anton v. Werner aussetzen möchte. Hoffen wir, daß es dabei bleibt. Jedenfalls wären diese Vorstöße nicht möglich, wenn die Akademie nicht rechnen könnte mit der Lauheit eines Kunstpublikums, das von den vielen alten Nachkämpfern sich aufs neue einreden läßt, von Belang sei doch nur das Gestrige und Vor-gestrige . . .

Kein Zufall, daß im gleichen Stil die junge Architektur, die sich noch gar nicht auswirken konnte, die noch kaum wirkliche Baumöglichkeiten hatte, lahmgelegt wird. Die Stadt Berlin hat zwar ihren Stadtbaumeister Ludwig Hoffmann abgebaut, aber nur, um ihn ehrenamtlich als Stadtkunstwart weiter amtieren zu lassen. Und es scheint fast, als ob er auf diese Weise noch viel mehr Möglichkeiten hätte, die jungen Architekten auszuschalten. Man hat einen Sachverständigenausschuß, der das Stadtbild vor Verunstaltung bewahren soll, und alles, was nicht juste Milieuarchitektur im Sinne und Stil Hoffmanns ist, ist eben Verunstaltung. Die großen Bauaufgaben, soweit sie überhaupt da sind, werden durch Wettbewerbe erledigt, deren Juroren — es sind immer wieder dieselben — so aufeinander eingespielt sind, daß Preise und Aufträge nur an die kommen, die den alten Herren ungefährlich erscheinen. Die jungen Architekten haben vor einiger Zeit gegen dieses System protestiert und die Öffentlichkeit angerufen. Mit dem Ergebnis, daß diejenigen, die ihnen in den Rücken gefallen sind, begünstigt werden und die Bauten zugeschanzt bekommen. Und dann sagt man dem Publikum: Die jungen Architekten . . . Sie können ja gar nicht bauen. Was haben sie denn schon fertiggebracht?!

Von einem weiteren Aspekt aus gesehen, ist es vielleicht gut, daß es jetzt zu einer klaren Scheidung der Geister kommt. Daß wieder zu

kämpfen ist um die lebendige Weiterentwicklung. Die Nachahmer und Mitläufer, die für die gesamte Bewegung ein fast zu schwerer Ballast waren, werden wie in früheren Zeiten ihren Vorteil wieder darin erblicken, im Brackwasser des Akademischen zu paddeln. Und es werden nur die bleiben, die nun einmal aus ihrer Zeit und aus ihrer Haut nicht herauskönnen. Die Wenigen, auf die es allein ankommt, und die sich allen Widerständen zum Trotz so durchsetzen werden, wie sie sich immer durchgesetzt haben. Künstlerische Reaktion ist ja kein Novum; in der Turbulenz des hinter uns liegenden Jahrzehnts ist das ein wenig nur in Vergessenheit geraten.

RANDBEMERKUNGEN

Kleine Wahrheiten

Die tausend Lügen des „Lokalanzeiger“.

Man darf nicht nachlassen. Man muß immer wieder feststellen, mit welcher Schamlosigkeit die schwarz-weiß-roten Zeitungen lügen. Zwar wird solch Kampf erst dann Erfolg haben, wenn es gelingt, an die betörten Leser dieser nationalistischen Lügenpresse heranzukommen. Aber hierzu werden sich mit der Zeit schon Mittel und Wege finden lassen. Man wird die Leser des „Lokalanzeiger“ und seiner Ehrenkollegen schon aufzufinden wissen, um ihnen etwa eine Denkschrift zu übermitteln: Die tausend Lügen des „Lokalanzeiger“! Zu solcher Förderung der Wahrheit darf es der Demokratie und der Republik nicht an Mitteln fehlen. „Die tausend Lügen des „Lokalanzeiger““ in die Hände jedes Deutschen, der heute noch so dumm und so charakterlos ist, die schmutzigen schwarz-weiß-roten Papiere in die Hand zu nehmen. Und dann die Provinz! Die Kreisblätter, die Amtsblätter, die der Republik zu dienen haben und Hochverrat in Permanenz treiben —, auch sie wird man austrüchern müssen und austrüchern können. Die Leser dieser provinziellen Lügenpresse sind sicherlich nicht so dumm, daß sie nicht schwarz von weiß unterscheiden können, wenn man es ihnen nur einmal schwarz auf weiß vor Augen führt, wie sie systematisch belogen werden.

Ein besonderes Exemplar fetter Lüge hat sich die Nachtausgabe des „Tag“ (Lokalanzeiger) vom 26. Januar geleistet. „Das Zentrum gibt Herrn Bartels preis.“ Darüber — rot unterstrichen, ganz fett: „Vor dem Rücktritt des Landtagspräsidenten.“ Im Text: „Bezeichnend ist, daß nicht nur bei den Parteien der Rechten, sondern auch bei dem Zentrum der jetzige sozialistische Landtagspräsident Bartels preisgegeben wird, und daß auch in der Zentrumspresse die Wahl eines deutschen nationalen Landtagspräsidenten, des Abgeordneten v. Kries, gefordert wird.“ Möchte uns der „Lokalanzeiger“ alias Nachtausgabe des „Tag“ nicht einmal mitteilen, wo die Zentrumspresse, wohlverstanden die Zentrumspresse und nicht etwa irgendein kleines, dieser Presse angehöriges Blatt, das gefordert hat, was behauptet wird: die Wahl des Herrn v. Kries zum Landtagspräsidenten. Die „Zentrumspresse“ — darunter versteht jeder Vernünftige Blätter wie die „Germania“ oder die „Kölnische Volkszeitung“. Wann und wo haben diese derartiges gefordert? Wenn die Nachtausgabe wirklich ein Zentrumsblatt für ihre Mitteilung zu zitieren hat (was erst nachgewiesen werden müßte), so hätte der „Lokalanzeiger“ dennoch gelogen, gelogen nach der Methode, die er meisterhaft handhabt: ein Viertel Wahrheit für seine Zwecke so zu mißbrauchen, daß dreifache schwarz-weiß-rote Lüge daraus wird.

Breuer

Fürsten an der Futterkrippe

Von der Futterkrippe redet und schreibt man in Deutschland erst, seitdem sie mit dem alten System verschwunden ist. Die vergangenen herrlichen Zeiten müssen natürlich wehmütige Erinnerungen hervorrufen, und schon aus den bedröhten Klagen ihrer einstigen Inhaber dürfte ein unbefangenes Urteilender den Schluß ziehen, daß die Futterkrippe, die sie reichlich nährte, wirklich etwas sehr Begehrtes war. Noch mehr aber geht das Erstrebenswerte der einstigen Futterkrippe aus einigen geschichtlichen Beispielen hervor.

So berichtet Graf Waldersee in seinen Erinnerungen:

„Man sagt, Bismarck sei auffallend vergnügt gewesen. Gestern ist ihm nämlich bekannt geworden, daß er auf eine sehr anständige Dotation rechnen könne. Die Dotation des Kanzlers wird gesondert vor den Reichstag gebracht und geht ohne Zweifel durch.“

Das hatte Waldersee am 20. Mai 1871 in sein Tagebuch geschrieben, nur 10 Tage nach dem offiziellen Friedensschluß in Frankfurt a. M. Während also ein Teil des Volkes an den Wunden des Krieges schwer zu tragen hatte und der andere sich mit nationalen Phrasen abspäßen ließ, wurde bereits um die klingende Münze gestritten.

Außer Bismarck erhielten noch Moltke und Roon, ja sogar Wilhelm I. Dotationen aus der französischen Kriegsentschädigung. Moltke hatte bereits 1866 als Dotation 200 000 Taler erhalten, wovon er sich die Herrschaft Creisau bei Schweidnitz kaufte; 1871 erhielt er 300 000 Taler. Außer den Genannten bekamen noch 28 Generale und der Präsident des Reichskanzleramtes, Delbrück, zusammen 12 Millionen Goldmark.

„Der Kampf bei der Verteilung der Dotationen war äußerst schwierig“, so Bismarck nach Lucius von Ballhausen, Erinnerungen, Seite 16. „Seine Majestät wollte jedem 20 000 Taler geben, und ich habe es mit Mühe durchgesetzt, daß es

nicht unter 100 000 wurden!“

Wilhelm I. hatte nämlich für die Armee die Summe von 12 Millionen Mark angefordert, ohne daß ihre späteren Empfänger, Generale und Fürsten, genannt worden wären. Er wollte dadurch unter allen Umständen eine Begutachtung der einzelnen Persönlichkeiten durch das Parlament, wie nach 1866, vermeiden. „Damals wäre die ganze Sache beinahe daran gescheitert, daß der König Manteuffel dotieren wollte und das Abgeordnetenhaus sehr entschieden dagegen opponierte“, wie Graf Waldersee unterm 20. Mai 1871 in seinem Tagebuch vermerkt.

Auch die Prinzen erhielten Dotationen. Darüber berichtet ebenfalls Lucius v. Ballhausen, S. 119: „Als die Dotationsfrage kam, schickte mich (Bismarck) der Kaiser zum Kronprinzen und zu Prinz Friedrich Karl, ob sie welche annehmen wollten. Der Kronprinz entgegnete: Wir nehmen schon anderen fähigen Leuten die höchsten Ehren und Stellungen, wir dürfen ihnen nicht auch noch das Geld nehmen. Ich bilde mir nicht ein, die Sachen besser zu verstehen und zu machen, die anderen Generale verdienen diese Belohnungen. Befiehlt mir der König die Annahme einer Dotation, so gebe ich dieselbe weiter dem, der sie verdient hat.“ Prinz Friedrich Karl hingegen war anderer Meinung und erklärte: „Ich habe eine Dotation verdient, ich kann sie brauchen, ich nehme sie an.“

Während also Bismarck für die Generale und hohen Offiziere mehr als ausreichend sorgte, war im Reichstag der Antrag gestellt worden, den Reservisten und Landwehrmännern aus den französischen Zahlungen Darlehen für ihre notwendigen geschäftlichen Bedürfnisse zu gewähren. Das aber paßte Bismarck nicht, dem „die Herren unbequem wurden“. Und er benutzte die Gelegenheit, dem Reichstag eine kleine Lektion zu geben. Der Antrag wurde dann auch abgelehnt. Bismarck will dem Kaiser

am Nachmittag des 25. Mai 1871 darüber berichten; dieser ist aber ausgefahren, und der anwesende Flügeladjutant Graf Waldersee läßt sich von Bismarck die ziemlich erregte Szene im Reichstag schildern. Waldersee erzählt sie dem König nach seiner Rückkehr, der darauf erwidert: „Es ist mir sehr lieb, daß er ihnen tüchtig die Wahrheit gesagt hat.“

Der Kaiser erkannte eben die Gefahren, die der Futterkrippe drohten; das Volk durfte nicht an die Futterkrippe, vielmehr mußte

es in den notwendigsten Bedürfnissen beschnitten werden, und 10 Millionen einmalig für die Futterkrippe herauszupressen. An der Futterkrippe konnten nur wenig Stütze mästern, sonst war sie nicht mehr, was sie sein sollte, eine Stütze der Monarchie.

Das ist eben das wahre Gesicht der Monarchie: einer an der Spitze, wenige Auserlesene an der Futterkrippe und weit davon entfernt darben und leidend das Volk.

Dr. Gerth

B Ü C H E R S C H A U

Trust zur Zerstörung Europas

Jens Boot, der Held in Ilja Ehrenburgs neuem Buch („Trust D. E.“: Trust for the Destruction of Europe — Welt-Verlag, Berlin) setzt die Tätigkeit des Julio Jurenito fort. (Vgl. „Glocke“ Nr. 29 vom 15. 10. 1923.) Europa, das in Ehrenburgs erstem Buch in Seuchen gestürzt, in Kriege gehetzt wurde, wird hier endgültig vernichtet, zur Wüste gemacht, durch die hochzeitsreisende Amerikaner die Sensation der unendlichen Einsamkeit erleben und erleiden. Während dieser merkwürdigen Geschehnisse gelingt es Ehrenburg, wie im ersten Buch, Ströme der Ironie über die nutzlos betriebene, sentimental, unmenschlich verlogene und zynische Welt unserer Gegenwart auszugießen. Schon der Trust for destruction of Europe, der u. a. von einem rührend streng vegetarischen Fleischkonservenfabrikanten und einem Jüngling gegründet wird, der die Kaprixe hat, einer echten Wüste für seine Hochzeitsreise zu bedürfen (was ihm übrigens schlecht bekommt, da in dieser Wüste zuungunsten der Jungfräulichkeit seiner Gemahlin, sich doch noch vitalere

Lebewesen befinden als er selbst!), ist eine Häufung bitterster Ironie. — Der Verfasser ist in diesem neuen Buch mehr im Stil der Geschehnisse, in steter Distanz von der Wirklichkeit und Möglichkeit geblieben. Schade nur, daß man auch am „Trust D. E.“ hinter allen Ironie das Positive vermißt: den Glauben an irgend etwas oder irgendwen. — Jens Boot, der Held (Sohn des in Zahlen schwebenden Prinzen von Monako und einer Holländerin, mit der er zerstreut vier Minuten in einem kleinen Häuschen verweilt) ist die Nüchternheit in Reininkarnation. Und wie es in einem der letzten Kapitel ausgesprochen wird: er weiß eigentlich nicht, weshalb er Europa zerstört, denn Leben und Sterben ist bei solcher Hoffnungslosigkeit das gleiche. Die allerdings wieder ins Zynische, im Dialektisch gewendete Deutung, daß er Europa zerstört, weil er Europa liebt und ein Sohn Europas ist, — ist doch etwas fadenscheinig. Das hindert nicht, daß die Geschichte von der ersten bis zur letzten Seite spannend zu lesen und reich an satirischen Erkenntnissen unserer „besten aller Welten“ ist.

Kurt Offenburg


Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G.m.b.H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

WIR GEHEN IN FRONT



*Der Schamlosigkeit der Reaktion stellen wir vier
Kampf-Schriften entgegen:*

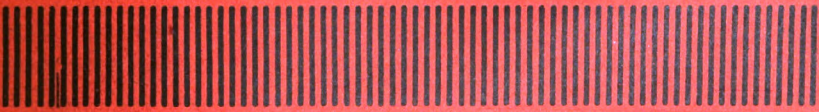
1. **Sür Volk und Vaterland**
von Ph. Scheidemann, 7 Bogen, kart., M 2,50

2. **Der Prozeß
des Reichspräsidenten**
von Brammer, 13 Bogen, kartoniert

3. **Die Finanzskandale des
Kaiserreichs**
von Kurt Heinig

4. **Die unmöglichen
Kohenzollern**

Verlag für Sozialwissenschaft · Berlin SW 68



Es ist Zeit, mit dem Finger zu klingen



Soeben erschien:

**FÜR
VOLK
UND
VATERLAND**

VON PHILIPP SCHEIDEMANN

Auszüge aus offiziellen Reden und
Erklärungen der Sozialdemokrati-
schen Partei • 106 Seiten, kart. Mk. 2,50

**Den
Gegnern der SPD
zur
Lektüre
warm
empfohlen**



VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT G. M. B. H.
BERLIN SW68



Die Glocke

BEGRÜNDET VON PARVUS

Inhalt:

- Rud. Breitscheid: Auf dem Wege
nach Damaskus* 1453
- Brutus: Im Namen des Volkes!* 1457
- Kurt Heinig: Hochfeine Kolonialfreunde* 1460
- Albin Michel: Die Außenpolitik der Ver-
einigten Staaten von Amerika . . .* 1462
- Anton Weinzierl: Hitlers Wandlung . .* 1465
- Alexander Szántó: Das Königreich ohne
König* 1467
- Fritz Tejessy: **Srotzki, der rote
General*** 1470
- F. O. H. Schulz: Von Marx bis Spann .* 1474
- Dr. Werner Peiser: Entwurf zu einer
Geistesgeschichte* 1477
- Der naive Luther f Stresemann spaltet die Deutsch-
nationalen f Der Biertischbeamte f Die tausend
Lügen des „Lokal-Anzeiger“*

Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW 68 Lindenstr. 114



Preis 30 Pfennig

Soeben erscheint:

**DER
PROZESS
DES
REICHSPRÄSIDENTEN**

V O N K A R L B R A M M E R

206 Seiten, Halbleinen, Preis 4 Mark

*

Enthält neben dem
ausführlich. Prozeß-Bericht
den
**vollen Wortlaut der schrift-
lichen Urteils - Begründung**
und
unveröffentlichte Gutachten
von: Vizekanzler a. D. Fr. v. Payer
Reichsjustizminister a. D. Schiffer
Reichsjustizminister a. D. Radbruch
Universitäts - Prof. Dr. Sinzheimer

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. • Berlin SW 68

Auf dem Wege nach Damaskus

Von Rud. Breitscheid

Es gibt zwei Methoden, eine Politik der mittleren Linie auf parlamentarischer Basis zu treiben. Die eine ist die, daß sich eine Regierung der Parteien der Mitte bildet, die gemäßigten Gruppen auf ein gemeinsames Programm einigt, um unter Ablehnung der Ansprüche von rechts und links ihren Weg zu gehen und ans Ziel zu kommen. Hier läßt sich trotz der Notwendigkeit, verschiedene Fraktionen zu einer Koalition zusammenzuschließen, von der Aufrechterhaltung eines politischen Prinzips sprechen. Die andere ist die, ein sogenanntes überparteiliches Kabinett zu schaffen, möglichst verschwommene Richtlinien aufzustellen, nach allen Seiten möglichst viel zu versprechen und sich seine Mehrheiten von Fall zu Fall zu suchen. Das ist dann nicht mehr die Vertretung eines Prinzips, sondern Opportunismus. Die erste Methode war der Fall des Kabinetts Marx, kompliziert allerdings durch die Tatsache des Fehlens einer sicheren Majorität, die zweite ist der des Kabinetts Luther.

Aber auch bei Herrn Luther ist das System des Opportunismus nicht klar herausgebildet. Von Hause aus ist der gegenwärtige Reichskanzler, um das von dem französischen „Bürgerkönig“ Louis Philipps geprägte Wort zu gebrauchen, sicher der Mann des „juste milieu“. Er gehört keiner Partei offiziell an, und man tritt ihm wohl nicht zu nahe mit der Behauptung, daß er mit jeder Partei zu regieren bereit sein würde. Er empfindet das Parteiwesen überhaupt als eine Unbequemlichkeit und möchte den gesunden Menschenverstand, so wie er ihn jeweils auffaßt, zur Richtschnur der Politik gemacht sehen. Am sympathischsten würde es ihm zweifellos sein, an der Spitze einer Regierung von angeblich unpolitischen Beamten zu stehen, die sich im wesentlichen als seine Untergebenen zu fühlen hätten.

Diese angenehme Lösung hat sich indessen nicht finden lassen, er mußte auf die Parteien zurückgreifen, und es ergab sich aus den Verhältnissen, daß es in der Hauptsache diejenigen der Rechten waren, die für die Zusammenstellung und die Inbetriebsetzung seines Ministeriums in Betracht kamen. Damit wurde die Linke in die Opposition gedrängt und die Handlungsfreiheit des Reichskanzlers beträchtlich verringert. Diese Schwierigkeiten sind ihm sehr wohl bewußt, und er sucht ihnen nun nach Möglichkeit durch die starke Betonung seiner Stellung innerhalb des Kabinetts zu entgehen.

Er beruft sich auf den Verfassungsparagraphen, nach dem der Reichskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt und dafür gegenüber dem Reichstag die Verantwortung trägt, und war es schon bezeichnend

genug, daß er in der Debatte über die Erklärung der neuen Regierung, obwohl gleichzeitig der Haushaltsentwurf auf der Tagesordnung stand, und obwohl eine ganze Reihe von Dingen berührt wurden, die die Ressortminister angingen, nur Herr Luther das Wort ergriff, so wurde seine Tendenz noch besser durch den Umstand illustriert, daß er und nicht der Außenminister vor den Vertretern der ausländischen Presse Herrn Herriot antwortete und bei der Gelegenheit eine Art von außenpolitischem Programm entwickelte. Es wäre natürlich verfehlt, aus diesen Vorgängen schon einen endgültigen Schluß auf das von dem neuen Mann beabsichtigte System zu ziehen, aber sie sprechen doch immerhin für das Bestreben, seine Stellung mehr oder weniger zu der des Reichskanzlers in der Monarchie zurückzuentwickeln, in der die Reichsämtler nicht mit Ministern, sondern mit Staatssekretären besetzt waren und in der diese Staatssekretäre, wie alle übrigen Reichsbehörden, nur Organe des Kanzlers bildeten.

Sollte das wirklich das Ziel sein, so wird sich indessen bald seine Unerreichbarkeit herausstellen. Die Verfassung der Monarchie war auf den Obrigkeitsstaat zugeschnitten. Die parlamentarische Demokratie verträgt nicht die Vereinigung von so viel Machtfülle in der Person eines einzelnen, und selbst wenn die Minister die nötige Fügsamkeit zeigten, — wie lange wird Herr Stresemann zu schweigen bereit sein? — so würden die Parteien, die das Kabinett stützen, und davon doch schließlich auch etwas haben wollen, wohl bald rebellisch werden und sich auf die Dauer die Bestimmung der politischen Richtlinien durch den Reichskanzler nicht gefallen lassen.

Wir müssen uns ja schon baß verwundern, daß Herr Luther eine außenpolitische Rede halten konnte, gegen die auch vom sozialdemokratischen Standpunkt sehr wenig einzuwenden ist. Die maßgebende Rechtspresse, zum mindesten die Berliner, hat sie schweigend ohne Kritik hingenommen. Es würde interessant sein zu wissen, ob ihr Wortlaut zuvor im Kabinett gebilligt worden ist. Aber schon das Schweigen der Parteiorgane läßt erkennen, zu wie großen Opfern die führenden Persönlichkeiten, insbesondere der Deutschnationalen, für ein paar Sitze im Kabinett bereit sind. Sie haben, wie der zum Christentum übertretende König Chlodwig, ihr stolzes Haupt gebeugt und tragen kein Bedenken, zu verbrennen, was sie gestern angebetet, und anzubeten, was sie gestern verbrannt haben. Man braucht sich nur einen Augenblick vorzustellen, Marx hätte die Rede Luthers gehalten, und die Wandlung ist klar erkennbar. Die Nationalisten toben nicht über die Preisgabe vaterländischer Belange, die sie einem Kanzler der Linken oder der Mitte zweifellos vorgeworfen hätten, wenn er auch die nervöse und zweifellos nicht sehr freundlichen Ausführungen Herriots in den sanften Verständigungstönen Luthers erwidert hätte. Sie schreien nicht über Landesverrat, obwohl der Kanzler offen von der Ausbildung der Zeitfreiwilligen gesprochen hat, derselbe Kanzler nebenbei, der mir, als ich im Reichstag einige leise Andeutungen über diesen Gegenstand gemacht hatte, die mahnende Belehrung erteilte, es sei nicht unbedenklich, über diese Dinge öffentlich zu reden.

Abzuwarten bleibt nun nur noch, welche Haltung die „nationalen“ Parteigänger im Lande einnehmen werden. Können sie ebenso leicht umlernen wie ihre Führer? Und besitzen sie „staatsmännische“ Einsicht

genug, wie diese in der Außenpolitik einstweilen den Pflock zurückzustecken, um die innenpolitische Stellung der Reaktion nicht zu erschüttern? Das Schicksal des Kabinetts Luther wird in sehr hohem Maße davon abhängen, ob der deutschnationale Mann auf der Straße die Autorität des Reichskanzlers in dem Maße anerkennt, daß er sich von ihm selbst die Bestimmung pazifistischer Richtlinien gefallen läßt.

Worte allein tun's freilich nicht. Wir Sozialdemokraten haben die Rede vor den ausländischen Pressevertretern mit dem Wohlgefallen vernommen, das bei uns jede vernünftige Aeußerung, aus welchem Munde sie auch kommen mag, hervorruft. Gleichzeitig natürlich mit dem Mißtrauen, das wir gegen jeden Opportunismus hegen, und das in diesem Fall durch den Zweifel an dem Vorhandensein der parteipolitischen Vorbedingungen für die Umsetzung der Worte in Handlungen noch verstärkt wird. Wohlgermerkt, wir sprechen nicht von dem Wollen des Herrn Luther. Er mag die beste Absicht haben, eine wirkliche Einigung mit Frankreich herbeizuführen — besonders dann, wenn sie auf dem Wege über eine geschäftliche Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Unternehmertum zu erreichen ist. Er würde von sich aus am Ende vielleicht auch geneigt sein, die letzte Konsequenz zu ziehen und unter Verzicht auf die Aufstellung von allerlei hemmenden Bedingungen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund anzumelden. Das alles nicht aus irgendeiner prinzipiellen Einstellung heraus, sondern, weil es ihm so zweckmäßig erscheint, und weil er sich außerdem auf diese Weise im Zentrum und auf der Linken gutes Wetter verschaffen zu können hofft. Aber die große Frage ist eben, ob er kann. Ob er selbst dann kann, wenn er den Deutschnationalen für ihre außenpolitische Nachgiebigkeit innenpolitische Bezahlung in sicherste Aussicht stellt.

Der Augenblick, an dem zu Taten übergegangen werden muß, steht nahe bevor. Die endgültige Note der Alliierten über die Verfehlungen Deutschlands wider die Rüstungbestimmungen des Versailler Vertrags kann nicht mehr lange auf sich warten lassen, und dann hilft kein Maulspitzen mehr, dann muß gepfiffen werden. Wir sind weit davon entfernt, die Auffassung zu vertreten, als ob nun ohne weiteres und unbesehen alle Forderungen angenommen werden müßten. Aber da, wo tatsächlich ein Verstoß gegen unterschriebene Verpflichtungen vorliegt, muß unserer Meinung nach rückhaltlos nachgegeben werden, wenn nicht auf dem Wege von Verhandlungen die Gegenseite zu einer Abschwächung ihres Programms zu bestimmen ist. Der Versuch, sich mit einem Heraus-schleppen der Entscheidung oder mit Scheinkonzessionen aus der Affäre zu ziehen, wäre nicht nur aussichtslos, sondern für die weitere Entwicklung unserer internationalen Beziehungen verhängnisvoll.

Das wird für die deutschen Nationalisten ein harter Bissen sein, und wir warten ab, ob sie ihn ohne allzuviel Grimassen schlucken werden. Doch auch damit allein ist es noch nicht getan. Im Hintergrund der Räumungsfrage sowohl wie der ganzen Entwaffnungsangelegenheit steht das, was Frankreich das Problem seiner Sicherheit nennt, und auch die als scharf empfundene Rede Herriots ist nur so zu erklären. Die in ihr zum Ausdruck gekommenen Befürchtungen vor der deutschen Gefahr waren nach unserer und offenbar auch nach der französischen Sozialisten Ansicht übertrieben. Aber die Sorge ist nicht nur bei dem französischen Ministerpräsidenten, sondern auch bei der französischen Bevölkerung ge-

rade infolge der drohenden Gesten der jetzt zur Regierung gekommenen Deutschnationalen subjektiv ehrlich, und wenn sie von Herriot besonders stark unterstrichen wurde, so dürfen wir nicht vergessen, daß er mit seinen Worten nicht nur auf Frankreich und Deutschland, sondern auch auf England wirken wollte.

Man kennt die Geschichte des Sicherheitsproblems. Bei den Friedenskonferenzen der Alliierten war zuerst die Rede davon, die Ruhe Frankreichs durch die dauernde Besetzung des linken Rheinufers zu garantieren. Von dieser Idee wurde Abstand genommen, nachdem Lloyd George und Wilson den sogenannten Garantievertrag in Aussicht gestellt hatten. Aber dieser Pakt wurde von England und Amerika nicht ratifiziert, und wenn nun Poincaré die These vertrat, daß die Räumungsfristen noch nicht zu laufen begonnen hätten, so entsprang das nicht nur verbissener Engstirnigkeit, sondern auch dem Wunsche nach einem Ersatz für das gescheiterte Abkommen. Sein Amtsnachfolger stellte sich auf einen anderen Standpunkt. Er wollte und will die Verständigung mit Deutschland, die mit den Poincaréschen Methoden nicht zu erlangen ist, er strebte ein neues, enges Zusammengehen mit England an, das dem System Poincarés ablehnend gegenüber gestanden hatte, und er hoffte, auf dem Wege über den Völkerbund die Sicherheit für sein Land erreichen zu können. Im September vorigen Jahres wurde in Genf von den Vertretern des Völkerbundes das Protokoll für die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten angenommen, das mit seinen Bestimmungen über die gegenseitige Unterstützung gegen jeden Störer des Friedens den französischen Wünschen Genüge tat. Aber die konservative englische Regierung, die weit weniger international denkt als ihre Vorgängerin, und weit ausschließlicher und einseitiger als diese die Interessen des britischen Weltreiches im Auge hat, lehnt die Ratifizierung auch dieses Protokolls ab, so daß Frankreich sich aufs neue vor einem Nichts sieht. Es verlangt aber Sicherheit, und die Frage ist nun, wie es befriedigt werden kann.

Verschiedene Möglichkeiten sind vorhanden. Am bedenklichsten wäre natürlich ein Abkommen zwischen Frankreich und Belgien auf der einen und England oder England und Amerika auf der anderen Seite, bei dem Deutschland nur Objekt wäre. Möglich und wünschenswerter ist ein Pakt, in dem Deutschland als gleichberechtigter Partner mit diesen drei Staaten aufgenommen würde. Möglich aber ist auch, daß sich für Deutschland die Notwendigkeit herausstellt, mit Frankreich und Belgien allein abzuschließen. Auf die denkbaren Einzelheiten einer solchen Vereinbarung einzugehen, würde hier zu weit führen. Soviel kann jedoch gesagt werden, daß wir mit dem von der Regierung Cuno im Jahre 1923 herausgegebenen Sicherheitsangebot nicht weiterkommen. Schon deshalb nicht, weil es sich nicht auf die deutschen Ostgrenzen bezog, und Frankreich nicht nur aus Bundestreue gegenüber Polen, sondern aus Furcht vor der durch einen im Bunde mit Rußland oder allein gegen Polen geführten Krieg bewirkten Wiederherstellung der militärischen Macht Deutschlands Garantien dafür fordert, daß wir auch auf eine gewaltsame Aenderung unserer Ostgrenzen verzichten.

Wie dem auch sei, in irgendeiner Form muß eine Lösung dieses Problems angebahnt werden, wenn wir überhaupt zu einer deutsch-französischen Verständigung und damit zur Beruhigung Europas gelangen sollen, und nun muß es sich entscheiden, ob die Deutschnationalen zu

einer solchen Politik, die der bisher von ihnen propagierten schnurstracks zuwiderlaufen würde, entschlossen sind. Wenn ja, so haben wir trotz der Oppositionsstellung, in der wir uns zum Kabinett Luther befinden, keinerlei Veranlassung, uns einem solchen Vorgehen zu widersetzen. Wir könnten uns darauf beschränken, den wunderbaren Gesinnungswechsel der Nationalisten aufzuzeigen, die ihr Versprechen, siegreich Frankreich zu schlagen, in so merkwürdiger Weise einlösen und von der lichten Höhe ihrer Prinzipien so schnell in das Flachland des Lutherschen Opportunismus hinabgestiegen sind. Und im übrigen würden wir die Zurückdrängung der internationalen Schwierigkeiten schon deshalb begrüßen, weil sie der Arbeiterschaft ihren Kampf gegen die Reaktion nur zu erleichtern vermöchte.

Im Namen des Volkes!

Von Brutus

Im Namen des Volkes! Preisrätsel: Wer weiß, über welchem Schriftstück diese Worte stehen? Sie stehen über der schriftlichen Urteilsbegründung des Magdeburger Prozesses. Sie stehen über einem Schriftstück, das die Unterschriften des deutschen Landgerichtsdirektors Bewersdorff und des nationalsozialistischen Landgerichtsrats Dr. Schultze trägt. Sie stehen über einem Schriftstück, in dem die beiden genannten Herren den objektiven und subjektiven Landesverrat des Reichspräsidenten festgestellt wissen wollten. Dieses Schriftstück, das jetzt in einer eingehenden Darstellung des Magdeburger Prozesses (*Der Prozeß des Reichspräsidenten. Bearbeitet von Karl Brammer. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin*) zum ersten Male veröffentlicht wird, hat zweifellos eine gewisse historische Bedeutung, indem es zeigt, was alles aus der Rechtsprechung in der Republik werden kann, und wie herrlich weit es diese deutsche Republik bis zum Dezember des Jahres 1924 gebracht hat. Es hat eine ganze Weile gedauert, bis die beiden Magdeburger Herren dieses Opus fertiggestellt haben; aber was lange währte, ist nicht gut geworden, trotzdem man sogar eine Reichsgerichtsentscheidung, die hier völlig verfehlt am Platze ist, zur Stützung des Urteils ausgegraben hat. Trotzdem dieses Urteil einen Grad von juristischem Unvermögen zu erkennen gibt, der kaum übertroffen werden kann, wird es die beiden Magdeburger Juristen in ihrer Laufbahn sicherlich nicht hindern, sondern, wie die Dinge liegen, wird wohl eher das Gegenteil der Fall sein. Wenn es in der deutschen Republik möglich ist, daß ein Auktionator in Oranienburg, der behauptet hatte, daß Ebert Güter erworben und dauernd in die eigene Tasche gearbeitet hat, für diese schweren Beleidigungen vom Schöffengericht in Oranienburg zu einer Geldstrafe von sage und schreibe 50 Goldmark verurteilt ist, dann soll man sich eigentlich nicht mehr so sehr über das Magdeburger Urteil wundern. Bei dieser Gelegenheit eine kleine Anfrage an das seinerzeit von Herrn Boelitz verwaltete Kultusministerium: Was ist eigentlich aus dem Disziplinarverfahren gegen den Pfarrer Christleit in Rogahlen geworden,

der seinerzeit Ebert von der Kanzel herab in schmähdlichster Weise beschimpfte? Damals konnte das Gericht eine Gefängnisstrafe schwer umgehen. Hat der ehrwürdige Herr Christoleit diese Strafe auch abgessen? Und kann er trotz der erkannten Strafe seine ostpreußischen Schäfflein noch weiter zu seinen erbaulichen Predigten bitten?

Das Magdeburger Dokument aber muß man gelesen haben. Es ist so herrlich in seinen Argumentationen, daß es der Mit- und Nachwelt nicht unbekannt bleiben darf. Hier kann man doch einmal sehen, wie eine Sache aufgezogen werden muß. Da gibt es Stellen, die von Objektivität überfließen. Kommen dann plötzlich Klippen, so wird geschickt eine elegante juristische Brücke geschlagen, und schon eröffnen sich neue Ausblicke, bis schließlich die Konstruktion des Landesverrats errichtet ist. Was heißt bei diesem Gericht die doch wohl festgestellte Absicht Eberts, den Streik dadurch zu beenden, daß er in die Streikleitung eintrat? Es heißt nichts weiter, „als daß der Nebenkläger den von ihm erkannten Erfolg dadurch in seinem Umfang einschränken wollte, daß er auf eine beschleunigte Wiederaufnahme der Arbeit hinwirkte.“ Bei der Flugblattgeschichte ist es ebenso. Erst wird festgestellt, Ebert war dabei, als das Flugblatt beschlossen wurde. (Im übrigen darf das keineswegs als festgestellt gelten. Hierüber muß unseres Erachtens erst einmal völlige Klarheit geschaffen werden.) Dann heißt es einige Sätze weiter: Ebert „half“ das Flugblatt mitzufassen, und schließlich wird sogar gesagt: Ebert billigte das Flugblatt in vollem Umfange. Mehr kann man doch eigentlich nicht verlangen. O ja, die Magdeburger Richter können sehr objektiv sein, — besonders dann, wenn es sich um die Zeugen Syrig und Gobert handelt. Es steht kein Wort in der Begründung, daß Syrig bei dem deutschnationalen Pfarrer Koch seine Aussagen zuerst zu Protokoll gegeben hat, und es steht auch nicht darin, daß Gobert als Unterstützungsschwindler vom Büro des Reichspräsidenten abgewiesen wurde. Nein: „Das Gericht steht vielmehr diesen Aussagen mit der Erwägung gegenüber, daß beide Zeugen glauben, daß sie die Wahrheit gesagt haben.“ Da wäre unter Umständen ein nettes, rundes Meineidsverfahren zu befürchten gewesen. Die Herren Syrig und Gobert brauchen nun keine Angst mehr zu haben. Das Gericht hat in ihre reinen Herzen gesehen und hat nichts Böses darin gefunden. Ja, wenn es sich um Spandauer Stadtklatsch gegen einen sozialdemokratischen Stadtverordneten handelt, dann liegen natürlich die Dinge ganz anders.

Es ist aber auch der Ton, der in dieser Magdeburger Urteilsbegründung die Musik macht. Bei der Festsetzung des Strafmaßes für den Angeklagten Rothardt schreiben die Herren Schultze und Bewersdorff: „Es ist mildernd berücksichtigt worden, daß der Angeklagte im Betriebe einer Zeitung in Lohn und Brot gestanden hatte, die stark gegen die augenblicklich bestehenden politischen Verhältnisse Deutschlands eingestellt ist.“ Was augenblicklich besteht, besteht aber unter Umständen morgen nicht mehr. Ja, es soll sogar Leute geben, die wieder ihren Kaiser an Stelle der „augenblicklich bestehenden politischen Verhältnisse Deutschlands“ wünschen. Das ist ja möglich. Aber ist es je möglich

gewesen, ist es vor allem unter Wilhelm II. möglich gewesen, daß ein solcher Satz in einer Urteilsbegründung geschrieben werden konnte? Die Republik fließt ja über von Toleranz. Die Monarchie war in diesen Dingen realpolitischer eingestellt, und wenn die Herren Schultze und Bewersdorff im Jahre 1904 einen solchen Satz geschrieben hätten, so hätten sie sich beim nächsten Revirement in Marggrabowa oder Krojanke oder in einer andern schönen Gegend wiedergefunden.

Erkennt man denn bei uns noch immer nicht die doch wirklich groß angelegten Manöver der Reaktion, die sich gegen die Republik richten? Mit Oppositionsreden ist es ja allein auch nicht getan, und die Opposition bietet insofern sogar die taktische Gefahr, daß sie das Negative zu stark unterstreicht. Die Opposition muß positiv sein und die Republikanisierung der Geister möglich machen. Dazu aber braucht es geistiges Rüstzeug, und dieses Rüstzeug wird in der vorliegenden Prozeßdarstellung geboten. Schließlich gibt es ja noch Männer in Deutschland, die gegen das Unrecht von Magdeburg auftreten. Trotz der halben Lösung ist ja auch der Kampf gegen Fechenbach schließlich nicht ohne Erfolg geblieben. Der Kampf der Geister hat diesen Erfolg herbeigeführt. In der Frage des Magdeburger Urteils darf es nicht anders sein. Es muß deshalb anerkannt werden, daß sich Männer wie der frühere Kanzler Marx und der frühere Vizekanzler Payer ihrer Juristenpflicht bewußt geworden sind. Das Buch über den Reichspräsidenten-Prozeß enthält aber auch noch die Gutachten dreier früherer Reichsjustizminister, die klar und unzweideutig gegen das Urteil Stellung genommen haben. Es soll auch nicht unterschlagen werden, daß zu diesen Männern Eugen Schiffer gehört, der die Sozialdemokratie gewiß nicht liebt, und der heute in der liberalen Vereinigung ein zurückgezogenes Dasein führt. Es ehrt den Menschen und den Juristen Schiffer, daß er rund heraus gesagt hat, was gesagt werden mußte. Besonders beachtenswert sind die Ausführungen Schiffers da, wo er auf die Verstöße des Urteils in Hinsicht auf den Begriff der Tat und der Rechtswidrigkeit eingeht. Es genügt nicht, wenn bei der strafrechtlichen Verwertung eines Komplexes von Ereignissen in irgendeinem Zeit- und Brennpunkt diese Ereignisse sämtliche Tatbestandsmerkmale eines Delikts enthalten. Schiffer sagt sehr richtig: „Bei dieser Methode wird der Richter dem Substrat der geistigen Einheit, das von dem Begriff der Tat unzertrennlich ist, nicht gerecht: dann hat er die Teile in seiner Hand, fehlt leider nur das geistige Band.“ Schiffer weist auch darauf hin, daß es unmöglich ist, hier von einem formal juristischen, unangreifbaren Urteil zu sprechen. „Diese Unterscheidung ist unrichtig und gefährlich, indes sehr kennzeichnend für die Auffassung, die in unserem Lande und in unserer Zeit über das Verhältnis zwischen Volk und Recht besteht. In Wahrheit ist ein Urteil entweder richtig oder falsch. Es kann nicht zugleich juristisch richtig und sachlich falsch sein.“ Im Gegensatz zu diesen Äußerungen bringt dann der Bearbeiter in seinem Prozeßbuch zum Ausdruck, daß in der ganzen Diskussion über das Magdeburger Urteil bisher kein Jurist von Namen und Ansehen für das Urteil ein-

getreten ist. Das ist verständlich, denn bei der Verteidigung dieses Urteilspruchs kann man unter Umständen sein juristisches Ansehen verlieren. Niemand wird sich gern in eine Sache einlassen, bei der ganz gewiß Lorbeeren nicht zu erringen sind.

Ebenso verfehlt aber wäre es auch, wenn nun die Freunde der Republik im stillen Vertrauen darauf, daß eine schlechte Sache in sich selbst zusammenbricht, die Hände in den Schoß legen würden und auf die Dinge warten sollten, die da kommen werden. Die Deutschnationalen sind da andere Leute. Für sie genügt die Feststellung des Gerichts. Die unbequeme Feststellung, daß das Handeln Eberts vom politischen oder historischen Standpunkt anders beurteilt werden kann, wird glattweg unterschlagen. Auf der Basis der völlig verfehlten strafrechtlichen Konstruktion wird dem Reichspräsidenten politisch und moralisch der Makel des Landesverrats angehängt. Den Reichspräsidenten meint man, und die Republik schlägt man. Will sich die Republik noch länger prügeln lassen? Die Gegner der Republik schießen zwar, aber, von den Meuchlern aus dem Hinterhalt, die Rathenau und Erzberger erledigten, abgesehen, doch meistens nur mit Stinkbomben, wie in Potsdam, oder mit Platzpatronen, wie in Magdeburg. Dagegen kann sich die Republik noch alle Tage wehren. Der Kampf gegen das Magdeburger Unrecht ist ein Kampf aller anständigen und rechtlich denkenden Menschen. Er ist aber auch ein Kampf gegen die Reaktion, die jetzt, und gerade jetzt, ihre Stunde gekommen glaubt.

Hochfeine Kolonialfreunde

Von Kurt Heinig

Das Nachstehende ist ein kurzes Stück aus dem vorbereiteten, in wenigen Tagen erscheinenden Buch von Kurt Heinig „Die Finanzskandale des Kaiserreiches“. Das Material, das durch diese Veröffentlichung wieder ans Tageslicht gezogen wird, hätte jeder, der auf Reinlichkeit Wert legt, ruhen lassen. Das maßlose Verhalten der Reaktion zwingt uns, zu beweisen, daß das Kaiserreich angefüllt war mit dem, was der Republik unterschoben werden soll: mit Korruption. Die glorreiche Phalanx, die in diesem, von uns verlegten Buch aufmarschieren wird, dürfte in manchem der heute die Republik bespeidenden Enkel unangenehme Erinnerungen wecken. *Verlag für Sozialwissenschaft.*

Im Gründungsprospekt der „Afrikanischen Kompagnie“ finden wir neben dem unvermeidlichen konservativen Reichstagsabgeordneten Liebert den Kammerherrn Graf v. Pfeil, dann den Baurat Beuckenberg, Generaldirektor des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins, Konteradmiral Gruner, Kommerzienrat Bosch, Kommerzienrat v. Dreyse, Konsul Esser, den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Heylligenstadt, den nationalliberalen Vizepräsidenten des Reichstages, Paasche, und den Vorsitzenden des Bundes der Industriellen, Geh. Kommerzienrat Wirt. Sie erscheinen dann meist in der Mehrzahl auch im Aufsichtsrat.

Die Gründung der ebenso merkwürdigen „Safata-Samoa Co.“ wurde im besonderen von dem schon genannten nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Heylligenstadt, gemeinsam mit dem Admiral Thomsen und dem Geh. Kommerzienrat Spemann gemanagt.

Bei der Propaganda für die „Afrika-Marmor-Kolonialgesellschaft“ findet man im Gründungsprospekt friedlich zu löblichem Tun vereinigt: Reichstagsvizepräsident Paasche, Hauptmann Graf v. Stillfried, Gouverneur a. D. v. Benningsen, Generalmajor Poser, bayerischer Generalkonsul v. Rücker-Hamburg.

Die Gründungen des Kolonial-Konzerns Mertens & Co. waren in jenen Tagen wegen ihrer illustren Freunde, ihrem hochspekulativen Hintergrund und — auch sonst „berühmt“. Wir finden stets die vornehmste Gesellschaft beisammen. So bei der „Borneo Kautschuck Co.“ wieder den Admiral Thomsen, den unvermeidlichen Reichstagsabgeordneten Heylligenstadt und den Konsul Galdertz.

An der Gründung der „Ostafrika-Gesellschaft“ „arbeiten mit“: Graf Cäsar v. Wartensleben, Dr. v. Gwinner-Augsburg, nationalliberaler Reichstagsabgeordneter Landgerichtsrat Hagemann (Vorstandsmitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie), Kgl. Kammerherr Graf Seyssel d'Aix, Freiherr August Schilling, Generaloberarzt Dr. Redeker.

Die Gründungsprospekte dieser sämtlichen Kolonialunternehmungen wurden ganz offen in den Zeitungen als schwindelhafte Darstellungen behandelt. Die anständige Handelspresse warnte öffentlich vor ihnen.

Warum Leute in so hervorragender Stellung, mit so bedeutendem Namen sich zu Gründungen hergaben, vor deren sichtbarlichen Unsolidität jeder Ostjude ausgerissen wäre — wenn man riskiert hätte, die Beteiligung einem anzubieten — blieb lange ein unerklärliches Geheimnis. Nach Gründung der „Ostafrikanischen Bergwerks- und Plantagensgesellschaft“ kam dann doch endlich Licht in das Dunkel dieses weltfremden Idealismus unserer germanischen Edelige.

Die Gründer jener Kolonialgesellschaft hatten an viele Adlige und bekannte Kolonialpolitiker geschrieben, daß man bereit sei, für die Hergabe des Namens auf dem Prospekt — eine Freiaktie zu gewähren. Das war damals üblich. Daraufhin unterschrieb „man“ haufenweise.

Der Clou dieser — ja wie würde das die „Deutsche Tageszeitung“ und der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bezeichnen, wenn so was einem Republikaner „passiert“ wäre? Wir wollen es Beteiligung an einem Spekulationsversuch auf dem Rücken anderer nennen, obwohl damit zugegeben wird, daß wir weit hinter der doch wahrhaft sittlichen Bildkraft der Schriftsprache unserer Redakteure nationaler Zeitungen zurückbleiben; nun, der Clou dieser patriotischen Beteiligung an der Förderung der „jüdischen Börsenspekulation“ war von unerwarteter Eigenart. Die „Ostafrikanische Bergwerks- und Plantagensgesellschaft“ gab nach der Benutzung der vornehmen Namen die versprochenen Freiaktien nicht heraus!

Einer der Hereingefallenen blieb sich konsequent, er klagte. Darauf ließ ihm die beklagte Gesellschaft durch ihren Reichsvertreter den — sittlichen Standpunkt klar machen!

Der Direktor der „Ostafrikanischen Bergwerks- und Plantagengesellschaft“ erhob als Einwand gegen die Erfüllung des von ihm gegebenen Versprechens, daß das ganze Geschäft unsittlich und deswegen der Anspruch nicht einklagbar sei. Außerdem gab er zynisch offen zu, daß mit den hochtönenden Unterschriften ja doch nur andere getäuscht werden sollten!

Nehmen wir einmal an, die Unterschriftgeber hätten es dennoch ganz ehrlich gemeint — sie waren eben kolonialbegeisterte Patrioten — die Gratisaktie habe sie bei der Hergabe der Unterschrift für das Anreizzirkular nicht beeinflußt, obwohl eigentlich die Klage auf Hergabe der versprochenen Freiaktie gegen diese Annahme spricht. Aber was waren das eigentlich für Leute, die jenen Trick in Szene setzten?

Zu den führenden Köpfen der „Ostafrikanischen Bergwerks- und Plantagengesellschaft“ gehörten der Bergwerksbesitzer Naat, der Rittergutsbesitzer Dr. M. Schoeller, der Burggraf und Graf zu Dohna, der Freiherr Friedrich v. Ripperda und der Majoratsherr Wilh. v. Coester!

Es wäre falsch, anzunehmen, daß diese Gründer inzwischen schamhaft in die Erde versunken seien. Sie sitzen noch heute im Aufsichtsrat jenes Unternehmens. Vom Reichsentschädigungsamt haben sie für den ihnen verloren gegangenen „wertvollen“ Kolonialbesitz — fünfzehn Goldmillionen Mark verlangt!

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika

Von Albin Michel

Die Ernennung des bisherigen Botschafters in London, Frank Kellogg, zum Staatssekretär, d. h. zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ist ein Vorgang, der für Europa von großer Bedeutung werden kann, weil daraus der Wille des jetzigen Präsidenten der Vereinigten Staaten zu erkennen ist, den europäischen Angelegenheiten ein erhöhtes Interesse zuzuwenden. Kellogg, von dem bisher nur bekanntgeworden ist, daß er ein sehr folgsamer Botschafter war, dürfte kaum die Aufmerksamkeit Coolidges auf sich gelenkt haben, wenn von ihm nicht bekannt wäre, daß er als der beste Kenner der europäischen Angelegenheiten in Nordamerika anzusehen ist. Mit der Ernennung Kelloggs dürfte in der Außenpolitik der Union, zunächst soweit sie Europa betrifft, eine Schwenkung beendet werden, die bereits seit einiger Zeit begonnen hat.

Als seinerzeit Wilson in seiner doktrinären Kurzsichtigkeit das Hauptsächliche hinter dem Nebensächlichen vergaß, seine vierzehn Punkte aufgab und in der Errichtung eines Völkerbundes das Wichtigste sah, erhob sich in Nordamerika ein Sturm des Widerspruchs gegen den Ver-

trag, an dem Wilson als Hauptperson beteiligt war. Die Vereinigten Staaten traten dem Völkerbund nicht bei, lehnten den Vertrag ab und schlossen schließlich mit Deutschland einen besonderen Friedensvertrag. Die Strömung in den Vereinigten Staaten ging nach Beendigung des Krieges zum größten Teil dahin, sich von den europäischen Dingen gänzlich loszusagen, Europa seinem Schicksal zu überlassen und dafür in andern Gebieten Ersatz zu suchen. Es kam sogar eine Zeit, in der sich die Beziehungen zu England sehr verschlechterten und in der oft von der Möglichkeit eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und England gesprochen wurde. Namentlich die Zustände in Irland und die Konkurrenz Nordamerikas und Englands bei der Erwerbung von Oelfeldern hatten im Jahre 1921 zwischen den beiden Ländern einen ziemlich ernststen Gegensatz geschaffen, der sich auch darin offenbarte, daß die Vereinigten Staaten die Mandatherrschaft Englands über Mesopotamien nicht anerkannten.

Durch die Einberufung der Konferenz von Washington wurde dann dieser amerikanisch-englische Gegensatz zum weitaus größten Teil beseitigt. Es gelang ein Abkommen über Großkampfschiffe zwischen den Vereinigten Staaten, England und Japan, wobei das Verhältnis auf 5:5:3 (3 für Japan) festgesetzt wurde. Man einigte sich über die Befestigungen im Stillen Ozean und an dessen Küsten, und es wurde auch ein Uebereinkommen in der Erdölfrage getroffen. Damit war ein erster Vertrag über die Abrüstung geschaffen, der aber in erster Linie den Vereinigten Staaten zugute kam. Mit England hatte sich die Union in der Seegeltung geteilt und Japan war zurückgedrängt worden, wobei besonders beachtet werden muß, daß es namentlich in der Kriegsmarine mehr auf die Qualität der Schiffe als auf die Zahl ankommt. Nordamerika wird seine fünf Kampfeinheiten öfter erneuern und vervollkommen können als das viel ärmere Japan die ihm zugestanden drei Kampfeinheiten. Zugleich hatte aber Nordamerika noch erreicht, England von Japan abzuziehen. An ein englisch-japanisches Bündnis ist kaum mehr zu denken.

Da es in Washington wegen des japanischen, von Frankreich unterstützten Einspruchs nicht gelungen ist, auch für die Kreuzer und Unterseeboote ein Uebereinkommen abzuschließen, will nunmehr Coolidge eine neue Konferenz einberufen, die auch bei diesen Rüstungen und bei der Luftverteidigung eine Beschränkung nach einem bestimmten Schlüssel vereinbaren soll. Hier dürften aber die Verhandlungen noch schwieriger werden als bei der ersten Konferenz. England wollte in Washington die gänzliche Abschaffung der Unterseeboote durchsetzen, stieß aber hier auf einen energischen Widerstand Frankreichs und Japans, und dies dürfte sich auf der nächsten Abrüstungskonferenz wiederholen, besonders, wenn auch die Abrüstungsfrage auf dem Lande angeschnitten wird. Doch ist zu erwarten, daß die Vereinigten Staaten bei einer neuen Konferenz von ihrem Pressionsmittel als großer Gläubigerstaat einen ziemlich energischen Gebrauch machen werden, weil in den Vereinigten Staaten immer mehr der Gedanke hervortritt, daß die Staaten, die in Nordamerika verschuldet sind, ihr Geld lieber zum Bezahlen ihrer Schulden als zu übermäßigen Rüstungszwecken verwenden sollten.

Weiter schlägt Coolidge für die nächste Konferenz eine Revision der in China und für andere Länder abgeschlossenen Verträge vor. Was China anbetrifft, so wird hier ein Gedanke aufgenommen, den Hughes schon auf der Konferenz von Washington vortrug. Hughes forderte damals die Einsetzung eines internationalen Berufungsamtes, das alle früheren Konzessionen und Abkommen in China nochmals prüfen sollte. Auch die Einsetzung dieses Amtes ist auf Einspruch Japans unterblieben. Wenn der amerikanische Präsident auch für Abkommen in andern Ländern eine nochmalige Prüfung verlangt, so dürften darunter in erster Linie die verschiedenen Mandatgebiete fallen, die England, Frankreich usw. zugefallen sind. Vielleicht geht man nicht fehl in dem Urteil, daß es von dem Zustandekommen und von den Ergebnissen dieser Konferenz abhängt, ob die Vereinigten Staaten von Amerika dem Völkerbund beitreten. Dafür spricht auch der Umstand, daß Kellogg dem Völkerbund und dem Haager Schiedsgericht sehr freundlich gegenübersteht.

Es wäre verkehrt, anzunehmen, daß die Stimmung auf Wiederannäherung an Europa und für einen internationalen Ausgleich, namentlich in Ostasien, die in der letzten Zeit in Nordamerika entstanden ist, ausschließlich oder auch nur hauptsächlich auf humanitären Gefühlen beruht. Die Tatsache, daß jede Abrüstung und jeder Versuch dazu ein lobenswertes Ereignis ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Union ebenfalls auf Expansion ausgeht, daß hinter ihren Forderungen auch der Imperialismus steht, allerdings mehr ein auf wirtschaftlicher als auf militärischer Macht fundierter Imperialismus. Dort, wo es keinen Einspruch zu erwarten hat, in den Staaten Zentralamerikas, zeigt die Union recht oft noch den *big stick*, die starke Faust, mit dem einst Roosevelt diesen Staaten gedroht hat. Die Vereinigten Staaten sind mehr als 5000 Seemeilen von Ostasien entfernt und können in China machtpolitisch nie den Einfluß ausüben, wie das benachbarte Japan es bei geeigneter Gelegenheit tun könnte. Deshalb verlangt die Union unter allen Umständen die „Unabhängigkeit“ Chinas und die „offene Tür“. Gelingt hier kein Ausgleich, so ist der Krieg zwischen der Union und Japan nicht zu vermeiden. Weiter will Nordamerika seine Volkswirtschaft schützen vor der monopolartigen Aneignung von Rohstoffen in den Kolonien. Da sich die Vereinigten Staaten wertvolle große Kolonien kaum noch aneignen können, wollen sie wenigstens die Abschließung der Kolonien verhindern. Namentlich wollen sich die Amerikaner in den Erdölgebieten der Kolonien und Mandatgebiete nicht ausschließen lassen. Immerhin bedeutet aber diese Art des Imperialismus und der wirtschaftlichen Expansion einen großen Fortschritt gegen jenen andern Imperialismus, der sich in der Hauptsache durch Waffengewalt und durch Zollabspernungen durchsetzen will; es ist eine Art Imperialismus, der wenigstens in seinen äußeren Formen weniger abstoßend wirken müßte und als Weiterentwicklung in den internationalen Beziehungen angesehen werden könnte.

Hitlers Wandlung

Von Anton Weinzierl (München)

Es ist eigentümlich still geworden um Hitler. Wenn man sich daran erinnert, welch tobsüchtiges Geschrei seine Anhänger erhoben, als er nach seiner Verurteilung vor dem Münchener Volksgericht seine Strafhaft in Landsberg antreten mußte, und welche völkischen Proteststürme im ganzen Reiche ausbrachen, als Hitler am 1. Oktober von der bayerischen Regierung nicht programmäßig aus der Haft entlassen wurde, so fragt man sich jetzt verwundert, wohin all diese laute Begeisterung, diese stürmische Anbetung geraten ist. Alle die nationalsozialistischen Führer, die bei ihren gegenseitigen Zänkereien sich auf die Billigung Hitlers beriefen, sind heute sehr schweigsam. In der nationalsozialistisch-völkischen Bewegung aber herrscht bittere Enttäuschung. Man hatte gehofft, daß es der Autorität Hitlers nach seiner Befreiung gelingen würde, durch ein Wort die zerstörte Einigkeit wieder herzustellen und die allgemeine Zerrüttung in den Parteiorganisationen zu beseitigen. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Hitler hat sich seit seiner Freilassung von der völkischen Bewegung völlig zurückgezogen. Er hat einen offiziellen Empfang durch die Parteigrößen entschieden abgelehnt, hat sich an keiner Parteiveranstaltung in München beteiligt. Er hat lediglich Ludendorff in seiner Villa in Ludwigshöhe bei München aufgesucht, aber auch dieser Besuch ist sehr verschiedenartig kommentiert worden. Es wird jetzt nachdrücklich behauptet, daß ein völliger Bruch zwischen Hitler und Ludendorff eingetreten sei. In den Kreisen der völkischen Führerschaft hat diese Zurückhaltung Hitlers offensichtlich starke Beklemmung hervorgerufen. Der „Völkische Kurier“ schrieb in einem Begrüßungsartikel für Hitler, dessen gedrückter Ton allgemein auffiel, folgendes:

„Man verrät schließlich kein Geheimnis, wenn man offen zugibt, daß die organisatorischen Verhältnisse in der völkischen Bewegung kompliziert sind. Und wenn man weiter zugibt, daß über die Entwicklung der Dinge in weiten Kreisen Unzufriedenheit herrscht. Man darf daher auch nicht von einem Mann wie Adolf Hitler erwarten, daß er mit einem überstürzten Entschluß den gordischen Knoten löst.“

Im weiteren Verlauf des zitierten Aufsatzes wird von der Notwendigkeit der Neuorganisation und Umgruppierung der Bewegung gesprochen und an den Takt Hitlers appelliert, wenn er sich nach sorgfältiger Ueberlegung zu einem Eingreifen entschließen wolle. Weiter wird, ohne Zweifel auf Grund einer persönlichen Erklärung Hitlers, mitgeteilt, daß er in den nächsten Wochen auch innerhalb der Bewegung nicht hervortreten werde.

Aus diesen Aeußerungen läßt sich die ganze Ratlosigkeit und das angstvolle Unbehagen erkennen, das gegenwärtig in den Kreisen der sonst so anmaßenden Reichsführerschaft der Herren v. Graefe — Strasser — Ludendorff über die rätselhafte Zurückhaltung Hitlers herrscht.

In der nationalsozialistischen Bewegung sieht es in der Tat übel aus. Neben der Reichsführerschaft der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, Ludendorff — Strasser — v. Graefe, hat sich eine neue Reichsorganisation unter der Führung von Esser, Streicher und Dr. Dinter

aufgetan, die in Bayern über eine zahlreiche Anhängerschaft verfügt und in Mittel- und Norddeutschland eine eifrige und erfolgreiche Spaltungspolitik betreibt. Daneben führen die völkischen Parlamentsfraktionen in Reichs- und Landtag, die zum Teil über eigene politische Parteiorganisationen in Gestalt der verschiedenen „Völkischen Blocks“ verfügen, ein mehr oder weniger selbständiges Dasein. Endlich besteht noch die völkische Wehrbewegung, die wiederum selbständig ist und im Gesamtbild der nationalsozialistischen Bewegung eine besonders große Rolle spielt. Denn, obwohl man gegen die alten nationalsozialistischen Putschführer Röhm, Brückner, Oswald und so weiter mit großem Apparat ein Hochverratsverfahren eingeleitet hat, sind ihre Organisationen, Frontring und Frontbann, nirgends im Reiche verboten worden, so daß sie bis in die allerletzte Zeit hinein überall ihre Verbände aufstellen konnten. Da diesen völkischen Wehrorganisationen, die sich im Kampf der nationalsozialistischen Richtungen gegeneinander neutral verhalten, und Ludendorff lediglich als militärischen, nicht als politischen Führer anerkennen, die politische Führung völlig fehlt, sind sie in letzter Zeit in die Gefahr geraten, in den großen Topf der deutschnationalen schwarzweiß-roten Verbände geworfen und verschmolzen zu werden, wodurch sie der nationalsozialistischen Bewegung verlorengehen würden.

Diese Entwicklung wird sehr gefördert durch die finanzielle Notlage der nationalsozialistischen Bewegung, da die Wehrorganisationen zur Befriedigung ihrer starken Finanzbedürfnisse mehr und mehr auf deutschnationale, oder doch durch die Vermittlung der Deutschnationalen fließende Hilfsquellen angewiesen sind.

So findet Hitler, nach einjähriger Haft ins politische Leben zurücktretend, die von ihm einst zu großer Machtentfaltung geführte nationalsozialistische Partei in einem völlig chaotischen Zustand wieder. Wem er die Schuld an dieser Entwicklung zumißt, ist schwer zu sagen. Die Zurückhaltung, die er sich auferlegt, ist ein unausgesprochener, aber deutlicher Tadel für die nationalsozialistische Führerschaft. Sie beweist zugleich das Selbstbewußtsein Hitlers, der seinen Einfluß dem aller anderen nationalsozialistischen Größen weit überlegen weiß. Hitler dürfte der Ueberzeugung sein, daß die unter dem Einfluß Ludendorffs und Roßbachs Anfang 1923 zustandegekommene enge Verknüpfung der süddeutschen nationalsozialistischen Bewegung mit der norddeutschen völkischen Bewegung die Ursache alles Uebels ist. Er dürfte einsehen, daß der von Ludendorff eingeschlagene Weg einer militärisch-diktatorischen, zentralen Leitung durch die Reichsführerschaft falsch gewesen ist. Von dem Gedanken einer zentralistischen Reichsorganisation dürfte Hitler, dem immer Süddeutschland und Oesterreich mehr am Herzen lagen als Norddeutschland, endgültig abgekommen sein. Er kommt daher wieder zu einer mehr „föderalistischen“ Einstellung mit größerer Selbständigkeit der Landesorganisationen und wendet sich zugleich von dem Gedanken des parlamentarischen Wirkens nach Art der politischen Partei ab. Es ist charakteristisch, daß Hitler sich in seiner letzten bekanntgewordenen Äußerung scharf gegen das parlamentarische System und gegen die Herrschaft des „Sündenpfuhs“ Berlin ausspricht. Während Hitler mit seinem Bekenntnis zum Antiparlamentarismus lediglich zu seiner ursprünglichen Ueberzeugung zurückkehrt, scheint er sich in seiner Stellung zum Reichsgedanken in einer völligen Neuorientierung zu befinden. Unter dem

Einfluß des aus dem Hitler-Prozeß bekannten früheren Münchener Polizeipräsidenten Pöhner hat sich eine Annäherung Hitlers an den Standpunkt der radikalen bayerischen Monarchisten vollzogen. Er scheint zur Ueberzeugung gekommen zu sein, daß der nationalsozialistische Gedanke sich selbständig im Reich nicht durchsetzen könne, und daß die völkische Revolutionierung Deutschlands von Bayern aus nur durch die Unterstützung der bayerischen Monarchisten und durch die aktive Aufrollung des monarchistischen Problems in Bayern gefördert werden könne. Damit ist Hitler in ein sehr gefährliches Fahrwasser geraten und hat völlig mit seiner Vergangenheit gebrochen. Er streicht die schwarz-weiß-rote Flagge mit dem Hakenkreuz zugunsten der weiß-blau-bayerischen Rupprechtsfahne.

Die Neueinstellung Hitlers dürfte zur völligen Sprengung und Auflösung der nationalsozialistischen Bewegung im Reich führen. Sein starker Einfluß in Bayern ist nicht zu leugnen. Er wird, wenn er wieder aktiv politisch hervortritt, in kürzester Zeit eine starke und stoßkräftige Partei auf die Beine stellen, gleichviel welches Programm er vertritt. Das bedeutet für die großbayerisch-wittelsbachische Partei, die auf dem Sprunge ist, ihre Pläne zu verwirklichen, einen beträchtlichen Zuwachs an Macht, zumal Hitler auch in den österreichischen Grenzlanden über eine zahlreiche Anhängerschaft verfügt. Für den gemäßigten, reichstreuen Flügel der Bayerischen Volkspartei schafft das Einschwenken Hitlers eine sehr bedenkliche Situation. Der Besuch Hitlers bei dem Ministerpräsidenten Held dürfte mit der neuen Lage zusammenhängen. Die gesamte bayerische Politik, die im letzten Jahre von dem Gegensatz zwischen der schwarz-weiß-roten nationalsozialistischen und der weiß-blau-monarchistischen Richtung beherrscht worden war, erhält durch die Wandlung Hitlers ein neues Gesicht. Es bedarf keiner Betonung, daß die neue Lage in Bayern auch vermehrte Gefahren für die Reichseinheit mit sich bringt.

Das Königreich ohne König

Von Alexander Szántó

Es gibt geschriebene und es gibt ungeschriebene Verfassungen. Der zivilisierte Mitteleuropäer erkennt zwar als leuchtendes Beispiel eines ungeschriebenen und dennoch felsenfesten Gesetzes die Verfassung von England an, verläßt sich aber für seinen Teil doch lieber auf die geschriebenen. Ein staatsrechtlich wie politisch gleich interessanter Zwitterzustand besteht nun in Ungarn, wo eine geschriebene Verfassung gegenwärtig nicht besteht, aber auch von einer ungeschriebenen kaum die Rede sein kann, wo vielmehr neben Bruchteilen der alten, vorrevolutionären Konstitution eine Anzahl von Verordnungen, Notgesetzen und anderen Provisorien das verfassungsmäßige Dasein des Staates regelt. Eine kurze Betrachtung dieser komplizierten Verhältnisse erscheint um so mehr angebracht, als sich gerade an dem ungarischen Beispiel die Richtigkeit der Lehre erweist, daß es unmöglich ist, revolutionäre Umwälzungen einfach ungeschehen zu machen und nach rückwärts zu korrigieren.

Die ungarische Gegenrevolution hat es seit Aufrichtung ihrer Herrschaft nicht an Versuchen fehlen lassen, ein Verfassungswerk zustande zu bringen, das möglichst genau der alten Konstitution des mit Oesterreich verbunden gewesenen Königreiches Ungarn angenähert sein sollte. Die Errungenschaften der Revolution vom Oktober 1918 beabsichtigte man rückgängig zu machen, insbesondere den verwaisten Königsthron neu zu besetzen, das allgemeine Wahlrecht wieder abzuschaffen und ein neues Oberhaus zu bilden. Diese Pläne sind gescheitert, — einmal, weil es nicht möglich war, die verschiedenartigen gesellschaftlichen Elemente, aus denen sich die jetzt zur Herrschaft gelangten Klassen zusammensetzen, auf eine gemeinsame Linie zu bringen, zum anderen aber, weil die der reaktionären Entwicklung sich entgegenstehenden Kräfte immer noch stark genug waren, die restlose Wiederkehr des „ancien régime“ zu verhindern.

Aus der alten Verfassung ist die Bestimmung herübergenommen, daß Ungarn ein Königreich ist. Diese Bestimmung ist international anerkannt worden, indem die Entente den Friedensvertrag von Trianon mit der „Monarchie“ Ungarn abschloß. Aber diese Monarchie ist bis zum heutigen Tage ohne Monarchen geblieben. Das Bestreben, die Königsfrage auf gesetzlichem Wege zu regeln, scheiterte, weil unter den royalistischen Parteien ein Streit der Thronprätendenten entbrannte; die illegalen Versuche der Legitimisten aber, den inzwischen verstorbenen Karl von Habsburg auf den Thron zu setzen, sind, wie bekannt, infolge innen- und außenpolitischer Widerstände mißglückt. Augenblicklich ist die Frage der Staatsform durch folgende drei nebeneinander bestehende Gesetze geregelt: die bereits erwähnte Bestimmung, daß Ungarn ein Königreich ist, die zudem durch richterliche Entscheidungen der höchsten Instanz bekräftigt wird; ein Gesetz, das auf Drängen der Kleinen Entente nach dem zweiten Karl-Putsch von der Nationalversammlung angenommen wurde und eigentlich eine rein negative Bestimmung enthält, nämlich die Absetzung der Habsburger; schließlich ein Gesetz, das Horthy für unbestimmte Zeit zum Reichsverweser erklärt.

Noch viel unklarer liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der konstitutionellen Rechte der Staatsbürger. Im Prinzip besteht das parlamentarische System, dessen praktische Auswirkungen aber bisher durch eine Verfälschung des Volkswillens illusorisch gemacht wurden. Im Jahre 1920 wurde allerdings auf Grund eines allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts die erste Nationalversammlung gewählt, doch stand gerade zu jener Zeit der weiße Terror auf seiner höchsten Blüte, so daß von wirklich unbeeinflusster Stimmabgabe keine Rede sein konnte und infolgedessen die Sozialdemokratische Partei sich überhaupt nicht an den Wahlen beteiligt hat. Aufgabe der so zustande gekommenen Nationalversammlung sollte es nach dem Willen der Regierung u. a. sein, ein neues Wahlrecht zu schaffen. Diese Aufgabe ist nie gelöst worden. Die Beratungen zogen sich in die Länge, eine Einigung war nicht zu erzielen, weil die freiheitlich gesinnte Opposition sich jeder Beschränkung des Wahlrechtes aufs äußerste widersetzte und im Frühjahr 1922 setzte die Regierung von sich aus durch einen Gewaltstreich ein neues Wahlgesetz in Kraft, das einen gewaltigen Schritt nach rückwärts bedeutete. Sowohl das Stimmrecht wie die Wählbarkeit wurden stark eingengt; die geheime Wahl blieb nur in den großen Städten bestehen,

auf dem flachen Lande, d. h. für 78 Prozent aller Wahlberechtigten wurde die öffentliche Stimmabgabe wieder eingeführt. Damit war den in Ungarn ja von jeher üblichen Methoden der Wahlbeeinflussung Tür und Tor geöffnet und es konnte nicht wunder nehmen, daß die nunmehr neugewählte zweite Nationalversammlung wieder eine sichere Mehrheit für die Regierung aufwies. Immerhin war es diesmal, nachdem die schlimmsten Auswüchse des weißen Terrors beseitigt waren, möglich gewesen, auch 25 sozialdemokratische Abgeordnete durchzubringen. Diesen gelang es, im Verein mit der bürgerlichen Linken, alle Pläne des Kabinetts Bethlen, das reaktionäre Wahlrecht parlamentarisch zu sanktionieren oder sogar durch ein noch rückschrittlicheres zu ersetzen, von vornherein zu vereiteln. Ebenso mißlangen die wiederholten Versuche, eine Gesetzesvorlage betreffend die Wiedereinführung eines Oberhauses durchzupetschen. Bis auf den heutigen Tag fehlen also in Ungarn gesetzliche und verfassungsrechtliche Bestimmungen, die den Anteil der Staatsbürger am politischen Leben klar umschreiben.

Bei einer derartigen Unklarheit der staatsrechtlichen Verhältnisse konnte es nicht ausbleiben, daß auch die tatsächlichen politischen Zustände höchst verworrene geblieben sind. Die Frage, wer eigentlich in dem Königreich ohne König, in dem Staat ohne Verfassung faktisch regiert, ist nicht ohne weiteres zu beantworten. Gewiß sind die Zeiten vorüber, wo der weiße Terror unumschränkt herrschte und das jeweilige Kabinett nur eine Marionette in den Händen der Offiziersdetachements war. Aber ebenso sicher ist es, daß die Aufrichtung einer zentralen, autoritären Regierungsgewalt bisher noch nicht völlig erreicht ist. Die Anweisungen des Kabinetts werden immer noch durch die unteren Exekutivorgane, durch die Justiz und vor allem durch die im Verborgenen wirkenden „rasseschützerischen“ Elemente, deren Verbindung nach wie vor bis in die höchsten Spitzen des Staates reichen, sabotiert und durchkreuzt. Die persönliche Freiheit der Staatsbürger ist nicht gewährleistet. Ein Beispiel dafür: Dem sozialistischen Emigranten Weltner wurde anläßlich der letzten Amnestie von der Regierung feierlich zugesichert, daß er außer Verfolgung gesetzt werde und ungehindert nach Budapest zurückkehren dürfe. Kaum war Weltner im Vertrauen auf diese amtliche Zusage eine Woche lang wieder in der Heimat, als ihn der Untersuchungsrichter vorführen ließ und ein neues Strafverfahren gegen ihn eröffnete. Umsonst griff das Kabinett ein, vergeblich legte sich der Justizminister selbst ins Mittel — die Justizbehörden nahmen von den Zusagen, Anordnungen und Drohungen der Regierung gar keine Notiz, handelten — gedrängt von den hinter ihnen stehenden Rechtsradikalen — auf eigene Faust und so steht Weltner auch heute noch unter Anklage. Die Regierung ist von ihren eigenen Organen desavouiert und wortbrüchig gemacht worden — das einzige, was sie durchsetzen konnte, ist, daß von einer Inhaftnahme Weltners vorläufig Abstand genommen wurde.

Wie kann dieses verfassungsrechtliche Chaos und diese politische Anarchie überwunden werden? Wo sind die Kräfte, die das ungarische Volk aus den Wirren von Revolution und Gegenrevolution heraus wieder auf den Boden gefestigter Staatlichkeit führen können? Die gegenrevolutionären Kräfte haben den Beweis ihrer Unfähigkeit dazu erbracht. Ihr Weg nach rückwärts führt trotz aller Anstrengungen nicht zu dem

von ihnen erstrebten Ziel: zur Wiedererrichtung des Feudalstaates mit einem willfährigen Monarchen an der Spitze — das haben die fünf Jahre der Reaktion zur Genüge gezeigt. In diesen Jahren hat es sich erwiesen, daß die Ideale des ungarischen Volkes nicht die der Vergangenheit, sondern die der Zukunft sind. Den Weg zu ihnen weisen die republikanischen Elemente, die — niedergeschlagen, aber nicht vernichtet — die Hoffnung großer Schichten der ungarischen Arbeiterschaft und des freiheitlich gesinnten Bürgertums bilden. Heute noch leben sie desorganisiert, verfolgt, teilweise im Gefängnis — viele landesflüchtig in alle Welt zerstreut. Morgen vielleicht schon werden sie berufen sein, die Geschicke des Landes wieder in die Hand zu nehmen und aus dem Königreich, das keinen König bekommen kann, einen Freistaat zu machen, der keinen König braucht.

Trotzki, der rote General

Die Lehren eines Putschisten

Von Fritz Tejessy

Der Beruf färbt auf den Menschen ab. Dem Schneider beugt das Nähen den Rücken, und der Förster kann auch vor dem lieblichsten Walde die Ertragfähigkeit des Forstes nicht übersehen. Leo Trotzki war durch mehr als sieben Jahre Generalissimus der russischen Roten Armee, und wenn er jetzt Schlüsse aus den revolutionären Ereignissen während seines wechselvollen Lebens zieht, dann sieht er immer wieder nur Bajonette und Soldaten, illegale Verbände, Verschwörungen und Barrikadenkämpfe, als ob die Geschichte nicht mehr wäre als eine eintönige Folge blutiger Kämpfe zwischen Völkern und Klassen untereinander, wobei es immer Sieger und Besiegte gibt.

In der Laubschen Verlagsbuchhandlung in Berlin ist das neue Buch Leo Trotzki's „1917, die Lehren der Revolution“ erschienen, dem es der Verfasser verdankt, daß er von seinen Widersachern in der Partei, der Troika Sinowjew, Stalin, Kamenew, von seinem Posten als Generalissimus enthoben wurde. Die Schrift hat also zweifellos historische Bedeutung, eben wegen dieser Wirkung, nicht aber wegen des Gezänks Trotzki's mit der bolschewistischen Parteileitung, der er nicht mehr und nicht weniger vorwirft, als daß sie aus Leuten besteht, die 1917, als er gemeinsam mit Lenin in kühnem Handstreich die Oktoberrevolution „machte“, Bremser waren, also die revolutionären Notwendigkeiten der Zeit nicht erkannt, sich aber — und das deutet Trotzki nur leise an, denn unter der bolschewistischen Diktatur des Proletariats muß man vorsichtig sein — nach geglücktem Putsch an die Spitze gestellt hätten, soweit das neben Lenin und Trotzki möglich gewesen war. Trotzki bringt Zitate des Kamenew von 1917, in denen ein ähnlicher demokratischer Auslauf der Revolution verlangt wird, wie ihn in Deutschland später im Kampf gegen Spartakus die deutsche Sozialdemokratie gesichert hat. Man kann sich denken, daß den Herren Sinowjew, Stalin und Kamenew ein solcher Vorwurf nicht eben angenehm gewesen sein dürfte, und so erging gegen den auf seinen revolutionären Ruhm eitlen Frevler der Bannfluch, der an Deutlichkeit den Fluchbullen der mittelalterlichen Päpste nicht nachsteht. Der Generalissimus Trotzki ist erledigt. Für

den, der in der bolschewistischen Diktatur des Proletariats nie etwas anderes sah als die maßlose Machtorgie eines Parteiklüngels, ist der Sturz Trotzki's nur soweit verwunderlich, als es sich um den Oberbefehlshaber der Roten Armee handelt, dem man mehr Macht gegenüber der Troika zugemutet hatte. Denn woher soll eine Hemmung für die Herrschgelüste kommen, wenn die Demokratie ausgeschaltet ist und der Parteiapparat unter dem Druck des Staates steht, dessen Spitze die Parteiführer bilden? Es ist an und für sich schon verwunderlich, daß in Sowjetrußland die Ausschaltung der Kritik noch nicht zu größerer Korruption geführt hat.

Das Lehrreiche an Trotzki's Buch ist die Art, wie der kommunistische Verfasser die Dinge sieht und welche Schlußfolgerungen er für Deutschland und die verunglückten Kommunistenputsche des Jahres 1923 glaubt ziehen zu dürfen. Da erscheint die kommunistische Anbetung der Gewalt, der so viele tausende Arbeiter nutzlos ihr Blut geopfert haben, im Gewande des wissenschaftlichen Marxismus als „Leninismus“ und fordert zur Auseinandersetzung heraus.

Trotzki's A und O ist die Vorbereitung des bewaffneten Kampfes um die Macht, das Problem der Machtergreifung durch das Proletariat ist ihm vor allem ein militärisches Problem. Die deutsche Arbeiterschaft hat schon schauernd erlebt, zu welchen Irrsinnstaten diese schiefe Anschauung von proletarischem Klassenkampf geführt hat. Der siegestrunkene Generalissimus sah im unterworfenen Sowjetrußland keine Wirkungsmöglichkeiten mehr, und um dem tragischen Schicksal der Unruhischen Offiziere, dem Immer-nur-Vorbereiten, zu entgehen, wurden kommunistische Vortrupps in allen möglichen Ländern zum Kampf um die Macht angesetzt, mit derselben Lässigkeit, mit der Generalstäbler beim Kriegsspiel ihre Steine setzen. Die Kräfte der Gegner wurden von Moskau aus abgeschätzt und dabei so falsch eingeschätzt, daß die hochweise kommunistische Leitung im Oktober 1923, dem Höhepunkt der Ludendorfferei, trotz einer konsolidierten Reichswehr und demokratisch verlässlichen preußischen Schutzpolizei die Voraussetzungen für erfolgreiche Putsche der deutschen Kommunisten gegeben glaubte. Hunderte Arbeiter büßten diesen Wahnsinn mit Leben oder Freiheit, aber es gibt trotzdem noch heute Leute, die sich für geistreich halten und doch nicht einsehen, daß das kommunistische Fiasko nicht etwa die Folge einzelner kommunistischer Fehler war, sondern der absoluten Aussichtslosigkeit eines proletarischen Putsches im Jahre 1923 entsprang.

Nach Trotzki kann das Proletariat in einem elementaren Aufstand die Macht nicht erringen, sondern es muß für den Bürgerkrieg geschult werden, wenn es erfolgreich sein will. Deshalb nennt er auch mit seltener Offenheit den Bolschewismus „ein System revolutionärer Erziehung zum proletarischen Umsturz“. Kein Wort von ökonomischer Entwicklung in dieser Begriffsbestimmung des Bolschewismus, keine Ueberlegung, daß man sich auf Bajonette nicht setzen kann, daß sich hinter der Machtergreifung das viel größere Problem der Erhaltung und der Nützung der Macht emporreckt, nichts von alledem. Wie ein Berserker will dieser kommunistische General mit Blut und Eisen die Welt aus den Angeln heben, und das Proletariat, soll heißen: eine Handvoll Leute, zur Macht führen. Der kommunistische Revolutionär schlägt die Fensterscheiben ein, und mag auch der Eingang durch zehn

Türen offenstehen, er wählt den Weg durchs eingeschlagene Fenster; Keine blasse Ahnung schimmert dem russischen Putschisten von der reifen Erkenntnis des alten Kautsky, daß Revolution und Reform keine Gegensätze, sondern aus verschiedenen politischen Verhältnissen geborene Notwendigkeiten des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse sind. Er ist ein schlechter Schuster, der alle Schuhe auf einen Leisten schlägt!

„Das System revolutionärer Erziehung zum proletarischen Umsturz“, wie Trotzki den Bolschewismus bezeichnet, wird selbstverständlich ohne Lehrbücher nicht auskommen, und so wird uns wohl die nächste Zukunft, da Trotzki in dieser Frage jetzt kaum im Gegensatz zur Troika stehen dürfte, die Felddienstordnung und das Exerzierreglement für die deutschen Kommunisten bringen. Damit wird der notwendige Schritt getan sein, um jene Kampfmittel, die möglicherweise gegen den feudalen Absolutismus der tibetischen Lamas geeignet sein mögen, zur Freude aller Staatsanwälte auf Mitteleuropa zu übertragen.

Erfolg ist ein gefährliches Gift. Der Handstreich Lenins und Trotzkis im Oktober 1917 ist geglückt. Um das Haupt der siegreichen Putschisten flieht sich allzu flink der Lorbeer. Bei den russischen Bolschewiken wird aber doch allzuoft übersehen, daß sie ein eben erst geborenes demokratisches Staatswesen über den Haufen rannten, daß sie anknüpfen konnten an einen kaum beseitigten Absolutismus, der den allergrößten Teil des Volkes in Stumpfheit gehalten hatte, daß der Bauer das Volk Rußlands darstellt und trotzdem bei Rußlands geringer Industrialisierung den Erfolg des Handstreichs in Petersburg und Moskau den Erfolg in ganz Rußland bedeutete. Die Armee im Schützengraben war durch die vorhergegangenen revolutionären Erschütterungen gegen neue Umwälzungen in der Heimat so gleichgültig geworden, daß die Bolschewiken Zeit hatten, die Frontsoldaten agitatorisch zu gewinnen. Und trotz der besonders günstigen Verhältnisse sind die Bolschewiken ökonomisch gescheitert. Zwar sind neue Besitzverhältnisse auf dem Lande eingetreten, eine bäuerliche Revolution hat sehr gegen den Willen der kommunistischen Leitung aus dem Großgrundbesitz bäuerlichen Besitz geschaffen, doch die Vernichtung der Industrie konnte bisher nicht überwunden werden. Mit den ursprünglichen ökonomischen Grundsätzen der bolschewistischen Revolution hatte noch Lenin Schluß gemacht, doch die neuen Leitsätze haben, trotzdem sie die meisten bolschewistischen Forderungen preisgeben, an dem Darniederliegen der russischen Produktion auch nichts ändern können, da es in Rußland mehr an Kapital als an Grund- und Leitsätzen fehlt, das kapitalistische Ausland aber wenig Neigung zeigt, den Bolschewiken, die sich im Ungültigerklären von Schulden groß gezeigt haben, Geld zu leihen. Es rächt sich eben die grundfalsche Einstellung, die im Kampf der Arbeiterschaft immer vor allem ein militärisches und viel zu wenig ein ökonomisches Problem sah.

Trotzkis Buch gibt noch nicht das ersehnte Feld- und Exerzierreglement für die proletarische Revolution. Dafür empfiehlt es, die „Anschauungen über die Revolution“ nicht gegeneinander auszuspielen, sondern getrost die Revolution zu unternehmen, die ja dann schon eine praktische Klärung der — Anschauungen herbeiführen würde, „wie ja auch die Schwimmethoden sich am leichtesten durch den Sprung ins Wasser erproben lassen“. Trotzki enthüllt damit einen Zynismus im Einsatz von

Menschenleben, der der europäischen Arbeiterbewegung bisher glücklicherweise in ihren demokratischen Elementen fremd geblieben ist.

Das Buch Trotzki zeigt deutlich, wie die Bolschewiken über die veraltete Krisentheorie noch immer nicht hinausgekommen sind und sich noch immer an jenem jungen Marx berauschen, der über die Romantik der Barrikadenkämpfe von 1848 noch nicht hinausgewachsen war. Trotzki sagt wörtlich:

„Mit Lenin wiederholen wir oft die Worte Marx', daß der Aufstand eine Kunst ist. Dieser Gedanke aber wird zur leeren Phrase, wenn die Formulierung Marx' nicht gleichzeitig durch das Studium der Grundelemente der Kunst des Bürgerkrieges auf Grund der gigantischen Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren gesammelt haben, Inhalt gegeben wird.“

Bei solcher Einstellung kann es nicht wunder nehmen, daß die Bolschewisten fast jede Gelegenheit zum Putschen — sie sagen proletarischer Umsturz oder Bürgerkrieg — für geeignet halten, und wenn es schief geht, den Fehler bloß in der Durchführung suchen oder das Ganze sogar als aussichtsloses, aber notwendiges Manöver ansehen zur Schulung der kommunistischen Mannschaften und Offiziere, wobei es sie nicht beschwert, ob sie Arbeiterleben als Verlust buchen müssen. So erklärt es sich auch, daß sie auch heute noch nicht die Tatsache zugeben, daß ein bolschewistisches Deutschland im Jahre 1919 zum sofortigen Einmarsch der Ententetruppen und damit zum Verfall des Reiches geführt hätte, daß der kapitalistische Westen mit einem bolschewistischen Deutschland niemals Frieden geschlossen hätte, weil das deutsche Volk eben durch seine Lage den feindlichen Armeen viel mehr preisgegeben war als Rußland mit seinen endlosen Ebenen, und daß vor allem im Jahre 1919 die Fortsetzung der Blockade in Deutschland zu einer Ernährungskatastrophe geführt hätte, der gegenüber auch die Millionen Hungerleichen Sowjetrußlands nur eine Episode gewesen wären. Die bolschewistische Theorie rechnet noch heute mit einem Staatsapparat, „der sich im Zustande des fortschreitenden Zerfalls befindet“, und glaubt daher, durch Teilaktionen diesen Zerfall beschleunigen zu können. Sie sieht nicht, daß gerade die soziale Entwicklung zu einer ungeheuren Erweiterung der staatlichen Funktionen geführt und dadurch die Anteilnahme gerade der Arbeiterklasse an der Erhaltung auch des Staatsapparats erhöht hat. Trotzki ist bei seinen Voraussagen nicht zimperlich. Der Bürgerkrieg in Rußland dauerte drei Jahre. Für West- und Mitteleuropa verspricht Trotzki „viel größere Mühen“, das heißt, mindestens zehn Jahre Bürgerkrieg, bevor die kommunistische Diktatur als gesichert anzusehen sein dürfte.

Das Dezennium seit 1914 war wie eine Sturmflut über die Erde gebrast. Die nächste Zukunft wird ruhiger sein. Die Kräfte der Völker und Klassen werden sich unter neuen Voraussetzungen entwickeln, und niemand wird leugnen können, daß der Kampf der deutschen Arbeiterschaft unter günstigeren Bedingungen geführt werden wird als im Polizeistaat Wilhelms II. Demokratische Entwicklungsmöglichkeiten versperren aber putschistische Methoden, denn niemand wird durch zehnjährigen Bürgerkrieg versuchen können, was ohne Blut und Eisen, ohne Barrikaden und kommunistische Diktatoren zu erreichen ist — wenn die Arbeiterbewegung den Bolschewismus als nicht einmal neue Irrlehre durchschaut.

Von Marx bis Spann

Von F. O. H. Schulz, Halle

Krieg und Revolution haben nicht nur gesellschaftliche Umwälzungen von heute noch nicht übersehbarer Größe hervorgerufen, sie haben auch in den Gehirnen gewisser Zeitgenossen Verwüstungen angerichtet, die jede Aussicht auf geistige Reparation verschwinden lassen. Zu den also Betroffenen gehört nicht in letzter Linie der Professor der politischen Oekonomie und Gesellschaftslehre der Universität Wien, Dr. Othmar Spann, der vor einigen Monaten ein Buch unter dem Titel „Der wahre Staat“ (Verlag Quelle & Meyer, Leipzig) in zweiter Auflage herausgegeben hat mit dem Untertitel „Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft“. Das Werk stellt eine Sammlung von Vorträgen dar, die „im Sommersemester 1920 an der Wiener Universität inmitten einer politisch hocherregten Hörerschaft gehalten wurden, in welcher Sozialisten aller Art und Farbe in der Ueberzahl waren“, so schreibt Spann in seinem Vorwort. Und im zweiten Abschnitt desselben Vorwortes fügt er hinzu, daß „das Streitbare an den Auseinandersetzungen des Buches nicht das Wesenhaft-Erste sein soll, zumal Aufklärung, Liberalismus, Demokratie, Marxismus trotz ihres lärmenden Gehabens heute schon schwach, ja zu Tode getroffen sind.“ Der Verfasser des Buches tut sich selbst unrecht, wenn er meint, daß das „Wesenhaft-Erste“ in dem nicht „Streitbaren“ in der „Erweckung“ und „Anwendung“ gesellschaftlicher „Einsicht“ bestehe. Er merkt scheinbar nicht oder will es nicht merken, daß der Tenor des Gesamtbuches im Kern auf eine mehr oder weniger gewaltsame Hetze gegen den immer weiter um sich greifenden marxistischen Ideenkreis und dessen Urheber, den Juden Marx, gerichtet ist. Obwohl Spann nicht den Mut aufbringt, die völkisch-antisemitische Triebfeder seines Hasses zu zeigen, ist seine Fähigkeit, sich zu verbergen, doch so gering, daß der eindeutig blinde Fanatismus dieses „objektiven Gelehrten“ keinen Zweifel über seine Mentalität gestattet. Vorerst eine Kostprobe:

„Der Marxismus ist als Verrat an der Wahrheit entstanden, als Sturz des Erzengels, als Abfall von dem erhabenen Kant-Fichte-Hegelschen Idealismus zu rohem Positivismus und Materialismus. Marx ist aus dem Paradies des großen deutschen Idealismus herausgegangen und hat sich auf den Feuerbach-Büchner-Darwinistischen Misthaufen gesetzt. Marx hat in Wahrheit von Hegel nichts gelernt; er hat Hegel nie verstanden; er ist der herzlose karge Aufklärer und Mechanist von der vierschρόtigen Sorte geblieben.“

Und mittelbar darauffolgend erklärt Spann:

„Als Fachmann gesehen, kann er (Marx), gewissenhaft beurteilt, nicht als ein wahrhafter Kenner bezeichnet werden; er ist Dilettant in der Volkswirtschaftslehre wie in der Philosophie geblieben, und mehr konnte er auch nicht werden, weil er kein redlicher Denker war.“

Mehr ist also nicht zu verlangen. Nachdem sich der Kreis des marxistischen Ideengehalts die halbe Welt erobert hat, nachdem Volkswirtschaftslehre, Gesellschaftslehre, Geschichtswissenschaft und Philosophie eingestandener- und uneingestandenermaßen an den Forschungs- und Denkergebnissen des marxistischen Geistes teilgenommen haben, nachdem die wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus mit allen

ihren geistigen Nebenerscheinungen sich im großen und ganzen genommen auf den von Marx mit genialem Seherblick vorausgeschauten Linien bewegt hat und zum Teil noch bewegt, kommt Herr Othmar Spann, ein ebenso ordentlicher Mann wie ordentlicher Professor, und erklärt, daß dieser Marx gar kein Fachmann, gar kein Kenner, gar kein redlicher Denker gewesen sei und Zeit seines Lebens auf einem wissenschaftlichen „Misthaufen“ gesessen habe. In der Tat: nur ein „redlicher Denker“ aus Wien, nur ein „Fachmann“ kann so dozieren. Spann würde auch in der Düngerpraxis als „wahrhafter Kenner“ bezeichnet werden müssen. Ehre, dem Ehre gebührt! Wie es jedoch in seiner Gesellschaftskritik und seiner Beurteilung der Gesellschaftstheorien aussieht, das wollen wir jetzt an seinem trefflichen Buch nur kurz erörtern.

Es ist kein Wunder, daß der Spann von gestern nicht klüger als der Sombart von heute ist und im Klassenkampf eine teuflische Erfindung besagten Karl Marx' erblickt. Dieser Klassenkampf gehört zu dem „unsachverständigen dilettantischen Gedankengebäude“, das Marx errichtet hat. Herr Spann läßt denn auch richtig aus, um seinen wissenschaftlichen Widersacher „mit geradezu zermalmender Wucht zu zerschmettern“. Nach Marx sei das Denken und Gemüt des Menschen „rein nichts anderes als eine Abspiegelung, eine eindeutige mathematische Funktion der Umwelt“. „Umwelt“, sagt Spann, „ist schon ein rein geistiger Begriff, eine geistige Schöpfung, denn zur Umwelt wird mir wohl nur das, was ich erstens selbst geistig erkenne und empfinde, und zweitens als bedeutsam für mich davon auswähle. Ob ich einen Boden zu Jagd, Ackerbau oder Weinbau verwende — nur ich bin es, der ihn zu solcher jagdlicher usw. Umwelt stempelt, ihm seinen besonderen Milieuwert verleiht.“ Wenn wir Spann recht verstehen, so kann er aus Lehm Boden Sandboden machen und umgekehrt. Seine Milieuwert-Fähigkeiten sind ebenso groß und bewunderungswürdig wie sein Vermögen, geistige Systeme auf den Kopf zu stellen.

Aus welchem vorsintflutlichen Blütenschatz verkrüppelter Marx-Zitate Spann seine Kenntnisse über den geschichtlichen Materialismus geschöpft hat, gibt er weder in Fußnoten noch in einem Quellenverzeichnis an, wie es überhaupt ein Charakteristikum dieses Buches der „reinen Wahrheit“ ist, daß dem Leser Quellenverzeichnisse freundlichst vorenthalten werden. Die „mathematische Funktion der Umwelt“, die Marx konstruiert haben soll, bleibt also nach Geburt und Abstammung in wohlthuendes Dunkel gehüllt.

Nun haben zwar weder Marx noch Engels ihr System des historischen Materialismus zusammenfassend dargestellt, nichtsdestoweniger geht ihre Auffassung über die gegenseitige Durchwirkung des Materiellen und Ideellen aus Hunderten von Stellen ihrer Schriften und Briefe doch so eindeutig hervor, daß man von einem Marx-Kritiker zumindest verlangen dürfte, einige Kenntnis von der tatsächlichen marxistischen Auffassung über die Rolle des Ideellen in der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens der Menschheit zu besitzen. Engels bemerkt in einem Brief vom 21. September 1890, abgedruckt im Sozialistischen Akademiker (1. Jahrg., S. 352), ausdrücklich, daß die Behauptung, das ökonomische Moment sei nach der Darstellung des historischen Materialismus das einzig Bestimmende in der Geschichte der Produktion und der Reproduktion des wirklichen Lebens, eine Verdrehung bedeutet,

und die diesbezüglichen Sätze der marxistischen Geschichtsauffassung in nichtssagende, abstrakte, absurde Phrasen verwandelt.

Aber Spann kann noch besser. Nachdem er Marx geistig getötet, ist er verpflichtet, seinen eigenen Geist zu etablieren, und das tut er mit einem Stich ins Geniale folgendermaßen: „Die Lehre vom Ueberbau und Unterbau mutet in der Geschichtsphilosophie an wie jenes platte Vegetarierum, das sich als Weltanschauung gibt.“ Die Anspielung auf das Vegetarierum läßt erkennen, daß unser Professor sich gern in den Sphären der geistigen Unterernährung tummelt. Er ist ein Grotteskkünstler. Mit der Fertigkeit indischer Fakire unterschiebt er Marx die Behauptung, daß „der Ideengehalt der Zeiten nur Klassenideologie“ sei. Um Marx zu erschlagen, zitiert er die Kreuzzüge, die Renaissance, den Humanismus und die Reformation, alles alte Ladenhüter, die in den Darstellungen namhafter sozialistischer Wissenschaftler längst vorteilhaft ausverkauft und deren ökonomische Grundlagen bzw. Entwicklungsgesetze bereits zu einer Zeit festgestellt worden sind, zu der Herrn Othmar Spann Marx noch nicht einmal Hekuba wie heute war. Entweder ignoriert der Wiener Professor die sozialistische Literatur oder aber er kennt sie nicht. Seine Methoden können in beiden Fällen den Anspruch auf „unabhängige wissenschaftliche Forschung“ erheben.

Je weiter man die Marx-Kritik dieses Mannes verfolgt, desto einwandfreier stellt man fest, daß der „Kritiker“ weder von Marx noch von Engels die wesentlichen Teile ihrer wissenschaftlichen Persönlichkeiten kennt. Und so kommt er denn auch mit dem frisch-fröhlichen Zuge seines völkischen Gemüts vollkommen aus und schüttelt sich die Entthronung der beiden großen Dioskuren nur so aus dem Handgelenk. Zum Beispiel: „Marx und Engels haben sowohl von Wirtschaftsgeschichte wie von politischer und Geistesgeschichte zu wenig gewußt, um ihre materialistische Auffassung auch nur in den größten Zügen am Gange der Weltgeschichte belegen zu können. Es mangelte auch hier einfach an dem Unentbehrlichen, das durch Scharfsinn und journalistisches Geschick nicht ersetzt werden kann, an den Kenntnissen.“

Da darf man füglich sagen, Herr Spann ist der berufene Gesellschaftslehrer, und die Wiener Universität hat einen guten Griff getan, als sie diesen „Kritiker“ auf den Lehrstuhl der politischen Oekonomie und der Gesellschaftslehre setzte. Wenn wir boshaft wären, könnten wir Herrn Spann getrost und ohne eine Spur von Uebertreibung als soziologischen Parterreakroben bezeichnen. Wir würden zu solcher Boshaftigkeit durch folgenden Satz seiner „wissenschaftlichen Erkenntnis“ leicht verleitet werden können: „Ein grundlegender Irrtum Marx' ist sodann, daß Klassengliederung auch Klassenkampf bedeute. Auf solche Weise die Geschichte zu erklären, ist ebenso irrsinnig, wie wenn man die Familie aus den ‚Gegensätzen‘ oder ‚Kämpfen‘ zwischen Vater, Mutter, Brüdern, Schwestern erklärte.“ Wir dürfen schon gestehen, daß dieser Vergleich der erste in der Geschichte ist, der nicht hinkt. Er ist aber auch danach. Kommentar wird kaum verlangt werden.

Falls alle Stränge seiner Marx-„Kritik“ reißen sollten, hat unser Professor von der schönen blauen Donau jedoch noch zwei besondere haltbare Rettungsseile: Buddha und Jesus, die „auch am meisten Geschichte gemacht“ haben, und zwar deswegen, weil das Geistige ihnen Ziel und Führer, das Wirtschaftliche ihnen jedoch nur

Mittel und Diener war. So verlockend es auch ist, Spann in das Labyrinth seiner „Geistigkeiten“ zu folgen, so wenig lohnt es sich, in einer sozialistischen Schrift diese Sorte von Gelehrsamkeit zum 999. Male totzuschlagen. Wir lassen darum nur noch zwei Glanznummern des monströsen Buches folgen, um zu zeigen, wieweit die geistige Verirrung eines Mannes gedeihen kann, der an die Stelle unabhängiger Forschung und ernsthaften Strebens nach Objektivität die fanatische Wut des von der Entwicklung Erdrückten setzt. Wie könnte das deutlicher als in folgender Stelle zum Ausdruck kommen: „Jeder, der die deutsche klassische Philosophie wirklich kennt, wird mir darin beistimmen müssen, daß Marx Hegel nie verstanden hat.“

Da kein Widerspruch erfolgt, können wir das Porträt des Wiener Freundes zum Schluß vervollständigen. Im Verfolg seiner widersinnigen Darstellung der „mechanistischen“ Weltauffassung Marx', fragt Spann seine Leser: „Kann man in der theoretischen Mechanik, kann man in der Chemie, kann man in der Maschinenwissenschaft ‚dialektische Methoden‘ anwenden? Wollte man eine Maschine nach dem Gesetz bauen, einem Hebel müsse ein Non-Hebel, diesem eine Synthesis der beiden folgen — könnte man da jemals eine Maschine zusammenbringen, die geht?“

Es ist keine Uebertreibung, wenn wir schließlich erklären, daß Marx bisher auch von den böswilligsten Ignoranten der Gesellschaftskritik nicht so blöde dargestellt worden ist, wie von Othmar Spann. Denken wir dazu an den „Feuerbach-Büchner-Darwinistischen Misthaufen“ zurück, auf dem Spann in seiner Vorstellung Marx ständig sitzen sieht, so erhellt daraus, daß wir es in dem vorliegenden Buch, zumindest aber in seiner „Kritik des Zeitgeistes“, mit einem Machwerk übelsten Genres zu tun haben, das mit Gesellschaftswissenschaft aber auch rein gar nichts zu tun hat. Bedenkt man weiter, daß dieser Zeitgenosse auf ein junges, gesellschaftswissenschaftlich unberührtes Menschenmaterial als Hochschullehrer losgelassen wird und ihm nebenher auch den Glauben an die „objektive Forschung“ beibringt, so faßt einen, gelinde gesagt, ein Schauer über den Tiefstand des Geisteslebens und den sittlichen Verfall gewisser Hochschulkreise, die ihre Aufgabe in der Statthalter-schaft von Ueberlebtem und von phosphoreszierender Zeitfäule erblicken.

Dieser Artikel sollte dem Zweck dienen, ein besonders leuchtendes Exemplar dieser Sorte von Statthaltern vorzuführen.

Entwurf zu einer Geistesgeschichte

Von Dr. Werner Peiser

Wir haben uns nicht erst seit Spengler daran gewöhnt, neben der zeitlichen Betrachtung des Ablaufs der Dinge eine Konstellation nach anderen Gesichtspunkten nicht nur für möglich zu halten, sondern zum Zweck wissenschaftlicher Betrachtung praktisch zu verwenden. Mehr und mehr lernen wir darauf zu verzichten, in wohlgeordneter Reihenfolge dem ägyptischen Zeitalter die griechische Epoche, ihr das römische Altertum und diesem die folgenden Zeitalter unter der geistlosen Bezeichnung des „Mittelalters“ und der „Neuzeit“ folgen zu lassen. Wir sind uns klar darüber geworden, daß eine solche Einteilung, nimmt man

die Weltgeschichte nicht allzu relativ, sondern, wenn auch nur in bescheidenem Umfange, *sub specie aeternitatis*, an ihrer eigenen inneren Unbegründetheit scheitern muß. Weshalb setzen wir die sogenannte Neuzeit mit irgendeinem bestimmten Termin, sagen wir mit der Entdeckung Amerikas, an? Doch nur, weil wir ein paar hundert Jahre später leben und doch durchaus modern sein möchten. Weil wir die Aufklärung erlebt haben und weil es doch unmöglich ist, einen Kant oder einen Voltaire zu den finsternen Geistern des Mittelalters zu zählen. Aber betrachten wir die Dinge mit den genial-spöttischen Augen eines Shaw, wie er selbst dies in seinem „Zurück zu Methusalem“ tut, so müssen wir uns schließlich sagen, die Dinge könnten doch, sind wir erst ein paar Jahrhunderte weiter, so erheblich anders aussehen, daß die sogenannten Ewigkeitswerte der neueren Zeit unter dem Gesichtspunkt künftiger Wertsetzungen erheblich anderer Einschätzung werden weichen müssen.

Was von den Epochen gilt, darf aber in nicht geringerem Maße von den Persönlichkeiten ausgesprochen werden. Die alte Streitfrage, ob das Zeitgeschehen die Persönlichkeit oder ob die Persönlichkeit das Zeitgeschehen bedinge, sei hier nicht angeschnitten, weil sie nicht viel fruchtbarer ist als die von der Scholastik mit dem schweren Geschütz der Dogmatik ebenso oft wie erfolglos untersuchte Frage nach den Realien und den Nominalien oder nach dem Vorangegangensein der Henne oder des Eies; denn sie ist nicht viel belangvoller als diese Streitfrage, weil sie sich relativ einfach löst, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt der Wechselwirkung betrachtet. Aber etwas ganz anderes gilt es festzustellen: nämlich die führenden Persönlichkeiten der Geistesgeschichte in einer Weise nebeneinander zu stellen, die geeignet ist, die geistigen leitenden Gesichtspunkte ohne ein störendes temporäres Dazwischen deutlich zum Ausdruck zu bringen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Anschauung der Geistesgeschichte beim ersten Anblick sicherlich revolutionär, vielleicht auch verwirrend wirkt. Dringt man aber in das hier angeschnittene Problem näher ein, so wird man erkennen, daß schon die bisherige Geistesgeschichte, wenn auch mitunter unbeußt, diesen Gesichtspunkt stark zum Ausdruck brachte.

In voller Absicht ist in der Ueberschrift zu diesen Ausführungen das Wort „Entwurf“ zum Ausdruck gebracht; denn es hieße die Anregung in die volle Tat umsetzen, wenn hier auch nur der Versuch unternommen würde, eine derartige Geistesgeschichte in ihrem organischen Zusammenhang zu gliedern oder sie derjenigen Synthese zuzuführen, die erforderlich ist, soll der Versuch als richtiges Mittel zur Erkenntnis neuer Wahrheiten verwandt werden. Skizzenhaft seien im folgenden lediglich ein paar Beispiele, zufällig gewählt, gegeben, um klarzulegen, wie etwa ein derartiges Werk gegliedert sein müßte.

Jean Paul, von den meisten heute vergessen, von denen aber, die ihn wirklich kennen, leidenschaftlich geliebt, streift einmal in seinem wundervollen biographischen Roman „Flegeljahre“ das hier angeschnittene Thema. Er spricht davon, „daß ein Deutscher von einem deutschen großen Dreiklang sprach, worin Haydn, sagt er, den Aeschylus, Glück den Sophokles, Mozart den Euripides vorstelle. Ein anderer sagte, von Glück geb' er's zu, aber Mozart sei der Shakespeare“. Man versteht, was hier angedeutet ist: über das Zeitliche hinaus Verbindungsbogen zu schlagen, die unter dem Gesichtspunkt der Kongenialität seelisch

und geistig verwandter Persönlichkeiten Ordnung in das Chaos des spirituellen Lebens zu bringen berufen sind.

Was nützt es uns in der Philosophie, wenn wir zeitlich von Aristoteles zu Plato fortschreiten, um über Plotin hinaus nach mittelalterlicher Dogmatik endlich zu der Philosophie der Aufklärungsepoche vorzudringen? Wieviel klarer werden die Zusammenhänge, wenn wir die großen gedanklichen Gebäude eines Sokrates, eines Plato, eines Kant und eines Hermann Cohen nebeneinander stellen; um wieviel einfacher wird das Eindringen in den religiös-philosophischen Pantheismus, wenn wir die Linie von den Vorplatonikern, von Demokrit etwa zu Spinoza ziehen, um schließlich bei Darwin und Haeckel dem pantheistischen Bau durch den naturwissenschaftlichen Monismus den abschließenden Giebel aufzusetzen. — Oder: von der griechischen Tragödie der drei großen Tragiker führt der Weg nicht etwa zu den Komödien eines Plautus oder den Oden eines Horaz, sondern er führt zum französischen Drama des Corneille und Racine, um schließlich in der deutschen Schicksals-tragödie des 19. Jahrhunderts unseligen Angedenkens in Artner und Müllner seinen letzten und seichtesten Ausklang zu finden. Der Name Plautus war gefallen: hier aber führt der Weg zu Molière (doch nicht darüber hinaus zu Sternheim!). Die Lyrik des Horaz führt zu Goethe; die politische Satire des Aristophanes zu Swift, zu Sterne und von hier — vielleicht — zu Sternheim.

Das Genie, gekennzeichnet nicht durch ein Plus von Talenten, sondern durch ein Anderssein, durch Stil- und Formeinheit der in sich harmonisch gerundeten Persönlichkeit, teilt sich in dieser Betrachtung in seine verschiedenen Sphären: von Shakespeare strahlt die Wirkung ebenso zu Goethe wie zu Schiller und Kleist, und von Goethe führt der Weg auf vielfach gezeigten Pfaden zu Thomas Mann, zu Stefan George u. a.

Aus der Soziologie und Politik: auch hier die Zerteilung der platonischen Genies: weist seine Philosophie auf Kant, so seine Staatslehre auf Marx. Dieser selbst aber wurzelt philosophisch wiederum in Hegel, so daß die Darstellung die mannigfachen Linien mit besonderer Klarheit ziehen muß, um die Vereinigung in der Abgegrenztheit zu erreichen. Auf dem Wege, der von Platos „Republik“ zu Marx' „Kapital“ führt, liegen die großen Utopien eines Morus, eines Campanella, wie etwa Heine als zeitpolitischer Satiriker uns nach langem Wandern auf der von Aristophanes ausgehenden Richtung begegnet. — Die Zusammenhänge von Bach und Beethoven, von Händel und Gluck, von Mozart und Weber sind oft genug (am tiefsten in Cohens „Aesthetik“) aufgewiesen worden, so daß sie hier nur gestreift zu werden brauchen.

Wie schon betont: die Linien, die hier gegeben wurden, sind nur skizzenhaft. Sie sollen nur die Tendenz zeigen, nach der das Persönlichkeitsstudium geleitet werden sollte, wenn es zu befriedigenderen Ergebnissen führen soll, als die bisher betretenen Wege zeitigt haben. Das Ganze hat mit der grundsätzlichen Einstellung zum Problem der Geschichtsphilosophie nichts zu tun: ob man die Genesis der Geschichte materialistisch oder idealistisch deutet, ob man ihren Ablauf unter dem Gesichtspunkt der Masse oder der Führer verfolgt — in jedem Fall dürfte diese Art der Betrachtung des Führerproblems geeignet sein, die geisteswissenschaftlichen Tendenzen der Geschichte zu klären.

RANDBEMERKUNGEN

Kleine Wahrheiten

Der naive Luther

Mit der Toga der Harmlosigkeit umkleidet, fragt Herr Luther, welchen Anlaß denn das Ausland habe, von seiner Regierung irgendeine reaktionäre Politik zu befürchten. Es sei gerade sein Bestreben gewesen, eine Regierung zu bilden, die eine breite Grundlage im Parlament besitze und dadurch den parlamentarisch - demokratischen Gedanken in möglichst weitem Umfange verwirkliche. Herr Luther scheint zu glauben, daß das Ausland nicht wisse, wie diese breite demokratische Grundlage seiner Regierung aussieht. Der weitaus größte Teil dieser Grundlage besteht aus grundsätzlichen Gegnern der Republik, der Demokratie und des Parlamentarismus. Das ist ja gerade die Hypothek auf Mißtrauen, die auf der Regierung Luther lastet, daß die meisten dieser Minister noch gestern Gegner jeder Erfüllungspolitik, Gegner der Weimarer Verfassung, Gegner des Volksstaates gewesen sind. Das Ausland kann sich die deutsche Demokratie ohne die Beteiligung der demokratischen Parteien nicht gut vorstellen. Das ist es, was Herr Luther fortzaubern möchte. Man soll in Paris an die Erfüllungswilligkeit des Herrn Grafen Westarp und an die demokratische Gesinnung des Herrn Hergt glauben. Es bleibt zu befürchten, daß solch Glauben wird teuer erkauft werden müssen, und das ist es eben, warum wir immer wieder sagen, daß die Regierung Luther die eigentliche Erfüllungsregierung zu nennen ist. Für Frankreich ist diese Regierung wohl annehmbar, für Deutschland ist sie unerträglich, doppelt unerträglich für die deutschen Massen, die, ohne bei der Verteilung der Lasten — so will es Herr Luther — beteiligt zu sein, sich durch Herrn Luther neue Mißtrauenslasten auferlegen lassen sollen.

*

Stresemann spaltet die Deutschenationalen

Wir berichteten neulich, daß Herr Stresemann darum so erpicht gewesen sei, die Deutschnationalen in die Regierung hineinzuziehen, weil er sie mit der Verantwortung mitbelasten, sie in Parteidiskussionen und schließlich in eine Spaltung hineintreiben wollte. Wenn sich der Herr Außenminister bei seinen deutschnationalen Kollegen erkundigen wollte, so könnte er hören, daß diese wesentlich anderer Meinung sind. Für sie ist die Deutsche Volkspartei eine gelieferte Bagatelle, die, zumal heute, da die Deutschnationalen aufs Haar die gleiche Politik machten, keinerlei Lebensberechtigung mehr hätte. Zwei Parteien sehen die Deutschenationalen heraufsteigen, die ihre und die der Sozialdemokratie. Sie mögen damit schon recht behalten; aber warum hat dann Herr Stresemann den Außenminister dem Parteichef geopfert?

Vielleicht überprüft Herr Stresemann einmal das Mirakel der Presse-Regie, wie die Deutschnationalen sie handhaben. Ist es ihm nicht aufgefallen, wie plötzlich diese Blätter, die gestern noch, auch noch als Herr Luther schon zum Regiment gekommen war, gegen die Entente den üblichen Schimpftton pflegten, wie plötzlich diese Blätter die diplomatische Strafe des Herrn Luther gefunden haben. Der „Matin“ schrieb, daß die Rede Luthers nicht den aggressiven Ton gehabt habe, dessen sich Stresemann zu bedienen pflegte; und die deutschnationalen Blätter loben Luthers Rede ohne Einschränkung. Gewiß, Herr Luther hat nichts anderes gesagt, als was Herr Stresemann hätte sagen können oder Herr Marx oder Scheidemann. Indessen, was die Deutschnationalen damals leidenschaftlich getadelt haben, loben sie heute. Der Zweck der Uebung ist die Macht im Innern, Macht auch über Herrn Stresemann. So be-

währt sich dieser talentvolle Außenminister auch als begabter Parteitaktiker.

*

Der Biertischbeamte

Man muß den Kriminalkommissar Klinghammer im Untersuchungsausschuß gesehen haben; man sah zugleich das Paneelsofa, auf dem er nach hinlänglicher Einnahme von Eisbein und Sauerkohl vom Roten Adlerorden 4. Klasse zu träumen pflegt. Man sah den gipsernen Kaiser, auf den er mit ausgerichteten Pupillen starrt; man sah die von Wichtigtuerei geschwollene Heldenbrust; man sah den königlichen Wachtmeister, der gegen die Republik und deren Vertreter herumstänkert, gegen seine Vorgesetzten konspiziert, die Beamten aufwiegelt, dabei aber unentwegt umherschleicht, ob es nicht einer sieht, der ihm die Karriere verderben könnte. Ein prachtvolles Exemplar, würdig, der Deutschnationalen Partei anzugehören. Vielleicht erwählt ihn Herr Hergt zum Adjutanten, wenn, was wohl angenommen werden darf, Herr Klinghammer aus dem Berliner Polizeipräsidium hinausgeflogen sein wird. Wir können uns nicht denken, daß irgendeine Behörde einen Beamten behalten kann, der die Aussage verweigern muß über die Art und den Umfang von Gesprächen, durch die er am Biertisch Amtsgeheimnisse kolportiert. Dieser Subalterne (an dem gemessen der letzte Bürodienstler ein Gigant sein könnte) wagte es, in öffentlicher Sitzung gegen einen seiner Vorgesetzten die schamlosesten Verdächtigungen zu äußern, nur, weil dieser Vorgesetzte etwas getan hat, was der Mikrozephal nicht zu verstehen vermochte. Aus solchem Unverstand heraus organisierte er einen internen Putsch. Aber alles im geheimen, weil doch die Republik immerhin noch da ist und ihm möglicherweise doch etwas passieren könnte. Es soll ihm passieren. Der Kriminalkommissar Klinghammer muß aus dem Polizeipräsidium hinausfliegen. Er wird dann auf seinem Plüschsofa noch intensiver als bisher der glor-

reichen Zeiten, da seinesgleichen beinahe gottähnlich war, gedenken dürfen.

*

Die 1000 Lügen des „Lokal-Anzeiger“

Der „Lokal-Anzeiger“ will es uns leicht machen, das Ehrenbändchen, das mit der falschen Kriegserklärung beginnen soll, fertigzustellen. Die Methode, nach der er dabei verfährt, haben wir schon neulich aufgedeckt: ein Drittel Wahrheit, um daraus dreifach schwarz-weißrote Lüge zu machen. Wir geben heute, nur weil wir Ueberfluß haben, einige neueste Proben. In der Nummer vom 30. Januar: „Wenn im Zivilkabinett des Kaisers jemals eine ähnliche ‚Ordnung‘ denkbar gewesen wäre, wie sie im Büro des Herrn Reichspräsidenten unter der glorreichen Führung des Ministerialdirektors — pardon, des Privatangestellten und gleichzeitig sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Franz Krüger, geherrscht hat . . .“ Klassisches Beispiel: Dem Leser wird verschwiegen, daß das Zivilkabinett des Kaisers eine ausgebaute Behörde, ein komplizierter Apparat, mit zahllosen Beamten besetzt und durch jahrzehntelange Tradition reguliert war. Das Büro des Reichspräsidenten war damals kaum einige Monate alt, bestand aus einer Handvoll Leuten, und sein Leiter war nur ein Privatangestellter. Es gab keine Tradition; es mußte alles neu geordnet werden; unter den schwierigsten Umständen, bald von Spartakuskämpfen, bald von Streiks unterbrochen, mußte etwas Neues mit kaum vorhandenen Hilfsmitteln aufgebaut werden. Das alles weiß der „Lokal-Anzeiger“, aber seine Methode verlangt die Lüge.

In der Nummer vom 4. Februar: „Ebert sucht durch Barmat Fühlung mit Versailles.“ Was ist die Wahrheit? Im Jahre 1919 brachte Barmat das Schreiben eines belgischen Politikers an Ebert nach Berlin. Er sollte zugleich die Antwort Eberts auf dieses Schreiben zurücknehmen. Der belgische Politiker fragte nach besonderen Wünschen Deutschlands für die Versailler Friedensverhandlungen. Demgemäß, der belgische

Politiker suchte . . . Ebert tat nur das Selbstverständliche, daß er auf den Brief eines maßgebenden belgischen Politikers antwortete. Bar mat war dabei nur eine Art gehobener Briefträger, den aber nicht Ebert sich erwählt hatte, sondern der ihm von dem belgischen Politiker zugesandt war. Die Lügenmethode des „Lokal-Anzeiger“ ist offenkundig.

In der Nummer vom 5. Februar, in einem Bericht aus dem Untersuchungsausschuß, fett im Text: „Die Anzeige der Bochumer Handelskammer“. Obgleich, unüberhörbar in derselben Sitzung des Untersuchungsausschusses wiederholt festgestellt worden war, daß von einer Anzeige der Bochumer Handelskammer überhaupt nicht gesprochen werden könne, daß vielmehr die Bochumer Handelskammer der zuständigen Berliner Amtsstelle nur einen Ausschnitt aus der „Deutschen Tageszeitung“ zur Kenntnismahme übermittelt habe. Die Lügenmethode des „Lokal-Anzeiger“ ist abermals offenkundig.

In der Nummer vom 2. Februar des „Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht der von uns als feiger Verleumder gekennzeichnete Hussong einen Artikel „Der Rattenkönig“. Er zitiert dabei eine Schrift dieses Titels und verfährt dabei sehr vorsichtig; er identifiziert sich nicht mit dem Inhalt dieser Schrift, aber er nutzt sie doch als Stinkbombe. Er spricht von einer Schrift, „die von Schiebern und Schiebungen handelte und in der die meistgenannten Namen die der Herren Sklarz und Parvus-Helphand waren. Bar mat und Kutisker gab es damals noch nicht.“ Echt „Lokal-Anzeiger“: feige und verlogen. Der Hussong muß wissen, daß der Inhalt dieser Schrift „Der Rattenkönig“ schon vor Jahren durch zahlreiche Prozesse als Lüge und Verleumdung festgestellt worden ist. Der Verleger der Broschüre hat, um nur eines dieser Urteile hier zu zitieren, am 28. Dezember 1923 in der Sitzung des Schöffengerichts Berlin-Mitte, Abt. 145, folgenden Vergleich geschlossen: „Ich habe

mich von der Unrichtigkeit des über den Privatkläger in der Broschüre „Der Rattenkönig“ veröffentlichten Materials überzeugt und auch von der Unrichtigkeit alles dessen, was ich über politische Persönlichkeiten in Verbindung mit dem Privatkläger in dieser Broschüre verbreitet habe. Ich persönlich habe die Broschüre nicht verfaßt, sondern der Redakteur der früheren „Täglichen Rundschau“ . . . hat sie mir übergeben. Ich bedauere tief, daß ich mich zum Werkzeug von Verleumdungen habe mißbrauchen lassen, die das öffentliche Leben Deutschlands lange Zeit vergiftet haben. Ich übernehme die Kosten des Verfahrens usw.“

Der Verfasser der, durch den eben zitierten Vergleich als Verleumdung gekennzeichneten, Broschüre hatte inzwischen Geldbedürfnis und war entschlossen, unbekümmert um die Prozesse, die gegen die Broschüre liefen, und über deren Ausgang er nicht zweifelhaft sein konnte, ein neues Opus, einen neuen Rattenkönig zu verfassen. Diesmal sollte der Titel sein „Der entwirrte Rattenkönig oder die Kreuzspinne von Schwannenwerder“, Enthüllungen zum Schutze der Republik von Junius Tertius. Aus der Geschichte dieses neuen Rattenkönigs können wir auf Grund der uns vorliegenden Dokumente einiges zur Charakterisierung dieser echt deutschen Wahrheitskämpfer hier mitteilen:

Berlin, den 19. Juli 1922.

Ich erkläre mich unter folgenden Bedingungen bereit, eine Broschüre nach der mit Herrn . . . gehabtten Rücksprache zusammenzustellen und zu verfassen, und zwar gegen:

Anzahlung von 6000 M.; Zahlung eines weiteren Honorars von 10000 M. nach Fertigstellung des Druckes; einer weiteren Beteiligung von 750 Mark für je 5000 Stück aufgelegte Exemplare; Erstattung der besonderen Unkosten, die durch Herbeischaffung des nötigen Materials entstehen. Ich verpflichte mich, auf

Wunsch über den jeweiligen Stand des Materials an Herrn ... Auskunft zu geben und vor der Drucklegung das Manuskript zwecks Feststellung der Konformität zur Verfügung zu stellen. Die Anzahlung von 6000 M. habe ich erhalten.

gez. ...

*Schriftleitung der
Tägl. Rundschau* Berlin SW 68,
Zimmerstr. 7
24. 10. 22.

Sehr geehrter Herr ...!

Eine Folge der dortigen Verzögerung ist leider die Tatsache, daß G. nicht mehr mitmachen will. Er ist ein gebrochener Mann, der systematisch kaputt gemacht wird. Trotzdem hat er mir sehr wertvolle Fingerzeige gegeben, denen ich nachgegangen bin und die die zweite Broschüre viel sensationeller als die erste machen werden. Dabei bin ich auch auf das dänische Material gestoßen, das ich auch haben kann. Ich hätte Sie gern gesprochen und schreibe morgen noch mehr, sende auch das Resümee mit. Heute bitte ich Sie, beifolgenden Brief — auch in Sachen Rattenkönig — dort auf die Post zu geben, möglichst gleich nach Eintreffen meines Briefes.

Mit deutschem Gruß

Ihr ...

*Schriftleitung der
Tägl. Rundschau* Berlin SW 68,
Zimmerstr. 7
Werder a.H.,
Zernsee 22

Sehr geehrter Herr ...!

Auch heute haben weder ich noch Herr W. von Ihnen Nachricht bekommen. Ich kann nur wiederholen: die Herren scheinen sehr viel Zeit zu haben. Nach Koburg fahre ich unter diesen Umständen nicht, da ich nicht weiß, woran ich bin und ich mir immer mehr als der Dumme vorkomme. Ich habe, wie Sie wissen, wegen der Sache andere ausgeschlagen; jetzt habe ich das Nachsehen, nachdem Monate ver-

trödelt sind. Und was sind heute 16 000 M., die ich mir Anfang September verdienen wollte, und jetzt haben wir bald Anfang November. Ich hätte jetzt wahrlich die beste Zeit zur Vorbereitung und Erledigung aller Präliminarien gehabt, aber, wie gesagt: wenn man dort Zeit hat, kann ich nichts ändern.

Mit bestem Gruß

Ihr ergebener ...

Berlin W, 25. 11. 22.

Sehr geehrter Herr ...!

Ich hätte Ihnen auch ohne Mahnung heute sowieso geschrieben, da ich jetzt mein Material abgeschlossen und nun auch einen Ueberblick über die Broschüre habe. ...

Mit Rücksicht auf Ihren letzten Vorschlag kann ich Ihnen nun folgendes Angebot machen:

Ich habe laut meiner Aufstellung einschließlich sämtlicher Kosten für Mitarbeiter, Telephonieren, Reise nach Leipzig, Hannover usw. Fahrgeld und Spesen ausgegeben 33 582,50 M. Dazu kommen eventuell noch 1500 M. für die Photographien, was sehr wenig ist, also rund 36 000 M. Darin ist natürlich kein Pfennig für Vergütung für meine Zeit. Die Beschaffung des Materials war sehr langwierig und mit allerlei Widerständen verbunden, was Sie sich denken können. Dafür wird die Broschüre nun auch sehr umfangreich und geradezu vernichtend. Sie wird wenigstens 128 Seiten stark, also 8 Bogen, und etwa noch einmal so stark wie der Rattenkönig. Sie wird Aufsehen erregen, zumal ich sie, da sie in U. gedruckt wird, auch weniger vorsichtig zu schreiben brauche, als wenn ich auf Herrn W. hätte Rücksicht nehmen müssen. Nun hat die Drucklegung in U. für mich zwei Nachteile:

1. mußte ich drei Kapitel, die schon fertig waren, fast völlig umarbeiten, um sie schärfer zu gestalten. Doch ist das ein Vorteil für die Broschüre;

2. hätte ich bei einer Drucklegung hier von der hiesigen Druckerei die übliche Provision von 5% erhalten, ohne daß dadurch der Preis teurer geworden wäre. Das waren ja wohl etwa 10- bis 15000 M. gewesen. Ersteres ist ein Vorteil für die Broschüre und für Sie. Letzteres ist ein Nachteil für mich. Ich biete Ihnen nun die Broschüre, von der etwa 4 Bogen fertig sind, aber wohl noch nach Fertigstellung der ganzen Schrift überarbeitet werden müssen, zum Preise von 60000 M. an. Sie werden zugeben, daß das ein sehr ziviler Preis ist, mit Rücksicht darauf, daß ich mehr als zwei Monate intensiv habe hinter dem Material her sein müssen und fast zu nichts anderem gekommen bin. Dazu kommen noch die 5000 M., die ich über die erhaltenen 31000 M. ausgelegt habe und die Kosten für eine diskrete Abschrift in Schreibmaschinenschrift, die für U. nötig ist, da ich für U. meine Handschrift natürlich nicht geben kann.

Ich könnte die fertige Broschüre kurz vor Weihnachten, spätestens aber Anfang Januar liefern, da ich im Dezember noch einige Male eine drei- bis viertägige Vortragstour machen muß, weil ich auch mal wieder daran denken muß, mal etwas zu verdienen....

Mit deutschem Gruß

Ihr ...

Tel. Amt Dönhoff 4205

Lokal-Anzeiger

Berlin, 29. 1. 23
Zimmerstr. 36—41

Sehr geehrter Herr ...!

Ich möchte meine Arbeit nun bald abschließen und wundere mich, von Ihnen die Ihnen seiner-

zeit übergebenen Aufstellungen etc. nicht zurückerhalten zu haben, trotzdem Sie es mir seinerzeit versprochen. Ich hoffe nun in 14 Tagen fix und fertig zu sein. Ich mußte die ganze Geschichte, der jetzigen Lage entsprechend, wieder — und nun zum drittenmal! — umarbeiten. Seit 18. Dezember bin ich im Verlag Scherl ... Da ich hier sehr viel zu tun habe, verzögert sich meine Arbeit für Sie, abgesehen davon, daß ich die Uebersetzung des dänischen Materials leider auch verspätet bekam, weil ich nicht in der Lage war, sofort die Auslagen zu bezahlen. Auf meine Karte vom 31. Dezember an Sie bin ich leider ohne Antwort geblieben. Sie werden doch sicher mal in Berlin gewesen sein und hätten mich doch benachrichtigen können. Hoffentlich bekomme ich jetzt Antwort auf meine damaligen Aufstellungen.

Mit deutschem Gruß

Ihr ...

Diese Korrespondenz zeigt, was für eine Art Ehrenmann der Verfasser des „Rattenkönigs“ und des „Entwirrten Rattenkönigs“ ist. Wir haben seinen Namen aus den wiedergegebenen Schriftstücken fortgelassen. Nicht um ihn zu schonen; vielmehr, um uns auch einmal in der Methode des „Berliner Lokal-Anzeiger“ zu üben. Dem Hussong, den wir neulich einen feigen Verleumder nannten, wird es leicht möglich sein, den rattenkönigschreibenden Kollegen festzustellen. Er ist jetzt im „Lokal-Anzeiger“ und war wohl früher auch einmal in der „Täglichen Rundschau“; er braucht also nur sein Gedächtnis zu prüfen, welche Physiognomie er solcher Bettelschriftstellerei bezichtigten könnte.

Breuer


Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G.m.b.H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.


WIR GEHEN IN FRONT



*Der Schamlosigkeit der Reaktion stellen wir vier
Kampf-Schriften entgegen:*

- 1. Für Volk und Vaterland**
von Ph. Scheidemann, 7 Bogen, kart. M 2,50
- 2. Der Prozeß
des Reichspräsidenten**
von Brammer, 13 Bogen, kartoniert
- 3. Die Finanzskandale des
Kaiserreichs**
von Kurt Heinig
- 4. Die unmöglichen
Kofenzollern**

Verlag für Sozialwissenschaft · Berlin SW 68



Es ist Zeit, mit dem Klinger zu klingen



Soeben erschien:

**FÜR
VOLK
UND
VATERLAND**

VON PHILIPP SCHEIDEMANN

Auszüge aus offiziellen Reden und
Erklärungen der Sozialdemokrati-
schen Partei • 106 Seiten, kart. Mk. 2,50

**Den
Gegnern der SPD
zur
Lektüre
warm
empfohlen**



VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT G. M. B. H.
BERLIN SW68



Die Glocke

BEGRÜNDET VON PARVUS

Inhalt:

- Hermann Schützing:*
General Morgans Bericht 1485
- Dr. Ludwig Bendix:*
Eingriff in ein schwebendes Verfahren 1487
- F. W. Huebner:* *Der König, der Schriftsteller und die Bürgermeister* . . . 1492
- K. Höltermann:*
Unter der gelben Flagge . 1494
- Albin Michel:* *Sowjetrußland in Asien* . 1498
- Eugen Lewin-Dorsch:*
Der junge Marx 1500
- Paul Westheim:* *Poelzig* 1507
- Kurt Offenburg:* *Geistige Sachverwalter* 1509
- Robert Breuer:* *Siam f Luther, der Versöhner f Ein hervorragender Richter*
Herr Stresemann hat lügen lassen f Detektei Klinghammer f
Die tausend Lügen des
„Lokal-Anzeiger“ 1511

Schwerindustrielle Geistesverfassung — Steuerstrafrecht

Verlag für Sozialwissenschaft


Berlin SW 68



Lindenstr. 114

Preis 30 Pfennig

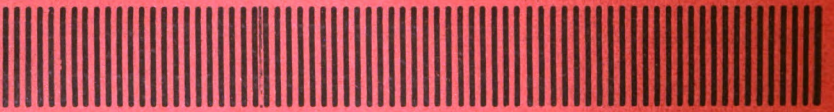
WIR GEHEN IN FRONT



*Der Schamlosigkeit der Reaktion stellen wir vier
Kampf-Schriften entgegen:*

- 1.** **Für Volk und Vaterland**
von Ph. Scheidemann, 7 Bogen, kart. M 2,50
- 2.** **Der Prozeß
des Reichspräsidenten**
von Brammer, 13 Bogen, kartoniert
- 3.** **Die Finanzskandale des
Kaiserreichs**
von Kurt Heinig
- 4.** **Die unmöglichen
Kohenzollern**

Verlag für Sozialwissenschaft · Berlin SW 68



Es ist Zeit, mit dem Kfinger zu klingen

General Morgans Bericht

Von Hermann Schützinger

Der durch den Schlußbericht der Interalliierten Militär-Kontrollkommission ausgelöste europäische Konflikt über die Räumung von Köln beginnt von Note zu Note an Schärfe zu gewinnen und allmählich in die Tonarten überzugehen, die uns von früher her wohlbekannt sein dürften, wenn nämlich eine Affäre zur „Bearbeitung“ in die Hände der Berufsmilitärs gelegt worden war. Seit Wochen und Monaten herrscht ein geheimnisvolles Dunkel über den Amtsräumen der I.M.K.K. in Berlin und Paris, auf die nahezu die ganze Welt mit Spannung blickt — lediglich erhellt durch einige Blitzlichter, die das Ringen um die militärpolitische Entspannung Europas momentan erleuchten —, so durch den Bericht des Kriegsministers, Generals Nollet, gegen den Willen der Regierung veröffentlicht vom „Eclair“, und durch die Aufsatzreihe des englischen Kontrolloffiziers, Generals Morgan, in der „Quarterly Review“.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte hat sich durch die Uebersetzung und die Herausgabe der Morganschen Artikel in Broschürenform ein besonderes Verdienst erworben, das sie durch die Verbreitung des heiß umstrittenen Nolletschen Berichts (im „Eclair“) noch erhöhen könnte.

General Nollets und General Morgans Schlußfolgerungen scheinen mir im großen und ganzen schon das Bild vorzuzeichnen, das uns in einigen Wochen der Schlußbericht der I.M.K.K., ergänzt durch Aktenberge von „Verfehlungen“ und „Verstößen“, geben wird. Er wird uns ein Schaugemälde malen von einem zum Teil wirklich gesehenen, zum Teil vermuteten, zum Teil sich selbst vorgeworfenen Revanchekoloß in Deutschland, ein Schlächterpanorama, das wir Pazifisten und Republikaner in seiner Problematik und Subtilität ja nur zu gut kennen. Morgan umreißt es in seinen Berichten: „Die militarisierte Schutzpolizei; die Wiederherstellung des großen Generalstabs; die Verbände überzähliger Offiziere; die ungeheuren Verbände überzähliger Unteroffiziere; die für jeglichen Mobilmachungsplan so eminent wichtigen verschleierte Verwaltungsdienststellen und Einrichtungen; die militaristischen Vereine; die heimlichen Stäbe; die schwindelhaften Aushebungslisten; die Ausbildungskurse für Reserve-Offiziere; die Beförderung von gewesenen Offizieren und gewesenen Feldwebeln; die maskierte Pensionierung einer maskierten Reserve; die maskierte Reserve an Hilfskräften. Die Liste ließe sich bis ins unendliche fortsetzen.“

Wir brauchen uns also gar nicht die Köpfe zerschlagen, was der Schlußbericht der I.M.K.K. bringen wird — wir dürfen nur die Berichte des Franzosen Nollet und des Engländers Morgan (beide Vernunftpazifisten und Demokraten) lesen, um das Gebäude einer angeblichen, raffiniert organisierten deutschen „Reserve-Armee“ zu schauen, die nach

Auffassung der Verfasser bereit sei, nach Ablauf einer Frist von einem kontrollosen Jahr unter Umstellung der deutschen Industrie auf den Krieg die Revanche einzuleiten.

Ich denke gar nicht daran, alles als wahr zu unterstellen, was General Morgan in seinen Aufsätzen zutage fördert, ich glaube nicht an die Möglichkeit, diesen Ring aller zur Revanche treibenden Kräfte (Reichswehr, Schutzpolizei, Offiziersvereinigungen, nationalistische Verbände) zu lebendiger Auswirkung zu schließen, ich halte es für ausgeschlossen, ohne eine riesige Aufrüstung durch Massenherstellung von Tanks, Flugzeugen, Giftgaslagern und Geschützen ein großes Revancheheer über den Rhein zu werfen. Trotzdem ist es für die Beurteilung der Meinungsbildung über dem Kanal und dem Rhein von größter Wichtigkeit, zu erkennen, welche Vorstellung sich die breiten Massen in England und Frankreich von der angeblich in aller Stille in Deutschland konstruierten riesigen Revanchemaschine machen.

Hierfür gibt uns General Morgan, dessen Urteil bei der Labour Party dasselbe Gewicht besitzt wie bei den Liberalen und Konservativen, ein klares Bild.

General Morgan vertritt die Ansicht, daß die I.M.K.K. seit ihrem Bestehen durch die deutsche Wehrmacht und Polizei vom Chef der Heeresleitung bis herab zum jüngsten Leutnant systematisch getäuscht, und daß die gesamte Militärkontrolle durch eine „Gegenkontrolle“ unwirksam gemacht worden sei. Er nennt den General v. Seeckt einen Mann, der imstande sein werde, noch innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre einen gewaltigen Schatten über das Antlitz Europas zu werfen. Im Schatten des Generals v. Seeckt aber zeichnet er eine griffsbereite deutsche Reserve-Armee von 500- bis 800 000 Mann. Dazu benutzt er einen deutschen Armeebefehl vom 6. März 1920, den Plan zum sog. „Uebergangsheer“, einen der „geschicktesten Täuschungsversuche“ der deutschen Heeresleitung.

Der deutsche Generalstab habe seine Reserve-Armee auf den alten Armeekorpsbezirken aufgebaut. Von den 24 Korpsbezirken seien durch Gebietsabtretungen im Osten und Westen zwanzig geblieben. Diese Zahl 20 sei der Schlüssel für die deutsche Heeresorganisation. Der Entwurf des sog. „Uebergangsheeres“ enthalte nämlich in verschleierter Form 20 Divisions- und Brigadestäbe. Die Generalkommandos seien in den „entmilitarisierten Demobilmachungsbüros“ der alten Armeekorps enthalten; die schwere Artillerie aber habe man durch den sog. „Festungscoup“ vom Jahre 1920 der I.M.K.K. ablisten wollen. Die Stammrollen der Heeresdienstpflichtigen und der ausgebildeten Freiwilligen seien in den Demobilmachungsbüros bis zum Jahre 1921 bereits fertiggestellt worden, und seit dem Ruhrkrieg habe man auch die Jahrgänge 1922—1924 nachgeholt. Gerade die Ueberwachung dieser „Aushebungsbehörden“, die heute „Demobilmachungsbüros“, morgen „Versorgungsamt“, übermorgen „Reichsarchiv“ hießen, sei nahezu ein Ding der Unmöglichkeit gewesen.

Für uns, das republikanische Deutschland, bleibt nach dem Erscheinen der Morgan-Broschüre, als einem Vorläufer des Endberichts der I.M.K.K., nur der eine Schluß: Entweder sind Morgans Berichte zum Teil oder ganz wahr; dann beweisen sie nur, daß man ein Volk, das durch poincaristische Methoden zum Haß und zur Revanche treibt,

einfach nicht „kontrollieren“ kann, wenn es den Krieg will — oder sie sind nicht wahr: dann würde die Fortführung einer noch gesteigerten Kontrolltätigkeit ohne einen durch gütliche Vereinbarung festgesetzten Endtermin den Haß und die Erbitterung noch mehr steigern.

Gerade wir deutschen Pazifisten, die wir den Haß unserer Nationalisten und die Brandmarkung durch angeblichen Landesverrat nicht gescheut haben, wenn wir gegen die (jetzt endlich durch die Reichsregierung dem „Erbfeind“ angezeigte) sog. „Schwarze Reichswehr“ Sturm liefen, die wir unablässig für die Brechung der militärischen Vormachtstellung im Rahmen unseres Staatsgefüges durch Umbildung der „Heeresleitung“ und Schaffung eines Ausführungsgesetzes zum § 48 der Reichsverfassung kämpften, wir haben jetzt das Recht, auch von der andern Seite, dem neuen Frankreich und dem demokratischen England, Gehör zu verlangen:

Die Lösung der europäischen Entwaffnungs- und Kontrollfrage ist völlig unmöglich zu erreichen durch militärische Zwangsmaßnahmen, sondern nur durch die Belebung eines republikanischen Deutschland auf dem Boden eines von den Auswüchsen des Versailler Vertrags befreiten Europa.

Entwaffnet Deutschland, ihr Herren von der I.M.K.K.! — Was dann? Schließt euern Schlußbericht, wie ihr wollt! Die jetzige Reichsregierung wird kein Wort wahr an ihm lassen — was dann?

Nein! General Morgan hat ganz recht: „Ohne eine Revision des Versailler Vertrags, der Deutschland so erniedrigende Grenzen auferlegt hat, daß Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei auf Generationen hinaus genötigt sein werden, als Hüter der Grenzmarken mit unwiderstehlicher Kriegsmacht mit Gewehr bei Fuß zu stehen, wird der Geist des Hasses in Deutschland nicht erlöschen und damit der Wille zum Krieg.“

Auch wir Pazifisten können lernen aus den Nolletschen und Morganschen Berichten und aus dem demnächst erscheinenden Schlußbericht der I.M.K.K.: Es gibt keine Friedensgarantie — auch heutzutage noch — gegen das feine, nahezu unsichtbare Maschengespinnst einer „Reserve-Armee“, wenn man ein Volk in seiner Verzweiflung dazu treibt, einen derartigen Organismus mit seinem Massenwillen zu erfüllen. Es gibt nur ein Mittel gegen das Gespenst der Revanche, das ist die deutsch-französische Verständigung im Geiste der gegenseitigen Achtung und des Willens zum Frieden.

Eingriff in ein schwebendes Verfahren

Von Dr. Ludwig Bendix (Berlin)

Johanna: „Na ja, für dich muß ich Gründe finden, weil du an meine Stimmen nicht glaubst. Aber die Stimmen kommen zuerst, und hinterher finde ich die Gründe, was immer dir zu glauben beliebt.“

Bernard Shaw, „Die heilige Johanna“. Deutsche Ausgabe, S. 148

Der Preußische Richterverein hat unter dogmatischer Berufung auf den aus der Ueberschrift ersichtlichen Grundsatz, nach dem es verboten sein soll, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen, die von allen Seiten geradezu niederprasselnde Kritik des am 23. Dezember 1924 im Ebert-Prozeß gesprochenen Magdeburger Urteils in einer feierlichen Kund-

gebung zurückgewiesen und seinerseits aus diesem Grunde jede Stellungnahme zu dem Urteil abgelehnt. Der Preußische Richterverein steht im vorliegenden Falle mit seinem Grundsatz ziemlich allein. Der Grundsatz des Nichteingriffs in ein schwebendes Verfahren hat auch seine Anhänger nicht abgehalten, von dem Urteil öffentlich abzurücken, weil sie mehr oder weniger deutlich erkannten, daß jener Grundsatz seine innere Berechtigung verliere, wenn er ein solches nahezu allgemein verurteiltes Urteil unter seinen Schutz stellt und dadurch mit Autorität bekleidet. Was ist hier vorgegangen? Ist wirklich eine der Grundfesten der Justiz ins Wanken geraten? Und ist bejahendenfalls dadurch wirklich die Justiz selbst gefährdet?

Zunächst zur Klarstellung der Tragweite jenes ungeschriebenen Verbots: Verfahren bedeutet jedes Verfahren, in dem unabhängige Richter einen Streitstoff nach den Gesetzen auf Grund ihrer freien Ueberzeugung zu entscheiden haben. Schwebend ist ein Verfahren, wenn es noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist, solange also das nicht mehr anfechtbare Endurteil noch nicht gefällt ist. Freilich hier könnte schon ein Zweifel auftauchen: Das Verfahren zerfällt in Abschnitte, Instanzen; man kann das Verfahren als ein Ganzes betrachten, man kann es aber auch in seine natürlichen Abschnitte zerlegen. Die abgeschlossenen Abschnitte schweben nicht mehr, gehören endgültig der Vergangenheit an. Von Schweben eines Verfahrens spricht man aber nur sozusagen mit einem Blick in die Zukunft; die der Vergangenheit angehörenden Abschnitte nehmen nach ihrem Abschluß durch Urteil an dem Schweben des Verfahrens nur insofern teil, als dieses Urteil und die zugrunde liegenden Feststellungen abgeändert oder bestätigt werden können. In diesen Prozeß der richterlichen Urteilsbildung soll nach jenem Grundsatz von außen her nicht eingegriffen werden! Was heißt das? Unter Eingriff wird eine unzulässige Einwirkung auf den zur Rechtsfindung berufenen Richter verstanden. Eine solche Einwirkung ist gegenüber dem Richter, der sein Urteil gesprochen hat, nicht mehr möglich.

Deshalb kann die Kritik seines Spruches, abgesehen von dem seltenen Fall der Zurückverweisung, ihm gegenüber als unzulässige Einwirkung gar nicht mehr in Betracht kommen, sondern nur gegenüber dem Richter, der zur Entscheidung auf das Rechtsmittel berufen ist. Aber auch er soll in seiner freien Urteils- und Willensbildung nach jenem Grundsatz von keinen äußeren Einflüssen außerhalb des Verfahrens bestimmt werden, auch er soll gleichsam isoliert und auf die Eindrücke beschränkt werden, die er im Verfahren, und nur in diesem, empfängt.

Eine ganz unmögliche Psychologie und eine ganz unmögliche Aufgabe! Der Richter steht nicht außerhalb der Volksgemeinschaft, er ist ein Teil von ihr und empfängt von ihr seine Eindrücke und Impulse. Die künstliche Isolation auf Grund jenes Verbotes vermag gar nicht zu verhindern, daß er, der doch schon mit bestimmter Einstellung in die Verhandlung hineingeht, bei ihrer längeren Dauer von allen Seiten, z. B. von einer deutschvölkischen Frau und ihren gleichgesinnten Verwandten und Freunden, mit denen er zusammenkommt, Anregungen aller Art enthält, die, selbst wenn er sie zurückweist, unwillkürlich in ihm nachwirken und sein Urteil beeinflussen. Die unhaltbare Wirkung jenes allgemeinen Verbots wäre also, daß in ganz unkontrollier-

barer einseitiger Weise geradezu insgeheim auf den Richter eingewirkt wird. Dazu kommt noch in einem Sensationsprozeß, daß der Richter seine Zeitung weiterliest und in ihr — man denke z. B., die Magdeburger Richter oder ihre Ehefrauen wären Abonnenten der „Deutschen Zeitung“ oder der „Nationalpost“ — der einseitigen Wiedergabe und Glossierung der Verhandlungsberichte sich schwer entziehen kann. Demgegenüber ist es doch psychologisch richtiger, daß der Richter durch früh- und rechtzeitig einsetzende Kritik auch andere, entgegengesetzte Auffassungen kennen lernt und gezwungen wird, sich mit ihnen innerlich auseinanderzusetzen. Das ist jedenfalls dem Zustande vorzuziehen, daß nur aus Freundeskreisen einseitig insgeheim auf ihn eingewirkt wird, und hat schließlich nur die Bedeutung, daß der Sachverhalt von möglichst vielen Seiten beleuchtet und dem Richter das ganze Material zur selbständigen verantwortungsvollen Verarbeitung nahegebracht wird. Das aber ist keine unzulässige Einwirkung und überhaupt kein Eingriff, unter dem schließlich doch keine sachliche Einwirkung auf die Ueberzeugung, sondern unsachliche Drohungen und Belohnungen zu verstehen sind, durch die der Richter bestimmt werden soll, nach fremder Ueberzeugung oder zu fremdem Vorteil zu judizieren.

Wenn das nämlich nicht richtig wäre, so könnte beispielsweise die merkwürdig schnelle Anberaumung eines nahen Termins (4. Februar 1925) in Sachen Magdeburger Richter kontra Kroner noch vor der Berufungsverhandlung im Magdeburger Prozeß am 17. Februar 1925 schließlich auch als ein mittelbarer Eingriff in dieses Verfahren angesehen werden, zu dem Zweck, den Berufsrichtern gegen etwaige scharfe Angriffe in der Oeffentlichkeit den Rücken zu stärken. Denn es läßt sich doch nicht verkennen, daß das schneidige, allzu schneidige und deshalb vielleicht schartig machende Vorgehen im Falle Kroner den Magdeburger Berufsrichtern als Schutzgebärde erscheinen und sie in ihrer Urteilsbildung bestimmen kann. Es gibt also auch mittelbare Eingriffe in schwebende Verfahren, die sicherlich selbst vom Preußischen Richterverein für zulässig, vielleicht sogar für erwünscht gehalten werden. Man denke z. B. auch an die Beendigung eines Disziplinarverfahrens ohne Rücksicht auf ein präjudizielles anderes Verfahren, das durch ungünstige Feststellungen in jenem natürlich beeinflußt wird und im Unterbewußtsein auch werden soll.

Das Verbot eines unmittelbaren und mittelbaren Eingriffs in ein schwebendes Verfahren ist geschichtlich verständlich als Reaktion und Schutzwehr gegen die frühere Kabinettsjustiz, als Hilfsmittel des Volkes, die Macht der Obrigkeit durch die von ihr auf Grund jenes Verbots unabhängige Justiz zu beschränken, und hat jedenfalls zunächst diesen Zweck gehabt, den Richter von unmittelbaren Eingriffen (Befehlen, Drohungen) der Verwaltung, insbesondere der Fürsten, unabhängig zu machen. Das Verbot verdankt also der liberalen — demokratischen — Staatsauffassung seine Entstehung und stammt aus einer Zeit, in der Liberalismus und Demokratie dem Staatsabsolutismus und ihren Vertretern Terrain abgewinnen wollten.

Damals war der Richter (man denke an den alten preußischen Kreisrichter!) Vertrauensmann des Volkes und vertrat mit jenem Grundsatz die Sache des Volkes gegen seine Bedrücker. Wie so häufig: der Grund-

satz ist geblieben, die richterlichen Menschen haben sich geändert. Die Justizbürokratie hat es verstanden, sich mit jenem Verbot glänzend abzufinden und ein Geschlecht von Richtern großzuzüchten, die plumpe Verwaltungseingriffe überflüssig mache, weil sie die Verwaltungsziele — so erfolgt ihre Auswahl und Beförderung — als Grundlage und Wesensart ihrer eigenen Persönlichkeit erleben. Es hat eine völlige Angleichung — biologisch: Mimikry — stattgefunden in so hohem Grade, daß Verwaltung und Justiz sich gemeinsam auf jenes ursprünglich im engeren Sinne gemeinte, nunmehr aber ganz allgemein angewandte Verbot berufen, um — — das Volk und seine Wortführer mundtot zu machen oder die zu diffamieren, die jenes heiliggesprochene Verbot übertreten, das seine alte Bedeutung einer besonderen Einwirkung mit unlauteren Mitteln zu unlauteren Zwecken dahin gewandelt hat, jede Einwirkung auf die Ueberzeugung des Richters während des schwebenden Verfahrens außerhalb der Verhandlung zu verpönen. Die Unlauterkeit des Unternehmens nach den alten Erfahrungen wird aber nach den jahrzehntelangen Sprachgewohnheiten bei Geltendmachung des Grundsatzes als eines unerörterbaren Palladiums einer geordneten Rechtspflege immer noch miterlebt und auch dann mitgedacht, wenn die Kritik nicht rechtskräftiger Entscheidungen durchaus sachliche und redliche Zwecke verfolgt. Es ist sehr schwer, diese irrationalen Einschläge unserer Begriffe zu durchschauen und sich von ihnen freizumachen.

Die Einhelligkeit von Verwaltung und Justiz ist aber nur so lange möglich, als sie in den Staatsgrundlagen und -zielen übereinstimmen. Werden diese, wie im Magdeburger Falle, durch die Justiz verletzt — Großmann hat das im „Berliner Tageblatt“ vom 18. Januar 1925 sehr zutreffend ausgeführt —, so ist das Abrücken von einem solchen Urteil durch die Verwaltung auch unter Verletzung jenes Verbots in der allgemeinen, wie dargelegt, nicht ganz klaren Bedeutung des Wortes geradezu ein dringendes Gebot staatlicher Notwendigkeiten. Demnach ist das Verbot selbst kein absoluter, unter allen Umständen zu wahrer Grundsatz, er ist vielmehr geschichtlich bedingt von der inneren Einstellung des Richters zu den Staatsgrundlagen. Klaffen beide weit auseinander, führt jene staatspolitische Einstellung zur Verneinung dieser Grundlagen, so zerbricht der Grundsatz an den Staatsnotwendigkeiten, so wird es geradezu Pflicht aller für Staat und Rechtspflege verantwortlichen Persönlichkeiten, unter offener und bewußter Verletzung jenes Verbots, das nur bei voller Uebereinstimmung der Richtertätigkeit mit den Staatsgrundlagen Sinn und Recht besitzt, das betreffende schwebende Verfahren öffentlich zu schelten und dadurch darauf hinzuwirken, daß in der höheren Instanz das Recht wieder in Einklang gebracht wird mit der Staatsverfassung, auf der es beruht. Und wenn das alles nichts hilft, bleibt keine andere Möglichkeit, als an die Gesetzgebung zu appellieren und der Frage näherzutreten, vor der die deutsche Revolution halbgemacht hat: der Frage der Absetzbarkeit von Richtern, die die Staatsgrundlagen verneinen, sei es, daß sie bewußt dagegen verstoßen oder nach ihrer Persönlichkeit unbewußt nicht anders können. Doch das ist ein weites Feld.

Das hier erörterte Verbot mit seiner dargelegten Doppeldeutigkeit beruht schließlich auf einer wissenschaftlich nicht haltbaren Vorstellung von dem Wesen richterlicher Urteilstätigkeit, wenn nicht angenommen

wird, daß die Charakterschwäche des Richters und sein Mangel an selbständiger, ureigner Urteilskraft vor mehr oder weniger autoritativen Einflüssen aller Art durch jenen Grundsatz geschützt werden soll. Es liegt offenbar die Meinung zugrunde, daß nur die Verhandlungseindrücke aufgenommen und logisch verarbeitet werden und werden dürfen, und daß der Richter ausschließlich als eine Art Subsumtionsmaschine dieses Stoffes der Verhandlungseindrücke in Funktion tritt, das reine Ergebnis seiner logischen Maschinenarbeit aber verfälscht wird, wenn noch andere Eindrücke in diese Maschine hineingeraten. Der Fehler liegt in der Ausschaltung der Persönlichkeit des Richters und der gefühls- und willensmäßigen Bestandteile seiner, wie jeder logischen Arbeit. Er geht mit seinen wert- und weltanschauungsmäßigen Vorurteilen schon in die Verhandlung hinein, diese Wert- und Vorurteile sind geradezu die Formen, in denen die Verhandlungseindrücke geprägt werden, die ihnen ihren Stempel aufdrücken. Diese Wert- und Vorurteile stammen aus den Lebensschicksalen des Richters in der Volksgemeinschaft. Auf sie einzuwirken auch während des Schwebens eines Verfahrens, ist Recht und Pflicht der Volksgemeinschaft und der Volksgenossen, insbesondere in den Fällen, in denen unüberbrückbare Gegensätze in den Werturteilen des Richters und der Volksgemeinschaft offenbar und so stark werden, daß dessen Auffassung in weitesten Kreisen einfach nicht mehr verstanden und entrüstet zurückgewiesen wird, mag man ihr den guten Glauben noch zubilligen oder ihn in Zweifel ziehen, wenn nicht gar verneinen, weil man ihrer völlig fremden Art verständnislos gegenübersteht und sie deshalb für unmöglich hält.

In neuerer Zeit mehren sich Fälle dieser Art. Merkwürdig: Der Preußische Richterverein hat niemals widersprochen, wenn die rechtsgerichteten Blätter während des Schwebens eines Verfahrens ihre Befriedigung über die in ihrem Sinne ausgefallenen Urteile erster Instanz aussprachen und dadurch doch auch „eingriffen“. Soll das Verbot des Eingriffs in schwebende Verfahren nur gelten, um eine Judikatur zu schützen, die in jenem Sinne ausfällt, also republikfeindlich und antidemokratisch ist? Und muß das Verbot nicht überhaupt fallen, weil es in unserer Uebergangszeit einer solchen politisch bestimmten Judikatur gegen Demokratie und Republik Schutz gewährt? Und kann es nicht auch selbst von seinen Anhängern fallengelassen werden, weil die Unlauterkeit der Einwirkung auf richterliche Ueberzeugung im Sinne der alten Kabinettsjustiz nicht in Frage kommt und eine sachlich eingestellte, redliche Einwirkung doch nur den Horizont des Richters erweitert und der Rechtsprechung förderlich ist? Wird eben die aus der früheren Zeit stammende Nebenbedeutung einer Beeinflussung zu unredlichen Zwecken mit unredlichen Mitteln aus dem Grundsatz des Nichteingriffs in schwebende Verfahren als veraltet und unpraktisch ausgeschieden, so hat er gar kein Substrat mehr, weil kein vernünftiger Mensch gegen eine Einwirkung auf die Bildung der richterlichen Ueberzeugung mit redlichen Mitteln zu redlichen Zwecken etwas einwenden kann.

Der König, der Schriftsteller und die Bürgermeister

Von F. M. Huebner (im Haag)

Der König, das ist einer der wenigen, die Europa noch zählt, Alfons XIII. von Spanien. Der Schriftsteller, das ist einer der in Spanien und Latein-Amerika meistgelesenen Romanciers, V. Blasco Ibanez. Die Bürgermeister, das sind 20 000 städtische Würdenträger Spaniens, die nach Madrid beordert wurden, um hier dem Könige, und zwar wider den Schriftsteller, eine demonstrative Huldigung darzubringen. Nicht in allen Ländern pflegen die Stadtväter die Partei des Monarchen zu wählen und den großen Schriftsteller abzuschütteln. In Spanien ist es geschehen, und das mag daher kommen, daß Spanien heute auf verblüffende Weise dem gewesenen kaiserlichen Deutschland ähnelt. . . .

Der Schriftsteller hat sich nämlich unterfangen, gegen den König, sein Regime, sein Betragen und seine Person Verwahrung einzulegen. Er hat das in einer Broschüre getan, die in den spanischsprechenden Ländern mit 2 Millionen Exemplaren, in den französisch- und englischsprechenden mit ebensoviel Exemplaren erschienen ist. Die Broschüre ist aufsehenerregend; mehr als das; sie hat sich seit ihrem Erscheinen, weil sie eine internationale Oeffentlichkeit zur Teilnahme zu bewegen verstand, als der gefährlichste Streich wider das Königtum in Spanien und wider das Generaldirektorium herausgestellt. In Deutschland kennt man die Schrift scheinbar nur vom Hörensagen. Wenn Könige angegriffen werden, so berührt das viele unserer Zeitgenossen, vielleicht noch unter der Republik, peinlich. Zudem; Was geht uns Spanien an? Mag es selber sehen, wie es aus seinem Marokko-Schlamassel herauskommt. . . . Gerade diese Gleichgültigkeit gegen politisch-moralische Fälle, die wohl ein einziges Land betreffen, aber die ganze Welt zur Stellungnahme auffordern, gerade diese Lauheit des sittlichen Reagierens macht Deutschland zu einer so fragwürdigen Lebenszone inmitten Europas. Wahrscheinlich hätte man sich bei uns nicht einmal über ein Pamphlet ereifert, das eigene Zustände geißelt und von einer Berühmtheit der gegenwärtigen Literatur geschrieben wäre. Freilich, wer von den Hauptmann, Wassermann, Brüdermann, Sternheim, Stefan George, Georg Kaiser hätte ein derartiges Pamphlet schreiben wollen? Bei uns beschäftigen sich die Gipfelliteraten mit „ewigen Dingen“; politische Mißstände rubrizieren unter „Zeitlichkeit“, unweise ist es, davon Aufhebens zu machen und seinen Stil, seinen Ruf zu verderben. Der Spanier Blasco Ibanez steht heute unter der Anklage des Hochverrats und der Majestätsbeleidigung; seine Auslieferung aus Frankreich, wo er lebt, wird vom spanischen Direktorium verlangt. In Amerika und England trachtet das Direktorium Erlässe und Vernichtung der Kampfschrift zu erwirken. In Valencia, der Heimatstadt des Dichters, wurde die ihm gewidmete Ehrentafel entfernt. 20 000 Bürgermeister zogen gen Madrid, um ihre Verachtung dem vaterlandslosen Gesellen und ihre Treue für Alfons XIII. zu bezeigen. Der gute Ruf des Schriftstellers ist also, zumindest in seinem Geburtsland, gründlich vernichtet. Er konnte diese Beantwortung seines Angriffs selbstverständlich vorhersehen. Er zögerte dennoch nicht, seine

Kampfschrift in die Welt zu senden: den heutigen deutschen Literaturklassikern dringend zur Nachahmung empfohlen!

Das Pamphlet strotzt von Enthüllungen peinlichster Art. Es deckt die Machenschaften des Königs und des Generals Primo de Rivera auf, bevor dieser zur Militärrevolte in Barcelona schritt. Danach ist diese Offizierserhebung eine von der Krone geschobene Sache; der König unterlag nur scheinbar dem Zwang der Generale, als er die Kammern schloß, das Kabinett nach Hause schickte, den Belagerungszustand verhängte. In Wahrheit empfand Alfons gegen seine zivilen Ratgeber nur Haß und Hohn; auf einem Gastmahl betitelte er sie öffentlich als Dürnköpfe und Stehler. Wie Wilhelm II. war er eingeschworen aufs Militär, so daß sich schon vor dem Ausbruch der marokkanischen Wirren die spanischen Zustände dahin entwickelt hatten, daß in öffentlichen Schriften wohl die Heiligkeit Gottes angezweifelt werden durfte, die Bezweiflung der Heiligkeit des Heeres jedoch Strafverfolgung nach sich zog. Unter der Generalität, in deren Hand Alfons XIII. sich begab, sieht Blasco Ibanez keinen einzigen, weder organisatorisch, noch strategisch, noch moralisch hervorragenden Kopf. Der Diktator ist ein Spieler und Schürzenjäger, dem es beliebt, der Justiz in die Arme zu fallen; wenn diese eine Dirne wegen Kokainschmuggels verfolgt, der jedenfalls bei niemandem jenes persönlich-sittliche Ansehen besitzt, kraft dessen er das Land der Gesundung entgegenführen könnte. Er ist durch Protektion hochgekommen; durch Protektion seiner zahllosen übers Land verstreuten Günstlinge hält er sich terroristisch an der Macht. Den Provinz- und Gemeindebehörden sind 4000 militärische Assistenten beigegeben, denen es natürlich ein Leichtes war, die von Madrid ausgebene Order zu verwirklichen und den Huldigungsaufzug der 20000 Bürgermeister zu inszenieren. Die Verbannungen, die Tötungen, die namentlich im Anfänge des Direktoriums „nötig“ wurden, sind nicht gering. Die Presse unterliegt selbstverständlich der strengsten Zensur; ebenso alle wissenschaftlichen Veröffentlichungen.

Der Krieg in Marokko verschlingt heute täglich 5 Millionen Pesetas. Die Offiziere der unteren Grade schlagen sich mit Bravour, die Mannschaften voll Gleichgültigkeit. Der Krieg ist keine nationale, er ist eine dynastische Prestigefrage. Da er unglücklich verläuft, dürfte Alfons XIII. über kurz oder lang ausgespielt haben; er läßt Spanien, das während des Weltkriegs einen Verdienst zu buchen hatte, der sich in die Goldmilliarden belief, wirtschaftlich entkräftet zurück. Nachdem nun auch der letzte maurische Anhänger Spaniens, Raisuli zu Abd el Krim, übergetreten ist, kann gesagt werden, daß die Krise begonnen hat — nicht des Krieges, denn der ist längst verloren, sondern des Königturns und des Direktoriums. Da die Offiziere nicht gutwillig zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückkehren werden, ist der Bürgerkrieg unvermeidlich. Da der Sturz des Direktoriums also unvermeidlich ist, so hat Blasco Ibanez ein paar praktische Ratschläge zu geben, die man sich auch in Deutschland merken sollte. Er schreibt an die Adresse der Geldgeber aller Länder: „Laßt euch auf keine Geschäfte mit dem Direktorium ein, noch mit Alfons XIII., dem König der Vermittlungsprovisionen und Vorzugsaktien. Wird Spanien erst wieder ein verfassungsmäßiges Leben kennen und im Besitze aller seiner Gerechtsame sein, so wird es alle unter dem

Direktorium abgeschlossenen Geschäfte einer Revision unterziehen, und es ist nahezu sicher, daß es deren Gültigkeit aberkennen wird, zunächst weil sie in einem Zeitabschnitt der Gesetzlosigkeit getätigt wurden, und zweitens, weil sie in der Mehrzahl das Ergebnis übler Schiebungen sind.“

Das Schiebetalent des Königs, das zwar nicht groß, aber desto leidenschaftlicher ist, deckt Blasco Ibanez auf, indem er des Königs Teilhaberschaft an Spielhäusern in St. Sebastian und Madrid, seine Teilhaberschaft an kriegsgewinnenden Transportfirmen, seine Teilhaberschaft an der Automobilfirma Hispano-Suiza sowie seine innige Freundschaft mit den drei Großschiebern Marquet, Cornuche, Pedrasa enthüllt. Der Ton dieser Enthüllungen ist nicht der bald herausspürbare einer hitzigen Verleumdung, sondern der nüchterner Sachlichkeit. Die Bürgermeister haben trotz der ihnen allen geläufigen Argumente die Partei des Königs gewählt, was nicht hindern wird, daß sie, wie in andern Ländern, wenn der Schriftsteller recht behält und die Republik erst erklärt sein wird, dem neuen Regime den Treueid schwören.

Unter der gelben Flagge

Von K. Höltermann (Magdeburg),

stellvertretendem Bundesvorsitzenden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Von der Arbeiterschaft kaum beachtet, von der Gegenseite nur vorichtig-zurückhaltend kommentiert, um nicht vorzeitig alarmierend zu wirken, ging dieser Tage folgende Meldung durch die Presse:

„Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, der 1. Bundesvorsitzende des Stahlhelms, Franz Seldte, der Vorsitzende des Nationalverbandes deutscher Berufsverbände und Führer der vaterländischen Arbeitnehmerbewegung, Fritz Geisler, und der Arbeitersekretär Willi Dietrich, als Vertreter weiterer christlich-nationaler Arbeitergruppen, haben zum Zwecke gemeinsamer vaterländischer und sozialer Arbeit eine Zentralstelle in Berlin errichtet.“

Diese Meldung ist bewußt in eine Form gekleidet, die den Außenstehenden und wohl auch einen guten Teil der im „Stahlhelm“ und im „Jungdeutschen Orden“ Vereinigten im unklaren lassen soll über die Bedeutung des Bündnisses, das am 27. Januar mit dem Gelbenthauptling Geisler geschlossen wurde. „Nationalausschuß“ nennt sich die „Zentralstelle für gemeinsame vaterländische und soziale Arbeit“, die von den Seldte, Mahraun und Geisler geschaffen wurde. Die Gewerkschaften und politischen Führer der deutschen Arbeiterschaft mögen sich beizeiten auf eine Wiederbelebung der gelben Werkvereine in einer neuen Form und einer neuen Ideologie gefaßt machen; denn das und nichts anderes bedeutet das Bündnis des Stahlhelms, des Jungdeutschen Ordens mit dem Nationalverband deutscher Berufsverbände.

Es müssen starke Kräfte im Hintergrund gewirkt haben, wenn die Führer dieser beiden stärksten schwarz-weiß-roten Kampfverbände Norddeutschlands mit Ehren-Geisler sich zusammensetzten. Der Charakter

dieses von der Deutschen Volkspartei hinausgeworfenen und von den Deutschnationalen nur mit halbem Herzen aufgenommenen Reichstagsabgeordneten ist auch in den sogenannten nationalen Kreisen nicht mehr umstritten. Die in Kassel erscheinende Tageszeitung „Der Jungdeutsche“ sagt mit Recht, daß Geisler im Lager der christlich-nationalen Gewerkschaften grimmig bekämpft worden ist. Er ist bekämpft worden wegen seiner Geschäftstüchtigkeit, die von gleicher Art ist wie jene des berüchtigten Lebius unseligen Angedenkens. Manche Führer des „Stahlhelms“ und des „Jungdeutschen Ordens“, die auf Reinlichkeit im persönlichen und politischen Verkehr Wert legen, sind laut und vernehmlich von Geisler abgerückt. Einiges Unbehagen wird unter den Mitgliedern der beiden schwarz-weiß-roten Verbände, zumal bei jenen, die im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband organisiert sind, die Mitteilung von dem Bündnis ausgelöst haben. Aber mit der Zeit werden sich auch die Opponenten gegen Geisler an die vollzogene Tatsache gewöhnen. Geisler wird sich vielleicht in der ersten Zeit einige Zurückhaltung auferlegen, wenn es gar nicht anders geht, wird er um der Sache willen geopfert werden. Ein würdiger Nachfolger wird sich schon finden, wenn es auch schwer fallen wird, einen Mann aufzutreiben, der alle für einen Gelbenführer notwendigen Charaktereigenschaften in so hohem Maße in sich vereinigt wie Geisler.

Nur andeutungsweise ist sichtbar, welche Formen die neue schwarz-weiß-rote Bewegung mit der gelben Gösch annehmen wird. Mancherlei Experimente sind in dieser Richtung schon gemacht worden. Geisler versuchte es mit simpler Galvanisierung der alten gelben Werkvereine. Seine Erfolge waren mehr als bescheiden. Die alte gelbe Methode ist denn doch zu verächtlich und schmachvoll in öffentlicher Erinnerung. Der „Stahlhelm“ und der „Jungdeutsche Orden“ probierten es mit eigenen Stellennachweisen. Die geltenden Bestimmungen über das Arbeitsnachweiswesen erwiesen sich aber als ein Hindernis, das nicht von heute auf morgen zu überwinden war. Was hinten herum geschoben werden konnte, war allenfalls die Vermittlung billiger Arbeitskräfte auf große Güter und die Besetzung dieser und jener Stelle durch gute Beziehung zu Behörden, Aemtern und einzelnen Unternehmern. Den landwirtschaftlichen Arbeitern und den Angestellten ist auf diese Weise zweifellos mancher Schaden zugefügt worden. An die wirklichen Arbeitermassen war aber auf diesem Wege nicht heranzukommen, zumal auch die Schärfsten der Scharfmacher unter den Unternehmern einen offenen Konflikt mit den Gewerkschaften bisher nicht riskieren wollten.

Mit großer Aufmerksamkeit wurde im schwarz-weiß-roten Lager der von den Kommunisten täglich und stündlich gepredigte Kampf in den und gegen die Gewerkschaften beobachtet. Die nicht erfolglos gebliebene Zersetzungsarbeit, insbesondere die mit großem Eifer betriebene Austrittsbewegung, hat neue Hoffnungen geweckt. Solange außerhalb der Gewerkschaften nennenswerte Arbeitermassen nicht stehen, ist erfahrungsgemäß — das wissen die Unternehmer-Syndizist aus der Zeit der alten gelben Werkvereine noch sehr gut — alle Arbeit an der Gründung von Streikbrecherorganisationen verschwendet. Für deren Aufkommen sind unorganisierte Arbeiter in größerer Zahl die erste Voraussetzung. Sie zu schaffen haben sich die Kommunisten nicht ohne Erfolg bemüht.

Eine andere Schwierigkeit der alten gelben Werkvereine und der bisherigen Geislerlei war die Beschaffung geeigneter Kreaturen in den einzelnen Betrieben und Orten, die ihren Namen zur Gründung und nominellen Führung der Unternehmerschutztruppen hergaben. Waren die erst gefunden, dann lieferten die tatsächliche oder in der Einbildung drohende Entlassung bald die notwendigen Mitglieder. Der Terror der Schwarzen Listen, mit deren Hilfe die rührigsten und befähigsten Funktionäre der Gewerkschaften von Betrieb zu Betrieb und von Ort zu Ort gehetzt wurden, erschwerte die Gegenwehr.

Das Bündnis zwischen „Stahlhelm“ und „Jungdeutschem Orden“ und den Geisler-Verbänden hilft die Gründungsschwierigkeiten überwinden. Die Mitglieder des „Stahlhelms“, des „Jungdeutschen Ordens“ samt ihrem Anhang von „Jungstahlhelm“, „Stahlhelm-Landsturm“, „Werwolf“, „Schlageter-Bund“, „Scharnhorst-Bund“ usw., soweit sie in einem Betriebe beschäftigt sind, bzw. einem Gewerbe angehören, können leicht zusammengeholt werden, und die Gründung einer gelben Betriebszelle wird dann keine großen Schwierigkeiten mehr machen. Das Zellenbild haben ja die Kommunisten vorgemacht. Ein mehr oder minder sanfter Druck wird genügen, und die unorganisierten Arbeiter werden die gelben Reihen füllen, womit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: der Unternehmer hat seinen „wirtschaftsfriedlichen“ Streikbrecherverband und die „nationale“ Bewegung schafft sich ein neues Rekrutierungsgebiet. Mit Hilfe der Unternehmerverbände samt einer nicht zu knappen Portion schwarz-weiß-roten Terrors wird die „Reinigung“ der Betriebe von den roten und schwarz-rot-goldenen Hetzern dann schon gelingen. Der Aufbau eines umfassenden Spitzeldienstes, um Unterlagen für die Schwarzen Listen zu beschaffen, ist bereits im Gange.

Es tut not, daß die beteiligten Organisationen rechtzeitig auf die Abwehr bedacht sind. Die schwarz-weiß-roten Gelbenzüchter hoffen auf tatkräftige Unterstützung der Bürgerblockregierung im Reich und der erst noch zu schaffenden in Preußen. Auf die Regierungen in Bayern, Thüringen, Mecklenburg, Württemberg und Braunschweig können sie sich ohnedies verlassen. Bei allen Abwehrmaßnahmen muß aber wohl bedacht werden, daß die Elemente, die für eine neue gelbe Bewegung in Betracht kommen, teilweise von anderem Schlage sind als die Gelben der Vorkriegszeit. Die schwarz-weiß-roten Kampfverbände haben eine Ideologie geschaffen, die von ihren Anhängern als eine „revolutionäre“, als etwas unerhört Neues empfunden wird. Es sind nicht wenige, die ernstlich glauben, die „nationale“ Bewegung sei berufen, den „Kapitalismus“ zu überwinden und ebenso „den von den Marxisten gepredigten Klassenkampf“. Manche Führer der Kampfverbände fühlen sich berufen, eines Tages die diktatorische „Schiedsrichterrolle zwischen Kapitalisten und Sozialisten“ übernehmen zu können. Die neue gelbe Bewegung wird unter der Parole gemacht werden, es gelte, einen „Staat im Staate“ zu schaffen, einen „Stahlhelmstaat“. An den Frontkämpfergeist wird appelliert, an das gemeinsame Erlebnis des Krieges, der in den Schützengraben Soldaten und Offiziere zusammengeschweißt habe. „Soldat“ und „Offizier“ wird dabei gleichgesetzt mit „Arbeiter“ und „Unternehmer“. Hochfliegende Phantasie sieht den „Stahlhelm“ eines Tages die Regierung übernehmen, die dann eine „wirklich neutrale“ Regierung sein werde, besessen von einem

„fanatisch sozialen Gerechtigkeitssinn“. Das ist eine Ideologie, die mehr dem italienischen Fascismus als jener der alten gelben Verbände entspricht.

Das Bündnis zwischen den Kampforganisationen und den gelben Geisler-Verbänden ist geboren aus dem Zusammenbruch der völkischen Bewegung Hitlerscher und Ludendorffscher Prägung, die da glaubten, ganz Deutschland mit ihren Sturmabteilungen erobern zu können. Die völkisch-deutschnationalen Massen, die anfangen einzusehen, daß außen- und innenpolitisch nicht alles Heil von Maschinengewehren kommen kann, werden systematisch darauf eingestellt, nicht mehr auf den „großen Schlag“ zu warten, sondern mit organisatorischen und propagandistischen Mitteln die Macht im Staate zu erobern. Von den Unternehmerverbänden und ihren journalistischen Klopffechtern werden die Inspiratoren kräftig unterstützt. Die Auguren freilich lächeln über den heiligen Eifer, mit dem die Apostel der „nationalen“ Verbände von der „kommenden Zeit ohne Großkapitalismus und ohne Klassenkampf“ predigen. Die „Berliner Börsenzeitung“ hat in einem Leitartikel vom 28. Januar mit überraschender Offenheit das Ziel gekennzeichnet, auf das die schwarz-weiß-roten Kampfverbände angesetzt werden:

„Die Liquidation der Revolution als der erste Schritt auf dem Wege der Vorwärtsentwicklung verlangt eine stärkere Betonung des Nationalwillens, die Sanierung der Wirtschaft, die Reinigung der Verwaltung und die Hebung der öffentlichen Moral. Auf allen diesen Gebieten hat die Revolution Zustände geschaffen, die dem Eigennutz, niemals dem Staatsinteresse dienen. Bei ruhiger und fester Führung, die sich nicht durch das Geschrei von Interessenten, Drohungen mit Generalstreik, Forderungen der Gewerkschaften und dergleichen schrecken läßt, wird das Vertrauen der Volksgesamtheit in die nationalen Regierungen wachsen. Auch viele, heute noch abseits stehende Kreise, namentlich in der Arbeiterschaft, werden erkennen, daß nur auf diesem Wege eine Gesundung unseres kranken Volkskörpers zu erreichen ist. Dann wird sich auch der Gedanke der Volksgemeinschaft durchsetzen, der nur auf nationalem niemals auf revolutionärem Boden geweckt werden kann. Der politische Lehrsatz: ‚Es kann nicht gegen die Sozialdemokratie regiert werden‘, ist Unsinn und muß durch den Willen ersetzt werden: ‚Es soll nicht gegen die nationalen deutschen Arbeiter regiert werden.‘ Stellen sich die Gewerkschaften auf diesen Gedanken ein, dann ist es gut, sonst müssen sie verschwinden wie die erbärmliche Rätewirtschaft. Immer klarer zeigt sich, daß unsere Verfassung verbesserungsbedürftig ist. Sie entstand in den Wirren der Revolution, die es heute zu überwinden gilt. Herr Preuß mag sich damit trösten, daß auch die Verfassung eines Größeren — Bismarck — heute nicht mehr zeitgemäß wäre. Je schneller wir das staatliche Grundgesetz in Formen bringen, die dem wahren Charakter unseres Volkes entsprechen, desto besser ist es.“

Die Gewerkschaften aller Richtungen, welche die Gefahr der gelben Werkvereine kennen, dürfen nicht in den Fehler verfallen, die eingeleitete Bewegung deshalb zu unterschätzen, weil sie fast lautlos einsetzt. Gewiß, die Illusionen im schwarz-weiß-roten Lager werden bald verfliegen, und die Kaders der Gewerkschaften werden nicht ins Wanken gebracht werden. Aber der Schaden, welcher der gesamten Arbeiterschaft einschließlich der Irrenden und Mißbrauchten im jenseitigen Lager zugefügt

werden kann, zwingt zur Aufmerksamkeit. Mit vorbeugender Aufklärung kann nicht früh genug begonnen werden, wie die Geschichte der Gelben in der Vorkriegszeit beweist. Den Anfängen muß gekehrt werden.

Die verwüstende Arbeit der Kommunisten wird den gelbgefleckten Schwarz-Weiß-Roten auf gewerkschaftlichem Gebiet ebenso zugute kommen wie auf politischem. Der Zellenbauerei der Kommunisten ein Ende zu machen, ist die erste Abwehrmaßnahme gegen die geplante gelbe Invasion; umfassende, eindringliche Agitation und ständige Bearbeitung der jetzt noch oder wieder Unorganisierten die zweite, und planmäßige Schulung der Gewerkschaftsmitglieder die dritte. Schwieriger als diese Arbeit ist die unumgänglich notwendige Einwirkung auf die zukünftigen gelben Rekruten, die den schwarz-weiß-roten Kampfverbänden angehören. Sie sind nur zu beeinflussen, wenn angeknüpft wird bei dem Kriegserlebnis, das sie zusammengeführt hat, auf das sich ihre Ideologie aufbaut. Hier liegt ein Feld gemeinsamer Tätigkeit der Gewerkschaften und dem Bunde der republikanischen Kriegsteilnehmer, dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Frisches Zugreifen von Gewerkschaften und Reichsbanner ist notwendig und wird, wenn es mit Nachdruck geschieht, manchem Unheil vorbeugen.

Sowjetrußland in Asien

Von Albin Michel

Schon im zaristischen Rußland haben sich Perioden, in denen Rußland besondere Aktivität in Europa zeigte, mit solchen Perioden abgelöst, in denen sich der Expansionsdrang mehr nach Asien richtete. Die in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts vom russischen Kaiser eingeleitete „Abrüstungspolitik“, die dann zur Haager Konferenz führte, war im Grunde genommen weiter nichts als das Hervortreten der Tatsache, daß Rußland in Asien seine extensive Raumpolitik weiter betreiben wollte. Um in Asien aggressiver hervortreten zu können, wollte sich Rußland in Europa den Rücken decken. Deswegen kam es damals auch mit Oesterreich in der Balkanfrage zu einem Uebereinkommen. Ein Teil der russischen Politiker, und besonders ein großer Teil der hohen Geistlichkeit, betrachtete diesen fortwährenden Ausdehnungsdrang in Asien nur mit recht gemischten Gefühlen, weil sie der Ansicht waren, daß Rußland außenpolitisch vor allem eine Aufgabe habe, die Eroberung Konstantinopels, die Aufpflanzung des Kreuzes auf der Hagia Sophia.

Diese zwei Richtungen in der russischen Außenpolitik sind zwar auch jetzt noch vertreten, jedoch ist wieder die Richtung an der Spitze, die in Asien vordrängen und Europa vorläufig weniger beachten will. Gewiß wollen die regierenden Bolschewisten in Moskau auch in den europäischen Ländern die Weltrevolution, aber das Tuzend Menschen, von dem Sowjetrußland regiert wird, ist viel zu verschmitzt-klug, um nicht zu wissen, daß die Zeiten für eine europäische Revolution vorbei sind; die den kommunistischen Parteien von Rußland anbefohlene Insurgierung in den europäischen Ländern ist heute nichts weiter als ein politisch-taktisches Manöver, um Rußland in Europa wenigstens noch eine

gewisse Rückenstärkung zu geben, die auch innenpolitisch für das Prestige der Moskauer Regierung nützlich ist. Kann in Europa die Weltrevolution nicht mehr durchgeführt werden, so soll doch wenigstens die Furcht vor ihr zugunsten der Sowjetrepublik wirken.

Auch wenn man nicht annimmt, daß für die russische Außenpolitik Asien fernerhin dauernd das Primat haben wird, so läßt sich doch nicht verkennen, daß Rußland in den letzten Jahren wieder viel mehr eine asiatische Physiognomie erhalten hat. Schon die Abgliederung Polens und der nordischen Randstaaten sowie die Verlegung der Regierung von Petersburg nach Moskau haben zur Umänderung der Physiognomie des russischen Staates und des gesamten russischen Lebens sehr viel beigetragen. Dazu kommt aber noch mancherlei, was diese Umwandlung innerlich und äußerlich unterstützt und unterstreicht. Bis weit über die Mitte des vergangenen Jahrhunderts hinaus waren nur die obersten Kreise Rußlands, und auch diese nur zu einem kleinen Teil, mit einem europäischen Kultur- und Bildungsfirnis überzogen. Aber auch später ging diese Aneignung von Kultur und Bildung nur sehr langsam vor sich. Der Krieg, der die kulturell und wirtschaftlich am höchsten stehenden Gebiete von Rußland abtrennte und darauf die Revolution haben neue schwere Rückschläge gebracht, so daß Rußland immer weiter zurückgeworfen wurde auf jene Zeiten, als es kulturell noch nicht zu Europa, sondern noch zu Asien gehörte. Auch die Regierungsweise ähnelt mehr asiatischen Despotenstaaten als europäischen Kulturländern. Der Leninkult trägt mehr asiatischen als europäischen Charakter, und der gesamte bolschewistische Kult erinnert uns daran, daß Asien die Heimat der Weltreligionen ist.

Hatte schon die Zurückverlegung der Grenze nach Osten wieder eine stärkere Akzentuierung des asiatischen Charakters des russischen Staatswesens zur Folge, so zeigte auch die russische Außenpolitik eine nach Asien gewendete Richtung, weil dort die auswärtige Politik der Sowjetrepublik auf geringere Widerstände stößt als in Europa mit seinen festgefühten Staaten. Die asiatischen Länder sind, Japan ausgenommen, alles Gebiete, in denen es jetzt durcheinanderwogt, in denen Gärungen vor sich gehen und die, ganz gleich ob es europäische Kolonien oder nominell selbständige Staaten sind, mehr oder weniger unter dem Druck außerasiatischer Mächte stehen. Ueberall glüht unter der Decke das Feuer der Auflehnung und Empörung, neben Merkmalen des Verfalls machen sich Zeichen der Erneuerung bemerkbar, religiös, kulturell, geistig, wirtschaftlich, politisch, in der Durcheinandermengung der Bevölkerung und in der Erweiterung des Verkehrsnetzes kündigen sich Umwandlungen an, die aufwühlend, Neues gestaltend und Altes vernichtend, wirken werden. In Asien gibt es noch immer gewaltige Räume zu bewältigen, vielfach fehlt es an festen Landesgrenzen. In den Gebirgen Asiens liegen noch gewaltige Naturschätze, die erschlossen werden können. Für eine verschlagene Politik ist das der geeignete Boden, und auch aus diesem Grunde haben die Sowjetgewaltigen ihr Augenmerk vorläufig mehr auf Asien als auf Europa gerichtet.

Sendboten aus Moskau sind überall in Asien anzutreffen. Sie haben Verbindungen mit den Hindus und mit den Mohammedanern in Britisch-Indien, und dort suchen sie Einfluß auf die heranwachsenden Organisationen der Arbeiter zu gewinnen; sie haben sich in China und Japan,

in Anatolien, Persien und Afghanistan eingest. In der Mongolei, dem Durchgangsland zwischen China und Rußland, ist heute russischer Einfluß vorherrschend; wenn es notwendig erscheint, liefert Rußland auch Waffen, Munition und Flugzeuge, wie z. B. nach Afghanistan. Aber die Regierung von Moskau hat auch Mittel, um auf widerstrebende Gebiete zu wirken. Ein solches Mittel sind jene militärisch organisierten Banden, die überall an den äußeren Grenzen stehen, die aber offiziell nicht zur Roten Armee gehören und daher von der Moskauer Regierung jeden Augenblick verleugnet werden können.

Rußland hat jetzt in Asien einen neuen Erfolg eingeheimst, den Abschluß eines Vertrages, der die Anerkennung der Sowjetrepublik durch Japan zugesteht und mancherlei Differenzen zwischen den beiden Staaten beseitigt. Soweit sich aus den veröffentlichten Bestimmungen erkennen läßt, ist in diesem Vertrag Japan mehr der gebende Teil als Rußland. Das läßt sich auch daran erkennen, daß um die gleichen Stipulationen im Jahre 1923 schon einmal zwischen Japan und Rußland heftig gestritten worden ist, und daß die russischen Vorschläge damals von Japan zurückgewiesen worden waren. Der Vertrag setzt die Räumung Nord-sachalins bereits für die nächsten Monate fest, gewährt aber dafür den Japanern Öl- und Kohlenkonzessionen. Wie es scheint, hat aber Rußland von Japan auch Zugeständnisse in der Mongolei und in der Mandschurei erhalten; denn China hat sogleich einen Protest angemeldet gegen etwaige Abmachungen, die seine Interessen verletzen. Japan will sich gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika den Rücken auf dem asiatischen Kontinent freihalten und sucht sich mit Rußland zu verständigen. Bereits wird an einen Staatenblock Rußland-China-Japan mit verschiedenen Anhängseln gedacht. Ein Nebenzweck Japans ist vielleicht noch darin zu suchen, daß es die Unterstützung der revolutionären Bewegung, die von Rußland aus von Koreanern in Korea betrieben wird, durch eine Verständigung mit Rußland unterbinden will.

Die russische Politik in Asien ist eine Machtpolitik, die sich von der früheren zaristischen Politik nur dadurch unterscheidet, daß sie auf Völker stößt, in denen es in höherem Maße gärt und brodeln als in früheren Zeiten, die demnach auch nach manchen Richtungen hin etwas anders behandelt werden müssen. Handelte es sich bei der früheren asiatischen Politik Rußlands mehr um Raumbewältigung, so handelt es sich heute mehr um Raumauffüllung, um Aufbau und schöpferisches Wirtschaftstalent. Hier aber hat die Regierung von Moskau bisher versagt.

Der junge Marx

Von Eugen Lewin-Dorsch

I.

Karl Marx war siebzehn und ein halbes Jahr alt, als er das Gymnasium seiner Heimatstadt Trier verließ. Im August 1835 erhielt er sein Abiturientenzeugnis. Ein kurzer Auszug daraus ist in einem alten Jahrgange der „Neuen Zeit“ veröffentlicht worden. Die wenigen, uns so zugänglich gewordenen Bruchstücke dieses Dokumentes sind geeignet, unsere Aufmerksamkeit zu erregen; um so mehr, als wir von der

Kindheit und ersten Jugend dieses unvergleichlichen Menschen so gut wie gar keine unmittelbaren Nachrichten besitzen.

Die Entwicklung des jungen Ferdinand Lassalle ist uns bekanntlich aus einem Tagebuche erschlossen worden, das der Knabe mit großem Selbstgefühl, zugleich selbstgefällig und selbstkritisch, geführt hat, und das uns durch die Gunst des Zufalls erhalten geblieben ist. Derartiges fehlt uns für Marx. Und doch muß, wer sich mit dem inneren und äußeren Lebensgange des größten Sozialisten aller Zeiten beschäftigt, lebhaft wünschen, einen tieferen Einblick in seine Kindheit zu tun. Wie wichtig auch alle geistigen Entfaltungen eines Menschen auf den späteren Altersstufen sein mögen, so sind und bleiben doch die ersten Lebensjahre, die Eindrücke, die in dieser Epoche mehr unbewußt als bewußt erlebt werden, die ersten Freuden und Leiden und die Atmosphäre der Umgebung, die das Kind einatmet, bestimmend für die Gestalt und die Leistung, für die seelische Richtung des Erwachsenen.

Und dies gilt doppelt und dreifach von Marx, dessen Persönlichkeit zweifellos viel wesentlicher und tiefer veranlagt, zugleich aber auch viel unzugänglicher und verborgener gewesen ist als die von Lassalle, der sein ganzes Wesen stets sehr frei und gleichsam auf dem Präsentierteller vor sich her trug. Und mehr noch. Bei Marx handelt es sich nicht nur um einen ausgeprägten und scharf gezeichneten Charakter und um einen Kopf von hervorragend wissenschaftlicher Begabung; sondern darüber hinaus um einen Genius, der von so intensiven Kräften des Erkennens und Wollens beseelt war, daß er der Menschheit ein neues Weltbewußtsein und eine neue Menschwerdung, als eine bisher verkhüllte Offenbarung, zu verkünden vermochte.

II.

Von solchen Betrachtungen ausgehend, werden wir die uns überlieferten Auszüge aus dem Abiturientenzugnis des Gymnasiasten Karl Marx mit besonderem Interesse lesen. Wir können darüber hinweggehen, daß er in Religion und Geschichte nicht sonderlich glänzend abschnitt, dagegen die alten Klassiker gut übersetzte und schwierige Stellen aus ihnen mit vielem Verständnis zu erklären wußte. Reichtum an Gedanken wird von seinem lateinischen Aufsatz nachdrücklich festgestellt.

Das alles sind Zeugnisse von mehr oder minder landläufiger Art. Was uns jedoch besonders fesselt, ist das Urteil über den deutschen Prüfungsaufsatz. Die Aufgabe, die den Primanern gestellt wurde, lautete: „Betrachtung eines Jünglings vor der Wahl eines Berufes“, — noch heute ein auf unseren Schulen beliebtes Thema. Das Zeugnis, das der Primaner Marx für seine Arbeit erhielt, begnügt sich nicht mit dem Urteil über ihren formellen und inhaltlichen Wert; es lobt die Fülle der Gedanken, die übersichtliche Disposition als Vorzüge, und es beanstandet die Neigung des Verfassers zu einem allzu bilderreichen und überladenen Stil als Mangel; es greift aber auch einen Satz aus den Ausführungen des Abiturienten heraus und führt ihn als bemerkenswert an:

„Wir können nicht immer den Stand ergreifen, zu dem wir uns berufen glauben; unsere Verhältnisse in der Gesellschaft habe einigermaßen schon begonnen, ehe wir sie zu bestimmen imstande sind.“

In der Tat, bemerkenswert und erstaunlich, dieser erste Satz, der uns von Marx erhalten ist. (Wahrscheinlich wird ihn die vollständige Ausgabe seiner Werke, die gegenwärtig — 42 Jahre nach seinem Tode! — in Angriff genommen wird, an ihre Spitze stellen müssen, wenn nicht noch neue Funde zum Vorschein kommen sollten.) Dieser erste Satz ist in all seiner Schlichtheit, in seiner scheinbaren Selbstverständlichkeit eine würdige und verheißungsvolle Eröffnung des gewaltigen Lebenswerkes von Marx. Zugleich öffnet er uns einen schmalen Spalt, durch den wir einen Blick in Marxens frühe Jugend werfen können.

III.

Der einzelne, sagt der Primaner Marx, vermag oftmals nicht den Beruf zu ergreifen, zu dem er sich berufen glaubt. Und womit erklärt er dieses Verhängnis, diesen Zwang, der uns an einen von uns nicht gewollten und uns nicht gemäßen Beruf fesselt? Mit dem Zwangscharakter der gesellschaftlichen Verhältnisse, die stärker sind als der Wille des Individuums und über dieses bereits bestimmt haben, ehe es anfängt, über sich selbst zu bestimmen.

Diese Argumentation bezeugt einen wahrlich nicht alltäglichen Scharfsinn bei einem kaum dem Knabenalter entwachsenen Jungen, der obendrein noch in dem von äußeren Nöten freien, sorglich eingezäunten Frieden eines gut bürgerlichen Familienlebens groß geworden ist. Der jugendliche Mensch, aus dem absoluten Ichgefühl des Kindes herausgetreten, erlebt zum ersten Male die Begrenztheit und Abhängigkeit des Ichs. Und für Marx, dessen Genialität sich gerade in dem sozialen Pathos seiner Erkenntnis offenbarte, ist es überaus charakteristisch, daß er den Grund für jene Unfreiheit des Individuums so früh nicht in der Herrschaft der Naturgesetzlichkeit über den Menschen, sondern vielmehr in der Allmacht der gesellschaftlichen Verhältnisse wahrnahm. „Unsere Verhältnisse in der Gesellschaft haben einigermaßen schon begonnen, ehe wir sie zu bestimmen imstande sind“, d. h., der einzelne wird unabhängig von seiner persönlichen Entscheidung in ein soziales Gewebe von Beziehungen hineingeboren und findet sich darin eingesponnen vor. Jene Verhältnisse sind praktisch wirklicher als sein Wille, der von ihnen bestimmt wird.

In seiner Marx-Biographie bemerkt Franz Mehring dazu: „So kündigte sich in dem Knaben das erste Wetterleuchten des Gedankens an, den allseitig zu entwickeln, das unsterbliche Verdienst des Mannes werden sollte.“ Das ist zutreffend. Es ist nichts geringeres als der historische Materialismus, der in jenem knappen Satze gleichsam erwacht und zum ersten Male die Augen aufschlägt — ein Licht, dessen Glanz von Jahr zu Jahr wuchs, um schließlich mit blendender Helligkeit zu erstrahlen. Nur sieben Jahre noch, und Marx formulierte den gleichen Gedanken in der „Heiligen Familie“ mit den Worten: „Wenn der Mensch von der Natur aus gesellschaftlich ist, so entwickelt er seine wahre Natur erst in der Gesellschaft, und man muß die Macht seiner Natur nicht an der Macht des einzelnen Individuums, sondern an der Macht der Gesellschaft messen.“ Und ein Jahr später: „Das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ (Ueber Feuerbach, 1845.) In immer neuen Wendungen variiert er

dasselbe Motiv, um ihm im „18. Brumaire“ (1851) die kühne und gleichsam gemeißelte Fassung zu geben: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden.“

Man sieht: die für das Marxsche Denken entscheidende Richtung auf gesellschaftliche Begriffsbildung kündigt sich keimhaft und als Anlage bereits in dem ersten Satze an, der uns von ihm erhalten ist.

IV.

Wir dürfen aber, ohne den Inhalt jenes Satzes zu pressen, noch einen Schritt weiter gehen. „Unsere Verhältnisse in der Gesellschaft“, stärker, wirklicher als der Wille des Individuums, verhindern dieses an der Wahl des ihm gemäßen Berufes. Also sind die Verhältnisse in der Gesellschaft nicht so, wie sie sein sollten. Es meldet sich somit in der Examensarbeit des Abiturienten die erste Opposition gegen die bestehende Gesellschaft an; die erste Auflehnung gegen die Macht, die der spätere Kommunist und Revolutionär mit allen Waffen seines Geistes und mit der ganzen Leidenschaft seines vulkanischen Temperamentes angreifen und erschüttern sollte.

Marx ist ein Kind der Bourgeoisie gewesen, ein Kind der jüdischen Bourgeoisie insbesondere, die der kapitalistischen Lebensauffassung, der Anbetung von Geld und Besitz, um kein Haar weniger zugewandt war und ist als die gleiche Gesellschaftsklasse christlich-germanischer Herkunft. Sieben Jahre nach seinem Abiturientenexamen hat Marx selber in seiner Abhandlung über die Judenfrage diesen kapitalistischen Charakter der jüdischen Bourgeoisie mit so schneidender Schärfe kritisiert, wie es nur der vermag, der durch eine höchst persönliche und fast gewaltsame „Revolution der Denkart“ aus diesem Daseinskreise herausgetreten ist.

Dazu kommt, daß der Justizrat Marx, der Vater, ein begeisterter Preuße, ein überzeugter Monarchist, ein eifriger Verehrer der Hohenzollern-Dynastie und sogar ein Verteidiger des absoluten Regimes gewesen ist. Als sein Sohn in dem Alter, in dem fast alle deutschen Jünglinge Verse dreheln, zu dichten begann, gab er ihm den Rat, sich an einer Ode zu versuchen, die den Sieg Preußens über Napoleon und den „Genius“ der Monarchie verherrlichen sollte.

In einer solchen durchaus bürgerlichen Umgebung ist Marx aufgewachsen; ihren Geist hat er in dem Lebensalter in sich aufgenommen, das für Einwirkungen dieser Art am empfänglichsten und ihnen fast widerstandslos ausgeliefert ist. Uebrigens besaß der Vater nicht nur die tiefe Liebe und das unbegrenzte Vertrauen seines Sohnes, er leitete auch eifriger und wirkungsvoller, als es sonst wohl üblich ist, die Erziehung und die intellektuelle Entwicklung des Knaben. Er war ein Mann von sehr gepflegter Bildung und von weiten wissenschaftlichen Interessen. Nicht die Schule, von der Karl Marx in späteren Jahren nur ganz gelegentlich und in scherzendem Tone spricht, wohl aber der Vater hat den wissensdurstigen Knaben mit reicher Bildung ausgestattet. In ihrer reifsten Gestalt und in gesättigtem Extrakt wurde ihm die bürgerliche

Kultur seines Zeitalters vermittelt. In einer dementsprechenden Sphäre bewegte sich auch der gesellige Verkehr, den die Familie Marx in Trier pflegte. Wir wissen nur dies: daß sie aufs freundschaftlichste mit dem Hause des Geheimen Regierungsrates Ludwig von Westphalen verbunden war, der im Jahre 1816 zur Regierung nach Trier versetzt wurde, nachdem er bis dahin als preußischer Landrat in Salzwedel amtiert hatte. Seine Tochter Jenny, in der Trierer „guten“ Gesellschaft wegen ihrer großen Schönheit als „Balkönigin“ gefeiert, wurde die Gattin von Marx.

Ganz und gar im Fahrwasser bürgerlicher Lebensführung und Lebensauffassung also verlief die Kindheit. Trier selbst war trotz seiner alten und reichen Vergangenheit eine Stadt zweiten oder dritten Ranges; sie zählte im Geburtsjahre von Karl Marx (1818) nur 11 400 Einwohner und besaß keine Industrie von irgendwelcher Bedeutung. Die arbeitende Klasse war dem Trierer Gymnasiasten und auch noch dem Bonner und Berliner Studenten eine völlig fremde Welt.

Und doch stieß er später, schon wenige Jahre nach seinem Abitur, zu „jenem kleinen Teil der herrschenden Klasse“, der sich — wie es im Kommunistischen Manifest bemerkenswert heißt — „von ihr lossagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt; zu jenem „Teil der Bourgeoisie — Ideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinauf gearbeitet haben“. Ja, er gehörte nicht nur dazu — er war Kopf und Herz, Geist und Tat dieser deklassierten Schicht.

V.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß diese seine Loslösung vom Bürgertum, aus dem er entsprossen, von dem jungen Marx als eine tiefere innere Wandlung und Umwälzung erlebt worden ist. War ihm bis in seine letzte Studentenzeit hinein die Klasse des Proletariats eine unbekannte Welt gewesen, so mußte er sie sich erst durch eine Entdeckung erschließen. Und indem er diesen neuen Daseinskreis als Verkünder des proletarischen Sozialismus und als Geschichtsphilosoph des Klassenkampfes eintrat, kehrte er zugleich seiner eigenen Klasse und ihrer Kultur den Rücken und brach die Brücken hinter sich ab. In demselben Augenblick, da er sich in einen grundsätzlichen und unüberbrückbaren Gegensatz zur herrschenden Klasse, zu seiner Klasse stellte, wurde er deklassiert und entwurzelte sich, um sich in dem Mutterboden einer anderen, ihm ursprünglich fremden und noch unentwickelten, einer eigenen Kultur entbehrenden Klasse einzuwurzeln.

Marx ist Zeit seines Lebens ein Feuerkopf gewesen. Ein heißes, leicht aufwallendes Blut floß in seinen Adern. Er war alles andere als eine sanfte und friedfertige Natur; und auch von ihm gilt der bekannte Ausspruch, daß nichts Großes in der Welt vollbracht werde ohne Leidenschaft. Das bezeugt die innere Spannung seines Stiles auf jeder Seite seiner Schriften und seiner Briefe; das bezeugen Wilhelm Liebknecht ebenso wie Marx' Schwiegersohn Lafargue in ihren wertvollen Erinnerungen; und das bezeugt auch noch Eduard Bernstein, dem anlässlich seines Besuchs bei Marx im Jahre 1880 Engels von dem zweiundsechzigjährigen und schon durch Krankheit gebrochenen Manne erzählte: „Der Mohr kann auch jetzt noch ganz gehörig wettern“, wovon er noch selbst eine kräftige Probe erlebte. (Aus den Jahren meines Exils, S. 169.)

Und dieses leidenschaftlich aufföodernde Temperament hat sich schon fröhzeitig geregt; gerade in den ersten Semestern des jungen Studenten hat es sehr stürmische Formen angenommen. Der Vater ahnt die ungewöhnliche Begabung des Sohnes und erwartet außerordentliche Leistungen von ihm. In ergreifenden Worten, wie sie nur das stärkste Gefühl zu finden vermag, gesteht ihm der alternde Mann seine Liebe: „Glaube immer und zweifle nie, daß ich dich im Innersten meines Herzens trage und du einer der stärksten Hebel meines Wesens bist.“ Aber zugleich macht er sich schweres Kopfzerbrechen über den Charakter und die Zukunft des Kindes. „Mein Herz schwelgt zuweilen in Gedanken an dich und deine Zukunft, und dennoch, zuweilen kann ich mich traurig ahnender, Furcht erregender Gedanken nicht entschlagen.“ Das heftige, ungebärdige Wesen seines Jungen erschreckt ihn und er fragt sich bekümmert, ob der „nicht allen Menschen verlebene Dämon“, von dem „dein Herz offenbar belebt und beherrscht wird“, — ob „dieser Dämon himmlischer oder faustischer Natur sei?“ Von zärtlicher Besorgnis sind diese Briefe an den Berliner Studenten erfüllt, aber auch von lebhaften Mahnungen und Vorwürfen. Die Antworten des Sohnes sind uns bis auf eine einzige verlorenggegangen. Aber was sie enthalten haben: das Bekenntnis eines qualvollen Seelenkampfes, zeigen uns die Klagen des Vaters, die alle auf den gleichen Grundton gestimmt sind. „Diese Zerrissenheit ist mir ekelhaft, und von dir erwarte ich sie am allerwenigsten“, schreibt er ihm im November 1837. Er fürchtet, daß Karl in „unsinniger und unzweckmäßiger Gelehrsamkeit“ seine Gaben verschwende und Nächte durchwache, um Ungetümme zu gebären. „Ordnungslosigkeit, dumpfes Herumschweben in allen Teilen des Wissens, dumpfes Brüten bei der düsteren Oellampe“ wirft er ihm vor. Nicht ganz ohne Grund. In der einzigen uns erhaltenen Antwort des Studenten (vom November 1837) auf einen Brief des Vaters gibt er selbst „die vielfach hin- und hergeworfene Gestaltung seines Gemüts“ zu; daß „das erste Semester (in Berlin) hindurch viele Nächte durchwacht, viele Kämpfe durchstritten, viele innere und äußere Anregung erduldet werden mußte“; daß „oft das Herz geirrt zu haben scheint, während der kämpfende Geist es übertäubte“. Das sehr ausführliche und bewegte Bekenntnis schließt mit einer außerordentlich bezeichnenden Nachschrift: „Es ist beinahe vier Uhr, die Kerze ist gänzlich abgebrannt und die Augen trüb; eine wahre Unruhe hat sich meiner bemästert, ich werde nicht eher die aufgeregten Gespenster besänftigen können, bis ich in eurer lieben Nähe bin.“

Dieser Brief führt uns unmittelbar in die geistige Werkstatt des Studenten, eines recht sonderbaren und keineswegs alltäglichen Studenten, hinein; und wir begreifen die Gärung, die ihn bis ins Innerste durchwühlt. Wir sehen ihn in seinem Zimmer in Stralau sitzen, am Schreibtisch, übermächtig, mit glühend heißem Kopfe, in dem sich, noch chaotisch und nach Klarheit ringend, die schweren Probleme der dialektischen Philosophie Hegels bewegen. Zuerst hat er sich noch mit juristischen Studien beschäftigt, hat eine ganze Bibliothek juristischer Lehrbücher verschluckt und in draufgängerischer Produktivität auf dreihundert Bogen eine neue Metaphysik des Rechtes entworfen, die er alsbald wieder verwirft und vernichtet. Dazwischen schreibt er lyrische Gedichte von mäßigem Werte, drei Hefte voll, und schickt sie an seine

Verlobte, nach der er sich sehnt. Und auch hierin bekennt er die Ruhelosigkeit seines suchenden Geistes:

„Nimmer kann ich ruhig treiben,
Was die Seele stark erfaßt,
Nimmer still behaglich bleiben,
Und ich stürme ohne Rast.“

In schmerzlicher Einsamkeit ringt er mit seinen Ideen und errichtet seltsame Gedankenarchitekturen, die er alsbald wieder zerstört. Bis ihm plötzlich die Philosophie Hegels, die ihm anfangs wie eine „gröteske Felsenmelodie“ entgegenklangen war, mächtiger, dauernder fesselt. Und nun stürzt er sich mit einem bis zur Inbrunst gesteigerten metaphysischen Bedürfnis kopfüber in das Studium dieses Systems. Immer mehr tritt das Brotstudium der Juristerei in den Hintergrund, um der Philosophie Platz zu machen. Und schließlich behält Hegel das letzte, entscheidende Wort.

Diese ganze, von Konflikten erfüllte Entwicklung des jungen Karl Marx verläuft in stürmischem Tempo, als eine heftige Erschütterung und ein fast gefährliches Erdbeben seines geistigen Wesens: als der dramatisch belebte Prozeß einer „Selbstverständigung“ bis zur letzten Entscheidung. Und das Endergebnis dieser inneren Umwälzung ist nichts anderes als die Konzeption des wissenschaftlichen Sozialismus: die große Lebensaufgabe, die ihm das Schicksal gestellt hatte.

Damit aber trat er aus seiner Klasse heraus. Damit gab er zugleich alle die äußeren Vorteile preis, die sich ihm sicherlich geboten hätten, wenn er in ihr verblieben wäre: alle jene Beziehungen und Verbindungen, die ihm ein stilles Bürgerglück und eine angesehene Lebensstellung verschafft hätten. In dem Augenblicke, da er zum Angriff auf die herrschende Klasse übergang, verfemte sie einen ihrer größten Söhne. Sein Leben war fortan nichts anderes als eine lange Kette von Leiden und Kämpfen.

In jenem geistigen Ringen mit den Problemen der Philosophie vollzieht sich die Entbürgerlichung von Karl Marx, die Revolution seines eigenen Wesens. Damals, als diese Entwicklung auf ihrem Höhepunkt war, stand er in seinem 19. Jahre. Sie muß schon viel früher begonnen haben. Schon im Dezember 1836, nur einundeinviertel Jahr nach seinem Abitur, antwortet ihm der Vater auf einen Brief, der uns leider nicht mehr erhalten ist: „Deine Ansichten des Rechtes sind nicht ohne Wahrheit, aber sehr geeignet, in ein System gebracht, Stürme zu erregen, und du weißt nicht, wie heftig gelehrte Stürme sind.“ Also auch hier wieder zeigt sich bei dem Achtzehnjährigen Kritik und Opposition. Und indem wir zum Schluß noch einmal zu jenem denkwürdigen Satze aus seiner Examensarbeit zurückkehren, dürfen wir wohl die Vermutung wagen, daß in dem gesellschaftskritischen Urteil, das er enthält, der erste Ansatz zu der späteren Entwicklung dieses erhabenen Genius zu finden ist.

Poelzig

Von Paul Westheim

Eine Poelzig-Ausstellung in der Charlottenburger Technischen Hochschule gibt Anlaß, wieder einmal von diesem Baumeister zu sprechen; nicht solcher Ausstellung wegen, die, wie es heutzutage ist, ihre Wirkung damit erschöpft, daß wieder einmal die Leute vom Bau sich „ein Bild machen“ können von dem, was da gewollt und erreicht wird, sondern dieses Poelzig wegen. In Poelzig haben wir, hat diese als unproduktiv gescholtene Zeit ein großes baukünstlerisches Temperament und macht keinen Gebrauch davon. Statt ihn bauen zu lassen, läßt man ihn an einer Akademie unterrichten, an einer Technischen Hochschule Vorlesungen halten. Bauaufgaben werden gestellt und durchgeführt, aber von wem? Man könnte auch heute dokumentarische Architekturleistung haben; doch von dem, von denen, die sie leisten können, will man sie unter keinen Umständen.

Das jetzt oft erörterte und, wie nicht zu leugnen ist, oft mit einer gewissen Verstiegenheit erörterte Problem der Sachlichkeit — das zweifellos eines der elementaren ist — hat Poelzig auf seine Weise beantwortet. Nicht, wie so viele, als Theoretiker und Programmierer — sie können deshalb mit Poelzig so wenig anfangen —, sondern als Künstler. Als Künstler, dem, wie van de Velde, vor 25 Jahren schon die Form nicht weniger wichtiger ist als die sachlichen Notwendigkeiten. Technik und Konstruktion haben ihren Stil, sind die Erscheinungen, die dieser Zeit vor allem den Stil geben. Aber, erklärte Poelzig einmal in einem Vortrag, „alle diese Dinge (Fahrräder, Autos, Schiffe, technische Bauten) dienen einem rein praktischen Bedürfnis des Menschen und sind dem zuliebe entstanden. Sie erreichen eine eindeutige, durchaus befriedigende, sogar durchaus organisch wirkende Form, aber sie verschwinden restlos aus der sichtbaren Welt, wenn sie das praktische Bedürfnis des Menschen nicht mehr befriedigen, zugunsten anderer Formen, die, an den Anforderungen des Menschen gemessen, vollkommener sind. An ihrer Wiege stand die eiserne Notwendigkeit, nicht der Eros, und mit dem Fortfall der Notwendigkeit fallen sie selbst . . . Alle diese Bauten sind eben nicht für eine Ewigkeit gedacht; die sie schufen, dachten vergänglich, an vorübergehende Zweckbestimmung, sie sind Eintagsfliegen im Leben der Welt. Alles Technische, und damit jede rein technische Form, ist vergänglich, der Mensch zerstört sie selbst rücksichtslos, wenn sie seinen Zwecken nicht mehr dient, die Kunstform ist ewig und wird nicht ohne Schaden vernichtet. Mit ihr verschwindet ein Teil Schönheit aus der Welt . . .“

Poelzig war zu dieser These aus seiner eigenen, praktischen Betätigung heraus gekommen. Er hat für Dresden einen Gasometer von 70 Meter Höhe gebaut, einen Zweckbau von straffer Oekonomie, größter Präzision, klarer, eindringlicher Formgebung. Früher schon hatte er in Posen einen Wasserturm, in Lauban im Schlesischen eine ausgedehnte Anlage für eine chemische Fabrik errichtet. Und gerade eine chemische Fabrik mit der Mannigfaltigkeit ihrer sehr bestimmten Zweckkonstruktionen war das geeignete Objekt, die sachlichen und technischen Notwendigkeiten programmatisch zu nehmen. Das ist auch ge-

schehen; aber wenn man diese Laubner Fabrik vergleicht mit den gewiß monumentalen Silo- und Fabrikbauten Amerikas, dann ist doch auch hier schon der Eindruck ein ganz anderer, es ist die große Sachlichkeit da, aber zugleich ist noch etwas da, was den römischen Thermen „das Gesicht“ gegeben hat.

Während des Krieges kam Poelzig als Stadtbaumeister nach Dresden. Dresden, die Stadt des Zwingers und der Frauenkirche, mußte jene Tendenzen in ihm bestärken. Mehr und mehr ist er — innerlich, nicht formal — hineingewachsen in ein Barock; sein Ziel wurde, in seine Architektur hineinzubringen jenes Musikalische, oder, wie er es selbst zuweilen auch nennt, das Mozartsche.

In Dresden hat Poelzig zunächst einmal versucht, die städtebauliche Grundlage zu schaffen. Für die Stadt und das ganze umgebende Elbtal hat er einen Stadtplan geschaffen, der konzipiert ist aus dem Geist der Frauenkirche, der, wie man sagen darf, diesen Schwung, diesen Klang in die ganze Stadtanlage hineinträgt. Dann folgten große Bauanlagen: ein Hygiene-Museum, ein Stadthaus, eine Feuerwache, ein Konzertsaal, Schulen usw. Alle diese Bauten sind Entwurf geblieben. Mit seinem Weggang von Dresden fand er wieder einmal Gelegenheit, eines seiner Projekte zu verwirklichen. Für Reinhardt konnte er das „Theater der Fünftausend“, das „Große Schauspielhaus“, bauen. Bauen ist eigentlich nicht das richtige Wort, man müßte sagen: umbauen. Er sollte nämlich nicht aus eigenem einen Neubau aufführen, sondern einen vorhandenen Bau, der vordem Zirkus und davor Markthalle gewesen, zu einem großen Schauspielhaus umwandeln. Unnötig, zu sagen, daß solche Aufgabe für einen Architekten, der so auf Gestaltung im großen eingestellt ist, Opfer über Opfer verlangt. Die Aufgabe für Poelzig war hier die Kuppel, die den riesigen Zuschauerraum überspannt. An ihr konnte er sein architektonisches Temperament, seine Erfindungsgabe und seine Gestalterkraft erweisen. Er staffelte sie in Zonen, bildete einen Kranz von konzentrischen Ringen, die umsäumt sind von hängenden bogenförmigen Zapfen aus Rabitz. Diese Zapfen rieseln gleichsam herunter über die aus der ehemaligen Konstruktion noch vorhandenen und nicht zu beseitigenden Stützen, umkleiden Orgelbau und Musikantenloge und schaffen die Vermittlung zwischen dem unteren Kuppelrand und der flachen Decke des Zuschauerraumes. Diese Kuppel hat etwas Magisches, Märchenhaftes. In ihrer Mischung von sakraler Monumentalität und launiger, erfinderischer Spielerei ist der Sinn des Theaters und gerade dieses Theaters frappant getroffen.

Jahrelang beschäftigte ihn ein Projekt für ein Festspielhaus, das die von Hugo Hofmannsthal, Max Reinhardt und Richard Strauß organisierte „Salzburger Festspielhaus-Gemeinde“ in Salzburg, in dem dem Kunstfreund bekannten Schloßpark Hellbrunn nach und nach ausführen zu können hoffte. Wie die Renaissance-Anlage des Bischofssitzes in Salzburg sich ins Leichte, Graziöse, Festlich-Heitere ausspielt, so mußte der heutige Architekt hier zu etwas kommen, was Leichtigkeit, Beschwingtheit und Bewegtheit mit Anmut vereint. Die neue Erfindung eines Bühnenfachmanns Namens Linnebach, aufgebaute Kulissen in bogenförmigen Segmenten zu bewegen, machte es möglich, den ganzen Block in eine elliptische Grundform einzuordnen, damit — zum erstenmal — die seitlichen Kulissenhäuser in eine organische Einheit mit dem Ge-

santbau zu bringen und zu einer geschlossenen Einheit von Zuschauer-raum und Kulissenhaus zu gelangen. So treppt sich der Bau auf als ein mächtiger elliptischer Kegel. Terrassenumgänge, die um jeden Rang gelegt sind, geben eine straffe horizontale Gliederung. Eine kühne Versprechung ist wieder das Innere, eine mächtige, spitzbogenhaft aufstrebende Kuppel, die tektonisch klar und groß aufstrebt. Die innere Kuppel, die in die Eisenkonstruktion eingehängt ist, ist ornamental gebrochen und soll so als eine Art Resonanzboden wirken — eine Lösung, auf die von Seiten der Akustiker große Erwartungen gesetzt werden. Daß dieses Haus je gebaut werden wird, ist kaum noch anzunehmen. Wie es ja überhaupt das Schicksal dieses Poelzig ist, fortgesetzt die größten Bauaufgaben, Hochhäuser, Fabriken, Theater, zu projektieren und, wie einst Schlüter, kaum eine dieser Schöpfungen verwirklichen zu können.

Poelzig hat einmal gesagt: „Im 19. Jahrhundert sind unendlich viel mehr architektonische und bauliche Zeichnungen angefertigt worden als in allen vergangenen Jahrtausenden seit Erschaffung der Welt, und es ist in keiner Periode so schlecht gebaut worden.“ Es ist charakteristisch, daß Poelzigs Baugestalten immer wie ein Modellieren anmutet. Man meint das zu verspüren, wie einer Masse und Körper durchknetet. Es ist ein wütendes, leidenschaftliches, ungebärdiges Anrennen gegen die Starrheit eines Baukörpers. Seine Massigkeit im Streben nach prägnantestem Formenausdruck zum Schmelzen zu bringen, ist das Verlangen. Wie Dichtung zuweilen Aufschrei ist, so will einer aus eigenem gewaltigen Elan heraus einen mächtigen Schwung hineinschmeißen in eine Baumasse. Der Stein soll widerklingen, was ein schöpferischer Mensch als Musik in sich trägt. Es ist bemerkenswert, wie Poelzig in seinem ganzen Schaffen, das heute doch das eines gereiften Mannes ist, immer stürmischer, die Geste immer kühner ausladend, die schöpferische Leidenschaft immer ungebärdiger wird. Die eigene Vergangenheit wird ihm nicht zur Konvention, weiter und weiter hinaus wird das Ziel gesteckt. Etwas von den großen Künstlertemperaturen geistert in ihm; er wird reifer, aber nicht beruhigter.

Geistige Sachverwalter

Eine exemplarische Glosse

Von Kurt Offenburg

Ueber „Genie und Gelehrter“ schreiben heißt einmal den Ossa auf den Pelion türmen, das andere Mal durch ein von unzähligen Fußtapfen ausgetretenes Flachland wandern. Welche von diesen beiden Wirkungsmöglichkeiten die verlockendere ist, das ist eine Angelegenheit der jeweiligen Daseinspotenz des Individuums. Hiermit ist von vornherein eine unzweideutige Stellungnahme bedingt.

Das Genie ist das Auge der Welt; ist der aus dem Unterbewußtsein zum Selbstbewußtsein erhobene Urintellekt, der plötzlich, man weiß nicht wie, durch einen Menschen in die Welt blickt. Taucht ein Genie auf, so ist es, wie wenn ein Eroberer, ohne jede vorherige Anmeldung, in ein fremdes Land eindringt und hier, sein Reich erkennend, plötzlich die Aufgabe vor sich sieht, Ordnung in das herrschende Chaos hineinzubringen.

Die Gelehrten, die in ihrem Reiche lange Zeit ohne jede Führung waren, haben, als die Verwalter der früheren Herrscher, wie dies in der Geistesgeschichte der Menschheit häufig anzutreffen ist, die Geschäfte selbständig in die Hand genommen. Sie haben in vorhandenem Reichtum, denen das Genie ihnen hinterließ, geschaltet und gewaltet nach Gutdünken ihres eigenen Blickfeldes. Durch Tradition gelangten sie zu ihrem Amte, füllten es aus nach bestem Wissen und Können; waren jedoch stets empört, sobald jemand auftauchte, der ihnen den Rang streitig zu machen suchte.

Das Genie dagegen, ohne jede Tradition und zeitlos, nimmt als geborener Eroberer von allen Seiten unbekümmert die Berichte der Gelehrten aus dem Archiv der Wissenschaft entgegen; sieht jedoch gleichzeitig, mit dem ihm angeborenen Herrscherblick, die Mißstände, die sich seit Jahrhunderten, die sich seit des letzten wahren Eroberers und Gesetzgebers Tode eingenistet haben. Hier öffnet sich für das Genie ein unüberblickbares Arbeitsfeld: es beginnt seine Befehle, seine Gesetze zu formulieren, die von den verwaltungsbeflissenen Handlangern mit dem größten Mißtrauen aufgenommen werden, denn diese haben, durch Tradition geheiligt, eine viel zu hohe Meinung von ihren eigenen Anordnungen, als daß sie sich ohne weiteres dazu verstehen würden, die neuen Verordnungen aufzunehmen und in deren Sinn zu wirken. Da zudem die Gelehrten an der autokratischen, selbstsicheren Form irre werden, in der das Genie sich offenbart, so tun sie stets das in ihrem Falle Klügste und seit Generationen Bewährteste: sie schweigen sich aus.

Zeichnet sich die Gedankenformulierung des Gelehrten durch eine äußerst relative Sprache aus, so die des Genies durch eine absolute. Die Gelehrten beziehen sich in allen ihren Äußerungen auf Gott, wie ihre Mitmenschen (d. h. Herren Kollegas!), das Genie dagegen auf niemanden, höchstens auf seine ihm ebenbürtigen Vorgänger. Die Gelehrten sind, wenn es sich um ihre eigene Rettung handelt, stets Demokraten und suchen durch Majoritätsbeschluß irgendein Gesetz, eine Wahrheit einzuführen; das Genie dagegen ist autokratisch und absolut. Seine Worte klingen wie Befehl, seine Sätze wie Gesetz, doch niemals wie asthmatische Lehrhaftigkeit.

Das Genie, das auf Grund seiner Traditions- und Zeitlosigkeit von der jeweils herrschenden Gelehrten-gilde nicht anerkannt wird, weil die Anschauungen beider sich durchaus entgegenstehen, muß stets eine geraume Zeitspanne an sich vorüberfluten lassen, bis die Gelehrten in ihm ihren Führer erkennen. Daß er gewöhnlich schon tot ist, bis den Brosamensuchenden ein Licht über die Existenz ihres Ernährers aufgeht, ist hier nicht von Belang, da auch dieser besondere Faktor im geistigen Gesamtkomplex eines Volkes verwurzelt ist. Sind die berufsmäßigen, doch meistens nachtschlafenen Posaunenbläser durch Zeitströmungen unsicher geworden, so ist das Genie völlig unbefangen; es sieht, weil es ohne jede Tradition ist, die Dinge der Welt in einem neuen, für die Gelehrten durchaus fremden Lichte, in bisher ungewohnten Beziehungen. Doch die Gelehrten, von dem Herkömmlichen, der Tradition völlig befangen, lehnen jede Neuerung als störend ab. Sie betrachten das Genie als Störenfried, der die Traditionen, die durch ihr Dasein geheiligt wurden, mit Füßen tritt. Aber das Genie, als neuer, unerkannter Herrscher, ist weit davon entfernt, das zu tun, was ihm seine späteren Schleppenträger andichten: es ist lediglich bemüht, dem Volk neues Leben zu verleihen, und da solches in neuen Gesetzen, bisher fremden Verordnungen und obendrein noch in anmaßendem Tone geschieht, wird die Gelehrten-gilde mißtrauisch. Sie erkennt die Leistung des Genies keineswegs ab, sie erkennt sie aber auch nicht an; in ihrer Unsicherheit schweigt sie sich aus; denn: man kann nie wissen.

Das Genie, sich seiner Herrscherpflichten bewußt, legt seine Gesetze, unbekümmert um Anerkennung oder Tadel, im Archiv des menschlichen Geistes nieder. Hat es seine Pflicht erfüllt, die ein Menschenleben umspannt, legt es sich hin und stirbt. Längst sank des Genies Existenz in Vergessenheit, da sucht, scharrt und findet plötzlich ein Gelehrter, der mit dem Zeitgeist nicht aus noch ein weiß, des toten Führers Gesetze, die mit Blitzeshelle das ganze Chaos durchleuchten. Jetzt, da keine Gefahr mehr droht und nur rettender Ausweg sein kann, nehmen sich die Gelehrten jenes seltsamen Störenfriedes an; stellen gewissenhaft fest, wann er gestorben ist, wie er gestorben ist, wo er gestorben ist; schnüffeln in eifernder Ueberlegenheit dergleichen äußeren Belanglosigkeiten nach und zerbrechen sich noch die unbehaarten Schädel über die Frage, ob der Eroberer im Reiche seiner Gedanken einstmals beim Schlafengehen eine Nachtmütze trug oder nicht. Je geringer nun der Gelehrten eigene Verdienste sind, desto mehr bemühen sie sich, die des Genius in den Himmel zu heben. Auch hier bleibt eine Wertung dieses Faktums Sache jeweiliger Daseinspotenz des Individuums.

Das Kennzeichen des traditionellen Gelehrten ist seine relative Ausdrucksweise. Alles, was er spricht und schreibt, steht entweder in sehr oberflächlicher Beziehung zu den Dingen, mit denen er gerade berufsmäßig zu tun hat, oder er hält sich nur rein beschreibend, feststellend, vergleichend in einer Sphäre auf, in der er immer Land unter den Füßen verspürt; wohingegen das Genie trunken an den schroffen Abgründen, unbekümmert, schlafwandlerisch-sicher vorbeitaumelt.

Ist die Lebensarbeit des Gelehrten ein Produkt von schwerflüssigem Gehirnschleim und verhärtetem Sitzfleisch, so ist dagegen das Wirken des Genies ein verschwendendes, unbedenkliches Früchttestreuen, aus den nie versiegenden Speichern seines unermeßlichen Reichtums. Sagt man vom Gelehrten, sein Schaffen rieche nach der Lampe, so könnte man vom Genie sagen: jedes seiner Werke ist umheult von der Zeugung ewigem Morgenwind.

Allein schon ein Blick auf des Gelehrten und des Genies äußere Lebensgestaltung dokumentiert die unüberbrückbare Wesensgegensätzlichkeit beider Kategorien. Dieses Motiv ist ebenso bekannt wie abgegriffen, und deshalb sei darauf verzichtet, in dieser Hinsicht Gemeinplätze auszubreiten. Doch sei gleichzeitig keineswegs unterlassen, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die meistens ebenso oberflächliche wie gewissenlose Memoiren- und Anekdotenliteratur häufig nur der Sache Hülle streift, hingegen unbedenklich vorübergeht an den seelischen und geistigen Himmel- und Höllenfahrten des Genies. Diese inneren Konflikte, die durch ihre Spontanität wie Nachhaltigkeit ihre ungeheure Zentralität beweisen, werden stets am unverfälschtesten aus des Genies eigenen Werken herauszukristallisieren sein.

RANDBEMERKUNGEN

Kleine Wahrheiten

Siam

Was wir immer und immer wieder gesagt haben: vor Poincaré werden sie — nämlich die sogenannten Nationalen — wie die Hunde kuscheln, um nach innen treten zu können, das hat sich bei der Abstimmung über den Siam-Vertrag zum soundsovielten Male bewahr-

heitet. Nach dem glorreichen Vorbild der Dawes-Abstimmung sollten abermals fünfzig Prozent der schwarz-weiß-roten Fraktion dazu benutzt werden, den gläubigen Wählern ein patriotisches Feuerwerk vorzubrennen. Der Siam-Vertrag, „die neue Schändung deutscher Ehre“, sollte mit Hilfe der landesverräterischen Sozialdemokra-

tie angenommen werden; die nationalen Neinsager hätten dann vor Stahlhelm und Mordgenossen das Flaggenlied singen können. Nun hat ihnen die Sozialdemokratie solche verlogene Taktik durchkreuzt. Die sogenannten Nationalen mußten unter das Joch der Erfüllung, und sie werden immer wieder unter dies Joch treten müssen. Schließlich wird wohl auch der Dümme ihrer Nachläufer einsehen, daß erst durch das Mittun der Deutschnationalen die Erfüllungspolitik Allgemeingültigkeit bekommen hat, und es wird dann wohl auch nicht mehr lange dauern, bis alle Welt begreift, um wieviel teurer diese neue Periode der Erfüllungspolitik Deutschland zu stehen kommt. Die Nationalen werden alles erfüllen, auch das Plus, was von ihnen, den als unzuverlässig Verrufenen gefordert werden wird. Wir aber werden aufzuwachen haben, daß die Wechsel, die die Herren Hergt und Konsorten auf das deutsche Volk ziehen, nicht einseitig von den Nichtbesitzenden honoriert werden.

Luther, der Versöhner

Dem Herrn Bazille, der wohl etwas zu früh den Wimpel des Bürgerblocks, wie er und die Westarp-ler ihn sich vorstellen, hochgeschickt hat, sagte Herr Luther, daß es nicht sein Wille sei, wenn das deutsche Volk in verschiedene, einander gegenüberstehende Heerlager aufgeteilt werde. Auch denke er nicht daran, die Macht des Regierens für die von ihm zusammengebrachte Mehrheit als Monopol in Anspruch zu nehmen. Er wüschte vielmehr die Beteiligung aller, die des hinlänglich bekannten guten, staatsbauenden Willens seien. In Köln hatte Herr Luther zuvor schon ähnliche Sprüche getan. Er beschwor gehässige Feindschaft und bat, daß die Gegner nur sachlich verfahren mögen. Beide Arme breitete er aus, um alle zu empfangen, die bereit sind, im staatsbejahenden Sinne mitzuarbeiten. Herr Luther ist ein scharmanter Schächer; erst vergewaltigt er acht Millionen staatsbejahender

Sozialdemokraten, hilft dazu, daß diesen acht Millionen, die den neuen Staat schufen, ihn gegen tausend Feinde verteidigten und mühsam am Leben erhielten, dieser Staat gestohlen wird, und dann stellt er sich schützend vor die Diebe und sucht die Opfer zahm zu machen. So etwas könnte man gehobene politische Hehlerei nennen. Bevor Herr Luther nicht die Frage beantwortet hat, aber eindeutig und nicht mit seinem ebenso süßsanten wie seelenvollen Lächeln, die Frage nämlich, warum er nicht mit der Sozialdemokratie zu regieren vermag und warum er die Republik denen ausliefert, die diesen Staat, den zurzeit allein bestehenden, verneinen, hassen und vernichten, so lange wird Herr Luther sich schon gefallen lassen müssen, daß die acht Millionen Sozialdemokraten gegen ihn und seine Hintermänner in unerbittlicher Gegnerschaft stehen und jedes Mittel benutzen, ihn und diese Hintermänner zu beseitigen. Fiktionen nutzen nichts; das deutsche Volk ist nun einmal in Heerlager aufgeteilt, und es ist so, wie neulich ein geistreicher Mann sagte: „Moralisch stehen wir schon im Bürgerkrieg.“ Herrn Luthers beschwörende Gesten werden daran nichts ändern; helfen könnte er nur, wenn er sich von den Parteien, die von Geburt und Beruf Hochverräter an der Republik sind, losmache, und wenn er begriffe, daß es ein metaphysisches Gesetz ist: die vaterlandslosen Gesellen von einst dulden in ihrem neuen Vaterland keine republiklosen Gesellen.

Ein hervorragender Richter

Im Untersuchungsausschuß des Landtags, der sich mit der Seehandlung befassen soll, übt sich ein gewisser Dr. Deerberg, kalbsköpfig und von tückischer Scheinheiligkeit triefend, also ein Deutschnationaler, in Anpöbeleien gegen den Reichspräsidenten. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Schwering, dessen würdige Sachlichkeit von jedermann anerkannt werden muß, nannte das Auftreten dieses schwarz-weiß-roten

Wanstes, von dessen Dasein bis heute niemand irgend etwas erfahren hatte: schamlos. Es würde Mühe kosten, ein anderes Epitheton zu finden. Es ist um so bemerkenswerter, als das Individuum Deerberg preußischer Richter ist. Ein klassischer Beweis für die moralische Unmöglichkeit, die Nichtabsatzbarkeit der Richter so wie bisher bestehen zu lassen. Richter wie Deerberg sind tausendmal mehr als tausend Barmat-Skandale Demoralisation der Republik.

Herr Stresemann hat lügen lassen

Es war Herrn Stresemann unangenehm, daß er Sprit-Weber zum Eintritt in den Klub der Deutschen Volkspartei verholfen hat. Als Heilmann dies festgestellt hatte, ließ Stresemann durch seinen Freund, Dr. Pinkerneil, mitteilen, daß der Herr Außenminister nie daran gedacht habe, Herrn Weber zu empfehlen, daß dies vielmehr Frau v. Oheimb getan habe. Diese Dame scheint aber wenig galant zu sein. Sie erklärte bald darauf, daß sowohl sie wie Herr Stresemann gemeinsam bei Herrn Weber Paten gestanden hätten. Also darf man wohl sagen, daß Herr Stresemann vor dem Untersuchungsausschuß zwar nicht höchstselbst gelogen hat, aber durch Herrn Pinkerneil lügen ließ.

Das Blatt des Herrn Stresemann, „Die Zeit“, hat übrigens auch seltsame Manieren und ein sehr eigenartiges Gewissen. Sie wagt zu schreiben, daß die Sozialdemokratie die 20 000 Mark, die Herr Barmat für die Dezemberwahlen gestiftet habe, nicht abzuschütteln vermöge, aber sie muß selbst zugeben, daß sie von Herrn Sprit-Weber, Stresemanns Patenkind, 520 Mark zur Förderung deutschvolksparteilicher Interessen bekommen habe. Nun sind 500 Mark zweifellos weniger als 20 000, aber umgerechnet auf die Mitgliederzahl der beiden Parteien, dürfte Sprit-Weber für einen Volksparteiler immer noch mehr gezahlt haben, als Barmat für einen Sozialdemokraten. Was aber das

entscheidende ist: wenn die „Zeit“ 520 Mark von einem Uebelbeleumdeten annehmen zu können glaubte, so dürfte sie — wie es auch sonst immer bestellt sein mag — in derlei Angelegenheiten kein großes Maul haben. Nicht mal Herr Stresemann würde derartiges riskieren.

Detektei Klinghammer

Schade, daß Balzac diesen Filou von einem Kriminalbeamten nicht erlebt hat! Diesen Schwätzer und Schleicher, diese schwindelnde Stammtischgröße! Es verlohnt sich nicht, seinetwegen noch viel Worte zu machen. Wir wollen ihm nur mitteilen, daß, wenn er — was wohl angenommen werden darf — demnächst a. D. sein wird, das nachstehende Inserat kostenfrei zwölfmal aufgenommen werden soll:

*Detektei
Klinghammer
weiß nichts,
kombiniert alles*

Immerhin, solch Individuum hat als Kriminalkommissar sozusagen Gewalt über Leben und Tod der Staatsbürger, kann verhaften, haussuchen, schnüffeln. Wer schützt einen gegen dergleichen?

Die tausend Lügen des „Lokal-Anzeiger“

In dieser Woche waren es so viele, daß wir uns das Material für unsere Abstechungsschrift aufbewahren müssen. Die Abgeordneten Dr. Wirth und Robert Schmidt haben die infamsten Lügen dieser Serie im Reichstag hinlänglich gekennzeichnet. Ein echter Hugenberg war auch die Fälschung dessen, was Hilferding in Grenoble gesagt hat. Landesverrat! schrie der „Lokal-Anzeiger“. Selbst seine Leute können nicht so dumm sein, daß sie nicht hätten wissen müssen, daß die Behauptung, Hilferding habe die französischen Sozialisten aufgefordert, der deutschen reaktionären Regierung keine Konzessionen zu machen, eine Lüge

war. Aber gerade darum haben sie Landesverrat geschrien.

Wenn es mit dem schwarz-weißen Pressegesindel so weitergeht, werden sich die anständigen Leute Deutschlands zu einer Abwehrorganisation zusammenschließen, deren erste Forderung sein wird: Wo einem ein schwarz-weißer Pressehalunke auch begegnen mag, schlägt man ihm die Aechtung mit der Hundepeitsche ins Gesicht.

Das Blatt des Herrn Außenministers hat die Grenoble-Lüge übrigens auch gebracht. Was mag sich Herr Stresemann bei diesem Unfug gedacht haben?

Breuer

Schwerindustrielle Geistes- verfassung

Um die französisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen wird erstaunliches herumgeschrieben, vor allem um die schwerindustriellen Probleme, und zum Schluß kennt sich keiner mehr aus. Da lobe ich mir einen Artikel in der französischen „Revue des deux Mondes“, er ist zwar von einem Fachmann, einem Herrn de Launay, aber dennoch außerordentlich klar. Und von einer zynischen Offenherzigkeit, die Dank und Anerkennung verdient.

Mit einem stattlichen Material beweist Herr de Launay in der Hauptsache folgendes: Die französische Schwerindustrie hat die vom Staat zum Wiederaufbau zur Verfügung gestellten Gelder dazu benutzt, ihre Produktionsfähigkeit in gewaltigem Maße zu steigern, unter anderem auch ohne jede Rücksicht auf das wiedergewonnene Lothringen. Die deutsche Schwerindustrie hat mit ihren Kriegs- und Nachkriegsgewinnen und mit den vermittelten (zu diesem Zweck herbeigeführten) Inflation erbeuteten Goldmillionen das gleiche getan. Es wurden also in den heiteren Tag hinein beiderseits neue Hochöfen, Stahlwerke, Walzwerke, Erz- und Kohlengruben und dergleichen mehr in Massen

erstellt, wobei natürlich Stinnes den Rekord schlug. Aber der Bedarf nach schwerindustriellen Fabrikaten ist lange nicht im gleichen Maße gestiegen, er kann durch einen Bruchteil der möglichen Produktion gedeckt werden. Diese Produktionssteigerung verschlang riesenhafte Summen, die gut verzinst werden sollen. Das allein in die französische Schwerindustrie investierte Kapital wird von Herrn de Launay auf 1500 Millionen Goldfranken berechnet. Was nun tun? Geben wir unserem Franzosen das Wort: „Welche Anstrengungen unsere Industriellen auch machen mögen, so wird man aus der schon bestehenden und sich verschärfenden Krise nur durch eine allgemeine Beschränkung der Produktion herauskommen, sei dies in friedlicher Form durch ein Abkommen mit unseren Nachbarn, oder sei es in brutaler Form durch Ruinen.“

Also ein neuer Krieg zwecks Beschränkung der Produktion. Doch es kommt noch viel besser. Für einen neuen Krieg muß Stimmung gemacht werden, zur Einschränkung der Produktion in dieser Art bedarf es der Rüstungen, also sagt Herr de Launay ganz logisch noch folgendes: „Würde man nämlich, wie viele es erträumen, es fertig bringen, einen permanenten Zustand des europäischen Friedens herzustellen, oder sollten sich einige Länder, so etwa das unsrige, sich dieser gefährlichen Illusion hingeben, dann würden die Absatzmöglichkeiten der Schwerindustrie noch bedeutend geschmälert.“ Die Lage ist also folgende: Beiderseits war man plan- und ziellos „schöpferisch“ tätig; jetzt steht man schon mitten in der Gefahr der Ueberproduktion; also Beschränkung mit oder ohne Ruinen und weitere Rüstungen.

Eindeutiger, wenn auch ungewollt, wurde die Irrsinnswirtschafterei dieser Kreise noch nie als solche nachgewiesen. Und noch nie war es notwendiger, sich um das dunkle Treiben dieser Kreise zu kümmern, als heute. —x.

B Ü C H E R S C H A U

Rechtsanwalt Dr. Hermann Lelewer:
Steuerstrafrecht. Verlag von Georg
Stilke, Berlin. 172 S.

Unter den wenigen bleibenden Errungenschaften aus der Tätigkeit Erzbergers als Reichsfinanzminister steht die Reichsabgabenordnung an erster Stelle. Hier wie in manchen anderen Fällen war er zwar nicht der Schöpfer des Werkes. Er war es aber, der mit einer sonst keinem deutschen Staatsmann der jüngsten Zeit in gleicher Weise eigenen ungewöhnlichen Energie und Schaffensfreude die Gedanken in die Tat umsetzte, so daß es durchaus gerechtfertigt erscheint, die Reichsabgabenordnung (RAO.) mit seinem Namen zu verknüpfen.

Trotzdem man längst gewohnt ist, daß die Justiz reichsrechtlich einheitlich geregelt ist, hat man auf dem Gebiet der Verwaltung eine ähnliche einheitliche Regelung nicht erstrebt, wobei allerdings zur Entschuldigung dienen kann, daß das Rechtsverfahren in der Verwaltung noch verhältnismäßig jungen Datums ist. Die Reichsabgabenordnung hat nun auf dem Gebiet der Steuerverwaltung für alle Reichssteuern einen einheitlichen Aufbau der Behörden, des gesamten Verfahrens von der Veranlagung bis zur Beitreibung der Steuern, sowie des Steuerstrafrechts und des dazu gehörenden Verfahrens geschaffen und damit zugleich auch zur Klärung materiell steuerrechtlicher Begriffe beigetragen. Letzteres gilt vor allem, soweit das Steuerstrafrecht in Betracht kommt. Bis zur RAO. hatte fast jedes Steuergesetz seine eigenen Strafbestimmungen, und es war allmählich eine derartige Begriffsverwirrung eingetreten, daß Steuerstrafsachen für jeden Strafrechtspraktiker zu den unangenehmsten Fällen zählten. Das einheitliche Strafrecht, das die RAO. für die Steuerzuwiderhandlungen geschaffen hat, erhöht nicht nur die

Rechtssicherheit, sondern auch den Rechtsschutz.

Die RAO. läßt die allgemeinen Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs auch für Steuerzuwiderhandlungen subsidiär gelten. Die eigentümlichen Zwecke eines Verwaltungsstrafrechts, das das Steuerstrafrecht trotz des kriminellen Charakters einzelner seiner Tatbestände darstellt, bedingen natürlich teilweise die Aufstellung besonderer Grundsätze. Was nun aber vor allem die RAO. bedeutsam macht, ist die Tatsache, daß sie moderne Reformgedanken, die auf dem Gebiete des allgemeinen Strafrechts noch um ihre Durchsetzung in einem neuen, schon allzulange fälligen Strafgesetzbuch ringen, aufgenommen hat. Die Gefährlichkeit als Strafmaßstab, die z. B. im Entwurf zu einem italienischen Strafgesetzbuch den Aufbau bestimmte, ist dadurch anerkannt, daß für das vollendete und für das versuchte Delikt gleiche Strafe angedroht ist. Abweichend ist auch die Regelung des Rechtsirrtums, die allerdings für ein allgemeines Strafgesetzbuch nicht in Frage kommen kann. In der Anerkennung der Deliktsfähigkeit juristischer Personen liegt eine gesunde, konsequente Fortentwicklung deutschrechtlicher Gedanken.

Gerade bei einer neuen Kodifikation, wie sie die RAO. darstellt, ist eine systematische Darstellung ein dringendes Bedürfnis. Sie kann neben einem Kommentar nicht entbehrt werden, weil allein sie die Zusammenhänge herauszustellen in der Lage ist. Lelewer hat, ausgerüstet sowohl mit gründlichen steuer- und verwaltungsrechtlichen wie strafrechtlichen Kenntnissen eine ausgezeichnete systematische Arbeit geboten, die vor allem von den Strafrechtspraktikern sehr begrüßt werden wird. Sein Steuerstrafrecht ist dank der Klarheit, Uebersichtlichkeit und geschickten Verarbeitung der einschlägigen

Literatur und Rechtsprechung ein vorzügliches Handbuch. Kleine Unrichtigkeiten und Unvollkommenheiten können bei einer künftigen Auflage, die sicher herauskommen wird, leicht beseitigt werden. Die Auffassung, daß bei Ordnungswidrigkeiten die Geldstrafe aus § 27 StGB. zu entziehen sei, dürfte nicht richtig sein. Art. II des Geldstrafengesetzes vom 6. 2. 1924 sieht für Ordnungsstrafen, als welche die Ordnungswidrigkeiten in § 377 RAO. bezeichnet sind, einen besonderen Strafrahmen von 1—1000 M. vor. An dem Charakter der Ordnungswidrigkeit als krimineller Strafe mit Vergehenscharakter wird dadurch nichts geändert. Des weiteren sei darauf hingewiesen, daß sich die Erörterung über die Form der Veröffentlichung von Rechtsverordnungen des Reichs, sich durch das Gesetz über die Verkündung der

Rechtsverordnungen vom 13. Oktober 1923 (RGBl. I, S. 959), das dem Verfasser anscheinend entgangen ist, erübrigt. Schließlich sei noch zu den Ausführungen des Verfassers zu § 433 RAO. bemerkt, daß dies bei dem Fall, in dem eine Entscheidung der Steuerbehörde vorliegt, von der das Strafgericht abweichen will, nicht klar genug zum Ausdruck bringen, daß, worüber in der Praxis, wie mir bekannt ist, Zweifel bestehen, die Entscheidung des Reichsfinanzhofs nur vom erkennenden Gericht selbst, nicht etwa vom Vorsitzenden oder der Beschlufkammer im Stadium der Vorbereitung der Hauptverhandlung eingeholt werden muß. Der Reichsfinanzhof hat selbst in einem nichtveröffentlichten Entscheidung diese Auffassung vertreten.

Staatsanwalt Marx.

Berichtigung

Die „Deutschen Schriften“ von Manfred M. Ellis, denen unsere Aufsätze „Der entblättere Fridericus“ entnommen waren, sind nicht, wie wir irrtümlich angaben, in Potsdam, sondern Berlin erschienen und zwar im Sanssouci-Verlag, Berlin S 14, Alexandrinenstraße 77.

Arbeiter

der Hand und des Kopfes

lest eure Zeitschrift

Die Glocke

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln
 Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin
 Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhöf 1448/1451.
 Druck: Photogravur G. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

Soeben erscheint:

**DER
PROZESS
DES
REICHSPRÄSIDENTEN**

V O N K A R L B R A M M E R

206 Seiten, Halbleinen, Preis 4 Mark

*

Enthält neben dem
ausführlich. Prozeß-Bericht
den
**vollen Wortlaut der schrift-
lichen Urteils - Begründung**
und
unveröffentlichte Gutachten

von: Vizekanzler a. D. Fr. v. Payer
Reichsjustizminister a. D. Schiffer
Reichsjustizminister a. D. Radbruch
Universitäts - Prof. Dr. Sinzheimer

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. • Berlin SW 68



Soeben erschien:

**FÜR
VOLK
UND
VATERLAND**

VON PHILIPP SCHEIDEMANN

Auszüge aus offiziellen Reden und
Erklärungen der Sozialdemokrati-
schen Partei • 106 Seiten, kart. Mk. 2,50

**Den
Gegnern der SPD
zur
Lektüre
warm
empfohlen**



VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT G. M. B. H.
BERLIN SW68



Die Glocke

BEGRÜNDET VON PARVUS

Inhalt:

<i>Hedwig Wachenheim: Der Kampf um die Staatsgewalt . . .</i>	1517
<i>Eduard Bernstein: Wider die Barmat-Heulerei und Verwandtes . . .</i>	1520
<i>Kurt Heinig: Korruption in der Aufwertungsfrage . . .</i>	1527
<i>Rechtsanwalt Roth: Der Kroner-Prozeß</i>	1529
<i>J. M. Frank: Der Landbund freut sich —!</i>	1534
<i>Robert Breuer: Die Finanzskandale des Kaiserreichs . . .</i>	1535
<i>Albin Michel: Griechenland und die Türkei</i>	1537
<i>Arthur Eloesser: Junge Bühne . . .</i>	1539
<i>P. Ufermann: Die Umwälzung der Ruhrindustrie im Lichte der Reichschädigungen . . .</i>	1542
<i>Robert Breuer: Die tausend Sünden des „Lokal-Anzeiger“</i>	1544
<i>Else Kolliner: Eine neue Tanzdichtung</i>	1545
<i>Die Gewerkschaften im Ruhrkrieg — Konzerne der Metallindustrie</i>	

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin NW 68



Lindenstr. 114

Preis 30 Pfennig



D I E
FINANZ-SKANDALE
DES KAISERREICHS

VON KURT HEINIG

**ERSCHEINT IN EINIGEN TAGEN IN UNSEREM
VERLAG**

**DIE RECHTSSCHREIER
WERDEN KUSCHEN!**



VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW68

Der Kampf um die Staatsgewalt

Von Hedwig Wachenheim

Die Schwerindustriellen sind bisher die einzigen Gläubiger deutsch-nationaler Versprechungen, deren Forderungen zum Teil eingelöst wurden. Die Aufwertungsgläubiger, Mittelständler und Kleinrentner, die alten Offiziere und die ganze monarchistische und nationalistische Gefolgschaft müssen noch warten. Deren kapitalistischen, chauvinistischen und reaktionären Instinkte hat eine an Schamlosigkeit alles je Dagewesene weit zurücklassende Presse hochgepeitscht gegen alles, was demokratisch und sozialistisch für Lebensraum und Gestaltungsfreiheit der Massen kämpfte. Aber sie sind nur Stufen geworden, auf denen die Industriekönige zur Macht steigen. Die Deutschnationalen regieren im zweiten Monat. Noch sitzt Wilhelm in Amerongen, Friedrich Wilhelm in Oels. Der Revanchekrieg ist vergessen und von der schwarz-weiß-roten Fahne nur in verstaubten Ecken der „Kreuzzeitung“ die Rede. Das Kabinett hat — obwohl in dieser Sache der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Herr Schiele, als Innenminister federführend ist — beschlossen, die Republik nicht abzuschaffen. Der säbelrasselnde Glanz der Kaiserzeit scheint nicht wieder aufzuerstehen. Es ging bisher ja auch um höhere Güter der Nation, wie die drei Viertel Milliarde Liebesgaben an die Ruhrindustrie zeigen.

Dennoch droht der Reichsverfassung Gefahr. Die Hintermänner und Geldgeber der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei haben nicht nur um dieser Micum-Entschädigung, nicht nur um der jetzt fälligen Handels-, Steuer- und Sozialpolitik willen zum Rechtsblock gedrängt. Kriegsende und Revolution haben unser Volk in feurige Bewegung gebracht, die den sonst spröden Stoff unseres gesellschaftlichen Lebens in ständigem Brodeln hielt. Jetzt wollen, ehe die verhärtende Kälte eintritt, die großen Machthaber unserer Wirtschaft ihm die endgültige Form geben. Die Revolution verschob die politischen Machtverhältnisse und drohte damit auch die wirtschaftlichen zu verschieben. Ihre wirtschaftliche Macht wollen die Unternehmer jetzt wieder stabilisieren, wie einen Rocher de bronze. Sie wissen, daß sie das ohne politische Macht nicht vermögen. Deren dauernde Festigung ist neben der wirtschaftlichen Beute ihr Ziel.

Bisher war das Feldgeschrei der Reaktion: Schwarz-weiß-rot gegen Schwarz-rot-gold, Monarchie gegen Republik, Bismarck gegen Weimar. Damit waren alle zu gewinnen, die Vorrechte, Vorteile oder Sentiments mit dem alten System verbanden. Die Abschaffung der Weimarer Verfassung und die Wiedereinführung der Bismarckschen würde nicht nur an der fehlenden Zweidrittelmehrheit im Reichstag und am Bollwerk der republikanischen Mehrheit des Volkes scheitern. Sie würde zerschmettern an den Gesetzen der Geschichte. In der Weltgeschichte ist die Ablösung von Revolutions- durch Reaktionsepochen keine sensationelle Neuheit.

Aber noch nie hat eine solche Reaktionsepöche vermocht, eine politische Verfassung wieder aufzurichten, die in der vorausgegangenen Revolution zusammenbrach, weil sie der tatsächlichen Verfassung, dem wirtschaftlichen Zustand des Volkes nicht entsprach. Das aber war das Schicksal der Bismarckschen Reichsverfassung, die nur durch kunstvolle Verschnörkelungen den Feudalismus die politische Herrschaft der ostelbischen Junker über einen blutenden Industriestaat sicherte. Sie würde nur in ihrem vollen Zusammenhang die alte Wirkung, die Beherrschung der Massen, erzielen. Wilhelm ohne das alte Heer, ohne den Bundesrat und das preußische Dreiklassenwahlrecht stände auf verlorenem Posten. Die Eingliederung der Industrie in solches System wäre heute eine unlösbare Aufgabe. Früher überließen die Industriellen den Junkern die Politik, Sie übersahen noch nicht die immer wachsende internationale Wirtschaftsverflechtung und die dadurch verursachte Bedeutung der Diplomatie für ihre Zwecke. Und im Kampf gegen den gemeinsamen inneren Feind ließen es die Junker an nichts fehlen. Solche politische Parastellung wäre heute den Industriellen nicht mehr zu bieten. Sie hätten auch wahrscheinlich weder Neigung noch Eignung, sich wie der Sterne Chor um die Sonne Wilhelm oder Friedrich Wilhelm oder Rupprecht zu stellen. Damit hängt zweifellos auch zusammen, daß die monarchistische Bewegung am stärksten im nichtindustrialisierten Oberbayern ist.

Aber auch die andern Ideen einer völligen Umwandlung der republikanischen Verfassung sind unfruchtbar. Die stellvertretende Diktatur, das platzhaltende Direktorium, sind durch den Zusammenbruch der Völkischen diskreditiert und um ihre Grundlage, eine sichere Garde, gebracht. Der Versuch der letzten Jahre, die Republik zu diskreditieren und sie durch Uebernahme ihrer wichtigsten Funktionen — Außen-, Wirtschafts-, Steuer-, Sozialpolitik, Verkehrs-, Betriebsverwaltungen — zu unterhöheln, ist an der Staatsgesinnung der Massen gescheitert.

Ein ungerechtes, ein garantiert nach bestimmter Richtung wirkendes Wahlrecht hat noch keiner ausknobeln können. Ein Klassenwahlrecht, bei dem Barmat in der ersten und sie in der dritten Klasse wählen, würde auch den deutschnationalen Oberlehrern und Amtsrichtern nicht gefallen. Und sie braucht man doch, denn ohne Glauben wenigstens einiger Schichten kann, wie der 9. November 1918 lehrte, kein System bestehen.

Wie aber, wenn das Ziel zu erreichen wäre ohne Aenderung der Weimarer Verfassung? Einen Weg dazu hat die Micum-Entschädigung deutlich erhellt: Bürokratie und Wirtschaftsherren gehen zusammen und schalten das Parlament aus.

Die Bürokratie hat ihre alte Macht neu gefestigt. Die Mittelregierungen des letzten Jahres, ohne feste Mehrheit, haben die Idee der das Volk regierenden Bürokratie, die Ermächtigungsgesetze ihre tatsächliche Macht gestärkt. Die Bürokratie ist gewohnt, nach oben zu blicken, aus Erziehung, Ueberlieferung, Standesdünkel gegen die Arbeiterbewegung. Nicht umsonst taucht immer wieder die Idee der neutralen Beamtenregierung auf. Wahrscheinlich ist die Ausschaltung des Parlaments durch eine mächtige Bürokratie, die im Bunde mit den Machthabern der Wirtschaft steht, keine einmalige Erscheinung der Micum-Entschädigung, sondern ein Akt im Kampf um die Staatsgewalt.

Herr v. Schlieben hat in seiner Rede vor den Finanzministern der Länder gesagt:

„Aus dem mir noch in letzter Zeit reichlich zugetragenen Material habe ich entnehmen müssen, daß zahlreiche Gemeinden, — und zwar Gemeinden aller Länder — besonders in ihrer Personal- und Besoldungspolitik, und zum Teil auch auf dem Gebiet der Bauverwaltung einen Aufwand entfalten, der mit der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage nicht in Einklang zu bringen ist und daher auch den berechtigten Unwillen der Wirtschaftskreise erregt hat.“

Uns kann nicht überraschen, daß die Gemeinden mit der Erfüllung ihrer sozialen Pflichten bei den führenden Wirtschaftskreisen kein Verständnis finden, aber wir müssen uns wundern, daß es einem Minister abgeht, der soviel Drang zur Wohlfahrtspflege hat, daß er als republikanischer Beamter nicht verzichten kann, dem Johanniter-Orden mit seinen Verpflichtungen gegen den König von Preußen beizutreten, daß er sich nur so als treuer Diener der Herren vom Reichsverband und Landbund fühlt. —

Noch einen Satz müssen wir aus der Schliebenschen Rede zitieren:

„Der immer wieder vertretene Gedanke ist der, daß Länderhoheit und kommunale Selbstverwaltung sich erst in einer vollständigen Beherrschung der gesamten Einnahmewirtschaft vollenden.“

Länderhoheit kennt die Weimarer Verfassung weder wörtlich noch dem Sinne nach. Schon Luther hat in seiner Antrittsrede im Reichstag, der deutsch-, nicht preußisch-, hessisch- oder bayerisch-nationale Herr Schiele desgleichen in der seinen vor dem Reichsrat, eine Erweiterung der Länderrechte in Aussicht gestellt. Die Bedeutung des Einheitsstaates für die demokratische Republik ist leider auf der Linken in Deutschland immer unterschätzt worden. Eine demokratische Republik kann nur leben, wenn der politische Wille zur Demokratie, wenn die Staatsgesinnung der Volksmassen sie trägt. Solcher Wille und solche Gesinnung werden sich verlaufen, wenn sie zuvor in Dutzende von Kanälen der Länderstaatlichkeit gepreßt werden, anstatt gleich den großen Strom zu bilden, der die deutsche Republik trägt. Darum geben solche Staatsverzweigungen, genannt Länderhoheit, der Bürokratie neue Macht.

Diese Machtstellung würde vollendet, wenn der Reichsrat, wie das zum Beispiel in der Verfassungsänderungsnummer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vorgeschlagen wurde, eine dem Reichstag ebenbürtige Stellung bekäme. Beruht doch das Anwachsen der Bedeutung der Bürokratie zum Teil auf der Stellung, die der Reichsrat zur Zeit der Ermächtigungsgesetze erlangte.

Die Weimarer Verfassung sagt: „Die Staatsgewalt geht vom Volk aus.“ Die Republik würde ihren Sinn verlieren, wenn das nur noch auf dem Papier der Reichsverfassung, nicht aber in der Welt der Tatsachen stände.

Wir haben am „Reichsbanner“ gesehen, wie stark eine Volksbewegung sein kann, die von der Fahne ihrer Ueberzeugung geführt wird. Sie hat die Republik gerettet. Aber die Republik bleibt leere Form, wenn ihr der Inhalt, die vom Volk ausgehende Staatsgewalt geraubt wird. Dieses Inhalts der Republik, der verwirklicht wird durch gleiches Wahlrecht, parlamentarisches System, Macht des Parlaments als Volksvertretung, verwirklicht wird nur im Einheitsstaat, Symbol ist die schwarz-

rot-goldene Fahne. Dessen müssen sich die Träger dieser Fahne bewußt sein. Nicht nur die Monarchisten, sondern alle, die gegen oder ohne Volksentscheidung die Staatsgewalt an sich reißen wollen, sind ihre Feinde.

Heute helfen diesen Feinden des Volkes noch Millionen, die, wenn ihre Augen sehend wären, von ihrem Tun ließen. Der schändliche Betrug der Deutschnationalen an den Aufwertungsgläubigern, ihr Verrat an allen revanchelüsternen und monarchistischen Wählreden und Hetzartikeln wird manchen Blick für ihr wirkliches Wesen öffnen. Wir haben im Krieg gehört, man richte die Angriffe am besten auf die Klebestellen, die Nähte der feindlichen Front, wo etwa französische neben englischen, englische neben amerikanischen Armeen lagen. Die Front der heutigen Machthaber hat zwei solche Nähte. Die eine ist da, wo Landwirtschaft und Industrie heute noch in den schwerwiegendsten Wirtschaftszielen eins, zusammentreffen. Wer weiß, wann sich Gegensätze melden. Die andere Naht ist da, wo die rücksichtslosen Unternehmer, die Herren der Situation, neben den Lehrern, Beamten, Mittelständlern, Kleinrentnern — Arbeitern stehen.

In diese Naht haben die letzten Tage manches Loch gerissen. Stich um Stich wird sich lösen. Für unsere zukünftige Politik kommt es darauf an, daß, wenn dieser Prozeß vollendet ist, die Staatsgewalt noch vom Volk ausgeht.

Wider die Barmat-Heulerei und Verwandtes

Von Eduard Bernstein

Eine Reihe von Vorkommnissen, die mit der Barmat-Affäre in Verbindung stehen oder durch sie veranlaßt sind, läßt es mir wünschenswert erscheinen, einige Betrachtungen über die Behandlung dieser Affäre in der Sozialdemokratie öffentlich anzustellen.

Vorausschicken will ich, daß mir die Gebrüder Barmat ganz und gar fremd sind. Ich habe nie auch nur einen von ihnen zu Gesicht bekommen, vielmehr Grund anzunehmen, daß ich seinerzeit von ihnen geflissentlich boykottiert wurde, habe nie mit ihrer Firma oder einer von diesen ins Leben gerufenen Tochtergesellschaften in irgendwelcher geschäftlichen oder sonstigen Beziehung gestanden, könnte also, wenn ich zum Pharisäer veranlagt wäre, für mich, soweit die Barmat-Affäre in Betracht kommt, das Zeugnis beanspruchen, das Schiller den berühmten Grafen v. Saverne dessen frommem Knecht Fridolin ausstellen läßt: „Dies Kind“ usw. Ich habe früher wohl gelegentlich den Namen Barmat erwähnen hören, näheres über seine Träger aber erst durch die gegen sie geführten Verfolgungen erfahren.

Da muß ich nun sagen, daß das, was die Presse in dieser Hinsicht bekanntgegeben hat, nach meiner Ansicht bei unparteiischer Prüfung mehr gegen die Verfolger als gegen die Verfolgten spricht. Die Barmats mögen nicht tadelsfrei sein. Ich bin nicht ihr Anwalt, habe nicht den geringsten Einblick in ihren Geschäftsbetrieb und kann mich daher auch nicht für ihre kaufmännische Unbeflecktheit verbürgen. Tatsächlich aber sinkt das Schlimmste, was ihnen nachgesagt wird — und nachgesagt ist

noch nicht bewiesen — zur Unbedeutenheit zusammen gegenüber den schweren Schädigungen, welche die Träger hochgefeierter Namen durch ihnen Riesensummen eintragende Mitschuld an der Inflationspolitik dem deutschen Volk zugefügt haben. Während sich indes gegen diese kein Staatsanwalt gefunden hat, scheint es mir recht zweifelhaft, ob sich das von der Staatsanwaltschaft gegen die Barmats eingeschlagene Verfahren überhaupt durchweg juristisch rechtfertigen läßt. Soweit die durch die Presse verbreiteten Meldungen erkennen lassen, lag noch nichts ernsthaft Belastendes gegen sie vor, als man sie allesamt ins Gefängnis steckte und zur selben Zeit in ihren Geschäftsbetrieb in einer Weise eingriff, die unter diesen Umständen geeignet war, ihnen die schwersten Schädigungen zu verursachen, was denn auch geschehen zu sein scheint. Ob und inwieweit sie wirklich schuldig sind, ist heute noch nicht erwiesen, es ist aber unter Mitwirkung einer Presse, die gerade wir Sozialdemokraten als Verleumder schlimmster Gattung kennengelernt haben, gelungen, eine öffentliche Meinung gegen sie zu schaffen, als ob sie Verbrecher schlimmster Gattung seien, ohne daß es jemand wagt, für sie das Recht geltendzumachen, auf das jeder Angeklagte Anspruch hat. Dieser Umstand aber ist es, der mir die Feder in die Hand drückt.

Ich habe jüngst einmal in einer größeren Zusammenkunft von Sozialdemokraten Berlins es als ein von uns zu prüfendes Problem hingestellt, ob wir nicht der Gefahr begegnen müssen, im Kampf mit bestimmten Gegnern unversehens von dem Boden unserer Grundanschauungen auf den jener abzugleiten und ihnen damit von vornherein Zugeständnisse zu machen, durch die wir uns ihnen schon halb in die Hände liefern. Ich habe damals als Beispiel auf die Ausnutzung des Erkenntnisses im sogenannten Ebert-Prozeß Bezug genommen, wo ein Richter es fertigbekommen hatte, durch die Ungeheuerlichkeit der Gleichstellung von „formal“ mit „juristisch“ die Handlung eines ihm an seiner Stelle verhaßten Sozialdemokraten für „juristisch Landesverrat“ zu erklären, auf die im alleräußersten Falle höchstens der Begriff „formal“ zugetroffen hätte. Denn zur juristischen Qualifizierung einer Handlung gehört unzweifelhaft die Heranziehung von Beweggrund und Zweck, welche beide jener Richter mit einer Handbewegung beiseite schieben zu dürfen glaubte und dadurch die Meute von gewerbsmäßigen Verleumdern in den Stand setzte, den Mann, der im Weltkrieg zu den leidenschaftlichsten Vertretern der Politik der Landesverteidigung in der deutschen Sozialdemokratie gehört hat, als einen richterlich für des Landesverrats schuldig erkannten Politiker anzuschreien.

Ob Landgerichtsrat Bewersdorff diese Wirkung seines Erkenntnisses gewollt hat, würde man bezweifeln können, wenn er Gelegenheit genommen hätte, gegen jene Auslegung Verwahrung einzulegen. An Anlässen dazu hat es wahrhaftig nicht gefehlt. Aber er hat es ruhig geschehen lassen, daß sein Erkenntnis zu den wütesten politischen Beschimpfungen Eberts ausgenutzt wurde, und muß daher den Verdacht auf sich ruhen lassen, daß ihm diese Ausnutzung nicht unerwünscht war. Ein Richter ist doch nicht jeder moralischen Verantwortung für seine Sprüche den Personen gegenüber enthoben, die vor seinem Stuhl ihr Recht gesucht haben. Man ist berechtigt von ihm zu verlangen, daß er sich der Folgewirkungen seines Spruches für jeden der Streitenden bewußt ist und sie gebührend in Betracht zieht.

Daß Ebert in Magdeburg sein Recht nicht geworden ist, davon kann niemand tiefer überzeugt sein als der Schreiber dieses, der, einige Monate ausgenommen, in der Sozialdemokratie während des Krieges zu den entschiedensten Gegnern der Politik gehört hat, die in Ebert einen ihrer leidenschaftlichsten und einflußreichsten Vorkämpfer gehabt hat, ich meine die Politik der andauernden Bewilligung der Kriegskredite. Ich erwähne das nicht, um einen neuen Streit darüber zu entfachen, welcher von beiden Standpunkten für einen Sozialisten der richtigere war. Ich habe schon damals, als ich im August 1915 auf Schweizer Boden weilte, einem sehr angesehenen ausländischen Sozialisten, der von den Kriegskreditbewilligern in der deutschen Sozialdemokratie meinte, sie seien überhaupt keine wirklichen Sozialisten, erwidert: „Sie irren sich. Diese Leute sind so gute Sozialisten wie Sie und ich; ihnen stellen sich die Dinge nur anders dar.“ Von dieser Tatsache durchdrungen, habe ich auch später, als es zwischen Mehrheitlern und der Opposition zur Spaltung in zwei Parteien kam, mich nicht dazu entschließen können, den ersteren, so sehr ich ihre Politik vom sozialistischen Standpunkt aus für falsch hielt, die sozialistische Gesinnung abzustreiten und sie fortan als „Herren“ zu titulieren. Und ebenso muß ich es heute als höchst unsinnig erklären, Ebert und Genossen daraufhin als „Verräter am Sozialismus“ hinstellen zu wollen, weil sie im Januar 1918 beim Streik der Munitionsarbeiter ihr Bestes aufboten, ihn durch Herbeiführung einer Verständigung zu einem schleunigen Ende zu bringen. Sie konnten von dem Gesichtspunkt aus, unter dem sich die Situation ihnen darstellte, gar nicht anders handeln, als sie getan haben.

Dies anerkennen heißt aber selbstverständlich noch nicht zugeben, daß sie die Dinge nun auch völlig richtig sahen, daß man als Sozialist nicht zu einer ganz andern Betrachtung kommen konnte als sie. Es ist grundverkehrt zu meinen, wir lebten in unserer Zeit in einer so einfachen Welt, daß sich alle Konflikte nach einer jedem gleichmäßig sich darstellenden einheitlichen Formel abspielten. Marx und Engels haben sich bei den beiden großen europäischen Kriegen, die sie noch erlebten, dem italienischen Krieg von 1859 und dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71, in dieser Hinsicht durchaus nicht getäuscht. Sie legten sich, wie aus ihrem Briefwechsel hervorgeht, bei beiden Anlässen Rechenschaft darüber ab, daß selbst Leute, die grundsätzlich auf dem gleichen Standpunkt standen und die gleichen Ziele verfolgten, infolge von gegensätzlichen Urteilen über tatsächliche Voraussetzungen zu ganz entgegengesetzten Ansichten über die einzuschlagende Politik kamen*). So auch hier. Ebert und Genossen sahen im Januar 1918 die Kriegslage im wesentlichen so an, wie sie dem deutschen Volke von der Obersten Heeresleitung und der dieser dienstbaren Presse dargestellt wurde, und boten ihr Bestes auf, dieser Sachlage gerecht zu werden, wofür sie heute aus jenen Kreisen deren berühmten Dank einernten. Wenn ich heute die Schimpfereien lese, mit denen die Presse der Militaristen die Namen Ebert, Scheidemann, Landsberg u. a. besudelt, dann tönen mir von neuem die Worte in die Ohren, die in der ersten Kriegszeit, als über die Meinungsverschiedenheiten im sozialistischen Lager noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen war, ein Herr aus den obersten Regierungskreisen zu mir sprach: „Sie wissen gar nicht, wie glücklich wir über die Haltung Ihrer Partei sind.“

*) Worte von Marx im Vorwort zu seiner Schrift „Herr Vogt“.

Man konnte aber als Sozialist im Januar 1918 zu einer ganz andern Ansicht über die Kriegslage kommen, als die von der Obersten Heeresleitung propagierte.

Wie stand es damals wirklich?

Die Oberste Heeresleitung, praktisch Ludendorff und Gleichgesinnte, hatten in Deutschland politisch das Heft in der Hand. Sie hatten es erreicht, daß der ihnen nicht in jeder Hinsicht willfährige Bethmann Hollweg nicht mehr Reichskanzler war, und hatten die im Juli 1917 von einer Mehrheit des Reichstags beschlossene Resolution zugunsten eines Verständigungsfriedens mit Erfolg sabotiert. Ludendorff speziell hatte es verhindert, daß Deutschland die vorbehaltlose Räumung Belgiens in Aussicht stellte, und damit der Gegenseite ein Argument geliefert, die Fortsetzung des Krieges bis zur vollen Ueberwältigung Deutschlands für unbedingt notwendig zu erklären. Begründet wurden dieses und ähnliche militaristische Stücke mit der Behauptung, die Rücksicht auf die Stimmung der Front verbiete den Verzicht auf Eroberungen.

Welche Elemente der „Front“ damit verstanden waren, die Offiziere oder die Mannschaften, ist nicht gesagt worden. Hinsichtlich der Offiziere will ich nicht darüber streiten, obwohl schon damals bekannt war, daß unter ihnen zum mindesten erhebliche Meinungsverschiedenheiten über diese Fragen obwalteten. Was aber die Mannschaften anbetrifft, so habe ich damals und auch später heimgekehrte Frontsoldaten, mit denen ich zu sprechen Gelegenheit hatte, jedesmal ersucht, mir rückhaltlos zu sagen, welches die bei ihren Kameraden vorwiegende Meinung über die wünschenswerte Kriegspolitik gewesen sei, und fast ausnahmslos die gleiche Antwort erhalten: „Schluß machen sobald als möglich.“ Man sei der Geschichte „gründlich müde“ gewesen.

Dabei fällt mir ein Vorkommnis ein, das hierfür charakteristisch ist. Im Winterhalbjahr 1917/18 hielt ich in der Berliner Arbeiterbildungsschule Vorlesungen über Völkerrecht und Völkerpolitik, die später in Buchform erschienen sind. Nach beendetem Vortrag begleitete mich stets eine Anzahl Hörer ein Stück Weges, und man ging dann gern gemeinsam in eine Wirtschaft, um beim Glase Bier über die politische Lage und ihre Erfordernisse sich zu unterhalten. Einmal kam dabei die Rede auf die vielfach gewünschte kriegsfeindliche Propaganda in der Armee. Ich erklärte mich gegen den Gedanken und führte unter anderem aus, der Soldat im Felde stehe nach meiner Ansicht viel zu sehr unter dem Eindruck seiner militärischen Umgebung und der durch den Verlauf des Krieges selbst als gegeben erscheinenden Notwendigkeiten, als daß eine solche Propaganda viel ausrichten könne. Da erbat sich ein gerade aus dem Felde auf Urlaub nach Berlin gekommener Reservist, ein einfacher Bauhandlanger, der nicht einmal organisiertes Mitglied der Sozialdemokratie war, das Wort und sagte zu mir gewendet: „Sie irren sich; draußen herrscht ein ganz anderer Geist als wie hier; draußen denkt die große Mehrheit wie Sie und will vom Krieg nichts mehr wissen.“ Ich war überrascht und nahm an, daß er eine Einzelbeobachtung verallgemeinere, aber die Vorgänge in den letzten Kriegsmonaten haben gezeigt, daß er der Wahrheit nähergekommen war als ich. Das lächerliche Gerede vom Dolchstoß, den die Heimat der Front in den Rücken versetzt habe, stellt den wirklichen Sachverhalt beinahe auf den Kopf. Die Soldaten an der Front hatten den Glauben an die Unfehlbarkeit der Obersten Heeres-

leitung eingebüßt, und wer von ihnen nach Hause kam, machte daraus kein Geheimnis. Nur dadurch konnte der von dem kleinen Häuflein der Spartakisten propagierte Munitionsarbeiterstreik fast über Nacht den Umfang annehmen, den er tatsächlich erlangte.

In seinem Gutachten, das General Ludendorff sich nicht geschämt hat dem verleumderischen Machwerk des Herrn „A“ gegen Ebert beizugeben, schreibt er:

„Wie ungemein schädlich die Oberste Heeresleitung den Januarstreik in seiner Wirkung auf die Kriegführung ansah, geht daraus hervor, daß sie den Kriegsminister ersuchte, darauf hinzuwirken, daß jeder Streik nach der Reichsgerichtsentscheidung vom 19. Oktober 1917 ... als Landesverrat zu bestrafen sei.“

Dies, nachdem er ein paar Zeilen vorher festgestellt hatte, daß während des Streiks ebendieselbe Heeresleitung die Reichsregierung habe wissen lassen, „sie nehme eine eintretende Verringerung der Kriegslieferungen auf sich, weil dieser Schaden geringer sei als die Folgen etwaiger Nachgiebigkeit gegen die Streikforderungen“.

Mit Recht hat der „Vorwärts“ in seiner Besprechung dieser Schrift darauf hingewiesen, daß damit die Oberste Heeresleitung, das heißt Ludendorff, selbst die Behauptung widerlegt, die Produktionsverminderung durch den Januarstreik von 1918 habe zum Verlust des Krieges ernsthaft beigetragen. Aber Ludendorff bekennt mit jenem Satz noch anderes. Er spricht es aus, daß die Heeresleitung, der er den Geist diktierte, ein willenloses, seelisch versklavtes Volk haben wollte, um den Krieg zu gewinnen. Er bildete sich ein, durch drakonisches Auftreten gegenüber den Arbeitern diese Sklavengesinnung zu erwirken. Sein Einfluß war es, wie wir jetzt sehen, daß die damalige Reichsregierung sich hartnäckig weigerte, eine Deputation der streikenden Arbeiter zu empfangen, und hinterher eine Riesenzahl Streikender — sie wird auf 50 000 angegeben — zwangsweise an die Front schickte. Eine Maßnahme, die in der Berliner Arbeiterschaft die Verbitterung auf die Spitze trieb, die Front aber sicherlich nicht kriegsfreudiger machte. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Heeresleitung war kaum ein schlimmerer „Dolchstoß“ für die Front zu ersinnen als ihre Durchsetzung mit deportierten Arbeitern, denen man den Schimpffnamen „Landesverräter“ anhängte.

Waren sie das wirklich? Wenn man sich vergegenwärtigt, was vorhergegangen war, daß die Heeresleitung einen Beschluß der deutschen Volksvertretung mit einer das Gegenteil bedeutenden Kriegspolitik beantwortet hatte, mit einer Politik, die, statt den Krieg abzukürzen, ihn verlängert und die Zahl der Gegner Deutschlands noch vermehrt hat, dann wird man zu einer andern Antwort kommen. Ludendorff zitiert, nachdem er erzählt hat, daß Kurt Eisner im Januar 1918 vierzehn Tage in Berlin war, aus dessen Rede vom 4. Februar 1919 über die Januarstreiks von 1918 in Wien, Berlin und München folgendes Stück:

„Damals erhoben sich die Arbeitermassen nicht aus Hunger, nicht um des Brotes willen, nicht weil die Niederlage drohte, sondern weil wir die Märzoffensive und Brest-Litowsk verhindern wollten.“

und setzt hinzu:

„Mit diesen Worten Eisners ist die Absicht und der Sinn des Januarstreiks richtig wiedergegeben: Schwächung des deutschen Kampfwillens und der deutschen Kampfkraft zugunsten der Feinde“ usw.

Mit dieser Auslegung der Worte Eisners sind die Absicht und der Sinn jener Bewegung in ihr Gegenteil umgefälscht. Es hat Eisner, der übrigens kein Spartakist war und daher der Entfachung des Streiks in Berlin ganz fern stand, nichts ferner gelegen, als Arbeit zugunsten der Feinde Deutschlands verrichten oder unterstützen zu wollen. Das allerdings, was Ludendorff hier den „deutschen Kampfwillen“ nennt, war Eisner entschlossen, mit der äußersten Energie zu bekämpfen; denn er sah voraus, und die Ereignisse haben seine Voraussicht als richtig erwiesen, daß diese Art „Kampfwille“ für Deutschland nur Unheil, darunter Verlust der Kampfkraft, bedeutete. Von dieser Erkenntnis durchdrungen hat er am 31. Januar 1918 jene Rede in München gehalten, die ihn zunächst in Untersuchungshaft brachte und ihm wahrscheinlich Zuchthaus eingetragen hätte, wenn es über sie zur Gerichtsverhandlung gekommen wäre. Er sah auch das voraus und hielt die Rede, deren scharfe Stellen wohlüberlegt waren, doch, weil er sie im Interesse des deutschen Volkes und Europas für unbedingt notwendig hielt. So war sie der Absicht nach eine Tat des höchsten Patriotismus im schönsten Sinne dieses Wortes. Und im gleichen Sinne handelten die Arbeiter, die sich damals gegen Ludendorffs „Kampfwillen“ erhoben, als Patrioten und nicht als Landesverräter.

Ich will gegen die Anwälte Eberts, die Genossen Heine und Landsberg, keinen Vorwurf erheben, daß sie im Gerichtssaal diese Seite jener Bewegung unerörtert ließen; sie sahen die Dinge eben anders an. Aber mir wird man es nicht verargen, wenn ich mein Bedauern darüber ausdrücke, daß in Magdeburg zwar die ganze Haltlosigkeit jener infam verleumderischen Beschimpfung Eberts mit meisterhafter Schärfe bloßgelegt, aber nicht auch des guten Rechtes derer gedacht wurde, die es wagten, gegen eine Politik sich aufzulehnen, die, wenn nicht formal, so doch der Wirkung nach Landesverrat war. Steht es wirklich so, daß ein Volk willenlos gehorchen muß, wenn verblendete Militärs eine Kriegspolitik treiben, wie andere ein Glücksspiel spielen? Ich meine, wir Sozialdemokraten haben alle Ursache, acht darauf zu geben, daß wir uns nicht im Kampf mit den verstockten Anhängern des alten Systems von diesen verleiten lassen, ihnen auf Gebiete der Rechtsbegriffe und Rechtsauslegung zu folgen, durch deren Anerkennung wir unsere gute Sache von vornherein halb preisgeben. Ein Mann, der von jedem Verdacht sozialdemokratischer Tendenzen geschützt ist, Professor Hans Delbrück, hat in seinem Gutachten über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs Ludendorffs Verhalten zu bedeutungsvollen Fragen der Kriegspolitik einer Kritik unterworfen, die an Schärfe nichts zu wünschen übrigließ. Ludendorffs Gutachten über die militärischen Rückwirkungen des Januarstreiks verrät denselben Geist, der Delbrück dazu getrieben hat, einmal ihm gegenüber hypothetisch eingekleidet das Wort „verrucht“ zu gebrauchen. Der Januarstreik wäre schwerlich erfolgt, wenn die Oberste Heeresleitung eine andere Politik im Kriege befolgt hätte.

Nun aber zurück zur Affäre Barmat und der Haltung der Sozialdemokratie zu ihr. Der letztere Punkt bietet manche Vergleichsstellen

mit der Behandlung der Dolchstoßlegende in der Sozialdemokratie. In beiden Fällen hat diese sich nach meiner Ansicht ohne Not viel zu sehr in die Defensive jagen lassen. Die Partei hat als politische Körperschaft so wenig mit den Geschäften der Gebrüder Barmat zu tun, wie sie seinerzeit irgendwie für den Januarstreik verantwortlich war. Und wie Ludendorff in seinem „Gutachten“ das Verhalten von Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängigen Sozialdemokraten und Spartakisten durcheinander zur Sprache bringt, um dann alles, was in den Bewegungen der Frühmonate 1918 geschah, unterschiedslos der Sozialdemokratie zur Last legen zu können, so werden jetzt von den Todfeinden der Republik und des Sozialismus Einzelheiten der Barmat-Affäre durcheinander geworfen, um diese als Ganzes gegen die Sozialdemokratie insgesamt auszuwählen zu können. Diesem unsauberen Treiben gegenüber sollten wir meines Erachtens etwas mehr Kampfgeist an den Tag legen, als es bisher geschehen ist.

Hat die Sozialdemokratie triftige Ursache, in das Geheul über die Barmats einzustimmen, ihm irgendwelche Zugeständnisse zu machen? Ich bin nicht der Ansicht. Denn dieses Geheul ist durch und durch unehrlich. Es steht doch nun einmal fest, daß die Barmats während des Krieges und nach dem Kriege sich als Freunde Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung gezeigt und in einer Reihe von Fällen auch als solche durchaus bewährt haben. Sie haben zu Zeiten Lebensmittel nach Deutschland geschafft, wo es für unsere Arbeiter wahrhaftig nicht gleichgültig war, ob solche ins Land kamen oder nicht. Ein interessanter Fall dieser Art aus dem Jahre 1920 wird in dem Hauptorgan der holländischen Sozialdemokratie, „Het Volk“, in der Nummer vom 8. Januar d. J. geschildert. Nun sollen sie freilich bei den für solche Zwecke nötigen Geschäften kaufmännische Profite gemacht haben, und das ist natürlich etwas so Unerhörtes, in Deutschland nie Dagewesenes, daß es allein manchem für genügend erscheinen mag, den Stab über sie zu brechen. Wären doch die Stinnes und andere Größen der Schwerindustrie lieber zu Bettlern geworden, als daß sie bei ihren Geschäften mit Reich oder Staat Profite gemacht hätten. Aber Sarkasmus beiseite: die Barmats mögen keine Tugendhelden sein. Aber wenn man alles zusammenstellt, was über sie berichtet wird, dann liegt es nahe, in bezug auf sie das Wort zu gebrauchen, das Friedrich Engels einmal in bezug auf John Burns brauchte, als auf allen Seiten über diesen nicht fehlerfreien, aber doch ein Prachtexemplar seiner Klasse bildenden Proletarier gezetert wurde: „Es ist mehr an ihm gesündigt worden, als er selbst gesündigt hat.“ Heute sind sie die Opfer einer nach meiner Ueberzeugung raffiniert angestifteten brutalen Verfolgung, und da mögen Leute wie Georg Davidsohn und Gleichgesinnte es als ihre Mission betrachten, nun auch ihrerseits Hölzer zu dem Scheiterhaufen beizutragen, den die Reaktion aufschichten möchte. In wem noch ein Funke vom alten sozialdemokratischen Geist lebt, dem wird es sein politisches Empfinden unmöglich machen, unter solchen Umständen mit den Wölfen zu heulen.

Damit ist selbstverständlich nichts dagegen gesagt, daß die Sozialdemokratie einzelne mit der Barmat-Angelegenheit verbundene Vorkommnisse zum Anlaß nimmt, Fragen der Zulässigkeit geschäftlicher Verbindung von Vertretern der Partei in führender Stellung zu kapitalistischen Unternehmen bestimmten Charakters sorgfältig nachzuprüfen.

Daß da irgendwelche Grenzen gezogen werden müssen, gebe ich ohne weiteres zu. Doch möchte ich davor warnen, in den Fehler der heutzutage vielfach beliebten Spezialgesetzgebung zu verfallen, die aus Einzelvorkommnissen die Notwendigkeit von allgemeinen Verboten ableitet, deren Wirkung mehr Schaden anrichtet, als sie Unheil verhüten.

Korruption in der Aufwertungsfrage

Von Kurt Heinig

Korruption ist nicht die Erfindung eines gerissenen Schiebers, sondern Zeiterscheinung, — die allerdings mitunter von einzelnen nicht gesehen wird. Häufig genug liegt dies wieder darin begründet, daß man das Alltägliche kaum schwer nimmt, obwohl es das Gesicht der Zeit meist stärker beherrscht als die sogenannten großen Taten.

Man betrachte nur einmal den derzeitigen Stand der Aufwertungsfrage.

Die Organisation der Sparkassen- und Hypothekengläubiger droht in öffentlicher Kundgebung, daß sie den Rechtsparteien die diesen zugeführten Wähler wieder wegholen werde, wenn nicht endlich die gegebenen Versprechungen eingelöst würden. Und die großen „Aufwertungs“-Parteien zerstören im Reichstag durch entsprechende Abstimmungen ihre eigenen Anträge. Und die neue Reichsregierung spricht von einer gerechten Aufwertung. Und die Banken erklären, die Spekulanten seien bei der Aufwertung der Kriegsanleihen nicht auszuschalten, aber sie wollen die Sache dennoch mit in die Hand nehmen. Und die Justiz — —

Nun, die Justiz ist ein besonderes Kapitel. Was zur heutigen Rechtsprechung zu sagen ist, hat ja eigentlich schon Daumier in seinen unsterblichen Lithographien gezeichnet; aber das scheint vergessen zu sein. Warum findet sich nicht eine Gesellschaft von Rechtsfreunden, die seine Bilder an alle Plakatsäulen kleben läßt? Der Grund ist sehr einfach. Für das Recht ist kein Geld da. Es wird zur Organisation Magdeburger Reichspräsidentenprozesse, für schwarz-weiß-rote und gelb-kommunistische Tschekas ausgegeben, für viele hunderttausend die Aufwertung versprechende Wahlplakate, kurz: für die Korruption. Für das Recht fehlt nicht nur das Geld, sondern auch die Moral.

Viele Leutchen meinen, es gebe nur Korruption in Form von dicken Zigarren und Trinkgeldern, sie übersehen — vielleicht wollen sie vorbeisehen —, daß es eine Korruption der Gesinnung gibt, die in ihren Auswirkungen nicht den einzelnen, sondern die Allgemeinheit, den Staat, die Gesellschaft trifft und verdirbt. Im Streit um die Aufwertung haben wir diese allgemeine Korruption!

Aber sprechen wir erst nochmals von der Justiz. Dabei muß stets daran gedacht werden, daß die Rechtsprechung nur theoretisch objektiv und unbeeinflussbar ist, praktisch wird sie von Menschen erledigt, deren politische, soziale und, im besonderen, deren volkswirtschaftlichen Kenntnisse und Meinungen in bestimmtem Rahmen begrenzt sind. Sie sind sogar, wie die Tatsachen beweisen, außerordentlich eng begrenzt. Zum Teil liegt das in der Natur der Sache. Das Recht wächst auf dem Boden der Vergangenheit, es formuliert tausendfach er-

lebte Tatsachen, es versteinert Erfahrungsergebnisse. (Eigentlich sollte es ja anders sein, aber unsere Richter stehen am Schwanz der Entwicklung!)

Wer erinnert sich nicht des grotesken Schauspiels, wie die Justiz jahrelang an dem starren Grundsatz: Mark gleich Mark, auf Papier gedruckte Markziffer bleibt ewig gleiche Größe, mit allem Aufwand juristischen Tiefsinns und rechthaberischer Künstelei festhielt. Heute ist sie längst ins andere Extrem geraten. Die Juristen haben an der dritten Steuernotverordnung so lange herumgearbeitet, bis deren Paragraphen sich in ihre einzelnen Teile auflösten. Dann kam — um wieder Rechtsboden zu schaffen — die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember 1924. Um sie sind die Meisterschaftskämpfe in Bayern — ist das nicht symbolisch? — geführt worden.

Der Reichsfinanzhof in München hat es im Januar d. J. fertiggebracht, dahin zu entscheiden, daß der Reichspräsident nicht das Recht zum Erlaß jener Verordnung gehabt habe! Damit war wieder einmal der Rechtsboden für Aufwertungsstreitigkeiten — soweit er, kümmerlich genug, überhaupt bestanden hatte — mit Erfolg zerschlagen. Das ergab ein so wildes Durcheinander, daß die Juristen des bayerischen Obersten Landesgerichts sich verpflichtet fühlten, ihrerseits bekanntzugeben, wie sie über das Recht der Verordnung des Reichspräsidenten denken. Das bayerische Justizministerium veröffentlichte in der „Bayerischen Staatszeitung“ das Votum; es geht dahin, daß die Verordnung des Reichspräsidenten doch zu Recht besteht!

Daraufhin erklärte dann W.T.B. — Rechtsauslegung durch den Telegraphendraht ist das Neueste, was wir haben —, die Wirkung des Urteils des bayerischen Obersten Landesgerichts bewirke, daß zu nächst für alle Aufwertungsangelegenheiten bürgerlich-rechtlicher Natur die Aufwertungsstellen bei den Gerichten kompetent bleiben. Das Urteil des Reichsfinanzhofes ändere hieran nichts.

Dazu äußerte sich dann wieder die sicher prominente „Juristische Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen“. Sie meint, daß das Urteil des Reichsfinanzhofs gegen die Verordnung des Reichspräsidenten eigentlich doch — zu Recht bestünde.

Der „Rechts“zustand ist jetzt so, daß die Richter „sich mangels klarer gesetzlicher Entscheidung in dieser Beziehung vollständig für ungebunden halten“. („Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 31. Januar 1925!) Wir haben Kammergerichtsurteile, die gewissermaßen „nach Billigkeit“ Aufwertungsstreitigkeiten entschieden haben. Das Reichsgericht hat nachträglich Aufwertungsansprüche erledigter Prozesse anerkannt! Dann hat das Kammergericht plötzlich die Aufwertungsansprüche befristet gegebener Bankeinlagen legitimiert. (Das ist ein Schlag ins Bankkontor!) Und um das Durcheinander zu komplettieren, existiert auch ein Reichsgerichtsurteil, das praktisch bedeutet, daß diejenigen Gläubiger, die in den vergangenen Jahren entwertete Papiermarkbeträge angenommen und einen Anspruch wegen Geldentwertung nicht erhoben haben, nunmehr noch nachträglich Aufwertung verlangen können.

Wir haben also eine völlige Korruption des Aufwertungsrechts!

Während jene Korruption mehr passiver Art ist, hat die andere, die der politischen Parteien des Aufwertungsversprechens, alle Kennzeichen der aktiven Korruption.

Die Unternehmer-Spitzenverbände haben feierlich gegen eine weitergehende Aufwertung als die der dritten Steuernotverordnung protestiert. Sie verlangten auch, wie eine Volksdeputation von der französischen Nationalversammlung von 1793, vor den Aufwertungsausschuß des Reichstags treten zu dürfen, um ihm ihre Sorgen vorzutragen. Dabei wird es Personalschwierigkeiten geben, denn im Aufwertungsausschuß sitzen verschiedene Leute, die als Aufwertungsversprecher gewählt worden sind und zugleich zu jener Deputation gehören, die gegen die Aufwertung zu sprechen hat!

Es gibt sogar schon wieder eine nationalökonomische Theorie gegen die Aufwertung: kommt sie doch, dann gibt's neue Inflation! Nun, wir kennen diese Theorien; sie waren in der Inflationszeit billig wie Brombeeren, und sie sind — im Gegensatz zu den sonstigen Warenpreisen — billig geblieben.

Ueber der Korruption des Aufwertungsversprechens — im besondern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei — und über den Aufwertungsinteressenten, den kleinen Leuten und dem Mittelstand, schwebt wie ein friedensbringender Weihnachtengel der Herr Reichskanzler Luther. Er erklärte in seiner ersten Rede, wohl nach dem Grundsatz, daß der, der vielen etwas bringt, jedem etwas gibt, daß der Reichstag dem nächst endgültiges Recht schaffen werde. „Dabei soll mit vollem Verständnis für die Notlage im besondern der alten Sparer im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen den berechtigten Wünschen der durch die Geldentwertung Geschädigten Rechnung getragen werden.“

„Volles Verständnis“, „im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen“, „berechtigten Wünschen“ — wer's glaubt, wird so lange selig bleiben, bis ihn die Rechtsdemagogen aus ihrem Wege schleudern; dabei werden die Betrogenen hoffentlich aufwachen. Damit sie dann abgelenkt werden, brüllt die reaktionäre Presse vorsorglich schon heute: Seht die Schieber, beachtet diese Korruption jener Leute. Wir hoffen, daß ihnen das nichts nützen wird. Die um all ihre Aufwertungshoffnungen Betrogenen werden die wahre Korruption, jene der Gesinnung, der Moral, des Rechts begreifen. Dann kommt die Abrechnung!

Der Kroner-Prozeß

Von Rechtsanwalt Roth, Berlin

I.

Für das Verfahren galt vom ersten bis zum letzten Moment die Fixigkeit mehr als die Richtigkeit: deshalb mit imponierender Schnelligkeit und im stürmischsten Tempo die Terminsanberaumung und die Durchzwingung der Verhandlung über Stock und Stein — bis zum heiß ersehnten Urteil gegen den Frevler, der sich angemaßt hatte, das bislang angeblich unerschütterte Gebäude richterlicher Autorität mit wuchtigem Geschoß zu berennen. Alle Hindernisse wurden mit Begeisterung genommen — ein beglückendes Schauspiel für die rachedurstigen Berufsgenossen des richterlichen Sünders, der sich erküht hatte, schwerster Sorge voll, der großen Oeffentlichkeit zu sagen, was ihm auf der Seele brannte.

Die wenigen, die was davon erkannt,
 die töricht g'nug ihr volles Herz nicht wahrten,
 — — — — —
 hat man von je gekreuzigt und verbrannt.

Zwar zu einem festlichen Autodafé hat es in Anbetracht der etwas veränderten Verhältnisse nicht ganz gereicht. Aber mit ein paar Monaten Gefängnis sollte doch der vorlaute Mund gestopft, und wenn möglich, für immer geschlossen werden, dem so frevelhafte Lästerung gegen das staatsfreundliche und staatsförderliche Tun deutscher Richter entquollen war. Ruht doch auf ihrer Hingabe an den neuen Staat, auf ihrer, immer wieder freudig bewährten Treue zur Weimarer Verfassung, auf ihrer allerwärts herrlich bezeugten Staatsgesinnung die Republik fester und sicherer, als auf den Schultern des Atlas! Wie? Diese Männer, denen die Republik Amt, Macht, Stellung und Autorität gibt, sollten in ihrer amtlichen und außeramtlichen Betätigung je daran denken, eben dieser Republik Schwierigkeiten zu machen und Nachteile zuzufügen, sie und ihre Führer zu verhöhnen, herabzusetzen und lächerlich zu machen? Deshalb: Werft das Scheusal in die Wolfsschlucht — am besten so, daß es nie wiederkehrt! Wer nach dem Abschluß der Verhandlung, während der Beratung des Gerichts die Gespräche der richterlichen Zuhörer über den Strafantrag des Staatsanwalts hören, durfte, konnte erfreuliche Studien machen. Der Schrei nach dem Gefängnis für den kühnen Angreifer richterlicher Unfehlbarkeit war allgemein! Sie hatten seines Wesens nicht einen Hauch verspürt, seine wundervollen, in Form und Inhalt gleich vollendeten, in ihrer schlichten Größe ergreifenden Erklärungen waren offenbar spurlos an ihnen vorbeigegangen. Ein betrübendes Erlebnis — und doch wieder ein klarer Beweis dafür, wie zutreffend Kroner Art und Sinn seiner Berufsgenossen, wie die daraus hervorgehende Gefährdung der Rechtsordnung und der Rechtspflege im neuen Staat beurteilt.

II.

Es kam, wenn auch nicht besser, doch anders; das Gefängnis, das Herr Ahlsdorff ohne Kenntnis der Person und der Verteidigung des Angeklagten, also vollendet unbefangen, ihm in seiner von Sachkunde nicht getrübbten Objektivität fürsorglich zgedacht hatte, blieb dem Angeklagten, und wir dürfen es sagen, dem deutschen Vaterland erspart, sicher zum Leidwesen vieler unter den richterlichen Zuhörern. Aber es ging auf den Angeklagten eine Geldstrafe hernieder, die praktisch für den Verurteilten nicht tragbar ist, ihn also im Ergebnis schwerer trifft, als eine Freiheitsstrafe mit der im Rat des Herrn Ahlsdorff ebenfalls gütigst vorgesehenen Bewährungsfrist. Was mögen sich wohl die Mitglieder des Gerichts gedacht haben, als sie im verschwiegene Beratungszimmer diese unerhörte Geldstrafe für einen Mann festsetzten, der, mochte er sich auch nach ihrer Ansicht schwer vergangen haben, doch aus idealsten Beweggründen, in höchster und reinsten Sittlichkeit, aus glühender Liebe zur Republik und zum Vaterland so gehandelt, so handeln zu müssen geglaubt hatte? Ist sich nicht einer der an diesem unheilvollen Spruch beteiligten Richter dessen bewußt geworden, als das ungeheuerliche Strafmaß beraten und gebilligt wurde? Oder konnten die andern Richter es nicht, weil sie nur im Kampf gegen die den

Vorsitzenden beherrschende Gefängnisvorstellung überhaupt grundsätzlich eine Geldstrafe durchsetzen konnten? Ist deshalb diese Strafe so unerträglich hoch bemessen, daß sie in der ganzen deutschen Beleidigungsrechtsprechung überhaupt kein Gegenstück hat? Der Vergleich mit den von Richtern der Republik wegen niederträchtigster, raffiniert erfundener und verbreiteter Verleumdungen republikanischer Staatsmänner, Minister und Politiker verhängten lächerlichen Geldstrafen — tausend schwarze Blätter aus der Geschichte der Republik zeugen davon — drängt sich gebieterisch auf; er wirkt niederschmetternd! Noch ist es nicht zu spät, um mit hartem Griff diesen unerhörten Zuständen ein Ende zu machen. Aber der Zeiger der Uhr steht — das war Kroners Wille und Sinn, als er in die Fanfare stieß — auf eine Minute vor 12!

Auch der Spruch vom 4. Februar 1925 rechtfertigt nachträglich, wie so viele vor ihm, den Alarmruf, mit dem Kroner, wie er sich ausdrückt, das schläfrige Bürgertum aufwecken und für die Republik auf die Schanzen rufen wollte; auch er zeigt wiederum, daß Kroner Art und Sinn seiner Berufsgenossen und die daraus hervorgehende Gefährdung des neuen Staates richtig, jedenfalls viel richtiger beurteilt, als die, die davon getroffen werden und die anderen, die sich gegenüber den Irrgängen deutscher Justiz in trügerische Sicherheit und freundliche Illusionen hüllen.

III.

Um die Rechte des Angeklagten sieht es trübe aus in deutschen Landen — wie stets in Zeiten dunkler Gesinnungsreaktion. Das — in politisch erregten Perioden besonders wichtige — Ablehnungsrecht des Angeklagten ist, obwohl offiziell nicht beseitigt, wie der Kroner-Prozeß beweist, praktisch wertlos, so ganz und gar ausgehöhlt, daß wirklich nur der Name geblieben ist. Es zeigt sich — wiederum ein schlagender Beweis für die Notwendigkeit des Kronerschen Appells —, daß in den Händen vieler Richter, wie sie nun einmal geartet sind, dieses Recht des Angeklagten, das gerade jetzt besonders wirksam werden sollte, schlecht aufgehoben ist, ja, entgegen dem Wortlaut und Sinn des Gesetzes geradezu sabotiert wird. Es lag — kein verständiger Mensch wird das ernsthaft bestreiten und die unbefangene Presse aller Parteien hat es übereinstimmend festgestellt, — ein Schulfall richterlicher Befangenheit vor. Nach § 264 Str.P.O. ist Gegenstand der Urteilsfindung die in der Anklage bezeichnete Tat, wie sie sich nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung darstellt. Nach § 261 Str.P.O. entscheidet das Gericht über das Ergebnis der Beweisaufnahme nach seiner freien, aus dem Inbegriff der Verhandlung geschöpften Ueberzeugung. Immer also ist die Hauptverhandlung die alleinige, mindestens die wichtigste Urteilsgrundlage; ein zur Entscheidung berufener Richter, der sich schon vorher unter souveränem Verzicht auf diese wichtigste Erkenntnisquelle zur Schuld-, wie zur Straffrage eine dem Angeklagten ungünstige Meinung gebildet hat und sie mit betonter Schärfe äußert, ist voreingenommen und denkbar befangen; denn es ist sicher, daß seine vorgefaßte Meinung durch das Ergebnis der Hauptverhandlung nicht mehr zu beeinflussen ist.

Das alles ist ja nun mit Händen zu greifen; aber die entscheidende Strafkammer verwarf den Antrag mit sachlich und juristisch auffällig falscher Begründung. Weder entsprach sie dem schriftlich präzisierten

Vorbringen der Verteidiger, noch wurde sie dem allein entscheidenden Gedanken gerecht. Es ist völlig gleichgültig, ob sich der abgelehnte Richter befangen fühlt oder nicht; nur auf die Stimmung und das Gefühl des Angeklagten kommt es an. Anders ist das Ablehnungsrecht des Angeklagten völlig illusorisch; denn der Richter wird und muß sich, wenn er sich selbst befangen fühlt, von sich aus ablehnen. Der Beschluß der Strafkammer ist also höchst unbefriedigend und gerade im Interesse des Richtertums tief bedauerlich; er gibt dem Zweifel und dem Mißtrauen neue Nahrung! Wenn ein Angeklagter, wie Kroner, und seine Verteidiger dem Vorsitzenden mit präziser Begründung erklären, sie hielten ihn für befangen und wünschten seine richterliche Tätigkeit nicht, so müßte das doch wohl den abgelehnten Richter veranlassen, selbst zu resignieren und sich dem Angeklagten, wie der Verteidigung, nicht mit aller Gewalt aufzudrängen; brachte er aber diesen durch die Sachlage gebotenen Entschluß nicht selbst auf, so mußte es die Strafkammer an seiner Stelle tun, auch wenn er sich für nicht befangen erklärte. Der ganze höchst charakteristische Vorgang war jedenfalls recht unerfreulich und ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte deutscher Justiz.

IV.

Das gleiche gilt von den abgelehnten Beweisanträgen. Sie waren offenbar erheblich — zum mindesten für das Strafmaß: tut nichts, der Jude wird verbrannt! Die liebenswürdige und vornehme Art, in der sich Herr Bewersdorff mehrfach über den Reichspräsidenten, das Objekt seiner Magdeburger Meisterleistung, geäußert hatte, der Takt, mit dem er sich nach dem Urteilsspruch als „Sieger von Magdeburg“ hatte feiern lassen, die bezeichnenden Einzelheiten seiner Verhandlungsführung — das alles durfte vor der Oeffentlichkeit nicht erörtert werden.

V.

Herr Bewersdorff dürfte den Gerichtssaal kaum in Triumphstimmung verlassen haben. Sein Debüt war wirklich nicht glücklich, die harmonische Uebereinstimmung der Prozeßbeteiligten in der mitleidlosen Kritik seines Urteils ein peinliches Erlebnis. Er hätte gut daran getan, lieber daheim zu bleiben, als sich seinen schärfsten Kritikern in öffentlicher Verhandlung zu stellen!

Die Anwälte der beiden Nebenkläger sprachen von dem herabsetzenden und beschimpfenden Angriffen des Angeklagten auf ihre Klienten, rühmten eindringlich den Heldenmut, mit dem sie den „herrschenden Gewalten“ ihre blanke richterliche Ueberzeugung entgegengesetzt, und den tiefen Schmerz, den sie empfunden hätten, als sie zur juristischen Verurteilung des Reichspräsidenten durch ihr Gewissen gezwungen gewesen seien.

Soviel Worte, soviel Irrtümer — wenn nicht Schlimmeres. Dem Angeklagten und seinen Verteidigern waren und sind die Berufsrichter, die das Magdeburger Urteil gefaßt und formuliert haben, grenzenlos gleichgültig. Der Verteidigung war besonders gegen Herrn Bewersdorff ein umfangreiches Material zugeströmt, ein Material, das für die persönliche Charakterisierung dieses Herrn sicher außerordentlich wertvoll und interessant gewesen wäre. Von alledem wurde im Beweisantrag, wie in der Verhandlung nur das wenige aus seinem Vorleben und seiner eigenartigen Verhandlungsleitung verwertet, was einen sicheren Schluß auf

seine ungewöhnlich feindselige Gesinnung gegen den Reichspräsidenten zuließ, ja, zu ihm zwingen mußte. Auch dieses Material wurde in der Verhandlung nur vorsichtig erörtert, freilich ohne daß das Gericht Veranlassung nahm, die seltsamen Dinge aufzuklären, die doch wohl die Entstehung des Magdeburger Urteils in einem ganz anderen Licht erscheinen lassen, vor allem die Folgerung unvermeidlich machen, daß Bewersdorff, wenn auch nur ein Teil dieser Behauptungen zutrifft — ein Zweifel daran ist nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung wohl kaum mehr möglich — aus einfachstem Anstands- und Taktgefühl sich für die Verhandlung im Magdeburger Prozeß selbst hätte ablehnen müssen. Man kann nicht Schützer der Ehre eines Mannes sein, dem man mit einer so böse formulierten Abneigung und inneren Ablehnung gegenübersteht. Daß Bewersdorff diese selbstverständliche Folgerung nicht gezogen, sondern sich innerlich darauf verlassen hat, seine Stellung zum Reichspräsidenten würde nicht bekannt werden, ist vollkommen unverständlich; diese Denkweise gibt den Schlüssel für vieles, was in dem unseligen Magdeburger Prozeß zu Lasten des guten deutschen Namens gesündigt worden ist. Das Berliner Gericht hat sich schwer geirrt, wenn es mit der Ablehnung der Beweisanträge die Klärung dieser unerfreulichen Dinge zu verhindern glaubte; die Wahrheit ist auf dem Marsch und wird sich nicht aufhalten lassen — sicher nicht zu besonderer Freude des davon betroffenen Herrn Bewersdorff.

VI.

Versöhnend und erfreulich, ein einziger Lichtblick in der sonst so schmerzliche Eindrücke auslösenden Verhandlung, war das Plädoyer des Staatsanwalts. Das Verständnis, das er — er leider allein — der Psyche des Angeklagten entgegenbrachte, die gütige, fast liebevolle Art, in der er die seelischen Beweggründe der Tat, das ganze innere Milieu, aus dem sie hervorgegangen war, aufdeckte und ihnen gerecht zu werden versuchte, seine maßvollen Ausführungen zur Strafart — sie stechen wohlthuend ab gegen die im Ablehnungsantrag unter Beweis gestellte Festlegung des Vorsitzenden auf eine Gefängnisstrafe — wirkten in der elektrisch geladenen Atmosphäre des Gerichtssaales lösend und entspannend. Es war, nehmt alles nur in allem, die Art eines Mannes, der Menschliches menschlich mißt und wägt, der über den Dingen stehend, auch für den Gegner ein begreifendes Verstehen aufbringen kann. Das war neben den Auslassungen des Angeklagten wohl das stärkste Erlebnis dieser Verhandlung, vor der und in der ein so mißtönender Chor des Hasses und der Rachsucht den Angeklagten häßlich umdröhnte.

VII.

Der Tragödie von Magdeburg folgt das tragische Nachspiel von Berlin; über seinem ersten Akt ist nun der Vorhang niedergegangen. Das scharfe Schwert deutscher Gerechtigkeit hat den Frevler, der mutig und aufrecht zu seiner Tat stand, mit aller Wucht getroffen; aber an der bösen Wirklichkeit der Dinge hat sich dadurch nichts geändert. Es bleibt die Tatsache, daß der größte Teil der deutschen Richterschaft von starrer, verbohrt Feindseligkeit gegen das neue Staatswesen und seine Führer erfüllt ist, daß ungezählte Rechtssprüche aller Instanzen laut von dieser Gesinnung zeugen, daß also die Republik im Schoß dieser Justiz nicht ganz so sicher ruht, wie Eberhard, der Greiner, in

Uhlands Sang. Es bleibt die Tatsache, daß noch heut, im siebenten Jahr der Republik, die wirklich republikanisch gesinnten Richter zu zählen sind, daß für jeden von ihnen ein unbeugsamer Mut dazu gehört, sich als Republikaner zu bekennen, daß sie dafür mit kollegialem und gesellschaftlichem Boykott, mit ungünstigen Qualifikationsattesten und verhinderter Avancement bestraft werden, während sie auf der anderen Seite sehen müssen, wie förderlich die Zugehörigkeit zu den republikfeindlichen Parteien auf die Karriere der andern wirkt. Diese Wirtschaft hat die Justiz so gründlich verseucht, daß eine durchgreifende Heilung kaum mehr zu erhoffen ist; jedenfalls sollten sich aber die für die Republik verantwortlichen Männer, nachdem sie so ernsthaft auf diese Zustände hingewiesen sind, vorsehen; die Republik ist in Gefahr! Sie muß jeden Tag um ihr Leben bangen und kämpfen, wenn eine solche Justiz ihr Fundament ist.

Der Landbund freut sich — !

Von Josef Maria Frank

Sie sind wieder da, die Landwauaus,
zur Begründung einer Verteuerungsepoche,
die Kalckreuths und Oldenburg-Januschaus
und anderen „witze“ und von und zu „aus“
zur Durchführung ihrer Agrarierwoche.

Die Brieffaschen voller guter Moneten,
den Schnurrbart gewienert, wie Hengste in Form,
so traten sie einweihungshalber zum Beten
vor Gott, den Gerechten, den alten Schweden,
in ihre Wochen und Chloroform.

Die kleinen Mä'chen vom Tanzpalais
haben ihre Gönner fristlos entlassen —
sie wollen im Wilhelma-National-Varieté
sowie im Sepa- und Kaba-reee
jetzt sich mit Landwirtschaft befassen.

Aus diesem und noch einem anderen Grunde
wird selbstverständlich geflaggt, — und zwar
nicht etwa die Fahne der Weimarer Hunde,
sondern die Fahne vom Agrarierbunde!
Das is' doch klar! Nich' wahr!?

(Denn „hehr“ ist die Freude des Agrariertums —
bringt doch ihr einmütiger Sitzungsbums
den Patrioten die besten Beweise:
Wir schaffen die Zölle und höheren Preise!)

Darum geflaggt! (Zwar ist wegen Dortmund
zum Zeichen der Trauer über den Massentod
Halbmast befohlen!) Aber der Landbund
freut sich wie Fritzchen und flaggte ganz und
feste freiweg schwarz-weiß-rot!

Die Finanzskandale des Kaiserreichs

Von Robert Breuer

Die maßlosen Uebertreibungen und die sehr durchsichtigen Verallgemeinerungen, deren sich die Reaktion bemüht, um aus den Kreditunfällen der Preußischen Seehandlung einen moralischen Zusammenbruch der Sozialdemokratie zu frisieren, haben uns zu einem Abwehrmittel greifen lassen, das wir selbst verabscheuen, da es kein Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes aufdeckt. Die Verantwortung für diesen Gespensterreigen der Korruption im Kaiserreich fällt restlos auf unsere Gegner. Da sie aber Irrtümer und Mißgriffe einzelner Sozialdemokraten dazu ausbeuten, die Partei zu schänden, haben wir alle Bedenken zurückstellen müssen und den Genossen Heinig gebeten, aus der Fülle des vorhandenen Materials heraus das Buch zu schreiben, das wie eine Bombe in den künstlich aufgeblasenen Barmat-Rummel hineinfallen soll. Wir wissen sehr wohl, daß es fehlerhaft ist, das Kaiserreich restlos für die Finanzskandale, die unter seiner Geltung vor sich gingen, verantwortlich zu machen; aber das ist gewiß, daß alle diese Affären weit eher im System des imperialistischen Kapitalismus begründet sind, als solch innerer Zusammenhang für den Seehandlungskomplex und die Republik konstruiert zu werden vermag. Die Reaktion aber will, wenn sie Barmat sagt, die Republik treffen, und so und darum setzen wir auf einen Korsaren anderthalbe.

Den lügenhaften Stolz derer, die behaupten, daß das Kaiserreich die Reinheit, die Republik aber die Schande sei, wollen wir zerbrechen. Um zu zeigen, daß wir uns hierbei in aufgezwungener Abwehr befinden, sei nur auf eine der zahllosen tendenziösen Entstellungen, mit denen die Reaktion täglich gegen den Volksstaat anrennt, verwiesen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die doch immerhin ein gewisses Niveau zu wahren vorgibt, schrieb am 12. Februar: „Gelegentliche Skandalaffären hat es zu allen Zeiten und in allen Staaten gegeben. Wann aber wäre insbesondere in unserm Vaterlande jemals früher das denkbar gewesen, was jetzt aus den Schlammwinkeln der Korruption zutage tritt? Die Sozialdemokratie stand früher auf dem Sprunge, jede Korruptionsmücke zu einem Agitationselefanten zu machen — und wie mager ist ihre Ausbeute eines halben Jahrhunderts im Vergleich zu dem, was ein halbes Jahrzehnt sozialdemokratischer Vorherrschaft uns beschert hat! Diese wenigen Jahre sind zum Bersten angefüllt mit Skandalen, die in ihrer Gesamtheit das Dutzend- und Hundertfache von dem bedeuten, was ehemals genügt hätte, ein Regierungssystem in die Luft zu sprengen. . . . Für die Sozialdemokratie bedeutet der Barmat-Skandal einen doppelten Bankrott. Sie predigte den Haß gegen das produktive Kapital, um sich an dem Schieber- und Parasitenkapital zu mästen; sie redete von der Befreiung vom Kapitalismus und machte das Parlament zur Börse; der Klassenkampf wurde bei ihr zu einem Mittel, sich rasch zu bereichern; und die über die Not und das Elend der Massen klagten, schwelgten an Tafeln von Schiebern.“ Es verlohnt sich nicht, die groteske Verlogenheit dieser Auslassungen zu kennzeichnen. Wenn der Verleumder, der diese schamlosen Sätze schrieb, versuchen würde, mit nackten, bewiesenen Tatsachen und mit nüchternen Ziffern zu belegen, was er behauptet, würde die Lächerlichkeit seiner bössartigen Phantasie sehr schnell

offenbar werden. Wer halbwegs noch sachlich zu urteilen vermag, wird, wenn er unsere Abwehrschrift „Finanzskandale des Kaiserreichs“ gelesen hat, bedingungslos zugestehen müssen, daß, gemessen an den Skandalen der Gründerjahre, gemessen an Strousberg, an der Grundstücksspekulation, an den Verbrechen der Hypothekenbanken, an dem Zusammenbruch des Hofbankiers der Kaiserin, an den Machenschaften des Herrn v. Mirbach, an den Schiebungen der Kolonialkapitalisten und an dem Bankrott des Fürstenkonzerns (um nur einige Stichworte zu geben), das, was heute mit Barmat stigmatisiert wird, nicht mehr als eine Belanglosigkeit ist. Das Register der Herrschaften, die in diese Kette kaiserlicher Finanzskandale verflochten waren, zeigt die glorreichsten Namen; sie sind in unserm Buch gebührend erwähnt, und wir glauben nicht zu viel zu sagen, wenn wir annehmen, daß so mancher Sohn und Enkel dieser einstigen Schieber noch heute erblassen wird. Das Register umfaßt mehr als zweihundert Namen hervorragender und erlauchter Persönlichkeiten. Im Text aber wird nachgewiesen, wie ungefähr sich die eigenartige Tätigkeit dieser kaisertreuen Deutschen rentiert hat. Um die Neugier zu stacheln, vielleicht auch das Gewissen ein wenig zu peinigen, lüften wir von diesem Register wahrer Nationalhelden ein wenig den Schleier: Achenbach, Handelsminister; Achenborn, Vizeadmiral; Adickes, M. d. R.; Ambronn, Geh. Oberfinanzrat; Otto Ahrend, M. d. R.; v. Carlowitz, Staatsminister; v. Carnann, Berghauptmann; v. Carstenn, Chevalier, Kommerzienrat . . . Paasche, M. d. R.; Parrisius, Reichsgerichtsrat; Dr. Karl Peters; Graf v. Pfeil. . . Die Herren und ihre Nachkommenschaft werden sich für die Wiederbelebung dessen, was schon vergessen war, bei den Skandalregisseuren obiger Gattung bedanken können.

Damit niemand im unklaren darüber ist, wie vortrefflich der Gegenstoß dieses Buches über die Finanzskandale des Kaiserreichs sitzen wird, geben wir ein kleines Schauturnier, das, wie man nicht gut leugnen kann, einen ganz besonders aktuellen Reiz hat:

Der freikonservative Parteiführer v. Kardorff, der mit Bleichröder eine Reihe der blutigsten Gründungen* geschoben hatte, wurde ebenfalls einmal wegen seiner Industrieverdienste, die doch mit seiner parlamentarischen Tätigkeit kollidieren müßten, interpelliert. Er schrieb darauf: „Es dürfte ziemlich bekannt sein, daß ich mich an industriellen Unternehmungen nicht beteiligt habe, um Schätze zu sammeln, sondern lediglich, um mir zu ermöglichen, ohne Vermögensverluste meine parlamentarische Tätigkeit wahrzunehmen.“

Kardorff war also unter die Schieber gegangen, um Parlamentarier sein zu können, oder umgekehrt, er vermochte nur Parlamentarier zu sein, weil es ihm als Mitschieber gelang, sich ein Vermögen zu — erarbeiten.

Wie originell sich gerade bei Herrn v. Kardorff die Politik und das Geschäft mischte, zeigte sich bei seinem berühmt gewordenen Ansturm auf die Preußische Seehandlung. Die Preußische Seehandlung arbeitete weniger mit Bleichröder, dafür aber um so mehr mit der Disconto-Gesellschaft. Der Finanzminister Camphausen war Präsident der Seehandlung gewesen. Kardorff betonte in seiner parlamentarischen Attacke auf Camphausen, daß zu der großen Gründungswut der Schwindeljahre hauptsächlich die Preußische Seehandlung mit beigetragen habe.

Tatsächlich hat die Preußische Seehandlung sich auch bei den fragwürdigsten Gründungen und Emissionen nicht ausgeschlossen. Der

Disconto-Gesellschaft hat sie ohne Deckung erhebliche Kredite gegeben, und bei der Beladung des Reichsinvalidenfonds mit den so kritischen Eisenbahn-Prioritäten hatte sie reichlich mitgeholfen, eigene faule Papiere loszuwerden. Im ganzen Preußischen Abgeordnetenhaus verteidigte niemand die Preußische Seehandlung. Nicht einmal der Minister! Der brave Camphausen beruhigte die Gemüter dadurch, daß er der Seehandlung die Existenzberechtigung absprach. Er meinte: „Die Seehandlung ist eine der Eigentümlichkeiten des preußischen Staatswesens, und wenn mir die Aufgabe gestellt würde, diese Eigentümlichkeit rein aus philosophischen Gründen begründen zu sollen, wenn mir die Pflicht auferlegt würde, die absolute Notwendigkeit nachzuweisen, daß der Staat ein solches Institut haben müsse, dann würde ich vor dieser Aufgabe zurückschrecken.“ Damit war dann die Seehandlungsaffäre erledigt. Man hatte sich wohl auch hier gegenseitig zu viel vorzuwerfen, als daß das Bedürfnis bestanden hätte, der Sache auf den Grund zu gehen.

Wir glauben, daß der Genosse Heinig mit diesem Buch eine gute Klinge geschlagen hat, und es ist nun nur noch unsere Sorge, daß das deutsche Volk, und im besondern die blinde Gefolgschaft der Reaktion, auch erfährt, was es mit der untadeligen Reinheit der Finanz und des Kapitalismus im Kaiserreich auf sich hatte. Wir wollen in dieser Beziehung alles tun, was irgend zweckmäßig ist. Die Hauptsache wird sein, diese Geschichtsdokumente auch an die Leser der nationalistischen Presse heranzubringen. Wir haben hierfür mancherlei Plan. Wenn „Lokal-Anzeiger“, „Deutsche Tageszeitung“ usw. aber Lust haben und vielleicht gar Mut besitzen, so stellen wir ihnen gern anheim, was auch immer ihnen beliebt mag, aus den „Finanzskandalen des Kaiserreichs“ — sofern sie den Zusammenhang nicht absichtsvoll zerreißen und den Text fälschen — abzudrucken.

Griechenland und die Türkei

Von Albin Michel

Die Enthusiasten, die wegen der Ausweisung des Patriarchen einen Krieg zwischen Griechenland und der Türkei prophezeiten, haben unrecht behalten. Gewiß, die rasch aufgeregten Griechen und die Mehrheit der beschäftigungslosen Offiziere in Athen sind gewiß in der ersten Aufwallung für einen Krieg mit der Türkei gewesen, aber dieser Kampfesmut wird sich bald abkühlen; denn Griechenland ist einfach zum Kriegführen nicht in der Lage. Seine Finanzen sind so heruntergewirtschaftet, daß höchstens Analphabeten und Leute, denen die Volkswirtschaft ein Buch mit sieben Siegeln ist, an einen Krieg denken können. Weiter dürfte die Kriegsbegeisterung der Athener Offiziere und Straßenpolitiker draußen bei den griechischen Bauern nur ein sehr schwaches Echo gefunden haben. Die näheren Umstände, unter denen der ökumenische Patriarch ausgewiesen worden ist, sind durch die Tagespresse bekannt geworden, es bleibt nur festzustellen, daß diese Abschiebung auf einem Entscheid beruht, der von der sogenannten gemischten Kommission gefällt worden ist. Diese gemischte Kommission aber ist gleichmäßig zusammengesetzt aus Griechen, Türken und Neutralen.

Die neue Affäre ist wiederum ein Beweis dafür, daß auch heute in Griechenland die Kreuzzugsromantik noch lebendig ist, daß trotz der Niederlage in Kleinasien im Jahre 1922 der Traum von der Erneuerung des byzantinischen Reiches noch in den Köpfen spukt. Wie sich der Schwager des Phantasten von Doorn, der Phantast König Konstantin von Griechenland, als Richard Löwenherz, als Anführer eines Kreuzzuges fühlte, so glaubte bis vor wenigen Jahren die große Mehrheit der Griechen, daß ihr Land dazu ausersehen sei, bis weit hinüber nach Kleinasien auszugreifen, dort den Grundstein legen zu können für ein Groß-Griechenland, das alle „unerlösten“ Griechensöhne umfaßt. Namentlich Venizelos hat zum Aufkommen dieses Panhellenismus mit seinen Großmachtaspirationen, der so wenig mit der wirtschaftlichen Kraft Griechenlands übereinstimmte, sehr viel beigetragen. Konnten die Griechen vorläufig noch nicht selbst in Konstantinopel herrschen, so sahen sie dafür mit großem Stolz auf den Patriarchen, der stets mehr sein wollte als ein einfacher Gottesmann, der einen großen Hof hielt und im türkischen Reiche als das letzte Ueberbleibsel aus der pomphaften Zeit des Byzantinertums gelten konnte. Aber die Türken, die das Kalifat abgeschafft haben, wollen auch der griechisch-orthodoxen Kirche kein Oberhaupt lassen, das sich im eigenen Lande der Türken politische Macht anmaßt und mehr Monarch als Diener Gottes sein will. Der jetzige Streit, der im Prinzip nur ein Streit um die Person des derzeitigen Patriarchen ist, wird sich sicher noch öfter wiederholen, wenn spätere Patriarchen nicht darauf verzichten, in der Türkei politische Macht ausüben zu wollen.

Der Traum von einem Groß-Griechenland bis nach Asien hinüber dürfte schon deshalb ausgeträumt sein, weil nach dem Vertrag von Lausanne zwischen der Türkei und Griechenland eine große Bevölkerungsverschiebung vorgenommen werden muß, die nun schon im dritten Jahre im Gange ist. Abgesehen von Ostthrazien und Konstantinopel, wo die Griechen, die vor dem Weltkrieg eingewandert sind, wohnen bleiben können, werden alle Griechen aus der Türkei nach Griechenland überführt, ebenso wie die Türken in Griechenland zur Auswanderung nach der Türkei gezwungen werden. Diese große planmäßige Völkerwanderung umfaßt weit über eine Million Griechen und gegen 300 000 Türken. Namentlich Griechenland ist durch diese riesige Bevölkerungsverschiebung vor große Aufgaben gestellt; denn für diese Hunderttausende, meistens mittellosen Zuwanderer, gilt es Wohnstätten und Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Die Gelder aus Nordamerika, die zu diesem Zweck gegeben werden, reichen lange nicht zu, um das Elend der Einwanderer zu mildern und um ihnen ein Unterkommen zu verschaffen. Haben diese Griechen erst alle den türkischen Boden verlassen, so kann natürlich auch von einem Griechenland jenseits in Asien keine Rede mehr sein.

Aber auch die Türkei ist kaum imstande, einen Krieg zu führen. Die nationalistische Hochstimmung, die sich in der Türkei schon seit Jahren beobachten läßt, ist nur in den oberen Kreisen heimisch und ist auch nicht anders zu bewerten als eine Kulisse, hinter der unendlich viel Elend und wirtschaftlicher Niedergang steckt. Die Außenbezirke, die verhältnismäßig wenig unter den Kriegen gelitten haben, an denen die Türkei beteiligt war, sind verloren gegangen, Anatolien jedoch, das den Türken geliebt ist, wurde ausgepowert und menschenleer, vor allem leer an kräftigen Männern gemacht. Der Bauer aus Anatolien hat die

großen Kriegslasten der Türkei seit dem Jahre 1912 fast allein auf seine Schultern nehmen müssen, und diese Lasten waren so schwer, daß heute Anatolien der Erschöpfung nahe ist. Vom Standpunkt der türkischen Nationalisten aus betrachtet, mag der Gedanke, die Griechen loszuwerden, sehr glücklich erscheinen, aber die Griechen in der Türkei waren ein sehr lebendiges Völkchen, sie waren Handwerker, Bauern, sie trieben Handel und Gewerbe und hatten im türkischen Wirtschaftsleben eine große Bedeutung. Nun fehlen sie, und das macht sich überall bemerkbar in einem Mangel an Arbeitskräften. Die Türkei, die schon menschenleer geworden ist, verliert von neuem große Scharen von Menschen. Im Hafen von Konstantinopel wird der Verkehr immer geringer, zu Tausenden verfallen dort die Häuser. Die neue Hauptstadt Angora wird in den nächsten Jahren nach Art einer europäischen Großstadt aufgebaut, aber in der Landwirtschaft Anatoliens geschieht recht wenig, um höhere Erträgnisse herauszuwirtschaften. Es fehlt an Arbeitskräften, an Zugtieren und an Einrichtungen, die den alten Schlendrian in der Bodenbebauung beenden könnten. Der in den letzten Jahren von unseren Nationalisten so bewunderte türkische Uebernationalismus ist nichts weiter als eine glänzende Fassade, hinter der viel wirtschaftliches Elend verborgen ist, und deshalb werden auch die Türken kaum so stark auf einen neuen Krieg versessen sein.

Junge Bühne

Von Arthur Eloesser

Ein guter Freund von mir, der zu leben wußte und darum früh sterben mußte, pflegte zu sagen: man muß auch mit negativen Resultaten zufrieden sein. Diese Bemerkung fiel meistens, wenn wir das Theater verlassen hatten und uns schon beim ersten Glas Bier darüber einig fanden, daß zu weiteren Bemerkungen keine Veranlassung war. Das Theater ist besonders reich an negativen Resultaten; das liegt in seiner Einrichtung begründet, besonders aber in der zentralen Lage, die ihm von unserem öffentlichen Leben eingeräumt wird. Das Theater liegt inmitten einer Erwartung, die niemals enttäuscht sein will, und es wird schon in Schwung gehalten durch seine vielfältigen und kostbaren Mittel, die nicht ruhen dürfen. Die Zuschauer wollen schauen, wenn auch nicht zahlen, die Schauspieler wollen spielen, die Regisseure wollen inszenieren, die Kritiker wollen entdecken. Das ist immer wie vor Palmsonntag; gleich wird der neue Messias einziehen. Gibt es noch verkannte Genies, trotz der Industrialisierung unserer Theater? Es wird ihnen mindestens sehr schwer gemacht, sich noch verkennen zu lassen, und wenn die Unternehmer, die unsere Bühnen angeblich leiten, den Mut zu einem Experiment nicht aufbringen, so tritt eine Versuchsbühne ein, wie sie gerade heißen mag, und beruft die Gemeinde der Adventisten zu einem Sonntagvormittag, zu einer Stunde der Andacht, die der Theaterkassierer als unkalkuliert gern frei gibt. Es muß gleich bemerkt werden, daß ein wackeres Unternehmen wie die „Junge Bühne“ durchaus das Recht hat, uns auch mit negativen Resultaten zu interessieren. Wenn sie auch das Recht zu irren hat — der Irrtum gehört zu den produktiven Bedingungen des Theaters — sie zeigt mindestens, was nicht da ist, und

versetzt uns wieder in den angenehmen Zustand gläubiger Erwartung zurück, bis zum nächsten Mal. Diesen messianischen Zug möchte ich an unserem Theaterwesen nicht missen, das noch an jedem Grabe die Hoffnung aufgepflanzt hat, und das sich durch dieses Vertrauen immer wieder verjüngt. Die Hoffnung, die Gutwilligkeit, das sich immer wieder Einlassen wird hier zur Pflicht, aber wir wollen auch keine Kinder sein und uns keine Erfüllung vortäuschen, nur weil alle die großen und so öffentlichen und so sensationellen Mittel des Theaters bis zur Premiere und bis zur sofortigen lauten Antwort der Öffentlichkeit aufgeboden worden sind.

Die geistige oder die künstlerische Substanz, die Carl Zuckmayer in seinem neuen Drama *Pankraz erwacht* oder *Die Hinterwäldler* angelegt hat, würde wahrscheinlich nicht zu der geringsten Diskussion Anlaß geben, wenn sie in eine Erzählung oder sonstwie in irgendein Druckwerk hineingesteckt worden wäre. Aber ich kenne Dramatiker, die durch nichts als durch ein halbes Dutzend unterschiedener Durchfälle zu einer gediegenen Berühmtheit gelangt sind, und die obendrein wegen ihrer Mißerfolge die höhere Weihe des „Literarischen“ erlangt haben. Denn, wenn ihre Werke der Menge nicht gefallen, so müssen sie den einzelnen, die ihre Bewunderung nicht zu teilen brauchen, um so kostbarer sein, und wenn diese einzelnen nur ihre Entdecker sein sollten, die sich als die echten Propheten erwiesen haben. Der junge Carl Zuckmayer hat nun den zweiten Durchfall hinter sich, hat also seinen Namen schon ziemlich unverlöschar in die Theatergeschichte eingeschrieben. Das erste Mal war es der „Kreuzweg“, ein symbolisches Märchen, dem sich das Staatstheater widmete. Ich lade die Bewunderer von damals ein, mir anzuvertrauen, was sie an jenem Abend gesehen haben; sie werden es nicht können, sie werden sich darauf berufen müssen, daß das Ding ein Märchen und sehr symbolisch, daß sein Sinn also dem Verstand der Verständigen entrückt war. Dieser *Pankraz* hat mehr Realität. Die Figuren bedeuten nicht nur, es werden ihnen auch Funktionen nachgesagt, die es im bürgerlichen Leben gibt, oder Eigenschaften, die auch in der Wirklichkeit zur Unterscheidung dienen. Während sich die Figuren des Märchenstücks nur dadurch kennzeichneten, daß ihnen der Regisseur blaue oder grüne Kutten anzog, begrüßen wir in diesem „Stück aus dem fernen Westen“ etwa einen Indianer und einen Nigger. Der eine ist rot, der andere ist schwarz, wohlverstanden von Natur und in Anbetracht der Verschiedenheit der Rassen. Der Expressionismus lenkt zum Naturalismus zurück, wenn auch seine Anhänger, die mit ihm nicht leben konnten, die mit ihm nicht sterben wollten, diese Tatsache nur mit einigen Vorbehalten und etwas verschämt zugeben. Um dem Theaterzettel zu folgen, *Pankraz* ist ein Ansiedler, der sich früher als Seeräuber bewährt, *Banke* ist ein Waldläufer, der aus seiner deutschen Abstammung sich eine schwärmerische und alkoholische Seele bewahrt hat; der *Postreiter* war früher Graf und Lebeamann, und der *Kaplan*, der zum Schluß per Lynchgericht gehängt wird, war durch und durch ein Schurke. Wenn er auch *Pankrazens* jüngere Tochter nicht im Holzstall ermordet hat — das tat der Alte selbst, weil er sie liebte, so hat er doch den jungen Indianer ermordet, den sie neben dem Alten liebte, und er hat außerdem genug gestohlen, um den Strick zu verdienen, da die Kugel für ihn zu teuer ist. Das

Stück ist sehr wildwestlich, wie man sieht, hat doch der rote Mann, den ich Chingaiugook nennen möchte, an dem alten Waldläufer Florymont einen Freund, der durchaus den Ehrennamen „Lederstrumpf“ verdient. Von der Galerie wurde Karl May gerufen, die Jugend da oben ist ja mit ihm aufgewachsen, während ich als behaglicher älterer Herr auf bequemem Parkettplatz sehnsüchtig Cooper seufzte.

Wir wollen um die Seele von Zuckmayer nicht streiten. Es war wohl zu einem Teil Cooper und zum anderen Karl May, wenn wir uns vorstellen können, daß dieser Freund der Jugend seine verwegene Erfindung mehr an erotischen als an wirklichen Waffengängen ausgelassen hat. Ich habe schon gesagt, daß der alte Pankraz, ein Ansiedler, früher Seeräuber, mit seiner jüngeren Tochter ein blutschänderisches Verhältnis unterhält, das aber ihrerseits noch ein anderes zu Teton Osage, dem Letzten der Sioux, zuläßt. Ich habe noch nicht gesagt, daß der alte Pankraz auch seine ältere Tochter Judith blutschänderisch begehrt, die wiederum von dem Deutschen und von dem Grafen umworben wird. Von dem Deutschen mit dem alkoholisch irrenden Gemüt und dem Grafen mit dem abgebrühten, immer noch eleganten Zynismus, kurz, mit einer etwas Sudermanschen Haltung. Denn, meine Freude, es läßt sich ja doch nicht länger verheimlichen, ob Brecht, ob Bronnen, ob Zuckmayer, unsere vom Expressionismus zum Naturalismus hinüberwechselnde Jugend kommt nicht auf Gerhart Hauptmann hinaus, sondern sie hat sich den Bart umgehängt, den Sudermann selbst nicht mehr trägt. Dazu das Monokel des gewalttätigen Casimir Edschmid, wenn sie globetrottelnd Verbrechen und Laster bei den guten Hinterwäldlern sucht. Ein Stück erzählen heißt ein Stück kritisieren, sagte der immerhin sehr theaterkundige alte Succey. Ich bin mir bewußt, die Tragödie von Zuckmayer aus dem wildwestlichen Atridenbann nur sehr mangelhaft erzählt zu haben, unzulänglich schon deshalb, weil ich immer noch nicht verstehe, wovon und wozu der alte Pankraz erwacht. Nach Umbringung der jüngeren Tochter sitzt er im letzten Bilde etwas erschöpft aber doch friedlich mit der älteren zusammen, die er auch begehrt, die ihm aber über ist und sich von ihm nicht umbringen lassen wird in dem einsam gewordenen Blockhaus, durch das soviel männliche Bestialität gestampft hat. Doch wir wollen uns eine Fortsetzung in weiteren Bildern nicht ausdenken. Unsere jungen Dichter sollten überhaupt aufhören, in Bildern zu dichten, die mit Hilfe der Regie und besonders der Beleuchtung ein Ungefähr vortäuschen, ein Unbestimmtes und Ungekonntes trügerisch verschleiern. Unsere jungen Dichter, da sie nun einmal auf dem Wege zu Sudermann, nicht zu Hauptmann, nicht zu Büchner sind, sollten einmal Akte zu schreiben versuchen, wenn sie sich in die hohe Schule der Dramatik überhaupt noch hinein wagen. Dann wird der stets bereite Vorhang nicht mehr mit stimmungsvollem Herniederrauschen die tiefen Geheimnisse decken, die nicht da sind. Und ferner sollen sie im Lande bleiben und sich redlich nähren, statt den schönen Hinterwald menschlicher Laster und Verbrechen im wilden Westen so hoch aufzubauen. Pankraz begehrt gar keine Verbrechen, es gibt gar keinen Pankraz. Aber Müller tut es. Nun sagt mal Müller und wartet, ob ihr selbst bei euren Gläubigen noch Glauben findet!

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Die Umwälzung der Ruhrindustrie im Lichte der Reichsentschädigungen

Die kolossalen Verschiebungen in der Struktur der rheinisch-westfälischen Industrie sind in dem stattgefundenen Umfange nur mit Hilfe der reichlich zugeflossenen Reichsgelder möglich gewesen. Die einzigartige Konzentration des Kapitals, der Aufbau der vertikalen Industriekonzerne usw. hätte ohne diese Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln nicht erfolgen können. Der ungeheure Einfluß der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie auf die maßgebenden politischen Stellen, die in der Vorkriegszeit eine Selbstverständlichkeit war, ist auch in der Nachkriegszeit lebendig geblieben.

Trotz der republikanischen Staatsverfassung und des freiesten Wahlrechts der Welt waren die Herren der schweren Industrie nach wie vor tonangebend. Leichter hätten sie ihre Wünsche auch in der Monarchie nicht durchsetzen können. Ein Gesetz, das gegen ihren überragenden Einfluß gerichtet war, ist während des Bestehens der Republik weder gemacht noch beschlossen worden. Daß sich dieser politische Einfluß auch finanziell ausgewirkt hat, ist selbstverständlich. Keine Berufs- oder Bevölkerungsschicht ist in der Abfertigung der Entschädigungsansprüche so schnell und so reichlich bedient worden als die rheinisch-westfälische Industrie. So war es im Krieg, und in der Nachkriegszeit ist es nicht anders geworden.

Begonnen hat diese Entwicklung der Expansion im Kriege, wo die Kriegsgewinne nach Anlage suchten. Die rheinisch-westfälische Industrie hat sich im Kriege nicht nur durch Vergrößerung ihrer Anlagen ausgedehnt, sondern auch andere Betriebe und Unternehmungen hinzu erworben. Charakteristisch in dieser Beziehung war die Expansion des Konzernkönigs Stinnes. Stinnes erwarb in der zweiten Hälfte des Krieges Werke im Sauerland und unternahm den Vorstoß nach der Wasserkante. Hier legte er durch Gründung der „Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel“ in Hamburg den Grundstock zu seiner Schiffahrtsmacht. Export- und Importgesellschaften der mannigfaltigsten Art schlossen sich dem an. Ohne die in Massen hereinströmenden Reichsmittel wäre eine solche Expansion unmöglich gewesen.

Als der Krieg zu Ende war und die südwestlichen Werke an Frankreich und Luxemburg abgetreten werden mußten, verstand man es, Entschädigungsansprüche bei der Revolutionsregierung zur Anerkennung zu bringen. Mit dem damaligen Reichsfinanzminister Erzberger wurden Verträge geschlossen, die weitgehende Entschädigungen für die abgetretenen Werke vorsahen. Ein weiterer Vorteil wurde noch dadurch erzielt, daß die abgemachten Summen sofort ausgezahlt wurden, wohingegen andere Ansprüche auf die lange Bank geschoben und erst nach Wochen, Monaten oder Jahren erledigt wurden. Mit den so erhaltenen Millionen wurden die verlorengegangenen Besitzungen im Innern Deutschlands ergänzt. Die Basis war geschaffen, die später so weitausgreifenden Industriekonzerne aufzubauen.

An die Millionen und Milliarden Goldmark, die die Reichsbank unter der glorreichen Leitung Havensteins an die Schwerindustrie verschenkte, brauchen wir nur zu erinnern. Wiederum dienten sie in größeren Ausmaßen dazu, Angliederungen anderer Werke vorzunehmen. Mit ihnen konsolidierten die Stinnes, Wolff, Klöckner, Michael und all die andern ihre industriellen Königreiche. Aus den laufenden Mitteln diese Erwerbungen vorzunehmen, wäre ganz ausgeschlossen gewesen. Es war die Substanz des Volkes, welche durch die famosen Dreimonatsakzente Havensteins der schweren Industrie ausgeliefert wurde. Das Volk verarmte, und jene wurden reich und mächtig.

Dieser Skandal, öffentliche Substanzmittel relativ wenigen Personen in den Hals zu werfen, hat bekanntlich während des Ruhrkampfes besonders zugenommen. Die Entwertung der Mark in so gewaltigen Sprüngen war zur Ausplünderung der Reichsbank besonders geeignet. Daneben entstanden die Ruhrhilfskassen, die Stahl- und Bergbaukassen, lauter Quellen, die langanhaltend und ergiebig sprudelten. Von den Lohnsicherungsgeldern erst gar nicht zu reden. Stundungen von Körperschafts- und sonstigen Steuern, die die Ruhrindustrie entweder gar nicht oder mit ganz geringen Beträgen später abdeckte, schlossen sich dem an. So reihte sich Glied an Glied, eine zusammenhängende, nicht endenwollende Kette von Unterstützungen und Entschädigungen der reichen und schweren Industrie.

Den Schluß dieses Kapitels bildete die vor einigen Wochen erfolgte Goldmarkentschädigung in Höhe von 700 Millionen für angebliche Verluste aus dem Ruhrkampf, die die westliche Großindustrie erlitten haben soll. Dies dürfte hinreichend bekannt sein, so daß ein näheres Eingehen hierauf sich erübrigt.

Festzuhalten bei alledem ist, daß die schwere Industrie die gewaltigen Mittel, die sie vielfach ohne geringe Gegenleistungen aus öffentlicher Hand entgegennehmen konnte, zu Angliederungen benutzte. Die deutsche Industrie wurde organisatorisch vollständig umgewandelt. Die Fertigindustrie geriet im weitesten Maße in Abhängigkeit von den rohstoffzeugenden Werken. Die Ruhrindustrie vervollständigte ihre Macht durch das Mittel der Industriekonzerne. Doch nicht nur die weiterverarbeitende Eisenindustrie, sondern auch andere Werke gerieten unter deren Abhängigkeit. In die Gebiete des Handels, des Transport- und Versicherungswesens nahm sie ihren Einzug. Einen der feinsten und wohldurchdachtesten Eroberungszüge unternahm die schwere Industrie in das Reich der Presse. Der Proteststurm, der ob dieser offensichtlichen Bevorzugung der schweren Industrie durch die Regierung letzthin allenthalben zu vernehmen war, würde noch viel stärker gewirkt haben, wenn nicht die große Presse unter die Botmäßigkeit der Großindustrie geraten wäre. (Nach den Worten Georg Bernhards soll sie diese zu 85 Proz. beherrschen.) Diese Preßorgane waren natürlich mit allen Mitteln bemüht, ihre Leser im dunkeln zu halten. Die Zeitungskonzerne um Hugenberg und Stinnes bilden im öffentlichen Leben Deutschlands eine gewaltige Macht, die durch nichts übertroffen wird.

Auf Gassen und Märkten schreit man über Korruption. Die verschleierte Korruption, die darin liegt, daß eine kleine Schicht von Unternehmern einen ungeheuren Einfluß sowohl auf die Legislative als auf die

Exekutive des Staates gewinnt und diesen Einfluß rücksichtslos Jahre hindurch für sich auszunutzen versteht, wird von all diesen Splitterrichtern nicht erwähnt. Mit den Mitteln, welche die Republik bewilligte, und durch die obige Umstellung der Industrie bewerkstelligt wurde, zog sie sich ihre eigenen Todfeinde selbst groß. Möge dies eine Lehre für die Arbeiter- und Angestelltenschaft sein, sich den nötigen politischen Einfluß zu sichern und in den Gewerkschaften die wirtschaftlichen Machtfaktoren zur Eindämmung der Herrschaftsgelüste zu schaffen.

Mercur

RANDBEMERKUNGEN

Kleine Wahrheiten

Die 1000 Lügen des „Lokal-Anzeiger“

Es ist unbedingt notwendig, daß die gutgläubige Leserschaft der schwarzweißbrotten Presse über die Lügenmethode dieser Blätter aufgeklärt wird. Was wir an dieser Stelle tun, sind nur Vorübungen auf den Tag, da wir das Material, säuberlich gruppiert und sezziert, auf den Frühstückstisch der Leser des „Lokal-Anzeiger“ und seiner Sippe legen werden.

Die charakteristische Wochenlüge ist diese:

Das Verfahren gegen Richter

Eberts Vernehmung wahrscheinlich

Die Absicht dieser Ueberschrift ist deutlich. Der Reichspräsident soll für den harmlosen Leser in das Verfahren gegen Richter eingeknüpft werden. Die Ausführungen, die der „Lokal-Anzeiger“ unter der oben wiedergegebenen Doppelüberschrift folgen läßt, schließen:

„Ein Disziplinarverfahren (gegen Richter) würde gegebenenfalls also erst dann eingeleitet werden, wenn jene Instanzen zu feststehenden Ergebnissen gekommen sind.“

Auch die Vernehmung des Reichspräsidenten, die durch den Barmat-Untersuchungsausschuß des Reichstags ins Auge gefaßt worden ist, soll erst dann erfolgen, wenn die andern Zeugen . . .“ Zwei vollkommen voneinander getrennte Vorgänge werden durch ein absichtsvolles „auch“ aneinander gekoppelt. Eine Perfidie, um so erbärmlicher,

als dabei verschwiegen wird, daß die Vernehmung des Reichspräsidenten von einem sozialdemokratischen Mitglied des Barmat-Untersuchungsausschusses des Reichstags gefordert ist.

Das typische Beispiel für die Verlogenheit des „Lokal-Anzeiger“. Selbst seine Jubelabonnenten werden weder so dumm, noch so unsittlich sein, das Verfahren nicht zu durchschauen, wenn man es ihnen erläutert.

*

Ein anderes, nicht weniger erbärmliches Wochenexemplar nationalistischer Zeitungslüge war die Fälschung eines angeblichen Zitates aus dem führenden holländischen Blatt „Nieuwe Rotterdamsche Courant“. In diesem Zitat wurde nicht weniger behauptet, als daß nunmehr erwiesen sei, wie der Versailler Vertrag durch Bestechung der deutschen Unterhändler zustande gekommen wäre. Am Schluß der Notiz wurde von dem Riesenvermögen gewesener deutscher Regierungsleiter und verantwortlicher Minister gesprochen. Das ganze Zitat war eine Fälschung. Sie ist durch die gesamte sogenannte nationale Presse gegangen. Die Feststellung der Fälschung, die selbstverständlich sofort durch den Vertreter des holländischen Blattes erfolgte, ist ebenso selbstverständlich den Lesern dieser sogenannten nationalen Presse unterschlagen worden.

*

Der „Lokal-Anzeiger“ tanzt schwarzweißbrotten Cancan ob seines

Sieges über Richter. Er, so frohlockt der „Lokal-Anzeiger“, habe zuerst das Material veröffentlicht, wie er auch dies und jenes zuerst habe bekannt geben können. Solch Primat ist zuzugeben. Zu fragen aber bleibt, warum die Staatsanwaltschaft der Republik sich für Veröffentlichungen, deren Rechtscharakter zum mindesten fragwürdig erscheint, ausgerechnet eines der schmutzigsten der schwarzweißroten Papiere bedient. Die Staatsanwaltschaft wird von dem Anspruch auf Unabsetzbarkeit, wie er bedauerlicher Weise den Richtern noch immer zusteht, nicht geschützt.

Robert Breuer

Eine neue Tanzdichtung

Mary Wigmans Tanzmärchen im Theater am Nollendorfplatz

Mary Wigmans starke Phantasie versagt, wo sie konkrete Dinge und wenn sie sie in poetischer Form darstellen will. Solange sie ihre Gestaltungskraft Trieben und Träumen — nicht individuellen Träumen, sondern Träumen der Menschheitsgeschichte — dienstbar machte, solange sie also gerade das Faßbare menschlicher Erlebnisse und Erfahrungen groß und dichterisch sah, fand sie auch die Tanzform dafür. Als sie sich Mittänzerinnen heranzog, mußte sie erkennen, daß sie selbst eine Einzelerscheinung blieb. Sie, die militant ist als Weiß, Amazone und über den Altersstufen, hat die engeren, kleineren Formate ihrer Schülerinnen nicht überspannen dürfen. Sie wollte ihnen die seelische Höhenlage des Tanzmärchens anpassen, und verlor die Abschätzung für die Distanzen. Das Tanzmärchen ist an vielen Stellen eine zeremoniöse Banalität.

Gewiß, wenn die Wigman Mädchen als Blumen in die Szene stellt, sie schlafen, erwecken, tanzen, lieben, von Geistern stören, trennen, und sich doch endlich wieder glücklich finden läßt, so entsteht immer noch etwas ganz anderes, als wenn

ein landläufiges Ballett mit denselben Vokabeln dichtet. Schon deshalb, weil im Tanz der jungen Körper ein melodischer Fluß, eine mädchenhafte, lyrische Gelöstheit und erotische Süße aufblüht, die nur der beseelte und gefühlsthroughströmte Tänzer hat. Um so stärker empfindet man den Mangel an Phantasie in den Vorgängen, die Divergenz zwischen der allgemeinen geistigen Haltung und den Nichtigkeiten, die in dieser Haltung verrichtet werden. Selbst dem Auftritt der Wigman als Zauberin fehlt die Eindeutigkeit der Inspiration.

Aber sie kann ihre Natur, die persönliche Färbung ihres Temperamentes nicht völlig verleugnen. Mitten in die verzärtelte Feerie gehen die Wigmanschen Passagen jämonisch rasender, jäh abbrechender, bis an die Grenzen des Ertragbaren gesteigerter Gongwirbel auf. In diesen Szenen entfesselt sie sich, gibt sie sich dem Atem frei. Sie sprengt das Zuckerwerkchen in die Luft, aber damit fliegt auch die Einheitlichkeit der Komposition auf.

Es scheint, daß der Wigman die Widerstände in der sie umgebenden Atmosphäre fehlen, um über sich und die Aufgaben ihrer Kunst Klarheit zu bekommen. Vielleicht ist es ein entscheidender Fehler, in einer Stadt zu leben, die zäh am Charakter der Residenz festhält, in Fragen der Entwicklung nicht den Impuls gibt, sondern sehr spät den Nachhall auffängt. (In Berlin wäre z. B. die Wahl dieses unpersönlichen, temperamentlosen Komponisten unverständlich.) Es hängt viel davon ab, woher der Wind den Samen zuträgt. Die Wigman hatte Form und Ausdrucksmittel des Sinnbild gebenden Tanzes. Je länger sie sich an Abgelebtes vergeudet, um so länger wird der „Tiller“-Tamel, die Lust am Mechanismus, an der Technik, den Sieg behalten. Aber man hört nicht auf, an die Wigman im Kampf um die Erneuerung zu glauben.

Else Kollner

B Ü C H E R S C H A U

Lothar Erdmann:

Die Gewerkschaften im Ruhrkrieg

Herausgegeben im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Verlagsgesellschaft des A. D. G. B.

Es ist ein merkwürdiges Gefühl, diese Schrift in dem Augenblick lesen zu müssen, wo die Öffentlichkeit von Protesten ob des Dreiviertel-Milliardengeschenks an die Ruhrindustrie widerhallt. Man blättert Seite um Seite in diesem Buche, um das historische Schauspiel zu erleben, daß die organisierte Arbeiterschaft, ohne auf Not und Entbehrungen, Ausweisungen und Gefängnisstrafen zu achten, den Kampf mit einer starken Militärgewalt aufnimmt. Zu derselben Zeit, wo wir dieses historische Drama noch einmal im Geiste über die Bühne der Weltgeschichte ziehen sehen, erfährt die Mitwelt, daß die Unternehmer, deren Interesse am Ausgang des Ruhrkampfes keineswegs geringer sein durfte, bei alledem ein glänzendes Geschäft machten. Daß ihnen eine fürsorgliche Regierung „Stahl- und Bergbaukassen“, Lohnsicherungsgelder, „Hilfskassen für gewerbliche Unternehmungen“ und vieles andere zur Verfügung stellte. Und um das Maß voll zu machen, erfolgt nach Jahresfrist eine Restzahlung von 715 Goldmillionen! Die Arbeiterschaft ging aus dem Ruhrkampf mit längerer Arbeitszeit und niedrigeren Löhnen heraus, die Unternehmer des Industriegebiets waren innerlich und äußerlich konsolidiert. Wahrlich eine kontrastierende Gegenüberstellung! Deshalb muß das Erdmannsche Buch heute geradezu aufreizend wirken.

Das Buch beginnt mit einer Schilderung: „Das Reparationsproblem von der Konferenz des internationalen Anleiheausschusses bis zur Besetzung des Ruhrgebiets.“ Eine Dokumentensammlung von unabsehbarer Fülle wird hier mit entspre-

chenden Erklärungen aneinandergereiht. Wir sehen, wie sich die Dinge zwischen dem französischen Imperialismus einerseits und der die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sabotierenden deutschen Großindustrie andererseits zuspitzen, bis sich die Heere Poincarés in Bewegung setzen. Die deutschen Regierungen der damaligen Zeit waren leider zu schwach, um entscheidend eingreifen und eine Wendung herbeiführen zu können.

Es folgen Schilderungen über die Bemühungen der internationalen Arbeiterorganisationen, um dem Uebel Einhalt zu gebieten. Mit einer gewissen Resignation wird hier von Erdmann festgestellt: „Indessen ‚Krieg dem Kriege‘ ist ein Wort, das sich leichter von einer Tribüne gelassen ausspricht, als es sich in den Tagen in die Tat umsetzen wird, in denen die Nationen in Angriff oder Abwehr miteinander ringen.“

In dem Kapitel „Angriff und Abwehr“, das den größten Teil des Buches umfaßt, rollt der Film des vielseitigen Kampfes an unserem geistigen Auge vorüber. Die Maßnahmen der Gewerkschaften werden hier im einzelnen geschildert, das Vorgehen der Besatzungsmächte besprochen. Vergeblich, wie nun einmal die Menschheit ist, scheint uns dies alles so fern, wo wir doch kaum diesem Elend entronnen sind. Eine fleißige Materialsammlung hat Erdmann hier zu vereinigen gewußt. Die so außerordentlich vielseitigen Probleme: Ruhrhilfe, Währungsstabilisierung, die uferlosen Preissteigerungen, der Notenaustausch der Regierungen und schließlich die Bemühungen zur Beilegung des Kampfes, erfahren eine eingehende Behandlung.

Der Ruhrkampf war einer der folgenschwersten Epochen der deutschen Arbeiterbewegung. Sie in allen Teilen festgehalten und der Nachwelt überliefert zu haben, ist das große Verdienst des Genossen

Erdmann. Ein flüssiger Stil macht den vielseitigen Stoff verdaulich und das Ganze leicht leserlich. Das Buch sollte von jedem, der dazu in der Lage ist, erworben werden. Wer gezwungen ist, Dokumente und authentisches Material, das mit dem Ruhrkampf in irgendeiner Beziehung steht, nachschlagen zu müssen, dem wird das Buch unentbehrlich sein. Ich wüßte nicht, wo gleiches Material in solcher Vielseitigkeit zu finden wäre. *Paul Ufermann*

Konzerne der Metallindustrie. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verlag von Alexander Schlicke & Co., Stuttgart 1924.

Das Buch verfolgt einen dreifachen Zweck: 1. Es will den Betriebsräten den Zusammenhang der Konzerne klarlegen. 2. Es will der Öffentlichkeit die Mächtigkeit der deutschen Industrie und ihre daraus resultierende Pflicht, zur Abtragung der Lasten beizutragen, zeigen. 3. Alle Forscher anregen, die lückenhafte Darstellung zu ergänzen.

Es ist kennzeichnend für die ernste, in gewerkschaftlichen Kreisen geleistete Arbeit, daß ein solches Werk von einer Gewerkschaft herausgegeben wird.

Zuerst werden die verschiedenen Begriffe — Kartelle, Syndikate, Konzerne, Trusts usw. definiert. Trust kommt von dem englischen Wort trust her, das soviel wie trauen, vertrauen bedeutet. Während das Kartell oder Syndikat seinen einzelnen Mitgliedern hinsichtlich Produktion usw. gewisse Schranken aufladet, ihnen Absatzgebiete vorschreibt, kennt ein Konzern derartige Grenzen nicht. Wie bedeutend schon der Einfluß der Großkonzerne in der Industrie ist, beweist die Tatsache, daß 50 Proz. der Kohlenbeteiligungsziffer auf Großkonzerne fallen. — Bei dem Horizontalkartell usw. ist ein bestimmtes Produkt (entweder Kohle oder Eisen) usw. kontrolliert, bei dem Vertikalunternehmen hingegen Kohle, Eisen, Stahlwerk und Maschinenfabrik vereinigt. Bei den

modernen Kartellen findet eine Entpersönlichung der Wirtschaft statt, an Stelle des Fachmannes tritt der Finanzmann. Hierdurch wird auch die Bedeutung der Beherrschung der Banken durch die Industrie erklärlich (inzwischen allerdings wieder beseitigt).

Die Gründe der Konzernbildung sind zu sehen in der Verschiebung der Landesgrenzen: Die finanziell stärkste deutsche Industrie, die sogenannte Schwerindustrie (Kohlen und Eisen) lag an den Grenzen des Landes, den Zugriffen der Feindstaaten ausgesetzt, deshalb ein Drang nach dem Innern des Landes: nach Berlin, Erwerb von Besitz in den innendeutschen Provinzen ohne Rücksicht auf die Art der Produktionsart (Stinnes — Zellulose). Ferner hatte der Verlust der Rohstoffbasis an Saar und Mosel zur Verfeinerungsindustrie hingewiesen, die beschränkten Absatzmöglichkeiten im Inneren zwingen zum Export und um den zu treiben, sind Verkaufsorganisationen im Auslande notwendig (S. 51). So entstanden die verschiedenen kleineren Konzernbildungen. Diesen politischen und organisatorischen Gründen gesellen sich noch zwei weitere zu, die vor allem die Größe der Konzernbildungen beeinflussen: 1. Die Inflationserscheinungen, bei denen man viererlei zu unterscheiden hat: 1. Die Reichsbankpolitik (gutes Geld verliehen, minderwertiges zurückhalten). 2. Die Steuerpolitik (Zahlung der Steuern mit wertlosem Gelde). 3. Die Lohnpolitik (Niedrighalten der Löhne, Zahlung derselben mit entwertetem Gelde). 4. Die Exportpolitik (Hereinschaffung wertbeständiger Devisen gegen Papiermark). Ferner war die Finanzierungspolitik ad 2 wichtig, die darauf hinausging, durch Ueberrumpelung der Kleinaktionäre mittels des Bezugsrechtes sich dominierenden Einfluß zu verschaffen. Die rechtliche und produktionstechnische Seite der Konzernbildung wird erläutert, die finanztechnischen Operationen geschildert. Nach diesen einleitenden Ausführungen werden die verschiedenen Konzernbil-

dungen — 22 an der Zahl — besprochen. An erster Stelle der Stinnes-Konzern und die AEG.

Beim Vergleich des Stinnes- und des AEG-Konzerns zeigt sich, daß Stinnes eine breitere Rohstoffbasis, die AEG dafür eine größere Verkaufsorganisation besitzt. Die verschiedenen Berührungspunkte, die die beiden Mammutkonzerne Stinnes — AEG zusammenführen, werden klar aufgeführt, ebenso die Brücken zu anderen, noch halb oder ganz selbständigen Unternehmungen und Konzernen.

Außer den beiden größten Konzerngebilden werden noch drei weitere Konzerngebilde betrachtet: Eine Gruppe unter dem Titel „Von der Kohle zur Maschine“ führt u. a. den Otto-Wolff-Konzern, Krupp, Haniel, Thyssen und Klöckner auf. Ferner werden mehrere „Handelskonzerne“ und „Unternehmergruppen“ eingehend besprochen.

In der Einleitung wird betont, daß mit den Untersuchungen keine politischen Ziele verfolgt werden, das ist zu begrüßen. Trotzdem eröffnen sich allerlei interessante Perspektiven, wenn man z. B. daran erinnert wird (S. 52), wie die Schwerindustrie im Kriege Stahl lieber ins Ausland lieferte als der deutschen Kriegsindustrie zur Verfügung stellte, wie ferner später Stinnes sich mit der französischen Rüstungsindustrie bei Uebnahme der Alpine Montan-Gesellschaft (S. 144)

zusammenfand, oder wie die russische Sowjet-Republik diesen großkapitalistischen Unternehmungen Betätigungsmöglichkeiten in ihrem Lande einräumt.

Dieselben Herren, die, rechtsgerichtet, von der Verarmung und Kapitalmangel der Industrie reden, haben für ihre abgegebenen Vorkriegsunternehmungen reichlich Entschädigung gefunden: In Deutschland durch Erwerb hunderter Mittel- und Kleinbetriebe — auf Kosten weitester Bestandteile des deutschen Volkes, und im Auslande durch die Ausbeutung der deutschen Arbeitskraft. Die im Auslande vorhandenen deutschen Gelder werden auf drei bis fünf Milliarden Goldmark geschätzt — Summen, über deren Höhe das Ausland auch unterrichtet ist.

Das dem Buche beigefügte Literaturverzeichnis ist zu knapp gehalten, eine Reihe bahnbrechender und auch benutzter Arbeiten blieben unerwähnt. In Verbindung mit den Ufermann-Hüglinschen Werken*) bildet das Buch eine der wertvollsten Bereicherungen der Literatur über die Nachkriegsentwicklung der deutschen Industrie — eine überaus fleißige, bahnbrechende Arbeit liegt vor, zu deren Gelingen man den Metallarbeiterverband nur beglückwünschen kann.

Papyrus

*) Ufermann und Hüglin, Die 2. Stinnes und seine Konzerne. Beide im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

Neu erscheint in den nächsten Tagen:

Der Fascismus in Italien

Von Hanns-Erich Kaminski

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

EIN
**POLITISCHES
LESEBUCH**
FÜR DIE
ARBEITERJUGEND

nennt das 8-Uhr-Abendblatt
das in unserem Verlage er-
schienene, offizielle Reden
und Erklärungen der

S · P · D

enthaltende Buch „Für Volk
und Vaterland“ von Philipp
Scheidemann — kartoniert
2,50 Mk. — und schreibt da-
zu, es sei ein Verdienst, daß
endlich aufgeräumt werde
mit der Legende
der

**VATERLANDSLOSEN
GESELLEN!**



VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT G. M. B. H.
BERLIN SW68

Soeben erscheint:

**DER
PROZESS
DES
REICHSPRÄSIDENTEN**

V O N K A R L B R A M M E R

206 Seiten, Halbleinen, Preis 4 Mark

*

Enthält neben dem
ausführlich. Prozeß-Bericht
den
**vollen Wortlaut der schrift-
lichen Urteils - Begründung**
und
unveröffentlichte Gutachten
von: Vizekanzler a. D. Fr. v. Payer
Reichsjustizminister a. D. Schiffer
Reichsjustizminister a. D. Radbruch
Universitäts - Prof. Dr. Sinzheimer

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. • Berlin SW 68

Die Glocke

BEGRÜNDET VON PARVUS

Inhalt:

<i>Eduard Bernstein: Erinnerung an Hjalmar Branting</i>	1549
<i>Rud. Breitscheid: Die Unterstützungspo- litik der französischen Sozialisten . . .</i>	1552
<i>Robert Leinert, M. d. A.: Die Haltung des Zentrums in der preußischen Regie- rungskrise</i>	1557
<i>Veit Valentin: Kulturkampfsünden</i>	1561
<i>Robert Breuer: Die Republik der Geusen</i>	1564
<i>Victor Schiff: Die Agenten der Reaktion</i>	1565
<i>Periskopos: Staat oder Schwerindustrie?</i>	1569
<i>Paul Ufermann: Der neue Reichtum der Ruhrindustrie</i>	1572
<i>Dr. Julian Marcuse: Der Fall Auer . . .</i>	1575
<i>A. Eloesser: Anatole France über Berlin</i>	1577
<i>Robert Breuer: Die tausend Lügen des „Lokal-Anzeiger“ Der Richter Deerberg f Stresemann hat lügen lassen f Nach Ihnen, meine Herren Mörder</i>	1579

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin NW 68

Lindenstr. 114



Preis 30 Pfennig

DIE FINANZ-SKANDALE DES KAISERREICHS

VON KURT HEINIG

5 BOGEN, IN HALBLEINEN GEBUNDEN 2.50 MARK

Wir haben die Herausforderung angenommen!

Es war kein Vergnügen, in die Atmosphäre der berüchtigten Schieber- und Gründerzeit der Vorkriegszeit hinabzusteigen. Aber es blieb nichts übrig.

Hier ist das Ergebnis:

Als Gründer, Aufsichtsräte, Unternehmer oder Großaktionäre, die an Schwindelfirmen der Kaiserzeit beteiligt waren, präsentieren wir:

18 Herzöge, Prinzen und Fürsten, 31 Grafen und Barone, 12 Minister, 18 hohe Staats- und Justizbeamte, 14 Generale und Offiziere bis zum Leutnant hinunter, 3 Gouverneure, 16 Oberbürgermeister und Stadträte, 11 Land-, Hof-, Kammer- und Legationsräte, 12 Kommerzienräte, 5 Konsuln, 2 Oberhofmarschälle, 7 Generaldirektoren, 12 Großkaufleute, 16 Bankiers (darunter kaiserliche und königliche) usw.

Der Nationalliberalen Partei schrieben sich 40, der Konservativen 26, der Freisinnigen 7 Herren zu; fast alle von ihnen gehörten dem Reichstag oder Landtag an

Werden die Barmatschreier jetzt schweigen?

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68

Erinnerung an Hjalmar Branting

Von Eduard Bernstein

Es war in der ersten Hälfte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als mich, der ich damals Redakteur des „Züricher Sozialdemokrat“ war, eines Tages ein hochgeschossener schlanker junger Mann aufsuchte, der sich mir als Hjalmar Branting, Student der Astronomie an der Universität Upsala, und von Gesinnung Sozialist, vorstellte. Ob er von irgend jemand an mich empfohlen war, weiß ich nicht mehr. Ich erinnere mich nur, daß er vom ersten Augenblick an einen überaus günstigen Eindruck auf mich machte, der sich in den Tagen, die er damals in Zürich zubrachte, nur noch gesteigert hat. Er hatte ein sehr ruhiges, ernstes Wesen und verriet in der Unterhaltung durch die Art seiner Beurteilung von Personen und Ereignissen ein starkes Gefühlsleben. Ueber ein solches mußte man zu jener Zeit in der Tat verfügen, um als Angehöriger einer bürgerlichen Familie in Schweden sich der sozialistischen Bewegung zu widmen. Diese war zwar schon seit einer Reihe von Jahren der Gegenstand einer mit großer Hingebung betriebenen Propaganda, aber die Zahl ihrer Anhänger war noch sehr mäßig, und die Aussicht auf eine nennenswerte Beeinflussung des öffentlichen Lebens durch sie war bei dem zu jener Zeit in Schweden bestehenden beschränkten Stimmrecht noch recht gering. Dem Kämpfer für sie bot sich nur eine Belohnung: das Bewußtsein erfüllter Pflicht für eine gute und große Sache, und wenn ihm in Schweden auch nicht große Verfolgungen drohten, so mußte er es doch in den Kauf nehmen, in seiner Umgebung als ein betörter Träumer und Illusionist betrachtet zu werden. Selbst die Bewegung in den großen Ländern Europas bot ihm nicht viel des Ermutigenden. In Deutschland stand die Sozialdemokratie unter dem Druck des Ausnahmegesetzes, dem sie zwar einen ihr Achtung eintragenden Widerstand entgegensetzte, das ihr aber eine volle Entfaltung der in ihr steckenden Kraft nicht gestattete. In England zeigten sich nur erst schwache Keime einer neu aufkommenden sozialistischen Propaganda, und in Frankreich war die sozialistische Bewegung schwach an organisierten Anhängern und in sich wütend bekämpfende Fraktionen gespalten.

Branting kam aus Frankreich, wohin er wohl gereist war, um dort sozusagen sozialistische Luft einzuatmen, und unsere Unterhaltung drehte sich größtenteils um die dortige sozialistische Bewegung. Da machte auf mich, der zu dem Kampf der sozialistischen Fraktionen, deren Schauplatz Frankreich damals war, lebhaft Stellung genommen hatte, die ruhige Objektivität, mit der Branting ihn besprach, einen tiefen Eindruck. Ich konnte mir nicht verhehlen, daß hinter seinem, in überaus bescheidener Art bekundeten ruhigen Urteil ein starker Wille steckte, der in dem

festen Entschluß gipfelte, sich durch keine der unliebsamen Erscheinungen der Bewegung entmutigen zu lassen, ein Entschluß, nie aus dem Auge zu verlieren, daß diese zersplitterten Fraktionen, so heftig sie sich bekämpften, schließlich doch organische Bestandteile einer großen Bewegung seien, für deren Ausbreitung jede von ihnen in ihrer Weise wirkt und nach dem, was sie zum großen Ganzen beitrage, gewertet werden müsse. Von dieser Auffassung durchdrungen, könnte Branting zu mir sogar bewundernd von der ins Lager der Anarchisten gegangenen und dort fanatische Reden haltenden Louise Michel sprechen, in der ich zwar gleichfalls die unzweifelhaft selbstlose und mutige, rührend menschenfreundliche Kämpferin achtete, von deren fanatischen Reden ich aber fest überzeugt war, daß sie durch Ertötung des vernunftgemäßen Denkens der Bewegung unendlich mehr schaden als nützen. Diese Meinungsverschiedenheit tat indeß dem freundschaftlichen Verhältnis, das sich zwischen Branting und mir angebahnt hatte, keinen Abtrag. Wir schieden als gute Freunde, und ich habe alles, was ich von da ab über Brantings Tätigkeit in Schweden in Erfahrung bringen konnte, mit großem Interesse verfolgt.

Es war das jedoch durchaus nicht wesentlich mehr, als was darüber allgemein bekannt geworden ist. Zu einem nennenswerten persönlichen Briefwechsel miteinander hatten wir beide nicht die Zeit, wir schrieben uns lediglich, wenn Parteiangelegenheiten dies erheischten und sprachen uns vor dem Kriege nur, wenn er gelegentlich nach Berlin kam oder internationale Kongresse uns zusammenführten. Jedesmal wenn ich ihn hörte, Briefe oder Artikel von ihm las, trat mir immer wieder der junge Idealist vor die Augen, als der er mir damals in Zürich entgegengetreten war, und tönte aus seinen Äußerungen etwas von dem hochherzigen Geist heraus, der so großen Eindruck auf mich gemacht hatte. Ich habe Brantings Wirken in Schweden nie aus der Nähe beobachten können. Aber nach allem, was ich darüber vernommen habe, glaube ich nicht fehl zu gehen, wenn ich eine der vornehmsten Ursachen des großen Erfolgs dieses Wirkens für den Sozialismus in Schweden jenem Geist zuschreibe, der hohe Objektivität auf Willenskraft zu gründen verstand und in der Bewegung das Gemeinsame immer wieder über das Trennende in den Vordergrund zu stellen wußte.

So läßt sich Branting denn auch nicht in die Schablone Revisionismus oder Radikalismus einfügen. Daß er den sogenannten Revisionisten in Theorie und Praxis nahestand, hat er nie geleugnet, aber er hat es als nun einer der Hauptführer der sozialistischen Partei Schwedens nicht für richtig gehalten, im Meinungsstreit über die Doktrin der Bewegung eine Kampfstellung einzunehmen.

Nicht anders war sein Verhalten im Weltkrieg und später im, in Deutschland „Völkerbund“ genannten, Bund der Nationen. Daß seine Sympathie im Weltkrieg mehr auf seiten der Westmächte war als beim kaiserlichen Deutschland, konnte man als Deutscher bedauern, aber ihm unmöglich als Verstoß anrechnen oder ihn daraufhin der Deutscheindschaft bezichtigen. Deutscheind, zu dem die verbrecherischen nationallistischen Hetzer jeden stempelten, der den Sieg ihrer Pläne für verderblich erklärte, ist Branting zu keiner Zeit gewesen. Aber den Angehörigen eines der kleineren Staaten Europas konnte das Vorgehen des kaiserlichen Deutschlands gegen das kleine Belgien und das Vorhaben der einflußreichen Militärs in Deutschland mit Bezug auf das politische Schicksal

dieses Landes unmöglich gleichgültig lassen. Seine Empfindungen in dieser Frage haben jedoch Branting nie vergessen lassen, was er als Führer einer der nun schon maßgebenden Parteien Schwedens der erklärten Neutralität des Landes schuldig war. Er hat für keine die Neutralität verletzende Parteilichkeit Schwedens gegen Deutschland die Stimme erhoben, jeden Vorschlag einer solchen Parteilichkeit vielmehr energisch bekämpft. Und ebenso hat er es als Parteimann der durch die Stellung zum Weltkrieg in zwei Fraktionen gespaltenen deutschen Sozialdemokratie gegenüber gehalten. Zweifelsohne war ihm die Stellungnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie sympathischer als die der vom alten Vorstand der Partei geleiteten Mehrheitssozialdemokraten. Aber er ist damals nie nach Berlin gekommen, ohne auch den Vorstand dieser aufzusuchen und mit ihm die Weltlage und die Friedensmöglichkeiten zu besprechen. Auch auf den während des Krieges und nach Kriegsende veranstalteten internationalen Sozialistenkonferenzen und den zu deren Anbahnung für notwendig erkannten gesonderten Vorbesprechungen des für diesen Zweck gegründeten schwedisch-holländischen Komitees mit den getrennten Gruppen von Sozialisten der beteiligten Länder hat er es verstanden, eine ruhige Sachlichkeit zu bewahren, durch die er das Werk sehr gefördert hat.

Ich darf hierfür nur an die Konferenzen erinnern, die im Sommer 1917 in Stockholm stattgefunden haben. Als Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands nahm ich an derjenigen Konferenz teil, die zwischen Vertretern dieser und dem neutralen schwedisch-holländischen Komitee stattfand, und habe die taktvolle Art noch lebhaft in Erinnerung, mit der Branting und der mit ihm abwechselnd den Vorsitz führende holländische Genosse Troelstra die Verhandlungen leiteten. Und dieser Takt war nicht überflüssig, denn es lief da nicht alles glatt ab. Zwar traten die Meinungsverschiedenheiten über den Krieg und die Kriegsführung nicht in der Leidenschaftlichkeit zutage, wie sie die dieser Konferenz vorhergegangene Konferenz des Komitees mit den Vertretern der deutschen Mehrheitssozialdemokraten zeitweilig in die Luft zu sprengen gedroht hatten, aber ernsthafte Meinungsverschiedenheiten machten sich auch hier Luft. Nur bezogen sie sich vornehmlich auf die durch den Krieg hervorgerufenen Konflikte im Innern der sozialistischen Parteien. Es gab auch unter den Sozialisten der neutralen Länder erbitterte Ankläger der deutschen Mehrheitssozialdemokraten, die diese am liebsten solange aus der sozialistischen Internationale ausgeschlossen hätten, bis sie nicht ihre Haltung in der Kriegsfrage gründlich geändert haben würden. Zugleich aber fanden die Letzteren auch auf der Konferenz Verteidiger, die mit großer Wärme für die Zubilligung mildernder Umstände an sie eintraten. Branting verstand es, die Extremisten der ersten Richtung von Zumutungen zurückzuhalten, die geeignet waren, eine Spaltung des Komitees herbeizuführen und damit das von dessen Einberufern geplante Werk unmöglich zu machen, und ging von dieser Haltung nicht ab, als gegen Ende der Konferenz eine Mitteilung an diese überbracht wurde, welche die Stimmung in bezug auf Deutschland ganz erheblich verschlechterte.

Der Ueberbringer war ein norwegischer Sozialdemokrat, der aus Christiania mit dem Auftrag seiner Genossen nach Stockholm gekommen war, der Konferenz mitzuteilen, welcher groben Verletzung des Völkerrechts durch das kaiserliche Deutschland man bei ihnen auf die Spur gekommen sei. Es habe sich herausgestellt, daß in den Räumen der

Kaiserlich Deutschen Botschaft in Christiania Sprengstoff und dazugehörige Apparate aufgespeichert seien, die dem Zweck dienen sollten, aus norwegischen Häfen auslaufende Schiffe auf hoher See zum Versinken zu bringen, und es liege Grund vor anzunehmen, daß dies mit einem vermißten Schiff schon geschehen sei.

Nicht im Saal der Konferenz, mit deren Werk diese Sache nichts zu tun habe, wohl aber in einem andern Zimmer der gleichen Lokalität ward dem Abgesandten auf dessen Wunsch Gelegenheit gegeben, seine Botschaft den Delegierten vorzutragen. Der Mann enthielt sich aller scharfen Ausdrücke, aber seine bebende Stimme verriet die starke Erregung, die das Mitgeteilte in ihm ausgelöst hatte, und man kann sich denken, welchen Eindruck es unter diesen Umständen auf die Hörer machte. Indes blieb auf der Konferenz jede Berührung des Mitgeteilten von der Diskussion ausgeschaltet.

Brantings Verhalten bei den Beratungen und Beschlüssen des Bundes der Nationen ist in Deutschland so bekannt, daß hier nicht näher darauf eingegangen zu werden braucht. Er hat selbst diejenigen entworfen, die vordem sofort bei der Hand waren, ihn als Agenten der Entente zu begeifern, wenn er sich erlaubte, am Vorgehen der Militaristen Deutschlands und deren Kriegszielen irgendwelche Kritik zu üben. Er hat für diese ekelhafte Methode nur die Verachtung gehabt, die ihr gebührt, sich in seiner Stellungnahme zu den großen Fragen der Völkerpolitik in keiner Weise beirren lassen. Was ihn in bezug auf sie leitete, war die Einsicht in die gemeinsamen Interessen der Völker Europas, die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Sicherung gleichen internationalen Rechts für alle Glieder der großen Völkerfamilie und der feste Entschluß, was in seinen Kräften stehe, zu tun, um diesem Recht in allen Fällen, wo Gewaltpolitiker es bedrohen, zum Siege zu verhelfen. Ein warmherziger und weitblickender Sozialist und Internationalist ist in ihm dahingegangen, dessen von strenger Sachlichkeit und einem starken Gerechtigkeitsgefühl eingegebenen und von kluger Berücksichtigung der vorhandenen Möglichkeiten geleiteten Rat man in den Verhandlungen des Bundes der Nationen wohl noch manchmal vermissen wird, und den seinen Freund nennen zu dürfen, der Schreiber dieses von den Tagen an, wo er seine Bekanntschaft machte, zu allen Zeiten dankbar als eine besondere Gunst des Schicksals anerkannt hat.

Die Unterstützungspolitik der französischen Sozialisten

Von Rud. Breitscheid

Den deutschen Gästen auf dem letzten Parteitag der französischen Sozialisten zu Grenoble schlugen vertraute Töne ans Ohr. Sie waren Zeugen einer Debatte, wie sie ähnlich oft genug in den letzten Jahren bei uns zu Hause geführt worden ist. Sie hörten in französischer Sprache Argumente und Gegenargumente, die in deutscher Zunge seit dem Jahre 1918 immer wieder verwandt worden sind und konnten erneut feststellen, daß bestimmte sehr wichtige Probleme der Arbeiterbewegung einen internationalen Charakter tragen.

Auf der Tagesordnung stand als einer der Hauptpunkte die Kooperation der Sozialisten mit bürgerlichen Parteien, und unsere eigenen Diskussionen über die Koalitionspolitik und ihre Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit mit den sozialistischen Grundsätzen fanden hier ihr Echo. Allerdings unter etwas veränderten Voraussetzungen. Während wir uns darüber unterhalten, ob die Sozialdemokratie mit anderen Parteien in einer Regierung sitzen darf, stellt sich für unsere französischen Freunde die Frage zurzeit so, ob es prinzipiell erlaubt und sachlich zweckmäßig ist, als Außenstehende ein rein bürgerliches Kabinett zu unterstützen und ihm zu einer Mehrheit zu verhelfen, die es gegen die Angriffe von rechts her sichert. Es gibt auch noch andere Verschiedenheiten. Das Kabinett Herriot vertritt die bürgerliche Linke, umfaßt keine Elemente, die etwa mit der Deutschen Volkspartei zu vergleichen wären, steht zu den Kleinalen, die im Unterschied zum deutschen Zentrum auch die politische Reaktion repräsentieren, in scharfem Gegensatz und hat sich vor allem auf ein bestimmtes Reformprogramm verpflichtet, an dessen Verwirklichung seit dem Bestehen der Regierung eifrig und konsequent gearbeitet worden ist. Aber trotzdem sind in der französischen Partei dieselben Zweifel vorhanden, die auch bei uns zu Wort kommen.

Stumpft das enge Zusammenarbeiten mit Bürgerlichen nicht die Waffe des Klassenkampfes ab? Und wenn man schon über dieses Bedenken hinwegkommt, wo liegen die Grenzen der Unterstützungspolitik? Auch eine noch so radikale bürgerliche Regierung kann Worte gebrauchen und Handlungen ausführen, die sich mit sozialistischen Auffassungen nicht in Einklang bringen lassen, und es muß dann immer wieder entschieden werden, ob das Bündnis aufrecht erhalten werden soll, oder ob Pflicht und Interesse seinen Bruch gebieten. Je nach der Einstellung, je nach dem Ueberwiegen doktrinärer oder praktischer Erwägungen bei dem einzelnen werden die Antworten auf diese Schicksalsfrage verschieden lauten, und so ist im Grunde die Basis der Auseinandersetzungen in Frankreich dieselbe wie in Deutschland.

Es gab in Grenoble, geführt von Bracké, einen sogenannten linken Flügel, der sich zum Wortführer der Zweifelnden machte. Es gab einen rechten, der die Zusammenarbeit äußerlich noch enger gestalten wollte und einen Eintritt der Sozialisten in das Kabinett Herriot befürwortete. Aber zwischen ihnen stand die große Mehrheit der Delegierten, standen vor allem die eigentlichen Führer der Partei, die Blum, Renaudel, Paul Faure, Grumbach usw., die an der bisherigen Politik festhalten wollten, ohne sich irgendwie für alle Dauer zu verpflichten und ohne die Kritik an der Regierung beiseite zu stellen.

Sie gaben zu, daß von einem demokratischen Kabinett keine eigentlich sozialistischen Maßnahmen erwartet werden dürften. Sie konnten aber weiter darauf hinweisen, daß unter dem Einfluß der sozialistischen Fraktion seit dem Mai in der Innen- und Außenpolitik Wege gegangen worden seien, die sich wesentlich zu ihrem Vorteil von denen Poincarés und des Nationalen Blocks unterscheiden, und ihr stärkster Trumpf war die Frage, was geschehen würde, wenn die Sozialisten sich zurückzögen und damit einem „Konzentrationskabinett“ den Weg freimachten. Die Debatte wurde von allen Seiten nicht nur mit romanischer Beredsamkeit, sondern auch mit einem tiefen und verständnisvollen Eindringen in den Gegen-

stand geführt. Man ging so wenig um die Dinge herum, daß Léon Blum ganz offen von der Notwendigkeit sprechen konnte, dem bürgerlichen Liberalismus und die Parteien der formalen Demokratie, mit denen man sich doch im Bunde befindet, innerlich zu zersetzen, will sagen; den einen Teil nach rechts abzustößen und dem andern die Ueberzeugung beizubringen, daß Demokratie ohne Sozialismus undenkbar ist.

Schließlich siegte in der Hauptsache die Auffassung der Mitte. Daß es, um zum Resultat zu gelangen, einer Nachtsitzung der Resolutionskommission bedurfte, hängt mit der traditionellen Uebung der französischen Partei zusammen. Auf ihren Kongressen soll nach Möglichkeit keine Majorisierung stattfinden. Sie wünscht ein einheitliches Votum, sie will die Minderheit nicht überstimmen, sondern gewinnen, und so wird in langen Sitzungen um Worte und Interpunktionen gekämpft, bis schließlich die Einigung erzielt ist. Auch die Resolution von Grenoble zeigt die Spuren dieser nicht ganz leichten Bemühungen, aber sie trägt doch den Stempel der Mehrheitsgruppe, die die Politik der Unterstützung fortführen will, solange die Partei sich nicht der Regierung gegenüber „im Gegensatz oder in tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten befindet, bezüglich solcher Fragen, die den internationalen Frieden und die internationale Lage oder nationale Fragen erster Ordnung betreffen, wie die Sanierung der finanziellen Lage oder den Kampf gegen die Teuerung“. Und auch das ist im Grunde keine Konzession an die Linke, daß es heißt: „Endlich müßte die Partei ihre Unterstützungspolitik dann unterbrechen, wenn die von ihr geforderte Zustimmung sich im Gegensatz zu der Lehre der Partei selbst oder zu ihren wesentlichsten Aktionsvorschriften befinden sollte.“

Eine Formel ist also gefunden. Die französische Partei steht geschlossen da, und die Hoffnungen, die die Gegner auf den Kongreß zu Grenoble gesetzt hatten, sind schmählich zusammengebrochen. Aber darüber wird man sich doch im klaren sein müssen: mit noch so geschickten und schönen Resolutionen lassen sich die Grenzen der Koalitions- und Unterstützungspolitik nicht bestimmen, und wenn, wie es den Anschein hat, der internationale sozialistische Kongreß, der in diesem Jahre stattfinden soll, den Gegenstand ebenfalls auf die Tagesordnung setzt, so wird auch er zu dieser Erkenntnis kommen müssen. Ja, er wird finden, daß eine für alle Glieder der Internationale gültige Lösung des Problems so gut wie unmöglich ist.

Es handelt sich hier um eine taktische Frage, und die Taktik hängt ab von der jeweiligen Situation in den verschiedenen Ländern. Versucht man einheitliche Richtlinien aufzustellen, so wird man über A. l. gemeinheiten nicht hinauskommen, und vor allem wird ein internationaler Kongreß noch viel weniger als ein nationaler bestimmen können, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Voraussetzungen eine einmal eingeleitete Kooperation beendet werden kann und soll.

Dabei wird sich auch ergeben, daß letzten Endes eine Unterstützungspolitik größere Schwierigkeiten bietet als die eigentliche Koalitionspolitik. Eine Partei, die unterstützt, trägt unter Umständen eine schwerere Verantwortung, als eine, die mit in der Regierung sitzt. Sie hat keinen unmittelbaren Einfluß auf die Beschlüsse des Kabinetts, aber sie soll diese Beschlüsse durch ihre Abstimmung gegenzeichnen. Sie kann vor vollendete Tatsachen gestellt werden und muß ihnen gegenüber dann

die Entscheidung fällen, ob es zweckmäßiger ist, sich mit ihnen abzufinden oder es auf die Gefahr einer grundsätzlichen Neuorientierung der gesamten Politik hin zu einem Zusammenbruch des Systems kommen zu lassen. Auch die Resolution von Grenoble enthebt die französische Parlamentsfraktion nicht der Notwendigkeit einer sehr genauen Prüfung von Fall zu Fall, und immer wieder wird es darüber Meinungsverschiedenheiten geben, ob die Fragen, in deren Beantwortung man von der Regierung abweicht, solche „erster Ordnung“ sind, oder ob sich die geforderte Zustimmung „im Gegensatz zu der Lehre der Partei selbst oder zu ihren wesentlichsten Aktionsvorschriften“ befindet.

Um Zukunftsmöglichkeiten zu erkennen, brauchen wir uns nur an Vergangenes zu erinnern. Der öffentliche Anschlag der letzten großen Rede Herriots über die auswärtige Politik hatte keineswegs den Beifall der sozialistischen Fraktion, und dennoch stimmte sie ihm schließlich zu, um die Demission des Ministerpräsidenten zu verhindern. Aehnliche Situationen können immer wieder auftauchen und stets wird sich die Frage nach dem kleineren Uebel erneuern. Die Verhältnisse spitzen sich dabei um so mehr zu, als die nationalistische Opposition in der letzten Zeit sehr viel regsamer zu werden beginnt. Vor dem Kongreß zu Grenoble arbeitete sie mit den von ihr maßlos übertriebenen Meinungsverschiedenheiten in der sozialistischen Partei und suchte glauben zu machen, daß das Kabinett durch den Abfall seiner Verbündeten zum Sturz kommen werde. Als sie ihre Erwartungen getäuscht sah, veränderte sie ihre Taktik und sprach von dem Mangel an Vertrauen zu einer Regierung, die sich auf die Sozialisten stütze. Die Wirtschafts- und Steuerpolitik, zu der sie mit Rücksicht auf die „Marxisten“ gezwungen sei, habe die Frankenbaisse bewirkt, und die auswärtige Politik der Versöhnung und des Pazifismus habe, wie das Zustandekommen des Kabinetts Luther und der Sturz des Kabinetts Braun beweise, mit einem Fiasko geendet.

Solche Argumente verfehlen auch bei gewissen rechtsstehenden Elementen im radikalen Lager ihre Wirkung nicht, und ich hatte selbst in Paris Gelegenheit, aus dem Munde einer dieser schwankenden Gestalten die Versicherung zu hören, daß es jetzt mit der Politik der Annäherung an Deutschland ein für allemal zu Ende sei, und daß der bisher von Herriot verfolgte Kurs nicht länger innegehalten werden könne. Man braucht solche Aeußerungen in ihrem Wert nicht zu überschätzen, und muß doch die Schwierigkeiten begreifen, vor denen unsere französischen Genossen stehen. Sie werden ihre Grundsätze, die sie an einer irgendwie gearteten Förderung einer zu Poincaréschen Methoden zurückkehrenden Politik hindern, nicht aufgeben. Aber auf der andern Seite wird es ihnen nicht leicht, zu begreifen, daß Frankreich sich mit Luther ebenso verständigen kann wie mit Marx. Für die klare französische Logik ist es fast unverständlich, wie Wahlen, die eine republikanische Mehrheit ergeben haben, eine Regierung mit stark monarchistischem Einschlag gebären konnten, und wie die Deutschnationalen, nachdem sie Regierungspartei geworden sind, auf die intransigente und revanchelüsterne Außenpolitik verzichten sollen, die sie in der Opposition gepredigt haben.

Es besteht bei ihnen also eine Neigung gegenüber einer schärferen Tonart in den Reden ihres Ministerpräsidenten eine gewisse Toleranz zu üben. Wir haben kein Recht, ihnen deswegen Vorwürfe zu machen,

und können uns nur auf die Forderung beschränken, zunächst die außenpolitischen Taten des Ministeriums Luther abzuwarten und den Kampf gegen seine innenpolitischen Gefahren uns zu überlassen. Schließlich sind selbst rednerische Ausschreitungen einer radikalen französischen Regierung bei weitem nicht so bedenklich wie ihre Ersetzung durch ein sogenanntes Konzentrationskabinett.

Freilich werden die Sozialisten in einer Beziehung auf der Hut sein müssen; es darf nicht dazu kommen, daß die Sorge, die der deutsche Regierungswechsel bereitet, zu einer offenbaren Verletzung der Rechte führt, die Deutschland besitzt, und wenn jetzt beispielsweise die Rede davon ist, daß die Räumung der Kölner Zone nicht nur von der restlosen Erfüllung der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages, sondern auch von dem Zustandekommen einer besonderen Sicherheitsgarantie für Frankreich abhängig gemacht werden soll, so dürfen wir von den französischen Sozialisten entschiedenen Widerstand gegen eine solche Zusammenkoppelung nicht zusammengehöriger Fragen erwarten.

Wir verstehen das französische Sicherheitsbedürfnis. Wir treten unsererseits für die Beteiligung Deutschlands an einem Pakt zur Garantierung der Grenzen ein. Wir fordern die Uebernahme einer Verpflichtung durch die deutsche Regierung gegen jeden Versuch einer gewaltsamen Aenderung der Grenzen im Westen und im Osten. Wir sind bereit, eine Rüstungskontrolle durch den Völkerbund zuzulassen, sofern sich diese nicht zu einer irgendwie gearteten militärischen Besatzung auswächst. Aber auf keinen Fall hat die vertragsmäßig gewährleistete Sicherheit für Frankreich etwas mit den Räumungsterminen im Westen zu tun, und hier können um so weniger Zusammenhänge geschaffen werden, als das Zustandekommen eines Paktes nicht von der deutschen Regierung abhängt. In erster Linie kommt es darauf an, wozu England bereit ist, und wenn dieser Staat weder das Genfer Protokoll ratifiziert, noch Neigung zeigt, sich für die Unantastbarkeit der deutschen Ostgrenzen zu engagieren, so darf Deutschland wegen dieses Widerstandes nicht in seinen Rechten verkürzt werden.

Das ist nur eine der Fragen, die für die Fortführung der sozialistischen Unterstützungspolitik kritisch werden können. Es gibt andere von ähnlichem Charakter. Keine von ihnen läßt sich im voraus durch Parteitage-resolutionen entscheiden. Hier weist die Doktrin der Partei und ihre allgemeine Einstellung den Weg. Aber gerade nach dem, was wir wieder in Grenoble gehört und erlebt haben, dürfen wir in jeder Beziehung beruhigt sein. Die sozialistische Partei Frankreichs steht fest und geschlossen auf dem Boden der internationalen sozialistischen Grundsätze, und der Wunsch, eine demokratische Regierung am Ruder zu halten, wird sie niemals bestimmen können, jene erhabenen Ideen zu verletzen, mit denen die internationale Arbeiterbewegung steht und fällt.

Die Haltung des Zentrums in der preußischen Regierungskrise

Von Robert Leinert, M. d. A.

Die Links- und Rechtsbolschewisten im Preußischen Landtage haben mit einem Uebergewicht von drei Stimmen das Zustandekommen einer republikanischen Regierung verhindert. Würde man ihnen jetzt die Verantwortung für dieses frevelhafte Verhalten zuschieben und sie zur Bildung der Regierung veranlassen, dann würde die jammervolle Einheit der zerstörenden Reaktion sofort in Scherben gehen. Beim Festbleiben des Zentrums würde ein Ministerpräsident der Rechten eine Mehrheit niemals erhalten. Darum spekulieren die Terroristen der Deutschen und Deutschnationalen Volkspartei auf einen Umfall des Zentrums, um mit diesem gemeinsam das alte Preußen wiederherzustellen. Was die Wiederherstellung der Herrschaft der Deutschnationalen in Preußen bedeutet, hat das Zentrum in der Vergangenheit so deutlich zu spüren bekommen, daß es danach niemals mehr Sehnsucht haben kann. Die dem Evangelischen Bunde ergebene Deutsche Volkspartei würde die Bismarcksche Kulturpolitik wieder ausgraben, von der der Zentrumsabgeordnete Schwering im Landtage ein abschreckendes Bild entworfen hatte. Ohne sich die demokratisch eingestellten Kreise, namentlich die Arbeiter, zu entfremden und damit die Partei einer untragbaren Belastungsprobe auszusetzen, kann das Zentrum diese selbstmörderische Politik der Rechten nicht mitmachen. Das Zentrum will sich aber auch gar nicht als Anhängsel der Rechten mißbrauchen lassen; das geht sehr deutlich hervor aus den Maßnahmen gegen die Abgeordneten Loennartz und von Papen, die der Wahl des Herrn Marx zum Ministerpräsidenten ferngeblieben sind. Mag man dieses Vorgehen gegen die beiden Abgeordneten auch von rechts noch so sehr deuten, als eine Maßnahme zur Aufrechterhaltung der Disziplin in der Fraktion, ohne politischen Charakter, es hilft alles nichts und es wird nicht gelingen, die Tatsache zu verschleiern, daß diesen Abgeordneten der Stuhl vor die Tür gesetzt worden ist, weil sie die deutschnationale Politik begünstigt haben.

Die Reaktionen glauben mit der Betonung einer bloß disziplinären Beschlußfassung in dieser Frage feststellen zu können, daß das Zentrum jeden Beschluß mit gleicher Einmütigkeit nach außen vertreten werde. Sie meinen, daß auch ein Beschluß auf Bildung einer Rechtskoalition mit Fraktionszwang versehen werde. Es ist das eine Spekulation auf die politische Charakterlosigkeit einer Partei, die ihre Ursache nur in der eigenen Charakterlosigkeit finden kann und bewiesen ist bei der Abstimmung über das Dawes-Gutachten. Würde das Zentrum sich nach rechts hinüberziehen lassen, dann wären ganz gewiß nicht nur zwei Abgeordnete als Abtrünnige zu buchen, weil im Zentrum sich sehr viele Mitglieder befinden, denen die Treue zur vom Zentrum mitgeschaffenen Verfassung Sache der Ueberzeugung ist. Mit der Geschlossenheit, mit der das Zentrum seine bisherige Politik verteidigt, wird es sicher nicht bereit sein, in die Politik demagogischer Verantwortungslosigkeit gegen die Republik einzuschwenken. Es müßte sich dann einige erklären mit den Leuten, die die Ruhrgeschenke an die nationalistische Großindustrie billigen, den Stahlhelm gegen das Zentrum aufbieten, die

Erzberger-Mörder begünstigen, und die mit dem Namen Wirth verbundene Erfüllungspolitik verurteilen, sabotieren und für das bestehende Elend verantwortlich machen. Das Zentrum müßte denen die Hand reichen, die jetzt die gemeine Hetze gegen das Zentrum betreiben, mit dem Fall Höfle, Langen-Hegermann usw., und damit die politische Brunnenvergiftung geschäftsmäßig betreiben. Dann müßte das Zentrum unter seiner bisherigen Politik einen dicken Strich ziehen und eine völlig neue Politik beginnen als Anhängsel der Rechtsparteien. Denn daß das Zentrum, selbst wenn es den Ministerpräsidenten stellen würde, in einer Rechtsregierung führend werden würde, ist bei der arroganten Machtpolitik der Deutschnationalen gänzlich ausgeschlossen. Was nicht in den deutschnationalen Agitationskram paßt, verstößt gegen Ansehen und Würde des Landes, wie sich bei der Beratung des Handelsvertrages mit Siam ergeben hatte. Einmal zur Macht gelangt, werden die Deutschnationalen sich nicht unterordnen, sondern in Preußen den mit ihnen koalitierten Parteien ihren Willen aufzwingen. Für das Zentrum ist der Eintritt in eine Rechtskoalition ein völliger Bruch mit der Vergangenheit, der eine baldige Rückkehr zur bisherigen Politik des Zentrums ausschließt, und er würde damit für das Zentrum zu einer Schicksalsfrage werden.

Mit der politischen Konstellation, wie sie bei der Errichtung des Uebergangskabinetts Stegerwald 1920 vorhanden war, wird ein Abschwenken des Zentrums nach rechts nicht vergleichbar. Damals war aus dem Wahlergebnis im Februar 1920 ein anderes Fazit zu ziehen, als aus der Wahl vom 7. Dezember 1924. In der Landesversammlung hatte die Weimarer Koalition eine sichere Mehrheit. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten hatten von 401 Abgeordneten 304; ihre Macht war unerschütterlich. Ein Gedanke, diese Koalition zu erweitern, ist damals gar nicht aufgekommen. Nach den Wahlen von 1920 veränderte sich das Bild. Von 428 Abgeordneten hatte die Weimarer Koalition nur noch 224 Abgeordnete, zwar noch eine Mehrheit, die aber dem Zentrum nicht groß genug erschien für eine stetige Regierungspolitik. Es verlangte daher die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, um diese mitverantwortlich zu machen. Das lehnte die Sozialdemokratie ab. Der mit den Rechtsstimmen gewählte Ministerpräsident Stegerwald nahm keinen ausgesprochenen Deutschnationalen in sein Kabinett auf. Es war dies ein Uebergangskabinett, dem die Große Koalition mit Einschluß der Deutschen Volkspartei folgte, nachdem die Sozialdemokraten, gestützt auf den Beschluß des Görlitzer Parteitages, ihren Widerstand gegen den Eintritt in diese Koalition aufgaben. Diese Große Koalition zählte am Schlusse des Landtages 304 Abgeordnete von 422, auf welche Zahl sich die Abgeordneten nach der Wahl in Oberschlesien verminderten. Mit der Bildung der Großen Koalition vollzog das Zentrum keine endgültige Schwenkung zu den Deutschnationalen, es blieb im Gegenteil eine nach links gravitierende Partei. Die zeitweilige Entfernung von der Sozialdemokratie war mit keinerlei Hinneigung zu einer Koalition mit den Deutschnationalen verbunden. Bei den Wahlen am 7. Dezember 1924 erhielt nun die Große Koalition von 450 Abgeordneten 269, so daß der Weiterführung der bisherigen Politik in Preußen eine gesicherte Mehrheit zur Verfügung stand. Die Deutsche Volkspartei zerschlug durch ihren Austritt diese Koalition, und nun tauchte die Große Volksgemeinschaft auf, die von der Deutschen Volkspartei

angestrebt wurde und die Deutschnationalen einschließen sollte. Diese Volksgemeinschaft ist aber eine Utopie, sie scheidet schon an den Gegensätzen zwischen Sozialdemokraten und Deutschnationalen. Das einzig Mögliche ist eben nur die Große Koalition, die aber bei der gegenwärtigen Haltung der Deutschen Volkspartei nicht zu erreichen ist. Deshalb geht es jetzt auf Biegen oder Brechen. Weimarer Koalition oder Rechtsblock. Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiß-Rot! Beides ist nicht zu versöhnen. Geht das Zentrum zu Schwarz-Weiß-Rot, dann ist eine Rückkehr zur Großen oder der Weimarer Koalition nicht mehr so leicht zu bewirken. Das Zentrum wird der Gefangene der Erzberger-Mörderfreunde, und es würde bei einer Aenderung der Politik, bei einem Abschwenken von rechts, die gleichen, für den Bestand der Partei berührenden Krisen durchzukämpfen haben, die sie jetzt bei den schwerwiegenden Entscheidungen durchlebt. Vorausgesetzt natürlich, daß bei dieser zweiten Entscheidung über den grundsätzlichen Wechsel der Politik es eine geschlossene Zentrumsparlei wie heute noch gibt.

Wenn also heute ein Rechtskabinett mit dem Zentrum gebildet wird, dann ist das kein Uebergangskabinett, wie das Stegerwaldsche es war, dem also die Große Koalition folgen würde, sondern es ist der endgültige, bis zu einer anderweitigen Entscheidung der Wähler dauernde Bruch mit den Verfassungsparteien, d. h. der bewußte Uebergang des Zentrums zu Schwarz-Weiß-Rot.

Die Entscheidung hierüber ist für das Zentrum nun noch mehr bedeutsam, weil das Kabinett Marx gar nicht dem vereinten Ansturm der Gegner erlegen ist, sondern dem hinterhältigen Verhalten zweier Zentrumsabgeordneten und weil weitere vier Abgeordnete des Zentrums krank waren. Deshalb muß es den Versuch, die Regierung wiederherzustellen, nochmals unternehmen, und zu diesem Versuch ist das Zentrum auch bereit. Das muß bis zum Zustandekommen eines Vertrauensvotums für Marx wiederholt werden. Wer die stärksten Nerven hat, der ist Sieger! Glückt es einmal, dann ist die Regierung Marx nicht so leicht wieder zu beseitigen, denn zur Entziehung des Vertrauens ist die Hälfte der Mitglieder des Landtages nötig, und das ist nach allem parlamentarischen Ermessen für die Gegner unerreichbar. Die Gegner zählen zusammen 226, und zum Sturz des Kabinetts sind 225 Abgeordnete erforderlich.

Das Festbleiben des Zentrums bietet auch die Sicherheit dafür, daß Neuwahlen, wenn sie erforderlich werden sollten, auf einen Zeitpunkt gelegt werden können, der den Gegnern nicht genehm ist.

Es sind aber auch noch andere realpolitische Gründe maßgebend, die das Zentrum veranlassen müssen, der Schwenkung nach rechts auszuweichen. Zunächst ist die Sicherheit, daß eine Rechtsregierung gebildet werden kann, keineswegs vorhanden. Sichere Faktoren dafür sind nur die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei mit 154 Mitgliedern. Würde das gesamte Zentrum beitreten, dann hätte die Regierung 235 Abgeordnete, also 10 über die Hälfte. Sichere Gegner sind die Sozialdemokraten mit 114, die Demokraten mit 27 und die Kommunisten mit 44, zusammen 185. Die Wirtschaftspartei mit 11 Abgeordneten hat erklären lassen, daß sie, um größer zu werden, jeder Regierung Opposition machen werde. Ablehnend stehen dieser Regierung mit dem Zentrum auch die Nationalsozialisten gegenüber. Zweifelhafte bleiben nur die 6 Welfen. Es würden also zu den 185 sicheren

Gegnern noch diese 22 und 2 Polen kommen, so daß die Opposition mit den Welfen 215 Mitglieder zählen würde. Nun konnte das Zentrum für die bisherige Politik zwar die ganze Fraktion zusammenhalten, bis auf die zwei Dissidenten, das wird aber als völlig ausgeschlossen gelten müssen für eine Politik für Schwarz-Weiß-Rot. Schwenken dann auch nur zehn zur Opposition oder fehlen zwanzig dieser Partei, dann ist die Regierung erledigt. Es ist vielleicht möglich, daß das Zentrum für die Rechtspolitik, eine Mehrheit in der Fraktion, nie aber eine geschlossene Fraktion aufzubringen vermag.

Damit hätte sich aber das Zentrum in Krisen gestürzt, aus denen es bei den kommenden Neuwahlen so leicht nicht mehr herauskommen könnte. Denn, wenn Neuwahlen erforderlich würden, weil sich die Rechtsregierung nicht halten kann, muß das Zentrum eine neue Entscheidung treffen, diesmal nicht für die Abgeordneten, sondern für die Wähler. Rechts- oder Linksregierung! Es gibt gewiß viele Leute, die meinen, das Zentrum könne seinen Wählern viel zumuten, weil keine andere Partei solche Hilfsmittel zur Hand habe, als diese Partei, namentlich sei es der kirchliche Einfluß, der alles wieder zum Guten der Partei wende. Das mag alles richtig sein. Niemand wird aber glauben, daß das Zentrum seinen Wählern alles zumuten könne. Man vergegenwärtige sich nur einmal die Situation, daß der Reichskanzler Marx den Reichstag auflöste, um die Gefahr einer Rechtsregierung zu verhindern, in Preußen aber würde der Landtag mit Zustimmung desselben Zentrums — die Ironie könnte es fügen — von demselben Marx — aufgelöst, um eine Rechtsregierung zu schaffen! Zu schaffen mit demselben Zentrum, mit denselben Wählern, die sich am 7. Dezember gegen rechts erklärten! Diese Zwiespältigkeit hält keine Partei, auch das Zentrum nicht aus. Wie sich da auch das Zentrum drehen und wenden möge, im Parlament läßt sich mal ein Umschwung der Politik herbeiführen und begründen; den Wählern kann man aber Zumutungen, heute anzubeten, was sie gestern erst verbrannt haben, nicht stellen.

Die notwendige Folge der Schwenkung des Zentrums wäre auch der Eintritt des Zentrums in die Reichsregierung. Das würde aber bedeuten, daß die Wähler von den Abgeordneten um die Politik, für die sie bei den Wahlen von denselben Abgeordneten aufgerufen worden sind, betrogen würden. Das wäre das gefährlichste Spiel, das mit den Stimmen der Wähler betrieben werden könnte, ein Volksbetrug im wahrsten Sinne des Wortes. Derartiges konnten wohl die Deutschnationalen nach den Wahlen am 4. Mai bei der Abstimmung über die Dawes-Gesetze fertig bringen. Das Zentrum selber hat diese Politik richtig gekennzeichnet. Bei den Deutschnationalen handelte es sich aber dabei noch nicht um eine Abkehr von der bisher von ihnen betriebenen Politik, sondern um einen ganz gewöhnlichen Betrug der Wähler im Parteiinteresse. Aber das allein genügt vollauf, um von einer solchen Partei abzurücken, statt sie zu fördern und zu unterstützen. Da beim Zentrum nicht einmal das Parteiinteresse für die Schwenkung maßgebend sein kann, ist ihm der Weg, den es in der Politik Preußens zu gehen hat, zwangsläufig vorgeschrieben, es muß bei der von ihr geschaffenen Verfassung bleiben und gegen die Rechtsreaktionäre kämpfen.

Kulturkampfsünden

Von Veit Valentin

„Los vom Zentrum“.

General v. Gebssattel.

„Das Zentrum ist eine Partei, die ungeeignet ist, den Schutz der christlichen Bekenntnisse in zweckentsprechender Weise zu übernehmen.“
Hans Dietrich, Koburg, M. d. R.

„Wir wollen als Katholiken nicht in Verhältnisse zurückgeschleudert werden, wo wir nicht mehr frei atmen und die Brust nicht mehr frei heben können. Oder ist das den Deutschnationalen und ihren Gesinnungsgenossen nicht zuzutrauen? Der Fall Döhring ist mehr als eine Entgleisung, er ist ein Symptom.“

„Germania“ am 8. Februar 1925.

Beim ersten Wahlkampf, den ich aktiv mitgefochten habe, Anno 1911, habe ich mit meinem Freunde und Universitätskollegen Hans Schulz (gefallen 1915 in Frankreich) ein illustriertes Flugblatt gegen das Zentrum produziert: „Der schwarze Mann“. Nicht nur in Freiburg hat dieses Opus, das in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet wurde, bei den einen Heiterkeit, bei den anderen ebenso stürmische Entrüstung erregt; sogar Maximilian Harden hat ihm die Ehre eines Abdruckes nebst spöttischem Kommentar in der „Zukunft“ angetan. . .

Das war ein Studentenstreich — wir waren ja damals kaum aus dem seligen Studentenalter heraus. Aber, auch in anderer Form würde ich solchen Angriff nicht wieder machen. Man hat seitdem manches gelernt — und wer in der Politik nichts lernen kann, der soll sich ein Handwerk suchen, wo man immer beim alten Leisten bleiben darf. Mein altes Hugenottenblut ist gewiß noch so lebhaft wie ehemals; und was der Protestantismus für die Geschichte des europäischen Geistes und der politischen Freiheit getan hat, das ist mir noch ebensogut bewußt. Aber — wenn man es früher nicht so recht hat glauben wollen: seit 1914 weiß man es, daß ein guter Katholik ein guter Deutscher sein kann (ebenso wie ein guter Sozialist — und daran habe ich wenigstens nie gezweifelt!).

Aber noch mehr: die katholischen Kreise in Deutschland haben viele evangelischen während des Krieges übertroffen durch weltpolitischen Takt, weil sie weltpolitisch schneller, besser, umfassender Bescheid wußten; durch ihren Sinn für Maßhalten, für Verständigung, für ein ganz hohes menschheitliches Gesamtinteresse haben sie das politische Ansehen der katholischen Kirche ganz erheblich vermehrt — bei vielen auch das religiöse, aber davon soll hier ganz abgesehen sein. Der politischen Idee der Völkerverständigung dient ja auch die katholische Kirche, wie man weiß, mit einer für sie selbstverständlichen Ueberzeugungskraft; und es erscheint mir unbestreitbar, daß das evangelische Christentum nur noch eine Zukunft hat, wenn es sich entschließt, pazifistisch zu sein.

Und trotz dieser Erfahrungen: es kommen immer noch Kulturkampfsünden vor — ja, noch mehr: es gibt eine Partei, deren geistige Existenz, soweit sie eine solche noch besitzt, wesentlich auf Kulturkampfinstinkten beruht — die Deutsche Volkspartei. Auch bei den letzten Wahlen konnte ich wieder die Beobachtung machen, daß die Deutsche

Volkspartei, alten nationalliberalen Ueberlieferungen getreu, mit einer billigen und oberflächlichen Hetze gegen das „Katholische“ arbeitet, und die Intellektuellen, die sich noch immer an diese so stark wirtschaftlich orientierte Partei halten, die Honoratioren der richterlichen, pädagogischen, ärztlichen Berufe werden aus der freilich ärmlich gewordenen Ruhe bourgeois Bonhomie am ehesten noch durch geheimnistuerische Warnungen vor dem Jesuitismus gebracht.

Die Aufhebung des Jesuitengesetzes ist in diesen Kreisen bis zum heutigen Tage noch nicht verschmerzt. Es ist recht belehrend, sich einmal die Geschichte dieser Aufhebung im Hinblick auf gegenwärtige Möglichkeiten ins Gedächtnis zurückzurufen. Das Jesuitengesetz ist bekanntlich am 19. Juni 1872 mit 181 gegen 93 Stimmen vom Reichstage beschlossen worden und hat allein die gesamte Kulturkampfgesetzgebung der siebziger Jahre überdauert. Bismarck selbst hat später sowohl zu Bischof Kopp wie zum Freiherrn von Landsberg-Velen geäußert, daß er nichts gegen die Rückberufung der Jesuiten habe — ein Beweis des untrüglichen Instinktes Bismarcks, für das auf lange Sicht Haltbare und — Unhaltbare. Bis zum Jahre 1904 sind im ganzen vier Anträge auf Aufhebung des Jesuitengesetzes gestellt worden. Für die Aufhebung traten auch die fortschrittlichen Abgeordneten Richter und Lenzmann, sowie der sozialdemokratische Abgeordnete Liebknecht ein. Richter sagte in seiner witzigen Weise, daß durch das Gesetz die Jesuiten mit Zigeunern und Vagabunden auf eine Stufe gestellt würden. Es könne auch nicht bezweifelt werden, daß die inländischen Jesuiten schlechter behandelt würden als die Anarchisten. Liebknecht erinnerte daran, daß die Sozialdemokratie von jeher gegen das Gesetz gewesen ist, und begründete das mit dem sozialdemokratischen Parteigrundsatz: Gleiches Recht für alle! Die Nationalliberalen bildeten den Schwerpunkt der Opposition gegen die Aufhebung, und aus ihren Kreisen ist der Gedanke gekommen, angesichts der unhaltbaren Lage, mit einer Abschlagszahlung die Gesamtaufhebung hinauszuschieben. So entstand die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes; dadurch war nunmehr den Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden der Aufenthalt in Deutschland freigegeben; eine Ausweisung ausländischer Jesuiten war nunmehr lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zum Orden nicht möglich.

Die leidenschaftliche Agitation des Evangelischen Bundes dagegen wurde wiederum hauptsächlich von nationalliberalen Pfarrern und Würdenträgern in Szene gesetzt; die Petitionen aus den nationalliberalen Wahlkreisen waren am heftigsten; die konservativen Gruppen, der orthodoxe Teil der evangelischen Kirche, übten eine viel größere Zurückhaltung, ja sprachen sich an manchen Orten für die Aufhebung des Jesuitengesetzes aus.

Erst während des Krieges ist der Text des Jesuitengesetzes, der § 1, der die Niederlassung der Jesuiten und verwandter Orden auf deutschem Boden verbot, gefallen. Alle politisch Einsichtigen hielten diese Abschaffung der letzten deutschen Ausnahmegesetze für eine Notwendigkeit. Nur der „Evangelische Bund“ versuchte eine neue große Agitation in Bewegung zu setzen; immerhin haben eine Anzahl Kreissynoden und Presbyterien Proteste erhoben. In Sachsen kam es sogar zu einer regelrechten Kulturkampfdebatte am 10. Mai 1917, infolge einer Interpellation der Nationalliberalen über die Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Der nationalliberale Abgeordnete Kaiser behauptete, durch den Beschluß des Bundestages sei der politische Besitzstand aufs tiefste erschüttert, der innere Friede gebrochen worden. In einem vertraulichen Schreiben des Evangelischen Bundes vom Oktober 1917 heißt es: „Die Vorgänge der letzten Zeit, insbesondere die Vorstöße des Abgeordneten Erzberger im Reichstage, der Umfall der Zentrumspartei in der Kriegszielfrage, die damit zusammenhängende Papstnote vom 1. August, die daran sich knüpfenden Wirren und Schwierigkeiten zeigen, daß die Jesuiten an der Arbeit sind.“ Der Evangelische Bund beschloß damals eine besondere wissenschaftliche Stelle zu errichten, die die Tätigkeit der Jesuiten beobachten und ihr entgegenwirken sollte. Für die zukünftigen Auseinandersetzungen sollten den Parlamenten, der Presse und den evangelischen Pfarrern Waffen geliefert werden. Das vertrauliche Schreiben schloß mit der Bitte „um einen Wehrbeitrag für diese nationale und protestantische Schutzwehr“. National und protestantisch! Das ist die alte Vorstellung vom „protestantischen Kaisertum der Hohenzollern“, die bis zum heutigen Tage noch recht lebendig ist. Die nationalen und monarchistischen Instinkte werden durch den Appell an den evangelischen Glauben aufgestachelt — und der Sturz des Kaisertums wird als eine deutschfeindliche Tat der Jesuiten hingestellt. Man kann ein guter Protestant und ebenso guter Republikaner sein — die Vereinigten Staaten von Amerika beweisen doch, daß sogar Pietismus und Sektierertum sich mit einem treuen demokratisch-republikanischen Glaubensbekenntnis sehr gut vertragen. Die protestantische Gemeinde ist ja bekanntlich auch das Urbild der demokratischen, aus eigenem Recht und frei sich selbst regierender Gemeinschaft. Die Wahlerfolge der Deutschnationalen Volkspartei, die noch immer unerschütterte Stellung der Deutschen Volkspartei gerade in konfessionell gemischten Wahlkreisen beruhen zu einem guten Teile auf einer geschickten Hetze gegen katholische politische Führer wie Hertling, Erzberger, Wirth, Giesberts, Marx, die als Werkzeuge des Jesuitismus hingestellt werden. Wie Ludendorff und seine Leute mit antikatholischen Gefühlsmomenten gearbeitet haben, ist ja wohlbekannt. Für einen gewissen nationalistischen Hofprediger- und volksparteilichen Professorenstandpunkt sind bis heute Demokraten, Sozialisten und Jesuiten gleich verdächtige Gesellen — nämlich „Internationalisten“, und das ist ja so gut wie Vaterlandslose und Landesverräter.

Für den modernen Staatsbürger ist jener jahrhundertealte Kampf zwischen Staat und Kirche, von dem Bismarck in einer seiner berühmtesten Kulturkampfreden gesprochen hat, zu Ende. Mag jede Kirche, jede religiöse Gemeinschaft das metaphysische Bedürfnis ihrer Anhänger so gut befriedigen, als sie irgend vermag — der politische Kampf muß mit den Mitteln reiner Weltlichkeit ausgefochten werden —, damit auf den Staat das Wort passe, das Goethe von seinem alten Frankfurt gesagt hat:

„In einer Stadt, wo Parität
Noch in der alten Ordnung steht . . .“

Die Republik der Geusen

Von Robert Breuer

Nur in den Vororten war der schwarz-rot-goldene Plunder
herausgehängt. Die „Rote Fahne“.

Die „Rote Fahne“ hat vollkommen recht: die Vororte von Magdeburg glänzten, und was viel wichtiger ist, sie jubelten in Schwarz-Rot-Gold. Das Herz dieser Vororte schlug für die Republik, es enthüllte sich in einer festen, rührenden und unvergesslichen Art. In Magdeburgs Vororten wurde es offenbar, daß die Republik ihr dornengekröntes Haupt ruhig in den Schoß der armen Leute bergen kann. Die deutsche Republik ist die Republik der Geusen geworden; vor ihr stehen wie eine Mauer die Nichtbesitzenden, die Erblosen, die Proletarier, die von einer Restauration des einstigen Obrigkeitsstaates nichts, die aber alles vom Staate der Demokratie, vom neuen, kämpfenden Volksstaat zu erwarten haben. Man muß die Vorortgassen von Magdeburg am Tage des Reichsbanners gesehen haben, um der unerschütterlichen Ueberzeugung sein zu können, daß kein Kaiser, keine Diktatur die Sehnsucht dieses Volkes ist, daß vielmehr dieser, den tragenden Grund bildende Block des deutschen Volkes in der demokratischen Republik die Erfüllung des Vätertraumes und die Sicherstellung einer gerechten Entwicklung erkannt hat. Das war kein mechanisches Herausstecken der Fahnen, keine befohlene Dekoration — das Magdeburger Proletariat hatte seine dürftigen Wohnstraßen, die baufälligen Häuser, die Baracken mit liebevoller Hand geschmückt, geschmückt, wie man zum Geburtstag, zur Hochzeit, zum Ehrentag geliebter Blutsverwandtschaft die Farben der Freude zeigt. Blumen waren vor die Fenster gestellt worden, Girlanden überzogen die Straßen, umkränzt die Türen; selbst in den Höfen erhellten Grün und Farbe die düstere Alltäglichkeit. Das waren keine kostbaren Flaggen; das waren kleine Fähnlein, selbstgenähte, die von unten bis oben, vom versenkten Kellerfenster an bis hinauf in die Dachluken das Grau der Häuser republikanisch bewimpelten. Die „Rote Fahne“ hat vollkommen recht: nur in den Vororten war der schwarz-rot-goldene Plunder herausgehängt. Aber in einem hat sie vollkommen unrecht: für die Tausende und Zehntausende, die der Republik und ihrem Banner das Fest bereiteten, war Schwarz-Rot-Gold kein Plunder, war vielmehr ein Bekenntnis der Seele und des Willens. Und noch in einem andern irrt die „Rote Fahne“. Sie spricht verächtlich von diesen republikfreundigen Vororten; sie vergißt, daß dort doch gerade die wohnen, denen das kommunistische Heil gebracht werden soll. Es scheint in den Vororten von Magdeburg kein Hunger nach dem moskowitzischen Evangelium zu sein. Die „Rote Fahne“ hätte sich überlegen sollen, daß ihre Feststellung zugleich auch ein Anerkenntnis dafür ist, daß die demokratische Republik, daß Schwarz-Rot-Gold und dessen Schutz- und Trutzgarde, das Reichsbanner, vom Magdeburgischen Proletariat feierlich und begeistert, entschlossen und mit warmen Herzen begrüßt worden sind.

Die deutsche Republik steht fest. Magdeburg ist nur ein Symbol. Die hunderttausend Reichsbannerleute, die in stundenlangem Marsch an Hörsing vorbeizogen, repräsentierten den Volkswillen des ganzen Reiches. Für diese Stunden des Kampfmarsches war die deutsche Nation, war

das wahrhaft nationale Deutschland in Magdeburg stabilisiert. Diese Republik, verteidigt von solcher Mannschaft, ist nicht mehr umzubringen. Wehe denen, die sich solchem Marsch in den Weg stellen. Die deutsche Republik marschirt. Das ist das eherne Ergebnis von Magdeburg. Und solcher Marsch wird Hilfstruppen sonder Zahl finden — wenn es not tun sollte. Wo immer der Reichsbannersturm vorüberkam, schwoll ihm die Zustimmung der Hunderttausende, die die Straßen säumten, entgegen. Man hörte das Schlagen der Herzen; aus den Fenstern, von unten bis oben, wehten die Tücher begeisterter Zustimmung. Und über den Marschierenden spannte sich, von Menschenspalier zu Menschenspalier, schwarz-rot-gold straffer Willensbogen. Weimar, Mannheim, Magdeburg: die Republik ist gesichert. Nicht eine Republik, wie sie sich vielleicht Herr Luther vorstellt, ein bequem zu handhabendes Instrument zur Sicherung des Profites der Schwerindustrie und des Großagrarierturns. Die Republik von Magdeburg ist keine plutokratische; die deutsche Republik ist die Republik der Geusen und ihr Wahlspruch ist: Es ist Zeit, mit dem Klinger zu klingen.

Die Agenten der Reaktion

Von Victor Schiff

Im vergangenen Herbst sprach ich einmal in Paris mit dem ausgezeichneten Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, Paul Faure, über die kommunistische Bewegung in Frankreich. Genosse Faure meinte, die jüngste Entwicklung des Kommunismus in den meisten Ländern und besonders in Frankreich habe ihn immer mehr zu der Auffassung bekehrt, daß zumindest ein Teil der sogenannten Bolschewisten bewußte und bezahlte Agenten der Reaktion sein müßte. Zur Bekräftigung dieser Ansicht führte er eine ganze Reihe von Tatsachen an, die höchst bedenklich stimmen müssen. Es ist bereits statistisch festgestellt worden, daß die Niederlage des Nationalen Blocks am 11. Mai v. J. noch wesentlich schlimmer gewesen wäre, wenn nicht die Kommunisten eigene Kandidatenlisten fast überall aufgestellt und dabei den Wahlkampf ausschließlich gegen die Sozialisten und gegen den Linksblock geführt hätten. In den meisten Wahlkreisen stand es von vornherein fest, daß sie absolut keine Chance besaßen, und daß ihre Sonderlisten „bestenfalls“ die Erlangung der absoluten Mehrheit durch den Linksblock verhindern, d. h. die Wahl einiger reaktionärer Kandidaten ermöglichen würden! Das ist unter vielen anderen Fällen auch im Wahlkreis des Genossen Faure, im Departement Saone-et-Loire geschehen, wo die großen Schneider-Werke von Le Creusot liegen: dort sind mit dieser indirekten kommunistischen Hilfe zwei nationalistische Vertreter der Arbeitgeberinteressen gewählt worden, während sonst die gesamte rein sozialistische Liste, d. h. neun statt sieben Kandidaten der Arbeiterschaft gewählt worden wären. In Le Creusot selbst haben die Kommunisten in einer fast ausschließlich proletarischen Bevölkerung von 75 000 Einwohnern knapp 1100 Stimmen erhalten. Die dortige gewerkschaftliche Organisation war bisher von einer für französische Verhältnisse seltenen Einheitlichkeit und Stärke, so daß die wegen ihrer

scharfmacherischen Tendenzen berüchtigte Firma Schneider von der Arbeiterschaft in Schach gehalten wurde. Da entsandte während des Sommers die kommunistische Parteizentrale eine ganze Anzahl von Propagandisten, die nun wochenlang an Ort und Stelle agitierten und dabei die Arbeiterschaft ausschließlich gegen ihre bisherigen politischen und gewerkschaftlichen Führer aufputschten, Zwietracht unter den Arbeitern säten und die bis dahin so einheitliche und schlagkräftige Organisation erschütterten. Kann man es dem Genossen Faure verargen, daß er nun die Frage aufwirft: „Wer bezahlt diese angeblich kommunistische Agitation? Das können doch nur diejenigen sein, die Interesse daran haben, die Arbeiterschaft durcheinanderzubringen!“

Seit jener Unterredung mit Faure ist nun an vier verschiedenen Stellen Frankreichs festgestellt worden, daß kommunistische Führer oder Spitzenkandidaten erhebliche Wahlgelder vom Nationalen Block erhalten hatten. Die K.P.F. hat angesichts der erdrückenden Beweise die überführten Schuldigen ausgeschlossen. Aber es ist kein Zweifel daran, daß es noch eine ganze Anzahl von französischen Kommunisten gibt, die ebenfalls bezahlte Helferdienste der Reaktion geleistet haben, die aber, weil sie noch nicht entlarvt werden konnten, sich weiter als „revolutionäre Klassenkämpfer“ gegen die sozialistischen „Arbeiterverräter“ aufspielen dürfen.

*

„Wozu in die Ferne schweifen, sich', das Gleiche liegt so nah!“ So dürfte unwillkürlich ein jeder bei der Lektüre dieser Zeilen gedacht haben. Wir haben besonders seit einem Jahre im eigenen Lande so viele Beispiele von kommunistischen Handlangerdiensten für die Rechtsparteien erlebt, daß es in der Tat fast überflüssig erscheint, Beispiele aus einem anderen Lande heranzuziehen. Indessen beweisen diese Angaben über die Tätigkeit der französischen Kommunisten, daß es sich dabei offenbar um eine internationale Erscheinung handelt, und daß die Reaktion aller Länder den Wert der bolschewistischen Hilfe richtig erkannt hat.

Diese Entwicklung des internationalen Kommunismus ist aber keine Zufallserscheinung, sondern die logische Konsequenz der von Moskau ausgegebenen Parolen und angeordneten Taktik. Schon im Herbst 1920, auf dem Spaltungskongreß der U.S.P.D. in Halle, schleuderte Sinowjew das furchtbare Wort in die Massen, daß die Sozialdemokraten sowie die „gelben“ Amsterdamer Gewerkschaften schlimmere Feinde des Proletariats seien als die Weißgardisten. Vom Standpunkt der Kommunisten, die ja nur auf Kosten der Sozialdemokraten und durch deren Diskreditierung gewinnen können, war dieser Ausruf durchaus folgerichtig. Doch machten sehr bald die mit den europäischen Verhältnissen und der europäischen Arbeiterpsyche besser als Sinowjew betrauten Führer der Dritten Internationale, z. B. Radek, die Entdeckung, daß sie mit solchen Parolen in Deutschland, Frankreich usw. zunächst nicht vorwärts kommen würden: die meisten Arbeiter, selbst wenn sie mit dem Kommunismus grundsätzlich sympathisierten, würden sich instinktiv weigern, plötzlich von heute auf morgen, auf Befehl eines Sinowjew, die Kampfgenossen von gestern als „schlimmer als die Weißgardisten“ zu bekämpfen. Daher die „Einheitsfront“-Parolen in den Jahren 1921/23;

die unehrlichen Versuche gemeinsamer Konferenzen und gemeinsamer Aktionen, die natürlich nur dem Zweck der „Entlarvung“ der reformistischen Führer dienen sollten.

Mit der Herbst-Niederlage der K.P.D. im Jahre 1923 änderte sich jedoch die Taktik Moskaus vollkommen. Die Rechte hatte abgewirtschaftet, ihre Führer wurden, einschließlich ihres Repräsentanten in der Moskauer Exekutive, Radek, abgesägt, die Linke bekam uneingeschränkt das Heft in die Hand. Damit wurde nicht nur mit den aussichtslosen Einheitsfront-Parolen Schluß gemacht, sondern es trat noch ein zweites hinzu: gerade in dieser Zeit begann die Entspannung der außenpolitischen Lage und damit Hand in Hand die Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Für die „Linke“ war dies eine besonders schlimme Enttäuschung. Man hatte — zum Teil vielleicht mit Recht — den bisherigen „rechten“ Führern den Vorwurf gemacht, daß sie aus Mangel an revolutionärer Entschlossenheit die an sich außerordentlich günstige Krise des Sommers und Herbstes 1923 für eine Massenerhebung nicht auszunützen verstanden hatten. Nun sollte die günstige Gelegenheit gerade in dem Augenblick vorbei sein, in dem die „linken“ Führer zeigen wollten, was sie können! Es ist daher nur verständlich, daß die neuen Herrscher der K.P.D. mit allen Mitteln versuchten und noch heute versuchen, eine ähnliche Situation wie im Herbst 1923 wieder zu schaffen. Deshalb der verzweifelte Kampf gegen das Dawes-Gutachten, deshalb die konsequenten Versuche, im Reiche und in Preußen die Bildung von Linkserregierungen zu verhindern.

Seitdem die „linken“ Führer in der kommunistischen Internationale wieder uneingeschränkt herrschen, haben sich ganz naturgemäß auch die ideologischen Grundlagen der kommunistischen Agitation verschoben. Jetzt ist die unverfälschte Verelendungstheorie, die hemmungslose Katastrophentheorie wieder in Ehren. Jede positive Arbeit wird als Reformismus grundsätzlich abgelehnt, denn Reformen, die das Los der Arbeiterschaft bessern, schläfern bekanntlich deren revolutionäre Energie ein. Die proletarische Revolution, wie sie Moskau auffaßt, kann nur aus der Verzweiflung der Massen entstehen. Am liebsten sähen die deutschen Kommunisten eine neue Währungskatastrophe, wenn nicht gar einen neuen Krieg („Schulter an Schulter mit Sowjet-Rußland“). Aber da sie in ihrer gegenwärtigen Schwäche nicht einmal mehr fähig sind, eine große Massenaktion zu entfesseln, suchen sie die künstliche Verschärfung der Klassegegensätze und die gewaltsame Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft auf andere Art herbeizuführen. Die eigentümliche parteipolitische Konstellation im Reichstage und im Preussischen Landtage gibt ihnen die Möglichkeit hierzu: da mit ihrer Hilfe jede republikanische Regierung verhindert werden kann, so versuchen sie, indirekt, aber bewußt, Rechtsblockregierungen im Reiche und in Preußen zu erzwingen. Von diesen Rechtsblockregierungen erwarten sie eine so ausgesprochen arbeiterfeindliche Politik, daß die Massen wieder allmählich in Gärung geraten könnten. Außerdem erhoffen sie von dem neuen Rechtskurs in Deutschland eine zunehmende außenpolitische Spannung, den Sturz Herriots und die Rückkehr Poincarés, eine neue europäische Krise, in der die deutsche Währung ein neues Mal

zusammenbrechen würde. Alles durchaus einfach und logisch, wenigstens vom Standpunkt der kommunistischen Katastrophentheorie aus betrachtet.

*

In der Programmdebatte zu der Regierungserklärung Luthers hat Ruth Fischer diese kommunistischen Hoffnungen mehr als angedeutet. Sie hat in ihrer Rede mindestens ein halbes Dutzend mal erklärt, daß die Kommunisten das Zustandekommen der Rechtsregierung Luther-Schiele-Stresemann begrüßten, und hat dies ausdrücklich mit der erwarteten Verschärfung der Klassengegensätze begründet. Wenn nun fast zur gleichen Zeit die Kommunisten zu öffentlichen Protestkundgebungen gegen die Bildung des Bürgerblocks aufriefen, so war das nicht nur ein schlechter Witz, sondern auch ungeschickt. Man kann nicht zu gleicher Zeit ein Ereignis bewußt herbeiführen und dagegen Sturm laufen, es begrüßen und es verwünschen. Zumindest sollten die Kommunisten die von ihnen in den Sattel gehobene Regierung Luther sich gegen die Arbeiterschaft erst auswirken lassen, um dann — auf die Kritiklosigkeit und das schlechte Gedächtnis der unorganisierten Massen spekulierend — zum Kampf gegen den Rechtskurs aufzurufen. Die kommunistische Katastrophenpolitik hat nur dann einen Sinn, wenn sie auf lange Sicht arbeitet. Aber es geht nicht an, heute die Linksregierungen gemeinsam mit der Reaktion zu stürzen und schon morgen gegen die Rechtsregierungen zu protestieren.

Ein solcher Mangel an Folgerichtigkeit macht sich gegenwärtig bei der Taktik der Kommunisten im Preußischen Landtage bemerkbar. Sie haben Otto Braun gestürzt. Gut! Aber dann müssen sie auch den Mut haben, eine Rechtsregierung herbeizuführen. Im Reiche ist es ihnen gelungen, weil das Zentrum nach langem Widerstand schließlich kapituliert hat. In Preußen scheint aber das Zentrum festbleiben zu wollen. Unter diesen Umständen ist die Bildung einer Rechtsregierung nur möglich, wenn die Kommunisten bei der Ministerpräsidentenwahl für den Kandidaten der Rechtsparteien stimmen. Dazu haben sie sich bereits zweimal nicht entschließen können.

Warum diese Inkonsequenz, warum diese Feigheit? Entweder man glaubt an die Notwendigkeit der Katastrophenpolitik oder man glaubt nicht daran. Die Kommunisten haben es in der Hand, jene von Ruth Fischer begrüßte Verschärfung der Klassengegensätze im Reiche auf Preußen auszudehnen. Sie brauchen nur ihre Stimmen einem deutschnationalen Ministerpräsidenten zu geben: dann wird Schlange-Schöningen Minister des Innern, Dr. Deerberg Justizminister, Ladendorff Wohlfahrtsminister, Laverrenz Berliner Polizeipräsident — und das Ziel der Verschärfung der Klassengegensätze, der Aufpeitschung der Massen ist erreicht. Warum schreckt die preußische Kommunistenfraktion vor diesem letzten, einzig logischen Schritt zurück?

Staat oder Schwerindustrie?

Von *Periskopos*

Ueber dem Ruhrgelderskandal sind die Vorgänge innerhalb der deutschen Eisenindustrie bei den Verhandlungen um den deutsch-französischen Handelsvertrag ein wenig in Vergessenheit geraten. Inzwischen hat aber der Reichswirtschaftsminister, Herr Dr. Neuhaus, bei verschiedenen Gelegenheiten über seine Absichten und auch über seine Stellung zum deutsch-französischen Handelsvertrag nähere Mitteilungen gemacht, die es angebracht erscheinen lassen, sich mit den Schwierigkeiten, die während der Handelsvertragsverhandlungen aufgetreten sind, etwas näher zu befassen.

Die französische Eisenindustrie war bisher in günstiger Lage: kraft „einseitiger Meistbegünstigung“ konnte sie ins frühere Versorgungsgebiet Lothringens nach Süd- und Westdeutschland erhebliche Mengen einführen. Mit dem 10. Januar hat das aufgehört. Ihren Wünschen, auch nach Inkrafttreten des Handelsvertrages für ihre Produktion durch zollfreie Einfuhr gewisser Rohstoffmengen aus Lothringen weiter Absatz zu finden, stellte sich die deutsche Schwereisenindustrie entgegen, die während der letzten Jahre langsam den größten Teil des deutschen Marktes für sich erobert hat. Diese Machtposition will die Schwerindustrie jetzt, wo es um den Handelsvertrag mit Frankreich geht, ausnutzen, indem sie verlangt, daß die Einfuhr französischen Roheisens mit einem Zoll, der 50 Prozent höher als der heutige Satz ist, belegt wird. So bleibt es faktisch ihrem eigenen Ermessen überlassen, den Preis für den inneren deutschen Markt zu bestimmen, und durch diese Monopolisierung des Inlandsmarktes kann sie leicht ihre Generalunkosten aus der Produktion für das deutsche Staatsgebiet decken, um dann auf dem Weltmarkt immer in tätige Konkurrenz zu anderen Eisenproduzenten treten zu können.

So war bei den Handelsvertragsverhandlungen das wichtigste Ziel der Schwerindustrie, unter allen Umständen zu verhindern, daß die verarbeitende Industrie die Festsetzung eines Eisenzolles betrieb, der nicht von vornherein hoch genug war, um die Generalunkosten der Schwerindustrie auf dem inneren Markt zu decken. Und so kam sie, als eine Interessenverknüpfung der lothringischen Produzenten mit den süddeutschen eisenverarbeitenden Fabriken drohte, die bisher die Hauptabnehmer lothringischen Roheisens gewesen waren und sich daher für das Beibehalten niedriger Eiseneinfuhrpreise besonders interessierten, zu dem bekannten Vorschlage des sogenannten „Industriezollpakts“.

Im Zollpaktvorschlag verpflichtet sich die deutsche Schwereisenindustrie, der eisenverarbeitenden Industrie eine Vergütung für den Export von Fertigfabrikaten aus Deutschland zu zahlen. Eine Vergütung, deren Höhe der Fertigindustrie ermöglichen sollte, ihre Produkte auf dem Weltmarkt zu Weltmarktpreisen — und nicht zu den höheren Inlandpreisen — anzubieten und damit konkurrenzfähig gegenüber den Weltindustrien zu bleiben. Dafür mußte die Fertigindustrie den 50prozentigen Eisenzoll anerkennen. Die Schwerindustrie ihrerseits versprach, in Verhandlungen mit den französischen Interessenten Minimalzölle für die Einfuhr deutscher Fertigfabrikate nach Frankreich herauszuholen und dafür der französischen Schwerindustrie feste Abnahme gewisser

Kontingente ihrer Produktion zuzugestehen. Die Verpflichtung der deutschen Fertigungindustrie, den vorgeschlagenen Zollsätzen zuzustimmen, hätte der Schwerindustrie ein unbedingtes Preismonopol auf dem inneren Markt gesichert. Der Köder war die Rückvergütung, die für exportierte Fabrikate gezahlt werden sollte. Darauf, daß das innere Preisniveau bei Einführung um 50 Prozent höherer Eisenzölle erheblich steigen würde, brauchte man kein besonderes Gewicht mehr zu legen, da durch die Abnahme begrenzter französischer Eisenkontingente neben dem Preismonopol auch noch ein Einkaufsmonopol bestanden hätte, das von jeder Konkurrenz vollständig verschont geblieben wäre.

Inzwischen hat der deutschnationale Reichswirtschaftsminister zu verschiedenen Punkten des Zollpaktes seine Meinung geäußert. Herr Neuhaus sagt, daß „der Hauptwert des Abkommens in der Festigung des Friedens der deutschen Wirtschaft bestand“. Allerdings, wenn man unter Festigung des Wirtschaftsfriedens das Erschaffen einseitiger Monopole versteht, trifft die Ansicht des Wirtschaftsministers zu. Aber schließlich ist dieser „Frieden der deutschen Wirtschaft“ doch nur ein Frieden innerhalb der deutschen Eisenwirtschaft — und noch dazu ein erzwungener. Er erscheint auch nicht gerade dadurch gewährleistet, daß durch seinen Abschluß monopolistische Preissteigerungen einsetzen, die die übrige Wirtschaft schwer beeinträchtigen und die Konsumenten ganz besonders empfindlich treffen werden. Die Ideen des Reichswirtschaftsministeriums, das zur Lenkung der gesamten Wirtschaft berufen ist, müssen zum mindesten recht einseitig genannt werden.

Zum Zollpakt erklärt Herr Neuhaus ferner, die eisenverarbeitende Industrie habe „ein vitales eigenes Interesse daran, ihre Roheisenbasis im Inland zu haben“, während er noch kurz vorher von Sonderinteressen der süddeutschen Industrie spricht, die die Franzosen auszunutzen versucht hätten. Hier liegt ein Widerspruch in sich selbst, denn wenn wirklich die „vitalen eigenen Interessen“ der Eisenverarbeiter darin lägen, von der deutschen Schwerindustrie ihre Rohstoffe zu beziehen, würden sie unter allen Umständen danach handeln und der ganze Industriezollpakt wäre überflüssig gewesen. Der Reichswirtschaftsminister allerdings begründet seine Annahme vom Vorhandensein solcher Interessen höchst bedenklich, indem er behauptet, daß regelmäßige Rohstoffversorgung nur durch die Roheisenbasis im eigenen Lande gesichert sei, „auch in Zeiten allgemeiner Konjunkturen, in denen die bis dahin exportierenden Länder ihr Eisen im eigenen Lande verarbeiten können“. Hiermit stimmt der Minister dem Entstehen eines inneren Monopols ganz ohne weiteres zu, obwohl abzuwarten wäre, ob überhaupt einmal solche internationale Konjunkturen, von denen er spricht, eintreten. Auch dann könnte man sich immer noch bei Rohstoffmangel aus der inneren Produktion versorgen, wenn man bis dahin im Ausland eingekauft hatte.

Im Zollpaktentwurf vereinbarte die Eisenindustrie, daß die lothringischen Kontingente nicht etwa einen Teil des Handelsvertrages ausmachen dürften, sondern daß ihre Festsetzung allein privaten Abmachungen zwischen den beiden Industriegruppen überlassen blieben. Auch hier versucht der Wirtschaftsminister die Eisenindustrie gegen die „schlechte Meinung“ Außenstehender zu verteidigen. Er scheint der Ansicht zu sein, daß nach Abschluß eines Handelsvertrages unter allgemeiner Meistbegünstigung mit hohem Eisenzoll die französischen Pro-

duzenten immer noch nicht unbedingt Abnehmer in Deutschland finden würden. Diese Ansicht ist insoweit berechtigt, als tatsächlich die straff kartellierte deutsche Schwereisenindustrie nicht von Staats wegen zur Abnahme französischer Produktion hätte gezwungen werden können. Unter diesen Umständen befürchtete er wohl die Möglichkeit eines gewissen französischen Dumping, und deshalb lobt Herr Neuhaus die Schwerindustrie, die zu Privatverträgen über gewisse französische Einfuhrkontingente bereit gewesen sei, obwohl sie diese Bereitwilligkeit an sich nicht nötig gehabt habe. Warum ist man eigentlich im Reichswirtschaftsministerium nicht auf die naheliegende Idee gekommen, daß Dumping weitaus am leichtesten durch ein staatliches Antidumpinggesetz verhindert wird, wie es z. B. England während der Inflation erfolgreich gegen deutsche Warenüberschwemmung erlassen hatte? Warum soll der Staat die — niemals kostenlose — Hilfe ganz einseitig orientierter Wirtschaftskörper in Anspruch nehmen, wenn er selbst in der Lage ist, Uebelständen abzuhelpen? Die Verteidigung der Industrie mit ihren sogenannten löblichen Absichten beweist eine noch stärkere Drehung der deutschen Wirtschaftspolitik nach der Schwerindustrie hin.

Trotz des groß aufgemachten Entgegenkommens der deutschen Industrie, das im Staatsinteresse recht belanglos war, haben sich die industriellen Verhandlungen zerschlagen, und die Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich sind jetzt „freundschaftlich unterbrochen“ worden. Frankreich wird seinen Zolltarif wahrscheinlich herabsetzen, gezwungen durch die ablehnende deutsche Haltung, die darauf zurückzuführen ist, daß die Schwereisenindustrie ihre Vormachtstellung dazu benutzt hat, bei den Kämpfen um den Handelsvertrag ihre Position nach innen und außen ganz ungeheuer zu kräftigen. Wäre nicht ein anderer Ausgleich vorzuziehen gewesen? Die politische Lage Deutschlands gegenüber Frankreich ist unzweifelhaft schlechter als die wirtschaftliche. Mehr Entgegenkommen auf wirtschaftlichem Gebiete hätte der Schwerindustrie zwar weniger Macht, dem ganzen Land eine Besserung der politischen Aussichten bringen können. Die Folgen der beabsichtigten Abkommen werden sich drüben nur wieder in politischer Verärgerung äußern und den Kurs stärken, der Deutschland politisch immer zu schädigen gesucht hat. Außerdem sind die Vorteile des Handelsvertrages für die deutsche Eisenwirtschaft so einseitig, daß sie vollständig aufgewogen werden durch die Nachteile, die die übrige Wirtschaft und die Verbraucher in den naturnotwendigen Preissteigerungen fühlen werden.

Immerhin spiegelt sich in den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen die Auffassung der Industrie über ihre Befugnisse im Staate wieder. Sie meint offenbar, bei Handelsvertragsverhandlungen habe der Staat nur — gleichsam als Notar — zum Schluß das Protokoll zu beglaubigen. „Ueber die Höhe des zu schaffenden Zollschatzes wird in späterer Verbandssitzung entschieden werden.“ „Die Eisenindustrie wird sich bemühen, in ihren Verhandlungen Mindesttarife zu erreichen, sie wird sich mit der verarbeitenden Industrie in Verbindung setzen, bevor sie einen endgültigen Vertrag mit der Gegenpartei abschließt.“ So heißt es wörtlich im Zollpaktentwurf. Handelsverträge sind Staatsverträge — meinte man früher. Die Absichten des Wirtschaftsministers dieser Politik gegenüber liegen klar zutage. Von einem Minister, der private Industieverhandlungen

an Stelle von staatlichen auch noch verteidigt, der ganz mit der Zahlung von Exportrückvergütungen einverstanden ist, und damit der Erhöhung des inneren Preisniveaus gegenüber dem äußeren offen zustimmt, werden alle letzten Verbraucher, und das ist die Masse der Arbeiterschaft, nichts Gutes zu erwarten haben. Die üblen Folgen, die außerdem Wirtschaftspolitik ohne jede Rücksicht auf die weitere Zukunft nach sich zieht, haben wieder die auszubaden, die an der Führung solcher Politik niemals einen Anteil hatten.

Der neue Reichtum der Ruhrindustrie

Von Paul Ufermann

Geschäftsberichte großer Aktiengesellschaften waren in der Vorkriegszeit zeitgeschichtliche Wirtschaftsdokumente. Man gab sich wenigstens Mühe, die Verhältnisse des betreffenden Industriezweiges klarzulegen. Die Öffentlichkeit war vielfach in der Lage, sich über die in Frage kommende Unternehmung, ihre Ausdehnung und Entwicklung, ein Bild zu machen. Hierin ist ein großer Wandel eingetreten. Die Geschäftsberichte der Gegenwart sind von nicht zu überbietender Dürftigkeit, geradezu sprechende Beispiele dafür, mit vielen Worten wenig oder gar nichts zu sagen. Den Vogel bei alledem schießen die Publikationen der Gesellschaften der Ruhrindustrie ab. Gerade sie, die im Scheinwerferlicht der öffentlichen Betrachtung stehen, bringen nur Rätsel, aber keine Erklärungen. Die Generalversammlungen dienen in der Regel nur dazu, um den Aktionären einige nichtssagende Worte zu übermitteln oder um Klagelieder über hohe Steuern, Frachtkosten, geringe Arbeitsleistungen usw. anzustimmen. Aus diesen verwerflichen Methoden spricht nicht nur ein schlechtes Gewissen, sondern die gesetzlich vorgeschriebene Publikationspflicht wird zur Farce herabgewürdigt.

Man klagt über Kapitalnot, man pumpt in aller Welt herum und tritt dabei die elementarsten Rechte des kapitalgebenden Publikums mit Füßen, über die geldsuchenden Unternehmungen Auskunft zu erlangen. Dies ändert sich natürlich, wenn man in anderen Ländern an die Türen der Geldleute klopft. Da verlangt man nachweisliche Unterlagen, Flunkeereien über schlechte Zeiten und ähnliches würden dort keinen Hund hinter den Ofen hervorlocken. Also muß man die Karten aufdecken.

Ueber den kleinen Umweg über New York erhielt die deutsche Öffentlichkeit in den letzten Tagen Kenntnis von dem Substanzzuwachs einiger größerer Unternehmungen. So erzählt ein Prospekt von der Warenhausfirma Karstadt A.-G., Hamburg, in recht renommiertischer Weise, wie man bisher das deutsche Publikum hinteres Licht geführt habe, denn die Bilanzposten über Immobilien, Inventar usw. seien in Wirklichkeit um ein vielfaches höher, als offiziell angegeben sei. So sollen die Warenvorräte der Karstadt-A.-G. nicht, wie in der Bilanz deklariert, 28,3, sondern 60 Millionen Mark betragen; Inventar und Maschinenpark nicht 0,8, sondern 25 Millionen Mark; Gebäude und Grundstücke nicht 7,0, sondern 95,8 Millionen Mark usw. Doch nicht nur Karstadt hat mit märchenhaften Reichtümern geprunkt, sondern auch die Firma Thyssen, worauf es uns hier in erster Linie ankommt.

Der heute 83 Jahre alte Gründer des Thyssen-Konzerns, August Thyssen, legte im Jahre 1871 den Grundstein zur heutigen Firma, indem er in Styrum bei Mülheim an der Ruhr ein kleines Walzwerk errichtete. Das Werk wurde von der allgemeinen Entwicklung der deutschen Industrie emporgetragen. August Thyssen gliederte seinen Hüttenwerken später Kohlengruben und in der französischen Normandie Erzgruben und -felder an. So wurde das Werk im Laufe weniger Jahrzehnte zu einem der größten deutschen Unternehmungen. Das vertikale Prinzip, ausgehend von Kohlen- und Erzgruben über Hütten-, Stahl- und Walzwerke bis zur fertigen Maschine, verstand er schon in der Vorkriegszeit zur Anwendung zu bringen. August Thyssen besaß, als der Krieg ausbrach, einen geschlossenen Industriekomplex der Eisen-, Kohlen- und Stahl-Industrie. Trotzdem gehörte er nicht zu den Reichsten in Deutschland.

Die Kriegs- und Nachkriegszeit sind natürlich auch auf den Thyssen-Konzern nicht ohne Einfluß geblieben. Das Eigentümliche bei der Expansion Thyssens in der Zeit der Substanzvermehrung war aber, daß er weniger Gewicht auf Hinzukauf von neuen Unternehmungen legte, sondern seine Werke in geradezu musterhafter Weise vervollkommnete. Es gibt in Deutschland kaum einen Betrieb, der sich technisch mit den Thyssen-Werken messen kann. Ferner kommt bei Thyssen hinzu, daß man es hier mit einem reinen Familienunternehmen zu tun hat, deren hauptsächlichsten Werke nicht in die Form einer Aktiengesellschaft gekleidet sind, und somit der öffentlichen Publikationspflicht nicht unterliegen. Bei Thyssen wird ganz im Gegensatz zu Stinnes still und geräuschlos gearbeitet. Neben den Kriegs- und Inflationsgewinnen hat Thyssen mit Obligationenskapital gearbeitet, so daß er an der Geldentwertung doppelt zu verdienen vermochte.

Diese verschiedenen Gewinnmöglichkeiten vermochten sogar den großen Verlust auszugleichen, den Thyssen durch den Krieg in Frankreich und Lothringen erlitt. Die heutigen Werke in Rheinland und Westfalen werden in ihrer Kapazität in der Lage sein, den früheren Produktionsanteil der lothringischen Werke in Hagendingen mit zu bewältigen. Demnach ist es verständlich, wenn Thyssen den Vermögenswert seiner Berg- und Hüttenwerke in dem amerikanischen Prospekt mit 117 Millionen Dollar, gleich 492 Millionen Goldmark angibt. Thyssen hat hinzugefügt, daß, wenn man diese Werke jetzt neu aufbauen würde, dazu ein Kostenaufwand von 166 Millionen Dollar oder gleich 697 Millionen Goldmark notwendig wäre. Wollte man aber dieselben Werke in Amerika aufbauen, so würden die Kosten hierfür 250 Millionen Dollar oder mehr als eine Milliarde Goldmark betragen. Gewiß gewaltige Summen, die ihre Vermehrung nicht in letzter Linie der Kriegs- und Inflationszeit verdanken.

Bei der Erneuerung des Kohlensyndikats war der heutige Leiter des Thyssen-Konzerns, Fritz Thyssen, der Wortführer der Außenseiter. Dies war dadurch erklärlich, weil Thyssen eine vorzügliche Handelsorganisation aufzubauen in der Lage war. Die Thyssensche Handelsgesellschaft besitzt Niederlassungen in allen größeren Städten Deutschlands. Für den Kohlen-, Roheisen-, Schrott- und Halbzeughandel bestehen besondere Handelsunternehmungen. Im Ausland wurden folgende Gesellschaften ins Leben gerufen: Compania Thyssen Ltda., Buenos

Aires; Bank voor Handel en Scheepvaart in Rotterdam, Handels en Transport Mij Vulcaan in Rotterdam und die Vulcaan Coal Company in Rotterdam. Letztere betreiben auch Schiffahrt auf dem Rhein. Im Oktober vorigen Jahres wurde außerdem die Ruhrkohlen-Import A.-G. mit dem Sitze in St. Gallen errichtet. Diese soll den Kohlenvertrieb und deren Nebenprodukte nach der Schweiz und den umliegenden Staaten übernehmen. 1923 übernahm die Thyssen-Gruppe ein größeres Aktienpaket der Deutschen Hansabank A.-G. in München. Ausgangs vorigen Jahres erwarb Thyssen die Mehrheit der Vereinigte Berliner Mörtelwerke A.-G. in Berlin. Diese Gesellschaft besitzt große Grundstücke in Berlin, Rüdersdorf usw. Ferner kontrolliert sie mehrere Unternehmungen der Baustoffbranche, eine Schiffbauwerft, eine Schiffahrtsgesellschaft auf der Spree und einen großen Fuhrpark.

Thyssen besitzt also nicht nur die im amerikanischen Prospekt erwähnten und mit einer Milliarde abgeschätzten großen Stahlwerke, sondern auch noch andere Unternehmungen, deren Erwerb zum größten Teil in die Inflationszeit und in die Stabilisierungsperiode, allwo die Entschädigungen flossen, fällt. Fritz Thyssen zählt heute zu den ersten Führern der Schwerindustrie. In der Rohstahlgemeinschaft übt er den Vorsitz aus, die Verhandlungen mit den französischen Eisenindustriellen in Paris wurden von ihm geleitet. Außerdem steht er in der Politik und im Wirtschaftskampfe sehr weit rechts, obwohl er teilweise als Katholik zur Zentrumsparlei gehörig betrachtet wird. In einem Briefe an den damaligen Reichskanzler Wirth forderten die Thyssen als erste die Aufhebung des Achtstundentages. Kaum war der passive Widerstand zusammengebrochen, sperrten die Thyssen-Werke ihre Arbeiter aus, weil sie sich weigerten, zu den Bedingungen der 1914 geltenden Arbeitszeit zu arbeiten. So sieht die Firma Thyssen als Arbeitgeber aus. Man munkelt überdies, daß Thyssen dem Barmat-Rummel nicht allzu fern stehen soll. Thyssen hat allen Grund, eine demokratische Kontrolle des Wirtschaftslebens zu hassen, weil durch diese auch sein Reichtum durch Steuern und öffentliche Abgaben empfindlich herangezogen werden könnte.

Wenn auf eine Gesellschaft das eingangs Gesagte zutrifft, dann auf die Mannesmannröhren-Werke in Düsseldorf. Weder aus ihrer Goldbilanz noch aus den Reden während der Generalversammlung war es irgendwie möglich, auf den Status der Gesellschaft einen Schluß zu ziehen. Allerdings, ganz läßt sich der Substanzzuwachs nicht verheimlichen, so daß doch einige Schlüsse möglich sind.

Vor dem Kriege waren die Mannesmann-Werke — sie dürfen mit dem Familienkonzern der Gebrüder Mannesmann nicht verwechselt werden — einer jener typischen Großbetriebe der Schwereisenindustrie. Es wurde eine gute Qualität Röhren und ähnliches hergestellt, weshalb es möglich war, den Fabrikaten im In- und Ausland einen guten Ruf zu erwerben. Die Hauptbetriebe befanden sich bei Düsseldorf und Remscheid, während Zweigbetriebe in Italien, England, Oesterreich und im Saargebiet errichtet waren. Die Gewinne im und nach dem Kriege ließen sich nicht anders als im Aufkauf von Werken unterbringen. Und dies, nachdem man die alten Betriebe auf das äußerste modernisiert hatte. So wurden die Kohlenbergwerke „Unser Fritz“, „Königin Elisabeth“ und die Bergwerksgesellschaft „Consolidation“ erworben. Damit erhielt

Mannesmann eine Kohlengrundlage von 4 Millionen Tonnen. Die Werke in Italien und England gingen verloren bzw. mußten billig verkauft werden. Die Saarwerke gingen auf eine französische Gesellschaft über, woran Mannesmann mit 40 Prozent beteiligt blieb. Diese sicher nicht geringen Verluste konnten durch Neuerwerbungen im Innern Deutschlands vollständig ausgeglichen werden. Wenn man zu diesen Verlusten durch den Friedensvertrag noch hinzunimmt, daß die Werke infolge der Ruhrbesetzung schwer zu leiden hatten und Monate hindurch nicht zu produzieren vermochten, so muß man sich wundern, daß trotz der vorsichtigen Bilanzierung das Aktienkapital um 160 Prozent vermehrt werden konnte. Das Aktienkapital betrug 1914 72 Millionen Mark, gegen 115 464 000 Mark nach der Umstellung. Die Verwaltung erklärte, daß die einzelnen Vermögenswerte „wenigstens ein Drittel unter ihrem wirklichen Wert“ eingesetzt seien. Selbst wenn man also nur ein Drittel stille Reserven annimmt, so käme man auf ein Aktienkapital, was dasjenige der Vorkriegszeit um das Doppelte übertrifft.

Also riesige Verluste im Ausland infolge des Friedensvertrages und trotzdem eine doppelte Kapitalkraft, so sieht der Substanzverlust der Mannesmannwerke aus.

Der Fall Auer

Von Dr. Julian Marcuse

Vor etlichen Jahrzehnten hat August Forel in einer Reihe psychologischer Skizzen die inneren Zusammenhänge zwischen menschlichem Handeln und latenten Beweggründen zu analysieren gesucht und an Beispielen aus dem öffentlichen Leben, die eine unerklärbare Mentalität der handelnden Person zu verraten schienen, zeigte er die seelische Verankerung von Tat und Ursachenreihe. In der in diesen Tagen zu Ende gegangenen Kampagne der beiden einstigen Schildknappen Curt Eisners, Kämpfer und Winter, gegen dessen Antipoden Erhard Auer, findet man ein Schulbeispiel zu den obigen Ergründungsversuchen; auch hier stehen Ursachen und Wirkung nur in einem zeitlichen Abstand, ihre innerliche Bindung aber ist unlösbar und trotz aller Verklitterungen offensichtlich. Der unglückselige Verlauf der Revolution in Bayern, die in ihrem Zustandekommen wie ihrem Wesen ein Zerrbild schülerhaften Unterfangens und politischen Unverständes war, schuf um Eisner herum eine Schar unbelehrbarer Haßgestalten, die jeden Einspruch gegen das blindwütig vorwärtstreibende Drängen der Masse als Verrat und Treubruch gegen Prinzip und Führung ansehen zu müssen glaubten. In diesem unheilvollen Widerspiel von Kraft zu Kraft verblutete das gemeinsame Schicksal, und nach des Märtyrers Eisners Tod blieben die Rächer zurück. In unentwegtem Haßempfinden gegen den Mann, dessen leidenschaftslos-nüchterne Veranlagung keine Brücke zur verstiegenen Phantasterei eines Schöngeistes fand, und dessen bedachtsame Erwägungen im Strudel der Geschehnisse als hinterhältige Gegenschritte angesehen wurden, verharteten die einstigen Schrittmacher der Revolution, ihr Sinnen und Trachten ging, als wollten sie ein Vermächtnis erfüllen, auf Vernichtung des Ueberlebenden. Diese Gefühlsmomente muß man berücksichtigen, will man den Untergrund

der Dinge erfassen, die zu der Maulwurfsarbeit eines Kämpfer und Winter geführt und sich zuletzt in dem Pamphlet vom April 1924 niedergeschlagen haben. Das Widerstreben Auers gegen die Revolution als solche paarte sich in äußerer und innerer Gegensätzlichkeit zu ihrem Urheber und Leiter: daß er trotzdem sich verantwortlich neben letzteren stellte, war parteipolitisch und taktisch wohl opportun, innerlich aber ein Mangel an Weitblick und daher verhängnisvoll für den weiteren Verlauf. Wenn je einmal die Geschichte der Revolution in Bayern geschrieben werden sollte, an dieser unnatürlichen Zusammenkoppelung zweier von Grund aus verschiedener Arbeiterführer — denn auch Eisner war in seinem Sinne ein solcher — wird der psychologische Historiker nie vorübergehen dürfen, öffnen sich doch erst unter diesem Gesichtswinkel die sonst unfaßbaren wechselvollen Geschehnisse der drangvollen Zeit.

Auf all diese Dinge greift das Elaborat der genannten Verfasser zurück, es verdichtet Unterstellungen und Vorwürfe, die in früheren Hochverratsprozessen teils gestreift, teils widerlegt waren, zu „unantastbaren“ Tatsachen und zieht neuerdings Erhard Auer als wissentlichen Förderer der Gegenrevolution, als Verräter an der Arbeitersache, ja sogar als Mitschuldigen an der Ermordung Eisners. In der subsumierten Zwiespältigkeit seines Charakters sucht man den Nachweis seines demagogischen Doppelspiels zu erbringen und damit den politischen Führer tödlich zu treffen, in der Unterschiebung ehrenrühriger Handlungen — Bereicherung im Kriege, Stellenjägerei und Verwandtem — ihn moralisch zu disqualifizieren und auf diesem Wege unmöglich zu machen. Die Beweiserhebungen, die sich, man kann fast sagen, bis auf die Monogrammarbeit der Nachtwäsche der Familie Auer erstreckten und ein widerliches Bild niedrigster Anwürfe boten, führten zu einem restlosen Zusammenbruch der verleumderischen Behauptungen, man hatte ihn tatsächlich diffamiert, der Diffamierung halber, dieses unfreiwillig-zynische Bekenntnis eines der Beklagten wurde offenbar! Die versuchte und gewollte Ehrabschneiderei ist mißglückt, das Urteil, das die empfindliche Geldstrafe von fünftausend Mark für jeden der Beklagten ausspricht, bildet rechtlich eine gewisse Sühne, es wertet aber seiner Natur und seinem Zweck nach nicht den Umstand, daß das Pamphlet unmittelbar vor den Wahlen des 4. Mai 1924 in die Öffentlichkeit geschleudert wurde, um den Reichstagskandidaten Auer zur Strecke zu bringen. Diese Wertung ist Aufgabe der Partei-Instanzen, blindwütige Verleumder sind ebenso gefährlich wie dem Mammonismus gefügige Mittelspersonen! Der Aushub von Erscheinungen wie Kämpfer und Winter ist eine naturnotwendige Reinigung, sie enthebt aber nicht der nachdenklichen Pflicht eigener Erkenntnis. Und in dieser Zeit der Prüfung der Geschehnisse wird sich Auer sagen müssen, daß Handlungen, wie die Blumenspende an Arco und das Glückwunschtelegramm an Herrn v. Kahr bei Uebernahme seines Ministerpräsidiums mindestens unüberlegt waren und dem Führer der Sozialdemokratie Bayerns, noch dazu, wenn er das Erbe Georg v. Vollmars zu verwalten hat, schlecht kleiden. Für Courtoisien hat der Zeitgeist keine Schwingen mehr, grundsätzliche Einstellung in die Aufgaben und Pflichten eines Parteiführers verlangt haarscharfe Wegrüchtung, der Anwendlungen von Seitensprüngen fern bleiben müssen!

Anatole France über Berlin

Anatole France ist nach dem Kriege zwei knappe Tage in Berlin gewesen, als er nach Stockholm fuhr, um sich seinen Nobelpreis abzuholen. Der Besuch hat ihn sehr befriedigt, wenn er auch in der Hauptsache nur dem Museum und einem Antiquariat galt. Darin kannte der Dichter sich aus, und diese Einrichtungen der Kultur waren ihm lieber, wie er einmal sagte, als Natur und Landschaft, die im allgemeinen überschätzt würden. Anatole France ist aber auch schon vor dem Kriege in Berlin gewesen. Ueber seine Eindrücke läßt ihn sein früherer Sekretär J. J. Brousson in einem Büchlein „Anatole France en pantoufles“ plaudern, das nicht nur durch seine Indiskretionen bemerkenswert ist. —

Berlin ist eine schöne, regelmäßige, gut durchlöchernte Stadt . . . Sie haben das an meinen Ansichtskarten bemerken müssen. Nicht ein einziges originelles Gebäude . . . Es gibt allerdings kolossale Warenhäuser, neben denen unser Bon Marché und Louvre nichts als Nußschalen sind. In diesen Karawanserais kann man sich nicht nur bekleiden, sondern auch ernähren. Es gibt eine Schinkenabteilung, eine Konservenabteilung, wie es eine Krawatten- und eine Stiefelabteilung gibt. (Anatole France scheint mindestens die Pariser Warenhäuser nicht zu kennen.) — Dem Berliner fehlt es nicht an Liebenswürdigkeit. Als man mich kannte, überhäufte man mich mit Zuvorkommenheit. Man gab sich Mühe, nett zu sein. Die Grazie läuft nicht auf den Straßen Berlins. Wie oft, trotz meinem Alter, meinem Vollbart, meinen weißen Haaren bin ich vom Trottoir in den Rinnstein geworfen worden. Durch einen Grobian, der seinen Weg mit der blinden Entschlossenheit einer Granate verfolgte. Ich war ganz paff darüber. Eines Tages bekam ich einen so kräftigen Puff in die Gegend der Leber — Sie kennen ihre Empfindlichkeit —, daß ich fast unter einen Wagen gefallen wäre. Man hat mir erklärt, daß das meine Schuld war, daß ich, statt mich zu beklagen, mich hätte entschuldigen müssen, daß ich die Vorschriften verletzt hätte, daß es in Deutschland, Land der Ordnung, ein Trottoir für die eine und ein anderes für die andere Richtung gibt. Man hat mir Reglements gezeigt, wo das alles aufgeschrieben war. (Welcher Spaßvogel hat sie gezeigt?) Jedermann muß sich diesen genauen Vorschriften unterwerfen. Jedermann, mit Ausnahme der hohen Militärs, selbstverständlich. Man muß ihnen den Vortritt lassen. Ich habe meine so zuvorkommenden, so aufmerksamen Berliner Freunde gefragt: Aber die zerstreuten Leute, die Dichter, die Verliebten? Was wird aus denen inmitten aller Verbote? Die lebenswürdigen Berliner haben mir geantwortet: Sie kommen auf die Polizei, zahlen kräftige Geldstrafen und werden auch manchmal eingesperrt; da ist nichts zu machen. Die deutsche Hauptstadt ist das Vorbild der Ordnung. Die Verliebten, die Dichter und andere Schwärmer haben sich nach draußen in die Natur zu scheren.

Haben Sie meine Ansichtskarte mit der Wachparade bekommen? Das ist wirklich ein Schauspiel aus einem anderen Zeitalter. Ich bin neulich dabei gewesen. Es regnete den Tag, wie es nur in Berlin regnet. Aus einem niedrigen und drückenden Himmel strömte das Wasser in Eimern, in Fässern, in Tonnen. Unter dieser Sintflut konnte ich kaum

noch meinen seufzenden Regenschirm halten. Pfeifer, Trommler, der ganze militärische Glanz . . . Die Garde marschierte tadellos. Die Soldatenstiefel hämmerten den Asphalt. Das Wasser spritzte vom Pflaster hoch und wieder zum Himmel zurück . . . Ich sehe noch einen Tambour-Major, bekleidet mit einer Art Mitra aus Blech, in der Höhe eines anständigen Suppentopfes. Der Regen prasselte auf diesen Katafalk wie auf das Dach einer Mansarde, floß die Länge seiner Nase hinab und seiner Schnurrbartenden in romantischen Kaskaden. Aber der Mann marschierte, unerschütterlich; er schleuderte seinen Stock gegen den erzürnten Himmel, machte fünf oder sechs Schritte, und der Stock flog durch Sturm und Regen wieder in seine tiefenden Hände zurück, wie ein zahmer Vogel. (Dieses Kunststück war viel eher in Frankreich als bei der preussischen Garde statthaft; vielleicht dachte France unbewußt an Heinrich Heines napoleonischen Tambour-Major im Buch „Le Grand“.)

Wir hatten eine Enttäuschung. Die Museen, die Palais, waren den Tag geschlossen, ich weiß nicht mehr, warum. Madame, die Deutsch so gut wie Goethe kann, beginnt einen kleinen Schwatz mit der Schildwache, die sich sehr geschmeichelt fühlt, mit einer so gut angezogenen Person zu reden. Und wir sind nun in Preußen, an der Pforte zu dem Palais des furchtbaren Fritz! In Frankreich hätte der kleine Gardemann uns angeschrien: „Macht, daß ihr weiterkommt!“ Hier unterhält sich eine Fremde mit dem Wachsoldaten. Sie fragt ihn, woher er stammt. Ob der Dienst hart ist. Ob man ihm etwas anbieten darf . . . Nun sind sie schon alte Freunde. Vertraulichkeit nach Vertraulichkeit, bis zu Staatsheimnissen . . . Kurz, dank der Schildwache gelingt es uns Franzosen, den Bann zu brechen.

In der Kapelle, die nichts weniger als schön ist, fühlt sich Madame nicht wohl. Oben in der Wölbung, über dem Sarge Friedrichs, hängen kläglich unzählige französische Fahnen, die während der Napoleonischen Kriege und 1870 erobert worden sind. Zerrissen, von Kugeln durchbohrt, von Pulver geschwärzt, lassen sie noch die Regimentsnummern erkennen. Einige haben nur noch die Stümpfe mit den kaiserlichen Adlern. Diese martialische Dekoration betrübt Madame sehr. Sie weint. Ich habe viel Mühe, sie wieder heiter zu stimmen:

Nun! Madame, und der Invalidendom? Der Invalidendom? Da gibt es beinahe soviel deutsche Fahnen, wie es hier französische gibt. Von welcher Farbe sie auch seien, das ist wie mit den Bildern im Kartenspiel: die einen verlieren, die andern gewinnen. Wenn niemand verliert, kann niemand gewinnen. In Wahrheit, dieses Spielchen, wie alle Spiele, zieht den Völkern das Fell ab. Je mehr man gewinnt, um so mehr verliert man. Je mehr man verliert, um so mehr gewinnt man. Und dann ist man dick und fett wie zuvor. Und nun denke man, daß man dieses Spiel seit Jahrtausenden treibt, dieses so eintönige Spiel mit den Fahnen.

Dann aber sind sie uns da unten in einer Beziehung durchaus überlegen. In gewissen Restaurants der Umgegend kann man am Abend zu einem sehr volkstümlichen Preise ausgezeichnetes Bier bekommen, hervorragende kalte Küche und richtige Musik. Sonntag abend sind wir mit Madame dagewesen. (Madame war die treue Freundin und Hüterin des Dichters.) Jedes Pärchen, jede Familie hat da im Garten eine

Laube für sich. Das ist ein großer Luxus. In einem Restaurant schätze ich nichts so sehr als Raum und Ungeniertheit.

Nun also! In diesem Biergarten — so heißen sie, glaube ich — ist man famos aufgehoben und wie zu Hause. Man genießt zugleich die Frische des Abends, die des Bieres, den Pfeffer des Geräucherten, die Romantik der Symphonien. Ich kenne mich nicht aus in Musik. Ich habe kein Ohr; aber Madame ist da sehr stark. Sie belehrte mich, daß man an diesem Abend für Arbeiter, für sonntägliche Kleinbürger durchaus gelehrte Musik machte. Bach, Beethoven, Wagner, Schumann, Liszt . . . Ich bin wie der berühmte Kant, der gute und schlechte Musik nicht recht zu unterscheiden wußte. Er liebte nur die kräftige, d. h. die Militärmusik . . .

Um in Paris so ein Konzert zu hören, ausgeführt von einem gut besetzten und tüchtigen Orchester, hätte man mindestens einen Louis locker machen müssen. Das kostet hier nicht einmal fünf Mark, kalte Küche und Bier inbegriffen. Ich habe selten so guten Schinken, so saftige Würste, so schäumendes, frisches, bekömmliches Bier genossen. Keine Bedienung. Vermittels einer Anweisung konnte sich jeder am Büfett versehen. Man bekommt ein kleines Körbchen mit der Abendmahlzeit. Kein Trinkgeld. Die Servietten aus Papier. Wenn man gespeist hatte, brachte man Körbchen und Geschirr zum Büfett zurück und bekam sein Pfand wieder. So billig, so praktisch wie möglich. Schade, daß unsere Pariser Arbeiter keine solche Etablissements für den Sonntag haben! Allerdings, würde ihnen auch der Bach, Beethoven, Wagner schmecken? Im Punkte Musik, glaube ich, sind sie wie Kant und wie Ihr ergebener Diener. Sie lieben die kräftige, die Militärmusik.

In dem Büchlein des Sekretärs, durch das Anatole France „in Pantoffeln“ geht, beklagt er sich einmal, und gewiß sehr mit Unrecht, daß es ihm an Einbildung gefehlt habe. Für unsere Arbeiter und Kleinbürger, die am Sonntag Biergärten besuchen, pflegt das Abendbrot aus dem Stullenpaket enthüllt zu werden, wenn sie sich nicht einmal den besonderen Luxus eines bestellten Gerichts erlauben. Die ältesten Berliner erinnern sich jedenfalls nicht, wo es einen solcher Biergärten mit Gutscheinen und Abendbrotkörbchen gibt, und auch die jüngsten Berliner werden, wie zu fürchten, dieses Idyll nicht erleben.

Arthur Eloesser

RANDBEMERKUNGEN

Kleine Wahrheiten

Die 1000 Lügen des „Lokal-Anzeiger“

Vor mehreren Wochen haben wir den Mitarbeiter des „Berliner Lokal-Anzeiger“, Hussong, einen feigen Verleumder genannt. Er hatte den Genossen Parvus als einen der größten Auspöwler Deutschlands beschimpft. Wir hatten den Schimpfbold, ersucht, uns irgendeinen Beweis, eine einzige Tatsache, zu nen-

nen. Er hat geschwiegen. Er hat auch weiterhin geschwiegen, als wir ihm das Stigma anhefteten, das ihm gebührt. Nunmehr hat er die Dreistigkeit, in der Nummer vom 23. Februar des „Lokal-Anzeiger“ zu schreiben: „Zum Wesen der Erscheinungen vom Schlage Parvus oder Barmat gehört es eigentlich, daß man ihnen nichts beweisen kann.“ Damit gibt dieser feige Verleumder also zu, daß er nichts zu beweisen vermag. Er tut das freilich auf eine

Art, so erbärmlich und so hinterhältig, daß es mehr als verdient ist, wenn wir den Hussong nunmehr nicht nur einen feigen Verleumder, sondern auch einen journalistischen Lumpen nennen.

Es muß indessen dieser perfid eingeführte Begriff des „Nichtsbeweisen“ festgehalten werden. In dem gleichen Artikel macht der gestüpte Lump noch mancherlei seltsame Andeutungen, daß möglicherweise der ganze Barmat-Rummel zusammenbrechen könne. Bei den merkwürdig guten Beziehungen, die die Staatsanwaltschaft zum „Lokal-Anzeiger“ unterhält, ist solch Gewinsel zum mindesten auffällig. Anscheinend soll bereits vorgebeugt werden: auch wenn der Bankrott der schwarz-weiß-roten Korruptionskampagne offenbar werden wird, soll die Verdächtigung und im besonderen die Verdächtigung der Sozialdemokratie bestehen bleiben. Es ist gut, daß wir das schon heute wissen; es ist noch besser, daß die Öffentlichkeit schon heute erfährt, wie unsicher sich die Vortreiber der Schmutzwellen zu fühlen beginnen. Solche Peinlichkeit soll nicht das letzte sein, was sie zu fühlen bekommen.

Der Richter Deerberg

Er ist noch immer Richter, dieser deutschnationale Deerberg, der die Stirn hatte, nach allen den Auskünften, die der Reichspräsident über seine angeblichen Beziehungen zu Barmat gemacht hatte, im preußischen Untersuchungsausschuß einen Antrag einzubringen, dahingehend, daß durch die Vernehmung einer Stenotypistin aus dem Büro des Genossen Franz Krüger der Beweis erbracht werden solle: Ebert habe die Telephonate der Barmats gebilligt. Die Vernehmung der Dame hat stattgefunden. Sie war im Sinne des Beweisthemas vollkommen ergebnislos. Was wäre einem Richter geschehen, der solchen Mißerfolg

schamloser Aktion gegen den höchsten Vertreter der Nation im Kaiserreich erlitten hätte? Der Deerberg ist noch immer Richter!

Nebenbei, wir hätten ein kleines Schock Fragen an ihn, heute nur eine belanglose, eine vielleicht belanglose: Haben Sie, Nochimmerrichter, in Duisburg einmal einen roten Schlips getragen?

Stresemann hat lügen lassen

Schon in der Nr. 46 vom 14. Februar haben wir diesen Tatbestand festgestellt. Inzwischen wehrt sich Herr Stresemann gegen Anschuldigungen, die gar keine Anschuldigungen wären, wenn nicht seine Organe und seine Freunde parallele Vorgänge zu Anschuldigungen gegen Sozialdemokraten mißbraucht hätten. Herr Stresemann hat vollkommen recht: unter den Hunderten von Empfehlungen, die er gegeben haben dürfte, wird die eine oder die andere ganz ohne sein Verschulden einem Unwürdigen gegeben worden sein. Herr Stresemann möchte davon nicht betroffen werden. Dann muß er sich schleunigst mit den Wortführern seiner Partei in Verbindung setzen. Allerdings: es dürfte dafür jetzt etwas spät geworden sein.

Nach Ihnen, meine Herren Mörder

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschwert sich über unsern rüden Ton. Ueber die Magdeburger Tagung aber schreibt das Blatt, dessen maßgebender Mitarbeiter, Herr Baecker, beim Pressebankett sich mit Herrn Luther über die Würde der deutschen Presse unterhielt: „Spaß! Wo doch der Isidor Türklinke und der Schlotme Treppengeländer ihre Extrainform angezogen haben!“ Die „Deutsche Tageszeitung“ wird das Wort kennen, das ein französischer Rechtsphilosoph denen antwortete, die für die Abschaffung der Todesstrafe plädierten: Nach Ihnen, meine Herren Mörder.

Robert Breuer

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhöf 1448/1451

Druck: Photogravur G.m.b.H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123

EIN
**POLITISCHES
LESEBUCH**
FÜR DIE
ARBEITERJUGEND

nennst das 8-Uhr-Abendblatt
das in unserem Verlage er-
schienene, offizielle Reden
und Erklärungen der

S · P · D

enthaltende Buch „Für Volk
und Vaterland“ von Philipp
Scheidemann — kartoniert
2,50 Mk. — und schreibt da-
zu, es sei ein Verdienst, daß
endlich aufgeräumt werde
mit der Legende
der

**VATERLANDSLOSEN
GESELLEN!**



VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT G. M. B. H.
BERLIN SW68

Demnächst erscheint:

DIE UNMÖGLICHEN HOHENZOLLERN



**Verlag für Sozialwissenschaft
Berlin SW 68**

Berlin,
7. März 1925

Nr. 49 10. Jahrg. • 2. Bd.

Die Glocke

BEGRÜNDET VON PARVUS

Friedrich Ebert

Beiträge von:

Alwin Saenger - Paul Kampffmeyer

Konrad Haenisch - Leopold Jefner

Robert Breuer - Josef Maria Frank

Ebert als Redner

Außerdem:

Ebert und die Weltpresse

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin SW 68

Lindenstr. 114



Preis 30 Pfennig

FRITZ EBERT



**E I N
GEDENKBLATT
VON PAUL KAMPFFMEYER**

V I E R T E A U F L A G E

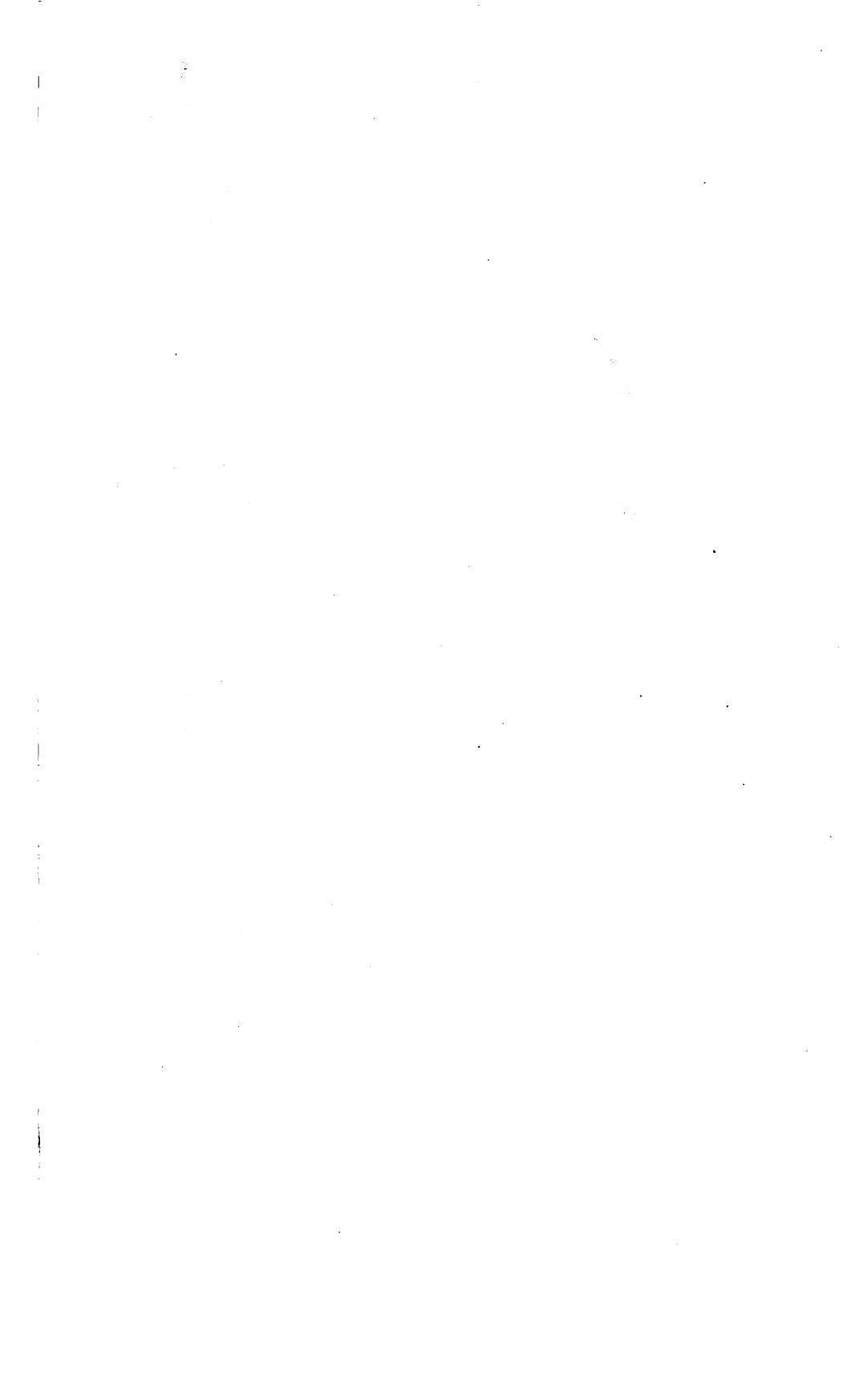
**NEU DURCHGESEHEN UND
MIT EINEM NACHWORT
VERSEHEN**

**AUF HOLZFREIEM PAPIER GEDRUCKT
UND MIT EINEM BILDNIS FRIEDRICH
EBERTS, NACH EINER RADIERUNG
VON NELLY KEIL
KARTONIERT PREIS M. 1,50
IN HALBLEINEN GEBUND.
PREIS MARK 2.50**



VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

B E R L I N S W 6 8





Nach einer Radierung von Nelly Keil

FRIEDRICH EBERT

GEBOREN AM 4. FEBRUAR 1871

GESTORBEN AM 28. FEBRUAR 1925

Friedrich Ebert †

Von Alwin Saenger

In der elften Morgenstunde des letzten Februartages ist ein Staatsmann von uns gegangen. Die Sitte der Welt und ihrer Völker spendet die Fülle bunter Ehrenbezeugungen an den Särgen der Großen, die auf der Höhe wandelten. Wir nehmen die Blumen und Fahnen, die Kränze, Reden und Kundgebungen des Heimatlandes und der Welt dankbar als Symbol der Anerkennung für einen, der zu uns gehörte, dessen Weltanschauung die unsere war, der gleich uns die Kraft zu Kampf und Leben aus der Weltanschauung des Sozialismus gewann, der für die deutsche Arbeiterklasse und das Proletariat der Welt gelitten und gestritten hat. Stolzen Herzens überblicken wir die unendlichen Anerkennungen, die dem einstigen Führer der Partei auf der Totenbahre zufallen. Die Feiern für das Staatsoberhaupt der Republik künden laut diese Tage hindurch, daß ein wertvolles Gut für unser nationales Dasein verloren ging. Wir aber wollen in stiller Selbstbesinnung Einkehr halten und nach dem Ewigkeitswert des Mannes fragen, der für immer von uns ging.

Zertrümmert liegt ein Kaiserreich am Boden, dessen Kriegs- und Heimatheer 50 Monate aussichtslos gegen eine unerhörte Uebermacht bis zum letzten Tropfen seines Blutes, bis zum letzten Bissen trockenen Brotes gekämpft hatte. Die Kaiserreiche der Nachbarn, gleich dem Deutschen Reiche die letzten europäischen Repräsentanten absolutistischer Staatsgedanken, sind zusammengebrochen. Die ewigen Gesetze der Entwicklung haben drei kaiserliche Dynastien vernichtet. Siech und gebrochen kehren Millionen in ihre hungernde deutsche Heimat zurück, getäuscht durch die Bilder des Sieges, betrogen in feierlich gegebenen Versprechungen der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Das Gorgonenhaupt des rettungslosen Chaos, des Kampfes aller gegen alle, der hoffnungslos Verzweifelten erhebt sich siegesgewiß über ein großes, tapferes und tüchtiges Volk von 70 Millionen. Dieses Volk aber, geduldig und treu wie kein zweites auf der Erde, durchschreitet die dunkelsten Tage seiner Geschichte; drei Monate nach dem Zusammenbruch wählt eine Nationalversammlung den menschlich und staatspolitisch gleich ausgezeichneten Führer in schwerster Zeit mit dankbarem Herzen zum ersten Repräsentanten der Volksgemeinschaft. Hätte der Deutsche eine politische Kultur, die seinem allgemeinen kulturellen Können entspräche, so müßte er fürwahr an Vollendung grenzen.

Das Alte war restlos zusammengesunken; ohne geschichtlichen Uebergang trat das deutsche Land in eine ihm so fremde Welt der Selbstregierung und Selbstherrschaft ein. Die lautere Kraft und kluge Gradheit Friedrich Eberts blieb sich selbst und dem Staate weiter treu; er wuchs wahrhaft mit seinen höheren Zielen. Aus dem Helfer und starken Führer in den Kampf Tagen des Winters 1918/1919 wurde der Mittler der neuen Staatsidee. Die geschichtliche Größe seines Könnens liegt in dem, daß er das Wirken des politischen Führers beendete und zum Staatsoberhaupt wurde. Er gründete nicht im formal juristischen Sinne, sondern im Sinne der Idee die Republik. Die Präsidentschaft Friedrich Eberts gab der Form den Gehalt; er, der erste Präsident, schuf auf dem zerwühlten Boden des militärischen Imperiums reine, makellose demokratische Tradition.

Es dünkt uns müßige Unterhaltung, im einzelnen aufzuweisen, wie er sein Amt versah. Er, der ehemalige Sattlergeselle, hat dem deutschen Namen in der nahen und fernen Welt viel, sehr viel von der Achtung zurückgewonnen, die im kaiserlichen Spiel der letzten Jahrzehnte verantwortungslos vergeudet worden war.

Er arbeitete als deutscher Patriot für Deutschland; und so wurde auch er von den Seelen, denen Politik nicht Staatskunst, sondern Uebung im Verleunden ist, nach deutscher Art niedrig geschmäht. Im Angesicht dieses Toten rufen wir um der Wahrheit willen aus: Die niedrige Kampfesart deutscher Parteipolitik hat auch den Lebenskräften dieses starken, reinen, selbstlosen Mannes nachhaltig zugesetzt. Die Summe unsagbarer parteipolitischer Erbärmlichkeiten möge der Zweifler aus den augenblicklichen Bekundungen gewisser Kreise ziehen. Das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches mußte sich von fremden Diplomaten sagen lassen, wie schamlos die planmäßig betriebene Infamierung gegen seine makellose Persönlichkeit sei. Nicht um seinetwillen litt Friedrich Ebert unter der gewerbsmäßigen Verleumdung; um des Staates willen kämpfte er mit tiefsten Schmerzen gegen die Ehrabschneider, die das verruchte Ziel skrupellos zu verwirklichen suchten. —

Friedrich Ebert hat am Mittag seines Lebens und seiner Arbeit vollendet. Die Fahnen der Republik senken sich zum letzten Abschied. Noch einmal grüßen die Freunde und Kampfgefährten durch den Schatten des Abends hinüber zu den Ufern ewigen Landes. Noch einmal zeigt sich in der Erinnerung an kaum geschwundene Stunden der deutsche Mann und Kämpfer für Volk und Vaterland. Wir müssen weiterschreiten Tat, Hoffnung, Schaffen und Olauben treten aufs neue in die unbekanntere Zukunft. Die Geschichte aber wird einst neuen Geschlechtern künden: Friedrich Ebert war Deutschlands Staatsmann in schwerster Zeit.

Der Staatsmann Ebert und seine Weltanschauung

Von Paul Kampffmeyer

Am 28. Februar 1925 hat unser Genosse Friedrich Ebert die Augen für immer zugetan. Das Schicksal, das ihn so unvorbereitet, so schnell aus dieser Welt hinwegnahm, hat ihn doch noch den großen Triumph seiner europäischen Verständigungspolitik erleben lassen. Selbst das halb deutsch-nationale und fast ganz rechtsgerichtete Ministerium hat sich entschlossen, die vielgeschmähte, durch Annahme der Dawes-Gesetze besonders geförderte „Erfüllungspolitik“ im vollen Umfange durchzuführen. Nachdem schon die Hälfte der deutschnationalen Reichstagsfraktion das „zweite Versailles“ angenommen hatte, hielt der Chef des rechtsgerichteten Ministeriums, der Reichskanzler Luther, eine so vom Geiste der deutsch-französischen Verständigung erfüllte Rede, daß ein sozialdemokratischer Abgeordneter den Vorschlag machen konnte, diese Rede in allen Ortschaften des Deutschen Reiches anzuschlagen.

Die rechtsgerichtete deutsche Reichsregierung gestand an der Bahre des Reichspräsidenten ein, daß mit Ebert der Mann dahingegangen sei, „der unter Einsatz seiner starken Persönlichkeit erreichte, daß in den Wirren der Revolution die Einberufung der Nationalversammlung aus freier Wahl des deutschen Volkes beschlossen und durchgeführt und damit dem deutschen Staatsleben wieder eine gesetzliche Grundlage gegeben wurde. In schwerster Zeit hat er das Amt des deutschen Reichspräsidenten mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit und staatsmännischer Klugheit verwaltet und dabei in der Heimat wie im Auslande reiche Anerkennung erworben. In den außenpolitischen Wirrungen, die nach Kriegsende dem Deutschen Reiche erwachsen, hat er die Verantwortung der Entscheidungen auf sich genommen, die nach vielen Mißerfolgen endlich den Weg zum Wiederaufstieg anbahnten. Unparteilichkeit und Gesetzlichkeit waren die Richtlinien seiner Amtsführung. Die Charaktereigenschaften des Menschen Friedrich Ebert und die hervorragende Begabung des Staatsmannes, der an der Spitze des Deutschen Reiches gestanden hat, haben ihm bei all denen, die den Mann und sein Wirken kannten, Wertschätzung und Verehrung erworben. Er hat dem deutschen Volke und dem deutschen Vaterlande in schwersten Zeiten als aufrechter Mann gedient.“

Ein „aufrechter Mann“. Nein, das ist zu wenig gesagt, er ist dem Volk in den chaotischen Zeiten entfesselter dämoni-

scher Leidenschaften ein wirklicher *Retter* gewesen. Nicht wir haben diesen Ausdruck hier geprägt, sondern wir entnehmen ihn der „Vossischen Zeitung“, in der Georg Bernhard des großen Steuermanns Ebert gedenkt, der das Reichsschiff sicher in den Hafen der Demokratie lenkte. Der einstmalige Reichspressechef und jetzige Gesandte Ulrich Rauscher, der das gigantische Ringen Eberts mit den Umsturzgewalten von links und rechts persönlich miterlebte, erinnert an folgende historische Vorgänge, die plastisch die willensmächtige, eisenfeste Persönlichkeit unseres Genossen charakterisieren: „Die Erinnerung geht zurück. An den Dezember-Abend, wo die Reichskanzlei von der Matrosen-Division umstellt, die Regierung verhaftet, die Vorhalle voller wild-abenteuerlicher Gestalten war. Da kommt Ebert die Treppe herunter: kein Paktieren, kein Nachgeben! Alles hat das Haus zu verlassen, diese ganze schreiende, bewaffnete, verwilderte Soldateska! Und es gelingt dem Waffenlosen, aber Starken, die Horde verläßt murrend das Haus, die vielleicht schlimmste Gefahr ist vor der unbedenklichen Entschlossenheit zurückgewichen. Ich sehe ihn im Saale des Abgeordnetenhauses, vor dem Arbeiter- und Soldatenrat im fast aussichtslosen Kampf um die Nationalversammlung — und sehe ihn siegen. An dem geschmückten Katafalk Rathenaus, in Kabinettsitzungen, wo es um Sein oder Nichtsein ging, an seinem Tisch in größtem und kleinstem Kreise, unter Diplomaten oder alten Freunden, immer derselbe: fest, klar, zäh, zuverlässig, bedächtig, selbstlos, opferbereit.“

Ein Retter war Friedrich Ebert dem deutschen Volke vor allem am 6. Januar 1919, als die Feuersbrunst des spartakistischen Aufstandes die junge deutsche Demokratie in Asche zu legen drohte. „Eine andere Erinnerung“, so schreibt Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“, „kann sich heute denen aufdrängen, die am 6. Januar 1919 im Reichskanzlerpalais gewesen sind. An diesem Tage hatten die Spartakisten Liebknichts die Bahnhöfe, Kasernen und viele ‚strategische Punkte‘ besetzt und bereiteten den Sturm auf das Regierungsgebäude vor. Es wird von den Rechtskreisen ja heute so dargestellt — und, da sie nicht mit dabei gewesen sind, vielleicht auch geglaubt —, als hätten damals nur die Truppen des Generals Lüttwitz Berlin und die Regierung gegen die bolschewistische Flut geschützt. Die Wahrheit ist, daß am 6. Januar, dem entscheidenden Tage, die in der Nacht aufgerufenen nichtkommunistischen Arbeitermassen den Regierungssitz mit ihren Leibern deckten und so den zaudernden Liebknecht hinderten, zu seinem Ziele vorzudringen. Ebert traf an diesem Tage, während Noske herumfuhr und Ver-

stärkungen herbeiholte, seine Vorkehrungen mit derselben kaltblütigen Ruhe, mit der er seit dem Ausbruch der Revolution den Radikalismus beiseite geschoben hatte, und ein absolutes Sicherheitsgefühl ging von ihm aus. Von der Nervosität, die in den Reden und Gesten, in dem unstäten Hin und Her manches anderen sich verriet, war in seiner breitschultrigen, gedrungenen Erscheinung, in seinen bestimmten, abgemessenen Bewegungen und Worten keine Spur. Wenn die Bolschewisten und Kommunisten, denen er den Weg versperrte und die schon angepackte Macht entriß, ihn haßten, so war das begreiflich und man kann es den Enttäuschten verzeihen. Wenn der hohe Adel und ehrenwerte Bürgerkreise sich erdreisteten, den Mann zu bemäkeln, dessen Verantwortungsgefühl und Staatsklugheit ihnen allen das furchtbarste Schicksal erspart und Deutschland aus der Sintflut zum festen Boden des Arrarat geführt haben, so ist das eine etwas schäbige Vergeßlichkeit.“

Wer auch nur immer in die Werkstatt des Politikers und Staatsmanns Ebert getreten ist, in der funkensprühend das neue Deutschland geschmiedet wurde, der zog seinen Hut tief vor dem kraftvollen Reichsschmied. So schreibt der liberale Staatspräsident a. D. Dr. Hieber dieses Urteil über Ebert nieder: „Wenn und soweit es überhaupt gelungen ist, aus der Niederlage und Staatsumwälzung von 1918 im Innern wieder zu geordneten Zuständen zu gelangen und nach außen wieder Achtung und Geltung zu erringen — der Person und Wirksamkeit Eberts kommt hierbei nach meiner, auf mehrjähriger persönlicher Erfahrung beruhenden Ueberzeugung ein wesentliches Verdienst zu. Das Vertrauen, das Ebert in weitesten Kreisen der Arbeiterschaft und darüber hinaus des Deutschen Reiches genoß, seine langjährige politische Erfahrung, die Ruhe und Abgewogenheit seines Urteils, seine klare Besonnenheit in Einschätzung der politischen Kräfte und ihres Schwergewichts, sein sicherer Takt, der ihn zur rechten Zeit das rechte Wort finden, zu rechter Zeit auch schweigen ließ — das alles aus dem Grunde und im Bunde mit tief vaterländischem Empfinden und Wollen —, hat in diesen Jahren, die Unerhörtes an Verlusten, Lasten und Opfern uns auferlegt haben, dem deutschen Volk und Vaterland mehr Nutzen und Segen gebracht, als unmittelbar nach außen zutage treten konnte.“

Der frühere Reichskanzler a. D. Joseph Wirth spricht in den anerkanntesten Worten von der „nationalen Rettungsarbeit“ Eberts, denn er weiß, daß in den furchtbaren Sturmtagen Deutschlands das unerschütterliche Verbleiben Eberts in seinem Amte die junge deutsche Republik vor dem Zu-

sammenbruch bewahrte. Gustav Stresemann bezeichnet Ebert als „eine der ganz wenigen starken und großen Persönlichkeiten in Deutschland, die in der Lage und berufen waren, bei großen Zukunftsentscheidungen mitzuwirken“. Stresemann kennt aus intimster Wissenschaft die unermüdlichen Anstrengungen Eberts, Deutschland wieder in der Wertung des Auslandes emporzuführen. Das ganze Gebiet der Außenpolitik umfaßte Ebert in seiner Arbeit. „Er las“, so schreibt Stresemann, „alle Berichte der Botschafter und Gesandten, versah sie sehr selten, aber dann stets mit treffenden Marginalbemerkungen, lebte sich in eine Kenntnis der Persönlichkeiten hinein und ließ sich bei alledem doch nur von sachlichen Gesichtspunkten leiten“. Ebert stand persönlich in engem Konnex mit den Mitgliedern des diplomatischen Korps, und er genoß bei allen Mitgliedern dieses Korps „eine hohe Würdigung, vielfach menschliche Verehrung“, die schließlich „nicht nur dem Staatsmanne, sondern auch dem Menschen galten“. Durch sein feines Taktgefühl hat Ebert (nach Stresemann) in der Diplomatie „den Uebergang von der alten zur neuen Zeit ermöglicht, eine Aufgabe, an der mancher Berufsdiplomat hätte scheitern können“.

Von dem furchtbaren Jammer und Elend unserer inneren und äußeren Lage läßt sich der „aufrechte Mann“ Ebert nie überwältigen, und doch bewegt er sich nie in den Gedankengängen eines seichten, leichtfertigen Optimismus. Ulrich Rauscher, der ihm vertrautester Mitarbeiter war, bewundert seine vollendete Meisterschaft in der Beherrschung des Stoffes und des Menschenmaterials. Und wenn sich Rauscher der Stunden des intimsten Gedankenaustausches mit Ebert erinnert, dann wird in ihm noch einmal das Gefühl lebendig, das ihn ergriff, wenn er das Reichspräsidentenpalais verließ. „Welch ein Glück, daß da hinten, im Zimmer gegen den Garten, dieser selbstsichere, ruhige Mann sitzt.“

Woher schöpfte Friedrich Ebert diese bewundernswerte Selbstsicherheit, diese imponierende Ruhe? Gewiß, ihm lag der organisierende, schaffende Tatmensch tief im Blute! Aber diese angeborenen sittlichen Qualitäten erklären noch nicht die geistige Ueberlegenheit, mit der Ebert die auf ihn einstürmenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Ereignisse meisterte! Er sah in diesen Ereignissen nicht launische Zufälle, sondern notwendige, einem höheren sozialen und politischen Zielpunkt zuführende Erscheinungen. Er hatte durch ein frühzeitiges Studium der populären Schriften von Marx und Engels die Gesellschaft als einen sich wandelnden Organismus anzuschauen gelernt. Diese soziale Wandlung führte nicht abwärts, sondern aufwärts. Schon dem jungen

Ebert war es zur felsenfesten Gewißheit geworden, daß die Menschheit mitten in einer ungeheuren wirtschaftlich-technischen und politisch-sozialen Umwälzung steht, die eine wirkliche Beherrschung der Natur durch den Menschen und damit eine den allgemeinen Wohlstand sichernde Entfesselung der schöpferischen Kräfte bringen werde. In seiner jetzt längst vergriffenen Broschüre: „Die Lage der Arbeiter im Bremer Bäckergewerbe und die notwendigsten Aufgaben der Bäckerbewegung“ (Verlag von P. Sandhoff, 1892) schreibt er: „Die Menschheit ist in ein neues Zeitalter eingetreten, welches der Wissenschaft gehört.“ Und nun singt er einen wahren Hymnus auf die Fortschritte der wirtschaftlichen Technik und schildert zugleich mit dramatischer Kraft die grundstürzende soziale Revolution, die an die Stelle der Kleinwerkstatt die Großfabrik und an die Stelle des Handwerksmeisters den Proletarier setzte.

Ueber dem Massengrab vernichteter wirtschaftlicher Existenzen wuchs die Fabrik empor. Ebert schloß dann seine technisch-soziale Betrachtung mit den Worten: „In ununterbrochenem Siegeslauf schreitet diese Entwicklung vorwärts und alle widerstrebenden Kräfte stellt sie in ihren Dienst; mit demselben Arbeitsaufwand bringt sie Produkte in ungeahnter Fülle hervor, und wenn die Menschheit dieselbe Lebensweise führen wollte wie vor 20 oder 30 Jahren, so brauchte sie heute unendlich weniger Arbeit auf sich zu nehmen.“

Die Entwicklung rennt gegen widerstrebende Kräfte an, und selbst der kleinste Fortschritt muß sich kämpfend durchsetzen. Das war schon die Grundanschauung des jungen Ebert, die ihn fern von jedem himmelblauen, die Welt nur in reinstem Sonnenlicht erschauenden Optimismus hielt. Tief in der Welt gewittert eben katastrophaler Widerspruch. Der Weg der Menschheit ist keine ruhige, gerade Linie, er wird oft jäh unterbrochen, stürzt zeitweilig in die Tiefe und steigt dann wieder steil empor. Nur an der geistigen Verbindung mit dem Marxismus erarbeitete sich Ebert die Weltanschauung eines Kämpfers. Und sie ließ ihn da nicht zagen, wo andere sich mutlos selbst verloren. Wer mit so hellen Augen wie er alle Abgründe des Elends durchmessen und wer wie er die Grenzen des proletarischen Könnens realpolitisch so genau erfaßt hatte, der verstand die wilden Ausbrüche dieser Misere und den schreckten nicht die Ab- und Irrwege der sich jäh entfaltenden proletarischen Massenkraft. Und die wildesten Zuckungen der Gewalt erschienen ihm, dem Schüler von Karl Marx, oft als die Geburtswehen einer Welt, die mit einer neuen schwanger ging. Im scheinbar größten Chaos sah er

oft die Lebensäußerungen einer neuen Ordnung. Ein tiefer Sinn erschloß sich ihm mitunter aus den sich wild ausstobenden, für den Oberflächenmenschen ganz vernunftlosen Geschichtsprozessen: der Sinn einer emporsteigenden Welt, die sich selbst wirtschaftlich und politisch organisieren und regieren will.

Man darf wohl sagen: die Festigkeit, die Selbstsicherheit Eberts ruhte auf dem Felsengrund einer starken, organisch gefügten sozialistischen Ueberzeugung. Ueber den eigentlichen Wesenskern Eberts sieht der hinweg, der in ihm nicht sofort den Sozialisten wittert — den Sozialisten, der in die Schule von Marx und Lassalle gegangen ist. In ganz jungen Jahren wird Ebert bereits für den Sozialismus gewonnen. Er läßt sich zuerst von Lassalle führen; dann aber wird er von dem ständig erstarkenden Strome der marxistischen Ideen gepackt, die durch die von ihm selbst geheim vertriebene Literatur von Zürich-Hottingen nach Deutschland hineinfluten. In seinem Leben hat er wohl kurze Zeit der revolutionären marxistischen Endzielpropaganda der „Jungen“ nahegestanden, obwohl ihm sein gesunder realpolitischer Sinn von der Betretung des antiparlamentarischen Irrwegs abhielt. Die Agitation der Arbeitsruhe am 1. Mai, die mit besonderer Leidenschaft von den „Jungen“ angestrebt wurde, hat sein Inneres selbst längere Zeit in Flammen gehalten.

Friedrich Ebert, von Marx zum klaren Erfassen der Wirklichkeit erzogen, wollte auch die Wirklichkeit auf der Bühne sehen. Er schloß sich daher der jungen naturalistischen Bewegung an, in der damals das Herz des Sozialismus stürmisch pulste. In Bremen wurde Ebert ein weitsichtiger Förderer der Bildungsbewegung, und wenige Jahre später lebte er sich so tief in die kulturelle Seite der Arbeiterjugendbewegung hinein, daß ihm Karl Korn, der Führer dieser Bewegung, das höchste Lob wegen seiner fruchtbaren Tätigkeit in der „Arbeiterjugend“ spenden konnte.

Selbst ausgesprochene Gegner Friedrich Eberts, wie Stresemann, haben von dem „staatsmännischen Wirken“ des Reichspräsidenten gesprochen, weil sie in diesem einen neuen planvollen Brückenbauer von der alten Zeit in die neue erkannten. Doch sie täuschten sich keinen Augenblick darüber, daß eine tiefe Kluft die Weltanschauung Eberts von ihrer bürgerlichen trennte. Stresemann sagt in seinem Artikel: „Dem Reichspräsidenten Ebert zum Gedächtnis“: „Seine Ansichten waren nicht die unsrigen, seine Weltanschauung eine andere, als die uns eint.“ Friedrich Ebert war eben in tiefster Seele Sozialist, und diese seine feste Ueberzeugung war die *Grundkraft seines selbstsicheren Schaffens*.

Fritz Ebert

Von Konrad Haenisch

I.

Nur ein paar ganz anspruchslose Erinnerungen an unseren Ebert — denn er war unser — vermag ich, der dringenden Bitte der Redaktion entsprechend, heute niederzuschreiben. Wie die Gedanken gerade kommen . . .

Ueber die ersten anderthalb Jahrzehnte von Eberts politischem Wirken kann ich aus eigener Wissenschaft kaum etwas berichten. Weder mit dem jungen Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“ noch mit dem Arbeitersekretär hatte ich nähere Beziehungen, wenn ich auch gelegentlich auf Parteitagen und allerlei Konferenzen mit ihm zusammen war und von ihm stets den Eindruck eines ruhigen, klaren und starken Menschen gewonnen hatte. Eines Menschen, der, abhold jeder Kraftphrase, sicher in sich selbst ruht und unbeirrt seinen Weg zu gehen weiß. Warum soll ich bestreiten, daß uns, die wir damals mit Rosa Luxemburg und Parvus, mit Mehring, Karl Liebknecht und Radek auf dem äußersten linken Flügel der Sozialdemokratie fochten — warum soll ich bestreiten, daß uns Eberts Art nicht immer unbedingt erfreulich war? Wir sahen in Männern seines Schlages, bei aller Anerkennung ihres Wertes und ihrer Arbeitsleistung, doch mehr oder weniger „Bremsen“, die durch ein Uebermaß von „Taktik“ dem revolutionären Elan des Proletariats schließlich das Rückgrat brechen würden . . .

Erst nachdem Ebert im Jahre 1905 vom Jenaer Parteitag in den Vorstand der Gesamtpartei gewählt war, kam ich ihm näher. Neben der Führung der Kassengeschäfte, in die er sich mit dem nun auch schon seit Jahren toten Albin Gerisch teilte, einem ganz prächtigen Menschen und einem Stück Dichter, hatte Ebert in den ersten Jahren seiner neuen Tätigkeit vornehmlich Westdeutschland zu betreuen, und so ergab sich — ich wirkte damals als Leiter der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ im rheinisch-westfälischen Industriebezirk — eine engere Zusammenarbeit. In dieser lernte ich und lernte mit mir auch manch anderer „Radikaler“ nicht nur Eberts Klugheit und sein taktisches Geschick, sondern auch seine wertvollen menschlichen Eigenschaften immer mehr schätzen.

Neben den genannten, mehr verwaltungsmäßigen Arbeiten waren es vornehmlich zwei Aufgaben, mit denen Ebert als Mitglied des Parteivorstandes betraut wurde. Einmal galt es, das zu jener Zeit sehr gespannte Verhältnis zwischen der politischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften wieder in Ordnung zu bringen. Für diese Mission, die ebensoviel Takt wie Geduld erforderte, war niemand besser geeignet als gerade Fritz Ebert, der seit seiner

Jugend sowohl in der Partei wie in der Gewerkschaftsbewegung seinen Mann gestanden hatte und der nicht nur die praktischen Bedürfnisse, sondern auch die seelischen Grundlagen und stimmungsmäßigen Unwägbarkeiten beider Zweige der Arbeiterbewegung von Grund auf kannte. Dazu kam, daß Ebert als Persönlichkeit hüben wie drüben das gleiche Vertrauen genoß, daß man die Lauterkeit seiner Gesinnung, die Unbestechlichkeit seines Urteils wie seinen gesunden Menschenverstand in allen Lagern der Arbeiterbewegung aufs höchste schätzte.

Es war keine leichte Aufgabe, die der spätere Reichspräsident da übernommen hatte. Es galt für ihn nun, außer an den zahllosen Sitzungen und Konferenzen der Parteikörperschaften ständig auch noch an den Beratungen der Gewerkschaftsführer teilzunehmen, an den sogenannten Vorständekonferenzen, und sich auch sonst über alles auf dem laufenden zu halten, was im inneren und äußeren Leben der Gewerkschaften wichtig war. Manche Nachtstunde mußte Verhandlungen und immer wieder neuen Verhandlungen geopfert werden, wollte Ebert wirklich das sein, wozu man ihn berufen hatte: der Mittelsmann zwischen Partei und Gewerkschaften, der Vertrauensmann beider. Hier bewährte sich zum ersten Male an einer großen, und zwar nicht nur vom engeren sozialistischen Standpunkt aus großen politischen Aufgabe jene Fähigkeit Eberts, zu vermitteln und auszugleichen, die später, in den schweren Krisen dieser letzten sechs Jahre, dem Reiche so wertvoll werden sollte. Dieser in den Kreisen der Arbeiterbewegung schon damals hochgerühmten Gabe Eberts, lag jedoch keineswegs, wie manche meinen mochten, ein Mangel an Charakter zugrunde. Ganz im Gegenteil! Gerade weil Ebert immer sehr klar wußte, was er wollte, und weil er stets sein Ziel im Auge behielt — gerade darum vermochte er auch in den schwierigsten Verhandlungen den Faden in der Hand zu behalten und die Dinge zu einem vernünftigen Ende zu führen. Es ist nicht zum wenigsten Eberts ganz persönliches Verdienst, wenn an der Schwelle des Weltkrieges jene sehr ernsten Gegensätze zwischen politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung so gut wie überwunden waren. Auch zwischen der Partei und den Genossenschaften war Ebert, der sich schon in seiner Bremer Zeit auch genossenschaftlich stark betätigt hatte, in jenen Jahren der gegebene Vermittler.

Ganz anderer Art war die zweite Aufgabe, die an Ebert als Sekretär des Parteivorstandes herantrat. Um 1903/04 herum hatte auch in Deutschland, nachdem andere Länder, namentlich Belgien, darin längst vorangegangen waren, eine besondere sozialistische Jugendbewegung Fuß zu fassen begonnen. Ludwig Frank und Karl Liebknecht waren ihre ersten Bannerträger, Mannheim und Berlin ihre Brennpunkte. Während in Norddeutschland die Bewegung zunächst den Charakter eines mehr wirtschaftlich orientierten

Zusammenschlusses von Lehrlingen annahm, gründete man in Süddeutschland die ausgesprochen politisch, und zwar linksradikal eingestellte „junge Garde“ nach romanischem Muster. In ihrem ersten Ueberschwang drohte die neue Bewegung manchmal über die Ufer zu treten und der Partei ernste politische Schwierigkeiten zu machen, namentlich soweit der stark antimilitaristische Grundzug im Wesen der „jungen Garde“ in Frage kam, den damals Ludwig Frank kaum weniger stark betonte als Karl Liebknecht. Die Partei suchte deshalb ihrerseits alsbald, den maßgebenden Einfluß auf die Jugendbewegung zu gewinnen. Zu diesem Zweck schuf sie in Berlin eine besondere Jugendzentrale. Der Mann, der an ihre Spitze berufen wurde, war Fritz Ebert.

Wer da etwa gefürchtet hatte — auch der Schreiber dieses Aufsatzes gehörte dazu —, der nüchterne Arbeitersekretär und Gewerkschaftspraktiker werde den besonderen seelischen Bedürfnissen der proletarischen Jugend ohne Verständnis gegenüberstehen, er werde versuchen, die Jugendbewegung zu bürokratisieren, sie durch einen komplizierten Instanzenzug ihres Besten, ihrer urwüchsigen Frische, zu berauben, der wurde aufs erfreulichste enttäuscht. Dieser ruhige Mann der Alltagsarbeit zeigte für die feinsten Regungen, für die leisesten Schwingungen der Seele gerade des jungen Arbeiters ein Verständnis, das immer wieder in Erstaunen setzte. Und bald hatten auch die wildesten Jungen volles Vertrauen zu diesem Führer, der es meisterlich verstand, der Jugend zu geben, was der Jugend war, und der doch, auch hier, sich niemals die Leitung aus der Hand nehmen ließ.

Im übrigen erwies sich Ebert auch in der Politik der Partei selbst keineswegs als der immer bedenkliche Zauderer, den manche in ihm hatten sehen wollen. In dem Kampf um das preußische Wahlrecht, der im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege immer mehr in den Mittelpunkt der inneren Politik Deutschlands rückte, war Ebert, neben Hermann Müller, das vorwärts drängende Element im Parteivorstand. Die großen Straßenkundgebungen, mit denen in den Jahren 1906, 1908 und 1910 die preußische Sozialdemokratie auf der ganzen Linie gegen die Schmach des Dreiklassenwahlrechts zum Angriff überging, sind mit in erster Linie auf Eberts Anregungen zurückzuführen. Denn dieser Sattlergeselle von einst wußte nicht nur, was er den materiellen Bedürfnissen, er wußte auch, was er der Würde und der großen geschichtlichen Aufgabe seiner Klasse schuldig war. Im Kampfe gegen das „elendeste aller Wahlsysteme“ wie auch bei manch anderer Gelegenheit vereinte dieser geborene Führer Vorsicht mit Kühnheit und an der Spitze seines Arbeiterheeres entwickelte er nicht nur die Eigenschaften eines Fabius cunctator, sondern auch, wo es not tat, die Eigenschaften eines Cäsar.

Wie tief in diesem, jedem Pathos abholden Manne das Gefühl auch für die ideellen Werte der sozialistischen Bewegung saß, davon bekam ich einen starken Eindruck auf dem Internationalen Sozialisten-Kongreß von Kopenhagen im Jahre 1910. Die unvergeßlichen Kundgebungen des Zusammengehörigkeitsgefühls der Arbeiter über alle Grenzen hinweg, mit denen dieser Kongreß eingeleitet und geschlossen wurde, weckten gerade in Eberts Brust, in der Brust dieses kerndeutschen Mannes, ein starkes Echo. Er hat mit mir nicht nur damals in Kopenhagen, sondern auch später wiederholt davon gesprochen.

Als im Spätsommer 1913 August Bebel die Augen geschlossen hatte, da wußte der, wiederum in Jena tagende, Parteitag sehr wohl, was er tat, als er, neben Hugo Haase, Fritz Ebert an die Spitze der Partei berief. Er hätte keinen Besseren finden können.

II.

Ein Jahr darauf kommt der Krieg. Mit ihm schon, nicht erst mit der Staatsumwälzung, treten an Ebert Aufgaben von höchster politischer Wichtigkeit heran. Jetzt zeigt sich, wie glücklich die Partei beraten gewesen war, als sie einen Mann gerade von Eberts Qualitäten zum Führer gewählt hatte.

In den Kriegsjahren habe ich, der ich Anfang 1911, als Leiter der Flugschriftenzentrale der Gesamtpartei vom Vorstand nach Berlin berufen war, Fritz Eberts Wirken aus nächster Nähe, aus täglicher Arbeit im gleichen Hause und am gleichen Werke beobachten können.

Dieses Werk war die Eingliederung der deutschen Arbeiter in die Front des großen nationalen Kampfes der Abwehr und der Selbstbehauptung. Denn als solcher stellte sich der Krieg für Fritz Ebert von Anfang an dar. Vollkommen unrichtig ist das immer wiederholte Geschwätz der Rechtspresse, die sozialistischen Führer hätten sich nur unter dem unwiderstehlichen Zwang der Massentimmung in diese Front der Abwehr und der Selbsterhaltung eingereiht. Es gab unter den 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten am 3. August 1914 nur ein gutes Dutzend, die gegen die Bewilligung der Kriegskredite waren. Und auch diese dachten gar nicht daran, Deutschland der Vernichtung preisgeben zu wollen, sie glaubten nur, keinerlei politische Mitverantwortung übernehmen zu dürfen für eine Politik, die zum Ultimatum an Serbien geführt und die das Reich an das gewissenlose Abenteuerium der Herren vom Ballplatz gekettet hatte. Auch Ebert sah die Politik der Mittelmächte keineswegs im Gewande blütenweißer Unschuld. Aber er meinte, daß nun, da die eisernen Würfel einmal rollten, nicht mehr und noch nicht die Zeit sei, das Maß gegenseitiger Schuld abzuwägen. Im Augenblick gäbe es nur eines: Deutschland zu retten! Das Deutschland, das ihm nicht das Deutschland der Hohenzollern

und der preußischen Junker, sondern das Deutschland der schaffenden Arbeit, das Deutschland des sozialen und kulturellen Aufstiegs der Massen war. Dieses Deutschland liebte der „vaterlandslose Geselle“ Ebert mit heißerer Liebe als so mancher geeichte Patentpatriot des wilhelminischen Zeitalters . . .

Haben sich die Menschen, die in diesen letzten Monaten über Ebert den „Landesverräter“ die Kübel ihres seelischen Schmutzes auszugießen beliebten, — haben sie sich überhaupt einmal ganz klar gemacht, was es für Deutschland bedeutet hat, die Massen der Arbeiterschaft, in denen zu jener Zeit immer noch der Groll nachzitterte über die Unbill langer Jahrzehnte, über Sozialistengesetz und Umsturzvorlage, über Zuchthauskurs und Verwaltungswillkür, — haben sie sich klar gemacht, was es bedeutete, diese Massen der entrechteten Wähler dritter Klasse, diese von Wilhelm II. immer wieder unflätig beschimpften „Rotten von Menschen, die nicht wert sind, den Namen Deutsche zu tragen“, nicht nur am 4. August 1914 für Deutschland mobil zu machen, sondern sie auch vier lange Jahre hindurch in dieser nationalen Front zu halten, zu halten trotz namenloser Leiden und unerhörter Entbehrungen, trotz Fortdauer der preußischen Dreiklassenschmach und trotz aller auch sonst sich häufenden Enttäuschungen? Nun, soweit überhaupt ein einzelner das Verdienst für sich in Anspruch nehmen darf, dies Ungeheure geleistet zu haben, ist es, vielleicht neben Scheidemann, Fritz Ebert.

Während der ganzen Kriegsjahre war nun ein einziges Mal die Abhaltung eines sozialistischen Parteitages möglich, 1917 in Würzburg. Im übrigen war die Aufgabe der alljährlichen Parteitage, die politischen Richtlinien festzulegen, an den Parteiausschuß übergegangen, der nun alle paar Monate einmal zusammentrat. Ich habe den weitaus meisten dieser Parteiausschußsitzungen der Kriegsjahre beigewohnt. Ich kann daher Zeugnis ablegen, welche im besten Sinne des Wortes vaterländische Arbeit Fritz Ebert da vier Jahre hindurch vollbracht hat. Meistens leitete er die Sitzungen, meist hielt er selbst auch (manchmal tat es Scheidemann) die Referate über die jeweilige Lage Deutschlands und die Aufgaben der Partei. Immer wieder bewunderte ich die von Hurrastimmung wie von müder Hoffnungslosigkeit gleich freie Klarheit und Sicherheit seines Urteils. In keinem Augenblick hat ihn die tiefe Liebe zu seinem Volk und Vaterland verführt zu Ausbrüchen des Hasses gegen die mit Deutschland im Kampf stehenden Länder. Von Anfang an beurteilte er Deutschlands Lage sehr ernst. Niemals gab er sich irgendwelchen Illusionen hin über das Los, das unserem Volke bei einem Zusammenbruch beschieden sein werde. Eben darum aber rief er immer wieder auf zum Ausharren, bis das Ziel der Sicherung des Landes — nicht irgendein ausschweifendes Eroberungsziel — erreicht sei. Und immer wieder zwang er durch

die Kraft seiner Ueberzeugung und seines Willens die Widerstrebenden — ihre Zahl wuchs beständig — zum Ausharren für die Sache Deutschlands.

Um so gewaltiger war diese moralische und politisch gleich hoch zu wertende Leistung, als von Anfang an die Opposition auch im engeren Kreise des Parteivorstandes selbst saß. Zwei seiner besten Kräfte, Hugo Haase und Luise Zietz, gehörten zur Minderheit der Partei, und das hohe Ansehen, dessen sich diese beiden lauterer, immer opferbereiten und in vielen Kämpfen bewährten Menschen in der deutschen Arbeiterschaft mit Recht erfreuten, gab ihren von leidenschaftlicher Ueberzeugungstreue getragenen Worten einen starken Widerhall. Und doch hat Ebert es gegen sie geschafft . . .

Als allen seinen Bemühungen zum Trotz die nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für ganz Deutschland verhängnisvolle Spaltung der einst auf ihre imposante Geschlossenheit so stolzen Partei zur Tatsache geworden war, führte Ebert den Kampf gegen die Freunde von gestern stets so, daß sie wieder die Freunde von morgen sein konnten. Gewiß hat er in diesen inneren Auseinandersetzungen eine scharfe Klinge geschlagen, aber auch hier hat er sich nie zur Gehässigkeit erniedrigt und stets verschmäht, den Bruderkampf, diesen schlimmsten aller Kämpfe, mit Waffen zu führen, die vergiftet waren.

Einmal im Kriege, einmal im Leben überhaupt nur, hat Ebert dem Manne gegenübergestanden, dessen Nachfolger — wenn das Wort erlaubt ist — er werden sollte. Im Sommer 1917, zur Zeit der Friedensresolution, geruhte Wilhelm II. zum ersten Male, Politiker der Linken zu empfangen, Zweck der Uebung sollte die Unterichtung des Monarchen über die Stimmung im Parlament und Volk sein. Wozu es allerdings nicht gekommen ist. Denn der Hohe Herr schwadronierte dauernd nur selbst, prahlte, „seine“ Garden würden den Russen ihre neue Demokratie schon ausklopfen („wo meine Garde hinkommt, gibt es keine Demokratie!“), redete allerlei ebenso unlogisches wie unorientiertes Zeug über die Erfolge „seiner“ Unterseeboote, die das ganze Weltmeer von feindlichen Fahrzeugen rein gefegt hätten, entwickelte ein gänzlich sinnloses Annexionsprogramm, das er mit schalem Witz ein Programm des Ausgleichs nannte, und entließ dann die ob solcher Ahnungslosigkeit aufs äußerste verblüfften Volksboten. Alle Teilnehmer an dieser sonderbaren Audienz, Erzberger und Payer nicht weniger als die Sozialisten Scheidemann, David und, soviel ich mich erinnere, auch Südekum, vor allem aber Ebert selbst waren entsetzt über das Erlebte. Ebert zweifelte nun nicht mehr, daß unter einer solchen „Führung“ Deutschland unfehlbar in den Abgrund kutschieren werde. Er verdoppelte deswegen seine Anstrengungen, einen ehr-

lichen Frieden der Verständigung, einen „Scheidemann-Frieden“, herbeizuführen, solange es noch Zeit war.

Den Höhepunkt dieser Bemühungen Eberts bildete seine Teilnahme an den Verhandlungen der internationalen sozialistischen Friedenskonferenz in Stockholm im Sommer 1917. Zu Deutschlands, zu Europas Unglück scheiterten alle diese Anstrengungen an dem Starrsinn und der Kurzsichtigkeit derer, die sich damals in Europa Staatsmänner nennen durften.

Was er politisch vertrat, bekräftigte Ebert auch als Mensch. Alle seine vier Söhne schickte er ins Feld, zwei von ihnen fielen, ein dritter wurde schwer verwundet und ging dennoch, mit Zustimmung des Vaters, von neuem an die Front. Wie war es doch mit Wilhelm II. und seinen Söhnen . . . ?

Als alles kam, wie es kommen mußte und Deutschlands Schicksal sich zu erfüllen begann, als, fünf Minuten vor zwölf, Wilhelm II. sich dazu herbeiließ, Männer in die Regierung zu berufen, „die getragen sind vom Vertrauen des Volkes“, da gab es eine starke Strömung in der Partei, die von einem Eintritt von Genossen in die Regierung in diesem vollkommen hoffnungslosen Stadium nichts wissen wollte. Wieder war es da Ebert, der sich ihnen entgegenwarf. Gerade wenn alles verloren ist, dürfen wir das Vaterland nicht im Stiche lassen, auf Gedeih' und Verderb' ist das Schicksal der Arbeiterklasse mit dem Schicksal Deutschlands verbunden, führte er den Widerstrebenden vor Augen. Und wieder setzte er sich durch: Scheidemann und Bauer wurden von der Sozialdemokratie in das Kriegskabinet des Prinzen Max entsandt, das letzte Kabinet des Kaiserreichs. Für Ebert selbst schien es die gegebene Aufgabe, die sozialistische Arbeiterschaft als letzte Reserve deutscher Kraft in der Hand zu behalten für den Tag der Katastrophe, den er unaufhaltsam herannahen sah.

Am 22. Oktober 1918 sprach Ebert, der seit 1912 für Elberfeld-Barmen dem Reichstage angehörte und seit dem Sommer 1918 dessen Hauptausschuß leitete (seine parlamentarischen Sporen hatte er sich einst schon in der Bremer Bürgerschaft verdient), als Führer seiner Partei zum letzten Male im alten Reichstag. Die Rede des tiefbewegten Mannes, der als Wortführer des aus Blut und Tränen heraufsteigenden neuen Deutschland da auf der Tribüne stand, ist mir unvergeßlich. Sie klang aus in das Bekenntnis: „Eine neue Zeit muß einem neuen Glauben an eine neue Gerechtigkeit wecken . . . Hab und Gut können wir verlieren — die Kraft, die neues schafft, kann uns keiner nehmen!“

III.

Fritz Ebert ist der klassische Zeuge für die tiefe Wahrheit des Dichterwortes: „Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken.“ Wie aus dem Vormann seiner Berufskollegen im Lohnkampf der politische Sprecher seiner Klassengenossen der ganzen

Stadt, aus diesem der Führer einer starken Partei wurde, so wuchs seit 1918 aus dem Parteiführer immer mehr der Staatsmann großen Formats heraus. Nicht als ob Ebert jemals seine Herkunft aus den Tiefen des Volkes, als ob er je den Sozialismus als sein geistiges Heimatland verleugnet hätte! Bis zuletzt blieb er auch für sein eigenes Gefühl der, als der er sich in Weimar bei der Uebernahme des höchsten republikanischen Vertrauensamtes mit schlichtem Stolze bekannt hatte — ein Sohn des deutschen Arbeiterstandes und ein treuer Anhänger des sozialistischen Gedankens. Hier lagen allezeit die starken Wurzeln seiner Kraft. Zugleich wurde er in immer höherem Grade durch seine Leistung zum Vertrauensmann des ganzen deutschen Volkes und darüber hinaus zu einer starken Hoffnung des demokratischen, des Frieden heischenden Europa.

Es ist der 9. November 1918. Die sozialistische Reichstagsfraktion hat sich, soweit ihre Mitglieder noch herankommen konnten, im Fraktionszimmer versammelt. Von der Fünfmännerfraktion des Preußischen Landtages sind Otto Braun, Paul Hirsch und ich zur Stelle. Die Arbeitermassen Berlins haben ihre Betriebe verlassen und rücken in unübersehbar gewaltigen Zügen dem Stadtinnern zu. Ein Jäger-Bataillon ist zum Volke übergegangen, im Kraftwagen eilt Otto Wels von Kaserne zu Kaserne, um auch die anderen Truppen zum Anschluß an die Erhebung zu gewinnen. Wird es gelingen? Niemand weiß, was die nächsten Stunden, was die nächsten Minuten bringen werden. Bauer und Scheidemann haben soeben ihren Austritt aus dem Kabinett des Prinzen Max erklärt. Alles brodeln in wildester Erregung durcheinander. Plötzlich werden Ebert, Scheidemann und, glaube ich, Otto Braun aus dem Fraktionszimmer heraus durch den Fernsprecher zur Reichskanzlei gebeten. Während dort Herr Wahnschaffe am Draht nach Spa hängt, um der Umgebung des Kaisers im letzten Augenblick noch einmal die unumgängliche Notwendigkeit der sofortigen Thronentsagung klarzumachen, ernennt Prinz Max kurzer Hand Ebert zu seinem Nachfolger.

Zehn Minuten später ist Scheidemann wieder im Reichstag, reißt die Tür zum Fraktionszimmer auf und ruft in höchster Erregung: „Der Kaiser zurückgetreten! Ebert Reichskanzler!“ Unmittelbar darauf ist auch Ebert selbst wieder zur Stelle. Wie im August 1914, so sieht er auch jetzt ganz klar, worauf es ankommt: die revolutionäre Bewegung fest in der Hand zu behalten und sie vor dem unmittelbar drohenden Abgleiten in das Fahrwasser des asiatischen Bolschewismus zu bewahren. Rettungsloses Versinken ins Chaos oder Sicherung wenigstens der Möglichkeit zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes: so sieht er klar die Frage gestellt. In Sekunden ist sein Entschluß gefaßt: sofortiges Verhandeln mit den Unabhängigen, Bildung einer gemeinschaftlichen

Regierung, Isolierung der Spartakisten, die im Augenblick noch schwach sind, aber in wenigen Tagen zu einer ungeheuren Gefahr werden können, wenn die Unabhängigen sich mit ihnen zu gemeinsamem Handeln verbinden.

Schon strömen durch alle Portale Bewaffnete in den Reichstag. An ein überlegtes Verhandeln ist nicht mehr zu denken. Ein Chaos im kleinen schon hier — wird das allgemeine Chaos ihm folgen? Noch sehe ich Ebert, umtost vom wildesten Trubel, an einem Fenster des Fraktionszimmers stehen, den Blick gerichtet auf das brandende Meer, das Tiergarten und Königsplatz in diesem Augenblick sind. Ganz erfüllt ist Ebert von der unermeßlichen Verantwortung, die diese Stunde auf seine, des einfachen Arbeiterführers Schultern legt. Er nimmt mich beiseite: „Schreiben Sie schleunigst einen ganz knappen Aufruf. In zwei Stunden muß er in Millionen Stücken draußen sein. Grundgedanke: Der Sieg des Volkes darf nicht durch Blut und Gewalt befleckt werden! Aber schnell, schnell!“

In zehn Minuten lege ich Ebert den Entwurf dieser ersten Proklamation einer republikanischen Regierung in Deutschland vor, er zeichnet ihn, im Auto mit dem Manuskript zur „Vorwärts“-Druckerei und in knapp anderthalb Stunden ist der Aufruf in aller Hände. Er hat seine Wirkung nicht verfehlt . . .

Nach wilden Wochen, einer Tage und Nächte andauernden Hetzjagd, die Ebert ebenso wie Scheidemann mehrfach acht Tage und länger nicht nach Hause kommen läßt, die sie, ständig verfolgt von den ganz aus Rand und Band geratenen spartakistischen Vorhuten, zwingt, heute hier, morgen dort für ein paar kurze Nachtstunden ein verstecktes Asyl zu suchen, holt Spartakus in den ersten Januartagen 1919 zu seinem großen Schlage aus: ich sehe uns noch, wie wir am Morgen des 6. Januar, einem Montag, in einem Zimmer der Reichskanzlei beieinanderstehen. Ratlos. Spartakus hat das Zeitungsviertel besetzt, Spartakus beherrscht das Polizeipräsidium, Spartakus tobt durch die Siegesallee und durch die Linden. Von der Budapester Straße her schallen die wilden „Nieder“-Rufe der verhetzten Massen zu uns herein. Nur die Wilhelmstraße selbst ist gedeckt durch eine lebendige Mauer, durch die Leiber von Zehntausenden in der Nacht mobilgemachter sozialdemokratischer Arbeiter. Wieder reißt das Chaos seinen Rachen auf. Keiner von uns weiß aus und ein, alles redet durcheinander. Und wieder ist Ebert der einzig Ruhige. „Ich schlage vor, den Genossen Noske mit unbeschränkter Vollmacht zur Wiederherstellung der Ordnung zu betrauen. Geredet wird nicht mehr. Abstimmen dürfen nur die deutschen und preußischen Volksbeauftragten. Alle übrigen verlassen sofort das Zimmer. Wer ist für meinen Vorschlag?“ Die Hände heben sich, wenige Tage später ist Berlin befreit und die Republik gerettet.

Das gleiche ist's, als einige Wochen darauf — noch schießt es hier und da von den Dächern und in den Straßen Berlins, noch kann jeden Augenblick der Aufstand von neuem emporflammen — die Frage zur Entscheidung steht, wo die Nationalversammlung zusammentreten soll: In Berlin oder in Weimar. Ebert ist's, der schließlich die Entscheidung für Weimar durchsetzt und der so die ungestörte Tagung dieses ersten Parlaments der Republik und damit das Verfassungswerk sichert.

Zum dritten Male die gleiche Situation in der Kapp-Nacht vom 12. auf den 13. März 1920. Alle Minister des Reiches und Preußens sind Hals über Kopf aus den Betten geholt und nun in der Reichskanzlei versammelt. Hannibal vor den Toren! In zwei, drei Stunden wird er in den Straßen Berlins sein. Darf man den Kampf gegen die Rebellen wagen oder nicht? Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr, sagt achselzuckend ein höherer Offizier. Außer Noske selbst und seinem Adjutanten Major von Gilsa ist von den militärischen Sachverständigen nur noch der preußische Kriegsminister General Reinhardt zum Widerstande gegen die Brigade Ehrhardt bereit. Offiziere, Minister, Beamte: alles läuft und redet wirt durcheinander. Nachdem die Frage des Widerstandes schließlich verneint ist, erhebt sich die neue Frage: soll die Regierung in Berlin bleiben oder soll sie vom Reiche her den Widerstand gegen Kapp-Lüttwitz organisieren? Wir preußischen Minister sind in unserer überwiegenden Mehrzahl für Bleiben und wir haben Berlin auch in der Tat nicht verlassen. Unsere Gefangennahme durch die Rebellen war nicht allzu tragisch und übrigens schon nach einem Tage beendet. Daß das Reichskabinettt damals sich anders entschlossen hat und erst nach Dresden, dann, mit dem Reichstage, nach Stuttgart gegangen ist, hat sich aber, wie man rückschauend sagen darf, doch als richtig erwiesen. Machte die Abreise des Reichskabinetts den Kapp-Putsch doch zu einem guten Teile zum Luftstoß.

Auch in dieser wilden Nacht war es wiederum vornehmlich Ebert zu verdanken, daß es schließlich überhaupt zu einem Beschluß gekommen ist, und daß dieser Beschluß dann auch ausgeführt worden ist.

Neben Eberts Umsicht und kaltblütiger Entschlossenheit ist es besonders sein unübertrefflicher Takt und die sichere Selbstverständlichkeit seines Auftretens gewesen, die mir immer wieder ehrfürchtiges Staunen abgezwungen haben. Wie wußte sich dieser Sohn eines kleinen badischen Schneiders in Situationen zu benehmen, für die er in der Volksschule der siebziger Jahre ganz gewiß ebensowenig erzogen worden war wie in der Sattlerwerkstätte! Ob er nun den Abgesandten des Papstes, Nuntius Paccelli, bei sich zum Essen hatte, ob er, im August 1922, im Breslauer Rat-

hause Gerhart Hauptmann als deutschen, sozialen und im edelsten Sinne demokratischen Dichter feierte, ohne doch auch nur mit einer Silbe ein literarisches oder ästhetisches Scheinwissen vorzutäuschen, ob er am ersten Jahrestage der Ermordung Rathenaus mit Fritz von Unruh, Gerhart Hauptmann und dem Schreiber dieser Zeilen auf der hübschen Gartenterrasse seines Heims bei einer Tasse Tee zusammensaß, und den beiden Dichtern kluge und feine Fragen über ihr Schaffen stellte, ob er Forscher und führende Männer der Wirtschaft bei sich sah und sich von ihnen, mit dem rastlosen Lernerifer des strebsamen deutschen Arbeiters, belehren ließ über die Dinge ihres Faches, ob er in seinem prächtigen Garten die Wiener Sänger empfing und zu ihnen kluge und fein abgewogene Worte, aber doch Worte von echter Herzenswärme über den Zusammenschluß des Reiches mit den Stammesgenossen an der Donau sprach: immer und überall der gleiche feine Takt des Herzens, immer das gleiche Fehlen jeder Pose, immer die gleiche Echtheit, die gleiche schlichte Menschlichkeit.

Die letzte längere Unterredung unter vier Augen habe ich mit Ebert im Herbst 1923, kurz vor dem Hitler-Putsch, in seinem behaglich-einfachen Arbeitszimmer gehabt. Ich hatte ihn um diese Unterredung in meiner Eigenschaft als Präsident des Republikanischen Reichsbundes gebeten. In weitesten Kreisen des republikanischen Deutschland machte sich damals ernsteste Sorge breit über die täglich frecheren Herausforderungen der Republik durch den Königlich Bayerischen Freistaat des Herrn v. Kahr, Herausforderungen, denen die Reichsregierung mit tatenlosem Zaudern zuzusehen schien, während sie gleichzeitig gegen Sachsen und Thüringen mit gepanzerter Faust dreinfuhr. Alle diese Besorgnisse durfte ich Ebert damals in reichlich einstündiger Unterredung vortragen. Ich verhehlte ihm auch nicht, daß man in weiten republikanischen Kreisen kein Verständnis dafür gehabt habe, wie er den Unglückskanzler Cuno aus eigenster Initiative habe berufen und solange halten können, und daß auch ich hier zum ersten Male an seiner Menschenkenntnis irre geworden sei. Wenn mich Ebert in seinen rückhaltlos offenen Darlegungen auch keineswegs von der Durchschlagskraft aller seiner Gegenargumente überzeugte, so schied ich doch auch diesmal von ihm in dem Bewußtsein: dort oben steht ein treuer Wächter der deutschen Republik, ein wachsamer Hüter des demokratischen, des sozialen Gedankens Neudeutschlands!

Dennoch zwang mich politische Pflicht, einige Wochen später, den nicht zerstreuten Besorgnissen des republikanischen Deutschlands auch öffentlich Ausdruck zu geben. Ich tat das in einem längeren Artikel der „Glocke“, in dem ich nicht unterließ, von der tiefen Tragik zu sprechen, die Ebert, den Erwählten der Revolution, nun auch zum Präsidenten der immer stärker heraufziehenden Gegenrevolution hatte werden lassen.

Ich schickte Ebert den Artikel mit ein paar Zeilen und er antwortete mir mit diesem Briefe, den er, wie er das im Verkehr mit ihm Nahestehenden bis in seine letzten Lebenstage zu tun pflegte, nicht diktiert, sondern mit seinen charakteristischen steilen Schriftzügen selbst zu Papier gebracht hatte:

Lieber Freund Haenisch!

Haben Sie Dank für den über mich verbrochenen Artikel in der „Glocke“, den Sie mir zugehen ließen.

Ich hätte zwar zu dem für mich kritischen Teil manches zu sagen, doch das kann später einmal, im Zusammenhang mit anderem, was ich meinen Kritikern zu sagen habe, nachgeholt werden. Dieser Aufschub kann um so eher erfolgen, als mein politisches Gewissen völlig blank ist.

Herzliche Festtagswünsche, in alter Freundschaft

Ihr Ebert.

Zu dieser von ihm beabsichtigten grundsätzlichen Rechtfertigung seiner Politik ist Ebert nicht mehr gekommen. Sie wäre ohne Zweifel sehr aufschlußreich gewesen. Aber „mit völlig blankem Gewissen“ hat er Abschied nehmen können von dem Werk seines Lebens....

Aus Reden Eberts

Zu den Aufgaben des Repräsentanten der deutschen Republik gehören Reden bei Festlichkeiten, Besichtigungen u. dgl., gehören auch Kundgebungen, Glückwunschsreiben aller Art. Da kann man nicht immer ohne Schema und Schablone auskommen, und vieles wird nur deshalb gesagt und geschrieben, weil es nun eben einmal gesagt und geschrieben werden muß. Das alles hat seine Bedeutung für den Tag. Kein Vernünftiger denkt daran, solchen Worten einen Ewigkeitswert zu geben. Friedrich Ebert mußte sich selbstverständlich diesen Repräsentationspflichten unterziehen, aber wo er nur konnte und wo die Möglichkeit ihm gegeben war, versuchte er, den Dingen auf den Grund zu gehen. Auf literarische Friseure, die einer Sache den rechten Anstrich geben sollten, verzichtete er gern. Auch dann, wenn, wie z. B. bei Empfängen der fremden Diplomaten, die Ansprachen Eberts vorher einen Instanzenweg passieren mußten, sah Ebert darauf, daß durch einen Ton oder eine Wendung die Ansprache mehr wurde als eine formale Angelegenheit. Im nachfolgenden sind aus der Zeit der Präsidentschaft Eberts, aus den Kundgebungen und Reden Bruchstücke wiedergegeben. Diese Stücke sollen keine „goldenen Worte“ sein, sie sollen nur zeigen und zeugen, daß Ebert, der kein rauschender und glänzender Redner war, etwas war, das viel mehr ist: ein

Mann mit Gesinnung, der erste Republikaner, und einer der seltenen Menschen, dem es gegeben war, schlicht, einfach und ehrlich von der Seele des deutschen Volkes zu sprechen.

Ein Bekenntnis

Nachdem Ebert am 11. Februar 1919 von der Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt worden war, erklärte er:

„Mit allen meinen Kräften und mit voller Hingabe werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteiisch zu führen, niemand zuliebe und niemand zuleide. Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde. Ich will und werde nur als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei. Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meine Herkunft, noch meine Ueberzeugung zu verleugnen gesonnen bin. Indem Sie das höchste Amt des deutschen Freistaates mir anvertrauen, haben Sie, ich weiß es, keine einseitige Parteiherrschaft aufrichten wollen. Sie haben aber damit den ungeheuren Wandel anerkannt, der sich in unserm Staatswesen vollzogen hat, und zugleich auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft Deutschlands. Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebot aller Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege.“

Die Nationalversammlung und das freie Volk

Mein erstes Wort an das deutsche Volk nach dem 9. November ging dahin, daß bald eine verfassunggebende Nationalversammlung berufen werden soll. Was damals Zukunftsmusik schien, heute ist es schon geschichtliche Vergangenheit, ist es Tat und Wirkung geworden. Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat das Werk vollendet, das ihr den Namen gegeben hat. Die Verfassung ist in Kraft getreten. Als erster habe ich heute an Sie und in die Hände des Nationalversammlungspräsidenten den Eid geleistet.

Ich werde diesen Tag und seine Bedeutung nie vergessen. Zum ersten Male hat heute das Volk sich selbst in Pflicht und Eid genommen. Kein Auftrag von unverantwortlicher Stelle, keine Berufung von oben her ist durch meinen Schwur auf die Verfassung bekräftigt worden, sondern in die Hand des ersten Mannes der Volksvertretung habe ich Treue

gelobt in dem Amt, das mir diese Volksvertretung anvertraut hat. Ein Volk, gleich und gleichberechtigt an Haupt und Gliedern, das soll der heutige Tag vor allen Deutschen bezeugen! Vor uns steht das Wahrzeichen Weimars, das Doppelstandbild der zwei Weimarer Großen. Für uns, die wir den Traum langer Jahrzehnte, die deutsche Demokratie, vollenden durften, gesellt sich zu diesen zwei erleuchteten Häuptern ein drittes Haupt, das Haupt Ludwigs Uhlands. Von ihm, dem unsterblichen Redner der Frankfurter Paulskirche, stammen die unerschrockenen Verse vom alten guten Recht, für dessen Wiederherstellung er gegen Willkür und Rechtsbruch kämpfte! Wir nehmen Uhlands Parole für uns in Anspruch. Kein neues, willkürliches, nach Parteigründen zugeschnittenes Recht haben wir in der Verfassung geschaffen. Wir sind vielmehr aufs neue vom alten Recht ausgegangen, das verschüttet lag, vom Recht, das mit uns geboren, vom Recht, das dem Volk vorenthalten war und nun vom Volk selbst errungen und gesichert worden ist! Darum sagen wir mit Ludwig Uhland: Das gute alte Recht, aller Verfälschungen und Erzwungenheiten entkleidet, ist heute Allgemeingut und Erbe des Deutschen und soll es bleiben für immer! In diesem Sinne und Glauben erneuere ich vor Euch den Schwur der Treue zum Volksrecht!

(Ebert nach der Vereidigung an das Volk, 20. 8. 1919.)

Die Wiederwahl durch den Reichstag

Der Reichspräsident erwiderte auf die Rede des Reichstagspräsidenten, der ihm die Wahl durch den Reichstag mitteilte:

Herr Präsident!

Ich danke Ihnen für die Mitteilung des Beschlusses des Reichstags, der in Aenderung der bisherigen Verfassungsbestimmung das mir auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt übertragene Amt des Reichspräsidenten auf der rechtlichen Grundlage der Reichsverfassung erneuert und in seiner Dauer verfassungsmäßig festgelegt hat. Haben Sie auch aufrichtigen Dank für die freundlichen Worte, die Sie in Verbindung damit an mich gerichtet haben.

In der Zeit schwersten Schicksals Deutschlands habe ich das Amt des Reichspräsidenten übernommen; ich tat es nur in dem Bewußtsein, meine Pflicht tun zu müssen gegenüber den Volksgenossen, die mir in harten Tagen ihr Vertrauen entgegenbrachten. Im gleichen Gedanken erkläre ich mich auch heute bereit, mein Amt weiterzuführen. Entscheidend für diesen im Widerstreit verschiedener Erwägungen nicht leichten Entschluß war für mich das

mir durch die übergroße Mehrheit der gewählten Vertreter des deutschen Volkes erneut bekundete Vertrauen. Getreu meinem vor der Nationalversammlung in Weimar abgelegten Gelöbniß, meine Kraft dem deutschen Volke zu widmen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches zu wahren, wird es mein alleiniges Bestreben sein, in Drang und Not dieser Zeit der Republik zu dienen und nach bestem Können mitzuarbeiten an der Gesundung und Erneuerung Deutschlands.

Einigkeit, Recht, Freiheit!

Deutschland soll nicht zugrunde gehen! Das ist unser Schwur, solange wir atmen und arbeiten können. Wir wollen keinen Bürgerkrieg und keine Trennung der Stämme, wir wollen das Recht. Die Verfassung hat uns nach schweren Kämpfen das Recht gegeben. Wir wollen den Frieden. Recht soll vor Gewalt gehen. Wir wollen die Freiheit. Das Recht soll uns Freiheit bringen. Wir wollen Einigkeit. Das Recht soll uns einig zusammenhalten. So soll die Verfassung uns Einigkeit, Recht und Freiheit gewährleisten.

Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede des Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unsern harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten. Er hat sein Lied gesungen gegen die Zwietracht. Willkür soll nicht Mißbrauch finden im Parteikampf; es soll nicht Kampfgesang derer werden, gegen die es gerichtet war; es soll auch nicht dienen als Ausdruck nationalistischer Ueberzeugung.

Aber so, wie einst der Dichter, lieben wir heute Deutschland über alles. In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter schwarzrot-goldenen Fahnen der Sang von Einigkeit, Recht und Freiheit der festliche Ausdruck unserer vaterländischen Gefühle sein.

(Am Verfassungstag, 11. 8. 1922.)

*

Das Brudervolk

Ich hoffe auf unsere gemeinsame Zukunft: Nicht Nibelungentreue nach außen, sondern Brudertreue nach innen.

(Ebert an Staatskanzler Renner, 15. 2. 1919.)

*

In allen schmerzlichen Verlusten, die uns jetzt durch Krieg und Frieden getroffen haben, ist uns — fast als einziges — das eine große Unglück erspart geblieben, daß die deutschen Länder wieder auseinandergefallen sind. Sie halten aneinander fest, darüber wollen wir uns freuen, wenn wir auch mit besonderer Trauer an diesem

Tage zu allen deutschen Landesteilen hinüberblicken müssen, die gegen ihren Willen von ihrem stammverwandten Lande getrennt sind, und auf das besonders schwer leidende Oesterreich, das mit dem Herzen zu uns strebt, wie wir zu ihm: Unsere innere staatliche Einheit weiter zu erhalten und zu festigen, muß unser aller fester Wille sein. Wenn uns auch politische und wirtschaftliche Anschauungen mehr als gut ist trennen, in einem sind wir alle einig: Grenzen sollen uns nicht trennen. Die Einheitlichkeit unseres deutschen Vaterlandes ist für uns alle ein Stück unseres Glaubens, unserer Liebe und unserer Hoffnung. (18. 1. 1921.)

*

Am Rhein

Hier, am Rhein, wo jeder Stein von jahrhundertalter deutscher Geschichte spricht, schlägt das Herz Deutschlands; der Rhein ist deutscher Schicksalsstrom und Sinnbild deutschen Volkstums, teuer und heilig jedem Herzen, das sich zugehörig fühlt zur Gemeinschaft des deutschen Volkes! Eng und unlösbar sind die Bande, die dieses Land und seine Bewohner mit dem gesamten Vaterland verbinden; gemeinsames Unglück hat sie noch härter geschmiedet, und im Feuer hundertfacher Drangsal haben sie sich vor aller Welt als stärker bewährt als fremde Waffen und als Gift im eigenen Volkskörper.

Kein Opfer, das in unserer Kraft liegt, wird uns zu schwer sein, um unsern Brüdern im Westen die Freiheit zu erkaufen; schwere Lasten, die sozial gerecht verteilt sein müssen, werden wir alle tragen müssen, um wieder mit Ihnen in freier Gemeinschaft zusammenzuleben, mit Ihnen als freies Volk auf freiem Grund zu stehen!

(Bei der Eröffnung der ersten Kölner Messe, 12. 5. 1924.)

*

Demokratie

Die Bewegung zur Demokratie hin war schon im alten Deutschland vor dem Kriege stark. Diese Bewegung hätte sich zweifellos auch ohne die Katastrophe der Niederlage durch innere Kämpfe durchgesetzt, denn die modernen Völker mit ihrem alle Schichten umfassenden komplizierten Apparat können kein anderes System der Regierung und Verwaltung ertragen als dasjenige, das die mitverantwortliche Teilnahme aller an den Geschicken des Staates ermöglicht. Dies aber ist die Demokratie.

(1. 1. 1922.)

*

Kant und die Menschenrechte

Kant hat die hohen Ideale, die das Leben bestimmen, in das Gebiet der persönlichen Ueberzeugung versetzt; er hat den erhabenen Pflichtbegriff, der sich an die Freiheit des Menschen richtet, in den Mittelpunkt der Moral gerückt; er hat den hohen Begriff der Menschenwürde aufgestellt, wonach die Menschen nicht zu bloßen Mitteln für die Zwecke anderer auf Kosten ihrer Kultur und ihres Menschentums herabgedrückt werden dürfen; uns hat er den sicheren Weg zu einem sinnvollen Zusammenwirken der Völker und Staaten gewiesen. Aus den Menschen selber aber hat er ihr Bestes herausgeholt, weil er ihnen Gutes zutraute. So wurde er in der für die Kultur Deutschlands wichtigsten Zeit der moralische Gesetzgeber und zugleich jedem einzelnen Deutschen ein Vorbild.

Die deutsche Republik wird mit den besten Kräften deutschen Geistes verbündet bleiben, solange sie die Kantsche Idee der Freiheit als Grundlage und Antrieb ihres staatlichen Lebens anerkennt und sie in einer Staatsform zu verwirklichen sucht, die auf dem Gedanken Kants beruht: „Was ein Volk nicht selbst über sich beschließen kann, das kann auch ein Gesetzgeber nicht über ein Volk beschließen.“

(An den Oberbürgermeister der Stadt Königsberg aus Anlaß der Kant-Feier am 19.4.1924.)

*

Der soziale Volksstaat

Friede, Arbeit und Brot und das neue Deutschland zu schaffen ist aber auch unmöglich, solange Teile unseres eigenen Volkes in einem Kampfe verharren, der unser schwer darniederliegendes Staats- und Wirtschaftsleben vollends zu vernichten droht. Wohl ist viel gesündigt worden am deutschen Volke in vier schweren Kriegsjahren; darum ist unsere erste Pflicht, zu verstehen, zu helfen und zu bessern. Aber der Drang der Massen nach Menschlichkeit und Menschenwürdigkeit ist keine Entlastung für eine Handvoll führender Unruhestifter, die planmäßig den Ausbau der deutschen Republik zu stören trachten.

Das neue Deutschland soll aufgebaut werden im Wege energischer organischer Ausgestaltung zum sozialen Volksstaat. Den wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretungen soll dauernder Einfluß auf die Gestaltung des Staatslebens eingeräumt werden. Besonders die letztere Frage ist Gegenstand eingehender Prüfung der Regierung. Aber das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden durch einen radikalen Sprung ins Dunkle, der sicher ein Sprung

in den Abgrund wäre. Die bolschewistische Diktatur der Minderheit des Proletariats würde den Industriestaat Deutschland sicher in wenigen Monaten ruinieren.

(Aus der Botschaft des Reichspräsidenten an die Nationalversammlung vom 16.4.1919.)

*

Arbeiterschaft und Wiederaufbau

Wie die wirtschaftliche Solidarität der Völker die Vorbedingung der Gesundung der erkrankten Weltwirtschaft im allgemeinen ist, so kann auch das einzelne Land nur durch die harmonische Mitarbeit der gesamten Bevölkerung seinen Wiederaufbau mit Erfolg in Angriff nehmen. Gegenüber anderslautenden Mitteilungen möchte ich entschieden betonen, daß sich dieses Grundsatzes auch die deutsche Arbeiterschaft voll bewußt und zu einer solchen Mitarbeit stets entschlossen ist. Daß Deutschland trotz der großen Verwüstungen seiner Kräfte und trotz der ungeheuren Verpflichtungen, die ihm der Friedensvertrag auferlegt hat, heute doch noch einen Faktor in der Weltwirtschaft darstellt und seine Grundlagen im großen und ganzen intakt erhalten hat, verdankt es mit in erster Linie seiner Arbeiterschaft.

Es darf dabei auch nicht außer acht gelassen werden, daß die deutsche Arbeiterschaft neben diesen wirtschaftlichen Leistungen auch auf staatlichem und sozialem Gebiet sich in hervorragender Weise zum Nutzen der Gesamtheit betätigt hat. Infolge ihrer weitverzweigten Organisation war sie in der Lage, dem Staate auch sonst hervorragende Dienste zu leisten. In dieser Bereitwilligkeit zur Mitarbeit dokumentiert sich vorbildlich das Staatsbewußtsein, von dem die Arbeiterschaft im allgemeinen beherrscht wird. In der augenblicklichen schweren Krisis, die die deutsche Republik durchmacht, ist deren Existenz gewissermaßen in diesem Staatsbewußtsein der deutschen Arbeiterschaft verankert. Der mit allen militärischen Mitteln durchgeführte Anschlag der französischen Regierung gegen die Souveränität und Integrität der deutschen Republik begegnet in erster Linie dem entschlossenen Widerstande der deutschen Arbeiter, an dem er, so hoffen wir, auch endgültig scheitern wird.

Es soll nicht geleugnet werden, daß auch die deutsche Arbeiterschaft infolge der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung leider nur zu oft gezwungen worden ist, ihre Sonderinteressen zu verteidigen. Dieser Kampf bedeutet aber keine Verneinung, sondern vielmehr eine Bejahung des Staates als solchem, da er im Grunde genommen für solche Rechte geführt wird, die dem deutschen Arbeiter die

Mitarbeit am Staatsleben ermöglichen sollen. Von der Notwendigkeit dieser Mitarbeit ist aber heute jeder vernünftig denkende Mensch in Deutschland überzeugt.

(Aus einer Unterredung mit einem ungarischen Zeitungsvertreter, 4. 3. 1923.)

*

Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck

Die Wirtschaft ist eines der Fundamente unseres staatlichen und nationalen Lebens; aber sie steht nicht für sich allein, sie ist nicht Selbstzweck; sie ist eng verflochten mit allen andern schaffenden Kräften, verbunden mit dem Staate, seiner Sicherung, seiner stetigen Entwicklung und seiner Autorität, abhängig vom Gedeihen oder Abstieg der Nation. Deshalb muß auch die Wirtschaft durchdrungen und beseelt sein vom Gedanken der Schicksalsgemeinschaft, von dem Geiste, der alle Interessen und alle Schichten des Landes umfassenden Zusammengehörigkeit der Deutschen.

(Auf der Jahresschau sächs. Textilwirtschaft, Dresden, 24. 6. 1924.)

*

Nie wieder Krieg!

Mögen die Völker und alle Volksgenossen angesichts dieses Martyriums, angesichts der Hekatomben von Menschenopfern dieses entsetzlichsten aller Kriege den Krieg verabscheuen und bekämpfen als das grausamste Verbrechen an der Menschheit. Menschlichkeit und Kultur gebieten, an Stelle von Gewalt und Unterdrückung Freiheit und Recht zu setzen. Die Vergewaltigung und Unterdrückung von Völkern war immer der Fluch der Welt! Nur die wahre, alle Völker umfassende und durchdringende Demokratie kann der leidenden Menschheit den Frieden geben. Der Völkerversöhnung und der Völkergemeinschaft muß die Zukunft gehören. Wohl ist der Weg dorthin weit und schwierig, verzagen dürfen wir aber nicht. Geloben wir, die Erkämpfung dieses hohen Ideals zu unserer Lebensaufgabe zu machen, dann ehren wir am würdigsten unsere Toten!

(Am Totensonntag 1919 zu Ehren der Gefallenen.)

*

Die letzte Rede als Vermächtnis

Möge der Wille zur Gerechtigkeit und der Geist des Friedens auch im kommenden Jahre die Regierungen bei den noch der Lösung harrenden Entscheidungen beseelen, und möge so das, was im vergangenen Jahre erfolgreich begonnen wurde, auch im kommenden Jahre glücklich weitergeführt werden. Auch

die Fragen, deren Regelung noch offen steht, und deren Lösung der nächsten Zeit vorbehalten ist, sind von schwerwiegender und weittragender Bedeutung für die Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas und der Welt; es wird der Anstrengung aller Regierungen und aller Völker bedürfen, um auch hier den Geist des Rechts und des Friedens den Weg bestimmen zu lassen, auf dem die europäische Ordnung endgültig wiederhergestellt werden soll. Nur dann, wenn diese Aufgabe gelingt, wird auch in den Herzen der Völker der Friede tiefe und lebensstarke Wurzeln fassen können, nur dann werden die Vorbedingungen geschaffen sein, die unerlässlich sind für den Wiederaufbau Europas und einer Welt, in der friedliche Völker in edlem Wettstreit gemeinsam arbeiten am Fortschritt der Geistesbildung und einer in den Dienst des Friedens gestellten Technik. Das deutsche Volk ist gewillt, unter Einsetzung aller seiner Kräfte an diesem Wiederaufbau mitzuarbeiten, und wünscht, dazu beitragen zu können, daß für die ganze Welt eine neue Aera des Fortschritts, der Freundschaft und des Friedens anheben möge.

(Aus der Neujahrsrede 1925 beim Empfang des diplomatischen Korps.)

Das Theater des Volksstaates

Erinnerungen an Ebert

Von Leopold Jeßner

Ihm stand ein Theater nicht zur Verfügung wie einem Fürsten. Denn es gibt keine Reichsbühne, deren Hausherrnrecht ihm zugehörig gewesen wäre. Wenn aber heute die Fahnen der preußischen Staatstheater sich auf Halbmast gesenkt haben, so bedeutet diese Trauer um das Oberhaupt des Reichs nicht nur die Erfüllung eines allgemeingehalteneu Zereponiells, sondern ein eigenes Gefühl des Verlustes. Denn hier fühlte der verehrte Tote sich heimisch und ohne, wie es seine Art war, viel Wesens davon zu machen, war ihm der Besuch dieser Stätte zur Gewohnheit geworden. Während früher die Landestheater dem persönlichen Willen der einzelnen Fürsten unterstellt waren, fühlte sich der Präsident der ersten deutschen Republik nur als innerlichst beteiligter Gast vor den Ereignissen der Bühne. Nie hat er aktiv — weder anordnend noch kritisierend — eingegriffen. Stets voll Respekt vor der ernsthaft-künstlerischen Leistung kam lediglich der Dank dafür über seine Lippen. Vor dieser Achtung für alle ernsthafte Kunst schwieg für ihn jede tendenziöse Einstellung. Noch kurz vor seinem Tode freute er sich auf die Auf-führung von Kleists „Prinz Friedrich von Homburg“ im Staatlichen Schauspielhause, die ihm zu sehen, nicht mehr vergönnt war. Niemand wäre der Hohenzollernstoff für ihn Anlaß zu Protest oder ostentativem Fernbleiben gewesen. Immer war ihm das Kunstwerk — losgelöst von jeder Tendenz — die Hauptsache. Ob es sich um junge Dichter handelte,

oder um Klassiker (zu denen sein Herz am meisten neigte), — immer war der Ernst der Leistung das letzte Wertmaß seiner Anschauungen.

Friedrich Eberts Auffassung von der Institution des Theaters betraf nicht den grünen Wagen mit seiner komödiantischen Lustbarkeit. In ihr lebte etwas von antiker Gesinnung, die das Theater in jenes Kulturganze einbezog, dem Politik, Religion und Wissenschaften angehörten. Daß das Theater wieder zu einem soziologischen Ereignis werde, daß es weder als Vergnügungsstätte noch als *l'art pour l'art* existiere, sondern als wichtiges Glied kultureller Gemeinschaft — dahin ging sein Wunsch. So hatte es seinen besonderen Sinn, wenn der Reichspräsident mehr als einmal an Nationalfeiertagen — umgeben von Regierungsvertretern, Studenten und Arbeiterjugend — von der Freitreppe des Hauses am Gendarmenmarkt zum versammelten Volke sprach. So hatte es seinen besonderen Sinn, wenn der erste Repräsentant des Reiches zur Gerhart-Hauptmann-Feier nach der schlesischen Hauptstadt reiste und dort in durchfühlten Worten die Bedeutung der Dichtkunst und des Theaters pries. Bis in die Auswahl seiner Gäste war diese Schätzung des Theaters spürbar. Noch jüngst beim Abschiedessen für den amerikanischen Botschafter, das in dem nun verwaisten Palais in der Wilhelmstraße stattfand, legte er trotz des kleinen Kreises Wert darauf, daß neben den Vertretern der Finanz- und Großindustrie ein Repräsentant des Theaters zugegen war.

Es war das Theater des Volksstaates, was dieses erste Oberhaupt der ersten deutschen Republik erstrebte: das Theater nicht als Kostspieligkeit persönlichen Eigenwillens, sondern als feierliche Sammlung aller idealen Kräfte, die im Herzen und Hirn eines Volkes als dessen nationales Gut lebendig sind. Es ist ein kultisches Element, was hier vorwaltet. Und wiederum schlägt sich der Bogen zurück zur Antike. Wie in jener frühen Republik sollte das Theater auch heute wieder jene Sendung erfüllen, die Menge im Proszenium zusammenzuschließen und ihre auseinanderstrebenden Kräfte — für Stunden wenigstens — in einem einzigen Gefühl der Erschütterung zu binden.

Wenn es bei Lessing heißt: man müßte erst eine Nation sein, um ein Nationaltheater zu haben, so war es der Gedanke Friedrichs Eberts, mit dem Volksstaat auch das Theater in seiner Allgemeinheit zum Volksstaatstheater zu schaffen. Wenn wir zur Vollendung dieses Gedankens kommen werden, dann wird der Sohn dieses Volkes, den wir nun als dessen ersten Bürger betrauern, auch für das deutsche Theater eine geschichtswirkende Macht bezeichnen.

Luthers Verhängnis

Von Robert Breuer

Die Rede, die der Kanzler am Sarge des Reichspräsidenten gehalten hat, war für Ebert keine Kränkung, für Luther aber eine Enthüllung des Verhängnisses, in dem sich dieser Unglückliche gefangen hat. Taktvoll bis zur Taktlosigkeit, vermied der in den Schlingen der nationalistischen Reaktion sich windende Sprecher jeden geraden Ausdruck, und wo er wirklich einmal etwas sagte, was eindeutig als ein Anerkenntnis des Toten und dessen Lebensarbeit hätte verstanden werden können,

hastete er, dem Lob des Republikaners etliche schwarz-weiß-rote Dämpfungen aufzudrücken. Wenn es dessen noch bedurft hätte: diese schielende, kläglich faettierte, zehnfach gebrochene, verwässerte und geflachte Bürokratenübung war der Beweis für die Rückgratskrümmung und Vernebelung der Politik, wie sie durch die, von Herrn Luther besorgte Einpflanzung des deutschnationalen Giftes in den Entwicklungsprozeß der Republik sich kennzeichnet. Luther sprach weniger zu Ebert, weniger zu den versammelten Vertretern des Auslandes und des Inlandes, er sprach allein, er sprach einzig zu denen, die — vielleicht ohne daß er es schon vollkommen bemerkt hat — ihn besitzen und in Fesseln geschlagen haben. Die Aufforderung zur Einigkeit, die er in einer für den unsterblichen Michaelis beinahe klassischen Form „Nicht weniger an die, die parteipolitisch dem Verewigten nahegestanden haben, als an alle anderen, auch an die, die der Regierung nahestehen“, richtete, war die einzig wirklich ehrliche Stelle der Rede Luthers, war ein Notruf des in der Unmöglichkeit seiner Volksgemeinschaft Ertrinkenden. Man kann kaum annehmen, daß Luther diese Rede selbst gemacht hat. Schon darum, weil sie sprachlich sehr viel schwächer, unarchitektonischer und fahriger war, als man ihn oft genug frei sprechen hörte; das Deutsch der Ebert-Rede war kolonial und stellenweise afrikanisches Kauderwelsch. Jedes Wort schmeckte nach Büro; gerade darum aber, gerade wenn dem so sein sollte, wenn die Rede Produkt des Beamtenapparats gewesen ist, beweist sie, wie verhängnisvoll die Lähmung ist, die durch die Politik der fünfzig Prozent, der Unredlichkeit und der Heuchelei auf alles gesunde Leben niederfällt. Diese Beamtenschaft fühlt sich bereits vollkommen im Bann der Restauration. Für sie ist die Republik, ist die Demokratie, ist das Selbstregiment des Volkes bereits Gewesenes. Diese Beamtenschaft entschuldigt sich, daß sie der Republik dienen muß: über ein Jahr mein Schatz, wirst du wieder kaiserlich, aber zum mindesten gut kapitalistisch sein. Die Rede Luthers suchte, fast möchte man sagen, rührend den Herrn Reichspräsidenten zu entschuldigen: erstens, daß er Sozialdemokrat, zweitens, daß er ein Sohn des Volkes, und drittens, daß er überhaupt als Reichspräsident Republikaner gewesen sei. Ein Plädoyer auf mildernde Umstände: Ist nun nicht trotz alles Schweren, immerhin . . . Wer will sich vermessen, mit Bestimmtheit zu erklären, daß er es besser gemacht . . . Der Gegenbeweis gegen das, was tatsächlich geworden ist, ist ja in der Weltgeschichte überhaupt nicht zu führen. Das sind schon nicht mehr Windungen, das ist: Pflöpfenzieher. Das ist die Hilflosigkeit unheimlich werdender Gefangenschaft. Wenn Herr Luther das nicht einsehen sollte, so brauchte er mit seiner Rede nur zu vergleichen, was der Staatspräsident Hellpach in Heidelberg am offenen Grabe gesprochen hat. Das waren Worte eines Mannes, geboren aus ehrlicher Empfindung, gestaltet durch klaren Geist und gesprochen mit warmem Herzen. Wenn es ein Thema, ein unvermeidbares, ein unbedingtes für einen Grabspruch zur Ehrung Eberts gab, so war es das vom Sohn des Volkes, der sich aus eigener Kraft und getragen vom gerechten Vertrauen seiner Mitbürger selbst gedelt hat. Das Thema, über das es hier zu sprechen galt, war die große Geschichtstatsache, daß die Kleinen, die Verachteten, die in den engen Straßen Geborenen durch Friedrich Ebert wieder einmal den Beweis erbracht hatten, daß in ihnen die geistige Kraft des Volkes neu keimt, daß aus ihnen immer wieder dem Vaterland in schwerster Stunde der

Retter kommt, daß sie den Maßstab liefern für die große Geschichtsfrage, ob ein Volk zum Untergang bestimmt ist oder ob es noch Aufstieg und Zukunft vor sich hat.

Wir haben nicht erwarten können, daß Luther für Ebert Worte finden würde, wie sie Löße für den Genossen schwerer Kämpfe und weiter durch Tiefen und Höhen gehender Wegstrecken mit der natürlichen Sicherheit begeisterter Liebe fand; wir haben nicht erwarten können, daß aus der Undurchsichtigkeit Luthers solche Klarheit kam, wie sie Ebert am Sarge Rathenaus in verehrendem Dank erstrahlen ließ; aber wir hätten immerhin — wenigstens einige aufrechte Sätze erwartet. Was wir erlebten, war ein Gewirr von Korrekturen, Einschränkungen, Entschuldigungen und dazu den heimlichen Seufzer: ein Segen, daß dieser Kelch an uns vorübergegangen ist.

Auch diesmal hat der Reichskanzler wieder um Mäßigung im politischen Kampf gebeten. Er glaubte, sich dabei auf Ebert beziehen zu dürfen. Er erinnerte daran, daß Ebert mit besonderer Sorge danach getrachtet habe, „niemals wieder entscheidende Massen der deutschen Arbeiterschaft in das Gefühl der Staatsfremdheit zurückfallen zu lassen“. Es gehört ein großes Maß von Undurchdringlichkeit und Panzerung dazu, daß der Kanzler bei diesen Worten nicht errötend verstummte. Kam ihm nicht der Gedanke, daß gerade seine Politik darauf und daran ist, die entscheidenden Massen der deutschen Arbeiterschaft wieder in das Gefühl der Staatsfremdheit zurückzutreiben? So wie dieser Herr Luther hat Ebert sich dies Problem — das in der Tat das entscheidende für das Schicksal Deutschlands ist — nicht gedacht. Ebert wußte, daß die Staatsfremdheit der deutschen Arbeiterschaft geboren worden ist aus dem gewaltigen Ereignis des Werdens des Volksstaates; Ebert wußte, daß nichts die Staatsfremdheit der deutschen Arbeiter so sehr gefährden müßte, als die Ausschaltung der deutschen Arbeiterschaft aus der Verantwortung für den Staat. Diese Ausschaltung aber vollzieht der Reichskanzler Luther, und darum ist er am wenigsten berufen, das Testament Eberts zu verwalten, und darum ist seine Politik nicht eine ehrende Gemeinsamkeit mit Ebert, sondern Verrat an dem Werk des ersten deutschen Reichspräsidenten.

Ebert und der europäische Friede

Das Urteil der Welt

„Wenn wir jetzt sehen, wie Friedrich Ebert im Auslande anerkannt und geehrt wird, dann wissen wir, daß er ein großer Faktor für die Sicherung des Friedens Europas gewesen ist. Aber sein Dienst an den Arbeitermassen, am Volke, an der Menschheit verschmolz zu einem Ganzen, zum Dienst des Staatsmannes.“

Hermann Müller am Grabe des Reichspräsidenten.

Albert Thomas an die Sozialdemokratische Partei: Ich habe der deutschen Regierung anlässlich des Ablebens des Präsidenten Ebert mein aufrichtiges Beileid ausgedrückt. Ich verstehe, daß dieser Verlust ganz besonders die Sozialdemokratische Partei trifft. Ich verliere in ihm ebenfalls einen teuren Freund, der in schweren Stunden

zum Werke der Versöhnung und Gerechtigkeit beigetragen hat.

Der amerikanische Staatssekretär Hughes erklärte: Ich habe eine sehr hohe Meinung von den großen Fähigkeiten des Reichspräsidenten und von dem Anteil, den er an der Entwicklung der deutschen Demokratie gehabt hat. Seit dem Kriege hat mich kein Ereignis so tief berührt, als dieses, das einen großen Mann dahingerafft hat, der in Zeiten außerordentlicher Schwierigkeiten eine außergewöhnliche Fähigkeit als Führer bewiesen und der sich das Vertrauen des deutschen Volkes und die Achtung aller Völker errungen und erhalten hat. Sein Tod bedeutet für die Welt einen großen Verlust.

Arthur Brisbane in der Hearst-Presse (Vereinigte Staaten): Die Befestigung der republikanischen Staatsform in Deutschland wird die Folge des schweren Verlustes sein, der das deutsche Volk betroffen hat. Die Deutschen wissen nun, daß ein kluger, ernster Mann aus Arbeiterkreisen sehr wohl regieren, und daß Säbelrasseln nicht notwendigerweise eine nationale Angelegenheit ist. Ebert wird in der Geschichte als ehrlicher Diener der deutschen Demokratie geehrt werden.

„New York World“: Das amerikanische Volk ist lebhaft interessiert an der Zukunft der deutschen Republik, vor allem daran, daß Deutschland eine Republik bleibt und nicht der Reaktion in die Hände fällt.

Die „Washington Post“: Der gute Wille Europas und Amerikas muß gerade jetzt Deutschland erwünscht, wenn nicht unentbehrlich sein, und es ist notwendig, daß die deutsche Regierung weiterhin in der Richtung auf Befestigung einer ehrlich republikanischen Staatsform hinarbeitet, wenn es sich solchen guten Willen erhalten will. Ein Rückschlag zum Imperialismus — womit hier die Monarchie gemeint ist — würde fast ebenso gefährlich sein, wie ein Verzweiflungssprung in den Kommunismus.

„Daily News“: Der Präsident der deutschen Republik war einer von den Männern, deren Leistungen oft keine klare und angemessene Würdigung bei ihren Lebzeiten fanden. Ihm war es zu einem erheblichen Teile zuzuschreiben, daß Deutschland vor der äußersten Katastrophe der Befolgung des Beispiels Rußlands bewahrt geblieben ist. Seine Stärke lag darin, daß das neue Deutschland ihm, und zwar mit Recht, vertraute. Hätte er dieses Vertrauen verraten, so würde er niemals die erste Zeit der Krise überlebt haben. Die Nation nahm ihn als den, der er war, nämlich ein ehrlicher Patriot und aufrichtiger Demokrat. Nichts konnte mehr die besonderen Schwierigkeiten seines Amtes und seine besondere Eignung für dieses Amt erweisen als die Tatsache, daß es zur gegenwärtigen Zeit in Deutschland nicht einen Mann gibt, der als sein natürlicher und geeigneter Nachfolger genannt werden könnte. Es bestehe die Möglichkeit, daß der neue Präsident ein farbloser Politiker mit sanften monarchistischen Sympathien sein werde, in welchem Falle dieser Nachfolger vorsichtig werde zu Werke gehen müssen. Die Abenteuer von Kapp und Ludendorff haben das neue Deutschland eine nützliche Lehre gelehrt. Schon im Interesse seines eigenen Seelenfriedens wird es schwerlich irgendwelche neuen konstitutionellen Gefahren heraufbeschwören, die den Sturz der Republik

oder das Entstehen des leicht erregbaren Verdachts der Außenwelt mit sich bringen könnte.

„Daily Telegraph“: Deutschland hat einen seiner wenigen Staatsmänner verloren, auf den es allen Grund hatte, stolz zu sein. Präsident Eberts Andenken könne ruhig dem Urteil der Geschichte überlassen werden, das sicher dahin lauten werde, daß sein anspruchsloses Auftreten durch seine Fähigkeiten und seine Leistungen mehr als gerechtfertigt wurden. Als ein einfacher und verständiger, ehrenhafter und aufrichtiger Mann hat er gezeigt, daß die wichtigen Funktionen des Oberhauptes eines großen Staates ohne Lärmen, Poltern und Prahlen wirksam ausgeübt werden können. Ohne diese seine Eigenschaften würde der schwierige Prozeß der Umschmelzung Deutschlands in neue politische Formen nicht mit so geringer Verwirrung oder so wenig Blutvergießen vollendet worden sein.

„Weekly Dispatch“: Durch den Tod Eberts ist Deutschland plötzlich in eine Krisis gestürzt, die Europa tief in Mitleidenschaft zieht, denn von der Wahl seines Nachfolgers hängt Deutschlands Haltung gegenüber den Alliierten ab.

„Observer“: Deutschland hat viel verloren. Die Rechte hat die Mode eingeführt, die schlichte Figur des Präsidenten lächerlich zu machen. Mit Beihilfe eines sonderbaren legalen Verfahrens hat sie kürzlich versucht, sein Ansehen vor Gericht zu schädigen. Aber die Versuche, ihn schlecht zu machen, haben eher dazu geführt, die Würde des Präsidenten und seines Amtes zu stärken. Seine Bescheidenheit, sein gesunder Blick und sein unparteiisches Wesen rechtfertigten sich selbst. Die Mäßigung und Vernunft ihres ersten Präsidenten haben keinen geringen Anteil an dem Maße innerer Stärke, welches die neue Republik erlangt hat, und an der Einigkeit, in welcher Deutschland die außerwöhnlichen inneren und äußeren Krisen der letzten zehn Jahre überstanden hat. Mit Ebert geht nicht eine große populäre Persönlichkeit dahin, denn er lebte unauffällig und zeigte sich nur selten den Blicken der Öffentlichkeit, aber ein großer Sozialist, ein Mann, aufrecht und ehrenhaft, mit ausgezeichnetem angeborenem Taktgefühl. Er hat seiner Partei und der deutschen Nation Ehre gemacht.

„Evening Standard“: Ebert war in erster Linie ein zuverlässiger Mann. Seine besonders hervortretende Eigenschaft war sein gesunder Menschenverstand. Er hat sich durch seinen parlamentarischen Instinkt ausgezeichnet. Er hat festes Vertrauen zu sich selbst und zu seiner Politik gehabt. Er war die Verkörperung des Deutschen, der aus der Masse des Volkes hervorgegangen, das Leben ernst und nüchtern genommen hat. Sein ganzes Leben hat er dem Dienste der nationalen Demokratie geweiht. Er ist aber niemals ein Agitator gegen den Krieg unter allen Umständen gewesen.

Der sozialistische „Peuple“ (Paris): Ebert hatte gegen die Fraktionen die demokratischen Grundsätze zu verteidigen, denen er leidenschaftlich ergeben war. Er war fest davon überzeugt, daß das republikanische Regime allein Deutschland die Stabilität der in Weimar angenommenen verfassungsmäßigen Grundsätze geben und zu gleicher

Zeit die internationalen Schwierigkeiten, die sich aus Kriege ergeben, mildern könnte. Sein Verschwinden ist folgenswer und gefahrvoll, denn es ist zu befürchten, daß im Innern zwischen Nationalisten und Demokraten ernste Konflikte entstehen, und daß andererseits die Regelung der auswärtigen Lage sich in ernster Weise komplizieren kann.

„Ere Nouvelle“: Ebert ist tot, was wird aus der deutschen Republik? Diese Fragen stellen sich in London, in Paris und Rom die Diplomaten und die einfachen Staatsbürger. Erzberger lebt nicht mehr, Rathenau auch nicht mehr, auch nicht mehr Liebknecht. Alle die, die dazu beigetragen haben, das Kaiserreich zum Zusammenbruch zu bringen, sind dahingegangen. Ist der Platz jetzt frei für die monarchistische Reaktion?

Die Lage Deutschlands ist dieselbe wie die Frankreichs zur Zeit Mac Mahons: der Nachfolger steht in der Kulissee. Das Land ist in zwei gleich starke Fraktionen geschieden. Es fehlt nicht viel, dann wird die Wagschale sich entweder der Demokratie oder der Autokratie zu neigen. Wir Franzosen können nur zuschauen, aber man muß in Deutschland doch wissen, daß wir einer Kundgebung nicht gleichgültig gegenüberstehen, die durch eine Personenfrage eine Frage der Ideen in die Erscheinung treten lassen wird. Die Verfassung von Weimar ist vielleicht eine wenig starke Charta, aber sie trägt doch das Merkmal der Demokratie. Alles was sie schwächt, wird die ungeheuren Anstrengungen der Pazifisten und Herriots Macht lahmlegen und den wahren Frieden zerstören, den wir anstreben, aber den wir nicht allein in die Tat umsetzen können.

„Oeuvre“: Die Anteilnahme, die die französische Regierung gestern dem deutschen Botschafter hat aussprechen lassen, ist mehr als eine Höflichkeit. Wir bedauern das Verschwinden des Mannes, der die Revolution von 1918 und die Verfassung von Weimar verkörperte. Gewiß haben die deutschen Republikaner manchen Enttäuschungen bereitet, sie haben einen Sieg schlecht ausgenutzt, aber wir müssen uns auch selbst Vorwürfe machen. Der nationale Block ist nicht berechtigt, heute den Zusammenbruch eines Werkes anzukündigen, dessen Bedeutung er stets verkennen wollte. Nach der Bildung des Kabinetts Luther-Stresemann und nach dem Mißerfolg der Braun und Marx ist der Tod von Ebert ein ernstes Ereignis.

„Quotidien“: Ebert hat die Eigenschaften eines Staatsmannes gezeigt, die Republik hätte keinen wachsameren Diener finden können als ihn. Außenpolitisch hat Ebert immer die Rolle eines Vermittlers gespielt. Er wollte den Frieden, den dauerhaften Frieden, den Frieden für immer.

„Voce Republican“ (Italien): Ebert war ein treuer und loyaler Verteidiger der Republik gegen die Reaktion. Sein Tod lasse der Demokratie die Aufgabe, im Geiste Eberts fortzuwirken. Wer die deutsche Republik verteidigt, dient den wahren Interessen der Nation wie dem Europafrieden und dem Weltfrieden.

„Mondo“: Eberts Verdienst war, daß ein aus dem Weltbrand hervorgegangenes, von kommunistischen Putschen tief erschüttertes neues

Deutschland sich erholte und wieder erhebliches Mitglied des Europakonzernts wurde. Die europäische Demokratie verliert in Ebert einen ihrer größten, bescheidensten und dem Volke nächststehenden Männer. Hoffentlich wird der Parteihaß gegen die Weimarer Verfassung nicht das Verschwinden dessen ausnutzen, der im Leben ihr treuer und sicherer Hüter war.

Louis de Brouckère im „Peuple“ (Brüssel): Durch diesen Tod werden alle sozialistischen Parteien der Welt in Trauer versetzt. Er wird allen denen eine schwere Sorge verursachen, die aufrichtig die Wiederherstellung des Friedens wünschen. Dieser unerwartete Tod überrascht Deutschland in einem besonders schwierigen Augenblick. Die letzten Reichstagswahlen haben die Demokratie verstärkt. Der künstliche Aufbau der Rechtsparteien und die Dummheit der Kommunisten haben zu jener seltsamen Lage geführt, daß die Regierungsgewalt von einer mehr oder weniger maskierten chauvinistischen Koalition übernommen wurde, also im Augenblick, in dem die Entschlossenheit eines wirklich demokratischen Führers so nötig war, um den Triumph eines elenden Manövers zu verhindern, verschwindet plötzlich in voller Lebenskraft Ebert.

„Indépendance Belge“: Das Verschwinden Eberts ist ein großer Verlust für die deutsche Sozialdemokratie und für den Frieden.

„Neue Zürcher Zeitung“: Deutschland hat einen seiner besten Männer verloren, so wird bei der Nachricht vom Tode Eberts das Urteil des Auslandes lauten. Die Todesnachricht wird insbesondere auch in der Schweiz mit schmerzlichem Bedauern aufgenommen werden. Die sympathische Person dieses, in seinem Amte zum Staatsmann emporgewachsenen schlichten Bürgers hat im Auslande ungeteilte Achtung und Würdigung hervorgerufen.

„Basler Nachrichten“: Für das Ausland war Ebert eine Gewähr für die Sicherheit und den Aufschwung Deutschlands, eine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Demokratie und einer Politik der Versöhnlichkeit.

„Gazette de Lausanne“: Alle die, welche ihn am Werke gesehen haben und wissen, was er getan hat, um zu verhindern, daß die breiten Massen schlechten Beratern folgen, werden sich seiner in Dankbarkeit erinnern. Wenn seine Parteifreunde einig bleiben, sich nicht von den Kommunisten betören lassen, und sich mit den demokratischen Parteien Deutschlands zu einem Block zusammenschließen, so erscheint das künftige Deutschland für den Frieden weniger bedrohlich. Die Hoffnung wird sich dann erfüllen, daß Deutschland sein Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund stellen, und daß es seinen Platz neben den anderen friedlich gesinnten Nationen einnehmen wird. Wenn sich die Zukunft in jener Hinsicht entwickelt, so hat Reichspräsident Ebert nicht umsonst gelebt und gekämpft.

So begruben sie ihn — !

Von Josef Maria Frank

Sonne lächelte über der Millionenstadt.
 Aber ihre Häuser waren schwarz umflort und glanzlos,
 ihre Straßen schwiegen in Schwarz, ihre Lichter leuchteten durch
 schwarze Tücher,
 all ihre sonst schreiende Buntheit war schwarz umkleidet,
 nur mattes Grün in Tannengezweige und Oleander
 gab der unendlichen Monotonie der schwärzenden Schatten
 die wärmende Milde wehlächelnder Farben,
 die lohend überwelt von Schwarz-Rot-Gold
 gütig erschien wie ein sanfter Toter,
 den ein Frühling begräbt —

*

Zwar lächelte Sonne über der Stadt;
 doch selbst die Sonne, ihr Lächeln war trauerumflort
 und manchmal senkte sie ihr Haupt
 hinter zerstückte Wolken.
 Und dann drückte schwer
 schwarz der Schatten
 und nur rote Lohe
 wallender Banner
 wärmte über mattem Gold
 die fröstelnde Trauer —
 Die Stadt begrub ihren Toten.

*

Die Mietskasernen hatten sich geleert.
 Straße war nicht mehr Boden, Straße war Mensch bei Mensch,
 Straße war ein Leib gewachsen aus Leibern,
 ein einziger atmender, zuckender Körperguß
 aus Tausenden, Hunderttausenden, einer Million
 aneinander gepreßter, aneinander gedrängter,
 mit einem Herzschlag blutpulsierender,
 in einem Weh zusammengeschweißter,
 in einer Trauer ineinander geschmolzener
 Körper, Körper, Körper, Körper —
 ein einziger Leib füllte Straßen und Plätze,
 die Straße hämmerte mit einem Herzen,
 die Straße dampfte aus einem Leib,
 dem geeinten Leib eines Volkes in Trauer,
 dem Riesenkörper Masse Mensch.

*

Das Volk begrub des Volkes Sohn,
Fleisch von seinem, Blut von seinem;
es harnte des Sarges dessen, der
in ärmlicher Wiege sein Leben begann,
in dürftiger Stube, in schmaler Gasse,
und unter dem Banner seines Volkes
als Erster seines Volkes
endete. —

Das Herz des Volkes erfüllte die Straßen
und harnte des Toten!

*

Irgendwo trommelten dumpf die Trommeln,
klagten Trompeten Trauerweisen, monotone Schreie,
dröhnte wie Gongschlag dumpf das Leid.
Schwarz umflorte drückender Rauch erstarrte Straße,
aus Räucherpfannen auf schwarzen Pylonen
loderten Flammen und neigten sich tief
zum Hause des Toten.

Grell schnitt ein Kommando.

Laut schlugen Pferdehufe die Straße.

In düsterer Schwere flatterte Spiel,
die Trauer Chopinschen Marsches, —
und langsam glitt von schwarzen Rappen
gezogen der Wagen, darauf umhüllt
von der Standarte ruhmreichen Farben
ein schlichter Sarg —
der tote Präsident!

Entblößte Häupter neigten sich tief.

Man hörte Herzschlag, beengten Atem,
sah blitzende Degen, von Offiziershand gesenkt,
sah stillstarre Reihen hunderte Soldaten
präsentierend den Toten schweigend grüßen
und fühlte Erleben einmaliger Stunde.

Langsam, düster, schwer, monoton
hallte gehemmt von Trauer der Schritt,
ergreifender Rhythmus stummer Bewegung,
die Trauerparade am Sarge vorbei,
surrten Propeller salutierender Flieger,
huldigte tiefergriffenes Beben
diesem Toten!

*

So begruben sie ihn —

Durch die Gasse, die von tiefstem Erleben durchzuckte Masse
zusammengeballter hunderttausender Leiber ließ,
durch einen Wald von farbenlodernden Fahnen,
durch ein Spalier der Besten des Volkes,
immer vom Herzschlagtakt umtrommelt
zog er dahin. —

*

Und die Sonne schwand
 und lächelte nicht mehr und Grau floß in Schwarz.
 Da trugen sie ihn, gleißende Fackeln in den Händen
 vom Katafalk zum Zuge,
 der ihn heimwärts trug.
 Und da erlöste sich die Starre in dem Riesenkörper,
 der sich zum Sarge drängte, der entschwand.
 Die Fahnen senkten sich und Abschiedsschrei
 der Millionenstadt, der Brüder, Schwestern
 zuckte zitternd diesem Toten nach.

Schwarz floß in Schwarz
 und durch die Nacht
 glitt er dahin —
 zum Grabe:

Des Volkes Sohn,
 Retter des Vaterlandes,
 Opfer seiner Pflicht
 Und des Hasses
 Der Narren und Niedern.



**EIN
POLITISCHES
LESEBUCH
FÜR DIE
ARBEITERJUGEND**

nennt das 8-Uhr-Abendblatt
das in unserem Verlage er-
schienene, offizielle Reden
und Erklärungen der

S · P · D

enthaltende Buch „Für Volk
und Vaterland“ von Philipp
Scheidemann — kartoniert
2,50 Mk. — und schreibt da-
zu, es sei ein Verdienst, daß
endlich aufgeräumt werde
mit der Legende
der

**VATERLANDSLOSEN
GESELLEN!**



VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT G. M. B. H.
BERLIN SW 68

Die Kriegsschuldfrage

MONATSSCHRIFT FÜR
INTERNATIONALE AUFKLÄRUNG

HERAUSGEGEBEN VON DER ZENTRALSTELLE
FÜR ERFORSCHUNG DER
KRIEGSURSACHEN

VERLAGSABTEILUNG:
BERLIN W35, POTSDAMER STRASSE 118C
PREIS IM INLAND 2 RM, FÜR DAS AUSLAND 2,50 RM, DAS VIERTELJAHR

Ein Buch, das in die Hand

Demnächst erscheint:

Friedrich Ebert

Zum Gedächtnis
des Reichspräsidenten

16 Seiten Quart, reich illustriert

eines jeden Arbeiters gehört!

Neue Kritiken

über

Wells, Grundlinien der Weltgeschichte

V O [S] S I ' S C H E Z E I T U N G

Ein Lesebuch im schönsten Sinne! Diese Weltgeschichte ist das Werk des Modernen. Die Weltanschauung der Moderne prägt sich darin aus, von der Schilderung der Kosmogonie an bis zum chiliastischen Ausblick. Gott, Nation, Vaterland: das alles sind für Wells Formen, über die das Geschehen hinausführt. Er ist tolerant, er ist voller Verständnis, er fundiert sein Buch soziologisch, aber er vergift das Geistige nicht. Die Geschichte führt, das ist seine Meinung, zum freien selbstgewollten Zusammenschluß aller Völker.

B E R L I N E R M O R G E N P O S T

Wells betrachtet die Geschehnisse auf unserem Erdball in ihren großen Zusammenhängen. Die Potenzen sind ihm Nebensache, das Volk, das namenlose, mißachtete, rückt in den Brennpunkt. Bei solcher Betrachtungsweise ist es nur folgerichtig, wenn Wells in seinem Buche zugleich eine Geschichte der Kultur gibt. Die Entwicklung der Sprache und der Schrift findet sich darin gleichermaßen wie die Entstehung des Christentums, des Buddhismus, und des Islam. Immer und immer wieder wird auf die großen Beziehungen verwiesen. Der Westen spielt nicht mehr die alleinige Hauptrolle; die großen Geschehnisse des Ostens, die den Westen so tief umgestalteten, erfahren ihre gebührende Würdigung. In Wells' Betrachtungsweise gewinnen die Dinge ein überraschendes Gesicht.

B E R L I N E R N A T I O N A L Z E I T U N G

Dies ist das meistgedruckte wissenschaftliche Buch in englischer Sprache und, wie die Umfrage einer amerikanischen Zeitung ergibt, das meistgelesene Buch in Amerika.

In Ganzleinen gebunden mit vielen Karten u. Bildern, 760 Seiten, 20 Mark

Das große Buch des Jahres!

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW 68

DIE FINANZ-SKANDALE DES KAISERREICHS

VON KURT HEINIG

5 BOGEN, IN HALBLEINEN GEBUNDEN 2.50 MARK

Wir haben die Herausforderung angenommen!

Es war kein Vergnügen, in die Atmosphäre der berüchtigten Schieber- und Gründerzeit der Vorkriegszeit hinabzusteigen. Aber es blieb nichts übrig.

Hier ist das Ergebnis:

Als Gründer, Aufsichtsräte, Unternehmer oder Großaktionäre, die an Schwindelfirmen der Kaiserzeit beteiligt waren, präsentieren wir:

18 Herzöge, Prinzen und Fürsten, 31 Grafen und Barone, 12 Minister, 18 hohe Staats- und Justizbeamte, 14 Generale und Offiziere bis zum Leutnant hinunter, 3 Gouverneure, 16 Oberbürgermeister und Stadträte, 11 Land-, Hof-, Kammer- und Legationsräte, 12 Kommerzienräte, 5 Konsuln, 2 Oberhofmarschälle, 7 Generaldirektoren, 12 Großkaufleute, 16 Bankiers (darunter kaiserliche und königliche) usw.

Der Nationalliberalen Partei schrieben sich 40, der Konservativen 26, der Freisinnigen 7 Herren zu; fast alle von ihnen gehörten dem Reichstag oder Landtag an

Werden die Barmatschreier jetzt schweigen?

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68

Die Glocke

BEGRÜNDET VON PARVUS

Inhalt:

- Ph. Scheidemann:**
Zur Präsidentenwahl 1619
- Kurt Heinig:**
Reichsteuerungszahl u. Gewerkschaften 1621
- Dr. Ludwig Bendix:**
Der Fall Bewersdorff 1623
- Dr. Liparit Nasariantz:**
Der Aufstand in Kurdistan 1629
- Dr. Carl Landauer:**
Hitler — Wittelsbach 1632
- Bruno Schönlink:** *Schloß Tännich* 1636
- Arthur Eloesser:** *Coriolan* 1639
- Das Reich gibt seine eigenen**
Betriebe preis 1642
- Josef Maria Frank:** *Der Kapitalist* 1644
- Rob. Breuer:** **Die tausend Lügen**
des „Lokal-Anzeiger“ 1646
- Victor Schiff:** *Niedner und Samter* 1646

Palucca

Märchenland kontra Kassenschrank — Verzauberte Seele

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin SW 68

Lindenstr. 114



Preis 30 Pfennig

FRITZ EBERT



**E I N
GEDENKBLATT
VON PAUL KAMPFFMEYER**

V I E R T E A U F L A G E

**NEU DURCHGESEHEN UND
MIT EINEM NACHWORT
VERSEHEN**

**AUF HOLZFREIEM PAPIER GEDRUCKT
UND MIT EINEM BILDNIS FRIEDRICH
EBERTS, NACH EINER RADIERUNG
VON NELLY KEIL
KARTONIERT PREIS M. 1,50
IN HALBLEINEN GEBUND.
PREIS MARK 2.50**



VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

B E R L I N S W 6 8

Zur Präsidentenwahl

Von Ph. Scheidemann

Zum ersten Male soll am 29. März das deutsche Volk sein Staatsoberhaupt selbst wählen. So einmütig das gesamte Volk in der Ueberzeugung sein dürfte, daß es sich um eine Entscheidung von unvergleichbarer Bedeutung handelt, so wenig Klarheit dürfte bestehen über den riesenhaften Apparat, der wegen dieser Wahl in Bewegung gesetzt werden muß. Voraussichtlich gehen auch die Meinungen innerhalb unserer Partei darüber weit auseinander, welche Taktik in diesem Fall für die Sozialdemokratische Partei die richtige gewesen wäre.

Es ist freilich immer leichter, nachher klug zu reden, wenn handfeste Tatsachen vorliegen, als die Entscheidung treffen zu müssen zu einer Zeit, in der man sozusagen „keine Hand vor Augen sehen kann“. Für oder gegen die vom Parteiausschuß und der Reichstagsfraktion getroffenen Entscheidungen selbst soll hier natürlich kein Wort gesagt werden. Es wäre aber eine Unterlassungssünde, wollte man nicht feststellen, daß die Parteileitung in diesem Falle auf ihr Führerrecht bedauerlicherweise verzichtet hat. Bei Fragen von so ungeheuer großer Bedeutung müßte eine Parteiführung auch bestimmte Vorschläge machen.

Von demokratischer Seite wird die Sozialdemokratische Partei nicht übel geschulmeistert, weil sie mit einem eigenen Kandidaten in die Präsidentenwahl gehen will. Herr v. Gerlach, dem es die Sozialdemokratische Partei ebensowenig wie irgendeine andere Partei der Welt jemals recht gemacht hat, schleudert Donnerkeile. Aus dem Zentrumslager sind ebenfalls recht unfreundliche Mahnungen gekommen.

Dazu einige wenige Worte: Seit dem Zusammenbruch im November 1918 hat die Sozialdemokratie im Staatsinteresse sich so viel an Entsaugungen auferlegt, daß andere Parteien, die weniger geneigt waren, ihre eigenen Parteiinteressen so vollkommen in den Hintergrund treten zu lassen, jetzt direkt ungehalten sind über die sozialdemokratische Kandidatur. Es ist jedoch entschieden leichter, eine kleine Partei, der eine größere oft genug helfend beige-sprungen ist, vermeintlich „staatsmännisch“ zu steuern, als den Millionen einer Massenpartei plausibel zu machen, daß sie ihren Abgeordneten nur blindlings folgen möge, denn die wüßten mehr und immer alles besser als ihre Wähler, weil diese in den inneren

geheimnisvollen Betrieb ja nicht hineingucken könnten. Je mehr die Sozialdemokratie im Hinblick auf Staatsnotwendigkeiten alle Parteiinteressen zurückgestellt hat, um so mehr ist offenbar das Staatsbewußtsein anderer Parteien gestiegen. Man stelle doch das Verhalten der Sozialdemokratie einmal in Vergleich mit dem partei egoistischen Verhalten der — sagen wir Deutschnationalen.

Wie stellt sich denn dem sozialdemokratischen Wähler die Situation dar? 1918 retteten die Sozialdemokraten das Reich vor dem Zerfall, schützten es vor dem Bolschewismus und brachten in kürzester Frist eine Nationalversammlung zustande. Das wurde damals allgemein anerkannt und dementsprechend gewertet. Reichspräsident wurde ein Sozialdemokrat, Reichsministerpräsident ein Sozialdemokrat, preußischer Ministerpräsident ein Sozialdemokrat. Und jetzt 1925? Reichskanzler ist ein Mann der Rechten, preußischer Ministerpräsident ein Zentrumsmann. Im Reichskabinett sitzt kein Sozialdemokrat und im preußischen Ministerium wird vielleicht einer einziehen können!

Nun kommt die Wahl des Reichspräsidenten. „Was, einen eigenen Kandidaten wollt ihr aufstellen? Das können wir unseren Wählern nicht zumuten!“ Daß annähernd zwei Millionen Demokraten nicht für einen Sozialdemokraten, der rund acht Millionen Wähler hinter sich hat, im ersten Wahlgang stimmen sollen, kann ihnen nicht zugemutet werden, daß aber umgekehrt acht Millionen Sozialdemokraten für einen Demokraten oder Zentrumsmann schon im ersten Wahlgang stimmen, scheint vielen wie eine Selbstverständlichkeit.

Wenn eine gemeinsame republikanische Kandidatur, für die die Sozialdemokratische Partei unter bestimmten Voraussetzungen zweifellos zu haben gewesen wäre, hätte zustande kommen sollen, dann hätte man mindestens über den in Betracht kommenden Kandidaten längst eine feste Verabredung herbeiführen müssen. Daß die Sozialdemokratie, die stärkste Partei des Reiches, jetzt hätte beschließen können, für einen Kandidaten, den sie gar nicht kennt, zu stimmen, das wäre eine Zumutung gewesen, für die der erdrückenden Mehrheit unserer Partei sicherlich das Verständnis gefehlt haben würde.

Noch ist ja nicht aller Tage Abend! Zunächst gilt es jetzt, den letzten sozialdemokratischen Wähler für unseren Kandidaten Otto Braun, der sich als preußischer Ministerpräsident ausgezeichnet bewährt hat, an die Wahlurne zu bringen. Wenn das die Demokraten und das Zentrum im ersten Wahlgange für ihre Kandidaten auch tun, dann muß es gelingen, im zweiten Wahlgang der Republik auch den republikanischen Präsidenten zu sichern.

Reichsteuerungszahl und Gewerkschaften

Von Kurt Heinig

Die eben abgeschlossene Indexberechnung ergab nach der alten Methode für den Durchschnitt des Februar die Ziffer 125,1, nach der neuen Methode 135,6.

Streit scheint sich um die eben vollendete Indexreform nicht entwickeln zu wollen. Schreibt doch sogar die „Kölnische Zeitung“ am 8. März: „Diese Versuche, den wirklichen Teuerungsverhältnissen durch eine Nachprüfung der statistischen Methode und der einzelnen Posten gerecht zu werden, sind als dankenswert anzusehen. Es ist bezeichnend, daß diese Nachprüfung bis zu einem gewissen Grade das bestätigt hat, was jedermann aus dem Volke schon längst wußte, daß nämlich die Teuerung gegenüber der Vorkriegszeit doch etwas beträchtlicher sein müßte, als die Berechnung des Statistischen Amtes es bisher nachzuweisen versuchte. Man wird versucht sein, auch die nunmehr festgesetzte Zahl von 135,6 nicht ohne weiteres als mit den tatsächlichen Teuerungsverhältnissen übereinstimmend zu bezeichnen. Gemessen an den Kosten, die der Mittelstand für die Bestreitung seiner Lebenshaltung und Bedürfnisse auszugeben hat, dürfte das ohne Zweifel auch richtig sein. Indessen muß man berücksichtigen, daß die Preisteuerungszahl sich nicht an diese Schichten hält, sondern den Kreis ihrer Untersuchungsobjekte aus dem Arbeiterstand nimmt, vom Existenzminimum bis zur Lebenshaltung einer etwas über Durchschnitt lebenden Arbeiterfamilie. Aber auch hier dürfte eine Steigerung der Lebenshaltungskosten mit 135 gegenüber 100 der Vorkriegszeit schwerlich richtig angegeben sein.“

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die neue Reichsteuerungszahl auch auf die Lohnverhandlungen nicht ohne Einfluß bleiben wird. Ein Grund für die Forderungen nach Ueberprüfung der bisherigen Feststellungsmethoden war doch der Wunsch, bei Lohnverhandlungen eine zuverlässigere Grundlage zu finden als bisher.“

Wir nehmen nicht an, daß die „Kölnische Zeitung“ mit ihrem „Ungenügend“ hinter der neuen, höheren Teuerungszahl besagen will, daß die Indexreform durch unzulängliche Kräfte vorgenommen worden sei. Im Arbeitsausschuß der Reichsindexkommission haben ja neben den Vertretern der Arbeitnehmer auch die Arbeitgeber und die Dezernenten der verschiedenen Reichsministerien unter Leitung des Statistischen Reichsamtes gesessen. Daneben hat das Statistische Reichsamt mit den landesstatistischen Aemtern und mit den örtlichen Erhebungskommissionen in den sogenannten Eildienstgemeinden — auch hier sitzen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammen — gearbeitet. An der Objektivität wie an der gründlichen Arbeit der Indexkommission will die „Kölnische Zeitung“ offenbar nicht zweifeln, wenn sie meint, daß auch die neue Indexzahl den tatsächlichen Teuerungsverhältnissen kaum voll entspricht. Damit wird aber nicht nur an ein Grundproblem aller Indexberechnungen, sondern auch an die bisher übliche Methode der Unternehmer, die Teuerungsziffer bei Lohn- und Gehaltsverhandlungen zu benutzen, empfindlich gerührt.

Wie erinnerlich, kam es nicht zuletzt deswegen zur Indexreform, weil die Gewerkschaften gegen die Anwendung der unmaßgeblich gewordenen Teuerungsziffer auf die Reallohnrechnungen protestierten. Bei unseren lieben Unternehmern war es üblich geworden, die Teuerungsmeßziffer und die auf ihr aufgebauten „Reallöhne“ bei jeder Lohn- und Gehaltsverhandlung als das Höchstmaß ihrer Leistungspflicht hinzustellen. Allen Einwendungen gegenüber, daß jene Berechnungen nicht mehr richtig sein könnten, verhielten sie sich nach Möglichkeit taub. Wie wird es damit jetzt gehen? Werden die deutschen Unternehmer sich bereit finden, die neue Ziffer der Reichsteuerung bei Lohn- und Gehaltsverhandlungen ebenso anzuerkennen, wie sie es früher von den Arbeitnehmern verlangt haben?

Damit soll nicht gesagt sein, daß der gewerkschaftliche Standpunkt sei, daß die Reichsteuerungsziffer überhaupt das Maß für Löhne und Gehälter zu sein hat. Wir müssen uns darin auch mit der „Kölnischen Zeitung“ einig fühlen, daß die neue Teuerungsziffer bei aller Exaktheit ihrer Grundlagen nur einen ungefähren Wert darstellt. Das geht schon daraus hervor — und damit rühren wir wieder an das Grundproblem aller Indexberechnungen — daß der Reichsindex einen Reichsdurchschnitt darstellt. Dieses Mittel wird durch vertikale und horizontale Schnitte erreicht. Und je mehr diese Berechnungen verfeinert werden, um so mehr entfernen sie sich von der Wirklichkeit, sie treffen dann — bildlich gesprochen — nur noch eine gedachte Realität. Deswegen sollte bei den bevorstehenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen, die zweifelsohne das Kennzeichen des Jahres 1925 werden, die Reichsteuerungsziffer immer nur als ein Annäherungswert, als ein Minimum der Teuerung, gewertet werden.

Diese Auffassung wird durch zwei entscheidende Argumente begründet. Die Teuerung bedeutet noch nicht die Belastung des Arbeitnehmers. Wir haben keine Indexziffer, die die Belastung, die steuerliche und sonstige Leistungspflicht des Arbeitnehmers im Vergleich zur Vorkriegszeit fixiert. Und außerdem kann es doch nicht in alle Ewigkeit so bleiben, daß der Arbeitnehmer dann ausreichend entlohnt sein soll, sobald er das Niveau von 1913 oder 1914 wieder erreicht hat. Die Einkommenshöhe von 1913 war durchaus ungenügend. Wir benötigen dringender denn je zusätzliche Kauffähigkeit des Arbeitnehmers und wir brauchen für ihn kulturelle Steigkraft.

Nahezu völlig wird bei allen Lohn- und Gehaltsverhandlungen übersehen, daß die breite Masse kulturell und ethisch beängstigt tief unter das Niveau der Vorkriegszeit gedrückt worden ist. Der derzeitige soziale Unterfriedensstand bedeutet in seiner Auswirkung Verkümmern des Ethos, Schrumpfung der Volkskultur. Die gesunde Konsumfähigkeit des Arbeitnehmers ist ein entscheidendes wirtschaftliches Element. Der Weltmarkt ist infolge der industriellen Verselbständigung früherer Absatzgebiete der Erde wesentlich kleiner geworden. Wir brauchen die Entwicklung des Inlandsmarktes. Nur seine Vergrößerung kann der deutschen Industrie zu einem gesunden Leben verhelfen.

So sehen wir, daß die Lohnpolitik nicht in einer Indexpolitik ausmünden darf. Die Teuerungsziffer kann nichts anderes sein als ein über dem Interessentenargument stehender Grundwert, der von jeder Seite aus anzuerkennen ist. Darüber hinaus hat die Lohn- und Gehaltspolitik

unter nationalwirtschaftlichen und nicht zuletzt auch unter sozialen und sittlichen Gesichtspunkten ihre Leitgedanken zu erhalten.

Wir dürfen uns natürlich nicht darüber täuschen, daß auch die Lohn- und Gehaltshöhe nicht zuletzt ein Stück Machtfrage ist. So ist naturgemäß der Egoismus des rückständigen Unternehmers, der volkswirtschaftliche Unverstand mancher Unternehmergruppe ebenfalls zu werten. Wenn sie aber ein Stück Machtfrage sind, so sollte und muß bei den Lohn- und Gehaltsverhandlungen der Wille zur Hebung der Volksmassen erst recht eine Machtfrage sein, die den Vorrang hat.

Der Fall Bewersdorff

Von Dr. Ludwig Bendix, Berlin

In dem kürzlich erschienenen wertvollen Buch Karl Brammers „Der Prozeß des Reichspräsidenten“*) ist der gesamte Prozeßstoff zusammengetragen, und außerdem sind die Stimmen der Kritik wiedergegeben, mit Ausnahme der Aufsätze von Brodauf (Nr. 613, 1924, der „Vossischen Zeitung“), Großmann (Nr. 30, 1925 des „Berliner Tageblatts“) und Bendix (Nr. 1, 1925, der „Levischen Korrespondenz“). Nunmehr ist ein abschließendes Nachwort möglich und geboten.

Ueberblickt man die von Brammer wiedergegebenen Kritiken, so schwirrt einem der Kopf von all den feinen juristischen Unterscheidungen. Wo ist hier ein Wegweiser aus dem Labyrinth der Gründe und Gegenstände? Kommt es wirklich bloß auf logisch-juristische Konstruktionen an? Wenn es bloß darauf ankäme, warum sollte dann nicht auch die der Herren Bewersdorff und Schultze vertreten werden können? Gibt es auf diesem Gebiet überhaupt ein allgemein gültiges Kriterium der Richtigkeit oder Unrichtigkeit?

Es kann an dieser Stelle nicht im einzelnen begründet werden, daß es ein solches allgemein gültiges Kriterium nicht gibt, daß eben der logisch-juristische Ausgangspunkt, in dem die meisten Kritiker mit den Urteilsfassern des Magdeburger Urteils übereinstimmen, überhaupt verfehlt ist, daß vielmehr hinter jenem Ausgangspunkt nicht im wesentlichen Scheine, sondern im wesentlichen, allzu wesentlichen Sein der politische Wille und das weltanschauungsmäßig bestimmte Werturteil Auswahl und Stellungnahme bestimmt.

Nicht die ach so geduldige und dehnbare juristische Konstruktion hat die Verhandlungsleitung und Urteilsfassung bestimmt, sondern die von vornherein in der Persönlichkeit der gelehrten Richter gegebene politische Einstellung, ihre gefühls- und willensmäßigen Vorurteile sind es gewesen, die von vornherein Gang und Ergebnis der Verhandlung die danach vorgezeichneten Wege wiesen. Deshalb soll und muß man sich mit dieser Seite der Angelegenheit befassen, und deshalb kann und darf man von einem Fall Bewersdorff sprechen.

Die willens- und gefühlsmäßige Einstellung des Vorsitzenden im Magdeburger Prozeß wird aus folgenden Stellen des Brammerschen Prozeßberichtes klar:

*) Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

1. (S. 41): Rechtsanwalt Dr. Landsberg: Der Zeuge (Richard Müller) hat behauptet, die Sozialdemokratie habe während des Krieges eine schwankende Politik getrieben. Wie will er das begründen?

Vors.: Diese Frage habe ich schon erledigt durch den Hinweis, daß andere anderer Meinung sind.

Rechtsanwalt Dr. Landsberg: Ich habe den Eindruck, Herr Vorsitzender, daß Sie hier die Fragen nicht mit dem gleichen Maße messen. Sie sind leicht geneigt, Fragen bei uns abzuschlagen, während Sie sich der Gegenseite gegenüber anders verhalten. Ich halte es doch für erforderlich, daß nach beiden Seiten hin die Objektivität gewahrt wird. Als Sie den Brief des Herrn Richard Müller vorlasen, haben Sie sofort ohne jeden Beschluß verkündet, daß Richard Müller geladen werde.

Vors.: Die Ladung war schon vorher beschlossen, und zwar auf Antrag der Verteidigung.

2. (S. 57): Rechtsanwalt Heine: Es ist uns bekannt, daß ein Mann erhebliche Geldsummen bekommen sollte und zum Teil schon bekommen hat, um Zeugen gegen Herrn Ebert zu benennen. Ich stelle die Frage, ob der Zeuge (Syrig) sich selbst angeboten hat. Durch wen ist er benannt worden und mit wem hat er vorher über seine Aussage verhandelt?

Die Verteidigung widerspricht dieser Fragestellung. Das Gericht zieht sich zur Beratung über diese Frage zurück.

Nach längerer Beratung verkündet der Vorsitzende folgenden Gerichtsbeschuß: Es kann als wahr unterstellt werden, daß der Angeklagte für diesen Prozeß Material gesammelt hat, daß der Zeuge sich selbst als Zeuge angeboten hat, daß er vorher mit jemand über seine Aussage gesprochen hat, und daß ein Protokoll über diese Aussage aufgenommen worden ist.

Rechtsanwalt Dr. Landsberg (zum Zeugen): Ist Ihnen für diese Aussage Geld oder sonst ein anderer Vorteil versprochen worden?

Zeuge: Nein!

Rechtsanwalt Dr. Landsberg: Das geht auf Ihren Zeugen-
eid. Sie haben auch nichts versprochen bekommen?

Zeuge: Nein!

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Doßmann: Es wurde als wahr unterstellt, daß über Ihre Aussage vorher ein Protokoll aufgenommen worden ist. Wer hat das Protokoll aufgenommen und was hat in dem Protokoll gestanden?

Vors.: Das Gericht hat ja nicht die Existenz des Protokolls in Frage gestellt.

Rechtsanwalt Dr. Landsberg: Es ist in der Gerichtspraxis ein ungewöhnlicher Vorgang, daß eine Frage an einen anwesenden Zeugen, deren Beantwortung zur Prüfung seiner Glaubwürdigkeit notwendig ist, abgelehnt und durch die vage Unterstellung als wahr ersetzt wird.

3. (S. 75): Rechtsanwalt Dr. Martin: Erinnern Sie sich, daß zu dieser Zeit der Kreuzer „Königsberg“ einlief, dessen erster Offizier der Freiherr v. Forstner war, und daß der Kreuzer infolge des Streiks keine Kohle einnehmen konnte?

Rechtsanwalt Dr. Landsberg: Ich beanstande die Zulässigkeit dieser Frage. Wir können doch hier nicht alle Folgen des beklagenswerten Streiks erörtern, für den der Herr Nebenkläger nicht verantwortlich zu machen ist. Der Zeuge Lichnow soll sich nur über die Behauptung äußern, daß der Werftarbeiterstreik von dem damaligen

Abg. Ebert angezettelt worden sei. Das hat er nicht bezeugen können. Die weiteren Fragen sind etwas ganz Unerhörtes.

Vors.: Im Strafprozeß ist es im Gegensatz zum Zivilprozeß auch zulässig, dem Zeugen andere Fragen vorzulegen als die, für die er benannt war.

Rechtsanwalt Dr. Landsberg: Hier handelt es sich aber um die unerhebliche Frage, ob der Zeuge nach einem Gespräch mit dem Leutnant v. Forstner etwas über die Folgen des Werftarbeiterstreiks gehört hat.

Das Gericht beschließt jedoch, diese Frage zuzulassen. Der Zeuge erklärt, er könne sich des Gesprächs mit dem Leutnant v. Forstner nicht mehr erinnern.

4. (S. 80): Rechtsanwalt Heine: Ich muß feststellen, daß man dem Zeugen (Kloth) gestattet, ein Plädoyer über die Haltung der S.P.D. zu halten zugunsten des Angeklagten oder vielmehr für sich selbst. Denn er ist der eigentliche Urheber der Angriffe, Herr Rothardt nur der unschuldige Nachbeter.

Generalstaatsanwalt Storp: Wenn der Zeuge seine Aussagen weiter in dieser Weise macht, dann muß ich beantragen, ihm den Sachverständigeneid abzunehmen. Er teilt hier nicht Tatsachen mit, sondern erstattet ein Gutachten.

Vors.: Sie behaupten, daß Herr Noske im Auftrage der Parteileitung nach Chemnitz gefahren sei, um dort den Streik zu entfachen.

5. (S. 86): Zeuge v. Wrisberg: Die Parteispaltung hat allgemein die Landesverteidigung geschädigt.

Generalstaatsanwalt Storp: Das gibt die Staatsanwaltschaft in vollem Umfange zu.

Rechtsanwalt Dr. Landsberg: Wenn die Munition in Deutschland so knapp war, wie war es denn dann möglich, daß Stahl nach der Schweiz ausgeführt wurde, den wir auf den Schlachtfeldern wiedertrafen?

Vors.: Wir haben wohl Lebensmittel dafür erhalten.

Generalstaatsanwalt: Das gehört auch nicht hierher.

Zeuge: Ich muß das überhaupt bestreiten, denn die Ausfuhr hätte durch meine Hände gehen müssen.

6. (S. 90): Vors.: Damals erschienen auch „Mitteilungen an die Streikenden“, in denen über die Verbreiterung der Aktion berichtet und erklärt wurde, daß der „Aktionsausschuß des Arbeiterrats“ mit Staatssekretär Wallraf verhandeln solle. Es heißt darin: „Unser Schrei nach Frieden soll nie in die Öffentlichkeit dringen. Die Bewegung wird aber so gewaltig werden, daß die Regierung uns hören wird.“

Zeuge Scheidemann: Von diesem Flugblatt höre ich zum ersten Male. Wenn wir in das Streikkomitee eintraten, so doch vor allem deshalb, weil die Gefahr bestand, daß unbekannte Drahtzieher versuchen würden, sich der Bewegung zu bemächtigen. Es ist ein furchtbarer Unsinn, wenn uns nachgesagt wird, wir hätten innerlich den Streik begünstigt. Wir wären ja für das Irrenhaus reif gewesen, nachdem wir vier Jahre lang die gradlinige Politik der Landesverteidigung getrieben hatten.

Vors.: Konnten Sie die Parole ausgeben, den Streik abzubrechen?

Zeuge Scheidemann: Das war ganz unmöglich. Wir konnten nur einspringen, um die Sache zum guten Ende zu bringen.

7. (S. 91): Vors.: Ist es richtig, daß der bloße Eintritt der sozialdemokratischen Parteileitung in die Streikleitung zu einer wesentlichen Vermehrung der Streikenden geführt hat?

Zeuge Scheidemann: Das ist kaum denkbar.

8. (S. 95): Vors.: Ist innerhalb des Parteivorstandes, Herr Zeuge, einmal gesprochen worden, wie die Arbeiter sich zu den Gestellungsbefehlen verhalten sollten?

Zeuge Scheidemann: Jawohl, wir waren übereinstimmend der Ansicht, daß es Wahnsinn gewesen wäre, wenn wir den Arbeitern geraten hätten, dem Gestellungsbefehl etwa nicht Folge zu leisten.

9. (S. 98): Vors.: Haben Sie Tatsachen bemerkt, aus denen hervorging, daß der Herr Reichspräsident, als er noch Abgeordneter war, Maßnahmen ergriffen hat, die die Landesverteidigung schädigten?

10. (S. 100): Vors.: Ist Ihnen etwas darüber bekannt, daß die Sozialdemokraten, insbesondere Herr Ebert, die Maßnahmen der Landesverteidigung durchkreuzt haben?

Zeuge Groener: Darüber ist mir nicht das mindeste bekannt.

Es würde zu weit führen, alle diese charakteristischen Stellen im einzelnen zu analysieren. Der Gesamteindruck ist ganz klar: Dem Vorsitzenden ist willens- und gefühlsmäßig daran gelegen, dem Reichspräsidenten ins Unrecht zu setzen, den dem Angeklagten Rothardt obliegenden Beweis des Landesverrats Eberts zum Erfolg zu führen. Er neigt dazu, Fragen, die diesen Erfolg gefährden, abzuschneiden, und solche, die ihn fördern, zuzulassen. Er ist mit seinem Herzen und seiner politischen Ueberzeugung auf der Seite des Angeklagten und will ihm helfen, soweit das mit den ihm zur Verfügung stehenden juristisch-technischen Mitteln des Prozesses möglich ist, ohne sich selbst bloßzustellen und der Gefahr des Vorwurfes der Rechtsbeugung auszusetzen. Die schwersten Vorwürfe, die überhaupt gegen einen Richter erhoben werden können, werden stillschweigend hingenommen, ob sie nun von der Verteidigung (Nr. 1 und 2) oder vorsichtiger und mittelbar von der Staatsanwaltschaft (Nr. 4 und 5) ausgehen. Ein ganz ungewöhnlicher Beschluß (Nr. 2) wird gefaßt, um einem Zeugen von der Qualität des Syrig peinliche Antworten auf noch peinlichere Fragen zu ersparen und dadurch die Wirkung seiner dem Reichspräsidenten Ebert ungünstigen Aussage nicht oder doch nur möglichst wenig zu beeinträchtigen. Die Ungewöhnlichkeit dieses Beschlusses und die Solidarität der Gesinnung des Gerichts mit der des Entlastungszeugen war so auffallend und peinlich, daß selbst die Verteidiger des Angeklagten dem Vorsitzenden zu Hilfe kamen und sich über den Beschluß hinwegsetzten, indem sie die durch die Wahrunterstellungen des Gerichts „erledigten“ Fragen von sich aus beantworteten. Und nun gar die eigenen, zum Teil ganz verständnislosen und geradezu naiven (siehe Nr. 5) Fragen und Bemerkungen des Vorsitzenden. Sie vervollständigen das Bild eines Mannes, dem innerlich daran liegt, den Landesverrat Eberts festzustellen, der bei aller aus seinem Amte und dem § 336 Str.G.B. (Rechtsbeugung) stammenden Zurückhaltung geradezu hierauf brennt; und so hat es den Anschein, daß er innerlich immer enttäuscht und unzufrieden ist, wenn er auf seine in bestimmter — ungünstiger — Richtung zielende Fragen eine von ihm nicht gewünschte, dem Nebenkläger günstige Antwort erhält.

Die Urteilsbegründung bringt nun Licht in diese seltsame Prozeßleitung, die in einem modernen Rechtsstaate nicht für möglich gehalten werden sollte. Der Wahrheitsbeweis für den von Ebert begangenen Landesverrat ist nämlich, so heißt es dort (S. 132), auf vier Behauptungen gestützt: Er soll begangen sein 1. durch Beteiligung am Berliner Massenstreik, 2. durch Uebertragung dieses Streiks auf Kiel,

3. durch den Versuch, einen solchen Streik in Chemnitz durch den Abgeordneten Noske entfachen zu lassen und 4. durch planmäßiges Entgegenarbeiten und Durchkreuzung von Maßnahmen der Obersten Heeresleitung zum Zwecke der Schwächung der Landesverteidigung.

Was die letzten drei Punkte anlangt, so wird im Urteil fortgefahren, so hat die Verhandlung keinen Beweis dafür erbracht, daß die aufgestellten Behauptungen wahr sind. Hier liegt der psychologische Schlüssel: Schwere Herzen mußte nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme von den innerlich widerstrebenden Richtern festgestellt werden, daß die letzten drei Behauptungen als wahr nicht festgestellt werden konnten, und zu Punkt 3 sogar, aber nur zu diesem Punkt, — welche Objektivität — widerlegt seien. Man beachte diese Unterscheidung: Widerlegt ist die Noske-Behauptung Nr. 3, nicht erwiesen, aber möglicherweise wahr die Behauptung Nr. 2 und 4, wahr dagegen die Behauptung Nr. 1. Den Behauptungen Nr. 2 bis 4 werden etwas über 3 Seiten der gedruckten Wiedergabe bei Brammer, der Behauptung Nr. 1 werden 13 Druckseiten und ihrer rechtlichen Würdigung rund 11 bis 12 Druckseiten gewidmet, um schließlich festzustellen, daß in der Beteiligung Eberts am Januarstreik 1918 Landesverrat im Sinne des § 89 Str.G.B. gelegen sei und deshalb eine Verurteilung wegen dieser erweislich wahren Behauptung nicht erfolgen könne. Nun hätte doch, so sollte man meinen, wegen der formellen Beleidigung aus § 185 Str.G.B. eine geringe Geldstrafe verhängt werden müssen, da die Beleidigung, Ebert habe Landesverrat begangen, für nicht strafbar erklärt worden ist. Das hätte aber den großen Apparat der vorausgegangenen wochenlangen Beweisaufnahmen und ihrer Würdigung auf 24 bis 25 Druckseiten und doch auch der Stellung des Nebenklägers nicht entsprochen. Was tun die gelehrten Richter? Sie erklären, nachdem sie kurz vorher die Straflosigkeit des Angeklagten wegen des von ihm bewiesenen Landesverrats Eberts ausgesprochen haben, die weitere Beleidigung, die darin gefunden wird, daß der Angeklagte den Nebenkläger für fähig hält, erfordere eine schwere Bestrafung. „Dieser Vorwurf ist der schwerste, der einen deutschen Mann treffen kann, daß er nämlich während des Krieges sein Vaterland verraten habe. Wenn nun vollends dieser Vorwurf gegen den Präsidenten des Deutschen Reiches gerichtet ist, so bedarf der Nebenkläger eines besonderen nachdrücklichen Schutzes des Gerichts.“

Man faßt sich an die Stirn! Was geht hier vor? Der Landesverrat Eberts wird festgestellt und der Angeklagte wegen dieses Vorwurfes für straflos erklärt, und auf derselben Seite wird in gleichem Atem es für eine strenge Strafe verdienende Beleidigung erklärt, daß derselbe Angeklagte den Nebenkläger des vorher festgestellten Landesverrats für fähig gehalten habe. Dieser unverständliche und unlogische Gedankengang ist kein Zufall, er offenbart den unerträglichen Zwiespalt zwischen den logisch-juristischen Scheingründen und der ethisch-politischen Einstellung. Die Urteilsfasser hat einfach zum Schluß ihrer sogenannten Begründung der Mut verlassen, ihren ursprünglichen Weg bis zu Ende zu gehen und den Angeklagten wegen des Landesverratsvorwurfs freizusprechen. Das wäre von ihrem Standpunkt aus wenigstens logisch und folgerichtig gewesen. Das wagten sie aber einfach nicht, dem Reichspräsidenten und den Teilen des deutschen Volkes gegenüber, deren andere politische Einstellung ihnen bekannt war. Und

deshalb erklärten sie: Der Vorwurf des Landesverrats ist zwar begründet, der Vorwurf aber, daß der Reichspräsident, dessen Landesverrat wir festgestellt haben, dieses Verbrechen für fähig gehalten wird, ist, trotzdem er es begangen hat, ein so schwerer, und die Stellung des Reichspräsidenten eine so schutzwürdige, daß wegen dieser — zwischen den Zeilen: richtigen — Ansicht von der Charaktereigenschaft des Reichspräsidenten eine empfindliche Strafe zu verhängen ist.

Man braucht sich nicht zu wundern, wenn der Angeklagte und die ihm nahestehenden Kreise unter sich die Frage erörtern, ob in den unlösbaren Widersprüchen dieser auf versteckten Willensimpulsen beruhenden Gedankengänge nicht eine an Vorsatz streifende grobfahrlässige Verletzung des Rechts zum Nachteil des Angeklagten Rothardt gelegen ist, der vom Standpunkt der Magdeburger Richter das große Verdienst hat, den des Landesverrats durch Beteiligung am Januarstreik 1918 nach ihrem Spruch schuldig gewordenen Reichspräsidenten politisch unmöglich zu machen, und der deshalb keinesfalls mit Gefängnis, sondern, wenn er sich gegen einen Landesverräter formell vergangen hat, höchstens mit einer kleinen Geldstrafe hätte bestraft werden dürfen. Den Vorsatz der Rechtsbeugung werden auch sie nicht zu behaupten wagen. Denn alle die Unbegreiflichkeiten politischer Prozesse können nicht nachgewiesen werden, weil sie bei der politischen Verrantheit und der wissenschaftlichen und ethischen Unkultur unseres Richtertums auch aus diesen Gesichtspunkten erklärt werden können.

Die Lehre des Falles Bewersdorff: Politische Prozesse und Rechtsbeugungsstraftprozesse gehören vor den Staatsgerichtshof in offener politischer Zusammensetzung. Denn Rechtsprechen ist Staatsfunktion und ethisch-staatspolitisch bestimmte Tätigkeit im Interesse des Staatsganzen, wie es der Richter auffaßt. Hat er staatsfeindliche Auffassungen, wie im Falle Bewersdorff die Anfrage des Demokraten Riedel („Der Sattlergeselle muß da oben verschwinden.“) glaubhaft macht, so muß er von der Rechtsprechung kraft Gesetzes ausgeschlossen sein und ist der Rechtsbeugung schuldig, wenn er trotzdem judiziert. Ist das nicht schon geltendes Recht, so muß es geltendes Recht werden. Früher schuf das Reichsgericht derartige neue Rechtssätze im Interesse des monarchischen Staatswesens. Wir müssen heute einen Gerichtshof schaffen, der im gleichen Geiste die Gesetze im Interesse der Republik auslegt. Der Fall Bewersdorff — und der Fall Ahlsdorff, auf den ich hier nicht weiter eingehen kann — sollte das Gute haben, hierzu den hoffentlich zum Ziele führenden Anstoß gegeben zu haben. Freilich dieses Ziel kann solange nicht erreicht werden, wie die leitenden Persönlichkeiten in der Partei für die eminente politische Bedeutung der Rechtspflege kein oder jedenfalls nicht das richtige Verständnis haben. Denn wenn sie es hätten, würde z. B. im Falle Ahlsdorff, zu dem ich insofern noch ein Wort sagen möchte, mit aller Entschiedenheit darauf hingewirkt worden sein, daß das öffentliche Interesse verneint werde, und müßte auf die Verurteilung des aufrichtigen Republikaners Kroner zu einer Strafe, die in ihrer Höhe einen recht tiefen antirepublikanischen Sinn hat, mit der politischen Forderung geantwortet werden, diesem zuverlässigen republikanischen Richter eine der höchsten Richterstellen anzuvertrauen. Denn endlich muß einmal allgemein verstanden werden, daß die Richterstellen, insbesondere die höheren und höchsten, Machtpositionen sind, um die ein politischer Kampf nicht bloß sich lohnt, sondern gegebenenfalls auch wirklich durchgekämpft werden muß.

Der Aufstand in Kurdistan

Von Dr. Lipart Nasariantz

Der Frieden, der nach fünfzehnjährigem Wirrwarr im nahen Orient mit Mühe und Not wiederhergestellt war, ist nun wieder gestört worden, und in der Türkei, dem klassischen Lande des nationalen Haders, fließt wieder Blut.

Nachdem von diesem noch kürzlich so großen Lande fast der ganze europäische Teil abgefallen; nachdem die armenische Frage durch die Vernichtung des armenischen Volkes „gelöst“ worden war, und man aus Kleinasien alle Griechen ausgewiesen hatte; nach der Abtrennung Mesopotamiens, Syriens, Arabiens und Palästinas, — nach allem diesen schien es, daß es in der Türkei keinen „Friedensstörer“ mehr gäbe, und daß daher ein friedliches Leben und eine ungehinderte Entwicklung für das zwar verkleinerte, aber in der Bevölkerung ausgeglichene ottomanische Reich möglich wäre.

Diese Möglichkeit anzunehmen hieße jedoch, die Kurden, die einzigen „fremdstämmigen“, die noch unter der türkischen Herrschaft verblieben sind, außer acht zu lassen.

Und nun haben die Kurden selbst auf sich aufmerksam gemacht.

Wir verstoßen nicht gegen die Wahrheit, wenn wir behaupten, daß selten ein europäischer Journalist oder Politiker bisher auch nur in die Lebensverhältnisse der Kurden eingedrungen ist. Und alles, was man über die Kurden schrieb oder sprach, war Ergebnis zufälliger und oberflächlicher Beobachtungen. So ist es auch zu erklären, daß viele nicht nur nichts von dem Bestehen der kurdischen Frage wußten, sondern auch von den Kurden selber kaum eine dunkle Ahnung hatten. Und daß die Kurden einen Faktor von irgendwelcher politischer Bedeutung darstellen könnten, wäre niemandem eingefallen. Nun sollten auf einmal die Kurden gegen die Regierung Mustafa-Kemals sich erhoben haben, damit die Presse sich mit ihnen beschäftigte, und die Öffentlichkeit von ihnen hörte.

Wenn man den offiziellen türkischen Berichten glauben kann, so flaut der Aufstand schon wieder ab und wird bald vollständig niedergeschlagen sein, um so mehr, als „die Bevölkerung und die der Regierung treugebliebenen Kurden die Regierungstruppen unterstützen“.

Dies kann wahr sein; möglicherweise werden die Aufständischen auch wirklich eine Niederlage erleiden. Wird aber die Frage dadurch gelöst, und wird die Regierung vor der Wiederholung solcher Aufstände in Kurdistan sicher sein? Diese Frage ist zu verneinen.

Der türkische Bericht hatte nicht ganz unrecht, wenn er beim Beginn des Aufstandes von „fremden Einflüssen“ sprach. Die englischen Zeitungen hatten nichts Eiligeres zu tun, als in diesen Fremden die Bolschewisten zu vermuten. Aber die Eingeweihten zweifelten nicht einen Augenblick daran, daß die Andeutung von türkischer Seite auf die Engländer selbst zielte. In der Tat mag man von den Bolschewisten und von ihrer auswärtigen Politik denken, was man will: in diesem Falle aber deutet alles Vorangegangene darauf hin, daß die Bolschewisten nichts von der Aufrührung der kurdischen Frage zu erwarten haben,

während sie im vollen Einklang mit der englischen Politik im nahen Orient steht.

Schon während der ersten englisch-türkischen Konferenz wegen der Mossulfrage (in Konstantinopel) legte die englische Abordnung den Türken einen Entwurf vor, wonach ein Teil des Sandschaks Hekkiari (Wilajet Wan) dem Irak einverleibt werden sollte. Zur Begründung dieses Vorschlages erklärte der Vorsitzende der englischen Abordnung den Journalisten von Konstantinopel, daß die Engländer bei der Festsetzung dieser neuen Grenze sich nicht nur von strategischen, sondern auch von ethnographischen Erwägungen leiten ließen, indem sie danach strebten, das englische Protektorat auch auf die Christen im Norden auszu dehnen. Ziehen wir in Betracht, daß mit diesen Christen die in Sandschak Hekkiari lebenden Nestorianer gemeint waren, so gelangen wir zu der Ueberzeugung, daß das Protektorat über diese gleichzeitig die Vereinigung aller Kurden unter englischem Einflusse bedeuten sollte.

Bei der Mossulkonferenz befaßten sich die Engländer nicht zum ersten Male mit der Kurdenfrage. Der Gedanke eines von der Türkei unabhängigen Kurdistans beschäftigte die englischen Politiker bereits lange Zeit vorher, und durch ihre Bemühungen war auch in den Vertrag von Sèvres ein Punkt über die Autonomie dieser Provinz aufgenommen worden. Der Mißerfolg des genannten Vertrages zwang die Engländer, andere Wege zur Verwirklichung ihrer Pläne zu suchen. Aber die Mossulkonferenz, womit die Engländer mittelbar auch die Kurdenfrage lösen wollten, führte auch zu keinem Ergebnis. Und so ist es natürlich, daß nicht nur die Türken, sondern auch alle die, denen die Absichten der Engländer bekannt sind, schon bei den ersten Nachrichten über den Kurdenaufstand den engen Zusammenhang zwischen diesem Ereignis und der englischen Politik sehen mußten.

Auf diesen Zusammenhang müssen wir also die „fremden Einflüsse“ beschränken. Wenn auch die Beziehungen der Engländer zu dem gegenwärtigen Aufstande das Resultat einer planmäßigen Politik wären, so ist doch ihre Rolle nur als ein Nebenfaktor anzusehen, dessen Fehlen den Aufstand wohl vertagen, aber nicht ausschließen würde.

Die Ursachen, die die Kurden zu diesem entschiedenem Schritt veranlaßten, liegen wirklich viel tiefer, als es auf den ersten Blick scheint. Und sie sind in der allgemeinen sozial-ökonomischen und politischen Lage der kurdischen Bevölkerung zu suchen. In Stämme (Aschireth) eingeteilt, führte sie bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ein beinahe unabhängiges Dasein und gehorchte nur ihren Häuptlingen. Die ersten Versuche der türkischen Regierung, die Unabhängigkeit der Kurden zu beenden und diese den allgemeinen Gesetzen zu unterwerfen, führten sofort zu Aufständen. Obwohl diese mit außerordentlicher Grausamkeit unterdrückt wurden, gelang es der Regierung trotzdem nicht, die Kurden vollkommen zu bezwingen.

Sultan Abdul Hamid schlug den Weg der Güte ein: durch Geschenke, Orden und andere Begünstigungen vermochte er, die Häuptlinge für sich zu gewinnen und auf diese Weise auch die Kurdenstämme zu bezähmen. Als Vollendung dieser neuen Politik muß man die Bildung der irregulären kurdischen Kavallerie (Hamidie) bezeichnen, die einerseits als Gegengewicht gegen russische Kosaken wirken und andererseits die Armenier in Gehorsam halten sollte. Bis jetzt noch ist die traurige Rolle

erinnerlich, die die Hamideregimenter während der Armeniermetzeleien (1894—96) gespielt haben.

Als Belohnung für diesen Dienst gewährte der Sultan den Kurden fast unbeschränkte Freiheit, die sich darin äußerte, daß sie ihre bewaffneten Nachbarn unbestraft plünderten und mordeten.

So ging es bis zur Wiederherstellung der türkischen Verfassung im Jahre 1908. In neuen Verhältnissen konnte diese „ritterliche“ Lebensart eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung nicht geduldet werden. Daher beschloß die jungtürkische Regierung, der Freiheit der Kurden Schranken zu setzen, um so mehr, als die Jungtürken schon im Begriffe standen, den Panislamismus Hamids durch Pantürkismus zu ersetzen, wodurch alle nicht-turanischen Elemente, unter diesen also auch die Kurden, in die Klasse der „unzuverlässigen Untertanen“ versetzt werden sollten. Die Kurden antworteten auf diese Politik mit einem Aufstand in Bitlis (kurz vor dem Beginn des Weltkrieges).

Der letzte Aufstand der Kurden fand vor einigen Jahren schon während der Herrschaft Mustafa-Kemals statt und wurde mit großen Mühen durch diesen unterdrückt.

Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß außer „fremden Einflüssen“ es auch andere Ursachen gab, die die Kurden zum Aufbruch gegen die Staatsgewalt veranlaßten. Durch diese Ursachen ist auch der gegenwärtige Aufstand hervorgerufen worden.

Die Lage der Kurden, trotz der „Freiheiten“, die sie genossen, war immer jämmerlich. Das niedrige kulturelle Niveau, das vollständige Fehlen von Schulen, das Wanderleben der Halbnomaden und Halbräuber, die ökonomische Unsicherheit — alles dieses machte die Kurden zu Sklaven ihrer Häuptlinge. Und dennoch ist es nicht zu verwundern, daß ihre Unzufriedenheit sich nicht direkt gegen diese richtete: in den Häuptlingen sahen sie einigermaßen ihre „Ernährer“, und das ganze Uebel ihrer Lage setzten sie auf die Rechnung der Regierung.

Der Weltkrieg war ein großes Unheil für die Kurden. Fast die Hälfte dieses Volkes kam in Schlachtfeldern, von Epidemien und vor Hunger um. Seine ganze Wirtschaft ging zugrunde. Die Vernichtung der Armenier, von deren Arbeit sich viele Kurdenstämme ernährten, war ein Verhängnis auch für die Kurden. Und in der unter der Aegide Mustafa-Kemals „erneuerten“ Türkei fanden sie sich in so einer fürchterlichen Lage ein, die sie zu einem verzweifelten Schritt bewegen mußte: — zu dem Aufstand gegen die Gewalt, die ihr Land ruinierte und sie der Willkür des Schicksals überließ.

Es besteht kein Zweifel, daß der letzte Kurdenaufstand nicht ein zufälliger Ausbruch der Unzufriedenheit ist. Von einer kurdischen revolutionären Organisation hörten wir noch während der ersten Mossulkonferenz: damals schon wurde ein Flugblatt verbreitet, das die Kurden aufforderte, das gehässige türkische Joch abzuschütteln und eine eigene unabhängige Heimat ins Leben zu rufen.

Allem Anschein nach wird auch der Aufstand, der bis heute noch fort dauert, von einer revolutionären Organisation geleitet.

Hitler — Wittelsbach

Von Dr. Carl Landauer, München

I.

Zwei Tatsachen haben Bayern zum Ausgangspunkt der gegenrevolutionären Bewegungen in Deutschland gemacht: Die psychologische Nachwirkung der Räterepublik und die partikularistische Stimmung weiter Kreise der bayerischen Bevölkerung. Die Erinnerung an die Kommunistenherrschaft in den Apriltagen des Jahres 1919 hätte für sich allein nicht ausgereicht, um die reaktionäre Welle in Bayern so hoch anschwellen zu lassen, wie sie tatsächlich gestiegen ist. Erst an dem weißblauen Partikularismus, an der bestehenden Opposition gegen den Komplex „Berlin“ fand die schwarzweißrote Bewegung jene Anlehnung, die ihre allmähliche Entwicklung und ihr Eindringen in die Masse der mittelständischen Bevölkerung ermöglicht hat.

Man muß sich heute diese Grundtatsache ins Gedächtnis zurückerufen, wenn man die Dinge richtig beurteilen will. Wer nur die Geschichte des letzten Jahres im Kopfe hat, kann leicht glauben, daß zwischen den schwarzweißroten und den weißblauen Strömungen der bayerischen Reaktion nur Feindschaft bestehe. Es ist aber ebenso falsch, die gegenseitige Abhängigkeit beider zu übersehen, wie es unrichtig ist, den Gegensatz als einen nur oberflächlichen oder äußerlichen zu betrachten. Abhängig sind die Schwarzweißroten Bayerns von den Weißblauen, weil eine schwarzweißrote Bewegung selbst bei größten Agitationserfolgen eine Angelegenheit der Städte bleiben muß; das flache Land ist mit einer „großpreußischen“ Parole niemals zu gewinnen. Die Weißblauen aber brauchen eine Verbindung zu Schwarzweißrot, weil es eine Regel der bayerischen Politik ist, daß jede Partei, mag sie auch noch so radikal partikularistisch sein, ein gesamtdeutsches Programm besitzen und dafür im Norden Sympathien werben muß. Solange der weißblaue Partikularismus in Opposition zur Republik steht — und für den echten Partikularismus ist das unvermeidlich —, kann er sich nur mit altpreußischen oder mit schwarzweißrot-fascistischen Kreisen verbünden.

Aber auch der Gegensatz ist außerordentlich tiefgehend. Das Schlagwort von der „Bismarckischen Reichsverfassung“ verhüllt nur notdürftig die völlige Verschiedenheit der Ansichten über die erstrebenswerte Gestaltung des Reiches. Die Schwarzweißroten, die auf den Machtstaatsgedanken eingestellt sind, können ernsthaft und aufrichtig keinen bayerischen Partikularismus dulden, weil er der straffen Zusammenfassung aller Kräfte des deutschen Volkes zuwiderläuft, die sie als Voraussetzung ihrer Machtpolitik brauchen. Der Ausgleich, der vor dem Krieg zwischen Zentralismus und Föderalismus bestand, ist in Zukunft nicht mehr herzustellen, denn er wäre schon früher nicht einzuführen gewesen ohne die machtmäßig gesicherte Ueberlegenheit Preußens, und er hätte sich gegenüber den partikularistischen Zentrifugalkräften in Bayern nicht aufrechterhalten lassen, ohne das Prestige einer äußerlich erfolgreichen Weltpolitik und Wirtschaftsentfaltung des Reiches. Dieses Prestige aber ist dahin, und niemals wieder würde der bayerische Partikularismus sich so geduldig eine Aushöhlung der staatlichen Hoheitsrechte Bayerns durch ein Kaiserreich mit preußischer Hegemonie gefallen lassen

wie zwischen 1871 und 1914. Denn dieses Kaisertum ist ihm innerlich noch weit fremder als die Republik.

Bayerischer Monarchismus und preußischer Monarchismus sind verschiedene Dinge. Die bayerischen Bauern und Mittelständler vom Heimat- und Königsbund und ähnlichen Organisationen wollen keinen Fridericus Rex, der sie in Schlachten führt, sondern sie wollen — wenn man alle Phraseologie abzieht — einen Staatsrepräsentanten, der das Vornehme und das Gemütliche vereint und im übrigen dafür sorgt, daß das Leben nicht zu teuer, die Politik nicht beunruhigend ist, die Steuern nicht zu hoch werden und die Beamten ihre Pflicht tun. Aus nicht immer ganz logischen Gründen erwarten sie diese schönen Dinge nur von einer Monarchie, aber mit der Idee des Gottesgnadentums hat das sehr wenig zu schaffen. Das ist die Stimmung jenes Teils der öffentlichen Meinung in Bayern, der hinter dem aktiven Wittelsbachischen Monarchismus steht. Ueber den friedlichen Charakter seines staatlichen Zukunftsideals täuscht man sich leicht, wenn man die Kraftsprüche hört, die von diesen Kreisen gegen die Republik und die Kräfte gebraucht werden, die man hinter ihr weiß oder vermutet. Der Bayer schimpft außerordentlich gern und ist besonders in erregten Zeiten mit dem Verlangen des Köpfens, Hängens, Erschießens nicht sparsam. In Wirklichkeit ist überlegte Brutalität oder kalter Haß dem bayerischen Volkscharakter völlig fremd. Der Bayer ist — außer in der Angst oder im Zorn — zu Grausamkeiten nicht fähig und in seinen Taten überhaupt kein Extremist. Daß sich Ludendorff durch Beifall zu extremistischen Worten darüber täuschen ließ, ist ihm zum Verhängnis geworden.

II.

Heute ist die völkische Bewegung in Bayern ganz klein geworden. Das bedeutet nicht nur eine Stärkung der Republikaner, sondern auch eine Stärkung des Wittelsbachischen Monarchismus. Zu dieser von der politischen Konjunktur begünstigten Richtung drängen sich ehemalige Mitläufer und Führer der Völkischen. Am meisten Glück hatte der ehemalige Polizeipräsident Pöhner, der im Hitler-Putsch eine erste Rolle gespielt hat; er ist schon jetzt der erklärte Führer der am meisten aktivistischen Monarchistengruppe. Aber auch Hitler sucht Anschluß an Weißblau. Die Audienz, die er gleich nach seiner Entlassung aus der Haft beim Ministerpräsidenten Held nachsuchte (und erhielt), war zum mindesten als Geste wichtig. Bei seinem ersten öffentlichen Wiederauftreten in München hat er seine Zuhörer enttäuscht, weil er jede Stellungnahme gegen die bayerische Regierung vermied und die „antiultramontane“ Einstellung abschwor. Freilich kann er sich auf die Dauer nicht mit der ganzen Bayerischen Volkspartei verbünden. Er ist Extremist von Natur und Werbetrommler aus Uebung und kann deshalb nur als Agitator auf dem radikalmonarchistischen Flügel wirken. Pöhner, mit dem er völlig einig ist, schafft ihm hier seinen Platz. Der arme Ludendorff hat es trotz aller Selbstentäußerung nicht fertig gebracht, sich mit dem Thronprätendenten zu versöhnen, weil dieser die Ueberlegenheit seiner eigenen Stellung kennt und die angebotene Hand ausgeschlagen hat; so hat der General den Anschluß versäumt und sein nicht nibelungentreuer Gefährte Hitler zwingt ihn, sich mit der Rolle eines einflußlosen Dekorationsstückes zu begnügen.

Der völkische Zustrom ist aber für den Monarchismus ein schwer verdaulicher Brocken. Zwar fehlt es nicht ganz an Zügen innerer Verwandtschaft. Die innenpolitische Grundüberzeugung der bayerischen Monarchisten ist konservativ, mit einem schwachen Einschlag von Bauerndemokratie; eine stark nach rechts entwickelte Abart des bäuerlich-demokratischen Konservatismus, dessen Urbild in den Kantonen der Schweiz zu finden ist. Solcher Bauern- und Kleinbürgerkonservatismus sucht wie die Völkischen als „Partei des kleinen Mannes“ aufzutreten, beide wollen antikapitalistisch und anti-,marxistisch“ zugleich sein. Die der Bayerischen Volkspartei sehr geistesverwandte christlich-soziale Partei Oesterreichs hat mit einer der Hitlerei ähnlichen Phraseologie, lange Zeit bedeutende Erfolge erzielt. Aber das Trennende ist doch noch wichtiger. Die Völkischen haben einen Stich ins Sozialrevolutionäre, die weißblaue Richtung aber verkündet ihrer soziologischen Zusammensetzung entsprechend nichts lauter als die Verteidigung der bürgerlichen Ordnung, den Schutz des Eigentums. Dazu kommt die Abneigung gegen eine Machtpolitik nach außen und die Sorge, daß Hitler seine zentralistischen Ideen in den Verfassungsfragen nicht vergessen hat. Die christliche Gesinnung der Hitler-Gruppe ist durchaus zweifelhaft, soweit sie aber überhaupt religiös interessiert ist, wirkt sie jedenfalls nicht für den Katholizismus. Sogar der Antisemitismus ist ein Hindernis: Zwar ist die Judenhetze in gewissen weißblauen Kreisen sehr beliebt, solange man weiß, daß sie nicht allzu ernst genommen wird. Aber über ein gewisses Maß hinaus kann man sie nicht brauchen. Was man in den bayerischen Kreisen Bayerns gern hat, ist ein wohltemperierter Antisemitismus, der es gestattet, die dem Wirtschaftsleben zuträglichen und im Privatverkehr angenehmen Ausnahmen zu machen und der nicht zu äußersten Schritten verpflichtet. Die Pogromhetze der Völkischen geht über diese Grenzen weit hinaus.

Zu solcher Verschiedenheit der Anschauungen kommen taktische Bedenken. Wenn der große Trommler seine Heerscharen wieder zusammenbekommt, wird er sie dann besser in der Hand haben als das erste Mal? Wird er nicht die Sache des Königs, der doch auch für die „irrenden“ Volksgenossen dereinst ein Landesvater werden soll, durch Gewalttaten kompromittieren? Wird er nicht durch unbesonnenes Losschlagen den König gerade so ruinieren, wie er Ludendorff ruiniert hat? Und selbst im besten Falle, wie soll man ihn nach dem Gelingen wieder loswerden? Oder was soll man in der Monarchie mit einem Königsmacher anfangen, der so sehr den Geist der Straße verkörpert?

Die gemäßigte Richtung unter den Monarchisten findet auf keine dieser Fragen eine befriedigende Antwort und ist deshalb gegen die Einigung mit Pöhner-Hitler. Ihr Widerstand wird unterstützt von allen, die das Spiel des Monarchismus durch Staatsklugheit zu gewinnen hoffen, und diese Kreise erstrecken sich bis in die nächste Umgebung des Kronprinzen. Für den neuen „konservativen Rechtsblock“ aber sind die Aktivisten, die jungen Leute der weißblauen Wehrorganisation „Bayern und Reich“, und viele von den fanatischen Gegenrevolutionären im „Heimat- und Königsbund“. Die bisherigen Erfahrungen in der bayerischen Politik sprechen nicht gerade für einen Sieg der Gemäßigten und Staatsklugen über die fanatischen Draufgänger. Es hat auch 1922 und 1923 in den regierenden Kreisen Bayerns nicht an Leuten gefehlt, die das Ende der Hitler-Bewegung so oder noch schlimmer vorausgesehen haben, wie

es schließlich gekommen ist. Aber sie haben nach schwachen Versuchen eines Widerstandes immer wieder sehr rasch die Lust verloren, sich in die Bresche zu werfen, und haben es vorgezogen, den Sturm ausrasen zu lassen. Ja, um nicht in Verdacht lauer Gesinnung zu geraten, haben sie nicht selten mitgeblasen.

An diese Erfahrungen wird man erinnert, wenn man die letzte Rede Dr. Heims in Würzburg liest. Heim hat sich zunächst der Anfreundung mit den Völkischen entgegengestellt und dem Pöhner-Anhänger Kanzler nach wechselvollem Kampfe die Leitung des „Heimat- und Königsbundes“ entrissen. In seiner Würzburger Rede, die von Schmähungen gegen die Republik und von Verherrlichungen der Monarchie strotzte, hat er aber gezeigt, daß er Hitler nur im Wege des Wettbewerbes bekämpfen will. Dabei wird er keinen Erfolg haben, sondern er wird die Feuer schüren, die Hitler und Pöhner entzündeten.

III.

Bedeutet das alles nun einen Sturm im Wasserglase oder eine ernste Gefahr? Das hängt in der Hauptsache davon ab, was der Thronprätendent selbst tut. Trotz aller Schwäche der Klugen und trotz aller fanatischen Begeisterung der Blinden, auf die Hitlers demagogisches Talent sicherlich wieder stark wirken wird, muß die Bewegung im Augenblick des „Absprungs“ scheitern, wenn ihr nicht die Autorität des „Königs“ darüber weghilft. Ein Thronprätendent, der diese Bewegung benutzen will, müßte sich im entscheidenden Augenblick selbst an ihre Spitze stellen. Das widerspricht der ganzen Taktik, die Rupprecht von Wittelsbach bisher geübt hat. Nicht als Führer bewaffneter Umstürzler, sondern „eingeholt von singenden Schulkindern und weißgekleideten Ehrenjungfrauen“ wollte er zurückkehren. Aber Absichten können sich ändern, und von einer Massenstimmung gehen starke Suggestionskräfte aus. Rupprecht ist sicherlich klüger als viele seiner Standesgenossen, aber als Persönlichkeit kaum so stark, daß ihn Lockungen nicht aus seiner Bahn abziehen könnten.

Als Kaiser Karl vor den Admiral Horthy trat und ihm die Macht abverlangte, da fand der „Befreier Ungarns“ mit Mühe ein paar Kompagnien bewaffneter Studenten, die den schwachen Kräften des Monarchen Widerstand leisten und einen Erfolg des Putsches verhindern wollten. Wenn Rupprecht es sich jemals einfallen ließe, an einen Ministerpräsidenten der Bayerischen Volkspartei ein gleiches Ansinnen zu stellen, dann befände sich dieser aus inneren und äußeren Gründen in einer noch viel traurigeren Lage, und die Abwehr, die Horthy nur schwer gelang, würde ihm bestimmt mißglücken. Das ist der Grund, warum es verlohnt, die bayerische monarchistische Bewegung ernst zu nehmen. Zwar kann sie nie zu einem Erfolg führen, der auch nur Monate dauert. Denn kein Wittelsbacher Monarch kann in Bayern auftreten, ohne seine Reichstreue zu beweisen, indem er neben der weißblauen auch die schwarzweißrote Fahne hißt. Er kann aber auch nicht warten — denn das würden schon die Partikularisten nicht dulden — bis ein Hohenzoller über ihn gesetzt wird. Er muß also selbst Prätendent auf den Kaiserthron werden. Daran aber muß er scheitern, selbst wenn ihm in Bayern alles gelänge. Das Problem „Bayern und Reich“ ist für die Monarchie eben unlösbar.

Aber die Verwirrung, die auf solche Weise entstehen müßte, soll unserem Volke erspart bleiben. Die Gefahr droht nicht für morgen und

übermorgen, denn Hitler, Pöhner und die anderen müssen erst einmal in dem völkisch-weißblauen Durcheinander Ordnung bringen und eine einigermaßen geschlossene rechtsradikale Front herstellen. Inzwischen wird manches Wasser die Isar hinunterlaufen. Gelingt ihnen aber diese erste Aufgabe, dann ist stärkste Aktivität der Republikaner geboten. Denn die Sicherheit der verfassungsmäßigen Ordnung im republikanischen Staat darf nicht von der Klugheit und Besonnenheit eines Thronpräbendenten abhängig sein.

Schloß Tännich

Von Bruno Schönlanck

Wer gern Lokomotivpfeife hört, wer „Betrieb“ braucht, bleibe Tännich fern. Denn in des Himmels Ratschlag war es beschlossen, daß sich einst die Bürger des Thüringer Landstädtchens Stadt Remda gegen eine Eisenbahn sträubten, wofür sie ein paar Jahrzehnte mehr in guter Ruhe weiter schlafen, essen, trinken und ihrem Tagewerk nachgehen konnten. Stadt Remda ist ein kleines altes Städtchen mit trotziger Kirche, Resten einer Stadtmauer und einem weiten Marktplatz. Nur auch hier, wie fast überall im Thüringer Land, in den kleinsten Gemeinden sogar, ein, ja zwei Kriegerdenkmäler, meistens geschmacklose Stein- und Eisenvogel-Industrie. Statt Linden oder Eichen zu pflanzen, werden solche Scheußlichkeiten hingesetzt.

Wer nicht mit dem Postauto fahren will, muß ein paar Stunden wandern, bis er von dem schönen Rudolstadt mit seinem beherrschenden Schloß nach Remda kommt. Rudolstadt, das ist ein Gebiet für sich, um das meine Kinderträume flogen, helle und dunkle zugleich. „Ankersteinbaukästen“ auf der einen und eine greuliche Mixtur auf der anderen Seite. Und dann schwirren aus frühesten Kindertagen noch immer ein paar Zeilen seines Lokaldichters, Sommer hieß er wohl, in meinem Hirn:

De Dische glanzen schon wie Spack
Bis runger an de Beene.

Das war aus einem verfressenen Kirmesgedicht; soweit ich weiß, wurden die Tische so blank geschrubbt. Auch muß ich diesem Lokaldichter recht geben, wenn er seiner herrlichen Lindenallee längs der Saale den Vorzug gibt und den Berlinern „Unter den Linden“ zuruft:

Da sollt ihr unsre Linden seh'n!

Für die Rudolstädtische Rechtschreibung kann ich nicht garantieren, da ich die Gedichte nie gelesen, sondern sie damals als perfekter Alphabet von einer begeisterten Rudolstädterin wohl an die hundertmal gehört habe.

Doch wir wollen ja nach Schloß Tännich. Der du bis Remda gefahren bist, bereite dich noch auf eine knappe Stunde Waldweg vor. Wenn auch der Boden schön aufgeweicht sein sollte, weine nicht, sondern schau dich hübsch um. Wie wundervoll hebt und senkt sich das hügelige und bergige Gelände, daß du mit der Hand die Umrisse streicheln möchtest. Sieh dort ein Feld mit Luzerne und einer Unmasse Rapunzel oder Feldsalat. Rapunzel braucht nicht wie im Märchen ihr

Haar herunterzulassen, du brauchst dich nur zu bücken und nimmst dir einen kleinen Teil des Wohlstandes mit. Die Haselbüsche und rotgoldene Erlen haben schon Ende Februar ihren Segen ausgestreut, die Weidenkätzchen fangen auch schon an, in ihr Silber goldene Staubfäden zu weben. Dieser merkwürdige Winter sportlichen Mißvergnügens läßt einem schon alle süßen Vorfrühlingsfreuden wecken. Goldlack, Krokus und Schneeglöckchen, sie blühen in den kleinen Vorgärten. Die Sträucher haben zartgrüne Spitzchen, die japanische Quitte drängt schwellend ihre roten Blütenknospen zum Licht und kann es kaum erwarten, ihre leuchtenden Purpurblüten zu entfalten. Und im Wald drängt es und springt es auch an allen Ecken und Enden. Die Vögel singen. Mücken tanzen und da und dort fliegt schon ein Zitronenfalter. Siehst du dort die vielen Silberdisteln? Sie stehen noch vom Herbst her und schließen sich immer noch, wenn Regen niedergeht, und öffnen sich der Sonne. Dabei sind sie gar nicht mehr daseiend für die Volkszählung unter den Silberdisteln für dieses Jahr, sie sind passé, tot oder futsch und können doch von der lieben alten Gewohnheit nicht lassen. Und dort die vielen Wacholderbüsche, in den abenteuerlichsten Formen, das blüht und reift das ganze Jahr hindurch. Grüne und wundervolle blaue Beeren, eng aneinander gedrängt. Der Spiritualist träumt von Wacholderschnaps. Nur weiter des Weges. Da hämmert ein Buntspecht, dort unterhalten sich im zirpenden Ton kleine Meisen. Tannenwälder. Wieder ein Feld, von einer Steinmauer aus den endlosen Feldsteinen umfaßt. Und endlich kommen ein paar Bauernhäuschen und der große Herrschaftshof von Schloß Tännich. Ringsum Wald, Feld und der Park mit einem Lindengang, alte breitkronige Bäume, die im Sommer wie ein süßes Gebet zum Himmel duften müssen. Ein Hündlein bellt. Eine rote Fahne weht vom Dachfenster. Du trittst ein in das Schloß und schon haben dich die Arbeitsgeister beim Kamisol. Lange genug wurde ja geträumt und gesonnen. Jetzt bist du drin und arbeitest mit. „Kulturtagung der Arbeiterjugend in ihrem eigenen Ferienheim“, das flattert dir die rote Fahne, das schwirren die frischen Stimmen der jungen Menschen, die hier aus dem ganzen Reich zusammengekommen sind, um in knapp drei Tagen das Gebiet der Jugendbühne, der Jugendchöre, der Sprachchöre und der Organisierung von Festen zu beraten. Hier, in einer Art klösterlicher Abgeschlossenheit, sind die Hirne aufnahmefähiger als in den großen Städten, der Geist der Gemeinschaft herrscht, und so ward auch in der so kurzen Zeit mehr geleistet, als anderswo in der doppelten Zeitspanne hätte geschehen können. Wie ein roter Faden zog sich durch die ganze Tagung die Erkenntnis, in den Vorträgen wie in der Aussprache, daß vor allen Dingen eine Vertiefung und Verinnerlichung des eigenen Menschen stattfinden müsse, um dann um so schöner weiter ausstrahlen zu können. Eine Forderung der Abkehr vom Phrasentum und von übernommener Genügsamkeit. Es war eine Freude, zu sehen, mit welchem heiligen Ernst die Vertreter der Arbeiterjugend aus allen Gauen Deutschlands mit den Problemen rangen. Es würde zu weit führen, auch nur auszugsweise die verschiedenen Referate, in Form von Arbeitsgemeinschaften abgehalten, wiederzugeben. Der Chronist von Tännich mag dies tun, dem Leser genüge es, zu wissen, daß E. R. Müller über „Jugendspiel“ und „das sozialistische Fest“ sprach, Dr. A. Guttmann über „Musikkultur in der Jugendbewegung (Instrumentalmusik) und Gesangskultur in der Jugendbewegung“, Aug. Albrecht über „Or-

ganisatorische Fragen“ und der Schreiber dieser Zeilen über „Sprechchöre“.

Nur einiges sei herausgehoben: Lehrende wie Lernende waren sich gleichermaßen bewußt, daß die Jugend ihren eigenen Gefühlen, ihrer eigenen Welt künstlerischen Ausdruck geben muß, daß also dem Spiel der Erwachsenen ganz andere Aufgaben erwachsen, als dem der Jungen. Es kommt darauf an, daß die Jugend wieder sich selber spielt, tanzt, musiziert, singt und spricht und sich ihrer drängenden Kraft froh bewußt wird. Der mechanisierenden Zeit zum Trotz müssen die innerlichen Quellen erschlossen werden, um im Kampf für eine andere Menschheit bestehen zu können.

Die Erfahrungen, die von den einzelnen Ortsgruppen gemacht werden, mögen sie Musik, Gesang oder Sprechchöre betreffen, sollen in einer Zentralstelle der A.-J. gesammelt werden, um sie allen zugänglich zu machen. Ebenso sollen dort die Programme der einzelnen Veranstaltungen gesammelt werden; dies soll ermöglichen, in ständiger künstlerischer Fühlungnahme zu bleiben und gegebenenfalls kritisch einzugreifen. Selbstverständlich von dem Gesichtspunkt heraus, daß eine ländliche Ortsgruppe anders zu betrachten ist, als die einer Industriestadt. Wie ein Hans-Sachs-Spiel in den ländlichen Bezirken jetzt noch besser verstanden wird als in den Großstädten und umgekehrt ein typisches Großstadtspiel für das Land ein gut Teil unverständlicher Begriffe hat. Sehr interessant war es, zu beobachten, welche Teilnahme das Massenpsychologische und das Führerproblem bei der Jugend auslöste.

Es gab heiße Köpfe vom vielen Lernen, wie ein Wechselstrom, immer mehr sich verstärkend, ging es vom Lehrenden zum Lernenden und wieder zurück. Kein Wunder, daß für solchen Fleiß der Himmel sich zu einem Schneefall entschloß und so wurde das weiße Wunder den Abgesandten der Jugend in einer Fülle zuteil, wie sie es sich nicht hatten träumen lassen. Wundervoll diese Schneelandschaft. Lustige Kapuzen auf Dornbüschen und Wacholder. Schwere weiße Mäntel auf den alten Linden und Tannen. Dazu ein Glitzern und Flimmern in der hellen Sonne. Und doch, das fürwitzige junge Grün ließ sich nicht ganz verdecken. Es lugte smaragden als Grasspitzchen aus der Schneedecke oder schaute bei den Sträuchern verwundert lugend aus dem Schneepelz.

Die Abende waren voll Musik und Klingen. Ferienkinder aus weiland Zabrze, jetzt Hindenburg, bekamen ihr gut Teil davon ab. Praktischer Sozialismus betätigte sich. Die Arbeit vieler Jugendlicher bei den „Kinderfreunden“ trug ihre Früchte. Es waren wunderschöne Spiele, die sie den froh gewordenen blassen Kindern beibrachten. Unvergeßlich bleibt mir das Ständchen, das den Kindern in ihren Schlafsälen gebracht wurde. Und unvergeßlich auch das sozialistische Fest, das aus der Gemeinschaft heraus entsprungen, sich wie von selbst entwickelte. In dem mit symbolischen Wandgemälden bedeckten Hauff-Zimmer fand es statt. Musik, Ansprache, Lied und Gesänge verschmolzen zu einer starken Lebensbejahung. Der Hymnus Schillers „An die Freude“ riß alle von ihren Sitzen empor und das hohe Lied der Freude und Freundschaft wurde zum gemeinsam gesungenen, jubelnden Gelöbnis.

Coriolan

Von Arthur Eloesser

Denn die Stärke und Festigkeit seiner Seele in allen Dingen erzeugte zwar seine feurigen und werktätigen Triebe zu rühmlichen Unternehmungen; auf der andern Seite aber machte sie ihn, da er sich einer ausschweifenden Hitze und dem unbeweglichsten Starrsinn überließ, unelklich und zum Umgange mit anderen Menschen ungeschickt, so daß selbst die, welche seine Gleichgültigkeit gegen Vergnügen, Beschwelichkeiten und Reichtümer bewunderten und sie mit den Namen Enthaltbarkeit, Gerechtigkeit und männliche Stärke belegten, ihn dagegen bei politischen Verhandlungen als einen gehässigen, widrigen und gebieterischen Menschen nicht leiden konnten. Der größte Vorteil, den die Menschen von der Huld der Musen haben, ist doch immer der, daß ihre Natur durch Wissenschaft und Unterricht verfeinert und angeleitet wird, der Mittelstraße zu folgen und jedes Uebermaß von sich zu entfernen. —

So urteilt Plutarch über Cnejus Marius Coriolanus, und Shakespeare hat sich ihm noch folgsamer als sonst angeschlossen in seinem letzten und bittersten Römerdrama, bevor er daran ging, in Timon von Athen den Menschenhaß eines ganz aus den Fugen Geratenen bis zum Unsinn und Wahnsinn rasen zu lassen. Zwischen Timon, der sein Gold, und Coriolan, der sein Blut verschwendet, ist eine Verwandtschaft; der musische Mann will alle Welt beschenken; der unmusische will keinem anderen als sich etwas zu danken haben. — Aber er belohnt sich selbst dadurch, daß er so stolz ist — sagt ein Plebejer von ihm sehr erschöpfend und mit einer Feinheit, die der Dichter einem Vertreter der von ihm verachteten Menschenklasse fast unversehens verliehen zu haben scheint. Coriolan ist ein rüstiger Balthikumer, notwendig ein Volksfeind, sobald der Friede ausbricht, mit der Einschränkung allerdings, daß ihm nur an seinem Ruhm gelegen ist, nicht an einer Pension, nicht am Aufsichtsratsposten in einer Aktiengesellschaft. Das gab es auch zu Shakespeares Zeiten, gerade damals war der Krieg ein Geschäft, fast mehr privates als staatliches Unternehmen, und der Dichter, auch wenn er sich in Rom und in der Antike aufhielt, hat ja nie andere als gegenwärtige Dramen geschrieben.

Shakespeare, der lieber fand als erfand, ließ sich von Plutarch den geraden Weg bis zum Hochverrat und zum Untergang seines Helden führen. Die stolzen Worte, mit denen der Verbannte am Herd des Volkskürsten Aufidius, vor seinem und des Vaterlandes schlimmsten Feinde sein Inkognito aufdeckt, sind fast wörtlich aus der angesehenen Quelle geschöpft, ebenso wie am Schluß die mächtigen Gründe der Mutter Volumnia, die Rom retten und den Sohn opfern. Um so wichtiger, die Abweichungen zu bemerken, die sich Shakespeare gegen Plutarch vorbehalten hat. Der große Dichter war kein Freund des Volkes, er hat fast alles überlesen, was der antike Geschichtsschreiber zu seinen Gunsten sagt, sein wirkliches Elend und seine Unterdrückung, seine Bewährtheit auch im Kriege. Da ist viel Dolchstoßblegende und Beschuldigung des Defaitismus. Die Volkstribunen sind nur Schreier und Demagogen; um den politischen Sinn dieser Einrichtung hat Shakespeare sich nicht ge-

kümmert, da er sich auch für England nie ein anderes als ein aristokratisches Regie vorstellte.

Die andere noch wichtigere Abweichung betrifft Coriolan selbst. Bei Plutarch zeigt er dem Volke seine aus vielen Schlachten rühmlich geholten Wunden, während er sich in dürrtigger Kleidung und wie ein Bettler um seine Stimmen für die Konsulatswahl bewirbt. Bei Shakespeare lehnt er dieses Aeußerste ab. „Ich hab' so Wunden hie und da, die schmerzt es, sich erwähnt zu seh'n“, hat er schon vor der Bewerbung, gesagt. Der Shakespearesche Held empfiehlt sich uns mit der feineren Scham; es ist die Empfindung, die uns den ziemlich unangenehmen Kerl vertraut macht, es ist die vornehme menschliche Eigenschaft, die ihm seine Selbstberechtigung gibt, die seine tragische Verkehrtheit, man möchte fast sagen, seine Borniertheit, anständig begründet. Einer von der Rasse flüchtet lieber auf Gnade und Ungnade an den Herd des Landesfeindes, als daß er denen mit dem stinkigen Atem ein gutes Wort gönnt oder gar einen guten Gedanken. Georg Brandes meint, daß in dieser Figur Ranküe tätig sei, des Schauspielers-Dichters, dem das Publikum in seine Aufführungen hineinpöbelte. Aber wir brauchen uns ja nur vorzustellen, daß der Dichter dieses Stückes einige vierzig Jahre alt war, also in den bitteren und zynischen Jahren, und daß er noch andere Wunden getragen haben wird, die hie und da schmerzten. Wie dem auch sei, der für uns mögliche Coriolan ist nur von jenem Zentrum der Scham aus zu spielen, und mit einer verflucht aristokratischen, so aggressiven, weil empfindlichen Konstitution, in der sich alle Vorzüge zu fürchterlichen Verkehrtheiten überzüchtet haben. So von der Rasse aus hat ihn Matkowsky gespielt.

Die Aufführung im Deutschen Theater schien mir um die wesentlichste Voraussetzung gebracht, da Fritz Kortner genau so gut und sehr viel besser einen der Volkstribunen hätte übernehmen können. Der Schauspieler gerade großen Maües ist eine Art Rückfall, er hat im Blut die Erinnerung an ausgestorbene Rassen des Menschentums, er steht mit den alten Dichtern im Einverständnis und erhält den Mythos. Matkowsky versicherte uns des Coriolan wie Kainz des Orest. Man kann den Coriolan nicht spielen, ohne auf irgendeine Weise schön, ohne eine pathetische Erscheinung zu sein. Seinen Richard III. konnte Kortner stampfen und fauchen, indem der Regisseur Jeßner mächtig die Bälge trat. Ein Ungeheuer ergibt sich leichter als ein Mensch, und der Mensch Coriolan muß zu allererst mit seiner Rasse verführen, muß die Verliebtheit des dicken, humoristischen, zynischen Menenius Agrippa rechtfertigen können. Hier wird gezaubert oder nicht, bestimmt nicht von einem schweren, kurzen, breitwandelnden Schauspieler, der sich schließlich auf das Sentimentale, Schmelzende, angewiesen findet. Auf eine Sentimentalität, die sich wiederum wild gebärden muß. Wenn der Regisseur Erich Engel diesem Coriolan einmal in der Kampfeswut eine Pauke in die Hand fallen läßt, damit ihr Tamtam noch ein paar römische Krieger mitreißt, so ergibt sich etwas wie eine Zirkusfigur. Es ist für Engel nur ehrenvoll, daß er von Jeßner gelernt hat, namentlich, was die Verwendung tragischer Geräusche anbelangt. Von der sonstigen Musik der Schlachten abgesehen, einmal ist es eine Pauke, einmal die von dem Konsul Commenius halb scherzhaft und ganz unrömisch selbst geblasene Trompete zu Ehren des Siegers, und zuletzt die Knarre, mit der der stümbettelnde Coriolan die plebejischen Wähler auf der Straße anlockt.

Das sind Mittel, die sich als Mittel zu bemerkbar machen, überdies illegitime, den Charakteren widersprechende Mittel, aber die Regisseure von heute sind nun einmal entschlossen, lieber noch Auffassungen als Stücke zu spielen.

Nur keine Römer! ist die Vorschrift für dieses Römerstück. Die Kerle gehen also in Hosen, und Coriolan als Konsulatskandidat oder als Flüchtling trägt die seine mit einem großen Loch. Erich Engel ist nicht irgend jemand, ist ein begabter und phantasievoller Regisseur. Da es bei ihm kein Ungefähr gibt, so denke ich mir, daß er die Welt um einen Coriolan, der nicht schön sein kann, möglichst häßlich und dürftig gemacht hat. Seine Römer sind ungefähr wilde Leute, die von zivilisierten Europäern an abgelegten Exemplaren gerade das Hosen-tragen gelernt zu haben scheinen, und auch der Krieg hat keine barbarische Pracht. Ueber diesem finsternen engen Rom, das in seiner spitzwinkligen Konstruktivität zwischen Jeßner und den Russen vermittelt, blaut nur einmal ein etwas freundlicher Himmel. Man hat darüber gestritten, ob Shakespeare wirklich einmal in Italien war. Ich glaube es nicht, aber eins ist sicher, nämlich, daß über seinen Römerstücken ein anderer südlicherer Himmel ruht als über den Tragödien des Nordens, und daß er auch mit einem unglaublichen Ahnungsvermögen sich die Mittelmeerrasse im europäischen Kulturbereich vorgestellt hat. Keine Veranlassung, diesen Renaissancemenschen primitiver und wilder, zugleich barbarischer und enger zu machen. Rom in der Frühzeit der Republik war gewiß ein Dreckloch, aber da es Shakespeare darauf gewiß nicht ankam — obgleich er es von dem Spätrom Cäsars außerordentlich fein unterscheidet, brauchte es nicht so rostgelb, fleckig, farbenstumpf gehalten zu werden. Ich sehe das alles anders, aber ich gebe dem bewährten Regisseur gern zu, daß er nach seinem Gesicht konsequent verfahren ist, bis auf die andere große Figur der Volumnia, die sich in sein Bild durchaus nicht zu schicken schien.

Der für meine Begriffe etwas balkanische Coriolan Kortners, der seiner schätzenswerten Natur nach besser zum Volkstribunen getaugt hätte, fand an Agnes Straub eine Mutter, die sich völlig auf das Großartige eingestellt hatte. Agnes Straub ist einmal eine ausgezeichnete Schauspielerin in Rollen, die zu einer Maske nötigen, und ein anderes Mal eine intellektuelle Energie, die für gewisse moderne Aufgaben den nötigen Dampf liefert. Da ihr Wesen sich nun einmal nicht auf Empfindung, nicht auf die heroischen Leidenskräfte des Weibes stellt, so kann mein Gefühl von ihr keine Mutter, auch nicht die römischste Heldenmutter annehmen. Agnes Straub hat dann in einem Finger mehr Theater als etwa die Durieux und die Triesch zusammen, wenn sie vierhändig spielen sollten. Oh, dieser tragische Zeigefinger! Welche Jugenderinnerung aus der Zeit, da noch wirkliche Heroinnen die Bretter und die Gemüter erschütterten!

WIRTSCHAFTLICHER RUNDBLICK

Das Reich gibt seine eigenen Betriebe preis

In dem umfangreichen Programm, das die Reaktion auf allen Gebieten aufzustellen beliebt, gehört auch das Kesseltreiben gegen die Deutschen Werke A.-G. Als der Krieg zu Ende ging, und die Waffenstillstandsbedingungen unterschrieben waren, besaß das Reich überall zerstreute Betriebe, die ehemals zur Herstellung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial dienten. Die Nationalversammlung beschloß, diese Betriebe auf Friedensproduktion umzustellen und in Eigenregie zu übernehmen. Daraufhin wurden die Betriebe, 14 im ganzen, in die Form einer Aktiengesellschaft (Deutsche Werke A.-G.) umgewandelt, deren Aktien das Reich übernahm. Es war nicht gerade leicht, diese Betriebe technisch auf Friedensproduktion umzustellen, zumal deren Produktionsmittel heruntergewirtschaftet waren und in veraltetem Zustand sich befanden. Die Entente verlangte überdies umfangreiche Zerstörungen von Gebäuden, Maschinen und Werkzeugen.

Doch so schwierig die Umstellung anfangs zu sein schien, so gelang es doch, die Betriebe wieder in Gang zu setzen und den dort beschäftigten Arbeitern Brot und Verdienst zu geben. Nach und nach entfaltete die Dewag sogar ein umfangreiches Produktionsprogramm. Es wurden hergestellt: Landwirtschaftliche Maschinen, Schreibmaschinen, Haus- und Küchengeräte, Motorräder, Automobile, Kunstleder, Möbel und Büro-utensilien, in den Stahlwerken Spandau und Siegburgs wurden sogar Stahl- und Walzwerksprodukte produziert, die Werften in Kiel und Rüstingen wurden für Handelsschiffbau umgebaut. So war ein moderner Großbetrieb mit einer mannigfachen Produktion entstanden, der nach modernen kaufmännischen Grundsätzen geleitet wurde.

Manche Betriebe der Dewag verstanden in kurzer Zeit vorzügliche Produkte hervorzubringen. So wurde auf der Automobilausstellung im Dezember 1924 in Berlin ein Motorrad, das sogenannte D-Rad gezeigt, welches in Massen abgesetzt wurde. Des ferneren stellt das Werk Haselhorst der Dewag ein Kleinautomobil her, welches infolge seiner vorzüglichen Konstruktion und seines billigen Preises (5200 M.) berechtigtes Aufsehen auf der Ausstellung erregte. In dem Ingolstädter Betriebe der Dewag wird eine Spinnmaschine hergestellt, die sich in ganz kurzer Zeit ein großes Absatzgebiet im In- und Ausland zu erobern vermochte.

Diese Entwicklung, die in ganz kurzer Zeit und unter den schwierigsten Verhältnissen der Inflation und der Wirtschaftskrise vor sich gehen konnte, wurde von der privatkapitalistischen Industrie mit Mißbehagen verfolgt. Wurde doch hier in eklatanter Weise gezeigt, daß Privatkapital selbst in der kapitalistischen Produktionsweise und im freien Konkurrenzkampf entbehrt werden kann. Offen und versteckt begann ein wüstes Kesseltreiben gegen die Dewag und ihre Leiter.

So gut die Industrie im allgemeinen unter den Verhältnissen der Kapitalknappheit zu leiden hatte, so hatte auch die Dewag gegen diese Krisenerscheinungen zu kämpfen. Und da die Umstellung aller Betriebe noch nicht vollendet war, war Kapital nötig, das aus den gutbeschäftigten Betrieben nicht erübrigt werden konnte. Die

Dewag war also gezwungen, nach Krediten Umschau zu halten. Wie jede Aktiengesellschaft sich bei eventuellem Kapitalbedarf an seine Aktionäre wendet, so auch die Deutschen Werke an den einzigen Aktionär, das Reich. Der Reichsfinanzminister war nur zu einem vorläufigen Kredit bis zu 20 Millionen Mark zu bewegen, während die Verwaltung der Dewag 70 Millionen Mark zur Ausbesserung der Betriebe nötig zu haben glaubte. Eine darüber hinausgehende Kreditierung wurde vom Reichsfinanzministerium abgelehnt. Der Aufsichtsrat der Deutschen Werke ist leider in seiner Mehrheit von Privatkapitalisten zusammengesetzt, so daß dieser den nötigen Druck nicht dahinter setzte, um die Kredite dennoch aus der Reichskasse flüssig zu machen.

Doch muß hierbei auch die Frage aufgeworfen werden, ob die Verwaltung der Deutschen Werke von den Einflüssen der Privatkonzurrenz vollständig frei gewesen ist. Bei den von der Verwaltung ausgehenden Publikationen geht sich diese darin, die Verhältnisse der Dewag grau in grau zu malen. Man kann als sicher annehmen, daß es 70 Prozent aller deutschen Aktiengesellschaften schlechter ergangen ist. Außerdem wurde bei der Goldumstellung ein außerordentlich scharfer Kapitalschnitt vorgenommen, indem das Papiermarkkapital von 750 Millionen im Verhältnis von 25:1 auf 29 Millionen Mark zusammengelegt wurde. Während man 1919 noch die Aktiva mit 430 Millionen Mark bezifferte, wurde sie jetzt mit 35 Millionen bewertet. Das gesamte Inventar, Schiffe, Fuhrpark und Automobile, Dockanlagen, Helige und Nebenanlagen, Modelle, Formen und Werkzeuge wurden mit je eine Mark in der Goldmarkbilanz bewertet. Hierunter befanden sich u. a. 45 000 Stück Werkzeugmaschinen. Das ungeheure Grundeigentum, welches der Dewag gehört, steht mit 13 Millionen Mark zu Buch. Es dürfte nicht viele Betriebe in Deutschland geben, die so gewaltige stille Reserven bei der Umstellung geschaffen hatten, als die Dewag. Ueberblickt man die Verhältnisse im ganzen, so standen u. E. genügend Werte zur Verfügung, auf die zur Not zurückgegriffen werden konnte. Es bleibt ein Geheimnis, warum die Verwaltung der Dewag hiervon keinen Gebrauch gemacht hat.

Ferner ist bei alledem der finanztechnische Ueberbau der Dewag in Rechnung zu stellen. Die Dewag gehört wie die übrigen Werke, die sich in Reichsbesitz befinden (Aluminium, Elektro- und Wasserwerke, ferner die Besitzungen in der Stickstoffindustrie), zu der Holdinggesellschaft Vereinigte Industrieunternehmen A.-G. (Viag). Die Viag dürfte, da die Elektro-, Aluminium- und Stickstoffwerke äußerst lukrativ arbeiten, genügend Kapitalien besitzen, um der Dewag die Mittel zur Umstellung ihrer Betriebe zur Verfügung zu stellen. Als Finanzgesellschaft des Unternehmungskomplexes, den die Viag umschließt, fungiert die Reichs-Kredit A.-G. In dieser fließen ungeheure Kapitalmassen, erstens aus den angeschlossenen Werken, ferner aus Finanzquellen des Reiches und der Länder, aus der Girozentrale usw. zu. Die Reichs-Kredit A.-G. hat sich in kurzer Zeit zu einer Großbank ersten Ranges entwickelt. Es ist geradezu lächerlich, der Öffentlichkeit einreden zu wollen, als seien hier die fehlenden 50 Millionen zur Umstellung der Dewag nicht aufzutreiben gewesen. Auch hier werden die privatkapitalistischen Einflüsse so stark gewesen sein, um den notwendigen Ausgleich zu verhindern.

Wenn man also, wie es hier geschehen, sich alle Haupt- und Nebenfragen durch den Kopf gehen läßt, dann hält es schwer, bei den von der Verwaltung der Dewag gemachten Vorschläge ernst zu bleiben. Diese gehen nämlich dahin, einige Betriebe der Dewag, darunter die Werftbetriebe in Rüstringen und Kiel, an das Privatkapital abzugeben, andere in gemischtwirtschaftliche Gesellschaften zu verwandeln. Der Anfang wurde bereits im Jahre 1923 gemacht, als die Schreibmaschinenabteilung der Dewag mit der der AEG in Erfurt vereinigt wurde. Die geplanten Maßnahmen kommen einer glatten Zerschlagung der zu großen Hoffnungen berechtigten Gesellschaft gleich. Das Privatkapital hat im Bunde mit einer reaktionären Regierung einen großen Sieg davongetragen. Bereits im Dezember vorigen Jahres schrieb die „Deutsche Bergwerkszeitung“ folgendes: „Der Umstand, daß auf der dieser Tage stattgehabten Deutschen Automobilausstellung ein von den Deutschen Werken hergestellter Wagentyp gezeigt wurde, der zu einem überraschend billigen Preise verkäuflich war, hat die in manchen Industriezweigen herrschende Beunruhigung über den Wettbewerb der Deutschen Werke von neuem wachgerufen und den Wunsch gezeigt, daß diese Firma sich bereit finden lassen möge, sich mit der Privatindustrie über Preise und Verkaufsbedingungen zu einigen.“

Hier liegt des Pudels Kern! Die Privatindustrie will keinen Konkurrenten, der besser und billiger zu produzieren in der Lage ist und außerhalb der Preiskonventionen und Kartelle steht. Deshalb müssen die Deutschen Werke zerschlagen werden. So will es das Privatkapital, und die reaktionäre Regierung leistet dabei Handlangerdienste, obwohl es sich um ihre eigenen Besitzungen handelt. Für die Ruhrindustrie Hunderte von Millionen, für die eigenen Werke nichts! Das ist das Wirtschaftsprogramm der Luther, v. Schlieben, Neuhaus und Genossen.

Mercur

Der Kapitalist*)

Von Josef Maria Frank

Als absoluter Monarch von Geldes Gnaden
haust er in einer achtungsvoll respektierten Nimbushülle
in seiner Villa mit Garage, Weinkeller und Viktualienfülle
an schlaraffischen Gestaden.

Und hat ein Konto, Kredit, Warmwasser und Devisen,
stilisierte Gemächer, WC's, Bedienung, Pyjamas und gefütterte Galoschen
und braucht sich nicht wie Korax wegen lumpiger fünf Groschen
die Laune zu vermiesen.

(Er findet es selbstverständlich, daß sein Geld Junge kriegt
und er nie schief liegt.)

In stürmischen Zeiten wirkt er als Aufreizung zum Klassenhaß
und zum Aderlaß.

*) Entnommen dem soeben im Verlag Deutscher Bücher, Berlin SW68, erschienenen
152 Seiten starken Band: Korax, Panoptikum Mensch, von Josef Maria Frank.

(Er hat nämlich Fabriken und Werke und beschäftigt oft tausend Personen, die familienweise meistens in zwei Stuben wohnen,

wo nicht stilisiert, sondern höchst primitiv, atmosphärisch bedrückt durch ein ständiges Tief.)

ER findet es natürlich, daß sein Mitmensch für ihn schuftet, und penetrant, wie dieser Mitmensch duftet.

Nachwort:

Für ihn schuf der liebe Herrgott in seiner unendlichen Güte Straßburger Gänseleber, Hummern, Austern, Kaviar, Bonbonnièrentüte, pikanteste Frauen und für diese Seal, Pariser Mode und brokatene Hüte von entsprechender, ihrem erotischen Gemüte angepaßter Qualität und Güte, sowie den dreisternigen Hennessy und die Bauchbinden-Clay, ff. Weine, Liköre und Sekte von feinstem Bouquet, chinesische Pintscher, Oper, Premières, Cabaret, alte Holländer (Gemälde und Käse), Sèvre- und Japanvasen und Delftgefäße, altägyptische, Inka-, indische und Biedermeier-Antiquitäten, Lederklubsessel, Bar-Nischen und gegen Bar-Intimitäten, Chagallige Bilder und barlachende Plastiken, Cellybereizende und Duncancande Gymnastiken, numerierte Drucke und signierte Bücher, Segeljachten und seidene Taschentücher, Brillanten und Perlen, Fürst-Pückler-Bomben, Verjüngungsdrüsen und Platinplomben, Luxusdampfer und Rennwagen von Opel, Montmartre, Whitechapel, Konstantinopel, den Diener Jean, die Stubenmaid Mali, das Südseeparadies der Insel Bali, den Lago Maggiore, den prima Reiz der versanktmoritzten Luxus-Schweiz, Schlafwagen und Erster Eisenbahn, damit er nach Herzenslust reisen kann, sowie den diebes- und feuerfesten Geldtresor und den erforderlichen goldenen Lebenshumor! (Auch doppelte Buchführung und bei Momentbedrängnis das Konkursgeschäft und dann manchmal Gefängnis!)

Aber der Satan schuf für ihn die schiefe Ebene der dreimal verfluchten Tarife, die er, weil er sie nicht billigt, nur höchst ungern bewilligt.

(Nach seiner Devise: „Mit Gott für König und Reich — tum!“ Wie er auch tut und warum er nie flaumweich drum! Und da Gott und König illusorisch sind, bleibt ergo sein Reichtum sein einziges Kind!)

Keiner von Lykurg über Christus bis Lenin kam über diesen hinweg — über alles siegen seine „Talente“ und sein Scheck!

RANDBEMERKUNGEN

Kleine Wahrheiten

Die 1000 Lügen des „Lokal-Anzeiger“

Die verbrecherische Fälschungsmethode des von der Schwerindustrie ausgehaltenen „Berliner Lokal-Anzeiger“, ein Drittel Wahrheit in drei Viertel schwarzweißbroten Betrug umzulügen, bewährt sich wiederum am zweiten Magdeburger Prozeß.

Die Aussage des General Gröner hat der „Lokal-Anzeiger“ bewußt verstümmelt, um die seinen erbarmlichen Absichten unbequemen Sätze seinen Lesern — die vielleicht doch noch einmal und vielleicht schneller als der „Lokal-Anzeiger“ glaubt, über die Kloake, die sie sich täglich ins Haus leiten, aufgeklärt werden — vorzuenthalten.

Der „Lokal-Anzeiger“ läßt Gröner erklären: „Ich möchte aber ein für allemal bemerken, daß die operativen Entscheidungen dieses Krieges niemals durch Munitionsarbeiterstreiks beeinflusst worden sind.“ Der „Lokal-Anzeiger“ verschweigt, daß Gröner diesen Sätzen noch einige sehr erhebliche vorangeschickt hat: „Die Offensive bei Reims ist aus ganz anderen Gründen gescheitert. Mit dem Eintritt Amerikas in den Krieg wandte sich die Weltproduktion gegen uns und brachte uns in die schwierigsten Situationen.“

Der „Lokal-Anzeiger“ läßt den General Gröner sagen: „Selbstverständlich mußte jeder Streik eine Minderproduktion an Munition zur Folge haben und so die Stoßkraft des Heeres herabmindern.“ Der „Lokal-Anzeiger“ unterschätzt, daß der General Gröner wie folgt fortfuhr: „Aber es kam nicht darauf an, wieviel Munition auf einem Haufen vorhanden war, sondern wie über ihre Verteilung disponiert wurde. Eine Schädigung einzelner Operationen durch den Streik ist nirgends nachzuweisen.“ Der „Lokal-Anzeiger“ unterschlägt, daß General Gröner ausgesagt hat: „Das deutsche Volk weiß heute noch nicht, was es Ebert verdankt. Er war der

festen Punkt in Berlin, er hat durchzusetzen versucht, was von uns verlangt wurde, er hat sich stets auf den Boden der Obersten Heeresleitung gestellt.“

Wir ersuchen den „Berliner Lokal-Anzeiger“, der Mitarbeiter hat, die sich öffentlich feiger Verleumder und journalistischer Lump nennen lassen, uns auf Grund des vorgedruckten Materials zu widerlegen, wenn wir sagen, daß dieses Blatt der systematischen Lüge verfallen ist. Breuer

Niedner und Samter

Der K.P.D.-Leitung ist der Leipziger Tscheka-Prozeß im höchsten Grade fatal. Das Argument, daß dieser oder jener Angeklagte den Polizeibehörden Spitzendienste geleistet habe, bedeutet für sie keine Entlastung, denn es lag im Wesen ihrer anarchistischen Tendenzen, daß sich solche Elemente in ihren Reihen betätigten. Im übrigen ist der Hauptangeklagte Neumann sicherlich kein Spitzel, sondern ein Mensch, der aus seiner kommunistischen Ueberzeugung heraus Terrorakte begangen hat oder begangen wollte, und der erst „auspackte“, als er sich nach seiner Verhaftung von der eigenen Partei preisgegeben fühlte. Der zweite Fall Botzenhardt. Es ist gar kein Zweifel daran, daß die Bekundungen Neumanns subjektiv durchaus aufrichtig sind und objektiv zum größten Teil den Tatsachen entsprechen. Sie sind so präzise, insbesondere hinsichtlich der Interna in der K.P.D.-Leitung, daß sie unmöglich erfunden sein können.

Die kommunistischen Verteidiger haben nun seit der ersten Stunde des Prozesses versucht, durch Zwischenfälle die Öffentlichkeit von dem Kern des Prozesses abzulenken. Es ist ihnen dabei offenkundig ganz gleichgültig, ob damit ihren Mandanten gedient oder geschadet wird. Sie sind in erster Linie die Beauftragten der Kommunistischen Partei. Es wiederholt

sich dabei das gleiche Schauspiel, das man beim Rathenau-Prozeß und beim Parchimer Mordprozeß mit den deutschvölkischen Rechtsanwälten erlebt hatte. Um nur ihrer Partei aus bedrängten Situationen herauszuhelfen, stellen sie Fragen und Anträge, von denen sie wissen müßten, daß damit die ihnen anvertrauten Angeklagten unter Umständen belastet werden.

Die kommunistischen Rechtsanwälte scheinen es geradezu darauf abgesehen zu haben, den Gerichtshof zu reizen. Sie begannen damit, daß sie den Senatspräsidenten Niedner als befangen ablehnten, weil er in früheren Kommunisten-Prozessen unvorsichtige Äußerungen getan hatte. Dabei ist Niedner zweifellos einer der verfassungstreuesten Richter, die es am Reichsgericht und in Deutschland überhaupt gibt. Das beste Kriterium dafür liegt in der Tatsache, daß allein die bayerische Regierung seinerzeit gegen seine Ernennung zum Senatspräsidenten beim Staatsgerichtshof Einspruch erhoben hat. Schon darin liegt die stärkste Gewähr dafür, daß er in Richterkreisen nicht als Reaktionär, sondern vielmehr als Republikaner gilt. Aber es liegt ganz in der Linie der allgemeinen kommunistischen Taktik, daß sie gerade einen solchen Menschen am stärksten zu diskreditieren suchen, denn er ist für grundsätzliche Gegner der demokratischen Republik und ihrer Einrichtungen viel unangenehmer als ein ausgesprochener Reaktionär.

In den Kreisen der deutschen Anwaltschaft herrscht nun große Empörung darüber, daß Niedner den Rechtsanwalt Samter durch Polizeibeamten aus dem Saale hat entfernen lassen. Das sei ungesetzlich und außerdem ein Anschlag auf die Würde des Anwaltsandes. Wir vermögen diese Autregung nicht zu teilen. Es mag schon sein, daß ein solcher Fall in der Geschichte der deutschen Gerichte noch nicht vorgekommen ist, aber es hat sich sicherlich in der Geschichte der deutschen Anwaltschaft noch nie ein Anwalt so provokatorisch und lämmelhaft betragen wie

Herr Samter. An die Ehrlichkeit der Erregung und Entrüstung glauben wir bei kommunistischen Rechtsanwälten ebensowenig wie bei kommunistischen Abgeordneten. Alles ist bei ihnen nur Theater, und sogar schlecht gespieltes Theater. Es kommt ihnen lediglich darauf an, in der „Roten Fahne“ fette Überschriften zu erzeugen. Wenn Ruth Fischer, Scholem und Katz im Reichstag nach „Amnestie“ kreischen, so quietschen sie dabei vor Vergnügen. Jeder Zuschauer kann das beobachten. Ebenso scheint das ganze Auftreten der kommunistischen Anwälte in Leipzig nicht der inneren Ueberzeugung zu entsprechen, sondern dem parteipolitischen Motiv, durch fortgesetzten Krach die Verhandlungen zu diskreditieren und, wenn möglich, zu sprengen.

Der Senatspräsident Niedner hat gegenüber dem Rechtsanwalt Samter eine wahre Engelsgeduld gezeigt. Auch bei dem eigentlichen Zwischenfall hat er diesem goldene Brücken für seinen Rückzug gebaut. Aber Samter wollte offenkundig den Konflikt auf die Spitze treiben. Und nun entsteht die Frage: Soll ein einzelner Anwalt durch freches Gebaren die Möglichkeit haben, einen Gerichtsvorsitzenden schamhaft zu setzen? Und wenn es einem Anwalt plötzlich einfiele, den Präsidenten nicht nur anzuschreien und zu beleidigen, sondern ihm sogar, nach dem Vorbild mancher Angeklagten, ein Tintenfaß an den Kopf zu werfen, sollte auch dann der Vorsitzende noch immer kein Hausrecht ausüben können? Nach dem Standpunkt der Anwaltschaft müßte auch in einem solchen Falle die polizeiliche Entfernung des Verteidigers rechtswidrig sein! Der Buchsabe des Gesetzes in allen Ehren: aber es gibt — wenigstens außerhalb der K.P.D. — etwas, was man den gesunden Menschenverstand nennt.

Auch die Solidarität des Anwaltsstandes ist etwas sehr Schönes, aber sie darf nicht übertrieben und zugunsten untauglicher Objekte ausgeübt werden. Laßt einmal die kommunistische Räterepublik in

Deutschland errichtet werden, und dann werdet ihr schon sehen, wie die kommunistischen Verteidiger die Solidarität gegenüber den andersgesinnten Kollegen ausüben! Die Moskauer Anwaltschaft hat sich telegraphisch mit den Leipziger kommunistischen Anwälten solidarisch erklärt. Es würde uns noch viel mehr imponieren, wenn sie den Mut aufbringen würde, Recht und Gesetz in Sowjetrußland zur Geltung zu bringen und nicht-kommunistische Verteidiger in ihrem Kampfe mit bolschewistischen Gerichten und Behörden zu unterstützen. Aber wenn es einmal, wie bei dem Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre im Sommer 1922, zu solchen Konflikten kommt und die Verteidigung in ihren Rechten noch tausendmal mehr behindert wird, als dies angeblich in Leipzig geschehen ist, dann rührt kein Sowjetanwalt einen Finger. Die Heuchelei ist ein international-bolschewistisches Grundprinzip, und nur Narren können jetzt noch auf kommunistische Klagen reinfallen.

Victor Schiff

Palucca

Der große künstlerische Erfolg der Palucca beruht auf einem — sympathischen — Nichtverstehen. Das Publikum, in seiner Zusammensetzung nie entschieden genug eingestellt, um sich ganz für das Alte (beim Tanz sentimentale Erotik) oder für das Neue allein zu erwärmen, unterliegt hier der reinen Luft, die um Sachlichkeit und doch ganz dem Ziel hingegebene Intensität wehen fühlt. Das neue Weltgefühl, das sich jedes einzelnen in verschiedener Kraft bemächtigt, mag er bewußt auch ganz anders eingestellt sein, rührt sich stärker, bekennt sich zu sich selbst, antwortet, wenn es wie selbstverständlich und nicht kämpferisch angerufen wird. Wenn Zeitan-schauungen aus dem Unbewußten der Akteure heraus sich manifestieren, ist es entschieden und nicht mehr anzufechten, daß es sich nicht um Manöver einer terroristischen Clique oder um Abenteurer handelt — wie es so oft

heißt —, sondern daß sich eine entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit vollzogen habe. Die Sachlichkeit, die rhythmische Prägnanz notwendig in sich schließt, ist das charakteristische Pigment dieser Generation. Und wenn die Palucca tanzt, steht die Generation hinter ihr, schimmert durch sie hindurch. Das gibt ihrem Tanz eine Resonanz, die das individuelle Format, die individuelle Tiefe mißverständlich vergrößert. Sehr stark wirkt auch die Willigkeit des ausgezeichnet durchtrainierten Körpers mit.

So entzieht sich dem Blick, daß das Künstlerische die schwächste Seite der Palucca ist — das Künstlerische, das Phantasie in der Erfindung, musikalische Sensibilität in der Auswahl, Formgefühl in der Gestaltung voraussetzt. Ihre Motive sind oft rein turnerisch ein Beispiel aus dem täglichen Training. Da ist z. B. der reizende Anfang eines heiteren Tanzes, ein frohsinniger, dreimaliger Hochsprung, aber wie es dann weitergeht, ist es gar nicht mehr demselben inneren Bild entnommen, es ist eine zufällige, gymnastisch gewiß vollkommene Fortführung. Der tiefe Genuß stellt sich nicht ein, den das Austragen des Motivkeims zum Thema im musikalischen Zuschauer auslösen müßte. An seiner Stelle rührt das begeisterte Wollen, das sich bis ans äußerste anspannt, um als Phantasie zu funktionieren, die Jugendfreude, die sich frei in ihrem Bereich unsieht und kräftig tummelt. Manchmal gelingt ihr auch als Ganzes etwas sehr Schönes, wie der Con brio genannte spanische Tanz.

Die Palucca benennt ihre Tänze sehr richtig nach Tempobestimmungen oder musikalisch-charakterologisch, also als Molto allegro, festivo usw. Sie gibt, was sie hat und was sie ist, nicht mehr. Eine stärkere und reifere Persönlichkeit würde diesen Rahmen noch mit menschlichem Inhalt füllen können. Der menschliche Inhalt an sich hebt die Sachlichkeit nicht auf. Darüber entscheidet, wie man das Menschliche erlebt und wie man's gestaltet.

Elsa Kolliner

B Ü C H E R S C H A U

Märchenland kontra Kassenschrank

Als ich noch vierjährig auf der Mutter Schoß hockte, erzählte sie mir oft drollige Geschichten von „Bibelchen und Babelchen“ (Bibel und Babel war eine viel spätere Angelegenheit), und ich kam aus Staunen und Lachen nicht heraus.

Später erfuhr ich, daß diese Geschichten meine Mutter selbst als Kind gehört hatte, und zwar von einem Nachbarn, der in ganz Elberfeld als Original ersten Ranges bekannt war, dem alten Baurat Schüler. Ich habe den alten Schüler nicht mehr gekannt, aber aus den Erzählungen meiner Mutter steht er lebhaftig vor mir, wie er, abends heimkehrend, die Stiefel an die Wand donnert, um etwaige Diebe zu erschrecken, oder wie er — von einem Papagei mit „Schafskopf“ begrüßt — in den komischerschrockenen Ruf ausbricht: „Wahrhaftigen Gott, der Vogel kennt mich!“

Aber ich kenne eine, die ihr ganzes Leben aus dem Märchengarten, den der alte Schüler mit solcher Liebe hegte, nie herausgekommen ist, das ist seine Tochter, die Dichterin Else Lasker-Schüler.

Und diese prächtige Frau, die von der Welt nie etwas anderes als das phantastisch-traumhafte Spiegelbild ihrer Visionen gekannt hat, steht nun da, anklagend die harte, geschäftsgierige, ausbeuterische, die ganz unmärchenhafte wirkliche Welt, die das Sonnengold ihres Märchenparadieses umgeschmolzen hat in harte, sehr reale Golddukatens — für andere! „Ich räume auf“, so lautet der Titel ihrer Anklageschrift gegen die Verleger*).

Die Verleger wehren sich. Sie zeigen auf ihre „mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns“ geführten Kontobücher. Dort hat die Else Lasker-Schüler Vorschuß erhalten und dort. Sie reihen säuberlich Additionstabellen und ziehen gradlinige Bilanzstriche.

Was kann die arme Else dagegen sagen? Ach Gott, gar nichts! Mit Zahlen hat sie nichts zu tun. Selbst wo sie von nüchternen Verlagsgeschäften reden will, gerät sie ins Dichten, ins Phantasieren. Ihre Anklageschrift zerschmilzt zum lyrischen Gedicht, man freut sich an Ton und Phantasie und vergißt darüber die langweiligen Zahlen.

Soll man hier richten? Hier ist nichts zu richten. Man soll begreifen. Hier reden Menschen gegeneinander von so verschiedenen Gehirninhalten, daß ihre Äußerungen gar nicht auf einen gemeinschaftlichen Nenner zu bringen (und das ist richten) sind. Der realische Geschäftsmann hier, und der ewig infantile lyrische Dichter dort, der — Gott sei's geklagt — bis ans Ende seiner Tage infantil bleiben muß, um lyrischer Dichter zu bleiben. Versteht ein Kind etwas von Vorschuß? Kann man ihm begreiflich machen, daß es heute nicht haben kann, weil es gestern gehabt hat, wovon es doch nichts mehr weiß?!

Wohlgemerkt: nicht alle Dichter bleiben infantil. Viele werden erwachsen, schreiben lebenskluge Dramen und Romane. Aber die verstehen auch, sich gegen ihrer Verleger Ausbeutungsgeist zur Wehr zu setzen, und bringen es, wenn nicht zu Villen und Autos, doch zu einer behaglichen Fünzimmerwohnung mit zugehörigem Bankkonto.

Aber die ewigen Träumer, die Nichts-als-Lyriker, bleiben Kinder bis an ihr Lebensende. Und wenn sich nicht eine gütige Fee ihrer annimmt und sie behütet, so ist ihr Leben das schreckliche Martyrium eines scheinerwachsenen Kindes in einer Welt, die es nicht versteht. Diese Tragik kann auch die beste Institution, das vernünftigste Verlagsrecht nicht beseitigen, weil der Begriff „Recht“ nur dem Erwachsenen eingeht. Das Kind greift nach dem, was ihm gefällt, und weint, wenn ihm nicht gegeben wird, es opfert für einen Wunsch des Heute bedenkenlos tausend Morgen.

*) Im Lago-Verlag, Zürich.

Und deshalb werden die Klagen der betrogenen Kindmenschchen nie verstummen, deshalb wird die ergreifende Klage der Else Lasker-Schüler, wie sie bestimmt nicht die erste ist, auch nicht die letzte sein.

Bekannt ist allerdings der Fall eines Lyrikers, der plötzlich zum Mann reifte. Rimbaud, einst die größte dichterische Hoffnung Frankreichs, stürzte sich in kaufmännische Geschäfte. Aber er schrieb seit seinem zwanzigsten Jahr keine Zeile mehr und blickte als Mann nur mit Verachtung auf die noch heute bewunderte Lyrik seiner Jugend. Ist dies eine Lösung? Für die Tragik des Genies, das an eine frühe Entwicklungsstufe des Hirns gebunden ist, gibt es wohl überhaupt keine Lösung.

Erich Kuttner

Verzauberte Seele

Die Werke Romain Rollands haben ihren speziellen Geschmack. Selten spürt man, wie Rolland gegenüber, das eigene Verhältnis zum Dichter durch alle Meditationen, durch alle Schilderungen hindurch: so objektiv auch Rollands Gestaltung sein mag, immer wieder wird man hingerissen von der reinen Empfindung, von der lauterem Ethik, von der Liebe des Dichters zur Kreatur. Dann wieder (und das ist eine Eigentümlichkeit aller Rollandschen Romane) kommen leere Stellen, wenn der Dichter gleichsam zu nahe an das Leben herantritt; wenn er das allzu Nichtigte mit naivem Pathos behandelt und die Distanz des Schöpfers verliert, dann zerflattert die Konzeption.

Vor liegt ein neues zweibändiges Werk: „Verzauberte Seele“. (Überragen von Paul Amann, erschienen im Kurt-Wolff-Verlag, München.) Annette ist die Tochter einer schwerblütigen, bigotten Mutter und eines wilden, schöpferischen Vaters. Diese Heldin ist eine fast allzu logische Mischung der väter-

lichen und mütterlichen Charakteranlagen. Roland will, daß Annette — bis in ihr 24. Jahr im Schatten eines vergötterten Vaters aufzuwachsen, aller Triebhaftigkeit unbewußt — durch den Tod des Vaters urplötzlich aufgeweckt wird. Sie entdeckt Briefe einer illegitimen Schwester, die sie in Haß und Eifersucht aufsucht, um ihre ganze Liebeswärme über dieses Mädchen auszuschütten. Sylvia ist ihre Antipodin, die alle flüchtigen, beweglichen Eigenschaften des Vaters geerbt hat. Sie tanzt nüchtern und schattenhaft wie Puck durch die Seiten des ersten Bandes: „Annette und Sylvia“. — Annette, die stürmische, wird Mutter. Sie lehnt es ab, den Vater des Kindes zu ehelichen, dem sie sich in einem Augenblick des Sinnenrausches ergeben hat, ohne ihn achten zu können. Annettes Leben als jungfräuliche Mutter, ihr tapferes Sein, ihre Konflikte mit sich und der Umwelt und ihre schließliche Erlösung im Dierstealer erfüllen den zweiten Band: „Sommer“.

Annettes Gestalt wird in „Sommer“ immer lebendiger. Ihrer heldenhaft herben Jungfräulichkeit, die doch barbarisch naturhafte Unterströmungen enthält, gehört die ganze Liebe Rollands. Es zittert noch die Sympathie des Autors hindurch, wenn er seine Heldin ausscheidet, ihre Halsstarrigkeit tadelt. — Neben Annette sind wieder, wie in allen Büchern Rollands, Familien- und Gesellschaftszustände aufs anschaulichste gezeichnet. Der einzelne tritt nur als Typus einer Art in Erscheinung, so realistisch er manchmal gezeichnet ist.

„Verzauberte Seele“ enthüllt den besonderen Charme Rollands: seine schwerblütige Anmut, sein reiches Menschtum, seine gültige Seele und manchmal Spannungen von genialer Kraft.

Kurt Offenburger

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln

Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451

Druck: Photogravur G.m.b.H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

Neue Kritiken:

V O S S I S C H E Z E I T U N G :

Ein Lesebuch im schönsten Sinne! Diese Weltgeschichte ist das Werk des Modernen. Die Weltanschauung der Moderne prägt sich darin aus, von der Schilderung der Kosmogonie an bis zum chiliastischen Ausblick. Gott, Nation, Vaterland: das alles sind für Wells Formen, über die das Geschehen hinausführt. Er ist tolerant, er ist voller Verständnis, er fundiert sein Buch soziologisch, aber er vergißt das Geistige nicht. Die Geschichte führt, das ist seine Meinung, zum freien selbstgewollten Zusammenschluß aller Völker.

B E R L I N E R M O R G E N P O S T :

Wells betrachtet die Geschehnisse auf unserem Erdball in ihren großen Zusammenhängen. Die Potentaten sind ihm Nebensache, das Volk, das namenlose, mißachtete, rückt in den Brennpunkt. Bei solcher Betrachtungsweise ist es nur folgerichtig, wenn Wells in seinem Buche zugleich eine Geschichte der Kultur gibt. Die Entwicklung der Sprache und der Schrift findet sich darin gleichermaßen wie die Entstehung des Christentums, des Buddhismus und des Islam. Immer und immer wieder wird auf die großen Beziehungen verwiesen. Der Westen spielt nicht mehr die alleinige Hauptrolle; die großen Geschehnisse des Ostens, die den Westen so tief umgestalteten, erfahren ihre gebührende Würdigung. In Wells' Betrachtungsweise gewinnen die Dinge ein überraschendes Gesicht.

B E R L I N E R N A T I O N A L Z E I T U N G :

Dies ist das meistgedruckte wissenschaftliche Buch in englischer Sprache und, wie die Umfrage einer amerikanischen Zeitung ergibt, das meistgelesene Buch in Amerika.

In Ganzleinen gebunden mit vielen Karten u. Bildern, 760 Seiten, 20 Mark

Wells, Grundlinien der Weltgeschichte

Das große Buch des Jahres!

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW 68

DIE FINANZ-SKANDALE DES KAISERREICHS

VON KURT HEINIG

5 BOGEN, IN HALBLEINEN GEBUNDEN 2.50 MARK

Wir haben die Herausforderung angenommen!

Es war kein Vergnügen, in die Atmosphäre des berüchtigten Schieber- und Gründersumpfes der Vorkriegszeit zu steigen. Aber es blieb nichts übrig.

Hier ist das Ergebnis:

Als Gründer, Aufsichtsräte, Unternehmer oder Großaktionäre, die an Schwindelfirmen der Kaiserzeit beteiligt waren, präsentieren wir:
18 Herzöge, Prinzen und Fürsten, 31 Grafen und Barone, 12 Minister, 18 hohe Staats- und Justizbeamte, 14 Generale und Offiziere bis zum Leutnant hinunter, 3 Gouverneure, 16 Oberbürgermeister und Stadträte, 11 Land-, Hof-, Kammer- und Legationsräte, 12 Kommerzienräte, 5 Konsuln, 2 Oberhofmarschälle, 7 Generaldirektoren, 12 Großkaufleute, 16 Bankiers (darunter kaiserliche und königliche) usw.

Der Nationalliberalen Partei schrieben sich 40, der Konservativen 26, der Freisinnigen 7 Herren zu; fast alle von ihnen gehörten dem Reichstag oder dem Landtag an.

Werden die Barmatschreier jetzt schweigen?

Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68

Die Glocke

BEGRÜNDET VON PARVUS

Inhalt:

- Robert Breuer:**
**Das 'Wir' des Herrn Jarres
und die Republik** 1651
- Rud. Breitscheid: Die Aussichten
des Garantievertrags** 1653
- Hans Lepke: Lenin — Ebert** 1657
- Paul Ufermann: Der Skandal der Zitze-
witz, Etdorff und Genossen** 1662
- Hanns-Erich Kaminski: Die deutsch-
französischen Wirtschaftsbeziehungen** 1665
- Hermann Schützinger: Reichsbanner und
Schutzbund** 1667
- Dr. R. Müllers: Die Einfuhr englischer
Kohle im Jahre 1924** 1671
- H. H. Strätner: Den Wollenden** 1674
- Walther G. Oschilewski: Die Zeit ohne
Mythos** 1675
- C. F. W. Behl: „Der Zauberberg“** 1679
- Die tausend Lügen des „Lokal-
Anzeiger“** 1682

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin NW 68



Lindenstr. 114

Preis 30 Pfennig

FRITZ EBERT



**E I N
G E D E N K B L A T T
V O N P A U L K A M P F F M E Y E R**

V I E R T E A U F L A G E

**NEU DURCHGESEHEN UND
MIT EINEM NACHWORT
VERSEHEN**

**AUF HOLZFREIEM PAPIER GEDRUCKT
UND MIT EINEM BILDNIS FRIEDRICH
EBERTS, NACH EINER RADIERUNG
V O N N E L L Y S K E I L
KARTONIERT PREIS M. 1,50
IN HALBLEINEN GEBUND.
PREIS MARK 2,50**



VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

B E R L I N S W 6 8

Das „Wir“ des Herrn Jarres und die Republik

Von Robert Breuer

Es ist nicht gerade das majestätische „Wir“, des letzten Schwätzers von Gottes Gnaden, das Herr Jarres für sich in Anspruch nimmt; aber immerhin, er spricht von Wir und meint etwas, was getrennt ist von der Republik. Und dennoch will er Präsident dieser Republik werden. Für die innere Unehrllichkeit solch eines Gegeneinander hat Herr Jarres anscheinend kein Verständnis. Ebensowenig Verständnis, wie er für den Block hat, auf dem er angeblich stehen soll: Reichsblock. Hat Herr Jarres einmal darüber nachgedacht, was es für ein Unsinn ist, solch einen geographisch eingestellten Begriff für die Zusammenfassung politischer Parteien, deren Umgrenzung für jedermann klar erkennbar ist, zu wählen. Wäre ein Block der kleinen Weimarer Koalition kein Reichsblock, wäre die so oft bewährte Verbindung zwischen Herrn Hergt und Herrn Koenen nicht Reichsblock zu nennen? Eine Täuschungsabsicht steckt hinter dem falschen Begriff. Den weniger aufgeklärten Wählern soll vorgelogen werden, soll suggeriert werden, daß die Gesamtheit des Reiches hinter Herrn Jarres steht und daß die andern Bewerber nur Belanglosigkeiten darstellen. Unwahrhaftigkeit und Unklarheit sind die Paladine rechts und links neben dem „Wir“ des Herrn Jarres.

Dies „Wir“ entscheidet über Herrn Jarres. So sprach er: „Wenn von republikanischer Seite gesagt worden ist, das deutsche Volk sei in seine Vergangenheit verliebt, so erkenne ich darin für uns keinen Vorwurf... Wir bringen der verfassungsmäßigen Fahne die schuldige Achtung entgegen, aber wir fordern auch für uns das Recht, die alten Farben schwarz-weiß-rot... Darum bekämpfen wir den undeutschen Geist der Novemberrevolution.“ Also: das „Wir“ des Herrn Jarres verleugnet und beschimpft die Geburtsstunde des Staates, um dessen Präsidentschaft sich Herr Jarres bewirbt. Das „Wir“ des Herrn Jarres hat nur schuldige Achtung vor der Fahne der Republik, auf die Herr Jarres schwören will. Das „Wir“ des Herrn Jarres steht jenseits der republikanischen Seite. Am „Wir“ des Herrn Jarres soll und muß diese Kandidatur eines Unberechtigten, eines mit Anmaßung und Lüge, mit Täuschung und Unverfrorenheit arbeitenden Usurpators zerschellen. Republiklose Gesellen haben keinen Anspruch, den höchsten, verantwortlichsten Posten, den die Republik zu vergeben hat, zu besetzen oder auch nur zu begehren.

Herr Jarres will den Kampf um die Präsidentschaft ritterlich geführt wissen. Aber er spricht, wie schon erwähnt wurde, vom undeutschen Geist der Novemberrevolution; er nimmt für sich in Anspruch, der Zusammenfassung aller den Staat bejahenden nationalen Kräfte zu dienen. Er teilt also die deutsche Bevölkerung in nationale Kräfte und in die, die nichts von ihm wissen wollen und die demgemäß unnational sind; er teilt das deutsche Volk in staatsbejahende Mitglieder und solche, die Staatsfeinde sind, weil sie Herrn Jarres keine Gefolgschaft leisten wollen. Dabei kombiniert die Gefolgschaft des Herrn Jarres hundert-

prozentig aus solchen Elementen, die den allein existenten Staat der Republik bekämpfen und beschimpfen, die ihn so schnell wie irgend möglich beseitigen, zum mindesten ihn aber nur notgedrungen gelten lassen wollen. Es ist eine Dreistigkeit sondergleichen, wenn Herr Jarres die Millionen der deutschen Arbeiterschaft, die Millionen des deutschen Bürgertums, die mit Herz und Hirn felsenfest für die deutsche Republik stehen, die diese deutsche Republik zur Rettung des von Kaiser und Fürsten verräterisch verlassenen deutschen Volkes geschaffen haben, als staatsverneinende Kräfte zur Seite schiebt. Wenn Herr Jarres solche Kampfweise für ritterlich hält, dann möchten wir gern von ihm wissen, wie sich in seinem Gehirn eine freche und pöbelhafte Kampfweise, eine Kampfweise der Anmaßung, der Verbohrtheit und der Verhetzung malt. Herr Jarres mag sich trösten. Er ist voll und leibhaftig und mit jedem Wort und jeder Geste der würdige Kandidat des Rechtsblocks, des Blocks der Feinde von Republik und Demokratie, des Blocks derer, die mit allen Mitteln, die Dummheit und Roheit gestatten, mit Mord und Verleumdung, mit Hinterhältigkeit und Massenbetrug die Republik zu unterhöheln und zu stürzen trachten.

Es ist eine weltgeschichtliche Groteske, eine blutige Harlekinade, zu sehen, wie sich jemand um die Präsidentschaft bemüht, der Dasein, Gesetz und Bollwerk der Republik verachtet, verwirft, vernichtet sehen will. In vernünftigen Zeiten würde man solche Untat auf moralisches Irrsein zurückführen. Die Republik muß und wird Herrn Jarres und seinen Rechtsblock, seinen Block der Reaktion, seinen Block der feudalen Fäulnis, der Interessen der Schwerindustrie und der Getreidewucherer, der Aufwertungsbetrüger und der Obrigkeitsanmaßer zu zerschlagen wissen.

Die Republik kann beinahe stolz sein darauf, daß ihre Todfeinde es für unumgänglich und für notwendig halten, sich republikanisch zu verummern. Eigentlich wäre doch Herr Ludendorff, wäre Herr Hergt, Herr Westarp berufen gewesen, schwarz-weiß-roter Kandidat zu werden. Zu solcher Ehrlichkeit aber waren die sogenannten Nationalen zu feige. So wählten sie als Surrogat und Drehkulisse die Nichtigkeit des Herrn Jarres. Wenn er sich dafür mißbrauchen läßt, ist das seine Angelegenheit, und wenn er dafür erledigt wird, so muß er sich bei denen bedanken, die ihn als verlogene Kandidierung für ihre eigentlichen Absichten benötigen. Die Republik jedenfalls, sie verzichtet auf solche erheuchelte und erkrochene Anerkennung; sie tritt mit Füßen in das Gesindel, das unter der Maske der Republik die Präsidentschaft als erste Etappe zur Monarchie erschleichen will.

Die Taktik der sogenannten Nationalen ist zu durchsichtig, als daß es sich noch verlohnte, sie anzuwenden. Das sollten sich diese Herren endlich gesagt sein lassen. Wir wissen nun, daß sie fünfzigprozentig sich verkaufen, wenn sie dafür Klassenrechte erwerben können. Sie kuschen vor Poincaré wie die Hunde, sie machen eine Außenpolitik, die sie selbst Landesverrat nennen würden, wenn sie dafür nur die Möglichkeit erhalten, das eigene Portemonnaie schützen zu können. Sie sprechen sogar das Wort „Republik“ aus, anerkennen Verfassung und Flagge, wenn sie sich dafür die Garantie verschaffen, die Lasten, die Deutschland zu tragen hat, auf die breiten Massen abwälzen zu können. Sie tun alles, sie wählen sogar Herrn Jarres zum Reichspräsidenten, wenn sie damit nur die Chance gewinnen, den Volksstaat wieder zurückredigieren zu können. Die Taktik ist durchschaut und wäre uns auch ohne das

„Wir“ des Herrn Jarres vollkommen klar gewesen. Dies dankenswerte „Wir“ aber ist nur ein Grund mehr, nur ein Antrieb mehr, die Republikaner aufzurufen, Bürger und Arbeiter, Stadt und Land, um alles mobil zu machen, die in ihrer Anmaßung und Unredlichkeit ekeleregende Nachgeburt des einstigen majestätischen „Wir“ zu vernichten.

Republikaner, auf die Schanzen. Es gilt die Republik zu retten, die Demokratie zu schützen, den Volksstaat zu sichern.

Es gilt, Deutschland vor dem Rücklauf in die Barbarei zu bewahren.

Die Aussichten des Garantievertrags

Von Rud. Breitscheid

Die deutsche Regierung hat vor kurzem den Westmächten ein Memorandum überreicht, in dem sie ihre Bereitwilligkeit erklärt, in einen Pakt einzutreten, der die Grenzen zwischen Deutschland auf der einen und Frankreich und Belgien auf der andern Seite garantiert. Dieser Vorschlag ist zunächst besonders in Paris mit einiger Ueberraschung und einigem Mißtrauen aufgenommen worden, da man die deutschnationalen Danaer im Kabinett Luther fürchtete. Aber inzwischen hat doch eine ernsthafte Diskussion des Projekts eingesetzt, teils, weil es von der öffentlichen Meinung in England mit großer Genugtuung aufgegriffen worden ist, teils, weil man ganz allgemein sich davon zu überzeugen beginnt, daß die zur Regierung gekommenen Deutschnationalen in außenpolitischen Fragen zu einer Nachgiebigkeit entschlossen sind, die sie einem Marx oder Wirth als Landesverrat ausgelegt haben würden. Um ihre Plätze im Reichskabinett zu behaupten und in der Hoffnung, ihre schwere Hand auch auf Preußen legen zu können, sprechen sie, wenn es verlangt wird, noch einmal einen ausdrücklichen Verzicht auf Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy aus. Der Nationalismus hat eben seine besonderen Gesetze.

*

Um das Problem des Sicherheitspaktes zu verstehen, müssen wir uns noch einmal kurz seine historische Entwicklung vergegenwärtigen.

Der Gedanke ging von Frankreich aus. Während der Pariser Friedensverhandlungen verlangte Clemenceau, gestützt auf ein Gutachten des Generals Foch, die Zurückverlegung der deutschen Grenze an den Rhein. Mit Eifer wurde die Absicht einer Annexion der linksrheinischen Gebiete in Abrede gestellt. Es sollten dort zwei oder drei neue Staaten geschaffen werden. Aber an ihrem Schicksal und an ihrer politischen Bedeutung ließ sich nicht zweifeln. Sie wären willfähige Werkzeuge in der Hand der „westlichen Demokratien“ geworden, und ihr Territorium hätte den französischen Truppen als Aufmarschgebiete gedient.

Der Plan scheiterte an dem Widerspruch Englands und Amerikas, und Frankreich mußte sich im Friedensvertrag, abgesehen von der Entwaffnung Deutschlands und der Militärkontrolle, mit der fünfzehnjährigen militärischen Besetzung der westlichen Rheinlande und der Brückenköpfe auf dem rechten Rheinufer und der Schaffung einer entmilitarisierten Fünfzigkilometer-Zone östlich des Flusses begnügen. Sein Verzicht wurde ihm zunächst erleichtert durch die Abkommen, die am 28. Juni 1919 Lloyd George und Balfour für England und Wilson und

Lansing für Amerika mit ihm schlossen, und in denen sich die beiden angelsächsischen Staaten verpflichteten, ihm im Falle jedweder von Deutschland gegen Frankreich gerichteten Angriffshandlung sofort zu Hilfe zu kommen. Indessen wurden diese Vereinbarungen von den Regierungen in Washington und London nicht ratifiziert, und so sah sich Frankreich wieder nur auf die Bestimmungen des Friedensvertrags und den Schutz, den ihm die noch sehr unfertige Organisation des Völkerbundes gab, angewiesen.

Es blieb fortgesetzt bemüht, wenigstens mit England zu einem Garantievertrag zu gelangen, und schließlich übergab auch am 11. Januar 1922 Lloyd George dem französischen Ministerpräsidenten Briand in Cannes den Entwurf eines Paktes, dessen erster Artikel lautete: „Im Falle eines unmittelbaren, nicht herausgeforderten deutschen Angriffs auf französisches Gebiet wird Großbritannien sich sofort mit seinen See-, Land- und Luftstreitkräften an Frankreichs Seite stellen.“

Wie man sich erinnert, wurde Briand unmittelbar nach Cannes gestürzt. Sein Nachfolger Poincaré hatte starke Ausstellungen an dem Entwurf zu machen. Es genügte ihm nicht, daß die englische Hilfe nur in Erscheinung trete, wenn ein Angriff auf „französisches Gebiet“ erfolge, er verlangte des weiteren eine Militärkonvention und einen Vertrag auf Gegenseitigkeit, der erkennen ließ, daß sich England durch deutsche Angriffshandlungen ebenso bedroht fühle wie Frankreich.

War an sich die Neigung der Engländer zu einer vertragsmäßigen Bindung schon nicht übermäßig groß, so wurde sie durch die weitergehenden Ansprüche Poincarés noch mehr herabgemindert. Der britische Außenminister Lord Curzon stellte sich auf den Standpunkt, es müßten zunächst einmal die übrigen zwischen London und Paris strittigen Fragen bereinigt werden. Darüber verging die Zeit, und der Lloyd Georgesche Entwurf verschwand in der Versenkung.

Ein neues Gesicht erhielt die Angelegenheit durch das Angebot, das unmittelbar nach seinem Amtsantritt das Kabinett Cuno an die Westmächte ergehen ließ. Deutschland verpflichtete sich darin für ein Menschenalter lang, keinen Angriffskrieg gegen den Westen ohne vorhergegangenen Volksentscheid zu führen. Aber diese Offerte wurde — nicht mit Unrecht — als unbefriedigend angesehen. Die Beschränkung auf ein Menschenalter, die Hineinarbeitung des Volksentscheids, das vollständige Schweigen von den Ostgrenzen erweckten starke Befürchtungen. Dazu kam, daß man unmittelbar vor der Besetzung des Ruhrreviers stand, und der nun ausbrechende Kampf machte jede Erörterung über einen Sicherheitspakt, sowohl zwischen Frankreich und Deutschland wie zwischen Frankreich und England, unmöglich.

Die Dinge änderten sich erst mit dem Amtsantritt Herriots. Der neue französische Ministerpräsident legte den größten Wert auf ein freundschaftliches Zusammenarbeiten mit der britischen Regierung und hoffte im übrigen die Sicherheit seines Landes mit Hilfe des Völkerbundes garantieren zu können. Nun enthielt der Völkerbundspakt eine Reihe von Artikeln, die sich auf das gemeinsame Auftreten der Mitgliedstaaten gegen einen Angreifer bezogen. Theoretisch konnten sie genügen, aber es fehlten die eigentlichen Ausführungsbestimmungen, und die sollten nach Frankreichs Wunsch von der letzten Völkerbundsversammlung, die im September v. J. in Genf stattfand, geschaffen werden. Tatsächlich kam das sogenannte Genfer Protokoll zustande, das

den Begriff des Angreifers näher bestimmte, Bürgschaften für die gegenseitige Unterstützung bot, das Schiedsgerichtsverfahren fundamentierte und ausbaute und die allgemeine Einschränkung der Rüstungen vorbereitete. An seiner Ratifizierung durch England bestanden indessen von Anfang an die größten Zweifel, und als das Kabinett MacDonalld einer konservativen Regierung gewichen war, hatte das Protokoll schon ausgelebt. Austen Chamberlain hat ihm vor einer Woche in Genf die Grabrede gehalten. Man spricht zwar von der Möglichkeit seines Wiederauflebens in anderer Gestalt, aber diese Auferstehungshoffnungen sind einstweilen sehr wenig begründet, und Frankreich ist wieder auf die Linie zurückgeworfen, auf der es sich im Augenblick des Sturzes Poincarés befand. Das erklärt, nebenbei gesagt, auch seine in der letzten großen Kammerrede Herriots zum Ausdruck gekommene Nervosität gegenüber Deutschland.

*

In diesem Augenblick nun ergehen die deutschen Anregungen. Der Zeitpunkt ist deshalb günstig, weil England sowohl wie Frankreich nach einem Ausweg aus der durch den Zusammenbruch des Protokolls hervorgerufenen unerquicklichen Situation suchen. Bei dem grundsätzlichen Widerstreben der Engländer gegen eine vertragliche Verpflichtung zur Unterstützung Frankreichs bleibt den Franzosen eigentlich nur noch dieser Weg, und die Engländer selbst sind eher bereit, in einen Pakt einzutreten, an dem Deutschland beteiligt ist und der gleichzeitig auch das Deutsche Reich vor etwa wieder auftauchenden Gelüsten zur Lösung des linken Rheinufers schützt. Englands Interesse an dem europäischen Festland beschränkt sich ja im wesentlichen darauf, daß die Ruhe dort nicht gestört wird, und daß Frankreich seine Machtstellung nicht vergrößert.

Die Auspizien sind also verhältnismäßig glücklich. Aber wir dürfen doch die großen Hindernisse nicht außer acht lassen, die noch auf dem Wege liegen. Das erste ist die Beschränkung des deutschen Angebots auf die Westgrenzen. Der Osten ist in dem leider im Wortlaut noch nicht bekannten Memorandum mit keinem Wort erwähnt, und nur die Andeutung, daß Deutschland sich vorbehalte, mit andern Staaten obligatorische Schiedsgerichtsverträge abzuschließen, weist auf seine Bereitwilligkeit hin, sich auch mit Polen irgendwie zu verständigen und ihm eine gewisse Gewähr gegen einen deutschen Angriff zu geben.

Die unterschiedliche Behandlung des Ostens und Westens ist verständlich. Der größte Teil des deutschen Volkes trägt kein Bedenken, Elsaß-Lothringen endgültig abzuschreiben, aber er kann sich kaum entschließen, die gegenwärtigen Ostgrenzen als für ewige Zeiten — ewig im diplomatischen Sprachgebrauch — gezogen anzuerkennen. Der polnische Korridor und das Schicksal der Stadt Danzig bleiben für ihn immer noch eine offene Frage. Er will sie nicht mit den Waffen in der Hand, sondern auf dem friedlichen Wege der Verständigung lösen, aber er sträubt sich gegen einen Garantievertrag, der den gegenwärtigen Zustand feierlich als zu Recht bestehend anerkennt.

Daß auf der andern Seite die Polen aufbegehren, ist, von ihrem Standpunkt gesehen, ebenfalls begreiflich. Eine polnische Regierung, die sich freiwillig zur Aenderung ihrer Grenzen gegen Deutschland entschloesse, wäre unmöglich, und deshalb erhebt sich in Warschau ein gewaltiger Lärm, der in Paris natürlich seinen Widerhall findet. Nicht

wenige gibt es in Frankreich, die die Vermutung hegen und aussprechen, daß Deutschland zunächst im Osten sein „Königgrätz“ suchen wolle, um ihm dann im Westen ein neues „Sedan“ folgen zu lassen. Und dieser Verdacht wird bestärkt durch die Zurückhaltung, die Deutschland gegenüber dem Völkerbund an den Tag legt, und durch die Gründe, die es für diese Zurückhaltung anführt. Es zögert mit dem Eintritt in die Organisation der Weltvölker mit der Berufung auf den Artikel 16 des Völkerbundpaktes. Der Artikel 16 verlangt von den Mitgliederstaaten militärische und wirtschaftspolitische Mitwirkung gegen eine Macht, die vom Völkerbund als Friedensbrecher bezeichnet wird. Daß Deutschland bei seinem Widerstand gegen die Anerkennung einer solchen Verpflichtung in erster Linie an seine Beziehungen zu Rußland denkt, liegt auf der Hand, aber in Warschau und Paris wird diese Opposition mit der Absicht in Zusammenhang gebracht, zu gegebener Zeit, sei es allein, sei es im Bunde mit Sowjetrußland, über Polen herzufallen, und wenn das Kabinett Luther nun einen allgemeinen Vertrag zur Garantierung der Grenzen ablehnt, so ist damit für die böswilligen Interpreten der deutschen Absichten nicht nur, sondern auch für die große Zahl der Mißtrauischen der Beweis für die Hinterhältigkeit Deutschlands erbracht.

*

Wie soll man aus diesen Schwierigkeiten herauskommen? Das Notwendigste ist der alsbaldige Eintritt in den Völkerbund. Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß die Ideen, die dem Garantiepakt zugrunde liegen, nicht verwirklicht werden können, solange Deutschland draußen bleibt. Die Bedenken, die Deutschland, zumal das entwaffnete Deutschland, gegen den Artikel 16 zu erheben hat, in allen Ehren. Aber schließlich kann der Völkerbund für uns kein Privileg schaffen, und vor allem hat die deutsche Regierung, wenn sie den ihr zugesicherten Sitz im Völkerbundsrat einnimmt, stets die Möglichkeit, seine Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sollten die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland unter dem Anschluß der deutschen Republik an die übrigen europäischen Staaten leiden, so würden wir das auf lebhafteste bedauern. Aber vor die Entscheidung zwischen dem Wohlwollen Rußlands und der Möglichkeit einer dauernden und uns im Westen sichernden Verständigung mit Frankreich und England gestellt, müssen wir der Verständigung den Vorzug geben. Das um so mehr, als sich ja auch die Sowjetmacht auf das ernsthafteste um die Herstellung von guten Beziehungen in Paris und London bemüht, und als es nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit liegt, daß eines Tages ein dem Anschluß an den Völkerbund widerstrebendes Deutschland einer neuen Einkreisung anheim fiele, an der Rußland beteiligt wäre. Den Luxus einer Politik der freien Hand können wir uns auf die Dauer nicht leisten.

Welche Gestalt dann, wenn Deutschland dem Völkerbund angehört, die Idee des Sicherheitspaktes annehmen wird, läßt sich heute noch nicht voraussagen. Es kann sehr wohl sein, daß man versuchen wird, die Grundgedanken des Genfer Protokolls auf das festländische Europa oder einen Teil von ihm aufs neue anzuwenden. Auch das würde nicht ohne weiteres mit Rücksicht auf unsere Ostgrenzen abzulehnen sein, wenn gleichzeitig die Möglichkeiten einer Revision der bestehenden Verträge genauer umrissen und fester begründet würden, als es heute durch den Artikel 19 des Völkerbundpaktes geschieht. Nach ihm kann die Versammlung von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder auffordern, Verträge,

deren Anwendung nicht mehr in Frage kommt, sowie internationale Verhältnisse, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte, einer Nachprüfung zu unterziehen. Das ist sehr allgemein und sehr wenig verpflichtend. Hier muß ausgebaut werden, wenn ein Sicherheitspakt zwischen den Nationen mehr sein soll als ein Stück Papier. Der Wert von Verträgen zur Garantierung der Grenzen hängt zuletzt von der innerlichen Ueberzeugung der Beteiligten von der Gerechtigkeit und der praktischen Haltbarkeit dieser Grenzen ab.

Lenin — Ebert

Von Hans Lepke

Am 21. Januar 1924 schloß Wladimir Iljitsch Uljanow, der rote Zar, in Moskau, der Metropole der russischen Revolution, für immer die Augen.

Ein Jahr später folgt ihm Friedrich Ebert, der erste Präsident im neuen Deutschland. — Das große Reich im Osten und das Reich im Herzen Europas haben ihre Führer verloren.

Betrachten wir den Weltkrieg als den furchtbaren Ausklang eines zu Ende gehenden Zeitabschnittes und die Aenderung der politischen Verhältnisse in den mächtigsten europäischen Staaten als den Beginn einer neuen Epoche im Leben der Völker, so sind Lenin und Ebert die Menschen, die berufen waren, eine Brücke zu bilden von der Vergangenheit zur Zukunft. Beide Sozialisten, Adepten des Marxismus, stimmen sie in ihren Zielen im Grunde überein. Die Schaffung von gesellschaftlichen Bedingungen, in denen durch Beseitigung aller Vorrechte für jeden der gleiche Ausgangspunkt gegeben ist, wird von ihnen zur Voraussetzung sozialen Lebens gemacht; die Verwirklichung des sozialistischen Staates ist das Ideal des einen wie des anderen. Als Agitatoren dieser Gedanken, als Führer der Arbeiter, steigen sie auf zur politischen Macht und werden zu Führern ihrer Völker. — Völlig verschieden aber sind sie in ihrem Wege zur sozialen Reformation, völlig verschieden in ihrem Wesen und ihrem Leben und schließlich in ihrer Bedeutung für das politische Werden ihrer Zeit. Liquidatoren des Alten und Verkünder einer neuen Zeit sind sie gleichzeitig Repräsentanten ihres Landes und ihres Volkes.

Getreu seinem schlichten Bekenntnis war Ebert immer ein Sohn des deutschen Arbeiterstandes, ein echter Sohn des deutschen Volkes. — Nicht anders ist Lenin Russe, trotz seines konsequenten Internationalismus, vor allem Russe, und so sonderbar und tragisch wie das Geschick seines Landes gestaltet sich das Leben des Mannes, dessen Name oft zusammen mit den furchtbarsten Persönlichkeiten der Weltgeschichte genannt wurde, dem eine spätere Geschichtsschreibung vielleicht aber einen ruhmvolleren Platz vorbehalten wird.

Als Marxisten bekennen sich beide Persönlichkeiten zu der These, daß die Menschen „Produkte ihrer Verhältnisse“ seien, und beide sind schließlich in ihrem Leben auch wesentlich beeinflußt von dem sozialen Niveau, aus dem sie hervorgingen. Dann aber führen beide doch den Nachweis der Praxis, daß die Menschen nicht nur Erzeugnisse eines mechanistischen Ablaufes sozialer Verhältnisse und Vollstrecker eines notwendigen gesellschaftlichen Werdens sind, sondern daß auch von

der Einzelpersönlichkeit ein Einfluß ausgehen kann, der ihrer Zeit die Note der Persönlichkeit verleiht. Es wirkt wie eine Ironie, daß von den beiden Männern gerade Lenin, der fanatische marxistische Dogmatiker, hierfür das hervorragendste Beispiel liefern sollte.

Lenin ist am 23. April 1870 in Simbirsk an der mittleren Wolga als Wladimir Iljitsch Uljanow geboren. Er ging aus einer Familie mit kleinem Grundbesitz hervor. In seine Jugend fällt ein Ereignis, das in seiner Erinnerung unauslöschlich und für seinen Lebensweg mitbestimmend gewesen sein mag. Sein älterer Bruder wurde wegen Beteiligung an politischen Studentenverschwörungen hingerichtet, und er selbst durfte deshalb ein Studium in den Hauptstädten des Landes nicht aufnehmen. Er studierte in Kasan und wurde schließlich auch infolge Teilnahme an Studentenunruhen von der Universität ausgeschlossen und in ein Dorf des Gouvernements verbannt. Schon jetzt gehört er endgültig der politischen Bewegung der russischen Revolutionäre an. Aus dem Studenten der Jurisprudenz, der ein Advokat oder Richter im zaristischen Rußland hätte werden können, wird ein Feind dieses Staates, ein glühender Revolutionär. Der Staat des Zaren muß vernichtet und das gesellschaftliche Leben in dem mächtigen Lande auf eine neue Grundlage gestellt werden. — Die Verwirklichung des Sozialismus ist das Ziel Lenins und der Weg zur Erreichung dieses Zieles: der „revolutionäre Marxismus“. Diesen Gedanken ordnet sich das Leben Lenins unter. 1893 schon treffen wir ihn in Samara bei der Bildung eines Marx-Zirkels, 1894 tritt er in Petersburg einer Zentralgruppe zur Leitung der Arbeiterbewegung bei, und nun beginnt ein ruheloses Leben der Verfolgungen, ein Leben im Exil und in der Haft. 1895 geht Lenin ins Ausland und trifft zusammen mit Plechanow und Axelrod. Nach Rußland zurückgekehrt, geht er im September des gleichen Jahres auf 3 Jahre in die Verbannung nach Sibirien. 1900 ist er mit Martow, Peter v. Struwe und Tugan Baranowski beteiligt an einer Konferenz im Pskow. Dann finden wir ihn abwechselnd in Rußland und in Deutschland, in der Schweiz, in Frankreich und in England.

Als politischer Emigrant sucht und findet er in diesen Ländern Gelegenheit, sich über die nationalen Verschiedenheiten der sozialen Bewegung der Arbeiterschaft zu informieren und Verbindungen abzuschließen, die der internationalen Organisation der proletarischen Bewegung gewidmet sind.

Hinsichtlich der Arbeiterbewegung in Rußland war Lenin sich immer im klaren darüber, daß diese weit hinter der des übrigen Europas zurückgeblieben war. Um so notwendiger aber erschien es ihm, selbst unter den schwierigsten Bedingungen, mit allen Kräften auf die Schaffung einer selbständigen, illegalen Arbeiterpartei hinzuarbeiten. Er kämpft 1908 gegen die Bestrebungen des „Liquidatorentums“ und ist 1912 tätig für die Neugründung der Partei, gleichsam als ahnte er, welche hervorragende Bedeutung die unterirdische Organisation der russischen Arbeiterschaft ein halbes Jahrzehnt später gewinnen sollte.

Bei Ausbruch des Krieges ist Lenin einer der wenigen Sozialisten, die, getreu den Proklamationen der Arbeiter-Internationale sich gegen den Krieg bekennen und ihm entgegenzuwirken suchen. Er wurde verhaftet und hätte das Los derer teilen können, die der Rache des Zarismus zum Opfer fielen. Ueber ihm waltet ein anderes Geschick. Es gelingt ihm, aus Rußland zu entfliehen und sich in die Schweiz, der

kleinen neutralen Insel im kriegerischen Europa, zu retten. Hier entwickelt er seine Thesen — „Krieg dem Kriege“ und die Gedanken der Ueberleitung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg: — Selbst in seinem Lande so gut wie unbekannt, verweilt hier der Mann, der einige Jahre später Europa und die Welt in Atem hält.

Nach der Februar-Revolution 1917 kehrt Lenin nach Rußland zurück und ist im April (Mai) Delegierter auf dem ersten Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Er ist der Führer einer noch völlig aussichtslosen Minderheit. — Noch nie gehörte er der Richtung an, die die Neuordnung des gesellschaftlichen Lebens auf demokratischem Wege erreichen will; und so war er auch auf diesem Kongreß Gegner der „revolutionären Demokratie“.

Er verlangte die Zerstörung aller Ueberlieferungen staatlicher Gebundenheit; denn solange nicht alle Institutionen des Zarismus und alle Privilegien beseitigt waren, befürchtete er die Gefahr einer Reaktion. — Und schließlich will er das Schicksal eines neuen „Arbeiterstaates“ nicht den Zufallsergebnissen einer russischen Demokratie überantworten, sondern er will ihn gesichert sehen, durch die „Diktatur des Proletariats“. Eine solche Diktatur ist aber besonders in Rußland nichts anderes als die Diktatur von Männern, die es vermögen, sich zu Führern der Massen aufzuschwingen, sie ist in Rußland schließlich die Herrschaft einer überragenden Persönlichkeit. Die Antwort, die Kerensky dem Führer der Bolschewiki erteilte, hat also ihre Berechtigung: „Sie sagen, sie fürchten die Reaktion, und doch wollen Sie uns den Weg Frankreichs im Jahre 1792 führen? Anstatt auf Wiederaufbau zu drängen, rufen sie nach Zerstörung. Aus dem völligen Chaos, auf dessen Schaffung Sie ausgehen, wird, wie der Phönix aus der Asche, sich ein Diktator erheben!“

Kerensky konnte damals nicht ahnen, wie nahe der Zeitpunkt war, zu dem seine Prophezeiung sich verwirklichen sollte. — Noch einige Monate war Lenin gezwungen, sich verborgen zu halten und sich unkenntlich zu machen, und noch kurz vor der zweiten Revolution in Rußland ist er in der Illegalität als Konstantin Iwanow Arbeiter in der Sestrowezker Gewehrfabrik. Dann aber führt sein Weg zur Macht. Er geht in dem Moment zum Angriff vor und setzt die Minister der revolutionären Demokratie mit Hilfe der Arbeiterschaft gefangen, in dem er der Gefolgschaft der wichtigsten Kontingente der zusammenbrechenden und kriegsmüden Armee und der Flotte, der Arbeiter in den Großstädten und der auf Aufteilung des Bodens drängenden Bauern sicher ist. Hierin offenbart sich seine Fähigkeit zu politischer Führerschaft, daß er, der Mann des Schreibtisches, seinem innersten Wesen nach verbunden ist mit dem Wollen und Fühlen der Massen.

So kann er aufsteigen zum unumschränkten Herrscher über 130 Millionen. Er scheut nicht, die Massen zur Empörung und zum Aufbruch zu bringen; er wagt es, alle bisherige Ordnung zu vernichten, und er hat den Mut zum Chaos. — Aber er verbleibt auch in dem Moment auf seinem Platz, in dem alle staatlichen Bindungen in Rußland der völligen Auflösung anheimfallen. — Lenin wollte zerstören, aber er wollte auf den Trümmern der alten Ordnung einen neuen Staat errichten, und indem er diesen Willen zur geschichtlichen Tat erhebt, wird er zum Führer seines Volkes. „Um den Sozialismus zu erkämpfen“ — so erklärt er — „hat das Proletariat eine zweifache Aufgabe zu lösen. Es muß erstens durch seinen rücksichtslosen Heroismus im revolutionären Kampfe gegen das Kapital die ganze Masse der Aus-

gebeuteten mit fortreißen, sie organisieren zur Niederwerfung der Bourgeoisie. — Ferner muß das Proletariat der ganzen Masse der Arbeitenden und Ausgebeuteten ebenso wie allen kleinbürgerlichen Schichten in der Anbahnung eines neuen wirtschaftlichen Aufbaus vorangehen, indem es einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhang und eine neue Arbeitsdisziplin schafft.“ Auf diesem Wege der russischen Bewegung vorangegangen zu sein, sie in diese Bahnen geleitet zu haben, das ist die große Initiative Lenins. — Nach dem Werke der Zerstörung bahnte er ein neues gesellschaftliches Leben an, ein Leben im Zeichen von Hammer und Sichel, und wer es zu ermessen vermag, was es für Rußland bedeutete, als die Millionen des geschlagenen Heeres in das Land zurückfluteten, der wird auch trotz aller Schrecknisse der russischen Revolution dieses Werk zu würdigen wissen.

Als Lenin nach seinem so schicksalhaften Leben einem schweren Leiden erlag, atméteten die Völker Europas auf. Sie sahen den Heimgang eines Menschen, der fern von ihnen in Moskau wie der Zarismus mit den Mitteln der Gewalt regierte, der es sich aber zur Aufgabe gemacht hatte, die Fanale der Revolution in die Welt zu tragen.

Vor ihm aber neigten sich die Fahnen der russischen Arbeiter, die in ihm ihren Führer verehrten. Um ihn trauerten die Völker im Osten, denen er nach den Worten Gorkis ein Befreier, ein „Heiliger“ war.

Wie anders ist das Wesen des ersten Präsidenten der deutschen Republik. — War Lenin der Mann der Illegalität, die Verkörperung jener Richtung der sozialen Bewegung der Arbeiterschaft, die mit den Mitteln der Gewalt um ihren Aufstieg kämpft, so ist Ebert der bedeutendste Vertreter des demokratischen Gedankens, der Mann des Ausgleichs und der Verständigung. Im Gegensatz zu dem Werke Lenins liegt in dem politischen Wirken Eberts ein freundlicherer und friedlicherer Zug. Und ebenso ist der Ablauf seines Lebens freundlicher und friedlicher. — Ebert ist ein Kind Heidelbergs. Hier wurde er am 4. Februar 1871 als Sohn eines ehrsamten Schneidermeisters geboren. Er wächst auf in dem lieblichen Lande am Neckar und am Rheine. Seiner Schulzeit folgen nach alter Tradition Lehr- und Wanderjahre. Aus ärmlichen Verhältnissen hervorgegangen, sucht er Anschluß an die soziale Bewegung der Sozialdemokratie. Diese erfährt nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes einen bedeutenden Aufschwung. 1890 sind die sozialistischen Stimmen in Deutschland bereits um mehr als eine Million gestiegen. Zeitweilig verfügt die deutsche Sozialdemokratie über mehr als die Hälfte aller sozialistischen Stimmen der Welt, und immer ist sie die führende Partei in der im Jahre 1889 begründeten II. sozialistischen Internationale. Sie ist die Partei, die nach und nach das gesellschaftliche Leben Deutschlands durchsetzt und den allmählichen, organischen Uebergang in eine neue Gesellschaftsordnung vorbereitet. Ihr Mittel ist nicht die Revolution. Sie atmet den Geist von 1848, den Geist der parlamentarischen Demokratie. — Und mit dieser Partei steigt Ebert auf. Mit 23 Jahren ist er Mitarbeiter an der Bremer Volkszeitung, 1899 Mitglied der Bremer Bürgerschaft. In seiner Partei ist er immer zurückhaltend und bescheiden. Obgleich er ein guter Redner ist, spricht er wenig; er spricht ohne Pathos und ohne Phrasen. Er sucht seine Freunde wie seine Gegner mit den Mitteln vernünftiger Erwägung zu überzeugen und zur Anerkennung der Meinung zu bewegen, die er als richtig erkannte. Von allen, die mit ihm arbeiteten und die ihn persönlich kannten, wird die Sicherheit seines politischen Urteils, die Festig-

keit seines Willens, seine überragende Fähigkeit zu politischer Führerschaft, vereint mit der Schlichtheit und Aufrichtigkeit seines Charakters gerühmt. So vereinten sich in ihm die Wesenszüge, durch die er geeignet war, Führer der bedeutendsten politischen Partei Deutschlands zu werden. Er wird im Jahre 1905 auf dem Parteitage der Sozialdemokratie in Jena, ohne auch nur ein Wort geredet zu haben, in den Vorstand der Partei gewählt. Erst 1912 tritt er in den Reichstag ein, und 1913 wird er nach Singers Tod Vorsitzender des Parteitages. Bei Ausbruch des Krieges reiht er sich, nachdem alle Bemühungen, den Frieden zu erhalten, ohne Erfolg geblieben waren, in die nationale Einheitsfront ein. Immer wieder gehen aber auch von ihm die Bemühungen aus, einen für alle beteiligten Staaten ehrenvollen Frieden herbeizuführen. Und wenn in der Welt nur einige politisch bedeutsame Menschen am Werke gewesen wären, die so wie Ebert mit einem aufrichtigen Willen zum Frieden die Vornehmheit eines politischen Charakters und die Fähigkeiten zur Verständigung aufgebracht hätten, so wäre dieser grauenvolle Kampf zum Abschluß gekommen, bevor er einen für die ganze Welt so verhängnisvollen Ausgang hätte finden können. —

Entsprechend den Grundsätzen seiner Partei ist Ebert nie der Mann, der die Massen in den offenen Kampf zur Eroberung der politischen Macht führen will. Die Arbeiterschaft ist in Deutschland ohnehin entscheidender politischer Faktor; sie bereitet sich nach und nach vor, teilzunehmen an der Bildung des regierenden Willens. Sie hierfür geeignet zu machen und durch ständige Vergrößerung der Gefolgschaft der Partei die Vorbedingungen für die Erhebung des Sozialismus zum gesellschaftlichen Prinzip zu schaffen, gelten als vornehmste Aufgaben der Sozialdemokratie, an deren Spitze Ebert steht. Und so „erobert“ die Sozialdemokratie nicht die Macht und Ebert schwingt sich nicht auf zum politischen Diktator. — Als Deutschland der Uebermacht seiner Feinde erlag, und das monarchistische System zusammenbrach, übergab ihm der letzte Kanzler des Kaisertums die Führung des Reiches. In diesen schwersten Tagen der Nation, in denen die alten Machthaber ihrem Volke den Rücken kehrten, und Deutschland hart am Abgrund stand, übernahm er ohne Furcht die Führung seines Landes. Der einstige Sattlergeselle wurde der erste Mann im Staate. Und von dem ersten Tage seiner Amtsführung an ordnet er sein ganzes Wirken dem einen Gedanken unter: der Republik durch Einberufung einer Nationalversammlung eine rechtliche Unterlage zu geben. Er begegnet allen Versuchen, das schwer geprüfte Volk durch Entfesselung des Bürgerkrieges dem Chaos zu überliefern. In Weimar ist er der Mann, der durch die hervorragende Fähigkeit persönlicher Unterhandlung der Nationalversammlung über die schwersten Gefahren hinweghilft und das Zustandekommen der Verfassung des republikanischen Deutschlands ermöglicht. Ebert hatte erkannt, daß es bei der Entfesselung der Gewalt in Deutschland um die Einheit des Reiches geschehen wäre. Nichts aber war in den Zeiten nationalen Niederganges gefährlicher, als die Wiederkehr eines Deutschland mit den Grenzpfählen des Partikularismus. Diese Gefahr galt es abzuwenden durch die Schaffung eines verfassungsmäßig geeinten republikanischen Deutschland. Und so spricht aus der Verfassung des deutschen Reiches der Geist des Mannes, den die Nationalversammlung für würdig erkannte, zum ersten Präsidenten im neuen Deutschland berufen zu werden. — Was Bismarck in der Zeit nationalen Aufstiegs geschaffen hatte, aber nur auf eine schwache Grundlage zu stellen

vermochte, hat Ebert in der schwersten Not erhalten. Es ist, erfüllt mit dem Geist der neuen Zeit, ausgesprochen in der Präambel zu dem Grundgesetz der Republik: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“

Diesen Grundsätzen ist Ebert stets treu geblieben, und wiederholt trat an ihn die Aufgabe heran, die Einheit des Reiches zu wahren. Er verstand es, die mehrfachen Konflikte mit Bayern beizulegen; er fand einen Ausweg, als alle anderen verzweifelten, und er hat schließlich die Aufgabe zu meistern verstanden, 1923 gleichzeitig in Bayern und in Sachsen verfassungsmäßige Zustände herzustellen. Nicht immer hat die Arbeiterschaft, aus der er hervorgegangen ist, seine Mittel anerkannt, und doch wird die Geschichte ihm recht geben. In allen politischen Wirrnissen blieb er der ruhende Pol, und als er am 28. Februar von dem Wirken für sein Land abberufen wurde, hinterließ er ein wieder gesundes Deutschland. Von seinem Volke anerkannt und verehrt, gingen für ihn die Farben von 1848 in tiefer Trauer auf Halbmast. Und mit dem deutschen Volke trauerten alle unverblendeten Menschen der Welt, denen er als vermittelnder und ausgleichender Charakter in den Zeitläufen der Gewalt eine Stimme des Friedens und der Versöhnung war.

So stehen Lenin und Ebert sich als Führerpersönlichkeiten gegenüber, in denen die Gegensätze sich verkörpern, die alles menschliche Leben erfüllen. — Dort der Diktator, der Mann des Kampfes, der Gewalt, hier der Erwählte, der Mann des Friedens. — In beiden findet gleichzeitig der Charakter der sozialen Bewegung ihres Landes seinen Ausdruck, und beide dürfen vom Standpunkt der sozialistischen Theorie Marxisten genannt werden. Sie verkörpern die Gegensätze, die in der marxistischen Lehre unausgeglichen nebeneinander liegen: Revolutionismus und Revisionismus. —

Wenn wir heute die bange Frage aufwerfen, welcher dieser beiden Grundsätze das soziale Werden in der Zukunft bestimmen wird, so sind wir uns im Hinblick auf die Bedeutung, die die größere Gewalt im menschlichen Leben immer gehabt hat, klar darüber, daß das Mittel des Friedens immer nur ein erstrebenswertes Ideal bleiben wird. Jedem wirklichen Führer aber wird es immer als höchstes Ziel vorschweben.

Der Skandal der Zitzewitz, Etzdorff und Genossen

Von Paul Ufermann

Es ist begreiflich, daß so nachhaltig wirkende Ereignisse wie der Krieg und die Inflation die Begriffe von Treu und Glauben vollständig ins Wanken brachten, und daß noch nach Jahren übelduftende Blasen diesem Moraste entstehen. Aber von all dem, was wir im Laufe der letzten zehn Jahre erleben mußten, reicht selten etwas an den Skandal heran, der seit einigen Wochen vor einem Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages ausgetragen wird und den sogenannten Adelskonzern der Zitzewitz, Carlowitz, Etzdorff, Karstädt (vor jeden Namen dieser Edlen gehört natürlich ein „von“) und ver-

wandte Kumpane betrifft. Hier wurden bemerkenswerte Summen verschleudert, und dies in einer Weise, die man selbst bei uns nicht für möglich halten sollte. Bezeichnend genug ging dieser große Kollektivbetrug nicht in der eigentlichen Inflationszeit in Szene, sondern vom März bis August 1924, als das Geld längst einen stabilen Stand hatte. Die Krediteinschränkung der Reichsbank, die gerade damals zur Rettung der Währung veranlaßt worden war, hatte den starken Geldmangel noch ungeheuer gesteigert. Es war soliden Firmen schlecht möglich, Gelder zu bekommen, wohingegen die Adelspröblinge mit der leichtesten Mühe Millionen zugeworfen bekamen. Und dies ohne greifbare Unterlagen, ohne verpfändbare Werte, lediglich, weil einem simplen Geheimrat, der zur Leitung eines Bankinstituts berufen war, der Adelstitel die Sinne verwirrt hatte. Was brauchte dieser Mann Unterlagen, was brauchte er Erkundigungen einzuziehen, wenn ein paar Personen ihre mit „von“ geschmückten hochklingenden Namen unter die Wechsel setzten?

Vergleicht man die Barmat-Angelegenheit mit der der Zitzewitze, dann ergibt sich Erbauliches. Die Barmats sitzen seit Monaten hinter Schloß und Riegel, währenddessen die Herren vom Adel frei und frank herumlaufen und hinter den Kulissen ihre Verbindungsfäden und Schleier knüpfen können. Selbst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ scheint dies über die Hutschnur zu gehen; sie fordert das Eingreifen der Staatsanwaltschaft: „Wenn es hierzu noch eines Beweises bedurft hätte, so braucht man nur die Atmosphäre zu kennzeichnen, in der gestern Zeugenaussagen von prozessuell großer Wichtigkeit getan wurden: Man raucht, plaudert, ißt Apfelsinen und Butterbrote. Die Zeugen können sich untereinander ungehindert verständigen und ihre Aussagen aufeinander abstimmen. Die Frage der Vereidigung ist ganz offen...“ Der Staatsanwalt hat sich nicht gerührt, die Großbetrüger laufen noch immer frei herum. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß im übrigen die Rechtspresse bei der öffentlichen Erörterung der beiden Angelegenheiten eine geradezu erstaunliche Virtuosität entwickelt in der Aufbauschung von Nebensächlichkeiten (bei Barmat) und in der Verschweigung von Tatsachen (bei den deutschen Adelsmännern).

Was war es nun mit diesen Edelleuten? Drei verspätete Quizzows: von Carlowitz, von Etzdorff und von Karstädt, der Sphäre des Reichslandbundes und des ostelbischen Großgrundbesitzes entstammend, gründen ein Konsortium, das sich die Erwerbung von Grund- und Häuserbesitz zum Ziel setzt. Auf der Suche nach Geld, stoßen sie auf den Direktor der Landespfandbriefanstalt, Geheimrat Nehring. Die Landespfandbriefanstalt ist ein unter staatlicher Aufsicht stehendes Institut, das der öffentlichen Kreditvermittlung zum Bau kleiner Wohnungen und ähnlichem zu dienen berufen ist. Privatgeschäfte größeren Umfangs sind der Landespfandbriefanstalt verboten. Der Herr Geheimrat läßt sich von den an Jahren noch sehr jungen Feudalen einwickeln und es kommt zu der Vereinbarung, daß ein Zwischenkredit von einigen hunderttausend Mark gewährt werden soll. Sobald die Lawine einmal lief, wurden aus den hunderttausend Mark mehrere Millionen, bis der Kredit auf 5,3 Millionen Mark angewachsen war. Später wurde noch die städtische Sparkasse in Stettin als Inkasso-Institut eingeschaltet. Als die eigenen Gelder der Landespfandbriefanstalt nicht mehr reichten, griff man auf die Mittel der Wohnstätten A.-G. zurück, wo die Direktoren der Landespfandbriefanstalt gleichfalls im

Direktorium sitzen. Aus dieser so zusammengekuppelten, dreiteiligen Geldquelle saugten die Vampire um Etzdorff und Carlowitz ihre Millionen. Sie erhielten ihr Geld mühelos, Nehring gab mit vollen Händen, ohne sich der Mühe zu unterziehen, nachzuforschen, wo die ungeheuren Summen blieben und ob die Angaben des Schwindelkonsortiums auf Tatsachen beruhten. Das Bürohaus „Börse“ ging in den Besitz des Konsortiums über, ferner die sogenannten Sifhäuser, die mit übernommen werden mußten, ein Häuserkomplex, der in der Inflationszeit von einem Italiener für billiges Geld erworben worden war. Darauf gingen diese Häuser auf einen Kölner Rechtsanwalt mit Namen Beckhoff, der seine Anwaltspraxis mit dem weit erträglicheren Geschäft eines Grundstücksspekulanten vertauscht hatte, über, und von diesem wanderten sie in den Besitz des Schwindelkonsortiums.

In seinem Verlauf zog der Skandal immer weitere Kreise. Eine Unmenge von Personen teilten sich in die Millionen, die aus der Landespfandbriefanstalt usw. flossen. Mit dem Geld wurde in einer Weise gewuchert, die zum Himmel stinkt. So erhielt der erwähnte Rechtsanwalt Beckhoff 628 000 Mark, weil er angeblich noch im Besitze der Option der Grundstücke war. Doch mit diesem Riesengeschäft will er sich nicht zufrieden geben, sondern hat die Landespfandbriefanstalt um weitere 4 Millionen verklagt. Ein Herr Dr. Cann aus Essen erhielt 388 000 Mark Provision, weil er es übernehmen wollte, die Hypotheken im Ausland beleihen zu lassen. Eine Reise des Konsortiums nach England verschlang 30 000 Mark, hatte aber nicht den geringsten Erfolg, und das Geld wurde in vierzehn Tagen verjubelt. Erstaunlich hohe Unkostensummen werden genannt. So hat Cann für Unkosten 70 000 Mark verbucht, Ausgaben für Telegramme sind mit 15 600 Mark verzeichnet usw. Vom Vorsitzenden des Ausschusses, dem Genossen Leinert, gefragt, wo er die erhaltenen 100 000 Mark gelassen habe, gab Etzdorff an, daß er davon zuerst eine private Schuldenlast von 70 000 Mark gedeckt habe. Der Schwiegervater von Carlowitz, der ostelbische Großgrundbesitzer Zitzewitz, trat ebenfalls in das Geschäft ein, als er glaubte, daß allerhand zu verdienen wäre. Ferner spielte der Steuerberater des Reichslandbundes, Dr. Schulze, eine Rolle.

Das Ganze ist für den Außenstehenden ein Knäuel von geschickt verknüpften Fäden, deren restlose Entwirrung noch lange dauern wird. Bücher wurden nach dem Geständnis der Etzdorff und Genossen nicht geführt, man habe alles im Kopf gehabt und an die Höhe der Schulden sei man von Zeit zu Zeit durch die Präsentierung der Wechsel erinnert worden. Doch soviel auch die Burschen verpraßten, die Landespfandbriefanstalt zahlte und zahlte, ein unversiegbare Quell.

In der Geschichte der Korruption und des Betrages öffentlicher Gelder wird dieser Skandal für immer einen hervorragenden Platz einnehmen. Allerdings keinen Ehrenplatz für unsere Justiz, die diese Eiterbeule nicht mit raschem Schnitt zur Entleerung brachte, sondern die adligen Großbetrüger während der Untersuchung herumlaufen und Gelegenheit finden ließ, ihre schmutzigen Geschäfte zu verdunkeln.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen

Von *Hanns-Erich Kaminski*

Durch den bevorstehenden Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrags werden die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder wenigstens eine vorläufige Basis erhalten. Nachdem der Vertrag nun einmal zustande gekommen ist, wäre es töricht und unfruchtbar, daran herummäkeln zu wollen. Das Beste an ihm ist, daß er überhaupt geschlossen wird, und daß das Verhältnis der beiden Staaten, das schon kompliziert genug ist, nun nicht auch noch durch einen Zollkrieg vergiftet wird.

Immerhin ist lediglich ein Provisorium geschaffen, und spätestens nach neun Monaten wird man von neuem vor den gleichen Schwierigkeiten stehen. Man muß anerkennen, daß diese Schwierigkeiten nicht auf dem bösen Willen der beteiligten Regierungen oder der Ungeschicklichkeit der Unterhändler beruhen, sondern ihren Grund in den verschiedenen Zollsystemen Deutschlands und Frankreichs haben. In Frankreich gibt es drei verschiedene Tarife, zwischen denen Umwechslungen möglich sind. Dagegen verbietet das französische Gesetz ausdrücklich die Gewährung der Meistbegünstigung, auf der andererseits bekanntlich das ganze deutsche Zollsystem beruht. Die beste Lösung aus diesem Dilemma wäre natürlich der Freihandel, für den an dieser Stelle kein Plädoyer gehalten zu werden braucht. Aber sowohl in Deutschland als auch in Frankreich scheint der Freihandel für die nächste Zeit verurteilt zu sein, eine Theorie zu bleiben.

Auch die Zollfragen, so wichtig sie sind, stellen jedoch nur einen Ausschnitt aus dem Gesamtproblem der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen dar. Ihr entscheidender Punkt ist das Verhältnis der Industrien, hauptsächlich der Schwerindustrien beider Länder, das über kurz oder lang gründlich geklärt werden muß. Der Versuch dazu, von dem die Welt durch die Veröffentlichung des bekannten „Protokolls“ vom Januar dieses Jahres Kenntnis erhielt, ist von der öffentlichen Meinung auf beiden Seiten des Rheins mit Recht entrüstet abgewiesen worden. In der Tat kann niemand leugnen, daß ein Vertrag zwischen den deutschen und französischen Industriellen eines Tages zur Schaffung eines Trusts führen könnte, dessen Gefahren gar nicht abzusehen wären. Er würde eine Macht ohnegleichen darstellen, eine ständige politische und hauptsächlich soziale Bedrohung, die das Schlimmste befürchten lassen müßte.

Soll man sich daher dem Abschluß einer derartigen Vereinbarung entgegenstemmen? — Nein! Erstens hieße das, gegen eine wirkliche Notwendigkeit kämpfen, und zweitens würde eine Annäherung der verschiedenen nationalen Industrien in vieler Hinsicht einen Fortschritt bedeuten, dessen Hintertreibung einfach reaktionär wäre. Man muß vielmehr versuchen, das Notwendige rechtzeitig vorzubereiten, und zwar so, daß die Gefahren ausgemerzt oder wenigstens entscheidend vermindert werden.

Die Notwendigkeit, eine solche Konzentration zu schaffen, beweist allein schon die Tatsache, daß sie ja nur die Fortsetzung der nationalen

Konzentrationstendenz wäre, deren Entwicklung wir in den letzten Jahren besonders in Deutschland beobachten konnten. Hier kommt noch hinzu, daß gerade die wirtschaftliche Bedeutung Elsaß-Lothringens eine Brücke zwischen den beiderseitigen Industrien zu schlagen vermag. Denn Deutschland braucht bekanntlich seine Rohstoffe, während Frankreich vor der Frage steht, die Produktion der neuen Provinzen nun auch unterzubringen. Eine Organisation der Rohstoffverteilung und des Absatzes würde aber der Gefahr einer Schleuderkonkurrenz mit ihrem schädlichen Dumping und ihrer Tendenz, die Löhne zu drücken, entscheidend entgegenwirken.

Wenn schon damit ein Vorteil allgemeiner Natur gegeben wäre, so könnten sich aus einer verständig aufgebauten Organisation noch viel weiter reichende politische Vorteile ergeben.

Erstens würde die geschäftliche Berührung gerade der Schwerindustriellen, die ja in erster Linie an Kriegen zu verdienen pflegen, eine pazifistische Atmosphäre unter den Kontrahenten schaffen, die bei der politischen Bedeutung dieser Gruppen sich wahrscheinlich sehr bald auch weiter auswirken würde. Zweitens würde Frankreich dadurch eine ganz zwanglose Kontrolle über die deutsche Rüstungsindustrie erhalten, die die verletzende militär-politische Kontrolle überflüssig machen könnte. Drittens würde die Entwicklung einer solchen Kombination den Beteiligten vermutlich sehr schnell den Nutzen des Freihandels darlegen. Es könnte also über den privatwirtschaftlichen Vorteil einer sehr einflußreichen Gruppe ein im allgemeinen Interesse der Konsumenten, besonders des Proletariats, gelegenes Ziel erreicht werden. Wobei in Betracht zu ziehen ist, daß auch der Freihandel ein pazifistisches Element darstellt, wenn er allein auch nicht ausreicht, um Kriege unpraktisch, d. h. unmöglich zu machen. Viertens könnte hier vielleicht die Lösung des Transferproblems liegen, das der Dawes-Plan bekanntlich offengelassen hat.

Eine solche Industrieorganisation dürfte jedoch auf keinen Fall in der Form eines reinen Privatabkommens zustandekommen. Ganz davon abgesehen, daß die Herstellung eines Trusts mit wechselseitiger privater Eigentumsbeteiligung auf Schwierigkeiten stoßen würde, die in absehbarer Zeit kaum überwindlich erscheinen, würde dadurch die Gefahr einer reaktionären Einmischung in die Steuer- und Sozialpolitik der beiden Staaten am größten werden. Dagegen ist die Form eines halb öffentlichen, halb privaten Syndikats verhältnismäßig leichter durchführbar, und die innenpolitischen Gefahren würden dadurch am vollkommensten ausgeschaltet werden. Die Verwaltung dieser Organisation müßte daher neben den Vertretern der beteiligten Industrien Vertreter der Regierungen, Gewerkschaften und Betriebsräte enthalten, was ja übrigens nur dem Gedanken der Betriebsdemokratie entsprechen würde.

Das Syndikat könnte zunächst lediglich als Rohstoffbeschaffungsorganisation gebildet werden, um dann seine Kompetenz allmählich weiter auszudehnen. Seine Bilanzen und Statistiken müßten in ausgedehntem Maße der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Den Industrien anderer Länder, insbesondere den kontinentalen Belgiens und Italiens, müßte der Beitritt offengehalten werden. Es ist durchaus denkbar, daß sich so allmählich die Möglichkeit einer universellen Produktionsorganisation ergeben könnte.

Der Gedanke mag vielen auf den ersten Blick noch phantastisch vorkommen, aber tatsächlich beschäftigen sich damit bereits mehr Leute,

als man im allgemeinen annimmt. Freilich sind das immer noch alles nur vage Ideen, schon weil ein einzelner überhaupt nicht imstande ist, das notwendige Material so zu überblicken, daß er einen konkreten Plan vorlegen könnte. Dagegen könnte eine Studienkommission diese nützliche Vorarbeit sehr gut leisten, eine Vorarbeit, die besonders im Interesse des Proletariats liegt, wenn es nicht eines Tages durch die vollendete Tatsache überrumpelt werden will. Eine solche Kommission könnte zunächst von der Partei oder unseren Genossen im Reichswirtschaftsrat gebildet werden, wenn es nicht möglich sein sollte, sie von vornherein auf eine größere Basis zu stellen. Sicher wäre es eine weitausschauende Politik, beizeiten dieses Problem gründlich zu studieren. Wenn nicht alles täuscht, läßt sich hier aus dem Vorteil einzelner vieles für den Vorteil und den Fortschritt der Allgemeinheit gewinnen.

Reichsbanner und Schutzbund

Von Hermann Schützinger

An dem großen Reichsbannertag in Magdeburg trat zum erstenmal eine Abteilung des österreichischen Republikanischen Schutzbundes unter Führung seines Gründers und Präsidenten, des ehemaligen österreichischen Wehrministers Julius Deutsch in eine Front mit den Kolonnen des Reichsbanners. Eine Schar ausländischer, vor allem amerikanischer Journalisten und Photographen umlagerte förmlich das „Fähnlein“ der österreichischen Kameraden mit ihren graublauen Röcken und „Schutztruppler“-Hüten und brachte dadurch die politische Bedeutung des republikanischen und proletarischen Wehrgedankens im Zeichen Großdeutschlands sichtbar zum Ausdruck.

Auf der Rückreise von der überwältigenden Heerschau der jungen Republik hatte ich Gelegenheit, mich im Nachtschnellzug nach Dresden mit dem Genossen Deutsch über Fragen der deutschen und der österreichischen Wehrpolitik und über die Rolle von Reichsbanner und Schutzbund in der Anschlußfrage gründlich auszusprechen.

Reichsbanner und Schutzbund sind ja aus ganz verschiedenen politischen Entwicklungslinien herausgewachsen. Dem Proletariat Deutsch-Oesterreichs war es bekanntlich nach dem großen Zusammenbruch geglückt, die kleine Wehrmacht des österreichischen Rumpfstaaes — nicht zuletzt infolge eines riesigen Ueberangebotes habsburgischer Offiziere, unter denen man eine leichte Auswahl treffen konnte — völlig in die Hand zu nehmen und bis auf den heutigen Tag zu beherrschen. Die sozialistische Militärgewerkschaft beherrschte die Armee — und außerhalb der Wehrmacht wuchs unter den Schlägen der Horthy-Regimenter gegen das Burgenland aus der Ordnerorganisation der Partei der Republikanische Schutzbund, die Kampforganisation des demokratischen Proletariats heran. Als die Horthy-Banden an der Ostgrenze Oesterreichs standen, hielten in allen großen Fabriken des Wiener Neustädter Beckens (50 km östl. Wiens) und in allen Wiener Bezirken viele Tausende von Arbeitern Tag und Nacht treue Wacht. Sie hielten sich bereit, um im Augenblick der Gefahr an die Seite der Soldaten zu treten und unter dem Kommando der Bundeswehr für die Republik zu kämpfen. Die Arbeiterbataillone nannte sie das Bürgertum — die Ordner hieß sie die Partei.

Der Parteitag zu Wien im Oktober 1922 und der Parteirat vom 22. November 1922 haben sich nachdrücklich für den Ausbau der Ordnerorganisationen als „das wirksamste Verteidigungsmittel gegen den drohenden Fascismus“ ausgesprochen. Dieser Parteitagsbeschluß unserer österreichischen Genossen hat überdies auf die Notwendigkeit einer körperlichen Ertüchtigung der Arbeiterjugend hingewiesen und zur Unterstützung der Arbeiterturnvereine aufgefordert. Aus der in den ersten Anfängen noch lose geformten Ordnerorganisation ist dann der straffer gegliederte Republikanische Schutzbund entstanden. Julius Deutsch schreibt in der Eröffnungsnummer der Monatsschrift des Republikanischen Schutzbundes im Juni 1924:

„Das Ziel des Bundes läßt sich mit wenigen Worten umschreiben: Er will die Arbeiterklasse vor den Gewalttaten des Monarchismus und des Fascismus bewahren, er will die Demokratie verteidigen und die Republik beschützen. Nicht zum Angriff, zur Verteidigung haben sich zehntausende Arbeiter hier vereinigt. Dadurch, daß sie den oft schweren und mühseligen Dienst auf sich nehmen, halten sie der Arbeiterklasse die Treue, widmen sie ihre ganze Kraft dem Aufstieg des arbeitenden Volkes, das im befreienden Sozialismus die Erfüllung seines heißen Strebens erblickt.“

Ganz anders die Entwicklung und die innere Struktur des Reichsbanners!

Die etwa sechsmal so große deutsche Wehrmacht (das heutige Deutsch-Oesterreich umfaßt etwa 3 Korpsbezirke der Vorkriegsarmee, Deutschland 20!) war nicht mit den Methoden der österreichischen Sozialdemokratie zu erobern. Erstens hatte die Arbeiterklasse in Oesterreich eine geschlossenere Front bewahrt, und dadurch die Eroberung der Kasernen durch eine einheitliche Gewerkschaft und die Säuberung der militärischen Gebäude von Revolutionsbanditen aller Art viel leichter durchführen können — zweitens war der hochqualifizierte deutsche Industriearbeiter viel schwerer für den eintönigen Kasernenhofdienst zu gewinnen — drittens war die Front des deutschen Offizierkorps viel einheitlicher und geschlossenere, und der Bedarf an Truppenkommandeuren und Generalstabsoffizieren war bei den schweren inneren Unruhen 1919/21 viel zu groß, als daß die Republikanisierungsmethode der österreichischen Genossen in Deutschland hätte gewagt werden können. Kurz und gut — das Mandat Noskes, die deutsche Armee und das deutsche Offizierkorps nach österreichischem Muster in zwei bis drei Jahren zu „republikanisieren“, mußte an den Verhältnissen scheitern — und so haben wir heute ein deutsches Heer, das ein geistiges Eigentum des rechtsstehenden Bürgertums darstellt.

Neben der Existenz einer militärisch erstklassig geschulten, der Arbeiterklasse feindlich oder wenigstens völlig gleichgültig gegenüberstehenden Wehrmacht war für die Entstehung des Reichsbanners die innenpolitische Entwicklung in Deutschland, die eine starke Strömung nach rechts zeitigte, maßgebend. Deutsch-Oesterreich ist beherrscht von seiner, ein gutes Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachenden Hauptstadt, von Wien. Wien gehört unbestritten für alle Zukunft der Sozialdemokratie, die hier ihre besten Köpfe in die Kampfbahn der Kommunalpolitik eingesetzt hat. Der Besitz von Wien verbürgt aber den Sieg der Partei im Landesparlament auf absehbare Zeit. Die wehrpolitische und die innenpolitische Machtstellung der österreichischen Sozialdemo-

kratie, das Fehlen einer ernst zu nehmenden kommunistischen Gefahr, gestattet unseren Genossen den Luxus, ihre republikanische Miliz lediglich auf der Partei aufzubauen.

Ganz anders bei uns! Der erbitterte Kampf um die politische Macht in Preußen und im Reich, sowie die zum mindesten nicht ganz unzweifelhafte Rolle der Wehrmacht zwingt die drei republikanischen Verfassungsparteien immer enger zusammen — gegen rechts und links; er gestattet es nicht, irgendwelche Bevölkerungsschichten, die treu zur Republik stehen, beiseite zu lassen, und löste so die Reichsbannerbewegung aus als eine Sammelorganisation im Machtkampf um die Republik.

Im Reich sowohl wie in Oesterreich war es die völkische Welle, die durch ihre uniformierten Kampfverbände, ihren Tiraden und Paraden den Republikschutz als Abwehrorganisation hervorrief.

Julius Deutsch gibt uns in seiner neuesten Broschüre „Schwarzgelbe Verschwörer“ (Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1925) ein anschauliches Bild von der auch den österreichischen Verwaltungsapparat infizierenden Reaktion. Die Tradition spielt auch hier in der Wehrmacht und der Polizei eine große Rolle; nur nimmt sie sich dort um so widersinniger aus, als in erster Linie die Schlachten von Kolin, Leuthen und Königgrätz, als die Tiefpunkte deutscher Schmach die Fahnen der Habsburger-Regimenter verherrlichen sollen. Das republikanische Infanterie-Regiment Nr. 4 soll die Tradition des einstigen Deutschmeister-Regiments Nr. 4 hochhalten, das Wiener Radfahr-Bataillon Nr. 2 des einstigen Feldjäger-Bataillons und das Tiroler Alpenjäger-Regiment die Tradition der Kaiserjäger, der Elitetruppe des letzten Kaisers.

Auch die Gendarmerie haut neuerdings in dieselbe Kerbe. So hat das Landesgendarmeriekommando in Graz in amtlichen Verlautbarungen einen Neunerjägerkalender herausgegeben und die Gendarmerieposten angewiesen, gelegentlich der Patrouillengänge (also im Dienst) für einen Kameradschaftsbund der Habsburgischen Schützenregimenter Reklame zu machen. Mit voller Absicht zwingt der christlich-soziale Wehrminister Vaugoin die sozialdemokratisch gesinnten Wehrmachtsabteilungen zu den sogenannten Heldenfeiern, an denen die Selbstschutzverbände, die Heimwehren, die Frontkämpfervereine und die hakenkreuzlerischen Sturmtruppen in friedlicher Konkurrenz teilzunehmen pflegen. Die einen sind mehr habsburgisch eingestellt, während sich die andern mehr nach den Hohenzollern oder dem völkischen Diktator sehnen.

„Bedeutet die monarchistischen Umtriebe tatsächlich eine ernste Gefahr?“ fragt Julius Deutsch, und antwortet kurz und bündig: „Nein, unter den derzeitigen Umständen nicht.“ Aber in Zeiten innen- und außenpolitischer Not, zu Zeiten, in denen ein politischer und ökonomischer Fieberfrost den Körper des Volkes durchschüttelt — soll und muß das Reichsbanner am Posten sein.

Der Ausbau dieser Verbände zu stahlhart gefügten Formationen ist der sicherste Schutz gegen die Putschgefahr. Der Schutzbund ist uns um einige Monate voran. Viermal so stark wie die österreichische Wehrmacht bildet er ein nahezu uneinnehmbares Bollwerk der Republik. Seine Feuertaufe hat er — wie schon erwähnt — im Burgenland erhalten und seitdem in den Wahlkämpfen und in der Landagitation durch die Fahnenfeste seine Glieder gefestigt. Julius Deutsch schreibt in der Nr. 1 des Schutzbundes vom Januar 1925:

„Man mag über die Fahnenfeste denken wie man will — jede Epoche der Arbeiterbewegung hat ihre besonderen Propagandamethoden. Je mehr die moderne Arbeiterbewegung eine wirkliche Volksbewegung wird, um so mehr muß sie versuchen, die Massen tatsächlich in Bewegung zu setzen.“

Der Republikanische Schutzbund ist mehr und mehr zur proletarischen Miliz unseres Landes geworden, welche die großen Klassenkämpfe des arbeitenden Volkes kräftig stützt, aber zugleich mithilft, um die Mehrheit bei Streiks und großen Ausständen vor Gewalttätigkeiten zu schützen, deren sich mitunter eine exzedierende Minderheit bedienen könnte.“

Das Auftreten des Schutzbundes in der Öffentlichkeit trägt ein mehr farbenfreudiges Gepränge wie der Aufmarsch unseres Reichsbanners. Am 5. Juni 1924 fand ein großer Schutzbund-Aufmarsch anlässlich der Enthüllung der Fahne der Internationale in Wien, am 21. September ein Aufmarsch in der riesigen Arena der Hohen Warte im Alpenvorland zum Arbeiter-Turn- und Sportfest statt. Der Eindruck der Schutzbundkolonnen wird als geradezu überwältigend geschildert. Fanfarenbläser an der Spitze, Trommler und Pfeifer vor jeder Kompagnie, so zogen die Kameradschaften in die Arena: die Tiroler in braungrüner Montur, die Steiermärker in grüner, die Wiener in blauer, grauer und blaßgrauer Kleidung. Alkoholexzesse gab es so gut wie keine, da der Schutzbund in seiner Masse die Enthaltbarkeit von Alkohol bei großen Aufmärschen strikte durchführt.

So bietet die Reichsbanner- und die Schutzbundbewegung das eigenartige Bild, daß am Scherbenhaufen des deutschen und des österreichischen Militärstaates die republikanische und die proletarische Jugend und Kriegsteilnehmerschaft beider Länder im Gewand einer republikanischen Kampforganisation sich zum Ringen um die Erhaltung der Republik bereitstellt, in dem heißen Streben, am Boden des neuen Völkerrechts die „Heimkehr der Deutsch-Oesterreicher ins Reich“ und die Erfüllung des schwarz-rot-goldenen Traumes unserer Großväter zu erreichen.

Julius Deutsch sagte mir bei jener nächtlichen Fahrt von Magdeburg nach dem Süden: „Sobald wir vereinigt sind mit dem Reich, ist der Traum der monarchischen Restauration ausgeträumt in München, in Wien und in Berlin. Dann haben wir ein unwiderrufliches Uebergewicht der großdeutschen Einheit gegen die Splitterversuche der Dynastien.“

Genosse Deutsch hat recht. Wenn uns dies gelingt, ist uns Schwarz-Rot-Gold, das Sinnbild des Rechts und des Friedens, nimmer zu nehmen.

In Frankreich hat man den großdeutschen Einschlag des Reichsbanners verschiedentlich einen bedauerlichen Spleen genannt, und unser heiß begehrt Ziel bis jetzt nicht recht ernst genommen. Mögen sich die Freunde des republikanischen Deutschland über dem Rhein gesagt sein lassen, daß sie uns den größten Bärendienst erweisen, wenn sie sich aus Furcht vor der deutschen Revanche dem Anschlußgedanken entgegenstemmen. Die Legitimisten in München, Wien und Berlin wissen ganz genau, daß dieser Anschluß das Ende ihrer Träume bedeuten würde — wir aber tragen die Ueberzeugung in uns: Die deutsche Republik, gefestigt in den Herzen des Reichsbanners und des Schutzbundes, wird großdeutsch sein oder sie wird nicht sein!

Die Einfuhr englischer Kohle im Jahre 1924

Von Dr. R. Müllers, Essen

Die englische Kohle, welche in der Vorkriegszeit an der deutschen Wasserkante und in den von dort aus auf dem Binnenschiffahrts- oder Bahnwege günstig zu erreichenden Gebieten Norddeutschlands in scharfem Wettbewerb mit der heimischen Kohle stand, hat zwei Jahre nach der Beendigung des Krieges wieder ihren Weg nach Deutschland gefunden. Während sich die Menge der eingeführten englischen Kohle in den letzten Jahren vor dem Kriege auf einer Höhe von etwa 9 Millionen To. jährlich hielt und damit rund neun Zehntel der gesamten von Deutschland eingeführten Steinkohle ausmachte, erreichte sie 1921, dem ersten Jahre, in welchem sie wieder regelmäßig eingeführt wurde, kaum eine Million To. Seit Anfang 1922 nahmen die Verschiffungen infolge der durch die Reparationskohlenlieferungen und den Verlust wichtiger Kohlengebiete hervorgerufenen Knappheit an heimischen Brennstoffen allmonatlich einen stärkeren Umfang an, bis sie im Juni 1922 zum erstmalig die Vorkriegshöhe vom Juni 1913 erreichten und überschritten. Auch in der Folgezeit waren die eingeführten Mengen, mit Ausnahme vom Dezember 1922 und Januar 1923, stets größer als in den entsprechenden Monaten von 1913. Ihren Höhepunkt erreichte die englische Kohleneinfuhr nach Deutschland im Jahre 1923. In jenem Jahre konnte, da die Ruhrkohlenförderung durch die Maßnahmen des französisch-belgischen Besatzungsheeres auf ein Minimum zurückging und der Versand der Ruhrkohle in das unbesetzte Deutschland unmöglich war, der Produktionsstand der deutschen Wirtschaft nur aufrecht erhalten werden durch stärkste Einfuhr englischer Kohle. Mit rund 15 Millionen To. erreichte 1923 ihre Einfuhr eine Höhe, wie sie in den Vorjahren und selbst in der Vorkriegszeit nicht zu verzeichnen gewesen ist und wie man sie bei dem damaligen fast unaufhörlichen Verfall der deutschen Währung nicht für möglich gehalten hätte. Gegenüber 1922 betrug im Jahre 1923 die Zunahme rund 6,5 Millionen To. oder 78 v. H., gegenüber 1913 6 Millionen To. oder 67 v. H.

Diese Verhältnisse haben seit Beginn des abgelaufenen Jahres eine wesentliche Aenderung erfahren. Nachdem die heimische Kohle dank der günstigen Entwicklung der deutschen Kohlenförderung, namentlich im Ruhrgebiet, wieder in solchen Mengen zur Verfügung steht, daß nicht nur die gesamte inländische Nachfrage befriedigt werden kann, sondern für einen Teil der deutschen Kohle sogar Absatz im Auslande gesucht werden muß, ist auch die Einfuhr englischer Kohle im abgelaufenen Jahre beträchtlich zurückgegangen. Während die amtliche deutsche Außenhandelsstatistik infolge der bis in den Spätherbst aufrecht erhaltenen Besetzung vieler Zollämter für 1924 keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann, und zurzeit auch nur bis November vorliegt, hat die amtliche englische Ausfuhrstatistik, welche auch die gesamte unmittelbar nach Deutschland ausgeführte englische Kohle mit-erfaßt, ihre endgültigen Zahlen für das ganze Jahr 1924 soeben veröffentlicht. Ihre wichtigsten Zahlen werden in der nachstehenden Zusammenstellung wiedergegeben und durch besondere Berechnungen ergänzt. Es sei dabei jedoch bemerkt, daß, abgesehen von der oben bereits erwähnten Unvollständigkeit der deutschen Angaben, die amt-

lichen deutschen und englischen Zahlen aus einer Reihe von hier nicht näher zu erörternden Gründen nicht genau übereinstimmen. Die Differenzen entstehen in der Hauptsache dadurch, daß die statistischen Registrierungen zeitlich nicht zusammenfallen und verschwinden zum größten wieder, wenn man die deutschen und englischen Zahlen für einen längeren Zeitraum, etwa ein Jahr, zusammenfaßt. Es betrug die Kohlenausfuhr Großbritanniens nach Deutschland 1924:

	Mengen		Wert		Durchschnittlicher Ausfuhrpreis je l. t. Schilling
	l. t.	1913 = 100	£	Millionen Goldmark	
Januar	760 094	114	888 777	16,0	23/4
Februar	774 918	130	905 349	16,4	23/4
März	620 584	101	725 111	13,1	23/4
April	517 602	64	609 219	11,2	23/6
Mai	692 155	83	781 156	14,4	22/7
Juni	560 689	73	590 383	10,7	21/1
Juli	518 713	60	515 534	9,5	19/11
August	516 365	65	508 770	9,6	19/8
September	468 639	56	445 810	8,4	19/0
Oktober	480 494	57	456 746	8,6	19/0
November	459 247	68	427 816	8,3	18/7
Dezember	454 571	69	423 350	8,3	18/7
Summe oder Durchschnitt					
1924	6 824 071	76	7 278 021	134,5	21/4
do. 1923	14 736 784	165	18 547 369	356,3	25/2
do. 1922	8 345 606	93	8 492 500	158,7	20/4
do. 1913	8 952 328	100	5 327 733	108,8	11/11

Danach war die Einfuhrmenge im ersten Vierteljahr, als die Kohlenversorgung Deutschlands durch das Ruhrgebiet erst allmählich wieder in Gang kam, noch höher als in den entsprechenden Monaten von 1913, während sie seitdem bis zum Jahresende ständig unter der Vorkriegsmonatsausfuhr blieb. Im Mai begünstigten die Streiks in den deutschen Bergbaubezirken vorübergehend die Einfuhr. Für das ganze Jahr ergibt sich eine Einfuhr von 6,8 Millionen l. t. Damit bleibt sie hinter derjenigen des Vorjahres um über die Hälfte zurück, während gegenüber 1913 eine Abnahme von 24 v. H. zu verzeichnen ist.

Die Bedeutung des deutschen Absatzmarktes für den großbritannischen Kohlenaußenhandel spiegelt sich in den Zahlen über den Anteil der Kohlenausfuhr nach Deutschland an der gesamten großbritannischen Kohlenausfuhr (ohne Bunkerkohle) wider. Während dieser im Vorkriegsjahre 1913 zwischen 10,5 und 13,7 v. H. schwankte, also verhältnismäßig stetig war, erhöhte er sich in den ersten Monaten von 1923 sprunghaft von 9 über 18 auf 25 v. H. Im Mai 1923 setzte eine Abwärtsbewegung ein, die in den übrigen Monaten von 1923 und während des ganzen Berichtsjahres anhielt. Gingen in den Monaten März und April 1923 25 v. H. oder ein Viertel aller von Großbritannien ausgeführten Kohlen nach Deutschland, so ermäßigte sich dieser Anteil, von geringen Unterbrechungen abgesehen, seitdem ständig bis auf 8,8 v. H. am Ende des Jahres 1924. Auf das ganze

Jahr umgerechnet, ist der Anteil von 12,2 im Jahre 1913 und 13 im Jahre 1922 auf 18,55 in 1923 gestiegen, im Berichtsjahre dagegen wieder auf 11,07 zurückgegangen.

In der Nachkriegszeit findet unsere Einfuhr ausländischer Brennstoffe unter gänzlich anderen volkswirtschaftlichen Verhältnissen als vor dem Kriege statt. Damals hatten wir neben der Kohleneinfuhr eine lebhaftere Kohlenausfuhr, welche die erstere bei weitem übertraf, so daß z. B. im Jahre 1913 der Ueberschuß der Kohlenausfuhr über die Einfuhr in Höhe von 30 Millionen To. oder 433 Millionen Goldmark einen der wichtigsten Aktivposten in der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz darstellte. In der Nachkriegszeit ist Deutschland infolge der Verschlechterung seiner kohlenwirtschaftlichen Verhältnisse durch die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages ein Kohleneinfuhrland geworden, welches für die eingeführte Kohle gewaltige Summen an das Ausland abführen muß. Die starke Belastung unserer Zahlungsbilanz durch den Bezug englischer Kohle kann man aus den angeführten Wertangaben ersehen. Danach hat die im Jahre 1924 eingeführte englische Kohle einen Wert von 134,5 Millionen Goldmark im englischen Ausfuhrhafen. Bringt man ferner für die Seefracht Großbritannien-Deutschland einen Durchschnitt von 5 Schilling oder 5 Goldmark je l. t. in Ansatz, so ergibt das für 6,8 Millionen l. t. 34 Millionen Goldmark, die den obigen 134,5 Millionen Goldmark hinzuzuschlagen sind. Die deutsche Zahlungsbilanz ist also im Jahre 1924 durch den Bezug englischer Kohle mit 168,5 Millionen Goldmark belastet worden.

Die englischen Kohlenpreise und die oben angeführten durchschnittlichen Kohlenausfuhrpreise erreichten im allgemeinen im April ihren höchsten Stand. Seitdem sind sie unaufhaltsam zurückgegangen und waren am Ende des Jahres sämtlich mehrere Schilling niedriger als am Jahresanfang. Einen ähnlichen Verlauf hat auch die Entwicklung der englischen Kohlenfrachten nach Deutschland genommen. Bei diesen ist allerdings gegen Ende des Jahres ein leichtes Anziehen festzustellen.

Aus den Darlegungen erhellt, in welchem beträchtlichem Umfange die englische Kohle trotz des Ueberflusses an heimischer Kohle während des abgelaufenen Jahres noch ihren Einzug in Deutschland halten konnte und daß sie, obwohl hinsichtlich der Menge wesentlich geringer als 1913, unsere Zahlungsbilanz weit stärker belastet hat als im letzten Vorkriegsjahre, in welchem wir noch dank der größeren Kohlenausfuhr eine aktive Handelsbilanz in Kohle hatten. Soll die nach der Marktstabilisierung eingetretene allmähliche Gesundung unserer Finanzen und unserer Volkswirtschaft auf die Dauer nicht erneut gefährdet werden, so ist u. a. auch die weitere Einschränkung des Bezuges englischer Kohle erforderlich. Der Frage des Wettbewerbs der englischen mit der deutschen Kohle ist daher die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Da der deutsche Bergbau, insbesondere der Ruhrbergbau, im abgelaufenen Jahre seine Grubenpreise bis auf das Niveau des englischen Grubenpreises und teilweise noch darunter gesenkt hat, so ist der Grund für die Wettbewerbsunfähigkeit der Ruhrkohle in Norddeutschland nur noch in den zu hohen Binnenfrachten für die heimische Kohle zu suchen. Sache der deutschen Eisenbahntarifpolitik ist es, durch weitere tarifrische

Erleichterungen sowie durch Einführung von Kohlenausnahmetarifen nach den Seehäfen die gegenwärtig um ihren Absatz schwer ringende Ruhrkohle im Kampfe gegen die englische Kohle wieder wettbewerbsfähig zu machen und dadurch die ohnehin schon stark passive deutsche Zahlungsbilanz nicht noch stärker durch die Einfuhr englischer Kohle zu belasten.

Den Wollenden

Von H. H. Strätner

Gestaltet, zwingt das Leben,
baut am Menschheitstempel!

Begeisterung, Arbeitswillen, Formkraft
steigert zur Tat!

Bekehrt euch zum Lachen,
aber nehmt euch und eure Stellung
im großen Zusammenhang ernst.

Zweifelt, es ist der einzige Weg zur Wahrheit,
aber verzweifelt nicht!

Seid Sehnsuchtmenschen,
deren Ziel weit gespannt ist,
daß es würdig bleibt.

Verblutet aber nicht an euren Träumen,
von Größe und blauen Himmeln,
habt Wirklichkeitssinn!

Schaut das Leben nackt.
Fühlt die Größe rinnenden Blutes,
ehret den Arbeitsstaub
und blutschwere Tränen.

Lernt Wirklichkeit ertragen,
geht nicht am Leben vorbei!
Liebt mehr,
sucht Seelen,
ringet um sie.

Erschreckt nicht, wenn Ketten rasseln!
Glaubt an Menschheitserlösung.

Seid Wahrheit!
Habt Mut, ureigenstes Leben zu leben.
Das Leben ist Kunst,
nicht aus Rausch geboren,
sondern mit ernsten Händen
aus dem Dunkel der Kräfte gezogen,
durchleuchtet vom Wissen.

Die Zeit ohne Mythos

Von Walther G. Oschilewski

Die Renaissance, hier als Restaurationskundgebung des Zeitalters zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert verstanden, war der letzte Versuch, eine durch Glauben und Sendung geformte Kultur hinüberzueretten in die Dürre einer distanzlosen Zeit. Jedes synthetische und universale Denken, das auch dem „schwärzesten“ Mittelalter zwingende Prägung gab, war verlorengegangen. Die verbindende Geistigkeit, die in Hellas noch das kühne und sorglos heitere Spiel mit den Göttern zuließ, in der Gotik, wohl schon als Kampf und Expression, aus Werk und Andacht, Wille und Vitalität, Gemeinschaft, Volk, erschuf, war nicht durch das letzte Lächeln antiker Kunst- und Lebensfassung wiederherzustellen. Es war schon ein mattes Lächeln, durch die betriebsame Etablierung der Humanisten immer mehr an Substanz verlierend; das beste Beispiel für das Ungenügen solcher Konstruktionen. Mit unzureichenden Mitteln unternahm man es, das Blut einer ehemals großen und heroischen Epoche verwässert auf das Gerüst des jeweiligen zu streichen; das ewige paradoxe „Plus“ blieb: es leuchtet wohl, aber es glüht nicht mehr. Wohl hatte die Renaissance noch Kraft besessen, bestenfalls in Schlösser und Patrizierhäuser das Sakrament ihres eigenen Gesichts zu legen, aber gerade die Anleihe an das klassische Altertum, der Import von Ideal und Grundriß war nur das Ornament an ihrem Bau. Wir wissen, daß es die Ohnmacht jeder Zeit ist, zu glauben, daß eine äußere Wirklichkeit, so schön sie auch sei, die Blöße der seelischen Armut verhüllen kann. Riß man alles Geliehene und Improvisierte herunter, dann wäre nichts, was einer Generation Stabilität und Haltung zu geben vermöchte.

Diese Tragik zeigt sich nicht weniger in der irrtümlichen Pädagogik der damaligen Zeit, die auch heute noch eine Jugend zwingt, das wenig brauchbare oder doch nur relativ brauchbare Museum längst versunkener Kultur zu übernehmen. Dabei sei nur das Problem gestreift, ob es überhaupt möglich ist, den jungen Menschen in der Elementarzeit durch eine ihm immerhin fernstehende Gesetzmäßigkeit antiker Bildungselemente zu erziehen. Aber nicht allein, daß die deutsche Dichtung von Anakreonten, Horazen und Pindaren geradezu übervölkert wurde, die sich alle mit mehr oder weniger Geschick bemühten, ihre unsterblichen Meister abzuschreiben — noch der junge Goethe fand eine Lyrik vor, die sich nur in der Nachahmung fremder Muster gefiel —, es ging soweit, daß Kunst und Wissenschaft nicht mehr durch Intuition, Gläubigkeit und Schau aufzunehmen waren, sondern einer Summe philologischer, klassisch-mythologischer und historischer Kenntnisse bedurfte. Wie dem auch sei, sicher ist, daß dadurch diese etwas seltsame Pseudonerziehung soziale Trennungen vornahm und das Volk künstlich in Gebildete und Ungebildete, Vornehme und Gewöhnliche zerspalten wurde.

So sollte „die Renaissance das Verhängnis deutscher Kultur“ werden. Kein Geringerer als Richard Benz, dessen Publikationen sich darum bemühten, aus der eigenen nationalen Vergangenheit wieder den Weg zu einer gesunden Lebenskonstitution zu weisen, zeigt in seinen „Blättern für deutsche Art und Kunst“ (Eugen Diederichs, Jena) in Deutlichkeit das unfruchtbare Genügen einer Bildung und Erziehung, die sich nur

bemüht, das Nährende der Seele aus zweiter Hand zu nehmen. Er schreibt: „Worin besteht nun diese Bildung? Sie besteht in der Kenntnis der Geschichte und Mythologie, der Sprache und Dichtung der Römer und Griechen. Man bringt den Kindern, die zu Gebildeten werden sollen, die Geschichte zweier längst verstorbener Völker vor der Geschichte des eigenen lebendigen Volkes bei, nicht, weil sich aus ihr mehr für das Leben lernen ließe, sondern lediglich, weil ohne die Kenntnis der Vorgänge und Personen jener antiken Geschichte die antike und die seit der Renaissance geschaffene Kunst schlechthin nicht zu verstehen wäre. Dasselbe gilt im erhöhten Maße von der klassischen Mythologie, welche mit unserer Art, die Welt etwa mythisch anzuschauen, nicht das geringste zu tun haben kann, sondern lediglich als gelehrtes Wissen beigebracht wird, ohne welches ein Verständnis der antiken und aller klassisch orientierten Dichtung undenkbar wäre. Das Ergebnis dieser Erziehung ist, daß der Gebildete eine Venus von einer Diana unterscheiden kann.“

Man wird verstehen, daß ich nicht beabsichtige, eine nationale Ueberheblichkeit zu rechtfertigen, ebensowenig wie ich die Bedeutung dieser gesamten Erscheinung überschätze. Es liegt aber die Bestätigung vor, daß sich das Lehrbild in unseren höheren Schulen bis in unsere Zeit hinein nicht wesentlich geändert hat. Cicero herrscht immer noch vor den soziologischen Disziplinen. Was sich seit zwei Jahrzehnten ungefähr als „Realanstalt“ durchzusetzen versucht, soll nicht unterschätzt werden, ist aber im Hinweis auf die Gymnasien, Lyzeen und Universitäten, den doch größeren Sammelbecken des geistigen Nachwuchses (ausschließlich des technischen und kommerziellen) von geringerer Bedeutung. So bleibt die Tragik bestehen, daß die junge Generation, der eine Aufgabe härtester Arbeit übergeben werden soll, auch heute noch durch ein vergangenes Kunst- und Lebensideal zu armseligen Verwaltern erzogen wird. Es hat sich aber bisher immer gerächt, wenn eine Jugend mit Irrtümern und Nutzlosigkeiten belastet wurde.

Es versteht sich nun von selbst, daß die Renaissance sich nicht nur in Kunst und Wissenschaft ausbreitete, sondern, wie schon oben gesagt, auch vornehmlich im sozialen und politischen Leben an Bedeutung gewann. Denn hier wurde der Grund zu einer Weltanschauung und -auffassung gelegt, in der alle folgenden Jahrhunderte ihr Sinnbild finden sollten: die Renaissance gebar den Individualismus, jene Geisteshaltung, die auch heute noch die moralische und philosophische Rechtfertigung des Kapitalismus ist. Selbstverständlich geht es nicht, sogenannte Freiheitsbegriffe, wie es ohne Zweifel Renaissance und Individualismus welche sind, einfach nur als Todgeburten zu betrachten. Die Reformation, die in Deutschland und in fast allen protestantischen Ländern das Lateinertum durch eine gesündere „realere“ Gesinnung abzulösen versuchte (unter anderem ist Luthers Bibelübersetzung solche Kritik an der lateinischen grünspanigen Gelehrtenwelt), die Aufklärung, der Auftakt zu den Triumphen des naturwissenschaftlichen Zeitalters sind ohne sie nicht denkbar. Darüber hinaus waren Renaissance und Individualismus psychologische Notwendigkeiten, ohne die wir uns nicht den Untergang der europäischen Kultur, aber auch nicht die sozialistischen „Klassiker“ vorstellen können. Marx wäre sonst nicht nur eine zufällige, er wäre auch eine unmögliche Erscheinung von nur feuilletonistischem Wert. Es ist eine Wahrheit geworden: Erst Reibungen und Hindernisse fördern Revolutionen; Krankheiten schufen immer die Kühnsten.

dieser Art. Aber es hieße auch wenig Sinn für Geschichte haben, wollten wir vergessen, daß jede Weiterentwicklung der Menschheit neben dem Auf und Ab der Generationen auch die Stufenfolge — „abwärts“ eines Organischen ist . . .

Der Individualismus zerstörte nun den religiösen Lebensstil eines mittelalterlichen Universalismus fast vollständig und schuf den „Glauben“ (um einmal dieses Paradoxon zu gebrauchen), daß die Welt durch die Triumphe einzelner großer Persönlichkeiten zu retten sei. So wenig die nivellierende Gleichmacherei und damit Abtötung jeder schöpferischen Individualkraft der Ausdruck unserer Bemühungen sein kann (zwei bedeutsame Interjektionen, die man uns Sozialisten stets vorwirft), so wenig glauben wir auch, daß der Individualismus den „hygienischen“ Stil einer ganzen Menschheit schaffen kann. Darauf aber kommt es an. Dieser Bedacht ins Problematische gedreht, d. h. die Frage: Ist es überhaupt Sinn des Weltverlaufs, alle Menschen glücklich zu machen, aufzustellen, heißt, zwischen Christentum und Sozialismus, heißt, zwischen Erlöserglauben und Gesundheitsrotation zu entscheiden. Sicher ist der Sozialismus kein Endzustand mit Sonne, Honigbergen und paradiesischen Gefilden; wollte man dies glauben, wie arm wäre unsere Phantasie dann! Aber den Individualismus dafür zu empfehlen, wäre die gleiche Hilflosigkeit, da er nichts anderes als der Generalirrtum im Sinne einer Regierung ist. Es ist ein lächerliches Unterfangen, Naturgesetze aufzuheben; den Drang zur Paarung, zum Ego, zur Liebe, zum gemeinsamen Leben, durch notwendiges Aufeinanderangewiesensein einfach abzustreichen — es geht nicht.

Doch wir verstehen, daß diese seine Andacht an das alleinseligmachende Ego nicht nur die überhebende verschrobene Pathetik einer Jugendlichkeit zu sein braucht, sondern auch die Untergangsstimmung einer verzweifelten Generation sein kann; einer Angst vor dem kommenden Nichts oder das Lebensstadium eines irgendwie seelisch oder geistig Verunglückten — sie aber zum Prinzip einer Welt- und Lebensauffassung zu erklären und diese mit einem philosophischen Mäntelchen zu umhängen, gleicht der Ahnungslosigkeit eines Primaners vom Verlauf der Dinge. Noch mehr, es gehört Dummheit dazu. Sich aufgeben, den Kopf in der Schlinge, das Bekenntnis zum Tod oder zur Stagnation im Sinne eines Schopenhauerschen, Strindbergischen Pessimismus auf den Lippen, ist noch zu verstehen — Ultraradikalismen aber wie bei Max Stirner sind nur Literaturgewächs. Die Realität der Zeit geht darüber hinweg.

Was sagt es nun gegen das Abrutschen in den sicheren Untergang, wenn zwischendurch noch einmal die Romantiker eine Bindung versuchten? Die Kopie des Mittelalters mag für den Aestheten und Antiquitätenhändler glänzend gelungen sein — wir erfahren durch die Geschichte die Dürre dieser Haltung. Verdanken wir den Romantikern auch die Erweckung unserer Volkslieder, bemerken wir eine gewisse Abneigung für das Renaissanceideal und eine Hinwendung zu den Kräften des Volkstums, das verstaubt in den Bibliotheken der Klosterschulen, Stadthäuser und Universitäten verborgen lag, so blieben sie letzten Endes doch nur eine geringe psychologische Bedeutsamkeit im Rahmen eines etwas sentimental Typus. Darum gingen sie auch, das furchtbare Kommende ahnend, in das ruhsame Begräbnis der katholischen Kirche — so Brentano, so viele andere seiner Zeitgenossen.

Da auch dieser Ausweg für die von Gesetz und Form Abgetrennten keine Rettung war, ergab man sich dem letzten, schon von der Aufklärung vorbereiteten Trost: dem Materialismus! Auch seine Unabänderlichkeit soll nicht bestritten werden; sie erklärt seinen Wert. Er war aber für die Tieferdenkenden und für uns Heutigen, die wir referierend dahinterstehen, eine Begeisterung, die die Furchtbarkeit dieser Zeit durch einen aus der Materie abstrahierten Gott zu übertönen versuchte. Feuerbach erhob die Substanz der Dinge zur Religiosität — und es ist sicher, daß trotzdem eine Aussicht blieb. Wenn auch das Rationale immer nur zersetzend im Irrationalen leben kann: dem Materialismus gelang scheinbar die Identifizierung mit einem Göttlichen! Rudolf Kayser bespricht in seinem Büchlein „Die Zeit ohne Mythos“ (Verlag Die Schmiede, Berlin), das auch an dieser Stelle mit Ausdrücklichkeit empfehlend genannt werden soll, diese an sich etwas seltsame Mischung so: „Man übersieht zumeist, daß jeder Radikalismus das Gegenteil seines Prinzips in sich schließt: die leidenschaftliche Ablehnung der Metaphysik durch den Materialismus ist selbst im stärksten Maße Metaphysik: eine Weltanschauung der Totalität. Verachte man es als idealistische Träumerei, alles Sein vom Geist abzuleiten, so ist die Ableitung vom Stoff zumindest ebenso phantastisch. Dieser Begriff von Materie verfügt über eine Theologie wie kaum eine kirchliche Lehre.“

Dieses materialistische Philosophem formte nun in Karl Marx die Erkenntnis von den ökonomischen Gleitbahnen, die immer mehr und mehr den Tod der bürgerlichen Gesellschaft heraufbeschworen. Doch auch diese Erkenntnis wurde die Auflösung des letzten Kraftminimums. Die Erhebung der Materie zum welterhaltenden Organ kam über das Buch kaum hinaus, wurde kein Zusammenhalt der irrenden Seelen und endete zuletzt in der Ueberheblichkeit einer rein intellektuellen Aphoristik. Wenn Marx und Engels in ihrem Konto immerhin ein Plus buchen konnten, so lag es an der Tatsache, daß ihre Weitsicht nicht nur eine negative Kritik war, sondern eben als sozialökonomisches Thema eine gewisse Aussicht. Sonst aber war alles andere ohne Halt. Nachdem Gott, Mythos in die Trockenheit der ausgeblaßten Seelen selig eingingen, alle anderen Versuche, die Regierung der Welt wieder in die Hände eines Geistes und einer Idee zu legen, mißglückt waren, entschloß sich eine Zeit zur Uebergabe: dem Nihilismus!

Es ist nicht allzu sonderbar, die Geburtsstätte des Nihilismus, der wie alle „Ismen“, erstmals eine literarische Interpunktion war, in Rußland zu wissen. Durch Turgenjews „Väter und Söhne“ fand er 1861 den Weg vom Papier in den realeren Jahrhundertkampf der Geister. Der russische Mensch, dessen Gefühlstransparenz weiter gespannt ist und der wie der orientalische einen Gott zum täglichen Leben braucht, empfand im stärkeren Maße die Auflösung. Aber es sei als Randbemerkung gesagt, daß er sich ebenfalls wieder schneller das Gleichgewicht schuf; in Rußland erwächst aus der urchollen Seele der Bauern und Arbeiter ein Glaube, dessen Irdischkeit (!) und göttliche Fügung, dessen Grenzen und Dimensionen erst einer kommenden Generation zu begreifen vorbehalten bleibt. Den Westeuropäern war der Nihilismus das Zeichen vor dem Schlaf; in ihm endet oder beginnt alles — wie man will. Er war der Punkt hinter der Grabrede — vielleicht auch schon das Wehen eines Neuen.

So den Ablauf der Geschichte zu sehen, ist kaum dazu angetan, optimistisch zu sein. Aber es gehört nun einmal zum Vermögen des Menschen, auch noch im Tode einer glücklichen Zukunft zuzulächeln. Ohne Dogmatik und ekstatisches Getriebe sei darum einmal gesagt, wo wir — standen. Unserer Väter Grund war das Chaos, das Nichts, die Beziehungslosigkeit, die Relation von Ja und Nein, von Ungefähr und Irgendwo. Ihr Fragen nach Auswegen bezeichnete die „Krise“, den Durst und den Hunger, die Problematik. Ihr Willen forderte das Hinauf, die Schaffung einer zentralen Geistigkeit, die Menschen, Nationen, Kontinente und Erdteile bindet. Sie ahnten, daß es der Zukunft geschenkt bliebe, die Richtung anzugeben. Aber sie ließen alles unbestellt: die Häuser leer, die Aecker brach, die Seelen dürr; doch die Verzweiflungen brachen das Erdreich auf, das nun auf den Samen wartet. Wir sollen ihn säen.

„Der Zauberberg“

Thomas Manns neuer Roman

Von C. F. W. Behl

Es ist das im Guten wie im Schlimmen zauberhafte Schicksal unserer Generation, daß durch ihr gewaltigstes und furchtbarstes Erlebnis, den Weltkrieg, die Kontinuität ihrer Lebenszeit unbarmherzig auseinandergerissen wurde. Einem jeden von uns ist heute ein Teil seines eigenen Ichs zur historischen Erinnerung geworden — in einem weit geheimnisvolleren und abgründigeren Sinne, als die schlichte Tatsache, daß dem Heute das Gestern Vergangenheit bedeutet, zu erklären vermöchte. Thomas Mann, dem bedächtigsten, besinnlichsten, man kann sagen: dem epischsten Epiker unter den Lebenden, der hausälterisch mit seinen Gaben schaltend das größtmögliche Gewicht und Format ihnen abzurufen bemüht bleibt, ist dieses Zeiterlebnis im doppelten Sinne, offenbar zugestoßen. Sein großer, an Umfang wie Gehalt bedeutendster Roman „Der Zauberberg“, der soeben im Verlage S. Fischer, Berlin, in 2 Bänden, 1200 Seiten umspannend, erschienen ist, muß, wie die präzise Ausarbeitung aller Details beweist, vor 1914 zumindest konzipiert worden sein. Der Weltkrieg hat Mann die Dichtung ins Ferne, Legendäre entrückt, ihm vielleicht erst die Vollendungsreife und sicherlich das Format verliehen, so daß nun der Dichter zu Beginn in seinem „Vorsatz“ wahrhaft eine Geschichte versprechen konnte, die „mit dem Märchen, ihrer inneren Natur nach, das eine und andere zu schaffen hat“.

Mit dem Glaubensbekenntnis, daß „nur das Gründliche wahrhaft unterhaltend sei“, wendet sich Thomas Mann seinem Gegenstande zu — und, betrachtet man die sehr einfache, in wenige Sätze faßbare Fabel, so erscheint in der Tat als das Meisterhafte dieses Werkes seine ins Tiefe hinabschürfende Gründlichkeit, die freilich, zumal im ersten Bande, vom Dichter selbst nicht immer gegen jene Umständlichkeit abgegrenzt wird, die mit einem Zuviel an Detail das Anschauliche der Darstellung eher trübt als erhellt.

Der junge Hamburger Hans Castorp, vorzeitig verwaist, vom altväterischen Großvater und später vom Onkel und älteren Vettern in

einem Buddenbrook-Milieu mit angemessener Sorgfalt erzogen, leidlich vermögend, um nach Vorkriegsverhältnissen von seinen Zinsen auskömmlich und leger leben zu können, besucht nach bestandnem Ingenieurexamen zur Erholung seinen Vetter Joachim Ziemßen im Sanatorium „Berghof“ zu Davos, wo dieser eine Lungenaffektion zu heilen bestrebt ist, um dann den ehrgeizigen Traum seiner schlichten Natur, die Offizierslaufbahn, sich erfüllen zu können. Hans Castorp, der zu dreiwöchentlichem Besuche nach dem „Berghof“ kam, bleibt sieben Jahre dort, nachdem er, der suggestiven Unentrinnbarkeit des Milieus erliegend, eine „feuchte Stelle“ in seiner eigenen Lunge offenbart hat. Er erlebt nach mehr denn Jahresfrist die „wilde Abreise“ des Vetters, den die Ungeduld ins Flachland und zur Fahne treibt; erlebt seine Heimkehr auf den „Zauberberg“ und seinen Tod nach flüchtigem Lebensrausche im Militärdienst. Er erlebt, innerlich dem Flachlande entfremdet, schließlich sein ganzes Dasein hier oben; erlebt entscheidende Begegnungen mit Menschen und endlich gar mit seiner eigenen Seele — bis der jähe Ausbruch des Weltkrieges ihn aus der Verzauberung löst und ins wirblichste, blut- und feuerfarbene Leben zurückwirft. Unwillkürlich gleitet man bei der Wiedergabe der Fabel schon hinüber in den Sinn, um dessentwillen sich Thomas Mann ihrer in mühsamer, ebenfalls fast siebenjähriger Arbeit bemächtigte. Es ist das Märchen von einem Menschen, der verschwenderisch mit dem Zeitgut, diesem relativsten, vielfältigsten aller menschlichen Güter umgeht. Hans Castorp, ein eher simples Gemüt (um eine Nuance freilich weniger eingeleisig, geradlinig als der brave soldatische Vetter), wird durch die „kleine feuchte Stelle“ ebenso wie durch die faszinierende Erscheinung der östlichen Sphinx und Lebensabenteurerin Clawdia Chauchat an den „Berghof“ gebannt, wo er ewig bleiben würde, risse ihn nicht der Krieg in seinen Strudel hinab. Eine leicht dekadente Natur, der die Erfüllung des Lebens am bequemsten auf dem eigentlich schwereren Umwege „über den Tod“ zugänglich ist, scheitert er an diesem großen, hoch über dem wild von Leidenschaften und Wahnsinn, von Sensationen körperlicher und seelischer Art zerrissenen Europa ragenden Zauberberg Davos. Etwas von der alten morgenländischen Sage vom Magnetberg ward hier lebendig. Von allen Arten europäischen Lebens ist der und jener durch irgendeinen Defekt seiner Leiblichkeit hierher verschlagen. Mit der Meisterschaft seiner präzisen, Körper und Seele gewissermaßen abtastenden Charakterisierungskunst, die weniger schöpferisch gestaltet als anatomisch zusammensetzt, läßt Thomas Mann rings um den zeitvergessenen, zeitvergeudenden Jüngling die einzelnen Zauberberggefährten in Erscheinung treten: den italienischen Humanisten und Menschheitsschwärmer Settembrini etwa, einen Freimaurer und veredelten Zivilisationsliteraten (mit Zügen, die einigermaßen an Heinrich Mann erinnern) und seinen Widersacher im Geiste, Leo Naphta, den talmudistischen Jesuiten, versprengten Sprößling des galizischen Gettos und christlichen Kommunisten. Sie beide kämpfen in großen Debatten, deren Aufzeichnung die geistige Hauptleistung der Dichtung bedeutet, um die Seele des von ihnen zu eigenem Denken erweckten Hans Castorp. Es ist ein in jeder Phase spannender Zweikampf zwischen dem reinen Geist und der reinen Gesinnung, der da um die ewig unlösbaren und ewig verlockenden Menschheits- und Menschlichkeitsfragen geführt wird — bis ein Duell mit dem Selbstmorde des Fanatikers Naphta den ende-

losen Widerstreit jäh abbricht. . . Die dichterisch lebendigste Figur des Romans ist der holländische Nabob Mynheer Peeperkorn, den sich Clawdia Chauchat, die Venus des Zauberbergs, von einem abenteuerlichen Ausflug in die Welt der Gesunden nach dem „Berghof“ mitbringt — sehr zum Verdrusse Hans Castorps, den die Faschingsnacht vor der „wilden Abreise“ Clawdias mit flüchtigen Stunden erfüllten Rausches beschenkt und mit harrender Sehnsucht desto willensloser in den Zauberkreis des Sanatoriums gebannt hatte. Thomas Manns feinste, leicht schmunzelnde Humore umspielen die Gestalt des ehrfurchtgebietenden Holländers mit den majestätischen Stirnfalten, und es ist köstlich, zu erleben, wie er, der gewissermaßen vegetativ-visionär erlebt und den chaotischen Reichtum seines Innern in fragmentarischen Brocken aus sich herausschleudert, in souveräner Unbekümmertheit um alle feinen Florettkünste des Geistes durch seine bloße Existenz, sein Da-Sein den Sinn des ganzen Kampfes zwischen Settembrini und Naphta auflöst. . . Es ließe sich noch vieles von den vielerlei Gestalten aussagen, mit denen Mann seinen Zauberberg bevölkert hat: von dem gutartigen Zyniker Hofrat Behrens, von der ungebildeten Frau Stöhr, von dem kläglichen Toggenburg Wehsal u. a. m. Der Kritiker fühlt sich beinahe zu der Gründlichkeit Thomas Manns hingerissen, der den ganzen Umkreis seines eigenen Erlebens und Denkens hier gemächlich und betrachtsam umschreitet, bald von der Wesenlosigkeit der Filmkunst handelnd, bald eine Philosophie des Weckglases spielerisch anregend, dann wieder bei Gelegenheit einer Grammophonmusik Opernparaphrasen allzu liebevoll ausspinnend, ein Fieberthermometer mit homerischer Freude am Gegenständlichen beschreibend oder gar die höchst fragwürdige Erregung einer okkultistischen Totenbeschwörung auf den Leser übertragend. . .

Es ist fürwahr ein reiches, vielfältiges Werk, das er uns schenkte, die imposante und den Leser hundertfältig bereichernde Fleißleistung eines Dichters, der zwar kein Magier ist wie der im Visionären lebende, von Gestalten und Gesichtern umdrängte Gerhart Hauptmann; der nicht wie dieser den Zauber aus seiner Seele hervorzuspinnen vermag — der aber, Pünktchen sorgsam an Pünktchen fügend, um seinen Helden einen Zauberkreis zog, in dessen lebendigem Bezirk das ganze Dasein Europas, des westlichen und des östlichen, sich symbolisch spiegelt. So wird das Märchen von Hans Castorp, der, durch die seelische Berührung mit Krankheit und Sterben zum Bewußtsein des Erlebens hingerissen, eine Sublimierung seiner an sich belanglosen Existenz erfährt, bedeutendes Gleichnis einer Zeit, die wir alle erlebten und die sich in uns längst zur schattenhaften Historie gewandelt hat.

Die 1000 Lügen des „Lokal-Anzeiger“

Der feige Verleumder und journalistische Lump, der in dem von der Schwerindustrie ausgehaltenen „Berliner Lokal-Anzeiger“ exkrementiert, hat die übliche Wochenlüge diesmal besonders kapital geleistet.

Er schreibt am 15. März, daß Herr Jarres Aussicht auf entscheidenden Sieg, der einen zweiten Wahlgang erübrigen würde, habe. Wörtlich: „Daß dem so ist, rechnet uns — gewiß nicht sehr gern — der ‚Vorwärts‘ selber klar aus. Er stellt fest, daß nach dem Stimmenergebnis der Reichstagswahl die Kandidatur Jarres mindestens 700 000 Stimmen mehr für sich habe, als die ganzen Splitterkandidaturen der Weimarer Koalition zusammen. Damit stellt der ‚Vorwärts‘ die Möglichkeit eines Sieges der Kandidatur Jarres im ersten Wahlgang fest.“

Das Umgekehrte ist richtig. In der Nummer vom 9. März hat der „Vorwärts“ die nachstehende Rechnung aufgemacht:

Deutschnationale, Volkspartei, Wirtschaftspartei, Völkische, Bayerische Volkspartei, zusammen: 13 060 990 Stimmen.

Sozialdemokraten, Zentrum, Demokraten, zusammen: 13 916 917 Stimmen.

Demgemäß stellt der „Vorwärts“ fest: Vorsprung vor der Rechten: 855 927 Stimmen.

Und fährt dann fort: „Rechnet man die Splitter ohne weiteres zur Rechten, so bleibt immer noch ein Vorsprung von mehr als 700 000 Stimmen.“ Wir fordern den „Berliner Lokal-Anzeiger“ auf, uns zu beweisen, daß wir im Unrecht sind, wenn wir auf Grund des vorgedruckten Tatsachenmaterials behaupten, daß er ein ebenso dickfälliger wie schamloser Lügner ist.

Breuer

KARIN MICHAELIS

Das gefährliche Alter

TAGEBUCH-AUFZEICHNUNGEN U. BRIEFE

181.—185. Tausend

Geheftet Rm. 3.—

Gebunden Rm. 4.—

In jeder Buchhandlung zu haben

SLG

Wenn es Karin Michaelis gelingt, ihr Zeitalter in Furcht und Schrecken zu versetzen, vor den zügellosen Gelüsten einer Vierzigjährigen, so ist es ein Beweis ihrer dichterischen Kraft, auf die sie stolz sein kann. „B. Z. am Mittag.“

Ein unheimliches Buch . . . Es packt einen das Grauen. „Berliner Lokal-Anzeiger.“

Das offene sexuelle Bekenntnis einer Dame im gefährlichen Alter . . . Es erscheint als Pflicht, auf den tiefsten Charakter des Buches hinzuweisen. „Berliner Tageblatt.“

Concordia
Deutsche Verlags-Anstalt
Berlin SW 11

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln
Verantwortlich für die Anzeigen: P. Kolmetz, Berlin
Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451
Druck: Photogravur O. m. b. H., Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 122/123.

Neue Kritiken:

V O S S I S C H E Z E I T U N G :
Ein Lesebuch im schönsten Sinne! Diese Weltgeschichte ist das Werk des Modernen. Die Weltanschauung der Moderne prägt sich darin aus, von der Schilderung der Kosmogonie an bis zum chiliastischen Ausblick. Gott, Nation, Vaterland: das alles sind für Wells Formen, über die das Geschehen hinausführt. Er ist tolerant, er ist voller Verständnis, er fundiert sein Buch soziologisch, aber er vergißt das Geistige nicht. Die Geschichte führt, das ist seine Meinung, zum freien selbstgewollten Zusammenschluß aller Völker.

B E R L I N E R M O R G E N P O S T :
Wells betrachtet die Geschehnisse auf unserem Erdball in ihren großen Zusammenhängen. Die Potentaten sind ihm Nebensache, das Volk, das namenlose, mißachtete, rückt in den Brennpunkt. Bei solcher Betrachtungsweise ist es nur folgerichtig, wenn Wells in seinem Buche zugleich eine Geschichte der Kultur gibt. Die Entwicklung der Sprache und der Schrift findet sich darin gleichermaßen wie die Entstehung des Christentums, des Buddhismus und des Islam. Immer und immer wieder wird auf die großen Beziehungen verwiesen. Der Westen spielt nicht mehr die alleinige Hauptrolle; die großen Geschehnisse des Ostens, die den Westen so tief umgestalteten, erfahren ihre gebührende Würdigung. In Wells' Betrachtungsweise gewinnen die Dinge ein überraschendes Gesicht.

B E R L I N E R N A T I O N A L Z E I T U N G :
Dies ist das meistgedruckte wissenschaftliche Buch in englischer Sprache und, wie die Umfrage einer amerikanischen Zeitung ergibt, das meistgelesene Buch in Amerika.

In Ganzleinen gebunden mit vielen Karten u. Bildern, 760 Seiten, 20 Mark

Wells, Grundlinien der Weltgeschichte

Das große Buch des Jahres!

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW 68

DIE FINANZ-SKANDALE DES KAISERREICHS

VON KURT HEINIG

5 BOGEN, IN HALBLEINEN GEBUNDEN 2.50 MARK



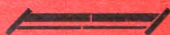
Wir haben die Herausforderung angenommen!

Es war kein Vergnügen, in die Atmosphäre des berüchtigten Schieber- und Gründersumpfes der Vorkriegszeit zu steigen. Aber es blieb nichts übrig.

Hier ist das Ergebnis:

Als Gründer, Aufsichtsräte, Unternehmer oder Großaktionäre, die an Schwindelfirmen der Kaiserzeit beteiligt waren, präsentieren wir:

18 Herzöge, Prinzen und Fürsten, 31 Grafen und Barone, 12 Minister, 18 hohe Staats- und Justizbeamte, 14 Generale und Offiziere bis zum Leutnant hinunter, 3 Gouverneure, 16 Oberbürgermeister und Stadträte, 11 Land-, Hof-, Kammer- und Legationsräte, 12 Kommerzienräte, 5 Konsuln, 2 Oberhofmarschälle, 7 Generaldirektoren, 12 Großkaufleute, 16 Bankiers (darunter kaiserliche und königliche) usw.



Der Nationalliberalen Partei schrieben sich 40, der Konservativen 26, der Freisinnigen 7 Herren zu; fast alle von ihnen gehörten dem Reichstag oder dem Landtag an.

Werden die Barmatschreier jetzt schweigen?



Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68

Die Glocke

BEGRÜNDET VON PARVUS

Inhalt:

- Robert Breuer: }
 Wilhelm III. 1683
- Kurt Heinig: **Deutschnationale
Finanzreform** 1685
- Herman Kranold: *Die Huldigung des
Lasters* 1689
- Hans Här: *Der Strohmannenunfug und
die Aufsichtsratsvergütung* 1694
- Prof. Heinrich Cunow: *Ein Geschichts-
werk für das Volk* 1698
- Dr. H. Hallmann: *Herr Hermann Wendel
als Historiker* 1702
- Hermann Wendel: *Kerns Prügelknabe* . 1705
- Adolf Behne: *Die Kunst vor dem Richter* 1708
- Arthur Eloesser: *Segel am Horizont* . . 1712

Verlag für Sozialwissenschaft

Berlin NW 68

Lindenstr. 114



Preis 30 Pfennig

FRITZ EBERT



**EIN
GEDENKBLATT
VON PAUL KAMPFFMEYER**

V I E R T E A U F L A G E

**NEU DURCHGESEHEN UND
MIT EINEM NACHWORT
VERSEHEN**

**AUF HOLZFREIEM PAPIER GEDRÜCKT
UND MIT EINEM BILDNIS FRIEDRICH
EBERTS, NACH EINER RADIERUNG
V O N N E L L Y K E I L
KARTONIERT PREIS M. 1,50
IN HALBLEINEN GEBUND.
PREIS MARK 2,50**



VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT

B E R L I N S W 6 8

Wilhelm III.

Von Robert Breuer

Herr Jarres bewirbt sich um die Präsidentschaft der Republik. Fünfzig Prozent seiner Wahlmacher aber empfehlen ihn als Reichsverweser und Platzhalter für kommende Glorie. Nach diesen Herren, die man nicht nur in den östlichen Provinzen, die man auch in Berlin das Krönungsmaul aufreißen sehen kann, ist Herr Jarres nicht gerade Wilhelm III., wohl aber dessen Wärmkruke. Dabei hat er aber sonst soviel Aehnlichkeit mit dem letzten der abhanden gekommenen Monarchen, daß man es beinahe für ungerecht halten kann, nicht ihn (Ihn) höchstselbst als den dritten Wilhelm von des Königs Laufburschen proklamiert zu sehen. Er hat alle erforderlichen Qualitäten; er ist vor allem ein unehrlicher Romantiker und ein taktloser Schwätzer.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß dieser Herr Jarres, der sich um die Präsidentschaft der Republik bewirbt, bisher noch jede seiner Reden unter dem berühmten Wald der schwarz-weiß-roten Fahnen gehalten hat. Der Mann scheint tatsächlich kein Gefühl dafür zu haben, welche Infamie solch Auftreten darstellt. Wäre Aehnliches bei irgendeinem Volke der Welt denkbar? Ein Anwärter auf die Präsidentschaft der Republik wirbt um die Stimmen des Volkes im Zeichen derer, die dieser Republik giftigste Feinde sind, im Zeichen derer, die die Vertreter der Republik morgen bespeien und verleumden. Umgeben von den Raufbolden des Stahlhelms und der übrigen Dolch- und Giftorganisationen, spricht dieser Präsidentschaftsanwärter und schämt sich nicht (nach dem „Berliner Lokal-Anzeiger“), die Reichsfarben, die Flagge der Republik, öffentlich eine Geschmacklosigkeit zu nennen. Dieser Skandal ist so unerhört, daß besonders das parlamentarische Ausland von vornherein jeden Respekt vor einem Präsidenten der deutschen Republik verloren haben müßte, der im Namen einer Republik spräche, einer Republik, die er mißbilligt, verachtet und deren Gewalt er durch den Terror der Monarchisten empfangen hat. Die weltpolitische Taktlosigkeit des Herrn Jarres liegt offenkundig da; sie ist auch von Wilhelm, dem negativen Völkerschreck, nicht überboten worden.

Taktlosigkeiten, die ganz unnützerweise geeignet sind, die deutsche Außenpolitik zu belasten, ohne daß hinter ihnen eine wahre politische Absicht, zum mindesten aber keine politische Macht steht, spuckt Herr Jarres genau so billig aus, wie weiland der Admiral der deutschen Ozeane. Es ist nur gut, daß, vorläufig jedenfalls, die Regierungen, mit denen das deutsche Auswärtige Amt und damit das deutsche Volk Außenpolitik machen will, Herrn Jarres noch nicht für voll nehmen; die Sache aber könnte doch sehr anders werden, wenn dieser barocke Sprüchemacher das höchste Amt der Republik zur Verwaltung bekäme. Man muß sich erinnern; Herr Jarres sprach: „Die Schranken des sogenannten polnischen Korridors empfinden wir als eine Verhöhnung des gerade von den Polen in Anspruch genommenen Selbstbestimmungsrechts

der Völker . . . Dieses in der Theorie mit schönen großen Worten hochgetriebene elementare Lebensrecht eines Volkes ist durch die Praxis des Völkerbundes in sein direktes Gegenteil verkehrt worden.“ Er spricht unter dilettantischer und nun gerade oft genug als lebensgefährlich erkannter mißbräuchlicher Inanspruchnahme Englands, von der Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände unserer Ostgrenze, und davon, daß sich hier ein gefährlicher Zündstoff anhäufe, der eines Tages zur Entladung kommen könne, und ferner davon, daß die ganze Lage nach einer Revision des jetzigen unhaltbaren Zustandes dränge. So töricht versucht Herr Jarres die Interessen der deutschen Ostgrenze wahrzunehmen, während die Polen alles daransetzen, um die im deutschen Garantie-Angebot anerkannte Westgrenze durch eine Anerkennung der Ostgrenze zu ergänzen. Man könnte beinahe annehmen, daß die Polen ihren Teil zum Wahlfonds des Herrn Jarres beigetragen haben. Herr Jarres spricht dann weiter davon, daß ein bedingungsloser Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ein gefährliches Spiel sein würde, und daß unserer besonderen Lage inmitten des waffenstarrenden Europas seitens des Völkerbundes Rechnung getragen werden müßte. So plump wiederholt Herr Jarres Forderungen, die schon seit langem durch die beamtete Stelle Deutschlands dem Völkerbund und den hinter ihm stehenden Mächten vorgetragen worden sind, so plump wiederholt er diese Forderungen in einem Augenblick, wo sich die in der Bildung begriffene Antwort des Völkerbundes umrißhaft schon erkennen läßt. Herr Stresemann dürfte an seiner Strohpuppe kein reines Vergnügen haben. In Nürnberg hat Herr Jarres dann auch noch den wahrhaft wilhelminischen Ausspruch getan: „Deutschland vergißt, das, was ihm genommen ist, nicht, und das, was äußerlich von uns getrennt ist, gehört auf die Dauer doch zu uns.“ Die französischen Nationalisten, die auf die Anerkennung der französischen Westgrenze durch Deutschland pfeifen, hätten sich einen besseren Helfer als Herrn Jarres kaum bestellen können. Dieses Mannes Getön kann wahrhaft konkurrieren mit den haltlosen Deklamationen, die dreißig Jahre hindurch dem deutschen Volke Schaden und Gefahren gebracht haben. Man muß immer wieder fragen, ob sich Herr Stresemann wirklich für einen solchen Herkules hält, daß er seine gewiß schwierigen Aufgaben in einer fast masochistischen Weise noch schwieriger machen lassen will. Wenn Herr Stresemann aber schon dergleichen dulden zu müssen glaubt, wenn er dergleichen als Hypnose für die deutschnationalen Stürmer für nötig hält: das deutsche Volk braucht sich auf solch Drahtseil nicht zu begeben. Es wird besser daran tun, Herrn Jarres in den Abgrund zu stürzen.

Diese schwarz-weiß-rote Maultrommel ist eben nur ein Stück mehr aus dem Rauscharsenal unseres Herrn Außenministers und der das Portemonnaie sichernden Schwerindustrie. Die schwarz-weiß-rote Flagge und all das nationalistische Geseicht, das aus der republikanisch-melancholisch, erfüllungsweinerlich gestopften Monarchiefanfane des Herrn Jarres tröpfelt, diese demagogischen Suggestivmittel sollen dazu dienen, die aufgepeitschten Instinkte der völkischen und der deutschnationalen Wähler zu irritieren. Wie not das tut, das zeigt am besten der Beschluß der Alldutschen, Herrn Stresemann vor den Staatsgerichtshof zu stellen, weil er Elsaß-Lothringen verraten wolle. Durch seine Pressestelle läßt der Herr Außenminister verbreiten, daß er darob lache. Das wollen wir ihm gern glauben; nur möchten wir die Möglichkeit,

daß er darüber lachen kann, nicht gar zu teuer bezahlen, und es scheint uns eben, als ob der schwarz-weiß-rote Chor und der schwatzende Reichspräsident, den sich Herr Stresemann bestellt, das deutsche Volk zuviel kosten oder zum mindesten kosten könnten. Wir glauben schon, daß Herr Stresemann das dumme Zeug, das der Herr Präsidentschaftskandidat plappert, nicht gar so schwer nimmt. Wir können uns gut vorstellen, daß ihm Schwarz-Weiß-Rot verteufelt gleichgültig ist. Er wollte ja wohl durch die Hereinnahme der Deutschnationalen in die Regierung diese Deutschnationalen spalten; er will ja wohl die Deutsche Volkspartei als Partei der Schwerindustrie zur ausschlaggebenden machen; er sieht ja wohl die zwei Parteien der Zukunft, die der Kapitalisten und die der Arbeitnehmer, heraufmarschieren und will an der Spitze der des Kapitals stehen. Das alles ist uns geläufig. Aber gerade darum müssen wir diesen grausamen Spuk zerreißen. Wir müssen die Kulissen durchstoßen, um die dahinterstehenden Akteure der Schwerindustrie zu treffen. Herr Jarres ist nur ein Versatzstück und die vaterländischen Verbände werden von der Schwerindustrie nur noch unwillig und jedenfalls nur noch spärlich ausgehalten. Die Schwerindustrie, und was es sonst an Kapitalismus in Deutschland gibt, die machen sich nur noch wenig Kopfzerbrechen über Staatsform und nationale Ehrenpunkte; für die handelt es sich um die Lastenverteilung, um Steuern, Zölle und Dividenden. Die plutokratische Republik ist ihnen lieber als ein soziales Kaisertum, und wenn sich unter Schwarz-Rot-Gold gut verdienen läßt, werden sie Schwarz-Weiß-Rot gern dahinfahren lassen. Aber heute braucht man noch die Popanze, um die monarchistischen Ideologen und sonstigen Narren zu ködern. Monarchie und Schwarz-Weiß-Rot sind jedenfalls billiger als Aufwertung. Das ist der Drehpunkt, zugleich aber auch der Gefahrenpunkt, denn leicht kann geschehen, daß man die Geister, die man rief, nicht bannen kann. Und darum ist es schon besser, auf den Hampelmann, den sich die Schwerindustrie, als dritten Wilhelm köstümiert, ausgesonnen hat, zu verzichten und lieber einen Mann zu wählen, der Form und Inhalt der Republik zu wahren weiß, einen Mann, der die Form, wie sie sich das Volk schuf, mit dem Inhalt, wie ihn die breiten Massen der Arbeitenden brauchen, zu füllen weiß.

Nicht einen Pseudo-Wilhelm!

Keinen Agenten der Schwerindustrie!

Einen besonnenen, entschlossenen Kopf dem Volksstaat!

Deutschnationale Finanzreform

Stichproben aus den Gesetzentwürfen

Von Kurt Heinig

Kürzlich hagelte es Steuergesetzentwürfe; seither ist es davon leider zu still geworden. Das ist bedauerlich: die Steuergesetzentwürfe sind wichtige Bekenntnisse und Erkenntnisse deutschnationaler Regierungspolitik. Blättern wir in ihnen.

Grundsätzlich: Die Steuerentwürfe leiten endgültig aus der Sphäre der Inflationssteuerwirtschaft und -gesetzgebung heraus, sie bereiten den Weg für die Aufbringung der Dawes-Lasten, und sie sind finanzministeriell, plutokratisch, arbeitnehmerfeindlich.

Inhaltlich: Die Steuerentwürfe sind, zumal in ihren Begründungen, zum Teil hochqualifizierte eindringliche Arbeiten ernster Spezialisten, deren soziales Verständnis für die breite Masse des Volkes in dem Ansturm plutokratischer Argumente ertrunken ist.

Sachlich zerfallen die Gesetzentwürfe in drei Gruppen:

1. Festigung der steuerlichen Reichseinheit:
Entwurf eines Gesetzes über Aenderungen des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden;
Entwurf eines Reichsbewertungsgesetzes.
2. Ueberführung der Steuergesetzgebung in den Dauerzustand:
Entwurf eines Gesetzes zur Ueberleitung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in das regelmäßige Veranlagungsverfahren (Steuerüberleitungsgesetz).
3. Plutokratische Steuerreform:
Entwurf eines Einkommensteuergesetzes,
Entwurf eines Körperschaftsteuergesetzes,
Entwurf eines Gesetzes über Vermögen- und Erbschaftsteuer,
Entwurf eines Gesetzes zur Veränderung der Kapitalverkehrssteuern und des Verfahrens,
Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer.

Zu diesen drei Gruppen gehörte — wenn es gerecht zuzuge — noch eine vierte Gruppe, das sind die nichtvorgelegten, aber dringend notwendigen Steuergesetzentwürfe:

- Schleuniger Abbau der Umsatzsteuer bis zur völligen Beseitigung,
- Besteuerung der Inflationsgewinne (Besteuerung des Vermögenszuwachses),
- endgültige Klärung der Aufwertungsfrage.

Der Tatbestand unserer derzeitigen Steuergesetzgebung ist, daß sie dem Reich viel mehr einbringt, als der Etatsvoranschlag für 1924/25 (April-März) vorgesehen hat, daß für 1925/26 in verstärktem Maße das gleiche geschehen wird und daß demnach der Etatsvoranschlag für 1925/26 dieselben — längst praktisch als viel zu niedrig und demnach als falsch erwiesenen Voranschlagsziffern von 1924/25 wieder übernommen hat.

Die Zahlen sprechen deutlich genug:

Voranschlag 1924/25 (zwölf Monate)	5,2 Milliarden.
Tatsächliche Einnahmen April 1924 bis einschließlich Februar 1925 (elf Monate)	6,7 Milliarden.

Die Februareinnahme betrug 648 Millionen Goldmark; rechnet man einen gleichen Betrag (für den Monat März) dem Aufkommen des ablaufenden Etatsjahres hinzu, so ergeben sich rund 7,350 Millionen Goldmark Reichssteuereinnahme, statt, wie für das vergangene Jahr vorgesehen und für das neue Jahr wieder in den Etat übernommen, noch nicht 6 Milliarden! (Bei den Ziffern ist zu beachten, daß sie die Post- und Eisenbahnüberschüsse noch nicht enthalten.)

Um das wichtigste aus der „Steuerreform“ voranzustellen: Für die Arbeitnehmer enthält die gesamte deutschnationale Steuerreform

trotz dieses Ueberflusses an Einnahmen nichts anderes als die Bestimmung, daß in Zukunft bei weniger als 8000 Mark Jahreseinkommen und mehr als sechs Kindern — Steuerfreiheit eintritt! Das scheint das Jarres-Ideal zu sein, für das jetzt die sechzehnjährigen Werwölfe und Wickinger mitkämpfen. (Sie selbst zählen noch zur Unterhaltspflicht ihrer Väter, weil sie — natürlich nur steuerlich — als minderjährig gerechnet werden.)

Blättern wir nun in den einzelnen Gruppen der Schlieben-Lutherschen Steuervorschläge.

Für die steuerliche und finanzielle Reichseinheit, für die große Weimarer Reform von 1919/20 zeichnete an erster Stelle die Sozialdemokratie verantwortlich; Erzberger hat mit für jene Ideen sein Leben lassen müssen. In der Begründung zum Entwurf eines Finanzausgleichsgesetzes schreibt der Deutschnationale v. Schlieben, daß die — „bleibende geschichtliche Bedeutung“ der Weimarer Finanzreform darin liege, daß „das Reich die einheitliche Bewirtschaftung der Steuerkraft und die Verteilung des Steueraufkommens übernehmen hat“.

In der Begründung zum Entwurf eines Reichsbewertungsgesetzes (einheitliche Bewertungsgrundsätze für alle Steuergrundlagen) schreibt der Deutschnationale v. Schlieben: „Solange mit der Wertfeststellung für einen Gegenstand mehrere Behörden befaßt sind, wird es sich . . . nie erreichen lassen, daß beide Behörden auch tatsächlich für denselben Gegenstand genau denselben Wert feststellen . . . es würde ein reiner Zufall sein, wenn verschiedene Behörden die tatsächlichen Verhältnisse genau übereinstimmend beurteilen würden.“

Aber, aber, Herr v. Schlieben! So was denkt man, aber so was sagen, dazu noch vor der Präsidentenwahl, ist das nicht eine Jarreselei? Was werden die Partikularisten antworten, und was die schwarz-weiß-rot-gesinnungstüchtigen Beamtenklubs?

Wenden wir uns zum Steuerüberleitungsgesetz. In der Begründung des Entwurfes wird betont, daß es bei den Vorauszahlungen für Einkommen- und Vermögenssteuer — diese Vorauszahlungen sind erst vor einigen Monaten beachtlich ermäßigt worden — für 1924/25 sein Bewenden haben solle; eine nachträgliche Veranlagung erfolgt nicht. „Man“ hatte angenommen, daß die Wirtschaft sich verhältnismäßig schnell erhole „und daß demgemäß schon für den größten Teil des Jahres 1924 mit leidlichen Einkommensverhältnissen gerechnet werden könne. Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Namhafte Kreise der Wirtschaft haben im Jahr 1924 kein Einkommen gehabt oder sogar mit Verlust gearbeitet. Wollte die Reichsregierung auf den wirtschaftlichen Ergebnissen des Jahres 1924 eine allgemeine Veranlagung des Einkommens für 1924 aufbauen, so würde — darüber kann kein Zweifel bestehen — ein großer Teil der . . . geleisteten Einkommensteuer- und Körperschaftsteuervorauszahlungen wieder zurückgezahlt werden müssen.“

Also darüber „kann kein Zweifel bestehen“, daß 1924 so gut wie nichts verdient worden ist, und daß eigentlich zurückgezahlt werden müßte — wir fürchten, daß viele Leute mit gesundem, nüchternem Verstand zweifeln, obwohl es Herr v. Schlieben verboten hat.

Bei solchen Auffassungen wird es verständlich, daß der neue Entwurf des Einkommensteuergesetzes den schönen § 33a des geltenden Zustandes beibehält, daß nämlich noch nicht realisierte Gewinne steuerfrei bleiben, während noch nicht realisierte Verluste bei der Steuererklärung vom Gewinn abzusetzen sind. Natürlich geschieht dies „nicht im Interesse der Einzelwirtschaft, sondern im Interesse der Gesamtwirtschaft ...“

Im übrigen ist der Steuertarif für die höchsten Einkommen von 65 auf $33\frac{1}{3}$ Proz. herabgesetzt worden, denn: „das Kapitalvermögen ist durch die Inflation im größten Umfang verloren. Es wird sich erst langsam wieder bilden. Dieser Prozeß muß aus volkswirtschaftlichen Gründen gefördert werden.“ Kleine Sparkassenkonten scheinen die Kapitalneubildung weder darzustellen noch auch nur zu fördern, deswegen sollen schon 50 Mark Sparkassenzinsen der Besteuerung unterliegen.

Das Körperschaftssteuergesetz birgt die Ueberraschung der Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Diese Besteuerung sei ohnedies schon lange umstritten, meist sei sie im Reichstage „mit nur kleinen Majoritäten abgelehnt worden“. Im Industriebelastungsgesetz (!) seien die werbenden Betriebe des Reichs, der Länder und der Gemeinden aufbringungspflichtig gemacht. Dieser Grundsatz müsse jetzt auch auf die laufenden Steuern des Reiches vom Einkommen und Vermögen ausgedehnt werden. Durch die Ersparnis der Steuern würde den öffentlichen Betrieben ein „nicht zu rechtfertigender Vorsprung vor den privatwirtschaftlichen Betrieben gewährt“. Das sei nicht mehr auszuhalten. Und „überdies zwingt die steuerliche Belastung zu rationellster Wirtschaftsführung“. (Es wird gebeten, nicht zu lachen, weil es zum Heulen ist!)

Die Vermögenssteuer soll selbstverständlich die Kapitalneubildung nicht stören, und die Erbschaftsteuer nicht die stinnesche Steuerhinterziehung. Diese Gesetzentwürfe sehen deswegen entsprechend aus.

Die Kapitalverkehrssteuern sollen wieder auf den Vorkriegsstand herabgesetzt werden. (Die Spekulation klagt schon lange über die hohen Unkosten!)

Zur Bier- und Tabaksteuer sei nur ein Satz aus der Begründung des Gesetzentwurfs angeführt. Es heißt da:

„Die Reichsregierung glaubt, daß eine Verdoppelung dieser Belastung (der Biersteuer) noch getragen werden kann, ohne daß ein allzu großer Verbrauchsrückgang die erwartete Mehreinnahme vereiteln würde. Das wird besonders dann der Fall sein, wenn die Abwälzung der Steuererhöhung weder vom Braugewerbe noch namentlich von den Gastwirten zum Anlaß von Preissteigerungen genommen wird, die über das durch die Steuererhöhung bedingte Maß hinausgehen.“

Wenn nun aber das Braugewerbe — „welches die Zeit der Geldentwertung verhältnismäßig gut überstanden hat“ —, und namentlich die Gastwirte, dennoch die Steuererhöhung zum Anlaß nehmen, und so weiter — was dann, hochverehrte augenblickliche Reichsregierung?

Der Leser wird zugeben, daß der Zitatestrauß aus den Begründungen der deutschnationalen Steuergesetzentwürfe nicht gerade volksfreundlich riecht. Viel wichtiger ist noch, daß er nur Sentenzen aufzeigen

kann, während doch die ganze sogenannte Steuerreform wie sozial stark wirkendes Gift zu beurteilen ist.

In welcher Richtung eine volksfreundliche Steuerreform gehen mußte, ist eben in der Zusammenstellung einer vierten Gruppe nicht vorgelegter Steuergesetzesentwürfe schon kurz umrissen. Hier soll heute nur gefragt werden, ob die Disziplin der deutschnationalen und volksparteilichen Wähler — es sind ja nicht nur Geldsäcke und Großgrundbesitzer¹ — wirklich so weit geht, daß sie stillschweigen, obwohl offensichtlich gegen sie und auf ihrem Rücken regiert wird. Der Tatbestand spricht für die Annahme dieser bizarren Möglichkeit. Daß dies aber möglich ist, scheint ein Beweis dafür, daß die sozialdemokratische Aufklärung in Wort und Schrift an die betrogenen Wähler noch nicht ausreichend herankommt. Wir brauchen eine Propagandakampagne auf dem Lande und in den kleinen Städten. Die deutschnationale Lügenkunst kann doch nicht widerstandsfähiger sein, als es die linksradikalen Illusionen gewesen sind.

Die Huldigung des Lasters

Von Herman Kranold (Hannover)

Aus Anlaß der verschiedenen Skandalgeschichten, mit denen man jetzt die Öffentlichkeit amüsiert, wird wieder mit gerunzelter Stirn von besonders schweren Verfehlungen republikanischer Politiker gegen die Gebote des öffentlichen Anstandes gesprochen. Genau so wie zur Zeit Erzbergers, gegen den man ja auch nennenswertes nicht vorzubringen wußte, wird von gewissen Seiten zielbewußt eine Krachatmosphäre geschaffen, von der man hofft, daß sie wiederum einige besonders mißliebige Politiker der Linken erstickt. Es ist sehr bezeichnend, daß man sich in den Kompromittierungsintrigen nicht um die Bespritzung kleiner Leute der Linken bemüht, sondern Leute erster Garnitur müssen heran, unter unseren Genossen z. B. Ebert, Severing, Scheidemann, Richter (Berlin), Heilmann usw., unter den Zentrumsleuten Fehrenbach, Wirth u. a. Es soll offenbar einmal wieder jemand gekillt werden, und zu diesem Zweck wird die Dreckschleuder eifrig in Bewegung gesetzt. Dabei rechnet man auf der Rechten darauf, daß das so beliebte „gesunde demokratische Mißtrauen“ in die Ehrenfestigkeit der Führer der Demokratie das Beibringen von Beweisen überflüssig, ja selbst das Bestehen von Gegenbeweisen gegen die edle Hetze unschädlich macht.

Es besteht die Gefahr, daß diese Taktik Erfolg hat. Das Abrücken von den Barmats usw. ist heute bei denen Mode geworden, die an sie herangerückt waren, aber auch bei denen, die gar nicht abzurücken brauchten. Ich finde, daß dadurch eine an sich schon trotz des besten Gewissens rein taktisch schwer zu verteidigende Position ganz unhaltbar wird. Ich halte es deshalb für geboten, daß einmal jemand, der all diesen Leuten der Gruppen Barmat usw. absolut fern steht, das mit Nachdruck ausspricht.

Wie sind die Tatbestände? Im Fall Kutisker haben Beamte der Preußischen Staatsbank, begünstigt durch mangelhafte Kontrolle von seiten der Bankleitung und durch völlig unzureichende Dienstvorschriften von seiten des Ministeriums, anscheinend grobe Pflichtwidrigkeiten be-

gangen; wobei vorläufig noch offen bleiben muß, ob sie fahrlässig, böswillig oder dumm gehandelt haben. Kutisker und die mit ihm befreundeten und verfeindeten Ehrenmänner seiner Kapitalsgruppe haben zum Teil die Staatsbank mit Kellerwechseln hineingelegt und jedenfalls bei der Schilderung der Kreditwürdigkeit ihrer Unternehmungen den Mund so stark zu voll genommen, daß man wiederum höchstens darüber streiten kann, ob sie die Grenze des gesetzlich faßbaren Schwindels überschritten oder gerade noch respektiert haben.

Ganz anders der Fall Barmat. Hier ist nach mehrwöchiger Haft der Öffentlichkeit gegenüber noch immer nicht bekannt geworden, daß den Brüdern Barmat und ihren in possenhaftem Massenaufmarsch mitverhafteten Leidensgenossen irgendein konkreter gesetzwidriger Tatbestand vorgeworfen wird. Selbst die Staatsanwaltschaft gibt jetzt zu, daß wegen der Delikte, wegen deren die Verhaftung ursprünglich erfolgte, gegen die Barmats ein begründeter Verdacht nicht mehr besteht.

Wenn man also von der Frage der Kriminalität absieht, so bleibt folgender Tatbestand übrig: Die Staatsbank Preußens, aber auch die Reichsbahn, die Reichspost usw. haben, manchmal unter Zwischenschaltung von Bankhäusern, meistens unter Versicherung der Kredite bei in- und ausländischen Gesellschaften und immer, wie es scheint, unter Forderung entsprechender Pfänder in der Zeit seit dem November 1923 großen Konzernen der Industrie Darlehen (meistens Wechseldiskonte) gegeben. Zu welchem Zinssatz und in welcher Höhe im ganzen, ist nicht klar, doch weiß man über den Zinssatz, daß er sich bei den von der Reichspost dem Michael-Konzern in der ersten Hälfte 1924 geliehenen Geldern auf ungefähr 12 Proz. jährlich gestellt haben muß, d. h. auf etwas mehr als den Reichsbankdiskont, wozu dann noch die Versicherungsgebühren und die Provisionen für die Sicherheits- (Aval-) Unterschriften auf den Wechseln kamen. Die Kredite dürften also für die Konzerne auf 20 Proz. jährlich oder darüber, gelegentlich auch auf weniger als 20 Proz. zu stehen gekommen sein. Rein finanziell ist also das Geschäft für die beteiligten Behörden nicht schlecht gewesen (über eine Ausnahme siehe unten).

Die Frage ist, ob diese staatlichen oder halbstaatlichen Stellen immer gerade den Kreditwürdigsten beglückt haben. Darüber kann man natürlich sehr verschiedener Meinung sein. Die Rentenbank hat z. B. im Dezember 1924 einen Betrag von anscheinend mehr als 200 Millionen Mark flüssiger Mittel an die Berliner Großbanken auf kurze Frist gegeben, die ihrerseits damit die Effektingeschäfte ihrer Kunden gepolstert haben, mit dem Erfolg, daß wir zum Jahresschluß ganz abnormerweise eine Börsenhausse hatten, die höhere Steuermärkte und infolgedessen größere Steuereingänge künftighin zur Folge haben wird. Die Rentenbank hatte sich natürlich nicht diese edle Fürsorge für die Reichskasse angelegen sein lassen, sondern sie machte das, was man an der Börse: Daffkismus nennt (für den Unkundigen: das Wort ist abgeleitet von dem jüdischen Wort „daffke“, welches zu deutsch etwa: „nun gerade!“ heißt). Die Rentenbank wollte nämlich dieses Geld nicht der Landwirtschaft zuleiten, um dann mit Hinweis auf die Kreditnot der Landwirtschaft den Anspruch durchzudrücken, daß das Statut der Rentenbank, das sie völlig den großagrarischen Organisationen auslieferte, auf dem Wege der Verordnung nach Art. 48, Abs. 2 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt würde. Man muß aber sagen, daß offenbar nicht nur

dieser Daffkéisismus dabei mitgesprochen hat: Schließlich muß die Rentenbank ihr Geld auch einigermaßen sicher anlegen. Sie hätte allerdings noch einen anderen Weg gehabt. Sie hätte Wechsel aus dem Portefeuille der Reichsbank in Rediskont nehmen können. Das hätte eine entsprechende Verminderung des Banknotenumlaufs zur Folge haben müssen, hätte deflationistisch gewirkt und damit die gezähmt inflationistische Politik der Reichsbankleitung durchkreuzt; es wäre auch fraglich gewesen, ob gerade in der Weihnachtszeit eine solche kleine Deflationskrise am richtigen Platz gewesen wäre. Wie die Lage ist, geht aus der Anfang Januar gegebenen Erklärung der Preußischen Staatsbank hervor, daß sie seit einiger Zeit in einer ganzen Anzahl Millionen flüssiger Mittel schwimme, für die sie keine Anlage habe. Die Preußische Staatsbank hat (wohl mit Recht) den von der Rentenbank im Dezember gewählten Ausweg nicht eingeschlagen, weil bei ihr Anlaß zum Daffkéisismus nicht vorlag. Sie hat sich aber ebensowenig wie die Rentenbank dazu entschließen können, diese Mittel kurzfristig der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Sie war freilich in leichterem Lage als die Rentenbank, denn deren flüssige Mittel waren etwa zehnmal so hoch wie die der Staatsbank.

Gegen dieses Verhalten der Staatsbank sind nun die großagrarischen Organisationen aufgestanden und haben geschrien: „Was? Die Preußische Staatsbank weiß nicht, wohin sie mit ihrem flüssigen Geld soll, und dabei ist in der Landwirtschaft solcher Kapitalmangel?“ Demgegenüber muß sanft, aber mit Nachdruck auf zweierlei hingewiesen werden: einmal darauf, daß die Landwirtschaft sich bereits mit Personalkredit für zum Teil recht unwirtschaftliche Zwecke im Lauf des letzten Jahres gründlich vollgesogen hat, und dann darauf, daß es mit der Sicherheit solcher hypothekarisch nicht gedeckter Kredite an die Landwirtschaft sehr windig aussehen würde. Schließlich sind heute die landwirtschaftlichen Kreditinstitute, die als Garanten zwischen die Staatsbank und die Landwirte hätten treten müssen, schon mit ungeheuren Haftungen überladen; Pfänder zu stellen sind sie im allgemeinen nicht in der Lage; im Vergleich zu ihnen sind die großen Industriekonzerne, gerade weil man ihnen den Kreditkorb höher gehängt hatte, heute märchenhaft solide, und zwar hauptsächlich deshalb, weil sie, wie z. B. Barmats es getan haben, Pfänder für die Kredite zu stellen in der Lage sind*).

Man könnte nun noch einwenden, daß die Staatsbank usw. unter den Konzernen sich würdigere Schuldner hätte suchen können als gerade Kutisker, Barmat, Michael usw. Die „großen“ Industriekonzerne seien ja genötigt, im Ausland Anleihen aufzunehmen, und dann wird mit großartiger Gebärde auf die Auslandskredite etwa des Phönix-Konzerns, des Sichel-Konzerns, der Zucker- und Kali-Industrie, von Thyssen und Haniel, des Stöhr-Konzerns usw. hingewiesen. Man hätte doch lieber diese „alten“, „eingesessenen“ Konzerne mit dem Geld bedenken sollen und nicht die „Emporkömmlinge“, so sagt man. Dabei wird allerdings die Kleinigkeit vergessen, daß es diesen Konzernen um langfristige Kredite zu tun ist, die sie im Ausland bekommen, die ihnen aber Preußische Staatsbank, Reichsbahn, Reichspost usw. eben nicht gewähren können. Und wer will so ohne weiteres entscheiden, ob diese

*) Inzwischen ist die Rentenbank zur Aufgabe der Politik des Daffkéisismus und sind die übrigen Geldinstitute zur Reform ihrer Geldgebarung in dem hier geforderten Sinn übergegangen.

„eingesessenen“, „alten“, „bewährten“ Konzerne solider sind als Barmat oder Michael oder ähnliche Gewächse aus den letzten zehn Jahren? Der Zusammenbruch von Becker-Stahl, die Kapitulation der Hanomag vor Lothringen und ähnliches aus dem letzten Jahr mahnen zu größter Zurückhaltung bei solchen Urteilen. Es ist also noch sehr die Frage, ob es berechtigt ist, den genannten Instituten zum Vorwurf zu machen, daß sie u. a. auch neue Konzerne mit Darlehen gegen Pfänder bedacht haben. Jedenfalls mag man die Sache drehen und wenden, wie man will: daß sie diese Kredite genommen haben, wird man den Barmat usw. nicht zum Vorwurf machen können; wenn falsch gehandelt ist, so trifft der Vorwurf die Preußische Staatsbank, die Reichsbahn, die Reichspost, also die Darlehnsgeber ganz allein. Im übrigen aber muß man sagen, daß es recht zweifelhaft ist, ob sie wirklich so falsch gehandelt haben. Die Politik der Rentenbank jedenfalls, die sich jeder Mitbestimmung über die schließlichen Kreditempfänger und über die schließlichen Verwendungszwecke der Kredite begab, ist mindestens so scharfer Kritik ausgesetzt, wie die Kreditpolitik jener anderen staatlichen Instanzen.

Dies alles gilt natürlich nicht für den Fall Kutisker. Und anscheinend muß man auch im Fall des Michael-Konzerns für ein bestimmtes Geschäft eine Ausnahme machen. Der Michael-Konzern hat in der ersten Hälfte 1924 gleichzeitig Geld gegen Zins der Reichsbahn geliehen und sich mindestens einen Teil davon durch Darlehnsnahme gegen Zins bei der Reichspost verschafft. Hier erhebt sich die Frage, warum die beiden Anstalten das Pumpgeschäft nicht ohne Dazwischentreten des Michael-Konzerns unter sich gemacht haben. Sollte etwa der Michael-Konzern der Reichspost sicherer gewesen sein als die Reichsbahn? Wenn das der Fall wäre, dann würden die Barmat-Darlehen in ein völlig neues und jedenfalls den Barmats nicht ungünstiges Licht gerückt werden. Daß zwischen der Bonität von Barmat und Michael nennenswerte Unterschiede bestanden, wird niemand zu behaupten wagen. Dann ist aber die natürliche Folgerung die, daß auch Barmat ein besserer Schuldner ist als die Reichsbahn. Es kann aber natürlich auch sein, daß einfach zwischen Reichspost und Reichsbahn kein Kontakt bestand, daß sie vom Stand ihrer Geldbedürfnisse und Geldvorräte gegenseitig nichts wußten, und daß namentlich auch die Reichskreditgesellschaft total versagt hat. Um diese Annahme zu machen, muß man allerdings ein ungeheures Maß von Ignoranz bei den beteiligten Bürokratien annehmen. Denn daß die Reichspost für ihre Postscheckgelder kurzfristige Anlage sucht, ist aus jedem Reichsbankausweis zu entnehmen; vom Finanzschriftsteller jedenfalls verlangt man mit Recht, daß er solche Dinge weiß; sollte man das von den beteiligten Stellen nicht auch verlangen müssen? Aber auch hier bleibt eins bestehen: nämlich, daß, wenn ein Verschulden vorliegt, es nicht bei den Konzernen, sondern ganz allein bei den Bürokratien liegt.

Es ist nun sehr bezeichnend, daß man dieser Seite der Sache überhaupt nicht nachgeht; es ist nämlich auf den ersten Blick klar, daß dabei nur eine Kompromittierung politisch rechts stehender Leute (namentlich „bewährter“ Beamter aus der „guten alten“ Zeit) herauskommen würde. Und damit kommen wir zum springenden Punkt der ganzen Angelegenheit, dessen hinreichende Beleuchtung aber ohne diese, wie ich zugebe, langwierigen und komplizierten Darlegungen nicht möglich wäre.

Wenn die Rechtspresse einen Unterschied macht zwischen den „guten“, „alten“ Konzernen, denen man ruhig Staatsgelder pumpen darf, und den angeblich besonders anrühigen neuen Konzernen, so steckt darin ein gutes Stück Heuchelei, die politische Ursachen hat. Die „guten“, „alten“ Konzerne sind zum größten Teil Kerntruppen der Reaktion, deren Zeitungen, Organisationen, Redner, Kunstschützen, Verschwörer und Gummiknüppelathleten von diesen „altbewährten“ Konzernen und ihren Herren finanziert werden. Die neuen Konzerne sind zum Teil unpolitisch; dahin gehört z. B. der Michael-Konzern. Und da man das sehr bald feststellte, so hat man ihn schleunigst wieder in Ruhe gelassen. Manche von den neuen Konzernen sind aber (sanfter oder kräftiger) rot angefärbt. Sie sind des Techtelmechtels oder einer ernsthaften Liebschaft mit republikanischer Gesinnung hinreichend verdächtig. Deshalb ging vor anderthalb Jahren die Staatsanwaltschaft, als Stresemann die Verständigung mit Frankreich einleitete, mit dem Löffel groß und schwer über den Deutschlands größtem Gustav nahestehendem Evaporator-Konzern her, wobei sie sich eine wüste Blamage holte. Deshalb hetzen die Schweißhunde beständig hinter Sklarzens her, ohne bisher ein anderes Ergebnis zu erzielen als Dreckspritzer an den Kleidern durchaus ehrenhafter Republikaner; deshalb sperrt man gleich familienweise bis zu den unmündigen Kindern herab die Barmatianer gesetzwidrig ein, auf die Gefahr hin, sich genau so zu blamieren. Deshalb bewirft man seit Monaten den früheren sozialistischen Staatsbankpräsidenten Thüringens mit ansehnlichen Dreckklümpchen.

Die Heuchelei herrscht auch hier in der Ausdeutung der Dinge. Vor mir habe ich einen Aufsatz des Reichstagsabgeordneten Klingspor im „Hannoverschen Kurier“ vom 14. Januar. Ehrbar wird dort dargestellt, daß Reichsmittel nicht zum Nutzen einzelner verwendet werden dürfen (wobei der Gedanke „Stinnes“ offenbar bei dem Verfasser des Artikels nicht als Hemmung gewirkt hat). Es geht dann weiter:

„Daß im Wirtschaftsleben stehende Parlamentarier in dem Rahmen ihrer wirtschaftlichen Betätigung Aufsichtsratsposten annehmen können, ist selbstverständlich. Anders liegt die Sache bei Nichtwirtschaftlern.. Die Reinigung des öffentlichen Lebens von allem Unlauteren muß mit allergrößter Rücksichtslosigkeit und ohne jede Scheu vor etwaigen persönlichen Folgerungen vorgenommen werden.“

Auch hier zweifele ich am guten Glauben des Verfassers nicht im geringsten. Guter Glaube ist auch heute noch billig wie Brombeeren vor dem Kriege; es gehört nur ein entsprechendes Aufgeld an Intelligenzbeschränkung dazu. Wenn aber einsichtige Leute, die von den Dingen etwas verstehen, das lesen, dann sollten sie doch bemerken, daß ihnen zum Speien übel wird. Denn mit der Sicherheit des Nachtwandlers ist hier der Streitpunkt völlig verschoben. In Wirklichkeit soll das nichts anderes heißen als folgendes: der rechtsstehende, wohlhabende Parlamentarier darf Aufsichtsrat werden, der linksstehende nicht, mag er nun wohlhabend oder arm sein. Linksstehende Parlamentarier müssen auf Diäten gesetzt werden, die man ihnen bedauerlicherweise nicht entziehen kann, damit sie, wenn sie nicht mehr Minister, Landräte oder Abgeordnete sind, hungern müssen, weil während ihrer politischen Arbeit ihre Berufsstellen anderweitig besetzt wurden. Diese edlen Moralisten beklagen es, daß ein aus dem Amt scheidender Reichspräsident

eine Pension bekommt, denn am liebsten hätten sie es gesehen, wenn Ebert wieder gezwungen gewesen wäre, als Reichspräsident a. D. Sattlerarbeit zu machen. Deshalb zerreißen sie sich mit Lügenmärchen über die Höhe des Witwengeldes der Genossin Ebert die Mäuler: hungern soll sie, weil ihr Mann Sozialdemokrat und doch Staatsoberhaupt war. Dabei vertrauen sie mit Recht darauf, daß die Reichspräsidenten oder Minister, die von der Rechten gestellt werden, schon irgendwann einmal sich eine hinreichend nahrhafte Pensionsberechtigung in der Ochsentour des Bürokratismus ersessen haben. Diese Heuchelei darf von der Linken durch Schweigen nicht mit dem Schein der Billigung verklärt werden. Gegen sie gilt es, laut und mit allem Nachdruck zu protestieren, über sie gilt es, das arbeitende Volk aufzuklären. Und es schadet gar nichts, wenn die schwarzweißroten Hetzer bei dieser Gelegenheit wieder einmal mit der Nase auf eine Wahrheit gestoßen werden, die allerdings ein Franzose, aber ein guter Monarchist, einmal in die Worte gekleidet hat: „Heuchelei ist eine Huldigung, die das Laster der Tugend bringt.“

Der Strohännerunfug und die Aufsichtsratsvergütung

Die Generalversammlungen gegen das Handelsgesetzbuch

Von Hans Här

Die Zeit der Kapitalumstellung ruft in den Handelsteilen der Presse eine ausgedehnte Berichterstattung über die Hauptversammlungen, das Geschäftsgebaren und die Bilanzen aller großen Werke wach. Leider stehen große Massen der Arbeitnehmer diesen lehrreichen Berichten vollkommen verständnislos gegenüber und erkennen nicht, daß hinter der farblosen Terminologie der Handelsjournalistik der große Widerstreit der Wirtschaftsinteressen tobt. Noch weniger ist es dem Durchschnitt des Arbeiters gegeben, aus den Einzelposten der Bilanz jene Vertrustung und jene Steuerflucht zu erkennen, die das Kennzeichen dieser Wirtschaftsära ist. Ganz krasse Fälle, so etwa die Verbuchung eines Anschlußgleises mit einer Mark, lassen zwar hier und da auch den „Uninteressierten“ aufhorchen, das volksschädliche Kulissenspiel entzieht sich aber dem Gesichtsfeld der breiten Massen. Im Laufe dieses Jahres haben verschiedene Berichte zwei Fragen beleuchtet, die nicht nur für die interessierten Aktionäre schwerwiegende Bedeutung haben: die Aufsichtsratsvergütung und den Strohännerunfug.

Einige Beispiele: Die Hauptversammlung der Kaliwerke Salzdettfurth A.-G. beschloß den Vortrag eines Reingewinns von 76 000 Billionen. Zugunsten des Aufsichtsrats wurde die hübsche Summe von 50 000 M. in der Bilanz abgesetzt. Die Hauptversammlung der Kaliwerke Aschersleben wollte hinter dieser Glanzleistung nicht zurückstehen. Sie beschloß, einen Reingewinn von 52 142 Billionen Mark vorzutragen, und warf dem Aufsichtsrat 42 000 M. in den Schoß. Als drastische Beleuchtung zu dieser außerordentlich hohen Tantieme diene der Geschäftsbericht dieses Werkes, der ausdrücklich bemerkt, daß der Absatz völlig ruhe und die Kreditnot nicht erlaube, auf Lager zu arbeiten.

Die Berlin-Karlsruher Industriewerke verzeichnen einen Ueberschuß von 74 000 Billionen Mark und gewähren ihrem Gesamtaufsichtsrat 40 000 M. In der Hauptversammlung der Orenstein & Koppel A.-G. bemühte sich die Opposition der Aktionäre, die Gewährung von je 2000 M. für den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter und je 1000 M. für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder zu verhindern. Es sei ein Gebot der Ehre, daß die Aufsichtsratsmitglieder auf eine Vergütung verzichteten; die Aktionäre sind ja auch um ihre Jahresauschüttung gekommen. Trotzdem beschloß die von den Aufsichtsräten beeinflusste Mehrheit der Aktionäre (auch Strohmänner?), die Vergütung zu bewilligen. Die Hauptversammlung der Westdeutschen Kalkwerke A.-G., Köln, verteilte an ihren Aufsichtsrat nicht weniger als 25 000 \$, bei einem Reingewinn von 4871 Goldmark. Die Hannoverischen Gummiwerke Excelsior A.-G. bewilligten eine Aufsichtsratsvergütung von 15 000 M. rückwirkend für 1923. Auch hier versuchte die Opposition, den Betrag zu vermindern, aber vergeblich. Noch ein besonders drastisches Beispiel: der Reingewinn von Siemens Glas A.-G. wurde mit 94 Goldmark vorgetragen. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats dagegen bewilligte man 3000 M., dem Vorsitzenden gar 4000 Goldmark. Es handelt sich also nicht um Einzelfälle, und selbst in den Kreisen, die mit der handelsrechtlichen Form der Aktiengesellschaft und der kapitalistischen Form unseres Wirtschaftslebens sympathisieren, verstärkt sich die Opposition gegen diese Geschäftsmethoden.

Wie falsch ist die Ansicht, daß diese Vorgänge für den Sozialisten belanglos seien, da er in seiner Einstellung zu den Vorgängen des Wirtschaftslebens kein Interesse an der Verteilung des Kapitals habe. Wer die Generalversammlungen besucht, wo die dem Aufsichtsrat ergebene Mehrheit die Minderheit an die Wand quetscht und in zwanzig Minuten den Geschäftsbericht entgegennimmt, Verträge genehmigt, dem Vorstand und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt, weiß, daß durch das schädliche Strohmännersystem und die Allgewalt der Aufsichtsräte die Vertrustung unserer Wirtschaft beschleunigt wird. Wieder ein Beispiel: In der letzten Generalversammlung der Eisen- und Hüttenwerke van der Zypen-Wissen in Köln war ein Aktienkapital von 22 Millionen vertreten. Nachweislich gehört die Mehrheit dieses Aktienkapitals dem Aufsichtsratsmitgliede und Chef der Verkaufsorganisation dieser Firma, Herrn Otto Wolff. Durch einen Strohmänn hat sich Herr Otto Wolff selbst Entlastung erteilen lassen. Die Rädchen dieser Vertrustung greifen allüberall ineinander; teils sind die Aufsichtsräte selbst maßgebende Aktionäre, teils sitzen die Hauptaktionäre der Firma X in dem Aufsichtsrat der Firma Y und werden natürlich dafür sorgen, daß die Firma Y nichts tut, was die Firma X beeinträchtigen könnte. Das Strohmännersystem, das willkürliche Schalten der Aufsichtsräte ist also ein Sprungbrett zur Vertrustung und zum Preisdiktat, unter dem die breite Masse des Volkes so schwer zu leiden hat.

Wie stellt sich nun die Rechtsprechung zu dieser Frage? Verschiedene Aktionäre, unter ihnen besonders der Kölner Bankier Karl Welcker, führen seit Jahren einen Kampf gegen die falsche Berechnung der Gewinnanteile für den Aufsichtsrat und die Teilnahme der sogenannten Legitimationsaktionäre an den Generalversammlungen. Sie finden auch in der breiten Oeffentlichkeit Sympathie und Unterstützung; es ist aber

bis jetzt nicht gelungen, das Spiel der allgewaltigen Industriemagnaten zu stören. Zu der Frage der Stimmberechtigung sagt das Gesetz ganz unzweideutig, daß nur derjenige als Aktionär bezeichnet werden darf, der durch Einlage am Grundkapital bei der Gesellschaft beteiligt ist. Nach § 250 HGB. können nur Aktionäre ihre Rechte in der Generalversammlung, also auch das Stimmrecht, ausüben. Der § 252 HGB. 2. Absatz ergänzt diese Bestimmung dahin, daß jede Aktie das Stimmrecht gewährt, daß ferner die Aktionäre nicht verpflichtet sind, das Stimmrecht persönlich auszuüben. In diesem Falle aber müssen sie ihrem Vertreter mit einer schriftlichen, der Gesellschaft verbleibenden Vollmacht ausstatten. § 258 HGB. schreibt vor, daß das in der Generalversammlung anzufertigende Verzeichnis entweder die Namen der Aktionäre oder die Namen ihrer Vertreter mit Angabe des Wohnorts und der Anzahl der vertretenen Aktien enthält. Das ist ein glattes Verbot der sogenannten Legitimationsvertretung. Was soll sonst der § 316 HGB., der denjenigen mit Gefängnis und Ehrverlust bedroht, der die Präsenzliste absichtlich verfälscht oder von einer solchen gefälschten Urkunde Gebrauch macht? Die Praxis lehrt uns, daß die vom Reichsgericht gebilligte und allgemein geübte Legitimationsvertretung nicht nur unzulässig, sondern auch amoralisch ist. Nur Aktionäre dürfen an Generalversammlungen teilnehmen, der Legitimationsaktionär gibt sich also als Eigentumsaktionär aus. Er täuscht ein Besitztum und eine Eigenschaft vor, die er nicht besitzt. Im gesellschaftlichen Leben hat man für ein solches Vorgehen einen eindeutigen Ausdruck. Das Reichsgericht hat sich leider von der Theorie Staubs leiten lassen und ist seinen Behauptungen über die Stimmberechtigung des Legitimationsaktionärs gefolgt. Es überhört die Stimmen maßgebender Handelsrechtslehrer, die in diesem Manöver einen Krebschaden unseres Wirtschaftslebens sehen. Professor Dr. Planitz von der Universität Köln erklärt in seinem Buch „Die Stimmrechtsaktie“, daß der Legitimationsaktionär nach § 316 HGB. und § 21 StGB. zu bestrafen sei. Ihm zur Seite steht Professor Cossak (München), der die reichsgerichtlichen Urteile über diese aktienrechtlichen Fragen als „Rechtsbeugung“ bezeichnet. Er sagt in seinem Handbuch wörtlich: „Das Reichsgericht sieht bei Inhaberaktien von der in § 252 Abs. 2 dringend vorgeschriebenen schriftlichen Vollmacht willkürlich ab.“ Durch die Strohmännervertretung wird also faktisch § 252 HGB. Abs. 3 außer Kraft gesetzt. Hinter dem Scheinaktionär versteckt sich der wahre Aktionär, dem durch Gesetz und Satzung der Aktiengesellschaft das Stimmrecht verboten ist. Wie hier mit dem Einlagekapital der Aktionäre ganz willkürlich verfahren wird, so geschieht es auch bei der Berechnung der Tantieme von der Tantieme. Nach § 237 HGB. müssen die Gewinnanteile des Vorstandes vom Reingewinn unter Abzug der Abschreibungen und Rückstellungen berechnet werden. Bei der Berechnung liegt aber kein wirklicher Reingewinn, sondern ein Rohgewinn zugrunde, von dem die Berechnung der Gewinnanteile des Vorstandes ausgeht. Trotzdem findet man in den Geschäftsberichten immer wieder die falsche Behauptung, dieser Rohgewinn sei ein verfügbarer Reingewinn. Man übersieht, daß in dem sogenannten Reingewinn noch die Entlohnung des Vorstandes, die eine Gesellschaftsschuld darstellt, enthalten ist. Ein Betrag, der noch Schulden in sich birgt, kann für den Laien nicht als Reingewinn gelten, viel weniger für das Aktienrecht. Erst wenn die

Gesellschaftsschuld an den Vorstand von dem Rohgewinn, der im Gesetz als Jahresgewinn rangiert, abgezogen ist, ist der Reingewinn gewonnen.

Mit erstaunlichem Eifer bemüht sich das Reichsgericht, diese Gesellschaftsschuld als einen Reingewinn auszugeben. Man bietet alle Dialektik auf, um diese Gesellschaftsschuld in eine Schuld „eigener Art“ umzuwandeln. Und man übersieht, daß der Vorstand gar keine Entlohnung aus dem Reingewinn enthalten darf; über den Reingewinn können nämlich nur die Aktionäre, aber nicht die Gesellschaft als juristische Person verfügen. Das Reichsgericht scheint die Berechnung vom Reingewinn mit den Anteilen am Jahresgewinn zu verwechseln. Darum auch die Identifizierung von Jahresgewinn und Reingewinn. Darum die Verwechslung einer Schuld mit einem verfügbaren Reingewinn. Es ist schwer, keine Grotteske zu schreiben. Nach diesem Schema wäre es nämlich dem Deutschen Reiche möglich, die Reparationsschulden in Forderungen umzuwandeln, und das Blühen und Wachsen unseres Vaterlandes würde kein Ende nehmen. Die Gewinnanteile des Vorstandes sind unter einer ganz andern Perspektive zu betrachten als die Tantiemen des Aufsichtsrats. Diese sind ein tatsächlicher Teil des Reingewinns. Die Aktionäre können diese Vergütung an den Aufsichtsrat nur aus dem ihnen zur Verfügung stehenden Reingewinn berechnen. Nach § 245 HGB. muß aber diese Vergütung von dem für die Aktionäre bestimmten Reingewinn nach Abzug aller Abschreibungen und Rückstellungen und 4% Dividende berechnet werden. Die gesetzliche Vorschrift ist also ganz klar: Vom Reingewinn müssen alle Abschreibungen, Rücklagen, 4% des eingezahlten Grundkapitals und die feste Aufsichtsratsvergütung abgezogen werden, ehe der Teil des Reingewinns gefunden ist, aus dem auch der Aufsichtsrat seinen Anteil erhalten muß. Man sieht also, daß die außerordentlich hohen Aufsichtsratsvergütungen neben außerordentlich geringen Reingewinnen dem Sinne des Gesetzes widersprechen.

Der § 245 HGB. konnte sich gar nicht klarer ausdrücken. Er bestimmt zu dieser Errechnung wörtlich: „Nach Abzug eines für die Aktionäre bestimmten Betrages von 4% des eingezahlten Grundkapitals.“ Diese Bestimmung wäre sinnlos, wenn sie nicht vorschreiben wollte, daß die 4% von einem für die Aktionäre bestimmten Reingewinn berechnet werden müßten; denn man kann nur gleiches vom gleichen abziehen. Es zeigt sich also, daß die Aufsichtsratsantienne kein für die Aktionäre bestimmter Reingewinn ist. Daraus, daß die Aktionäre im Gesellschaftsvertrag vereinbart haben, welche Vergütung dem Aufsichtsrat gewährt wird, erhellt auch, daß die Aufsichtsratsantienne von der Verteilung ausgeschlossen wird. Die Zueignung von Gewinnanteilen, wie sie die Aufsichtsräte vielfach aus der Entlohnung des Vorstandes und ihrer eigenen Vergütung an sich raffen, ist also verwerflich und volksschädlich. Nur die falsche Bezeichnung eines Rohgewinns als Reingewinn konnte die Rechtsprechung zu Urteilen verleiten, von denen die kaufmännische Welt sagt, daß sie ein Eingriff in fremdes Vermögen sind und einen Vertragsbruch darstellen. Nochmals: das Passivum einer Vorstandstantieme, die eine Gesellschaftsschuld ist, muß bei der Vergleichung aller Aktiva und Passiva berücksichtigt werden. Erst dann ist der hemmungslosen Wirtschaft vieler Aufsichtsräte ein Riegel vorgeschoben. Erst dann ist es unmöglich gemacht, daß bei einem vorgetragenen Reingewinn von 94 Goldmark (!!) ca. 25 000 M. an den Aufsichtsrat fallen.

Im Rahmen dieses Artikels können diese tiefeingreifenden Fragen natürlich nicht erschöpfend behandelt werden. Es muß bei einer Skizze bleiben. Hoffen wir, daß diese Fingerzeige die Öffentlichkeit auf die Spuren einer schädlichen und leider durch die oberste Gerichtsstanz gebilligten Geschäftsgebarung führen. Hoffen wir, daß die Stimmen der Kommentatoren, die sich gegen diese falsche Handhabung des Handelsgesetzbuchs auflehnen, endlich das Ohr des Richters finden. Wir Sozialisten haben an der Reform dieses anscheinend bedeutungslosen Vorganges das größte Interesse. Mit der Beseitigung dieses Uebelstandes legen wir eine Bresche in die Front des vertrusteten Magnatentums, das in seiner unersättlichen Verdienstgier die klaren Bestimmungen des Gesetzes in ihr Gegenteil verkehrte.

Ein Geschichtswerk für das Volk

Von Prof. Heinrich Cunow

Wie auf andern wissenschaftlichen Arbeits- und Forschungsgebieten hat im letzten halben Jahrhundert auch auf dem Gebiet der Geschichtsschreibung mehr und mehr ein Spezialistentum die Oberhand gewonnen, das in einer möglichst gründlichen, auf Archiv- und Aktenstudien beruhenden Darstellung einzelner geschichtlicher Vorgänge die Hauptaufgabe des Historikers sieht. Sicherlich sind derartige Spezialforschungen zum Aufbau einer Allgemeingeschichte der Völker und der Menschheit durchaus nötig. Ohne Baumaterialien kann niemand bauen, und brauchbares, solides Baumaterial vermag dem Weltgeschichtsschreiber nur die Einzelforschung zu liefern. Aber die Beschaffung von Bausteinen kann niemals für sich allein Zweck sein. Erst durch ihre zweckmäßige Zusammensetzung und Verbindung entsteht ein nutzbares Gebäude. Die heutige Geschichtsschreibung betrachtet aber nur zu oft die bloße Materialbeschaffung als ausreichenden Selbstzweck. Die Verknüpfung des Erforschten und Gefundenen mit dem gesellschaftlichen Entwicklungsverlauf wird vernachlässigt.

Demnach erscheinen die historischen Ereignisse denn auch in vielen Geschichtsdarstellungen nicht als kausal bedingte, miteinander verbundene Glieder eines großen gesetzmäßigen Gesamtprozesses, sondern als selbständige Geschehnisse, als Geschehnisse an sich, die in sich selbst ihre historische Bedeutung und ihre eigene Logik haben. Die Frage, wie weit sie entwicklungsgeschichtlich bedingt sind und wie sie als Glieder in den Gesamtentwicklungsprozeß eingereiht werden können und müssen, wird meist gar nicht gestellt. Und noch weniger wird gewöhnlich danach gefragt, welche politische und kulturelle Bedeutung die betreffenden einzelnen Vorgänge einst im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Leben ihrer Zeit hatten, obgleich doch die Bedeutung der Vorgänge nicht in ihnen selbst liegt, sondern darin, welchen Einfluß sie auf das öffentliche Leben ihrer Geschichtsepoche ausgeübt und welche Folgen sie späterhin gehabt haben.

Immerhin könnte man sich diese Selbstbeschränkung eines großen Teils der heutigen Geschichtsschreibung auf oft recht nebensächliche Einzelforschungen und die häufig damit verbundene kleinliche, sich in Nebendinge verlierende Akribie gefallen lassen, — wenn nicht diese Art der Betrachtung mit innerer Konsequenz zu einer einseitigen Geschichts-

auffassung führte. Indem diese Richtung meist nur die geschichtlichen Erscheinungen in ihrer Vereinzelung in Betracht zieht, erscheint ihr ganz naturgemäß die geschichtliche Entwicklung nicht als ein sich notwendig vollziehender, fortlaufender Werdeprozeß, in dem ständig alles fließt und sich das eine notwendig aus dem andern ergibt, sondern als eine Reihenfolge mehr oder minder zufälliger singulärer Geschehnisse.

Um so mehr verdient jeder Versuch eines Historikers Unterstützung, der es von einem bestimmten Standpunkt aus unternimmt, in zusammenfassender Kürze die Grundzüge oder Grundlinien des menschlichen Entwicklungsganges darzustellen; denn nur durch solche Gesamtbetrachtung vermag der Leser einen wirklichen Einblick in das vielgestaltige geschichtliche Werden und Wachsen des Menschen als zoon politikon zu gewinnen. Freilich ist solche Geschichtsdarstellung heute in Anbetracht des zu großen Bergen aufgehäuften Geschichtsstoffes und der Verschiedenheit der bei seiner Anhäufung befolgten Grundsätze ein sehr gewagtes Experiment! Wo soll der Historiker mit seiner Darstellung einsetzen; was kann, da notwendigerweise eine Auswahl unter der erdrückenden Stoffmasse getroffen werden muß, fortbleiben; was ist in geschichtlicher Hinsicht wichtig oder nebensächlich; inwieweit dürfen zur Ergänzung des historischen Weltbildes Forschungsergebnisse auf andern, nah verwandten Gebieten, z. B. der Prähistorik, Wirtschaftstheoretik, der Ethnologie und Soziologie, herangezogen werden; wie ist die Darstellung für den nicht fachlich vorgebildeten Leser einzustellen; welches Quellenmaterial kann als im wesentlichen zuverlässig gelten?

Das sind Fragen, die sich schon bei der Vorbereitung solcher Gesamtdarstellung einstellen, und dem sich im Fortschreiten der Arbeit neue hinzugesellen. Doch lassen sich in kritisch prüfender Arbeit solche Schwierigkeiten überwinden. Das zeigt deutlich das von H. G. Wells unter Mitwirkung einer Reihe von Fachmännern herausgegebene, nur einen Band von 670 Großoktavseiten umfassende Geschichtswerk „Die Grundlinien der Weltgeschichte“^{*)}, das jetzt auch in einer guten Uebersetzung im Berliner „Verlag für Sozialwissenschaft“ erschienen ist. Das Werk ist schnell zu einem der meistgelesenen Bücher Englands und der nordamerikanischen Union geworden, und wenn nicht alles trügt, beginnt auch bereits die deutsche Ausgabe sich einen rasch wachsenden weiten Leserkreis zu erobern.

In der Hauptsache verdankt das Wellssche Buch diesen außergewöhnlichen Erfolg seiner populären, volkstümlichen, keine besonderen Spezialkenntnisse voraussetzenden Fassung, seiner übersichtlichen Materialbehandlung, die sich nicht mit einer schablonenmäßigen Aneinanderreihung von Geschichtsbildern begnügt, sondern tatsächlich ein vom Entwicklungsgedanken getragenes umfassendes Weltbild der Menschheitsgeschichte darbietet, vor allem aber der Tatsache, daß überall in der Darstellung eine gereifte, über alte nationale und politische Vorurteile hinwegschreitende moderne Weltanschauung hervortritt. Modern nicht in jenem üblichen Sinne, daß neuauftauchte Thesen und Hypothesen nur der Neuheit oder Originalität wegen unbesehen oder kritiklos übernommen

^{*)} „Die Grundlinien der Weltgeschichte. Eine einfache Schilderung des Lebens und der Menschheit“. Unter Mitwirkung von Dr. Ernest Barker, Sir H. H. Johnston, Sir E. Ray Lankester und Prof. Gilbert Murray herausgegeben von H. G. Wells. Mit Bildern und Karten von J. F. Horrsbin. Deutsch herausgegeben und übersetzt von Otto Mandl, Erna Redtenbacher und Helene Maria Reiff. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68. In Leinen gebunden 20 M.

werden; aber wo neue Erkenntnisse und Erfahrungen alten Voreingenommenheiten und Traditionen gegenüberstehen, ist Wells durchaus nicht geneigt, aus Ehrfurcht vor dem Hergebrachten diesem Zugeständnisse zu machen.

Damit möchte ich nicht behaupten, daß durch das vorliegende Werk das Problem einer kurzen populären Darstellung des Entwicklungsganges der Menschheit bereits gelöst sei. Es bedeutet erst einen Anfang, wenn auch einen vielversprechenden, glücklichen Anfang. Ein einzelner Historiker kann meines Erachtens überhaupt das Problem nicht lösen, auch wenn er sich, wie Wells, einige Fachgelehrte anderer Wissensgebiete zur Hilfe holt. Die Aufgabe, die er sich gestellt hat, kann nur durch das Zusammen- und, wie ich offen sagen möchte, durch das Gegeneinanderarbeiten mehrerer Historiker gelöst werden.

Das Wellssche Geschichtswerk hat denn auch bereits seine nicht befriedigten Kritiker gefunden und wird deren sicherlich noch mehrere finden. Je nach seinem besonderen Standpunkt und seinem Fachgebiet wird der eine dieses, der andere jenes vermessen; der eine dieses, der andere jenes für überflüssig halten. Der Germanist wird wahrscheinlich vermessen, daß jede eingehende Darstellung des Auftauchens der Germanen in der Geschichte, jede Schilderung der Völkerwanderung sowie der germanischen Reichsgründungen fehlt und Wells seine Geschichte des Mittelalters sofort mit dem Feudalsystem und den Merowingern beginnt. Der Amerikanist wird wahrscheinlich ebenso vergeblich nach einer Darstellung der Entdeckung und Eroberung Amerikas und ihrer Rückwirkung auf das Wirtschaftsleben Europas suchen. Und während der Altphilologe und Gräzist die verhältnismäßig breite Berücksichtigung der griechischen Geschichte lobt, wird vielleicht der moderne Kulturpolitiker mit August Ludwig von Schlözer erklären, jener Historiker handle am zweckmäßigsten, „der die Balgereien der Spartaner mit den Messeniern sowie die der Römer mit den Volkern kaum berührt“, dafür aber die Erfindung des Feuers, Glases, Branntweins usw. sorgfältig darstellt, denn diese Erfindungen hätten entschieden unsere Kulturentwicklung weit mehr beeinflußt als die griechischen oder römischen Eroberungskämpfe.

Mancher Leser, der aus den Wellsschen „Grundlinien der Weltgeschichte“ ein besseres Verständnis geschichtlicher Zusammenhänge gewonnen hat, wird möglicherweise derartige Anforderungen als unberechtigt kurzweg von der Hand weisen, wenn nicht gar als Nörgelei empfinden, aber damit ist die Kritik nicht abgetan. Wer tiefer in das Werk eindringt und die einzelnen Abschnitte an dem eigenen Plan des Herausgebers mißt, wird zugeben müssen, daß die Ausführung teilweise hinter dem großen Plan zurückgeblieben ist. Ich selbst habe vor allem an der Wellsschen Geschichtsdarstellung zu tadeln, daß sie die ethnologischen Forschungsergebnisse völlig übergeht. Wenn Wells eine Betrachtung der erdgeschichtlichen Forschungen und der Lebensweise des prähistorischen Menschen in seinem Werk für nötig hält, nun gut, das kann man von seinem Standpunkt aus verstehen, — aber nicht, daß er die Kultur der Urzeit sich ausschließlich aus steinzeitlichen Funden konstruiert. Aus einer sorgfältigen Vergleichung des Horden- und Jagdlebens der heutigen primitiven Naturvölker lernen wir zweifellos das Leben der paläolithischen und neolithischen Menschen besser kennen als durch das Studium urzeitlicher Stein- und Knochenwerkzeuge, so wichtig solches Studium auch in anderer Hinsicht sein mag.

Eine weitere Folge dieses Hinwegsehens über die moderne Völkerkunde ist, daß in dem Wellsschen Geschichtswerk die Schilderung der untersten Kulturstufen des Menschengeschlechts fast völlig fehlt und nach den Ausführungen über die Rassen und Sprachen der Menschheit die Entwicklungsdarstellung sofort mit den Sumerern, Assyrern und Chaldäern beginnt.

Und noch einen andern Unterlassungsfehler möchte ich als Anhänger der Marxschen materialistischen oder ökonomischen Geschichtsauffassung hervorheben: die zu geringe Berücksichtigung der Wirtschaftsentwicklung. Wells ist bekanntlich englischer Sozialist; nicht Marxist, sondern, wie ich ihn nennen möchte, ein humanitärer idealistischer Sozialist, mit einem großen, starken Glauben an eine zukünftige Weltepoche sittlicher Erneuerung und geistigen Fortschritts, — ein Glaube, der den Leser oft mit fortreißt und dem Stil des Autors einen hohen Schwung verleiht. Vielfach tritt in seinen Darlegungen sogar ein stark prophetisch-philosophischer Zug hervor, der über die Nüchternheit des Alltagslebens weit hinausführt. Aber ein kritischer Nationalökonom, ein Wirtschaftshistoriker im Marxschen Sinne ist Wells nicht. So fehlt den beiden Kapiteln über „die praktischen und ideellen Leistungen des 19. Jahrhunderts“ und über „die Katastrophe des modernen Imperialismus“ die wirtschaftliche Unterlage. Mit einer seltenen Vorurteilslosigkeit, frei von kleinlichen nationalen Rücksichten, schildert Wells das Anwachsen der imperialistischen Ideenströmung in den großkapitalistischen Staaten vor dem Weltkrieg, jedoch die kapitalistische Entwicklung, auf der, als ihrer Basis, diese Strömung entsteht und heranwächst, wird nicht näher charakterisiert.

Auch in der Schilderung des Verlaufs der großen französischen Revolution macht sich dieser Mangel geltend. Noch mehr vielleicht als in andern Abschnitten tritt in diesem das ehrliche Bestreben hervor, nicht fremde Meinungen, auch nicht solche, die gewissermaßen durch die offizielle Geschichtsschreibung approbiert sind, ohne weiteres zu übernehmen, sondern selbst zu finden und die einzelnen Revolutionsmänner gerecht zu beurteilen; zu einer klaren Auffassung des heftigen Kampfes der Revolutionsparteien als eines großen Klassenkampfes kommt jedoch Wells nicht. Als treibende Motive des Kampfes erscheinen ihm die mehr oder minder demokratisch-republikanischen und monarchistischen Ideen jener Zeit; die verschiedenen Wirtschaftsinteressen, die hinter diesen Motiven stehen, sieht er nicht.

Gerade, weil ich den von Wells unternommenen Versuch hoch einschätze und ich mich mit seiner Zielsetzung einverstanden weiß, glaubte ich, mit meiner Kritik nicht zurückhalten zu sollen. Seine Leistung kann sie vertragen. An der Anlage seines Werkes finde ich nichts zu tadeln.

Erwähnen will ich noch die dem Buch beigegebenen zahlreichen historischen Karten und Zeichnungen. Wells hat in J. F. Horrabin einen Mitarbeiter gefunden, mit dem er sehr zufrieden sein kann.

Ich möchte das Wellssche Geschichtswerk nicht nur den in den Redaktionsstuben unserer Parteipresse sitzenden Kollegen, sondern allen Parteigenossen empfehlen, die sich für den vieltausendjährigen Werdegang der Menschheit interessieren. Es wird ihren Blick weiten und sie die heutige Geschichte mit ihren oft kleinlichen Kämpfen, Wirrnissen und Rückschlägen begreifen lehren als historisch bedingte natürliche Teilerscheinungen im großen Aufstiegsringen der Menschheit.

Herr Hermann Wendel als Historiker

Von Dr. Hans Hallmann, Bonn

Herr Wendel hat in der „Glocke“ (Nr. 34 vom 22. November 1924) an Professor Dr. Fritz Kern die Aufforderung gerichtet, seine im Septemberheft der „Preußischen Jahrbücher“ ausgesprochene Behauptung, Wendels im Belgrader Verlag von Geza Cohn erschienene Broschüre „Die Habsburger und die Südslawenfrage“ sei in Sammlung wie Verwertung des Materials von einer nicht zu überbietenden Voreingenommenheit und Fahrlässigkeit, „wenigstens an drei Beispielen zu beweisen“. Die ungewöhnliche Tonart dieser Aufforderung macht es Professor Kern unmöglich, selbst Herrn Wendel zu antworten. So habe ich auf seine Anregung es übernommen, zum Nutzen derjenigen Zeitgenossen, denen die Schrift jenes Reichstagsgutachters nicht von einer Behörde geschenkweise aufgedrängt wurde, diesen Teil der Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Erforschung der Kriegsursachen nochmals zu beleuchten.

Es kann sich hier nicht um eine eingehende Auseinandersetzung mit den Wendelschen Grundanschauungen handeln. Dieser Gelegenheitshistoriker, dessen Darstellungen ausweislich einer Besprechung „vom besten Geist der materialistischen Geschichtsauffassung beseelt“ sind, hat eben seinen besonderen, „die Welt vernünftig ansehenden“ Standpunkt, der mit „Objektivität in höherem Sinne“, wie er versichert, durchaus vereinbar ist und nicht hinter „einer falschen, einer Konversationslexikons-Objektivität“ von ihm versteckt wird. Es ist ein gesunder, ein heilsamer Standpunkt, meint Herr Wendel, denn „wenn wir alle die Welt vernünftig ansehen lernen, blüht auch, zartes Blümlein auf dem Schutthaufen Europa, die Hoffnung, daß endlich wieder Vernunft in das Getriebe kommt!“ Das ist Herrn Wendels Osterbotschaft.

Werfen wir ein paar Schlaglichter auf diesen „vernünftigen“ Standpunkt, indem wir uns möglichst des Wendelschen Wortschatzes bedienen! Für diesen sozialistischen „Historiker“ ist das Vorgehen des „Habsburgischen Zwangsstaates“ in keinem Betracht eine Art Notwehr, etwas durch das Recht der Selbstbehauptung Legitimiertes, wie das die deutsche Kriegsschuldliteratur z. T. nachzuweisen sich bemühe. Nein, ein solches, auch nur relatives Widerstandsrecht kann Wendel diesem überlebten, verkalkten Organismus, diesem Stück Mittelalter, Absolutismus, Feudalismus aus seiner großen geschichtlichen Perspektive heraus nicht zubilligen. Vielmehr sieht er alles, aber auch alles Recht auf der Seite des armen, ganz zu Unrecht verlästerten Serbien, dieses Musterlandes der urwüchsigen Demokratie, der parlamentarischen Herrschaft, der politischen Freiheit, wie es Herr Wendel nicht müde wird, zu nennen. Wie es mit dieser politischen Freiheit und urwüchsigen Demokratie in Wirklichkeit bestellt ist, ersieht man aus der berühmigten Paschtsch-Diktatur der radikalen Partei nach dem Kriege, die an Unterdrückung der nationalen Minderheiten, mögen es nun slowenische Katholiken, bosnische Mohammedaner, Kroaten oder Deutsche sein, das Menschenmögliche leistet. Die Minderheiten gelten hier als „Schandfleck am Körper der nationalen Einheit“, Minderheitenschutz wird ausgelegt als „Schutz des Staatsvolkes gegen die Maßlosigkeiten der Minderheiten“. Die Häupter der kroatischen Bauernpartei sehen im Gefängnis ihrer Aburteilung wider alles demokratische Recht

entgegen, und eben, Ende Januar 1925, geht durch die Zeitungen die Nachricht, daß der deutsche Gesandte in Belgrad sich veranlaßt sah, bei der Regierung gegen die grausame Mißhandlung der Führer der deutschstämmigen Südslawen bei den Wahlkämpfen Einspruch zu erheben. Die Losung der Paschitsch-Regierung „Wer deutsch stimmt, muß vernichtet werden“ wird für die serbische Heldenjugend zum Schlachtruf: die Schwabas sollen krepieren! und man säumt nicht, danach zu handeln. Die Organisatoren des Mordversuchs an dem Deutschenführer Dr. Kraft sind bekant, sie sitzen z. T. an amtlichen Stellen und man hat bisher nicht gehört, daß eine Verhaftung in dieser Sache erfolgt sei. Vielmehr erregt sich, wie im „Berliner Tageblatt“ zu lesen steht, die „nationalistische, hochmütige und arrogante“ Presse, „die übrigens die bestimmende dieses Landes ist“, bisher lediglich über den Schritt des Gesandten Dr. Olshausen, eines Demokraten, Republikaners und Südslawenfreundes nach dem Zeugnis des Tageblatts. Dessen Korrespondent, der von dem unerhörten Wahlterror zu berichten weiß, wird kurzerhand ausgewiesen, das Tageblatt sieht sich genötigt, die „dummyrannische Maßregel“ der Paschitsch-Minister, „dieser Mitschuldigen an hinterlistigen Mordtaten“, an den Pranger zu stellen. Das geschieht heute. Vor dem Kriege nun hat dieses Serbien nach Wendel eine recht demokratische Tugendpolitik getrieben, die lediglich Unabhängigkeit und Einheit mit berechtigten Mitteln verfocht. Das serbische Volk lag eben „zu seinem Unglück auf der Diagonale des Machtstrebens zweier großen Staaten“, und so wurde denn, nach Wendel, „sein Aufstieg von den Staatsmännern des einen (Oesterreich-Ungarn) mit vollendeter Verständnislosigkeit (!) gehemmt, bedroht, unterdrückt, von den Diplomaten des andern (Rußland) eigensüchtig gefördert und skrupellos für ihre dunkeln Ziele ausgenutzt“. Wenn ein Serbe wie Boghitschewitsch so ehrlich ist, sein Land nicht so ganz als passives Opfer der Politik böser Nachbarn zu zeichnen, so gehört er eben für Wendel „zu den ganz spärlichen Südslawen, die für die Demokratie (!) kein Empfinden haben und Anhänger des Absolutismus (!) sind. Deshalb ist er in üblem Sinne (!) der deutschen Hypnose (!) verfallen, er sieht mit den Augen des deutschen und österreichischen Militarismus und Imperialismus“.

Das Moralische, das, Herr Wendel versichert es, in Oesterreich nur für die Galerie ist, versteht sich für ihn bei Serbien von selbst. Die — heute erwiesene und von dem serbischen Skuptschinapäsidenten und Exminister L. Jowanowitsch offen eingestandene — Mitwisserschaft der serbischen Regierung, Paschitschs, des Kronprinzen an dem Attentat von Sarajewo, kommt für ihn natürlich gar nicht in Frage. Von der so verfänglichen Warnung in Wien weiß er nichts, nach ihm war der Anteil des amtlichen Serbien an der Attentatssache lediglich der: vorher war nur der Belgrader Polizei etwas von dem Anschlag ruchbar geworden, nicht der Regierung, nachher hatte die serbische Regierung anscheinend eine Vermutung über die Urheber, — die Offiziersnebenregierung der „Schwarzen Hand“, die selbst (!) in diesem demokratischen Lande so mächtig war, — rührte aber keinen Finger, sondern war, Herr Wendel drückt sich schonend aus, „zweifellos von einer gewissen Passivität, einer orientalisch anmutenden Indolenz in den entscheidenden Wochen (vor dem Ultimatum) beiseelt“. Der eigentliche Regisseur des Attentats, der Generalstabsoberst Dimitrijewitsch, wurde im Kriege Generalstabschef einer Armee, das weiß auch Wendel. Erst 1917 wurde, so möchte er an-

nehmen, die Vermutung der serbischen Regierung zur Gewißheit, sofort griff sie zu, und im Saloniker Prozeß erhielt Dimitrijewitsch seine Strafe für die Tat von Sarajewo! Dies die Wendelsche Konstruktion. Er kann daraufhin die ungeheuerliche Behauptung aufstellen, das Ergebnis des ersten und vorläufigen Berichtes des k. u. k. Sektionsrates Wiesner, nachdem eine Mitwisserschaft der serbischen Regierung an dem Attentat durch nichts erwiesen, ja als ausgeschlossen anzusehen war, sei „später durch nichts entkräftet worden“.

In Wirklichkeit war die Tätigkeit der „Schwarzen Hand“ den serbischen Behörden stets bekannt, und in Uebereinstimmung mit den Intentionen dieser Behörden; Kronprinz Alexander und Paschitsch haben den unbequemen Belastungszeugen Dimitrijewitsch, als er ihnen zu mächtig wurde, erst durch Ermordung beseitigen wollen, und als der Anschlag mißglückt war, durch den Saloniker Prozeß unschädlich gemacht. Von diesen serbischen Wirklichkeiten weiß Herr Wendel nichts.

Am widerwärtigsten ist der Jargon des marxistischen Tendenzhistorikers in den Kapiteln, in denen er die deutsche Stellungnahme zu dem österreichisch-serbischen Konflikt behandelt. Man höre nur die Eingangstirade: „Auch die unglückliche Südslawenpolitik Oesterreich-Ungarns belastet Deutschland zwar nicht mit subjektiver Verantwortung (!), wohl aber mit historischer Schuld (!). Denn da Deutschland ein Obrigkeitsstaat, kein Volksstaat war, da es das Problem seiner nationalen Minderheiten wie der Polen nicht auf demokratischem, sondern auf autokratischem (!) Wege zu lösen suchte, bekamen durch die Anlehnung an Berlin die Sachwalter Habsburgs keinerlei Antrieb (!), ihre nationalen Fragen im demokratischen Sinne anzuschneiden (!), ganz im Gegenteil.“ Wenn aber dennoch Berlin 1912/13 für eine Verständigung mit Serbien in Wien eintrat, so konnte das nach Wendel nur „eine platonische Wirkung“ haben. Es entsprach auch lediglich „dem allgemeinen schwankenden Wesen der deutschen auswärtigen Politik“, deren Mitschuld nun einmal feststeht — Autokratien sind immer schuldig, so verlangt es die Doktrin. Wenn es gilt, die deutschen Autokraten herunterzumachen, glaubt Herr Wendel kritiklos aufs Wort denselben österreichischen Diplomaten, die ihm, wenn sie gegen Serbien aussagen, so wenig vertrauenswürdig erscheinen. Deutschland hat Oesterreich zum Kriege gegen Serbien gehetzt, das sieht Herr Wendel vor allem durch die Randbemerkungen „Wilhelms“ bewiesen. Sie stempeln, wie Wendel es ausdrückt, „den letzten deutschen Kaiser zum Urbild des Kriegshetzers im klinischen Sinn (!!). Allerdings stehen diese Randbemerkungen an sich unterhalb des politischen Niveaus, es ist das Toben eines von Alkohol und Chauvinismus erhitzten Spießbürgers am Stammtisch, aber — ganz sicher wurden sie in der Wilhelmstraße nicht übersehen, sondern sehr ernst genommen.“

Diesem ebenso würdelosen wie unwissenden Giftspritzer reihen sich andere Auslassungen ebenbürtig an. Wenn Bethmann sagte, er habe zu schnellem Vorgehen bei der notwendigen Remedur für Oesterreich geraten, „weil damit am ehesten Weltkomplikationen vermeidbar schienen“, so knüpft Herr Wendel daran die haltlose unverantwortliche Verdächtigung, als ob es dem Kanzler mit seinem Friedenswillen nicht ernst gewesen sei: „Die Vermeidung von Weltkomplikationen mußte den verantwortlichen Leitern der deutschen Politik am Herzen liegen; es war angenehmer (!) und leichter (!), wenn Oesterreich-Ungarn

durch Zerschmetterung Serbiens sein Prestige wahrte und auf dem Balkan ‚präpoderant‘ wurde, als wenn an allen Fronten ein Existenzkampf geführt werden mußte. Wilhelm in seiner glücklichen *L'aine* ...“ Die deutschen Staatsmänner erscheinen Herrn Wendel, „selbst wenn sie Oesterreich-Ungarn nicht vorwärts hetzen, von einer Passivität, von einer Indolenz (!), die die der serbischen Regierung nach dem Attentat noch weit übertrifft“. „Interesseselosigkeit, als ob der Krieg auf dem Monde geführt werden sollte“, „wie eine Bagatelle, wie der Monatsbericht des Konsuls in Honolulu“, „verblüffende Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit“, „vorsätzliche und leichtfertige Entfesselung eines Krieges (gegen Serbien)“, „kurzsichtig bis zur Blindheit“, „bereit, durch dick und dünn mit dem Bundesgenossen zu gehen“, darin erschöpft sich das Urteil dieses Tendenzhistorikers über die deutsche Diplomatie. Zwar erstreckt sich das Gutachten nicht auf die Ausdehnung des österreichisch-serbischen Konflikts zum Weltkrieg und will beileibe nicht „ein Freispruch für irgendeinen Imperialismus“ sein, das hindert aber den Verfasser nicht, ganz allgemein die riesengroße historische Schuld der deutschen Staatsmänner zu behaupten. „Und wenn 1918 gerade an der serbischen Front der Zusammenbruch der Mittelmächte begann, kann, wer da will, das als Beweis dafür ansehen, daß sich noch immer des deutschen Dichters Wort: ‚Die Weltgeschichte ist das Weltgericht‘ mit innerer Gesetzmäßigkeit (!) auswirkt“, mit diesem emphatischen Wort der Genugtuung schließt der deutsche „Sachverständige“ seinen Beitrag zur Kriegsschuldfrage.

„Beflissener Primaneraufsatz“, „Begräbnis dritter Klasse im Papierkorb“, „die Hühner lachen“, „der mildernde Umstand der geistigen Minderbemitteltheit“, „welche Spezies von Zeitgenossen“! Das ist Herr Wendel. *Le style, c'est l'homme.*

Kerns Prügelknabe

Von Hermann Wendel

Die erste Regung ist eine Art verächtlichen Mitleids: man sollte ihn laufen lassen! Denn wie ist der Tatbestand? Fritz Kern, Dr. phil. und Professor, hatte in den „Preußischen Jahrbüchern“ von meinem vor dem Reichstagsausschuß erstatteten Gutachten zur Kriegsschuldfrage behauptet, daß es „in Sammlung und Verwertung des Materials von einer nicht zu überbietenden Voreingenommenheit und Fahrlässigkeit“ sei. In der „Glocke“ vom 22. November 1924 forderte ich ihn ob dieses großen Wortes auf, seine Behauptung wenigstens an drei Beispielen auf diesen Blättern zu beweisen. „Kneifen Sie“, hieß es, „unter irgendeinem Vorwand, weiß jeder, vor allem der Parlamentarische Untersuchungsausschuß, zu welcher Spezies von Zeitgenossen Sie gehören.“ Und daß Fritz Kern, Dr. phil. und Professor, kneifen werde, ahnte nicht nur ich, sondern schon Lessing, als er schrieb:

„Ich flieh', um öfter noch zu streiten!“
 Rief Fix, der Kern von tapfern Leuten.
 Das hieß: (so übersetz' ich ihn)
 Ich flieh', um öfter noch zu flieh'n.

Dabei tut es der Ehre keinen Abbruch, daß der Vorwand zum Kneifen so fadenscheinig und schäbig wie möglich ist. Wie Hans, der Peter des Diebstahls silberner Löffel beschuldigt hat, zum Beleg seiner Bezichtigung aufgefordert, gekränkt erwidert: „Peters Ton paßt mir nicht; ich bin zu vornehm, auf diesen Ton hin Beweise beizubringen“, so drückt sich Professor Kern als feiner Mann wegen der „ungewöhnlichen Tonart“ meines Ansinnens um die peinliche Pflicht, zu beweisen. Künftig weiß man Bescheid über ihn!

Aber wenn er für seine Person kneift, so erinnert er sich doch aus der Geschichtsstunde an die Einrichtung des Prügelknaben in der mittelalterlichen Prinzenenerziehung; hatte einer der hochgeborenen Zöglinge etwas ausgefressen, so prasselte die verdiente Tracht Schläge nicht auf sein allerdurchlauchtigstes Gesäß, sondern auf das eines zu diesem Ende aufs Schloß befohlenen Bauernlummels. Einen solchen Prügelknaben schickt Professor Kern in Gestalt des Herrn Dr. Hans Hallmann vor.

Kerns Weh und Ach war aus dem einen Punkt zu erklären, daß der Parlamentarische Untersuchungsausschuß nicht ihn, der es zwar nicht zu der ersehnten Professur der Geschichte in Berlin, doch immerhin an der Bonner Hochschule zum Mandarin mit einigen Knöpfen und Pfauenfedern gebracht hat, sondern einen Mann ganz ohne Rang und Titel zum Sachverständigen bestellte.*) Auch Herr Dr. Hallmann redet mit der Nichtachtung, mit der etwa ein Stallknecht vom Sonntagsreiter spricht, von dem „Gelegenheitshistoriker“ Wendel, während ein Goethe es nicht verschmähte, sich einen Gelegenheitsdichter zu nennen. Aber „Gelegenheitshistoriker“ als Schimpf — gut! Wenn also die Zunft aufmarschierte, mußte sie zeigen, was eine Harke ist; daß er mit der ganzen schweren Artillerie der Gelehrsamkeit, mit I), A), 1) und a), mit Exzerpten und Zitaten, mit Hinweisen und Fußnoten in Grund und Boden kanonisiert wurde, war das mindeste, was dem armen „Gelegenheitshistoriker“ bevorstand. Mit Herrn Dr. Hans Hallmann marschiert die Zunft auf, aber was offenbart sich? Herr Hallmann denkt gar nicht daran, den Beweis für die Behauptungen seines Herrn und Meisters Kern an den verlangten drei Beispielen anzutreten; der größte Teil seiner Abhandlung gibt vielmehr meine eigenen Sätze und Ausdrücke wieder; die geistige Arbeit des Herrn Doktor besteht einzig darin, sie in „ironischen“ Gänsefüßchen einzurahmen und mit entrüsteten Ausrufungszeichen zu begleiten; seine Entrüstung steigert sich dort zur empörten Sperrung der Worte, wo der Psychopath auf dem Hohenzollernthron

*) Das: *Hinc illae lacrimae!* kam auch in der Berichtigung zum Ausdruck, die, gezeichnet Walther Schücking, Vorsitzender des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses und Dr. Eugen Fischer, Geschäftsführer des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, in den „Preußischen Jahrbüchern“ erschien und in der es hieß: „Der Untersuchungsausschuß beschränkt sich bei der Auswahl seiner Sachverständigen grundsätzlich nicht auf den Kreis der Universitätslehrer, sondern zieht Persönlichkeiten jeden Standes heran, die sich auf dem in Betracht kommenden Gebiet Autorität erworben haben. Herrmann Wendel ist unstreitig einer der besten deutschen Kenner Serbiens vor dem Kriege wie des heutigen, und hat seine Kompetenz zum Sachverständigen für die Frage des serbisch-österreichischen Konflikts in zahlreichen Schriften dargelegt.“

nicht mit Majestät angedredet wird! Dann verweilt Hallmann bei dem Wählterror des Regimes Pašić-Pribičević in Südslawien; allerdings wird selbst ihm im Dunkeln liegen, was die Gewaltmethoden zweier politischer Parteien im inneren Kampf des Jahres 1925 mit der Schuld der Belgrader Regierung am Attentat von Sarajewo im Jahre 1914 zu tun haben; im übrigen hat niemand die Vergewaltigung der Opposition und den Anschlag auf Dr. Kraft rücksichtsloser gegeißelt als ich (siehe „Frankfurter Zeitung“ Nr. 84 vom 1. Februar 1925); ohne allerdings auf die von Hallmann weitergegebenen dummen Erfindungen hereinzufallen.

Nur an einer Stelle nimmt dieser „Berufshistoriker“ einen Anlauf, zwar nicht zur Widerlegung meiner Schrift, doch zu einer Berührung des in ihr behandelten Themas. Daß „die heute erwiesene und von dem serbischen Skupshtinapräsidenten und Exminister L. Jowanowitsch offen eingestandene Mitwisserschaft der serbischen Regierung an dem Attentat von Sarajewo“ für mich nicht in Frage gekommen sei, ist für ihn ein Gravamen. Wahrhaftig, welche „nicht zu überbietende Voreingenommenheit und Fahrlässigkeit“, daß ich im Mai 1923 bei Erstattung meines Gutachtens die Bekundungen Ljuba Jovanovičs aus dem Juli 1924 noch nicht kannte und verwertete und mich auf die damals erschlossenen Quellen beschränkte! Da aber die zuerst von mir der europäischen Oeffentlichkeit unterbreitete Aussage Jovanovičs (siehe „Frankfurter Zeitung“, Nr. 549 vom 25. Juli 1924), daß die Belgrader Regierung von dem Attentatsplan erfahren und die Verschwörer an der Ausführung ihres Vorhabens zu hindern versucht habe, augenblicklich auch sonst zur Verdunkelung des Tatbestandes in der Kriegsschuldfrage ausgeschlachtet wird, soll an gelegenerer Stelle darüber ausführlicher die Rede sein. Aber wenn Hallmann sagt:

In Wirklichkeit war die Tätigkeit der „Schwarzen Hand“ den serbischen Behörden stets bekannt und in Uebereinstimmung mit den Intentionen dieser Behörden; Kronprinz Alexander und Paschtsch haben den unbequemen Belastungszeugen Dimitrijewitsch, als er ihnen zu mächtig wurde, durch Ermordung beseitigen wollen

so ist das „in Wirklichkeit“ höheres Blech; Hallmann bemüht sich denn gar nicht, während in meiner Schrift Satz für Satz belegt ist, seine Behauptungen zu erhärten.

Aber was läßt sich anderes von einem „Berufshistoriker“ erwarten, der als nationale Minderheiten im Südslawenstaat seelenruhig auch slowenische Katholiken, bosnische Mohammedaner und Kroaten aufzählt! Das ist schlimmer als Unter-Tertial! Das ist schon durch historische Seminare überzüchtete Unwissenheit! Das ist nämlich genau dasselbe, als rechnete jemand die rheinischen Katholiken, die ostpreußischen Mennoniten und die Bayern zu den nationalen Minderheiten in Deutschland!

War die erste Regung, ihn laufen zu lassen, nicht berechtigt? Lohnt es, auf dieses von Professor Kern ausgewählte Gesäß das spanische Rohr niedersausen zu lassen? Nein, Herr Dr. Hallmann ist vielleicht nicht unter den „Berufshistorikern“, aber sicher unter den Prügelknaben ein Unikum: mit seinem impotenten Gestammel verabreicht er sich selbst die Tracht Prügel, die ihm und dem andern gebührt!

Die Kunst vor dem Richter

Von Adolf Behne

Der Staatsanwalt:

Ich weiß, was morgen in der Presse über mich stehen wird. „Banause“ wird ihr zartester, „Tartüffe“ ihr leitmotivischer Ausdruck sein. Ich weiß, daß der Herr Verteidiger als Vertreter der Kultur und der Bildung mit seinem Leibe meinen gegen „die Kunst“ gerichteten Angriff auffangen wird. Er freut sich schon darauf. Ich weiß wohl. Aber dennoch muß ich mich unsympathisch machen und die Verurteilung des Angeklagten fordern.

Ich vertrete den Staat, das ist die Allgemeinheit. Ich muß eintreten gegen alle Tendenzen, die das Wohl der Allgemeinheit schädigen. Innerhalb der menschlichen Gemeinschaft gibt es Chauffeure, Kaufleute, Techniker, Philosophen — auch Künstler. Die Tätigkeit dieser aller und aller andern Berufe schützt der Staat. Aber niemals kann er dulden, daß irgendeine Tätigkeit die Interessen der Allgemeinheit außer acht läßt.

Ich weiß, daß das Lenken eines Autos nicht unsittlich ist. Ich weiß, daß es fast zu einer Kunst werden kann; ich weiß, daß die Steigerung der Geschwindigkeit, die Steigerung der Geschicklichkeit, Entschlußkraft, Geistesgegenwart beglücken kann. Nichts an sich Schädigendes liegt dabei vor. Aber es scheint mir unsittlich, diesen Sport in einer Form zu treiben, die andere in Gefahr bringt. Wenn ich den Chauffeur bestrafe, der ein Kind überfahren hat, so bin ich nicht gegen das Automobil und nicht gegen den Verkehr oder die Technik.

Ich habe kein Interesse, die Freiheit der Kunst zu unterbinden. Wo aber ein Künstler seine Interessen so verfolgt, daß andere geschädigt werden, schreite ich gegen ihn — nicht gegen die Kunst — ein. Ein Ausnahmerecht kann ich dem Künstler so wenig wie dem Sportsmann oder dem Techniker einräumen. Es ist Gebot der Sittlichkeit, das Recht des andern zu achten, niemanden zu schädigen.

Daß ein Bild Schaden stiften kann, scheint mir unbestreitbar. In der Moskauer Tretjakoff-Galerie hängt ein Bild von Rjepin: „Iwan der Grausame und sein Sohn“. Das Blut auf dem Boden ist von einer furchtbaren, aufregenden Wirkung, und es ist Tatsache, daß Betrachter vor diesem Bilde Schreikrämpfe bekommen haben. Es waren Revolutionäre, die die Entfernung des Bildes verlangten, weil es Menschen schädigte, in ihrer seelischen Gesundheit beeinträchtigte.

Es erscheint mir als pervertiertes Muckertum (aufgeklärte Heuchelei, ebenso schlimm wie die dumm gebliebene), zu leugnen, daß ein Akt Wirkungen auslösen kann, die — ganz und gar unabhängig von der malerischen Leistung — Menschen bestimmten Alters, bestimmter Verfassung schädigen können.

Ich weiß wohl, daß man diese Dinge leicht nehmen kann — aber ich weiß auch, daß man die Kunst zu wichtig nehmen kann. Auch ich nehme die Möglichkeit einer Schädigung durch Ausstellung eines gewagten Aktes nicht sehr schwer, — aber immerhin um ein wenig schwerer, als das mit ihm verbundene künstlerische Interesse. Ich frage mich, wem schade ich mehr: der Kunst — indem ich die Ausstellung des Bildes

verhindere, oder der Allgemeinheit — indem ich sie zulasse? Und mir scheint, daß die Schädigung der Kunst eine ganz und gar fiktive, die der menschlichen Gemeinschaft immerhin eine, wenn auch minimale, so doch reale ist.

Ist denn z. B. der Akt eine unbedingte Lebensnotwendigkeit der Kunst? Ich weiß, daß die Futuristen gefordert haben, für fünfzig Jahre alle Akte zu verbieten — nicht aus moralischen, sondern aus künstlerischen Gründen. Ich möchte dem Herrn Verteidiger, dessen sehr schöne Rede ich dem Gedankengang nach zu kennen glaube, zu bedenken geben, daß gerade Künstler heute den Akt nicht mehr als heiligen Bezirk der Kunst ansehen. Die Darstellung des nackten Körpers für ein Reservatrecht der Kunst anzusehen, ist eine durch und durch bürgerliche Anschauung. Moderne Künstler sehen ihre höchste Aufgabe in der realen Gestaltung des Lebens der Allgemeinheit, — und ich, der Staatsanwalt, folge freudig ihrer Auffassung. Denn sie gibt die Möglichkeit, die Kunst herauszureißen aus der Enge und Kleinlichkeit goldgerahmter Stilleben mit und ohne Popo, sie in eine Ebene der Verpflichtung zu heben, auf der so lächerliche und unappetitliche Prozesse wie dieser nicht mehr denkbar sind.

Der Verteidiger:

Ich muß den Herrn Staatsanwalt enttäuschen. Ich werde nicht die ewig gleiche Verteidigerrede halten, mit der sonst die „Freiheit der Kunst“ von Rechtsanwälten verfochten wird, die, wenn es hoch kommt, der „Gartenlaube“ die „Jugend“ vorziehen. Ich denke auch nicht daran, für den Künstler ein total veraltetes Reservatrecht zu beanspruchen, nicht einmal das Vorrecht, die Menschen auszukleiden; bin vielmehr mit dem Staatsanwalt in der Hoffnung auf eine Kunst als unmittelbare Gestaltung aller unserer Lebensnotwendigkeiten durchaus einig. Erfüllt die Kunst den kategorischen Imperativ in ihrer Sphäre der Gestaltung, so sind wirklich Prozesse wie dieser eine Unmöglichkeit.

Aber der Staatsanwalt, mit dem ich nicht opportunistisch und des Renommees wegen um den Freispruch meines Klienten kämpfen, sondern den ich überzeugen möchte, übersieht das eine: noch ist die Kunst nicht im gelobten Lande! Noch muß sie für die Möglichkeit umfassender Gestaltung kämpfen, und eine ihrer Waffen in diesem Kampfe ist die Kritik des Zustandes der Gesellschaft. — In dem Kampfe für eine wahre menschliche Gemeinschaft sind Sie, Herr Staatsanwalt, Waffengefährte des kritischen Künstlers, wenngleich Sie den Kampf mehr defensiv, jener ihn mehr offensiv führt.

Der Kritiker herrschender gesellschaftlicher Zustände wird grausam deutlich sein müssen. Wo aber ist die Grenze zwischen Medizin und Gift, zwischen Nacktheit (jetzt nicht im Sinne des Motivs) und Pornographie?

Ich würde mir das Recht, für den Künstler einzutreten, selbst nehmen, wenn ich jede Nudität verteidigen wollte. Ich spreche auch gar nicht im Interesse der Kunst, sondern genau so im Interesse der menschlichen Gemeinschaft wie der Staatsanwalt.

Also die Grenze — — wo liegt sie?

Die Grenze kann stets nur eine künstlerische Entscheidung setzen, wobei wir uns nur vor dem altertümlichen Irrtum hüten müssen, als sei Kunst eine Sache der „Qualität in der Ausführung“.

Es ist die bürgerliche Anschauung, daß eine Coçonnerie, wenn sie „künstlerisch“ aufgemacht ist, durch die Qualität der Malerei sozusagen ethisch wird. Nach meinem Urteil wird sie dadurch nur widerlicher. Kunst ist keine Sache der Qualität in dem üblichen Sinne, wonach derselbe Artikel X in den Qualitäten 1—12 zu haben ist, und die „Prima-ff-Qualität“ nennt man eben „Kunst“ — sondern Kunst ist eine schöpferische Aktivität, die zunächst prüft, streng kritisch prüft, ob der Artikel X überhaupt existenzberechtigt ist, ob er, gleichgültig in welcher Qualität, prinzipiell hergestellt werden darf.

Auf diese schöpferische, kritische Aktivität kommt es hier an. Dort, wo sie vorhanden ist, ist unter allen Umständen Sittlichkeit. Sie zu erkennen, erfordert in unserer verbildeten Zeit eine besondere und seltene Begabung. Hier, nicht in dem Weiterverbreiten uralter Gemeinplätze, scheint mir die Aufgabe des Sachverständigen zu liegen, dem ich nunmehr das Wort zu erteilen bitte.

Der Sachverständige:

Ich untersuche zweierlei.

1. Unter welchen Gesichtspunkten kann die Wahl eines Gegenstandes für die künstlerische Darstellung sittlich bzw. unsittlich genannt werden?
2. Unter welchen Gesichtspunkten kann die Art einer künstlerischen Darstellung sittlich bzw. unsittlich genannt werden?

ad 1: Die Wahl eines Gegenstandes ist sittlich dann, wenn sie hilft, den Menschen menschlicher zu machen; unsittlich, wenn sie beiträgt, ihn zu vergrößern, zu verstumpfen, zu verschließen. Der Mensch wird menschlicher gemacht, indem er vor immer neue Entscheidungen gestellt wird. Er wird vergrößert, wenn man ihn in Ruhe läßt.

In unserem Falle: die Ausstellungsbesucher werden vergrößert durch alle niedlich-wohligen Gegenstände. Der Ausstellungsbesucher hat für solche Themen eine große Vorliebe. Er braucht sich da nicht anzustrengen. Er bleibt der liebe, herzige Mensch, der er war, und verläßt dankbar die Ausstellung, die „schön“ war, weil kein Bild ihn erschütterte. Diese Neigung des Menschen zum selbstgerechten Spießertum durch sogenannte gewagte Themen zu zerbrechen, ist eine sittliche Tat. Der jetzt hier angeklagte Künstler hat durch seine kühnen Darstellungen den Ausstellungsbesucher aus seinem armseligen Trott in andere Lebenswirbel magisch hineingerissen, nach jenem sittlichen Gebote handelnd, daß wir uns nicht vor dem Leben behüten sollen, sondern uns zwingen zum Leben, zum Wissen, zum Sehen, zur Entscheidung.

ad 2: Unter welchen Gesichtspunkten kann die Art einer künstlerischen Darstellung sittlich bzw. unsittlich genannt werden?

Die Kriterien hierfür können nur innerhalb der besonderen und eigentümlichen Funktionssphäre, eben der Darstellung, liegen. Das ist die Sphäre des Optischen. Die Bilder des Angeklagten sind auffallend, wirksam, einflußreich durch die herbe Bestimmtheit, die aktive Gespanntheit ihrer Optik. Ringsum hingen in vielen Sälen Bilder über Bilder, zwischen denen und dem Auge des Betrachters nur jene lose, konventio-

nelle, flüchtige Verbindung zustande kam, deren Spannungslosigkeit der Ausstellungsbesucher so gern für einen Beweis von „Kunst“ nimmt.

Wenn wir nun bei der künstlerischen Darstellung die Qualitäten des Sittlichen bzw. Unsittlichen nur innerhalb des Optischen suchen und erwarten dürfen, so scheint, daß die übliche konventionell-leidenschaftslose Optik des Wald-, Weg- und Wiesenbildes sittlich auf einer primitiveren Stufe stehe als eine packende, den Blick meisternde und fesselnde Optik, die das Auge aus seinem Zustande des Halbschlafs, mit dem es an den Leinenwänden entlanggrast, herausreißt, es zwingt, wach zu sein, es zwingt, sich groß und weit auszuspannen und die vorhandenen, aber allzu selten genutzten Fähigkeiten des ursprünglich starken, elementaren und verlangenden Sehens zu gebrauchen.

Jedem Bilde ist Macht über das menschliche Auge gegeben. Indem es diese Macht verleugnet, fällt es von seiner Sittlichkeit ab. Indem es diese Macht nützt, sie bewußt stärkt, handelt es in seiner Sphäre sittlich.

Das Bild ist nachgerade zu einer Pest geworden. Vom schlechten Plakat über die Titel der Witzblätter und Journale bis zu allen Ausstellungen sind wir überschüttet von einer Unzahl aller jener passiven, die Kraft der Formen, Farben und Linien mißbrauchenden Bildchen, die noch schändlicher werden durch ihre Süßlichkeit und innere Unwahrhaftigkeit, von künstlerischen Dingen ganz zu schweigen. Dank sei dem hier Angeklagten, daß er gegen die Heere der Einluller, Verniedlicher und Verhübscher seine Tafeln gesetzt hat, deren Härte und Wucht dem Auge wieder Aufgaben bieten, entgegen der Tendenz, die das Bild zu einem der wirksamsten Mittel der Verdummung machen will.

Der Angeklagte:

Ich bitte dringend, meine Arbeit freizusprechen. Ich scheue nicht eine selbst harte Strafe, selbst nicht den Gang in das Gefängnis — ich scheue jedenfalls viel mehr die mit einer Verurteilung verbundene Sensation. Selbst eine als unverdient empfundene Strafe brauchte mich nicht zu bedrohen, so sehr sie mir Zeit und Kraft raubte. Aber es würde mich innerlich bedrohen, als Verurteilter zu einer Saison-Nummer, zu einer Kapazität der Neugierigen zu werden. Es wäre schwer, fast unmöglich, unberührt zu bleiben von dem unehrlichen Schleim mir verhaßter Snobs und Aestheten. — Ich weiß, daß mein Verleger, obwohl er natürlich beflissen war, alle Universitäten als Sachverständige zu laden (um so ausführlicher werden die Berichte der Presse!), nichts sehnlicher wünscht als meine Verurteilung, ja, daß er schon überschlagen hat, um wieviel er wohl die Preise meiner Graphik nach der Verurteilung höher ansetzen kann. Durch Ihre Verurteilung erst würde meiner Arbeit der Stempel des Unsittlichen aufgedrückt werden. Was ernsthaft bittere und innerlich saubere Kritik war, würde dadurch erst zu einer Spekulation, zu einem Geschäft.

Im Interesse der Reinheit meiner Arbeit bitte ich Sie um den Freispruch, damit es mir möglich ist, als ein ganz uninteressanter und belangloser Mensch ohne Aufsehen dieses Haus zu verlassen.

Segel am Horizont

Von Arthur Eloesser

Im November 1924 las der deutsche Dichter Rudolf Leonhard in einer Berliner Zeitung, noch dazu in einer der Mittagszeitungen, die ja voll von menschlichen Tragödien und Komödien zu stecken pflegen, eine Notiz, daß das russische Segelschiff „Towarischtsch“ (Genosse), als es auf der Heimfahrt nach Leningrad den englischen Hafen Port Talbot anlief, unter dem Kommando einer Frau gestanden habe, die nach dem geheimnisvollen Verschwinden ihres Mannes, des Kapitäns, von der Besatzung einstimmig zur Führerin des Schiffes gewählt worden war. Leonhard ist Gelegenheitsdramatiker und seit einem Revolutionsstück, „Die Vorhölle“, der Bühne abhanden gekommen. Unsere jungen Bühnenschriftsteller täten vielleicht gut, wenn sie ebenfalls auf ihre Gelegenheit warten wollten; manche von ihnen scheinen nur Dramen zu schreiben, weil sie einmal als Dramatiker eingetragen sind, und wenn sie sich Stoffe, Kostüme, Dekorationen und dazugehörige Figurinen aus der blauesten Südsee und dem wildesten Westen herleihen müßten. Der Kapitän ist also eine Frau, und das Schiff heißt „Genosse“, ist also mit Bolschewisten bemannt, die nach der Meinung und nach der Neigung von Herrn Leonhard wohl geeignet sind, Probleme der Gemeinschaft und überhaupt einer neuen Sittlichkeit nicht nur auf russische, sondern auch auf menschliche Weise zu lösen.

Meiner Vermutung nach hat der Gelegenheitsdramatiker, sonst Aphoristiker, den man auch wohl Aktivisten nennen darf, ursprünglich nicht ein Schauspiel in vier Akten geschrieben, wie der Theaterzettel der Volksbühne seine „Segel am Horizont“ nennt, sondern eine sehr ausführliche Debatte mit Dutzenden von Auftritten, die ihm eine wohlthätige und tatkraftige Regie gehörig zusammengestrichen hat. Der Regisseur, Herr Erwin Piscator, baute ihm ein sehr vollständiges Segelschiff, das von der Drehbühne bewegt wird, mit Segeln und Masten, mit Steuerhäuschen und Antenne, mit Kapitänskabine und Mannschaftsschlaflsaal. Die Drehbühne ist ein gefährliches Ding, aus naturalistischen Ueberzeugungen entstanden, als man noch sehr plastische, sehr ausführliche Dekorationen baute, und sie hat sich einem andeutenden Expressionismus, der sich von der Materie entlasten wollte, mit einer gewissen Rückständigkeit und Schwerfälligkeit widersetzt. Die Anwendung der Drehbühne erwies sich hier als Patentlösung, weil sie nicht nur wechselnde Ansichten eines einzigen Schauplatzes zuließ, weil ihre eigene mechanische Bewegung sich mit den Wendungen des Schiffes deckte, und vor allem, weil sie eine Idee, weil sie das Symbol der Gemeinschaft sinnfällig veranschaulichte. Man war auf dem Schiff recht zu Hause und freute sich, wie ausgezeichnet es manövierte. Das ist für das Theater nicht unwesentlich. Die zehn Mann etwa, die aus der sechsfach stärkeren Besatzung hervorgehoben werden, haben jeder eine bestimmte, haben alle zusammen eine gemeinsame Tätigkeit. Unsere jungen Dramatiker belieben von einer Abstraktion auszugehen, die sie Volk nennen, die einmal in einzelne Stimmen individualisiert und ein andermal zu einem Chor zusammengeballt wird. Die einzelnen Typen sind meistens nur als Exempel zum augenblicklichen Gebrauch vorhanden, wenn sie nicht Publikum für den Redner, Gemeinde für den Pfarrer oder sonstwie Schallwand mit Responsorium machen. Hier bilden

sich von selbst Gruppen durch eine bestimmte Tätigkeit, die jeden einzelnen in zweckvoller Beziehung zur Gesamtheit hält. Das ist für das Theater nicht weniger wesentlich; es hat sich in den letzten Jahren zuviel mit Leuten geplagt, die nur so herum und kaum noch im Stück standen. Das Stück ist hier das Schiff, und das Schiff, das „Genosse“ heißt, hat ein Schicksal. Man sah also mit Hilfe der Drehbühne und durch das Verdienst des sie bewegendes Regisseurs eine Wirklichkeit, die zugleich bedeutet. Herr Leonhard hatte also glücklich gegriffen oder war von seiner Notiz glücklich ergriffen worden.

Sechzig Mann stehen unter einer Frau oder gegen eine Frau. Bisher ist das Schiff von der Kapitänin glänzend geführt worden, aber da die Fahrt auf die Neige geht, beginnen die Matrosen doch mehr und mehr zu bemerken, daß ihr Kapitän eine Frau ist. Eine ansehnliche, warmherzige, durchaus sinnlich vorhandene Frau, nicht weil Leonhard sie gedichtet hat, der sie doch in einer mehr männlichen Grammatik reden läßt, sondern weil Gerda Müller in ihrem Rock stak. Vom Stern bis zum Heck spricht man von nichts als von der Kapitänin, und um ihre Kabine raunt es von stiller Begehrlichkeit. Der gesittete Steuermann meldet mehr als nötig, der ausgefressene Schiffskoch benimmt sich geradezu aufdringlich, und Kaleb, ein etwas aus dem Bilderbuch geholter Sohn Mahomets, läßt sich an einem Tau aus der Raa herab, um durch das Bullauge wenigstens einen schwärmerischen Blick in das Paradies der Kapitänskabine zu tun. Der Telegraphist aber, ein Mechaniker mit einer Maschinenseele, also am wenigsten verführbar, rebelliert gegen sie, weil er nicht unter einer Frau stehen will, und hetzt durch die Erinnerung an das geheimnisvolle Verschwinden des Kapitäns im letzten Hafen, das doch wohl noch dringend der Aufklärung bedürfte.

Die Disziplin geht also zum Teufel und die ganze höhere Idee der Gemeinschaft findet sich in Frage gestellt. Kann es zwischen Mann und Frau Genossenschaft geben, können sie sich darauf einigen, daß sie beide Menschen sind? Diese Debatte wird schon nicht mehr mit Worten, sie wird unter den begehrliehen und eifersüchtigen Männern schon mit Faustschlägen und Fußtritten geführt. Da es so nicht weiter geht, wird der Matrosenrat einberufen, und wie bei Abstimmungen meistens das Dummste herauskommt, gibt er der Genossin auf, sich für einen Mann von den sechzig zu entscheiden, damit die anderen sich beruhigen. Die Kapitänin voll weiblicher List wählt den Telegraphisten, der aber als Mann selbst zu wählen beansprucht, und wählt dann den einfältigen, halbwildem Sohn Mahomets, der von den anderen, den Enttäuschten, über Bord geworfen wird. Der gesittete Steuermann aber, der es nicht mehr aushalten kann, springt von selbst über Bord. Die Männer sind toll, und sie führen in ihrer Brunst, die aber nicht allzu schlimm wird, weil sie starke Debatter bleiben, eine Umkehrung, eine ernste natürlich, der aristophanischen Lysistrata auf. Wer oder was wird die beschämte, gedemütigte Kapitänin vom Boden aufheben, die zusammengebrochene Idee der Gemeinschaft wieder aufrichten? Oder sollte die Menschheit, indem sie sich anmaßt, die alte Sache zwischen Adam und Eva durch Vernunft, Zivilisation und verbesserte Rechtsprechung zu schlichten, etwa ad absurdum geführt werden? So daß den Herrn Leonhard aus seiner Zeitungsnotiz ein Schalk angeblickt hätte?

Es hatte mich schon längst ein Verdacht angelächelt, als ob der geheimnisvoll verschwundene Kapitän diese Widerlegung übernehmen wollte.

Nicht, daß er persönlich auftritt, da er in einem Stück mit echter Navigation nicht über das Meer schreiten kann, aber der Telegraphist unterhält ja die Verbindung mit der Außenwelt und dem Festland. Ein Stück hat immer schon ein Verdienst, wenn es uns wünschen und wahren läßt. Es kommt auch so, aber auf ernste Weise, da Herr Leonhard wahrlich kein Schalk ist. Die Frau des geheimnisvoll Verschwundenen legt vor der Mannschaft ein Geständnis ab; sie war nicht ganz die Unversuchbare gewesen, sie hatte ein Auge, oder je ein Auge auf zwei Matrosen geworfen, die ihr nicht nur als pflichttreue Genossen, die ihr auch als Männer besonders lieb waren. Sie selbst hatte es kaum gewußt, aber ihr Mann hatte es für sie bemerkt und sich deshalb in der Hafenstadt die Kehle abgeschnitten. Und sie hatte geschwiegen und hatte gebüßt. So gut übrigens geschwiegen, daß auch der Zuschauer, der wenigstens halber Mitwisser sein sollte, ihr nichts anmerken konnte. Das auf den letzten Akt aufgesparte Geständnis verfehlt nicht seinen Eindruck. Die Frau hat gesühnt, die Männer werden sühnen; jeder muß von dem Tab in sich opfern, damit die Idee der Gemeinschaft sich rein herstellen kann. Es gibt Genossenschaft zwischen Mann und Frau, es gibt nur eine Partei der Menschheit. Man wird nicht die Polizei im nächsten Hafen mit dem Kriminalfall befassen, man wird überhaupt nicht anlegen, und so macht das Schiff, von der Drehbühne bedient, im letzten Augenblick eine schöne und zugleich symbolische Wendung.

Aus meinem Bericht von der merkwürdigen und schließlich glückhaften Fahrt dürfte wohl hervorgegangen sein, daß wir nahe an einer Komödie vorbeigesteuert sind. Vielleicht war die Kapitänin, die die Notiz meint, alt und häßlich, und in ihrer Teerjacke von ihrem Seligen nicht sehr zu unterscheiden. War sie es nicht, so hätte sie wenigstens für mich, der ich die Bolschewisten auch für Menschen halte, leicht zur Heldin einer Komödie werden können. Ich stelle mir die Sache dann so vor, daß die Männer sie zur Kapitänin zu wählen glauben, weil sie sie für die Tüchtigste halten, daß sie sich aber in Wahrheit aus Verliebtheit so entscheiden. Daß sie im Matrosenrat und sonstwo als ehrliche Selbstbetrüger ihren Argumenten zustimmen, während sie in Wahrheit ihrer weicheren Stimme recht geben und dem, was sonst noch an einer Frau weicher ist. Und daß die Wahrheit notwendig über sie kommt.

Leonhard hat sein Drama trotz Ueberbordspringen und Ueberbordwerfen zu einer Debatte gemacht, und wenn das Publikum ihm doch folgte, auch wo das Seelische, das Instinktwesen schematisiert wird, so lag es jedenfalls daran, daß er an seine Sache glaubte, daß er sie mit persönlicher Ueberzeugung geführt hat, mit einem Wind in den Segeln, der den Gläubigen der Zivilisation, der Humanität, der Menschheit über gefährliche Untiefen hinweg trug. Es ist nicht seine Sache, Menschen zu formen nach seinem Bilde, aber sein Geist ist redlich. Diese Bravheit, diese Beherrztheit hat ihm die Bühne willig, das Publikum folgsam gemacht, ein Erfolg, den die Aguren unter sich belächeln mögen, den sie ihm aber nicht weglächeln können. Nun sollten unsere jungen Dramatiker aufmerken, wie man sich das erste und wesentlichste, wie man sich Vertrauen zu erwerben hat.

Neue Kritiken:

V O S S I S C H E Z E I T U N G :

Ein Lesebuch im schönsten Sinne! Diese Weltgeschichte ist das Werk des Modernen. Die Weltanschauung der Moderne prägt sich darin aus, von der Schilderung der Kosmogonie an bis zum chiliastischen Ausblick. Gott, Nation, Vaterland: das alles sind für Wells Formen, über die das Geschehen hinausführt. Er ist tolerant, er ist voller Verständnis, er fundiert sein Buch soziologisch, aber er vergißt das Geistige nicht. Die Geschichte führt, das ist seine Meinung, zum freien selbstgewollten Zusammenschluß aller Völker.

B E R L I N E R M O R G E N P O S T :

Wells betrachtet die Geschehnisse auf unserem Erdball in ihren großen Zusammenhängen. Die Potentaten sind ihm Nebensache, das Volk, das namenlose, mißachtete, rückt in den Brennpunkt. Bei solcher Betrachtungsweise ist es nur folgerichtig, wenn Wells in seinem Buche zugleich eine Geschichte der Kultur gibt. Die Entwicklung der Sprache und der Schrift findet sich darin gleichermaßen wie die Entstehung des Christentums, des Buddhismus und des Islam. Immer und immer wieder wird auf die großen Beziehungen verwiesen. Der Westen spielt nicht mehr die alleinige Hauptrolle; die großen Geschehnisse des Ostens, die den Westen so tief umgestalteten, erfahren ihre gebührende Würdigung. In Wells' Betrachtungsweise gewinnen die Dinge ein überraschendes Gesicht.

B E R L I N E R N A T I O N A L Z E I T U N G :

Dies ist das meistgedruckte wissenschaftliche Buch in englischer Sprache und, wie die Umfrage einer amerikanischen Zeitung ergibt, das meistgelesene Buch in Amerika.

In Ganzleinen gebunden mit vielen Karten u. Bildern, 760 Seiten, 20 Mark


Wells, Grundlinien der Weltgeschichte
Das große Buch des Jahres!

VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, BERLIN SW 68

DIE FINANZ-SKANDALE DES KAISERREICHS

VON KURT HEINIG

5 BOGEN, IN HALBLEINEN GEBUNDEN 2.50 MARK




Wir haben die Herausforderung angenommen!

Es war kein Vergnügen, in die Atmosphäre des berüchtigten Schieber- und Gründersumpfes der Vorkriegszeit zu steigen. Aber es blieb nichts übrig.

Hier ist das Ergebnis:

Als Gründer, Aufsichtsräte, Unternehmer oder Großaktionäre, die an Schwindelfirmen der Kaiserzeit beteiligt waren, präsentieren wir:

18 Herzöge, Prinzen und Fürsten, 31 Grafen und Barone, 12 Minister, 18 hohe Staats- und Justizbeamte, 14 Generale und Offiziere bis zum Leutnant hinunter, 3 Gouverneure, 16 Oberbürgermeister und Stadträte, 11 Land-, Hof-, Kammer- und Legationsräte, 12 Kommerzienräte, 5 Konsuln, 2 Oberhofmarschälle, 7 Generaldirektoren, 12 Großkaufleute, 16 Bankiers (darunter kaiserliche und königliche) usw.



Der Nationalliberalen Partei schrieben sich 40, der Konservativen 26, der Freisinnigen 7 Herren zu; fast alle von ihnen gehörten dem Reichstag oder dem Landtag an.

Werden die Barmatschreier jetzt schweigen?



Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68

SACHREGISTER

	Seite
Außenpolitik	
*** Deutschlands Völkerbundswirnis . . .	861
— Der Friedenspakt . . .	933
— Moskaus Fiasko in Skandinavien . . .	1097
— Ein Gespenst (Gesandter Rosen) . . .	1131
— Der 10. Januar . . .	1198
Abeghian, Artasches: Die Wahabiten und der arabische Orient . . .	1106
Bernstein, Eduard: Erinnerungen an Hjalmar Branting . . .	1549
— Rich.: Parteireise durch Deutsch-Oesterreich . . .	939
Breitscheid, Rud.: Deutschland und die englischen Wahlen . . .	1021
— Die Kölner Gefahrenzone . . .	1293
— Auf dem Wege nach Damaskus . . .	1453
— Die Unterstützungspolitik der französischen Sozialisten . . .	1552
— Die Aussichten des Garantievertrags . . .	1653
Brutus: Die große Spinne (Iswolaki) . . .	1062
Cohn, Alfons Fedor: Branting . . .	1435
F. R.: Brantings drittes Kabinett . . .	984
Gregers: Die Internationale der Nationalisten . . .	1080
Huebner, F. M.: Der König, der Schriftsteller und die Bürgermeister . . .	1492
Jaurès, Jean: Rede an die Jugend (übersetzt von Ernst Wolfgang Roth) . . .	989 1024, 1057, 1092
Kaminski, Hanns-Erich: Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen . . .	1665
Lepke, Hans: Lenin—Ebert . . .	1657
Löbe, Paul: Die Toten des Friedensgedankens . . .	893
Michel, Albin: Mesopotamien . . .	967
— British-Indien und die neue englische Regierung . . .	1208
— Der streitbare Islam . . .	1374
— Der Balkan . . .	1400
— Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika . . .	1462
— Sowjet-Rußland in Asien . . .	1498
— Griechenland und die Türkei . . .	1537
Mierendorff, Curt: Enthält der Versailler Vertrag ein Schuldbekennnis Deutschlands? . . .	907
Nassariantz, Liparit: Der Aufstand in Kurdistan . . .	1629
Schiff, Victor: MacDonalds Regierungsbilanz . . .	929
Schützing, Polizeioberst: Vor zehn Jahren . . .	896
— Das Friedenswerk der Frontsoldaten . . .	1100
— Die Kriegsschuld des Generalstabes . . .	1151
— Die Grenzschlacht im Westen . . .	1203
— Deutschland und die Völkerbundpolizei . . .	1328
— General Morgans Bericht . . .	1485
Szántó, Alexander: Das Königreich ohne König . . .	1467
Tejessy, Fritz: Trotzki, der rote General . . .	1470
Innenpolitik	
*** Zeppelin oder Flugzeug? . . .	1071
Bellmann, Otto: Der entblätterte Fideicus . . .	1336, 1369, 1403, 1440
Bernstein, Eduard: Kautskys Werk für den Sozialismus . . .	925

	Seite
Bernstein, Eduard: Wider die Barmat-Heuchelei und Verwandtes . . .	1520
Bohm-Schuch, Clara: Um Lebenshaltung und Lebenswürde . . .	1027
Borussus: Parlamentsabbau oder Arbeitsrationalisierung? . . .	1120, 1164
Bremer, Kurt: Die Preußischen Jahrbücher . . .	1006
Breuer, Robert: Im Zeichen von Mannheim . . .	864
— Der Hochverrat der Deutschnationalen . . .	936
— Vor dem größten Verbrechen der deutschen Geschichte . . .	1197
— Antwort an Stresemann . . .	1300
— Die Verteidigung der Mitte . . .	1325
— Die Nationalverderber . . .	1357
— Die Erfüllungsregierung . . .	1389
— Hussong . . .	1389
— Die Almosenregierung . . .	1428
— Die Finanzskandale des Kaiserreichs . . .	1535
— Die Republik der Geusen . . .	1564
— Luthers Verhängnis . . .	1609
— Das „Wir“ des Herrn Jarres und die Republik . . .	1651
— Wilhelm III. . .	1683
Brutus: 124 Aktenbände (Prozeß gegen die O. C.) . . .	994
— November-Erinnerungen . . .	1031
— Kaiserliche Marginalien . . .	1126, 1174
— Die Magdeburger Sudelköche . . .	1264
Ebert, Friedrich: Aus seinen Reden . . .	1600
Ebert und der europäische Friede (Das Urteil der Welt) . . .	1611
Francke, H.: Die Berliner Kirchenwahlen . . .	1433
Gerth, Senator: Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot . . .	903
— Marx oder Bismarck . . .	1053
— Hohenzollern als Landesverräter . . .	1376
Gradnauer, Georg: Parvus . . .	1229
Grötzsch, Robert: Parvus . . .	1235
— Der sächsische Parteikonflikt . . .	1364
Haenisch, Konrad: Fritz Ebert . . .	1589
Heinig, Kurt: Hugenbergiade . . .	1167
— Hochfeine Kolonialfreude . . .	1460
— Korruption in der Aufwertungsfrage . . .	1527
— Deutschnationale Finanzreform . . .	1685
Hieber, Hermann: Aus Stahlhelmstadt . . .	1414
Höltermann, K.: Unter der gelben Flagge . . .	1494
Huebner, F. M.: Nationalstolz . . .	1279
Kampffmeyer, Paul: Der Staatsmann Ebert und seine Weltanschauung . . .	1583
Klühs, Franz: Eduard Bernstein, zu seinem 75. Geburtstag . . .	1297
Kranold, Herman: Die Huldigung des Lasters . . .	1689
Krüger, J.: Ein neuer Köller-Kurs . . .	1412
Landauer, Carl: Hitler-Wittelsbach . . .	1632
Leinert, Robert: Die Haltung des Zentrums in der preußischen Regierungskrise . . .	1557
Lepke, Hans: Lenin—Ebert . . .	1657
Leuteritz, Max: Die Hamburger Wahlen . . .	992
Löffler, Heinrich: Der „Landesverräter“ Ebert . . .	1256, 1270, 1304
Marcuse, Julian: Der Fall Auer . . .	1575
Niekisch, Ernst: Die Politik der Erfüllung . . .	1085, 1123
Parvus: Was ist eine Hungersnot? . . .	1237
— Aus verschiedenen Schriften . . .	1237
— In der Peter-Pauls-Festung . . .	1241
— Der Weltkrieg . . .	1245

	Seite
Parvus: Der Sieg Deutschlands und die Arbeiterschaft	1248
— An meine Gegner	1250
Periskopos: Staat oder Schwerindustrie?	1569
Procurator: Unsere Mörder	1346
Quarc, Max: Kein Händler und kein Held!	
Nachruf für Sombart	870
— Eine vereinigte Linke?	999
— Der Kapitalismus in Wahlverkleidung	1094
Ratisbonensis: Rupprecht will Kaiser werden!	1400
Rosenberg, Kurt: Zur Morphologie der Methoden des politischen Kampfes durch die Justiz	1333
Saenger, Alwin: Tuntenhausen	867
— Die Kommunisten im Reichstag	970
— Rupertus Rex	1060
— Der „Landesverräter“ Ebert	1252
— Friedrich Ebert †	1581
Scheidemann, Philipp: Weder deutsch noch national	1149
— Was ist Landesverrat?	1421
— Zur Präsidentenwahl	1619
Schiff, Victor: Aufgeflogen	957
— Nie wieder Wallraffentheater	1158
— Heuchelei und Landesverrat!	1394
— Die Agenten der Reaktion	1565
Schmidt, Georg: Landarbeiter und Getreidezölle	1117
Schulz, F. O. H.: Von Marx bis Spann	1474
Schützinger, Hermann: Reichsbanner und Schutzbund	1667
Tiegs, Bruno: Elektrizität, Elektrotechnik und Sozialismus	1349
Ufermann, Paul: Der Skandal der Zitzewitz, Etzdorff und Genossen	1662
Valentin, Veit: Baron Holstein und Fürst Philipp Eulenburg	1088
— Kulturkampfsünden	1561
W. St.: Hitlers französische Hilfgelder	910
Wachenheim, Hedwig: Der Kampf um die Staatsgewalt	1517
Weigelt, Stephan: Großdeutschland oder Großbayern?	1170
Weinzierl, Anton: Hitlers Wandlung	1465
Wels, Otto: Parvus	1234
Zitat: Die Glocke vom 7. Mai 1924	957
— Die Glocke 7, 1924	989
— Die Glocke 8, 1924	1021
— Die Glocke 10, 1924	1053
— Die Glocke 16, 1924	1117

Wirtschaft und Finanz

Berger, Georg: Der Montanmarkt als Konjunkturbarometer	1380
Breuer, Robert: Die Finanzskandale des Kaiserreichs	1535
Här, Hans: Der Strohmännerunfug und die Aufsichtsratsvergütung	1694
Heinig, Kurt: Zerschlagt Kartelle!	1003
— Minderwertige Aufwertung	1067
— Hupenbergjade	1167
— Eisenpolitik	1341
— Reichsteuerungszahl und Gewerkschaften	1621
— Deutschnationale Finanzreform (Stichproben aus Gesetzentwürfen)	1685
Kamjanski, Hanns-Erich: Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen	1665
Mercur: Goldbilanzen	885
— Castiglioni	915
— Die Reparationsanleihe, ihre Bedeutung und ihre Wirkungen	946
— Eisenkartelle auf nationaler und internationaler Basis	981
— Ein Börsenstreik zwecks Steuerermäßigung	1011
— Die Fertigwarenindustrie schafft neue Organisationen	1012

	Seite
Mercur: Steuerermäßigungen und Reichstagswahl	1077
— Internationale Koalitionsbestrebungen der Industrie und das Arbeitszeitproblem	1113
— Goldbilanzen der Großbanken	1141
— Der neue Reichstag im Spiegelbild der Wirtschaft	1219
— Die deutsche Automobilindustrie und ihre Leistungen	1320
— Die Umwälzung der Ruhrindustrie im Lichte der Reichsentschädigungen	1542
— Das Reich gibt seine eigenen Betriebe preis!	1642
Müllers, R.: Die Einfuhr englischer Kohle im Jahre 1924	1671
Nöllenburg, Wilhelm: Weltbrot und Lohn-Papyrus: Arbeiterlohn und Produktionspreispolitik	972
— Lohn und Lebenshaltung des Arbeiters in den Vereinigten Staaten von Nordamerika	1073
Schlichtung, Stadtrat: Die Elektrizitätsversorgung der Stadtgemeinde Berlin	1138
Tiegs, Bruno: Elektrizität, Elektrotechnik und Sozialismus	1349
Ufermann, Paul: Wer bringt den Hauptteil der Steuern auf?	1134
— Der neue Reichtum der Ruhrindustrie	1572
— Der Skandal der Zitzewitz, Etzdorff und Genossen	1662
Weißhaar: Volksfürsorge	1194

Gewerkschaftliches

Heinig, Kurt: Reichsteuerungszahl und Gewerkschaften	1621
Löffler, Heinrich: Jubiläumstagung der christlichen Gewerkschaften	962
Papyrus: Die Gewerkschaften im Ruhrkrieg	1546
Weißhaar, Hans: Volksfürsorge, gew.-genoss. Versicherungs-A.-G.	1194

Rechtsfragen

Behne, Adolf: Die Kunst vor dem Richter	1708
Bendix, Ludwig: Die Beschlagnahme der Vermögen des Kurfürsten von Hessen und des Königs von Hannover	872
— Eingriff in ein schwebendes Verfahren	1487
— Der Fall Bewersdorff	1623
Brutus: Die Magdeburger Sudelköche	1264
— Im Namen des Volkes! (Ebert-Prozeß)	1457
Heinig, Kurt: Korruption in der Aufwertungsfrage	1527
Kranold, Herman: Das Weib in der Reichsbank	1050
Marx, Staatsanwalt: Der Sinn der Laienbeteiligung in den Strafgerichten und ihre Ausgestaltung	1308
Peiser, Werner: Das vergessene Recht. Eine notwendige Wahlbetrachtung	1103
Rosenberg, Kurt: Zur Morphologie der Methoden des politischen Kampfes durch die Justiz	1333
Roth, Rechtsanw.: Der Kroner-Prozeß	1529
Schiff, Victor: Niedner und Samter	1646
Sinzheimer, Dr.: Juristenreform — nicht nur Justizreform	1431

Geschichte

Cunow, Heinrich: Ein Geschichtswerk für das Volk	1698
Haebler, R. G.: Die Entstehung des Christentums	1273
Hallmann, Hans: Herr Hermann Wendel als Historiker	1702
Lewin-Dorsch, Eugen: Der junge Marx	1500

	Seite
Peiser, Werner: Entwurf zu einer Geistesgeschichte	1477
Rosenberg, Curt: Spenglers Geschichtsphilosophie in ihrer Bedeutung für die praktische Politik	1135, 1183
Valentin, Veit: Wie Tirpitz Geschichte schreibt	1361, 1398
Wendel, Hermann: Offene Aufforderung an Herrn Prof. Dr. Fritz Kern in Bonn	1115
— Kerns Prügelkaabe	1705

Bildende Kunst und Film

Behne, Adolf: Die Kunst vor dem Richter	1708
Beyer, Oskar: Die neue Ostasiatische Abteilung in Berlin	978
Cohn, A. F.: Die Schmiede, Film von Martin Berger	1051
Liebermann, Max: Das tendenziöse Kunstwerk	1259
Westheim, Paul: Hans Thoma	888
— Die Hohenzollern als Kunstliebhaber	920
— Lebendiges Ehrenmal für die Gefallenen	948
— Odalische und Olympia	1318
— Poelzig	1507

Theater, Musik, Tanz und Literatur

Behl, C. F. W.: Arthur Rimbaud	1009
— Der „Zauberberg“ von Thomas Mann	1679
Behne, Adolf: Der Anti-Bibliophile	1383
Cohn, A. F.: Komödie um Rosa von F. A. Angermayer	889
— Sprechchorwerke	922
— Erich XIV. von Strindberg	951
— Historische Dramen, „Shaws Heilige Johanna“	976
— Jack London	1213
Eloesser, Arthur: Historische Dramen „Wallenstein“ im Staatstheater	974
— Altdeutschland und Jungamerika:	
1. Bert Brecht, „Das Dickicht“	1042
2. Eugene O'Neill, „Der haarige Affe“	1043
— Bühnenkrach und Bühnenvolksbund	1110
— Komödie	1191
— Lustiges und unlustiges Theater	1210
— Moritat (Bertold Brecht „Eduard II.“)	1315
— Luigi Pirandello	1352
— Lustspiele	1444
— Junge Bühne	1539
— Anatole France über Berlin	1577
— Coriolan	1639
— Segel am Horizont von Rudolf Leonhard	1712
Fontane, Theodor: Der Leidensweg eines Dichters (Schluß)	878
Frank, Josef Maria: Bilanz	1041
— Hochbetrieb!	1376
— Der Landbund freut sich	1534
— So begruben sie ihn —!	1616
— Der Kapitalist	1644
Frehe, Erwin: Das künftige Weltbild der Religion	1037
— Simson	1109
— Solidarität	1261
— Mase!	1352
Grautoff, Otto: Jean Giraudoux	1443
Hieber, Hermann: Aufklärung und Aufklärung	1075
— Richard Strauß als Bourgeois	1217
Huebner, F. M.: Goethe-Bonzen	953
Jeßner, Leopold: Das Theater des Volksstaates (Erinnerungen an Ebert)	1608
Joachimsohn, Felix: Die Mission der Operette (Lehárs „Cloco“)	1115
Knoblauch, Adolf: Zur Geschichte der Maschine	1284
Kolliner, Else: Ballett-Dämmerung	987

	Seite
Kolliner, Else: Fest der Arbeiterjugend	1017
— Kreneks szenische Kantate „Die Zwingburg“	1046
— Der neue Tanz	1288
— Blaß — dünn — verstaubt (Pfitzner in der Staatsoper)	1324
— Eine neue Tanzdichtung (Mary Wigmans Tanzmärchen)	1545
— Palucca	1648
Offenburg, Kurt: Martin Andersen Nexö	1276
— Geistliche Sachwalter	1509
Oschilewski, Walther G.: Vom neuen Typus	1311
— Die Zeit ohne Mythos	1675
Prince, John: Gedichte (übersetzt von Fontane)	881
Schönlanck, Bruno: Thüringer Reise	912
— Der Schädel (Parvus)	1236
— Schloß Tännich	1636
Schwarz, Friedrich: Erinnerungen an Ferruccio Busoni	1281
Sebastian: Die unvergleichliche Lu	1079
Strätner, H. H.: Den Wollenden	1674
Wachenheim, Hedwig: Roman des neuen Frankreichs	883
Westheim, Paul: Die Rebellion des Speießers	1447
Wendel, Hermann; Anatole France	941

Randbemerkungen

Kleine Wahrheiten: Holz spaltet Stahl, Gott und die Ostelbier, der nationale Antimidas (Breuer)	888
Hans Thoma (Westheim)	888
Komödie um Rosa (A. F. Cohn)	889
Ludendorffs Ehrenlegion (Prokurator)	890
Krieg dem Kriege (Breuer)	917
Die Hohenzollern als Kunstliebhaber (Westheim)	920
Das ministerunfähige Proletariat (Eschendorff)	921
Arbeitgeber und Arbeitnehmer (C. Hoffmann)	922
Sprechchorwerke (A. F. Cohn)	922
Kleine Wahrheiten: Unsere Taktik, Der würdelose Löbe, Nationale Schulpolitik, Wo liegt Seddin?	924
Lebendiges Ehrenmal für die Gefallenen (Westheim)	948
Herr v. Graefe in den böhmischen Wäldern (H. H. G.)	950
Erich XIV. (A. F. Cohn)	951
Goethe-Bonzen (F. M. Huebner)	953
Kleine Wahrheiten: Von Wallenstein zu Ehrhardt; Arabella (Breuer)	954
Zeppelin	955
Kleine Wahrheiten: Bilanz; Mißverständenes Republikanertum; Berechtigte Interessen (Breuer)	983
Brantings drittes Kabinett (F. R.)	984
Rupprecht kontra Ludendorff: Ein Ehrenhandel (W. St.)	985
Verschärfte Zensur? (Hans Eschendorff)	986
Ballett-Dämmerung (Else Kolliner)	987
Kleine Wahrheiten: Zurück — zum Flaschenbier; Potsdamer Seifenblasen; Der Staat im Schranken; Der deutsche Nationalverlag; Die Deutsche Allgemeine Zeitung (Breuer)	1013
Der Gedächtniskünstler Ludendorff (Dr. Gerth)	1016
Fest der Arbeiterjugend (Else Kolliner)	1017
Unfreiwillige Komik (Stichler)	1018
Münchhausen erzählt eine Geschichte (Sebastian)	1048
Scheidemann und der „Große“ Kurfürst (Dr. Gerth)	1049
Das Weib in der Reichsbank (H. Kranold)	1050

	Seite
Die Schmiede, Film von Martin Berger (A. F. Cohn)	1051
Die unvergleichliche Lu (Sebastian)	1079
Internationale der Nationalisten (Gregers)	1080
Die anstößigen Skelette (Kranold)	1082
Ehrenwörtliche Darlehen für Studierende (Uebelhör)	1082
Ein deutscher Mann: Dr. Ernst gegen Dr. Grautoff (Hermann Wendel)	1083
Offene Aufforderung an Herrn Prof. Dr. Fritz Kern in Bonn (H. Wendel)	1115
Die Mission der Operette Lehárs „Cloco“ (Joachimsohn)	1115
Der Mathematiklehrer aus Baden (Sebastian)	1144
Hergt wieder Kanzlerkandidat	1145
Volkspfürsorge (Hans Weißhaar)	1194
Heinrich Heine über die deutsche Re- publik	1223
Politischer Instinkt (Paul Jacob)	1223
Kleine Wahrheiten: Nationale Schieß- scheiben (Breuer)	1260
Dreißig Jahre Wiener Arbeiterzeitung (Richard Bernstein)	1287
Der neue Tanz (Else Kolliner)	1288
Kleine Wahrheiten: Die Verwesung; Im Namen des Volkes; Pfarrer Koch; Lokal- Anzeiger (Breuer)	1322
Blaß — dünn — verstaubt. Pfützer in der Staatsoper (Else Kolliner)	1324
Schwarz-weiß-rote Pressebanditen (Breuer)	1355
Volkspartei (Prokurator)	1385
Man baut Kasernen! (Stichler)	1385
Kleine Wahrheiten: Schwarz-weiß-rote Be- nennung; Unwahrscheinliche Anekdote (Prokurator)	1417
Kleine Wahrheiten: Die tausend Lügen des Lokal-Anzeigers (Breuer)	1450
Fürsten an der Futterkrippe (Dr. Gerth)	1451
Kleine Wahrheiten: Der naive Luther; Stresemann spaltet die Deutschnationa- len; Der Biertischbeamte; Die tausend Lügen des Lokal-Anzeigers (Breuer)	1480
Kleine Wahrheiten: Siam; Luther, der Versöhner; Ein hervorragender Richter; Herr Stresemann hat lügen lassen; De- tektei Klinghammer; Die tausend Lügen des Lokal-Anzeigers (Breuer)	1511
Kleine Wahrheiten: Die tausend Lügen des Lokal-Anzeigers (Breuer)	1544
Kleine Wahrheiten: Die tausend Lügen des Lokal-Anzeigers; Der Richter Deerbeg; Stresemann hat lügen lassen; Nach Innen, mein Herr Mörder! (Breuer)	1579
Niedner und Samter (V. Schiff)	1646
Kleine Wahrheiten: Die tausend Lügen des Lokal-Anzeigers (Breuer)	1646
Palucca (Else Kolliner)	1648
Kleine Wahrheiten: Die tausend Lügen des Lokal-Anzeigers (Breuer)	1682

Bücherschau

Bogdanow, A.: Die Entwicklungsformen der Gesellschaft und die Wissenschaft (Nike-Verlag, Berlin) von Th. Geiger	1224
Brammer, Karl: Der Prozeß des Reichs- präsidenten (Verlag für Sozialwissen- schaft, Berlin) von Brutus	1457
— von Ludwig Bendix	1623
Brousseau, J. J.: Anatole France en pan- tonfles, von Arthur Eloesser	1577
Otto Dix: Kriegsblätter, von Erich Kuttner	1419
Ehrenburg, Iija: Trust D. E. (Welt-Verlag, Berlin), von Kurt Offenburg	1452

	Seite
Erdmann, Lothar: Die Gewerkschaften im Ruhrkrieg (Verlag des A. D. G. B.), von Papyrus	1546
Ewald, Oswald: Die französische Philo- sophie (Ernst Reinhard, München), von Dr. F. Gericke	1387
Frank, Josef Maria: Korax, Panoptikum Mensch (Verlag Deutscher Bücher, Berlin)	1644
v. Hauff, Walter: Im Siegeswagen des Dionysos (Concordia, Berlin), von K. Offenburg	1388
Hauptmann, Gerhart: Die Insel der großen Mutter (S. Fischer, Berlin), von C. F. W. Behl	1147
Heinig, Kurt: Die Finanzskandale des Kaiserreichs (Verlag für Sozialwissen- schaft, Berlin)	1460
Holz, Arno: Gesammelte Werke (J. H. W. Dietz, Berlin), von Josef Maria Frank 1289	
Krain, Willibald: Sieben Visionen (Verlag Der Berg, Berlin), von Erich Kuttner 1419	
Kuttner, Erich: Schicksalsgefährtin (J. H. W. Dietz, Berlin), von Kurt Offenburg 1147	
Lasker-Schüler, Else: Ich räume auf (Lago- Verlag, Zürich), von Erich Kuttner 1649	
Lelewer, Hermann: Steuerstrafrecht (Georg Stilke, Berlin), von Staatsanwalt Marx 1515	
MacDonald: In Palästina (Jüdisches Palä- stinawerk E. V., Berlin), von Alfred Apfel	891
Mann, Thomas: Der Zauberberg (S. Fischer, Berlin), von C. F. W. Behl	1679
Nexo, Martin Andersen: Verschiedene Ro- mane (Albert Langen, München; Oskar Wöhrle, Konstanz; Insel, Leipzig), von Kurt Offenburg	1276
Paquet, Alfons: Die neuen Ringe (Frankf. Sozialtsdruckerei, Frankfurt a. M.), von Hans Billing	1225
Pießner, Helmuth: Grenzen der Gemein- schaft (Friedr. Cohen, Bonn), von Wilh. Grotkopp	1194
Rolland, Romain: Verzauberte Seele (Kurt Wolff, München), von Kurt Offenburg 1650	
Schestow, Leo: Tolstoi und Nietzsche (Mar- can-Block-Verlag, Köln), von Clara Bachert	1291
Spann, Othmar: Der wahre Staat (Quelle & Mayer, Leipzig), von F. O. H. Schulz 1474	
Stehr, Herm.: Peter Brindeisener (Friedrich Lintz, Trier), von C. F. W. Behl	1019
Waldmann, Emil: Eduard Manet (Paul Cassirer, Berlin), von O. M. Fontana 1146	
Weil, Bruno: Die jüdische Internationale (Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin), von Papyrus	1292
Wells, H. G.: Die Grundlinien der Welt- geschichte (Verlag f. Sozialwissenschaft, Berlin), von Heinrich Cunow	1698
Wendel, Friedrich: Der Sozialismus in der Karikatur (J. H. W. Dietz, Berlin), von Josef Maria Frank	1228
Wendel, Hermann: Südslawische Silhouetten (Frankfurter Sozialtsdruckerei, Frank- furt a. M.), von Hans Billing	1226
Wilde, Oscar: Enistola e carcere et vinculis (S. Fischer, Berlin), von C. F. W. Behl 1418	
Witte, E.: Der Militarismus der preußi- schen Schulaufsichtsbehörden (Ernst Oldenburg, Leipzig), von Th. Geiger 1388	
Zschucke, Martin: Die Arbeitslosenfürsorge (C. Heinrich, Dresden), von Nöllenburg 892	

NAMENREGISTER

- A**beghian, Artasches 1106
 Apfel, Alfred 891
- B**achert, Clara 1291
 Behl, C. F. W. 1009, 1019, 1147, 1374, 1418, 1679
 Behne, Adolf 1383, 1708
 Bellmann, Otto 1336, 1369, 1403, 1440
 Bendix, Ludwig 872, 1487, 1623
 Berger, Georg 1380
 Bernstein, Eduard 925, 1520, 1549
 Bernstein, Richard 939, 1287
 Beyer, Oscar 978
 Billing, Hans 1225, 1226
 Bohm-Schuch, Clara 1027
 Borussus 1120, 1164
 Breitscheid, Rudolf 1021, 1293, 1453, 1552, 1653
 Bremer, Kurt 1006
 Breuer, Robert 864, 888, 917, 924, 936, 954, 983, 1013, 1197, 1260, 1300, 1322, 1325, 1355, 1357, 1389, 1428, 1450, 1480, 1511, 1535, 1544, 1564, 1579, 1609, 1646, 1651, 1682, 1683
 Brutus 944, 1031, 1062, 1126, 1174, 1264, 1457
- C**ohn, Alfons Fedor 889, 922, 951, 976, 1051, 1213, 1435
 Cunow, Heinrich 1698
- E**bert, Friedrich 1600
 Eloesser, Arthur 974, 1042, 1110, 1191, 1210, 1315, 1352, 1444, 1539, 1577, 1639, 1712
 Eschendorf, Hans 921, 986
- F**ontana, O. M. 1146
 Fontane, Theodor 878, 881
 Frank, Josef Maria 1041, 1228, 1289, 1376, 1534, 1616, 1644
 Franke, H. 1433
 Frehe, Erwin 1037, 1109, 1261, 1352
- G**eiger, Th. 1224, 1388
 Gericke, F. 1387
 Gerth, Senator 903, 1016, 1049, 1053, 1376, 1451
 Gradnauer, Georg 1229
 Grautoff, Otto 1443
 Gregers 1080
 Grotkopp, Wilh. 1194
 Gröttsch, Robert 1235, 1364
 H. H. G. 950
- H**aebler, R. G. 1273
 Hallmann, Hans 1702
 Haenisch, Konrad 1589
 Här, Hans 1694
 Heine, Heinrich 1223
- Heinig, Kurt, 1003, 1067, 1167, 1341, 1460, 1527, 1621, 1685
 Hieber, Hermann 1075, 1217, 1414
 Hoffmann, Camillo 922
 Höltermann, K. 1494
 Huebner, F. M. 953, 1279, 1492
- J**acob, Paul 1223
 Jaurès, Jean 989, 1024, 1057, 1092
 Jeßner, Leopold 1608
 Joachimsohn, Felix 1115
- K**aminski, Hanns-Erich 1665
 Kampffmeyer, Paul 1583
 Klühs, Franz 1297
 Knoblauch, Adolf 1284
 Kolliner, Else 987, 1017, 1046, 1288, 1324, 1545, 1648
 Kranold, Herman (Hannover) 1050, 1082, 1689
 Krüger, J. 1412
 Kuttner, Erich 1147, 1419, 1649
- L**andauer, Carl 1632
 Leinert, Robert 1557
 Lepke, Hans 1657
 Leuteritz, Max 992
 Lewin-Dorsch, Eugen 1500
 Liebermann, Max 1259
 Löbe, Paul 893
 Löffler, Heinrich 962, 1256, 1270, 1304
- M**arcuse, Julian 1575
 Marx, Staatsanwalt 1308, 1515
 Mercur 885, 915, 946, 981, 1011, 1012, 1077, 1113, 1141, 1219, 1320, 1542, 1642
 Michel, Albin 967, 1208, 1409, 1462, 1498, 1537
 Mierendorff, Curt 907
 Müllers, R. 1671
- M**assariantz, Liparit 1629
 Niekisch, Ernst 1085, 1123
 Nöllenburg, Wilh. 1179
- O**ffenburg, Kurt 1277, 1388, 1452, 1509, 1650
 Oschilewski, Walther G. 1311, 1675
- P**.pyrus 972, 1073, 1292, 1546
 Parvus 1237, 1241, 1245, 1248, 1250
 Peiser, Werner 1103, 1477
 Periscopos 1569
 Prince, John 878, 881
 Prokurator 890, 1346, 1385, 1417
- Q**uarck, Max 870, 999, 1094
- R**atisbonensis 1400
 Rosenberg, Curt 1135, 1183, 1333
 Roth, Rechtsanwalt 1529
 Roth, Ernst Wolfgang 989, 1024, 1057, 1092
 F. R. 984

Saenger, Alwin 867, 970, 1060, 1252, 1581
Scheidemann, Philipp 1149, 1421, 1619
Schiff, Victor 929, 957, 1158, 1394, 1565,
1646
Schlichting, Stadtrat 1138
Schmidt, Georg 1117
Schönlank, Bruno 912, 1236, 1636
Schulz, F. O. H. 1474
Schützinger, Hermann 896, 1100, 1151, 1203,
1328, 1485, 1667
Schwarz, Friedrich 1281
Sebastian 1048, 1079, 1144
Sinzheimer, Dr. 1431
W. St. 910, 985
Stichler 1018, 1385
Strätner, H. H. 1674
Szántó, Alexander 1467

Tejessy, Fritz 1470
Tiege, Bruno 1349
Uebelhör, Max 1082
Ufermann, Paul 1134, 1572, 1662
Valentin, Veit 1088, 1361, 1398, 1561
Wachenheim, Hedwig 883, 1517
Weigelt, Stephan 1170
Weinzierl, Anton 1465
Weißhaar, Hans 1194
Wels, Otto 1234
Wendel, Hermann 941, 1083, 1115, 1705
Westheim, Paul 888, 920, 948, 1318, 1447,
1507
Zschucke, Martin 892

*** 861, 933, 1071, 1097, 1131, 1198

